This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Slav 5347.1

Harvard College Library

FROM THE FUND OF

CHARLES MINOT

(Class of 1828).

Received 2 July, 1886.

Geſchichte
der
europäiſchen Staaten.

Herausgegeben
von
A. H. L. Heeren, F. A. Ukert
und
W. v. Gieſebrecht.

Geſchichte Polens

von
Dr. Jacob Caro.

Fünfter Teil.
Erſte Hälfte: 1455—1480.

Gotha, 1886.
Bei Friedrich Andreas Perthes.

JUL 21 1916
Minot fund.
(5.1)

Geſchichte Polens

von

Dr. Jacob Caro,
ord. Prof. der Geſchichte an der Univerſität Breslau.

Fünfter Teil.

Erſte Hälfte: 1455—1480.

Gotha, 1886.
Bei Friedrich Andreas Perthes.

Slav 53471.1

Herrn

Professor Dr. Richard Roepell

verehrungsvoll zugeeignet.

Inhaltsverzeichnis.

Die Zeit des dreizehnjährigen Krieges 1453—1466.

Elftes Buch.

Erstes Kapitel.

Seite

Ursachen des Verfalls des deutschen Ordens 1
Die preußische Landritterschaft 5
Die preußischen Städte 9
Der preußische Bund 14
Einmischung des Papstes und des Kaisers 17
Der Bund und die Polen 19
Aufstand des Bundes 22
Unterwerfung des Bundes unter polnische Hoheit 24
Beurteilung des Vorgangs in der öffentlichen Meinung 28
Besitzergreifung durch Kasimir 30
Die Schlacht bei Konitz und ihre Folgen 32

Zweites Kapitel.

Dlugoszs Staatsroman 37
Die Partei der „Jüngeren“ 40
Zustand der Gesetzgebung, die Privilegien 41
Die Kommunitäten und die Aristokratie 45
Die Kommunitäten und die preußische Frage 51
Das Zirkwitzer Statut 53
Die Statute von Nessau 55
Der Winterfeldzug von 1454, Belagerung von Lessen 63

Seite

Drittes Kapitel.

Verbesserung der Lage des Ordens 67
Königsbergs Erhebung 69
Hilfsabsichten des Kaisers, des Papstes, des Königs v. Dänemark 70
Brandenburgische Vermittelung 72
Der Orden und seine Söldner, Verkauf der Schlösser 74
Steuerfragen, der Feldzug von 1455, Belagerung von Lessen . . 77
Graudenzer Tagesatzung, Rat der Jüngeren 81
Januar-Reichstag 1456, Handel mit den Söldnern, litauische Neutralität 84
Verlegenheiten 89
Der September-Reichstag, die Steuerfrage 91
Die Landtage von Korczyn und Koło 97
Die Landesbesteuerung 100
Ankauf der Marienburg, Kasimir in Danzig und Marienburg . 102

Viertes Kapitel.

Verschiedene Haltung der Kleinpolen und Großpolen 106
Giskra von Brandeis als Vermittler 110
Der Feldzug von 1458 114
Waffenstillstand 117
Der Januar-Reichstag 1459 119
Der bewaffnete September-Reichstag 121
Allerhand Vermittler 127
Der Krieg in Pomerellen 130
Belagerung und Fall der Stadt Marienburg 133

Fünftes Kapitel.

Der Kampf an der Westgrenze und im Danziger Gebiet . . . 139
Die Kämpfe im Ermland 143
Der Herbstfeldzug 1461, Wlodek von Danaborz 145
Das Bromberger Gespräch 151
Weitere Kämpfe im Ermland 152
Die Schlacht bei Zarnowitz 154
Danzigs trauriger Ruhm 159
Belagerung von Mewe, Fall der Stadt 160
Bernhards von Cimburg und des Bischofs von Ermland Frieden mit Polen 161
Weitere Verluste des Ordens 162
Belagerung und Fall von Konitz. 165

Seite

Sechstes Kapitel.

Kaiser und Reich im Anfang des Krieges 168
Thronwechsel in Böhmen und Ungarn 171
Polen und der Papst, Kongreß zu Mantua 173
Polens Anschluß an die antikaiserliche Partei 176
Annäherung an Georg Podiebrad, die Beuthener Konferenz . . 178
König Georg und die preußische Frage 180
Georgs phantastische Pläne und der Kongreß zu Glogau . . . 182
Diese Pläne vor dem polnischen Reichstag 188
Der Krakauer Bischofsstreit 190
Die römische Kurie giebt nach, um Polen von Böhmen zu trennen 194
Vereitelte Mission des Hieronymus von Kreta 197
Päpstliche Hintergedanken, ein diplomatisches Gespräch 199

Siebentes Kapitel.

Lockungen des Papstes 201
Vermittelung der Hanseaten, Verhandlung zu Thorn 202
Die drei Tagfahrten auf der Nehrung 209
Vermittelung durch den Legaten Rudolf von Rüdesheim 211
Friedensschluß zu Thorn 213
Die neue Stellung des Hochmeisters und des Ordens 216
Folgen des Krieges 218

Achtes Kapitel.

Ermordung des Andreas Tęczyński, Aufruhr in Krakau 221
Eine andere Erzählung des Vorgangs 225
Das Reichstagsgericht, das Urteil 227
Der König und der Rat der Stadt Krakau 230
Finalexekution 232
Der Prozeß über das Vadium 234
Die Städte und der Staat, Nationalitätsfrage 236

Neuntes Kapitel.

Die piastischen Masowier und die Jagiellonen 239
Auflehnungsversuche 243
Verträge der beiden masowischen Linien 246
Differenzen der Herzöge mit dem Könige 248
Erlöschen der jüngern Linie 251
Einziehung von Belz durch die Krone 252
Prätendenten 254

Seite
Der Reichstag als Gericht, Einziehung von Rawa und Gostynin durch die Krone 256
Einmischung des Auslandes, Herzog Konrad von Öls-Kosel . . 258
Der Rechtsspruch 261
Weitere Schicksale des masowischen Hauses 262

Zwölftes Buch.

Der Kampf um die Thronfolge in Böhmen.

Erstes Kapitel.

Kasimirs Familiensegen 264
Seine Stellung zur Kirche und zum Papste 266
Aufforderung zur Annahme der böhmischen Krone 270
Die böhmischen Parteien 271
Der Papst verweigert die Bestätigung des Thorner Friedens . . 275
Agitationen und Kreuzzugspredigt gegen Georg Podiebrad . . . 276
Kasimirs Vermittelungsversuch 279
Die polnische Gesandtschaft in Prag, Brieg und Breslau . . . 282
Die Tagfahrt zu Breslau 283
Der Waffenstillstand in Böhmen 285

Zweites Kapitel.

Polen und Ungarn seit dem Tode des Ladislaus Posthumus . . 287
Nebenbuhlerschaft inbezug auf die Moldau 289
Züchtigung Stefans von der Moldau durch Matthias Corvinus . 291
Matthias will römischer König werden 292
Annahme der Böhmen, Bischof Protas in Krakau 294
König Georgs Gegengebot 297
Matthias' Kriegserfolge 298
Mißerfolg der polnischen Gesandtschaft 300
Waffenstillstand von Wilimow 301
Matthias in Olmütz als König von Böhmen gewählt 303
Polnische Gesandtschaft in Olmütz und Rom 305
Prinz Wladyslaw vom Prager Landtag zum Nachfolger erkoren . 308
Beratung zu Radom 309
Kasimirs Bescheid an die böhmische Landtagsdeputation 316
Annäherung der polnischen Politik an den Kaiser 318
Der Legat Alexander von Forli in Polen 321

Seite
Georgs bessere Lage und trotzige Pläne 324
Die Konferenz zu Villach, Bündnis mit dem Kaiser 326
Der November-Reichstag 1470 331
Die Verhandlungen in Rom 334
Tod Georg Podiebrads 336

Drittes Kapitel.

Slawische Gemeinschaft 337
Die Königswahl in Prag 338
Die Wahlkapitulation 342
Matthias, in Iglau proklamiert 344
Anträge des Matthias durch Protas in Krakau 346
Auszug und Krönung des Jagiellonіden Wladyslaw 348
Untergrabung der Herrschaft des Matthias in Ungarn 350
Auszug des Prinzen Kasimir nach Ungarn 353
Kläglicher Ausgang des ungarischen Feldzuges 356
Vorläufiger Waffenstillstand 360
Papst Sixtus IV. sendet den Kardinal Marco Barbo als Vermittler 361
Der Kardinal in Krakau 365
Die Neißer Konferenz 369
Die Troppauer Konferenz 371
Scheitern der Konferenz 375

Viertes Kapitel.

Die zweideutige Politik des Kaisers 376
Verlobung der Prinzessinnen Hedwig u. Sophie mit deutschen Fürsten 380
Bündnis Kasimirs und Wladyslaws mit dem Kaiser 382
Zebraken in Ungarn 384
Zebraken in Polen 385
Der Separatfrieden zwischen Polen u. Ungarn von Altdorf-Szramowice 386
Johanns von Sagan Raubzug nach Großpolen 389
Die gesetzgebende Versammlung in Opatowiec 391
Gegenseitige Rüstungen 392
Auszug des polnischen und böhmischen Heeres nach Schlesien . . 395
Das Treffen bei Schwanowitz 397
Aufstellung der Heere bei Breslau 400
Sächsische Vermittelungsversuche 401
Einbruch Stefan Zápolyas in Großpolen 403
Elend der Belagerer, Lage in der Stadt 404
Die Monarchenbegegnung in Groß-Mochbern 406
Der Breslauer Beifrieden vom 8. Dezember 1474 408

Seite

Fünftes Kapitel.

Die preußischen Stände polnischen Anteils und die Krone . . . 411
Aufhebung der Gubernatorwürde 413
Ermland als Fürstbistum 415
Beginn des Bischofsstreites 416
Nikolaus Tüngen bestätigt vom Papste 419
Der Hochmeister Reuß von Plauen vor dem polnischen Reichstag . 421
Tüngen in Polen geächtet 424
Tüngen vom Papste aufgegeben 425
Andreas Oporowski erhält die Provision 427
Gewaltsames Eindringen Tüngens in die Diöcese 429
Der Heilsberger Vertrag 431
Thorner Tagfahrt 432
Erneuerung der Bewerbung Oporowskis 435
Bruch des Heilsberger Vertrages 436
Tüngen unter dem Schutze des Königs Matthias von Ungarn . . 439

Sechstes Kapitel.

Matthias in Schlesien 440
Sein Türkenfeldzug 442
Stefan von der Moldau zwischen Polen und Ungarn schwankend . 444
Polnische Gesandtschaft an den Sultan 445
Matthias' thätige Hilfe für Stefan 447
Verdeckter Krieg, die Hochzeiten zu Landshut und Ofen 449
Marienburger Landtag 1476 451
Der Orden unter ungarischer Schutzherrschaft 453
Matthias nimmt den Krieg in veränderter Weise wieder auf . . 457
Sein Frieden mit dem Kaiser zu Korneuburg 459
Brünner Punktation zwischen Matthias und Wladyslaw . . . 460
Polen verharrt im Waffenstillstand 461
Niederwerfung Komorowskis 462
Befriedigung der preußischen Stände 463
Tagesatzung zu Brześć 465
Vertrauensseligkeit des Hochmeisters und Tüngens 466
Kriegerischer Zusammenstoß 467
Von Matthias diktierter Waffenstillstand in Preußen 469
Die Zusammenkunft von Sieradz, Unterwerfung Tüngens . . . 471
Der Olmützer Frieden, Unterwerfung des Hochmeisters 472
Allgemeine Bedeutung des böhmischen Krieges 474
Kasimirs Erfolge 477

Seite

Analekten.

1453 — Zeitung aus Litauen 481
1455 — Zur brandenburgischen Vermittelung 482
1455 — Zur Stellung Masowiens 484
1456 — Der Nürnberger Abschied 486
1456 — Zeitung aus Polen 487
1469 — Rezeß über des Hochmeisters Reuß von Plauen Huldigung 489
1479 — Instruktion der Ordensgesandten für den Tag von Neustadt-Korczyn 498

Elftes Buch.

Erſtes Kapitel.

Der deutſche Orden. Abfall des preußiſchen Bundes. Beginn des dreizehnjährigen Krieges.

So oft hatte ſich das Mittelalter den Zuſammenſturz aller ſeiner Herrlichkeit unter allerlei apokalyptiſchen Bildern und Wahnvorſtellungen vorgemalt, und als er im natürlichen Verlauf der Dinge eintrat, ward er von wenigen nur in ſeiner Weſenheit erkannt. Aber wie ſelten waren Zeitgenoſſen ſich des Inhalts ihrer Geſchichtsepoche voll bewußt, zumal wenn dieſelbe von neuen Gedanken durchzogen, von neuen Kräften getragen und in Wirklichkeit ein Übergangszeitalter war? Geheimnisvoller und unſichtbarer noch als die Natur waltet die Geſchichte, und unmerkbarer noch wie jene ſchlingt ſie Auflöſung und Neugeburt kunſtreich in einander. Mit einem und demſelben Prinzip entſeelt ſie machtvolle Erſcheinungen von weithin reichender Bildkraft, und hebt ſie leiſe keimende Formen zu anſehnlicher Ausgeſtaltung empor. Kaum jemals hat ſich dieſer Vorgang ſo durchſichtig vollzogen als beim Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit. — Für alles hatte das Mittelalter mit ſeinen durchgearbeiteten, bis zum Schema ausgebildeten Lebensformen reichlichen Raum, nur nicht für den auf ſich ſelbſt geſtellten Geiſt des Individuums. Sobald dieſer einmal ſich eingedrängt

hatte, nagte er, rasch sich ausdehnend und nach allen Richtungen sich verallgemeinernd, an dem Gefüge der romantischen Welt. Alle die unermeßlichen Gebilde, welche die gesamte europäische Civilisation einschlossen, bröckelten mürbe von Jahr zu Jahr ab. Dahinsanken die päpstlichen Träume von einem weltumspannenden Gottesstaat, in sich selbst brachen die kaiserlichen Entwürfe einer Weltherrschaft zusammen, abwärts ging jene jedes ungelöste Problem ausschließende Weltweisheit, in Zweifel und Irrung verwandelte sich jene befriedigte Sicherheit des Lebens, welche jedem Anstoß gegenüber eine auskömmliche Unterweisung in dem Herkommen fand. Und je tiefer, fester und inniger irgendein Gebilde in dem romantischen Geiste gebettet war, desto gründlicher und augenfälliger war sein Sturz.

In allen früheren Epochen des christlich-europäischen Kulturlebens spülten die Wellenringe angeregter Bewegung erst spät und langsam über die Ostgebiete hin, nur beim Zusammenbruch des Mittelalters wurde hier schon ein umfängliches Opfer gefordert, während im Westen noch die alten Gewalten ein scheinbares Dasein fristeten. Freilich traf dieses Los ein Staatsgebilde von ureigenem mittelalterlichem Wesen, eine Formation, in welcher der korporative Geist des Mittelalters bis zur Übertreibung gesteigert war, den preußischen Ordensstaat. Immer wieder ist es eine Verwechselung der Symptome mit den werkthätigen Ursachen, wenn man den Untergang des deutschen Ordens hinreichend mit lokalen Begebnissen oder zeitweiligen Fehlgriffen erklärt zu haben meint. Nimmt man alle die Momente zusammen, welche aus seinen örtlichen Beziehungen und seiner inneren Verfassung — denn dort entwickelte sich rapid sein Todeskeim — sich ergeben, so würden sie nicht genügen, um einen Staat von so vielfältigen Mitteln, einen Organismus von so reicher Fülle so jäh und so schmählich in den Abgrund zu stürzen. Die Ursachen sind allgemeinerer Natur. Nirgends war das Geschick eines Gemeinwesens so eng bestimmt durch die Wandlungen des allgemeinen Kulturgeistes, niemals ein politisches Gebilde so abhängig von der Herrschaft gewisser Ideen, niemals eine Herrschergewalt so bedingt durch die Beschaffenheit

der vorwaltenden Weltanschauung. Die Doppelnatur des Ordens, als einer ebenso wohl mönchischen wie ritterlichen Einrichtung, die ihn in den Tagen seiner Vollkraft in die Lage versetzte, von den beiden obersten Autoritäten des Mittelalters Vorteile zu ziehen und gelegentlich lästiger Zumutungen die eine durch die andere in Schach zu halten, war es nicht ausschließlich, welche ihn mit dem Gesamtgeist so eng verwob, obwohl unverkennbar ist, daß seine Wurzeln in Fäulnis gerieten, als jene obersten Gewalten von der Höhe ihrer Bedeutung herabgesunken waren. Noch tiefer griff der Umstand in seine Lebensbedingungen ein, daß die Glaubenskraft in den europäischen Völkern gemindert worden war, daß eine Heidenfahrt nach Preußen in den Vorstellungen der Christenheit nicht mehr mit den erlösenden und heilbringenden Folgen verbunden war, welche ehedem an dieselbe geknüpft wurden. Und während also der Zustrom kriegerischer Macht und brauchbarer Verteidigungsmittel, der dem Orden vor seinen eigenen Unterthanen eine eindrucksvolle Auszeichnung verlieh, in Abnahme kam, schloß sich durch die Christianisierung Litauens der Ring der katholischen Völker, und selbst der Vorwand für Kreuzfahrten war geschwunden, seitdem es jenseits der preußischen Grenze keine Heiden mehr gab. Von dem Zeitpunkte an, da der Orden mit seiner untergebenen Ritterschaft und mit den Städten um Geld und Mannschaften zu seiner Verteidigung oder zur Behauptung seiner Stellung feilschen muß, wird die Stimme derselben ungestümer, lauter, anspruchsvoller. Die Zwecke des Ordens wurden alteriert. Aus einem Hospital des deutschen Adels in dem Sinne, wie es im Kreuzzugsalter genannt wurde, war der Orden ein Hospital des deutschen Adels im modernen Sinne geworden, eine Versorgungsanstalt mit reichen Gefällen, Genüssen, Gewährungen und Privilegien, für welche sich jetzt mehr Bewerber einfanden, als ehedem zu seinen Sünden tilgenden Heidenfahrten.

Zu gleicher Zeit aber, und nicht ohne ursächlichen Zusammenhang mit dieser Veränderung seiner Zwecke war auch eine Verwandelung seiner Zusammensetzung erfolgt. Den durch

Feindseligkeit geschärften Augen der städtischen Chronisten entging es nicht, daß der Verfall des Ordens nicht am wenigsten durch das Eindringen der Franken, Schwaben und Baiern in die Brüderschaft gefördert worden sei [1]). Mit dem niederdeutschen Adel, aus welchem bis zu dem Unglückstage von Tannenberg der Orden sich fast ausschließlich rekrutierte, fühlte die preußische Ritterschaft und selbst das Bürgertum sich in einer gewissen wahlverwandten Gemeinschaft. Die niederdeutschen Geschlechter waren in den Zeiten des mühsamen Emporklimmens hier populär geworden, und ihre Namen hatten in preußischen Landen einen guten Klang, die oberdeutschen Herren aber kamen nur, um zu genießen, um zu herrschen, und mit dem ansteigenden Selbstbewußtsein der heimischen Stände wuchs ihr Widerwille gegen die Eindringlinge und kehrte sich alsbald wider den Orden selbst. Indessen war es unzweifelhaft nicht bloß die Thatsache des neuen Zuwachses, welche den Ingrimm erregte, sondern in Ritterschaft und Städten war man nur zu sehr geneigt, den allgemeinen Verfall des Ordens und seines Glücks, die ganze Not der Zeit mit jener Thatsache über Gebühr in Zusammenhang zu bringen. Das Schlimmste war, daß der Orden selbst in seinem straffen Gefüge durch die fremden Elemente aufgelockert wurde, und daß die Verhandlungen und Reibungen über die innere Verfassung, über die Stellung der Gebietiger zum Hochmeister, und des Hochmeisters zum livländischen Meister und Deutschmeister nicht mehr abrissen. Als daher der Orden durch die Wendung der Verhältnisse in den slawischen Nachbarstaaten sich immer mehr in die Rolle eines reinen Territorialherrn hineinzugewöhnen hatte, war seine eigene innere Einheit bereits angetastet, war seine Macht — das erkannten Ritterschaft und Städte in Preußen gar bald — nicht mehr geschlossen genug, um sich zu einer reinen Aristokratie ohne kirchliche und ritterliche Bezüge auszubilden. Die

1) Die Danziger Chronik vom Bunde. Script. rer. Prus. IV, 414. 415, und noch stärker die Danziger Ordenschronik, ebd. 379, welche zugleich einen sehr beachtenswerten Grund für den Haß wider Heinrich von Plauen anführt. Er galt als Oberdeutscher.

vielfältigen Klagen über Zuchtlosigkeit einzelner Ritter und ganzer Häuser, Pflegen und Komtureien, über Völlerei und Unzucht auf den Ordensburgen, welche namentlich vonseiten der Städter zur Anschwärzung des Ordens an allen Orten und insbesondere auch in ihren Chroniken vorgebracht wurden, und die namentlich einer populären Geschichtsauffassung die Notwendigkeit, daß der Orden untergehen mußte, sehr einleuchtend machten, würden in Wahrheit, auch wenn sie besser und ausreichender begründet wären, doch nicht von dem gemeinhin ihnen zugemessenen Gewichte gewesen sein. In jedem Falle fraß die politische Zuchtlosigkeit, vermöge welcher jeder herrschen, niemand gehorchen wollte, ungleich tiefer an dem Leben des Ordens. In verhältnismäßig kurzer Zeit, vornehmlich seit dem Abschluß des Friedens von Brześć war geradezu innerhalb des Ordens ein förmlicher Krieg aller wider alle ausgebrochen [1]), und es durfte eben nur noch die bis zur Feigheit gesteigerte Unfähigkeit Paul Rußdorfs hinzutreten, um der völligen Anarchie die Thore breit zu erschließen.

Wenn aber so der Hochmeister wider den Deutschmeister rang, und beide Absetzungsdekrete wider einander schleuderten, wenn der Landmeister von Livland dem Hochmeister den Gehorsam aufkündigte, wenn die Gebietiger sich in Parteien zerklüfteten, die über dem Parteistreite die gemeinsamen Ziele vergaßen, wenn die Ordensritter das ganze Elend ihrer kleinlichen Stammesfeindschaften vor aller Welt ausschütteten, wenn keiner mehr Deutscher sondern Franke, Baier, Schwabe, Rhein- oder Niederländer sein wollte, wenn Ämter und Würden, wie es im Parteigetriebe geschieht, nicht mehr mit Verdienst und Leistung im Gleichgewicht standen, wenn das bindende Gesetz nicht mehr in voller Unantastbarkeit dastand, wenn die Grundfesten und Grundordnungen dem Zweifel und der Diskussion unterzogen, und dem herrschenden Recht durch Interpretation und Vorwand seine unbedingte Hoheit und Gültigkeit geraubt

1) S. die Anmerkungen Toeppens zur Älteren Hochmeisterchronik in Script. rer. Prus. III, 640—645.

wurden — dann konnte es nicht fehlen, daß die durch Wohlſtand und Bildung in ihrem Selbſtgefühl gehobenen, bisher durch die Staatsorganiſation politiſch niedergehaltenen preußiſchen Stände angeſichts der Schwäche und Zerrüttung des Ordens ſich des Anſpruchs vermaßen, zum mindeſten einen vollen und gleichen Anteil an dem Regiment des Landes zu empfangen. Dieſe preußiſchen Landritter waren denn doch erfahren genug, um zu wiſſen, daß ſie nicht geringer ſind als die hergekommenen Ordensritter, und ſie ſaßen auf eigenem Grund. Warum ſollten ſie die Herrſchaft der Fremden ertragen? In immer größeren Zügen entwickelte ſich die unheilvolle Unverſöhnlichkeit, welche der geniale Blick Heinrichs von Plauen unmittelbar nach dem Sturz und Unglück von 1410 erſchaut, und der er durch eine vernunftgemäße Einräumung und Ableitung abzuhelfen beabſichtigt hatte. Seinen Verſuch, durch Einrichtung eines „Landesrats“ den unvermeidlichen Konflikt zu beſchwören, mußte der edle Mann mit ſeiner hohen Stellung, mit ſeiner Ehre, mit ſeiner Freiheit büßen, und dennoch wußten die verblendeten Ordensritter, welche ihm Widerſtand geleiſtet hatten, keine beſſere Löſung an die Stelle zu ſetzen, als die Not noch brennender geworden war. Als der Landesrat aber eine feſte Form und Norm erhalten hatte, konnte die weitere Entwickelung keinem Zweifel mehr unterliegen. Entweder mußte die eingeborene Landesvertretung den Orden, oder der Orden jene in ſich abſorbieren. Dieſer Kampf der beiden Korporationen war von ſo unausweichlicher Notwendigkeit, daß die Einzelgegenſtände, um welche er ſich ſpäter verbitterte, von geringem Gewicht und Intereſſe wurden. Ob man über Jagd- und Fiſchereigerechtigkeit, oder über die Auslegung der Culmer Handfeſte, oder über Mühlenzwang, oder auch über die „Richtbank“ ſtritt, immer war der Kern des Zwieſpalts, daß die landritterſchaftliche Korporation die bisher vom Orden ausgeübte unbedingte Herrſchaft nicht mehr tragen, und ſeine Souveränetätsrechte auf ſich übertragen wiſſen wollte. Es iſt merkwürdig genug, daß im ganzen Verlauf dieſes Ringens dieſer Kardinalpunkt verhältnismäßig wenig zum Ausdruck gelangte, und daß man

über ſcheinbar ſo untergeordnete Streitfragen, als die offiziellen Beſchwerden enthielten, ſich in eine bis zu Untreu und Abfall geſteigerte Erbitterung hinein erhitzen konnte. Wer von außen her ohne Kenntnis des innern treibenden Grundes den Widerſtreit beobachtete, konnte füglich erſtaunt darüber ſein, daß die Landritterſchaft, der es weder an Bildung noch an edler Haltung gebrach, bis zur Entwurzelung einer Dynaſtie, welche doch ihre großen Verdienſte um das Land hatte, vorzugehen entſchloſſen war wegen einer Anzahl von Rechtsverletzungen und Willkürlichkeiten, welche in dem Zeitalter des entfeſſelten Raub- und Fehdeweſens nicht allzu mächtig überraſchen durften. Die „Tyrannei“ der Ordensritter war, wenn man ſelbſt das ganze von ihren Gegnern vorgelegte Schuldregiſter in allen Stücken für begründet erachtet, doch nicht ſchlimmer und härter als die in der Zeit liegende Feſſelloſigkeit des Rittertums aller Orten. In Böhmen, Ungarn, Polen, Schleſien, ja ſelbſt in Brandenburg und Pommern ging es nicht anders, nicht beſſer zu. Im Gefühl dieſer Auffälligkeit hat auch die neuere Geſchichtſchreibung vielfach ſich bemüht, die Beweggründe der Landritterſchaft mit Motiven zu verſetzen, die in analogen Erſcheinungen der Neuzeit unbedingt zur Sprache gekommen wären, die aber für den vorliegenden Fall einerſeits einen Anachronismus von vornherein einſchließen, anderſeits durch die reichlich vorhandene Maſſe von Quellenmaterial keineswegs belegt werden. Vornehmlich glaubte man, daß die preußiſche Ritterſchaft von ſlawiſch-polniſchen Elementen durchſetzt geweſen und von dieſen immer weiter in den Widerſtand gegen den deutſchen Orden fortgezogen worden ſei. Dann wiederum iſt von einer ausgebildeten und verzweigten Agitation die Rede, welche von Polen aus nach Preußen hineingetrieben worden wäre, und endlich meinte man gar unter Einmiſchung eines myſtiſch-romantiſchen Motivs, daß der ein halbes Jahrhundert zuvor geſchloſſene Ritterbund der ſogenannten Eidechſen-Geſellſchaft mit Syſtem die ganze Bewegung wider den Orden geleitet habe. Allein alle dieſe Zuſätze zu den natürlichen und einfachen Triebkräften gehören doch nur meiſt unbegründeten Vermutungen an, denn wenn auch die Landritter

im Verlauf des Streites in der Beſorgnis, daß das Reich ſich in denſelben zugunſten des Ordens einmiſchen könnte, einen gewiſſen Nachdruck darauf legen, daß ſie zum deutſchen Reiche nicht gehören, ſo waren ſie doch unzweifelhaft ausſchließlich deutſcher Nationalität. Es iſt hier nicht der Ort, darauf näher einzugehen, von welcher Zuſammenſetzung der Nationalität nach die Bevölkerung Preußens geweſen iſt. Daß ein ſehr beträchtlicher Bruchteil polniſcher Nationalität und polniſcher Zunge, namentlich auf dem rechten Ufer der Weichſel während der ganzen Zeit der deutſchen Ordensherrſchaft von früher her ſitzen geblieben war, iſt ſo ſehr als möglich außer aller Frage geſtellt [1]). Aber in dem Stande, zu welchem die polniſche Bevölkerung in Preußen ausſchließlich gehörte, in den Bauern und Tagelöhnern lag damals ſelbſtverſtändlich noch weniger als heute irgendwelche politiſche Entſcheidung. Zu ſagen, der preußiſche Aufſtand ſei von der polniſchen Bevölkerung in Preußen gemacht worden, wäre ebenſo verkehrt und der hiſtoriſchen Wahrheit zuwiderlaufend wie die Behauptung, daß der Bund der Preußen eine andauernde und ſyſtematiſche Aufreizung durch die Polen erfahren habe. Es hat aber in der That da weder eine ſpontane noch eine geförderte Attraktion gegeben. Inſoweit die allgemeine öffentliche Meinung überhaupt in Betracht kam, war ſie keineswegs poſitiv, von irgendwelcher Vorliebe beherrſcht, ſondern lediglich negativ, nämlich von der Abneigung gegen die Ordensherrſchaft beſtimmt. Wenigſtens bei den Bürgerſchaften iſt dies ganz gewiß der Fall geweſen. Bei der Ritterſchaft lagen die Verhältniſſe wirklich etwas anders, denn ihr blinkte aus Polen allerdings ein eigener Magnet herüber, nämlich die unter dem Geſichtspunkt des Ganzen nicht eben glückliche Verfaſſung des polniſchen Reiches [2]). Das anſteigende Maß von Ungebundenheit, deſſen ſich der polniſche Edelmann erfreute, ſeine freie Macht gegenüber dem durch finanziellen

1) Hierüber handelt ausführlich das ſehr lehrreiche Buch von Kętrzyński, O ludności polskiéj w Prusiech. Lwów 1882.

2) Vgl. Toeppen, Akten der Ständetage Oſt- und Weſtpreußens I, 11f.

Ruin und klerikale Herrſchgier herabgedrückten Königtum, ſeine Anſprüche auf Entſchädigungen bei Kriegsdienſt im Innern und ſeine reiche Löhnung bei Kriegszügen nach außen hin, ſein umfänglicher Einfluß auf die Geſetzgebung des Landes — alles das ſtach ſo beträchtlich gegen die Stellung und den Rechtsumfang des preußiſchen Landritters ab, daß es keiner Umtriebe bedurfte, um das Auge, wenn man einmal gleichgültig gegen die idealen Bezüge der Ordensherrſchaft oder gar feindſelig gegen die Art ihrer Ausübung geworden war, mit Sehnſucht nach Polen hinüberzurichten, und wir erinnern uns, daß die Culmiſche Ritterſchaft ſchon im Huſitenkriege 1433 polniſches Adelsrecht auf ſich angewandt wiſſen wollte. Aber noch eins iſt hierbei in Betracht zu ziehen. Von dem polniſchen Rittertum war es ganz beſonders das großpolniſche, mit welchem die Preußen durch lebhaften Verkehr und häufige nachbarliche Berührungen bekannt waren, und von ihm hatten ſie notwendig die durchgreifende Abneigung gegen geiſtliches Regiment und klerikale Übergriffe wahrnehmen müſſen. Inſofern ſich ihre eigene Oppoſition gegen einen geiſtlichen Orden, welcher aus dieſem Charakter die Berechtigung ſeines Daſeins ſchöpfte, gerichtet hatte, mußte ſich aus der Gemeinſamkeit des Abneigungsgegenſtandes ein Strom unausgeſprochenen Einverſtändniſſes bilden, der, wie latent er auch blieb, doch ein ſtärkeres Gemeingefühl zu erzeugen imſtande war, als Überredungskünſte und Agitationen hervorzubringen vermocht hätten.

Trotz allem dem aber kam der eigentlich revolutionäre Antrieb nicht aus den Reihen der Ritterſchaft, die vielmehr durch eine Anzahl verſöhnlicher, vermittelnder, in hohem Maße politiſch bedeutender Männer vertreten wurde. Der Geiſt des Abfalls und der Untreue wurde mit ungleich größerer Macht entzündet und geſchürt von den preußiſchen Städten.

Dasſelbe ſchwankende Verhältnis, welches der Orden zum Oberhaupt der Kirche wie zu dem des Reiches einnahm, dasſelbe behaupteten die preußiſchen Sechsſtädte zum Hochmeiſter des Ordens und zu dem Vorort der Hanſa. In keiner Zeit ſtehen ſie zu ihnen in unbedingter Botmäßigkeit. Sie wiſſen

dem Orden gegenüber die Nötigung durch die Hansa, und der Hansa den Zwang des Ordens vorzuschützen, wenn es ihrem Vorteil nicht entspricht, zu gehorchen. Sie führen Krieg mit den Dänen, während der Orden mit denselben in Frieden lebt, und bleiben in Frieden, während die Hansa den Flandrischen Krieg führt. Sie scheiden von den hansischen Angelegenheiten sorgfältig aus „was ihnen gelegen ist", ja stemmen, sicher durch den Schutz des Ordens, der Hansa gelegentlich den störrischsten Eigenwillen entgegen. Daneben haben sie ihre besonderen Verwaltungsgebiete, von welchen sie die mitinteressierten Gewalten mit Eifersucht fernhalten. Sie gönnen der Hansa keine Beteiligung an ihrem polnisch-russischen Handel, wie sie den Organen des Ordens keinen Eingriff in ihre kommunale Verwaltung gestatten. Und an dieses selbstherrische Gebaren sind sie doch nur gewöhnt durch die Liberalität und Begünstigung des Ordens, der sich durch das ganze 14. Jahrhundert mehr als den Bundesgenossen denn als Landesherrn derselben ansieht, und beispielsweise in der Festsetzung der Gewerbeordnungen ihren eigenen Wünschen in solchem Umfang Rechnung trug, daß sie geradezu nur als Vereinbarungen zwischen dem Orden und den Städten betrachtet werden können. Vielleicht im ganzen Deutschen Reiche gab es nicht wieder einen Städteverein, der so wenig für seine äußere Sicherheit selbst einzutreten hatte als der preußische. Die ganze Last der Verteidigung gegen die Scheelsucht und Begehrlichkeit der Grenznachbarn nahm der Orden schon infolge der Bedingungen seines Daseins auf seine Schultern. Und das wußten die Städte recht wohl zu schätzen und zu würdigen, so lange die Ausbreitung ihrer merkantilen Verbindungen und die Vermehrung ihrer Privilegien noch im Zunehmen begriffen war. Aber sie werfen jede Erinnerung daran hinter sich, als sie ihrem letzten Ziele — dem reinen Monopol zusteuern. In alter und neuester Zeit haben die Städte immer den Beifall der populären Meinung für sich gehabt, wenn sie im Geiste des engherzigsten mittelalterlichen Monopolismus sich über den vom Orden schon seit dem 13. Jahrhundert betriebenen Eigenhandel beschwerten, weil zu

dem Begriff des Ritters und des Ordensgliedes der Handelsbetrieb am wenigſten zu paſſen ſchien, und die formulierte Anſicht: „weil es des Kaufmanns Ding iſt, und nicht der Herren“ begegnet einem noch heute vielfach herrſchenden Gefühl. Aber vielleicht hat dasſelbe heutzutage mehr natürliches Recht als in jenen Zeiten, denn abgeſehen von der bekannten Thatſache, daß der Handel auch den weit weniger mit weltlichen Beziehungen verwachſenen Ordenshäuſern des Mittelalters nicht fern lag, entſtand für den deutſchen Orden gerade wegen ſeiner Eigenſchaft eines Landesregenten die Notwendigkeit eines eigenen Vertriebs ſeiner Produkte, wenn anders er nicht ſeine Intereſſen aufs tiefſte ſchädigen wollte. Es iſt ſchon von anderer Seite darauf hingewieſen worden [1]), daß das Bernſteinmonopol und die Naturallieferungen der Unterthanen den Orden zu dem ſchwunghaften Betrieb eines Handels anregten, der den Städten ein Dorn im Auge war [2]), aber die Kolliſionen blieben aus, ſo lange der Orden ſich innerhalb der privatrechtlichen Stellung eines lediglichen Konkurrenten hielt. Sowie er aber vermöge einer tieferen Auffaſſung ſeiner Herrſchaft für ſeinen Handel einen fiskaliſchen Charakter in Anſpruch nahm, erhoben die Städte eine nicht mehr endende Klage, die ſchließlich mit den frevelhafteſten Entſchlüſſen ausging. Es iſt beachtenswert, wie bald mehrere Hauptmomente der ſtädtiſchen Beſchwerden ihres Gewichtes entkleidet werden, wenn man in Rechnung bringt, daß der Orden und ſeine Beamten von dem Begriff des Staats und der Souveränetät ausgingen, während die Städte in der mittelalterlichen Rechtsauffaſſung verharren. Der Anſpruch der Ordensbeamten auf den Mitgenuß der Handelsprivilegien, ihre Nichtachtung hanſeatiſcher Satzungen, ihre Forderung des Vorzugs vor allen anderen Gläubigern bei Inſolvenzerklärungen, ihre Übertretung von Ausfuhrverboten, ihre Einführung von

1) Vgl. Hirſch, Danzigs Handels- und Gewerbsgeſchichte, Buch I, Abſchn. II, S. 24 ff.

2) „Worumme ſy nicht koufſchlagen mogen? ab dy ſtette brieffe haben, das ſy nicht koufflagen ſullen?“ — ſagt der Hochmeiſter am 18. März 1439 den Städten.

Handelslicenzen für das sogenannte „Lobgeld", ja selbst ihre Anmaßung eines ausgedehnten Vorkaufsrechts — so sehr auch im einzelnen Mißbrauch damit getrieben wurde, und so sehr sich auch aus der Anwendung Unzuträglichkeiten gebildet haben — sind im Prinzip doch nur Ausflüsse eines absolut gedachten landesherrlichen Rechts, zu dessen Anfechtung kein Boden vorhanden war. Die Thatsache, daß zuweilen milde, den Städten gewogene Hochmeister in dem einen und dem andern Punkte Zugeständnisse von vorübergehender Rechtswirkung machen, steht dieser Auffassung in keiner Weise entgegen; sowie das Souveränetätsrecht des Ordens wieder schärfer artikuliert wird, erheben sich wieder dieselben Ansprüche und die nur noch geschärfteren Klagen der Städte. Achtet man auf den Zeitpunkt, in welchem zuerst diese Handelsstreitigkeiten hervorgetreten waren, so gewinnt diese Meinung nur dadurch wesentliche Unterstützung, denn die ersten schweren Klagen der Städte fallen genau mit dem Zeitpunkt zusammen, in welchem der Orden selbst die tiefste organische Umwandlung durch die Christianisierung Litauens und das Aufhören der Heidenfahrten erfuhr, in welchem er durch die Gewalt der Umstände aus seinem rein mittelalterlichen Beruf zu der Stellung eines korporativen Landesfürsten gedrängt und mit seiner gesamten Lebensthätigkeit auf das ihm untergebene Territorium beschränkt wurde. Von diesem Zeitpunkte an reden der Orden und die Städte zwei verschiedene Sprachen, sie verstehen einander nicht mehr. Die Städte können sich in die Rolle von Gliedern eines zusammenwirkenden Organismus nicht hineinfinden; sie können es nicht fassen, daß das Maß ihrer Pflichten von etwas anderem bedingt sein soll als von einem Äquivalent von Rechten und Privilegien; sie können nicht aufhören, sich als exzeptionelle Gemeinwesen zu betrachten, deren Verhältnis zu der Landeshoheit nicht ganz und voll durch Vertrag oder Herkommen sich erschöpft; sie betrachten sich genau genommen als Staaten in der Luft, mit der Freiheit, sich an den Meistbietenden, an denjenigen zu verkaufen, der am wenigsten von seinem Souveränetätsrecht ihnen gegenüber Gebrauch machen will. In jener verräterischen

Scene vom 10. Auguſt 1410, in welcher die Städte gar zu vorſchnell ſich beeilen, dem ſiegreichen Feinde ihre Huldigung darzubringen, iſt die erſte Forderung von dem neuen Herrn das Münzregal und die freie Verfügung über Ausfuhrverbote, und da dies bereitwilligſt zugeſtanden ward, ſo begreift ſich leicht, wie ſehr die Rettung des Ordens und die Wiederherſtellung ſeines Regiments durch Heinrich von Plauen, der ſolche Eingriffe in das landesherrliche Recht auch in den bedrängteſten Augenblicken nicht gewährte, wider den Willen der Städte vor ſich ging. Heinrich von Plauen hat die Hinrichtung des Danziger Bürgermeiſters Konrad Letzkau und ſeiner Genoſſen, ſo viel man weiß, nicht verfügt und nicht veranlaßt, aber da ſie geſchehen war, konnte er ſie in ſeinem Wunſch und Bemühen, die Städte zu einer botmäßigen Eingliederung in den Staatsorganismus zu zwingen, nicht mißbilligen [1]). Sein umfaſſender Verſuch, eine wahrhaft ſtaatliche Ordnung ſelbſt durch vorübergehende Gewaltakte herbeizuführen, erlag nicht ſowohl dem Widerſtand der Stände und Städte als der Scheelſucht ſeiner Gegenpartei innerhalb des Ordens ſelbſt, die im Beſitz des Regiments durch ihr ſchwächliches Lavieren, durch ihren treuloſen Wechſel von Gewähren und Verſagen, durch ihr unberechenbares Entgegenkommen und Verweigern ungleich mehr zur Entfremdung der Sympathieen beigetragen hat als die Enthauptung einiger Bürgermeiſter. Der Schwäche und Unfähigkeit der von ihrer ſittlichen Baſis immer mehr herunterſinkenden Herrſchaft traten in den Städten immer größerer Trotz und Eigenwillen gegenüber, und für den durch elementare Unglücksfälle und durch die Niederlagen im Kriege herbeigeführten Rückgang des Handels, der Gewerbe und des allgemeinen Wohlſtands überhaupt wurde dem Orden die Verantwortung in ungebührlichem Umfang beigemeſſen. Während

1) Die Polemik Hirſchs in Script. rer. Pruſs. IV, 385, wider meine im III. Teil dieſes Werkes vorgetragene Auffaſſung zu widerlegen, habe ich leider keinen Raum. Inzwiſchen hat die „kühle“ und „unbefangene“ Geſchichtsſchreibung Hirſchs bereits ihren Richter gefunden, und ich darf nur auf die ausgezeichnete Auseinanderſetzung Toeppens in Akten der Ständetage Oſt- und Weſtpreußens I, 126 verweiſen, der ich kaum ein Wort hinzuzuſetzen habe.

der Haß wider die Landesregierung ſich verſchärfte, war dieſelbe immer häufiger in die Lage gebracht, die Finanzkräfte des Landes durch unmittelbare Auflagen in Anſpruch zu nehmen, und während dem Orden immer mehr die aus ſeinem eigentümlichen Charakter entſpringenden Hilfsquellen abgeſchnitten werden, iſt er bei dem ſtetigen Wachstum ſeiner Bedürfniſſe in anſteigenden Maßen gezwungen, die Steuerkraft des Landes in ſeinen Dienſt zu nehmen. So bildet ſich zwiſchen der heiſchenden Regierung und den leiſtenden Städten wie immer in ſolchen Fällen ein feindſeliges Verhältnis, unverſöhnt durch das Verſtändnis einer organiſchen Zuſammengehörigkeit und Wechſelwirkung als Staat. Aber auch darin unterſchied ſich dieſe revolutionäre Bewegung nicht von ähnlichen in alter und neuer Zeit, daß der eigentliche Konflikt nicht ſowohl um die Bewilligungen ſelbſt zum Ausbruch kam, als um die infolge derſelben in Anſpruch genommenen Rechte. Gewährten die Städte einen Schoß, dann wollten ſie auch das Recht der Überwachung der Ausgaben haben, das ohne eine Teilnahme an der Geſetzgebung und an der Führung der auswärtigen Politik ganz undurchführbar iſt. Aber neben allen legitimierten Gründen darf auch der aus der Wohlhabenheit entſpringende Übermut nicht aus den Augen gelaſſen werden, denn in der allgemeinen Zerrüttung, die in Preußen eingeriſſen, waren Gewaltthätigkeit und Anmaßung nicht lediglich und ausſchließlich auf den Ordensburgen heimiſch. Man fand ſie in nicht viel geringerem Maße auch im Bürgertum, und allen voran ging darin wie in der Förderung des revolutionären Sinnes überhaupt die unruhige Gemeinde von Danzig.

Danzig war auch das eigentliche Haupt und die geiſtig und materiell bewegende Kraft des vielberufenen „preußiſchen Bundes“, jener eigentümlichen Koalition der Landritter mit den Städten zu einer gewiſſermaßen legitimen und anerkannten Oppoſition, einer Erſcheinung, für welche die deutſche Rechtsentwickelung keine Unterlage, ja die deutſche Geſchichte wohl kaum ein ganz zutreffendes Analogon bietet. Dagegen wird auf dieſen Bund und auf die ſpäter von ihm eingeſchlagene

Richtung ſofort ein aufklärendes Licht geworfen, wenn man das polniſche Staatsrecht zuhilfe nimmt [1]). Denn es gehört kein beſonderer Scharfſinn dazu, um ihn auf der Stelle nach allen ſeinen Kriterien, ſeinem Inhalt, ſeiner Form, ſeinen Beziehungen zur Staatsgewalt nach als eine umfaſſende „Konföderation“ zu erkennen, und in Erwägung der Zeit ſeines Auftretens (1440) liegt die Vermutung ſehr nahe, daß die in den Jahren 1438 und 1439 in Polen geſchloſſenen Konföderationen das anregende Beiſpiel geweſen ſind. Allerdings würde dieſe preußiſche Konföderation einen weſentlich verſchiedenen Charakter gegen die polniſchen gehabt haben, wenn es wahr geweſen wäre, was die Bündiſchen ſpäter unter Vorlegung einer Urkunde behaupteten, daß der Kaiſer den Bund beſtätigt hätte. Allein daß jene Urkunde eine ſpätere Fälſchung iſt, wurde mit den überzeugendſten Gründen erwieſen [2]), und die weitere nicht minder anzweifelbare Behauptung [3]), daß der Bund von dem Hochmeiſter und neununddreißig Ordensrittern eine ausdrückliche und ſchriftliche Genehmigung erhalten habe, würde ſeinen Charakter als Konföderation auch dann nicht beeinträchtigen, wenn ſie beſſer begründet wäre. Vergegenwärtigt man ſich die Lage in Polen, deſſen König eben damals unter Zuſtimmung der ganzen Nation im Begriff war, die Krönungsfahrt nach Ungarn anzutreten, und bedenkt man, wie ſehr der pol-

1) Im Verlauf der Diskuſſion über den Bund erinnern die Stände allerdings nicht an das polniſche, ſondern an das ſchwediſche Staatsrecht, um ihre Berechtigung nachzuweiſen. Voigt, Geſchichte Preußens VIII, 245. Völlig unwahr iſt, was die Polen 1457 dem Papſte als Veranlaſſung des Bundes angaben: „Contigit de anno 1440 rege Wladislao agente in regno Hungariae et contra Theucros proeliante, Cruciferi cogebant suos subditos, ut contra regnum Poloniae acciperent arma, qui juramentis suis contravenire noluerunt. Et proinde compulsi sunt facere ligam contra ordinem.“ Cod. epist. saec. XV, p. 179.

2) Script. rer. Pruſs. III, 650, Note 4, und IV, 421, Note 1. Früher ſchon angezweifelt durch J. J. Müller, Reichstagstheatrum, S. 457.

3) Danziger Chronik vom Bunde, Script. rer. Pruſs. IV, 420, N. 2 und Geſch. wegen eines Bundes, ebd. S. 76, N. 3.

nischen Politik daran gelegen war, im eigenen Lande und bei dem Umsturz der Verhältnisse in Litauen von seinem nordischen Nachbarn unbehelligt zu bleiben, erwägt man, wie groß das Interesse der Polen an der Lähmung des Erbfeindes gerade in diesem Zeitpunkt gewesen ist, so kann man sich zwar des Gedankens nicht erwehren, daß diese preußische Konföderation, welche einen unverwindlichen Keil zwischen den Orden und seine Unterthanen eintrieb, polnischer Anschauung und polnischer Eingebung entsprungen ist; aber es fehlt an allen faßbaren Beweisen, um eine solche Behauptung stützen zu können. Hätte eine solche Einwirkung stattgefunden, und läge ihr Berechnung zugrunde, so würde sie nicht getäuscht haben. Denn von dem Moment an, da die preußische Konföderation ins Leben getreten, muß der Orden alle seine Fähigkeit und Wachsamkeit auf das eigene Land richten, und nur der außerordentlichen Gewandtheit und Klugheit Konrads von Erlichshausen gelingt es, nicht nur den Eintritt der grundstürzenden Folgen des Bundes zu vertagen, sondern selbst an den Versuch einer Auflösung desselben leise die Hand zu legen. Unter solchen Umständen war es gebieterische Pflicht für den Hochmeister, den Beziehungen zu Polen und Litauen die ausgesuchteste Sorgfalt zu widmen und jedem Anlaß eines Zwistes aus dem Wege zu gehen. Mit Peinlichkeit werden die Vorschriften des Friedens von Brześć ausgeführt; wo im Verkehr eine Mißhelligkeit sich ergiebt, da eilen sofort die beiderseitigen Kommissare zu versöhnlichen Verhandlungen herbei. Proskribiert Kasimir den Prätendenten Michał, so macht der Orden den Schergen gegen den Flüchtigen, um nur jeden Verdacht erneuter Einmischung in die litauischen Angelegenheiten zu vermeiden. Wenn in früheren Tagen sich ein Kampf wie zwischen Boleslaw von Masowien und Kasimir entwickelt hätte, dann würde der Orden sicher kein müßiger Zuschauer geblieben sein; jetzt suchen seine Gesandten am Hofe zu Wilno mit Eifer die friedliche Stimmung zu erhalten und zu festigen. Während des polnischen Interregnums erhebt sich das Gerücht in Polen, der Orden habe sich durch das Baseler Konzil von dem Frieden zu Brześć

entbinden lassen, sofort eilt der Hochmeister, den Verdacht niederzuschlagen und läßt sich von dem Konzil selbst die Grundlosigkeit desselben bezeugen [1]). In dem zu derselben Zeit drohenden Konflikte zwischen Kasimir und dem polnischen Reichstage hütet der Hochmeister sich, Partei zu ergreifen, so nahe es ihm auch der damalige Großfürst legt, und als derselbe König geworden, entwickelte sich ein lebhafter Austausch von nachbarlichen Artigkeiten und Zuvorkommenheiten, so daß das Verhältnis beider Staaten zu einander ein Bild des Friedens und der Eintracht darbot, wie niemals zuvor. Freilich förderte dieser friedliche Verkehr die Beziehungen und den Gedankenaustausch zwischen dem preußischen und dem benachbarten großpolnischen Adel und Klerus mehr und mehr, und es wäre undenkbar, daß nicht namentlich in der Zeit, da der Kurfürst von Brandenburg die Akten über den Rechtstitel des Ordens auf die Neumark revidieren ließ, auch unter den gebildeten polnischen Magnaten und Priestern, bei denen der Prozeß von 1422 die historische Entwickelung des ganzen Weichsellandes in Erinnerung gebracht hatte, der Gedanke einer Revindikation der Landschaften Culm, Michelau und Pommerellen aufgestiegen sein sollte. Aber alle diese Verhältnisse hatten einen chronischen und in sich versiegenden Zug, so lange Konrad von Erlichshausen lebte, und es schien der Bund durch den Mangel an Widerstand nach und nach an Lebenskraft einzubüßen. Diese kam ihm aber mit einem Male wieder, als der extreme und starre und wenig begabte Bruderssohn Konrads, Ludwig von Erlichshausen um den Preis einer Teilung der höchsten Gewalt mit den obersten Gebietigern des Ordens auf den Hochmeistersitz gelangte.

Wie lebhaft der Hochmeister es auch in Abrede stellte, daß die Einmischung der päpstlichen Kurie in den preußischen innern Streit auf seine Anregung erfolgt sei, der Verdacht, der den

1) Erklärung des Konzils im Krakauer Kapitelarchiv fasc. 20 vom 29. August 1446. Ebenda auch unter demselben Datum eine besondere Bulle an Zbigniew Oleśnicki. Auch bei Dogiel IV, 139. Nichtsdestoweniger macht der König von diesem schlechten und falschen Argument in der Inkorporationsurkunde (Vol. Leg. I. 175) Gebrauch.

Zeitgenoſſen ſo nahe lag, wird auch von uns nicht ganz unterdrückt werden können. Die in den Berichten des preußiſchen Ordensprokurators aus Rom dafür angegebenen Motive, daß man beim päpſtlichen Hofe über die geringe Beteiligung Preußens an den Gnaden des Jubeljahres ſtutzig geworden, eine Abnahme des kirchlichen Sinnes gefolgert habe, können doch nicht als erſchöpfend angeſehen werden. Allerdings befand ſich die Kurie damals in der Neigung, nach den aufwühlenden Bewegungen durch die großen Kirchenverſammlungen die Zügel wieder ſtraffer im Sinne der Wiederherſtellung des mittelalterlichen Gehorſams anzuziehen, und Bünde ſolcher Art wie der preußiſche hatten nach den Erfahrungen in Böhmen und anderwärts für ſie die Vorausſetzung ketzeriſchen Beigeſchmacks als natürliche Eigenſchaft an ſich. Gleichwohl iſt die auffallende Sendung eines Legaten ſicher nicht allein von ſolchen ſeelſorgeriſchen Erwägungen der Kurie veranlaßt worden, und die zweideutige Haltung des Hochmeiſters in den zwiſchen dem Legaten Ludwig de Silves und den Vertretern des Bundes gepflogenen Verhandlungen legte zum mindeſten die lebhafte Übereinſtimmung des Hochmeiſters mit den Anſichten des päpſtlichen Geſandten dar. Die Sprache des letztern hat große Ähnlichkeit mit der, welche Giambattiſta Romano zwei Jahre zuvor in Polen geführt hatte. Er mahnte, eiferte, polterte, drohte und ließ von den Kanzeln herab gegen den Bund donnern, aber der Erfolg war doch inſofern verſchieden, als die preußiſchen Stände nur mit um ſo größerer Hartnäckigkeit und Lebhaftigkeit ihre vermeintlichen Rechte behaupteten. Die der Thätigkeit des Legaten nachdonnernden Bullen des Papſtes, die den Bund nach kanoniſchem Recht und nach der goldenen Bulle für unberechtigt erklärten und daher mit dem Bannſtrahl drohten, ſchreckten nicht mehr. Die Bündiſchen hatten doch Übung genug in der Geſchäftspraxis des Ordens, um den Wert dieſer käuflichen Einmiſchung auswärtiger Autoritäten nach dem geringen Maß ihrer Bedeutung zu ſchätzen. Und dabei war die Kurie doch noch immer die gemeingültigſte. Noch viel weniger konnten die Berufungen des Hochmeiſters auf die Reichsfürſten und den Kaiſer von Gewicht ſein; man antwortete von-

seiten des Bundes in ebenso wohlgesetzten Briefen, als man empfangen hatte. Ob aber der Orden wohlberaten war, als er im heimischen Streit das Ausland anrief, möchte doch wohl zu bezweifeln sein. In jedem Falle ist festzustellen, daß doch der Orden zuerst den Konflikt mit seinen Unterthanen wenn auch unter dem Schein eines Appells an die anerkannten Mächte der Christenheit zu einer internationalen Frage gemacht hat, und daß eine deutlichere hochverräterische Annäherung der Bündischen an Polen erst mit dieser neuen vom Orden eingeleiteten Wendung hervortritt. Zunächst wichen sie von dem durch den Gegner betretenen Boden nicht und erhielten so gleichsam die Anerkennung einer kriegführenden Macht. Sie beschickten den Kaiserhof, verlangten die Ansetzung eines ordentlichen kaiserlichen Richttages, erwarben unter Durchsteckereien aller Art dunkle und zweifelhafte Aktenstücke, die für kaiserliche Bestätigungsbriefe ausgegeben werden konnten, und, scheinbar mit neuer Autorität umkleidet, gewannen sie im preußischen Lande teils freiwillige teils gezwungene Anhänger, und bald übten sie einen Terrorismus aus, der jeden Versuch, neutral zu bleiben, ausschloß. Nichts bezeichnet so sehr die souveräne Anmaßung der Bündischen als die Thatsache, daß sie im ganzen Lande einen Schoß ausschrieben, um die Prozeßkosten zu decken, und um zugleich — denn schon lange vor dem kaiserlichen Richterspruch war das ins Auge gefaßt worden — sich mit Kriegsrüstung zu versehen. Eine furchtbare Unordnung griff in dem unglücklichen Lande um sich, denn beim Orden wie bei den rebellischen Ständen war die Überzeugung vorwaltend, daß der kaiserliche Spruch, wie immer er auch ausfiele, den Streit nicht austragen würde. Beide Teile sahen sich daher nach Allianzen um, und beide suchten Polen, Masowien, Litauen zu sondieren.

Dem Hochmeister war es nicht entgangen, daß sich bereits öfters bündnerische Gesandtschaften bald in Masowien, bald in Großpolen befanden, aber auf dem Reichstag zu Parczow, um Pfingsten 1453 [1]) traf sein eigener Gesandter, der dem Könige

1) Oben Teil IV, S. 445.

Vorstellungen darüber wiederholen sollte, daß der Reichskanzler Jan von Koniecpole, der kujawische Wojewode Nicolaus von Szarlej und der Kardinal Zbigniew die Bündnerischen ermutigten und aufreizten [1]), zusammen mit einer Deputation der „Lande und Städte des Bundes", die offiziell eigentlich nur die — wie wir wissen gefälschte — Bestätigung des Bundes durch den Kaiser vorlegen und den König um eine Fürsprache bei demselben ersuchen sollte, daneben freilich die Gesinnung der maßgebenden Persönlichkeiten zu erforschen hatte. Wie die Lage in Polen es unbedingt vorzeichnete, konnte der König nicht anders als seine völlige Neutralität kundgeben. Die Spannung zwischen Polen und Litauen hatte damals einen hohen Grad erreicht; der polnische Adel grollte dem Könige wegen der Verweigerung des Verfassungseides; der Klerus war wegen des Konflikts zwischen Kardinal und Erzbischof in großer Erregung, wie hätte man da auf vage Perspektiven, welche die Bündischen eröffneten, einzugehen den Mut haben sollen? Aber entmutigt wurde die Deputation, bei der sich auch Gabriel von Bayfen befand, keineswegs. Die von dem Ordensgesandten angeklagten Herren wiesen den Vorwurf der Illoyalität um so mehr zurück, als der König jede den „ewigen Frieden" gefährdende Handlung zu mißbilligen schien, aber in den Gesprächen mit den Bundesgesandten drückte jeder von ihnen, der Kardinal nicht weniger als die andern, dem Bunde doch die lebhaftesten Sympathieen aus, wenngleich sie die Mahnung hinzufügten, wenn irgend möglich doch mit dem Orden sich auszugleichen und im Umfang seiner Rechte sich als willige Unterthanen zu bewähren. Man gewinnt den Eindruck, daß, wenn schon den polnischen Staatsmännern die Verlegenheiten des Ordens nicht unangenehm waren, sie doch von dem Gedanken einer Einmischung sich vorläufig noch fernhielten. In demselben Sinne erwiederte auch der König, indem er eine Fürsprache beim Kaiser ablehnte, da es scheinen könnte, als

1) Diese Anklagen waren schon im Januar 1452 an den König gebracht. Er hatte damals „mit kortzen Worten" geantwortet, „er halte sich an den ewigen Frieden". Königsberger Archiv.

wolle er das Richteramt desselben an sich ziehen. Der Bund, meinte er, dürfte doch dem Ausfall des kaiserlichen Spruchs um so ruhiger entgegen sehen, als ja der Kaiser den Bund und seine Rechte anerkannt und bestätigt hätte. Das letztere konnte freilich der Bundesdeputation, welche wohl den Charakter dieser angeblichen Bestätigung kannte, nur zu geringem Troste gereichen. Am wenigsten aber schien der Herzog Boleslaw von Masowien geneigt, dem Bunde Mut einzusprechen. Auf den Appell des Ordens an den Papst, den Kaiser, die Reichsfürsten verweisend, sagte er nur zu, wenn ihm eine Rechtsvermittelung angetragen werden sollte, die billigen und begründeten Forderungen des Bundes zu unterstützen, im übrigen aber glaube er nicht an die Vergewaltigungen, die man dem Orden zur Last lege. Es bestände da, sagte er, viel Hetzerei und Denunziation auf beiden Seiten, eine wohlwollende Vermittelung wäre wohl in diesem Falle gut angebracht.

Die Haltung der Polen war also im Sommer 1453 noch so korrekt, daß der Hochmeister keinen Verdacht hegen durfte, wenn des Bundes Legationen immer häufiger unter Vorwänden aller Art in Polen ein und aus ritten. Hatte doch der König noch im Juli dem Hochmeister die bündige Versicherung zukommen lassen, daß er „keinem der streitenden Teile seinen Beistand“ leisten würde. Aber die ganze Situation veränderte sich mit einem Male, als der Richterspruch des Kaisers zugunsten des Ordens und wider den Bund ausgefallen war [1]). Weder bei der Landritterschaft und bei den Städten noch bei dem Orden konnte man eigentlich von diesem Ergebnis überrascht sein; aber das Zeichen war damit gegeben, jede Hülle fallen zu lassen. Hatten früher schon beide streitenden Teile die Unabweislichkeit einer kriegerischen Entscheidung erkennend sich mit Waffen und Mannschaften im Stillen versehen, so wurden jetzt die Rüstungen offen betrieben, und im Anfang des Februars

1) Unter welchem Titel der Orden 14000 Dukaten an den Kaiser zahlte, wissen wir nicht; wohl aber daß seine Deputation einen Schuldschein darüber ausstellt. Vgl. Chmel, Regesta Friderici IV. no. 3143.

1454 brach ein furchtbarer Aufstand los, in welchen die Bündischen mit einer Art blutdürstigen jakobinischen Hasses eintraten. Am 4. Februar erfolgte die Absage an den Orden, und am 7ten war schon die Burg Thorn, „das erste Ordenshaus, welches die Ritter bei ihrem Eintritt in das Land vor mehr als zweihundert Jahren aufgebaut hatten", in den Händen der Insurgenten. Wie eine verheerende Flamme wogte der Aufruhr über das Land hin. Wenige Tage schon nach dem Falle von Thorn ergaben sich die Burgen Birgelau, Papau, Althaus, Graudenz, Schwetz, Mewe, Sobowitz u. a. Nicht in den Feldheeren wie zur Zeit der Heidenfahrten, sondern in den Burgen lag die Macht des Ordens. Und diese waren schlecht gerüstet und noch schlechter bemannt. Feigheit und Furcht ergriff die Ordensleute auf den Burgen. Manche hatten schon früher mit den Aufständischen konspiriert und lieferten ihnen unter dem Schein eines Zwangs die Burgen ohne Widerstand aus; manche fanden die Gelegenheit günstig, mit den ihnen anvertrauten Kassen sich zu flüchten und dem Ordensdienste sich ganz zu entziehen; manche leisteten Widerstand und kapitulierten, um sich das Leben zu retten. Dem aufsteigenden Glück der Bündischen gingen bald auch diejenigen nach, die bisher sich von ihnen fern gehalten hatten, selbst das Niederland und das Hinterland, auf die der Hochmeister am meisten rechnen zu dürfen geglaubt hatte. In dem kurzen Zeitraum von etwa vier Wochen waren nicht weniger als sechsundfünfzig Städte und Schlösser auf die Seite der Aufständischen gebracht, und das Machtgebiet des Ordens beschränkte sich nur noch auf die festen Plätze von Marienburg, dessen Verteidigung der Ordensspittler Graf Heinrich Reuß von Plauen leitete, Stuhm, das erst, nachdem es eine Belagerung von zweiundzwanzig Wochen ausgehalten hatte, sich ergab, und dem allzeit getreuen und tapfern Konitz, wo der jüngere Graf Heinrich Reuß von Plauen mit heldenmütiger Gewissenhaftigkeit darüber wachte, wenigstens eine Straße nach dem Westen für den Orden offen zu halten.

So lange die Revolution im Aufbrausen begriffen war,

ſtanden Ritterſchaft und Städte in Einmütigkeit dem Orden gegenüber. Nachdem ſie aber gemacht war, gingen die Meinungen mit den Intereſſen auseinander. Den Städten wäre es am genehmſten geweſen, wenn die Burgen abgebrochen, und eine freiſtaatliche Regierungsform eingerichtet worden wäre. Die Landritter jedoch hatten den Orden eben nur verdrängt, um ſich ſelbſt an ſeine Stelle zu ſetzen, um ſelbſt von ſeinen Burgen aus das Regiment zu führen. Unter ſolchen Umſtänden hatte die Ritterſchaft das lebhafteſte Intereſſe, die Oberhauptsfrage ſo bald als möglich entſchieden zu ſehen, und namentlich ſcheint Johann von Bayſen, deſſen hervorragende Begabung vordem auch von dem Hochmeiſter gewürdigt worden war, und der jetzt als das Haupt der Inſurrektion angeſehen wurde, auf eine Entſcheidung hingedrängt zu haben. Mit einer zahlreichen Geſandtſchaft von Vertretern der Ritter und Städte eilte er im Februar 1454 nach Krakau, wo eben aus Anlaß der Hochzeit Kaſimirs mit Eliſabeth von Habsburg die polniſchen Reichsſtände verſammelt waren. Hier trafen die Bündiſchen mit dem Ordenstreßler, Eberhard von Kinsberg, dem Vertreter des Hochmeiſters bei den Hochzeitsfeierlichkeiten zuſammen, der es an Beſtechungsverſuchen nicht fehlen ließ, um Polen von dem verhängnisvollen Schritte einer Protektion des Aufſtandes abzuhalten. Allein die ſeit dem vorigen Jahre gepflogenen Verhandlungen der Bündner mit der polniſchen Krone, mit deren Einverſtändnis jedenfalls die Kriegserklärung wider den Orden erfolgt war, hatten ſchon einen viel zu großen Vorſprung, als daß die Gegenwirkung Erfolg haben konnte [1]). Daß König Kaſimir die ihm angetragene Oberhoheit über das ganze preußiſche Land annehmen werde, war wohl keinem der Delegierten des Bundes noch ein Gegenſtand des Zweifels, und ſchwerlich bedurfte es des Kniefalls und der Thränen und der hiſtoriſchen Reminiscenzen, mit denen der polniſche Bericht-

1) S. das Schreiben des Aeneas Sylvius an Petrus de Noxeto vom 3. September 1453. Opera ed. Bas. no. 151, unter Berufung auf Mitteilung Zbigniews.

erſtatter in gewohnter Weiſe die Scene des Antrags ausſchmückt [1]). Von allen Beratern der polniſchen Krone widerſprach im Prinzip keiner außer einigen Klerikern und dem Kardinal Zbigniew Oleśnicki, deſſen „Vernunft und Gewiſſen“ nach ſeinem eigenen Ausdruck ſich wider den verhängnisvollen Entſchluß auflehnten [2]). Die Meinung neuerer Geſchichtſchreiber [3]), daß der Widerſpruch des Kardinals durch die Rückſicht auf den geiſtlichen Charakter des Ordens zu erklären wäre, hat, wie nahe auch die Annahme liegt, daß der Kirchenfürſt ſich nicht mit den Ausſprüchen des Legaten und der Kurie in einen Gegenſatz bringen wollte, in den Quellen keinerlei Anhaltspunkt.

1) Die bei Dogiel IV, 141, no. 104 mitgeteilte Rede iſt, wie er ſelbſt anmerkt, aus Dlugoſz entnommen. Aber auch die bei Schütz, S. 198 (welche nach Script. rer. Pruſs. III, 660, Anm. 3 „wohl unmittelbar aus den Akten“ genommen ſein ſoll (?), iſt nur eine Paraphraſierung der Rede bei Dlugoſz. Und dieſe ſelbſt iſt wiederum nach Dlugoſzs Weiſe zuſammengeſtoppelt aus der Inkorporationsurkunde (Vol. Leg. I, 172). Mit Recht hat daher Ranke, Zwölf Bücher preuß. Geſchichte I, 117, die Echtheit der Rede bezweifelt.

2) Schreiben Zbigniews an den König. Cod. epist. saec. XV, 146.

3) Moraczewski, Dz. nar. pols. III, 35 und Zeißberg, Poln. Geſchichtſchreibung, S. 222: „lieſt man die Quellen“. Welche denn? Eine tiefere und geiſtreiche Begründung für die Haltung des Kardinals giebt Bobrzyński, O ustawodawstwiem Nieszawskiem, p. 142 sq. — In einem Thorner Rezeß in Script. rer. Pruſs. III, 659, Note 1, wird mitgeteilt, daß auch die Univerſität und Johann Capiſtrano zur Beratung zugezogen worden ſeien, und daß beide ſich für die Annahme ausgeſprochen hätten. Von der Univerſität iſt es gewiß wahr, denn mehrere Profeſſoren entwickelten, ſo lange die preußiſche Sache in Frage ſtand, einen großen Eifer für dieſelbe. Was aber Capiſtrano betrifft, der allgemein in Deutſchland für dieſe Parteinahme gegen den Orden geſcholten und in Frankfurt beim Reichstag übel angelaſſen wurde, ſo ſtellt er ſelbſt in einem Schreiben vom 13. Oktober 1454 an den Papſt, und in einem vom 26. November an den Erzbiſchof von Mainz (Wadding, Ann. XII, 197 sq.) die Thatſache in Abrede (vgl. Voigt, Enea Sylvio Picc. II, 123), und in einem, wie es ſcheint von Dlugoſz (?) an ihn gerichteten Schreiben (Cod. epist. saec. XV, 160) wird dieſe Angabe als bedauerliche „Verleumdung“ bezeichnet, in welchem Sinne auch der Kardinal an den Papſt berichten werde.

Aus einem vertraulichen Schreiben [1]) des Kardinals an Jan Tęczyński geht nur das Gefühl der tiefsten Kränkung über persönliche Zurücksetzung hervor, nur der Verdruß, daß die Entscheidung der Dinge jetzt in andern Händen sich befinde, und nicht einmal als rhetorisches Ornament, dergleichen in solchem Falle einer klerikalen Feder immer geläufig war, wird der Hinweis auf den Orden als geistliches Institut gebraucht. Aber einerseits ist es sehr wohl denkbar, daß der Kardinal einen unbefangenen Blick in die politische Lage Polens that und diesen Staat nicht mächtig genug für die Aufgabe hielt, die er mit der Annahme der preußischen Werbung sich aufbürdete, andererseits mußte dem Kardinal in seiner damaligen düstern Stimmung über die am Hochzeitstage Kasimirs gegen den Primas erlebte Niederlage [2]), von anderen allgemeineren Motiven abgesehen, die Erwägung entgegentreten, daß, wenn durch die Entthronung des Ordens die eigenartigen kirchlichen Subjektionsverhältnisse in Preußen eine Veränderung erfahren würden, nur der Gnesener Primat den Vorteil davon in einer Steigerung seines Einflusses erfahren müßte. Das überwiegende Interesse der Großpolen, der nationalen Partei überhaupt, an dem Vorgang mußte schon an sich der „Vernunft und dem Gewissen" Zbigniews eine widerratende Richtung geben, und mißmutig zog er sich, als er sich von der übergroßen Majorität der Weltlichen und Geistlichen überstimmt sah, und selbst der ihm eng befreundete Jan Tęczyński nur für einen Aufschub, nicht für die Ablehnung die Meinung abgab, von allen Geschäften in dieser Angelegenheit zurück, und weigerte sich, auf dem zum 1. Mai nach Łęczyc zur Beratung der preußischen Angelegenheiten einberufenen Reichstage zu erscheinen. Nicht die Annahme des lockenden Rufes bereitete Schwierigkeiten, denn am 18. Februar war erst die Gesandtschaft angekommen, und vom 22sten datiert schon die Kriegserklärung des Königs an den Orden mit einer Begründung, die den Stempel der

1) Cod. epist. saec. XV, p. 149.
2) Vgl. oben, Teil IV, 464.

Vorwände nur zu deutlich an ſich trägt [1]); wohl aber die weiteren Verhandlungen über die dem Lande zu gebende Organiſation, bei welcher die bündiſchen Stände ſich natürlich diejenigen Vorteile zu ſichern beſtrebt waren, welche der Orden ihnen verſagt hatte. Bei dieſen Diskuſſionen ging denn doch wenigſtens den Danziger Bevollmächtigten nach ihrem eigenen Ausdruck die Überzeugung auf, wie ſehr „ſie ſich von vornherein verrannt hätten“, und „wären die letzten Anerbietungen des Hochmeiſters nur acht Tage früher gekommen, ſo müßte es wunderlich zugegangen ſein, wenn ſie hätten polniſch werden wollen“. „Wir hatten eine Weile wohl gewollt, ſchreiben die Sendboten an ihre heimatliche Kommune, daß wir eine halbe Meile über der Grenze geweſen wären, wir wollten nimmer nach Polen zurückgekehrt ſein“ [2]). Leichter ſcheint die Verſtändigung mit den preußiſchen Rittern vor ſich gegangen zu ſein, und am 6. März 1454 erließ Kaſimir die ſogenannte Inkorporationsurkunde [3]), welche gewiſſermaßen als die Preußen verliehene Charte anzuſehen iſt. In der Erörterung der Gründe ſeines Verfahrens wird der Nachdruck auf das Revindikationsmoment gelegt, das auch allein im Sinne der polniſchen Geſchichtsauffaſſung einen ſchwachen Schein von Berechtigung auf die Uſurpation und den Vertragsbruch zu werfen vermochte. Sonſt wird den Preußen das Recht der Teilnahme an Wahl und Krönung der Könige, Schutz der allgemeinen und privaten Privilegien, die Aufhebung des Pfundzolles ſowie aller Preußen eigentümlichen Zölle, die Aufhebung des bisher fiskaliſchen Strandrechts und der aus altpolniſcher Zeit in Geltung gebliebenen Naturallieferung an Schweinen oder Schweinemaſt (naraz) [4]), die Erhaltung der beſtehenden Ämter und die Be-

1) Dogiel IV, 143, no. 105.

2) Script. rer. Pruſs. IV, 504sq.

3) Vol. Leg. I, 172sqq. Dogiel IV, 145. Długoſz XIII, 134. Zbygniews Name ſteht unter der Urkunde.

4) Bei Czacki, O lit. i polsk. prawach I, 64, Anm. ganz falſch erklärt. Vgl. Stenzel, Urkundenbuch, S. 13—15, über die Natur dieſer Steuer, wo er unſere Urkunde erwähnt.

ſetzung derſelben durch Eingeborene [1]), die Geltung der in Preußen üblichen kulmiſchen, magdeburgiſchen, preußiſchen und polniſchen Partikularrechte nach freier Auswahl, das Münzrecht der Städte Thorn und Danzig für alle Zeit, das von Elbing und Königsberg für die Dauer des Krieges und endlich Handelsfreiheit auf den polniſchen Handelsſtraßen, inſoweit dieſelbe polniſchen Kaufleuten gewährt iſt, zugeſichert. Die ſpezifiſch preußiſchen Angelegenheiten verſprach der König in Perſon in Preußen ſelbſt und nur mit einem preußiſchen Rat zu behandeln. Im weſentlichen erhielt alſo Preußen dieſelbe Stellung zu Polen, wie ſie Litauen einnahm. Darauf hin leiſteten die bündiſchen Geſandten noch an demſelben Tage [2]) im Namen der preußiſchen Stände den Huldigungseid in die Hände des Erzbiſchofs von Gneſen, den die Vertreter der kleineren Städte zu Graudenz am 12. April [3]) und endlich alle Stände zu Thorn am 15. April [4]) durch Wiederholung ratifizierten. Nur die Biſchöfe ſträubten ſich noch. Nicht als ob ſie nicht an der allgemeinen Untreue teilnahmen, ſie ſtanden wie 1410 mit unter den erſten, die vom Orden abgefallen waren; nur die Huldigung dem Uſurpator zu Füßen zu legen, ſchien ihnen bei der Mißbilligung des Bundes durch die römiſche Kurie noch bedenklich. Die Bundeshäupter aber verſprachen, auch die Biſchöfe zur Eidesleiſtung, wenn nötig durch Gewalt zu zwingen [5]), und am 10. Juni waren auch dieſe Bedenken überwunden [6]). Das ganze Land wurde in vier Wojewodſchaften, Culm, Pommerellen, Elbing und Königsberg eingeteilt, und Johann von Bayſen als oberſter Beamter unter dem Titel eines

1) Durch eine beſondere Urkunde vom Johannistag 1454 verſpricht der König, Schlöſſer, Städte, Burgen nur an geborene Preußen zu geben, und behält ſich nur für die Zeit der Kriegsdauer vor, von dieſem Grundſatz eine Ausnahme zu machen. Vol. Legg. I, 183.

2) Inv. arch. Crac., p. 86.

3) Ibid.

4) Vol. Legg. I, 179. Dogiel IV, 149.

5) Dogiel IV, 152.

6) Dogiel IV, 153. Inv. arch. Crac. 87. Dlugoſz XIII, 148.

„Gubernator“ eingeſetzt. Die erbitterten Ordensſchroniſten nennen ihn „den lahmen Baſilisken“.

Die polniſchen Entſchließungen konnten ganz unbehelligt gefaßt werden. Die Lage Europas und insbeſondere der Polen benachbarten Staaten war derart, daß von niemandem eine ernſte und hinderliche Einmiſchung zu beſorgen war. Der allgemeine Schmerz über den Fall Konſtantinopels war ſo raſch verſchwunden und verklungen, daß das jedenfalls nicht ebenſo allgemein verbreitete Bedauern über den Fall des Ordens noch weniger auf Nachhaltigkeit rechnen konnte. Niemand in Europa wehrte den Polen, zu thun, was ſie thaten, aber dennoch billigte es niemand und lobte ſie niemand darum. Auf dem Regensburger Reichstage, wo polniſche Geſandte den Schritt des Königs verteidigen ſollten, wurden dieſe doch übel aufgenommen und ſpielten gegenüber der hervortretenden Bemühung einiger Reichsſtände, dem Orden das öffentliche Intereſſe zuzuwenden, eine trübſelige Rolle [1]). Selbſt am Prager Hofe, wo der Begünſtiger der Bündner Georg Podiebrad die Richtung vorzeichnete, hätte doch der Orden, wenn es ihm nicht an den zureichenden Geldmitteln gefehlt hätte, eine über die Mietsrotten hinausgehende Hilfe erlangen können. Der Kurfürſt Friedrich von Brandenburg, der eben in den Tagen der Krakauer Huldigung von dem Orden die Neumark auf Wiederkauf um 40000 Mark erwarb, hatte damit dem Ehrgeiz großpolniſcher Magnaten einen Gegenſtand entzogen, der in ihren Händen für Preußen verderblich werden konnte, und auf welcher Seite ſeine Sympathieen ſtanden, konnte nicht zweifelhaft ſein. War er perſönlich auch durch ſeine territorialen Intereſſen zu Rückſichten verpflichtet, ſo trat doch Markgraf Albrecht, ſein Bruder, bald auf den Reichstagen, bald an den Fürſtenhöfen oder dort, wo Söldner zu haben waren, mit thätlichem Anteil für den Orden

1) Aeneas Sylvius, De Ratisponensi dieta bei Mansi, Orationes Pii II, 14sq. 21sq. Vgl. Müller, Reichstagstheatrum cap. III, S. 434ff. Die Rede Jan Lutels von Brzezie in Regensburg im Cod. epistolaris saec. XV, 150sq., vom Mai 1454 handelt nur von der dem Polenkönige zugemuteten Türkenexpedition.

ein. Herzog Philipp von Burgund, der durch seinen Besuch des deutschen Reichstags wegen der Türkenfrage eine besondere Autorität im Augenblick genoß, drückte doch durch eine Gesandtschaft an den König von Polen seine Mißbilligung der Usurpation aus. Auf dem Frankfurter Reichstage wurde selbst der Gottesmann Capistrano mit Geringschätzung behandelt, weil man von seiner Zustimmung zur Annahme der Rebellen wissen wollte. Auch die nordischen Könige nahmen keineswegs eine Polen ermutigende Haltung ein. Bei dem verfaulten und ermatteten Zustand Europas in dieser Epoche ist allerdings von mehr als Stimmung, Wünschen, Gesinnungen nicht zu reden, so wie es ja auch in Rücksicht der Türken darüber nicht hinauskam; allein diese Haltung der allgemeinen Meinung über die preußischen Vorgänge weist auf einen Vorzug des Ordens für Preußen hin, der einen wesentlichen Teil seiner angeblichen Tyrannei schon aufwiegen mußte; der Orden lenkte auf diese entlegenen Landschaften ein tausendfach in ihrer Kultur sich fruchtbar ausgestaltendes Weltinteresse, das Polen niemals, und selbst in unseren Tagen das königliche Preußen ihm nicht zu verleihen vermochte. Ohne ihre leidenschaftliche Verblendung würden die Bündischen nicht übersehen haben, in welchem ursächlichen Zusammenhang dieses Weltinteresse mit dem ungemeinen Aufschwung ihrer merkantilen und maritimen Beziehungen steht, und wie, von denjenigen abgesehen, welche materielle Vorteile von ihnen zogen, niemand ihren undankbaren Abfall rechtfertigen mochte [1]). Noch viel weniger aber fand Polens Vorgehen Zustimmung, und mit Ausschluß der polnischen und bündnerischen Stimmen, die sich in Ordenshaß und Selbstlob überbieten, ist auch nicht eine zum Preise des Rechts- und Friedensbruchs laut geworden. Die Zeitgenossen hatten sichtlich das Gefühl,

1) Nur Lübeck bezeugt der Schwesterstadt Danzig seine Freude darüber, daß die Befreiung von der Ordensherrschaft ohne Blutvergießen durchgeführt sei (Schr. vom 14. März, im Danz. Arch.). Aber Werbungen für Danzig zu unternehmen (Schr. vom 15. April) und Geldvorschüsse herzugeben (vom 23. Mai) will sich Lübeck doch nicht herbeilassen.

daß das hier Geschehene einen Bruch mit dem sittlichen Gedanken enthalte, der Widerwillen erzeugt, und die unrühmliche Art, den wohlfeilen Gewinn einzustreichen, war nicht angethan, ein versöhnendes Moment einzumischen.

Nach den Debatten auf dem Lęczycer Reichstag hatte König Kasimir schon nicht übel Lust, „der preußischen Angelegenheit ganz zu entsagen und sie von sich zu thun“ [1]). Hier offenbarte es sich, daß die Litauer nicht nur die Intervention in Preußen mißbilligten, sondern daß sogar Parteien derselben mit dem Orden schon seit dem vorigen Jahre in einer gewissen Annäherung standen. War man doch in Polen über ihre seit sechs Jahren verfochtenen Wünsche rücksichtslos hinweggegangen, hatte doch der Königseid von Piotrkow ihre Ansprüche auf Podolien für immer zertrümmert, und murrten sie doch, „man wolle sie von Polen aus zu Leibeigenen machen“ [2]). Aber nicht minder lehnten die Herzöge von Masovien die Mitwirkung ab. Herzog Boleslaw hatte noch immer nicht die aus seinem Vertrage mit Litauen vom Jahre 1444 ihm zugesprochenen Landstücke erhalten können, und verlangte zuvor Befriedigung seiner Rechtsforderung; und Herzog Władysław stand nicht nur mit dem Hochmeister in einer ununterbrochenen Korrespondenz, sondern gestattete seinen Leuten, in die Dienste des Ordens zu treten, so daß ein Teil der Besatzung von Marienburg sogar aus Masowiern bestand [3]). Gleichwohl kam man zu Lęczyc überein, daß der König sich nach Preußen begeben solle, und am 23. Mai hielt er auch wirklich mit seiner jungen Gemahlin und seiner Mutter seinen Einzug in Thorn, wo ihm die Stände am 28. Mai den Huldigungseid erneuerten, und zog am 8. Juni weiter nach Elbing, wo sich zu den huldigenden Ständen auch die Landesbischöfe einfanden und dem Polenkönige Treu und Gehorsam gelobten. In Königsberg nahm der Kanzler Jan von Koniec-

1) Schreiben Zbigniews an den König.

2) Vgl. Voigt, Gesch. Pr. VIII, 321, Anm. 4, und Ält. Hochmeisterchronik in Script. rer. Prus. III, 670.

3) Joh. von Baysen an den Danziger Rat. Schr. vom 21. April 1454. Danz. Archiv.

pole im Namen des Königs die Huldigung entgegen. Inzwiſchen hatte auch ein Beratungstag der Stände unter Leitung des Königs in Graudenz ſtattgefunden, in welchem zunächſt beſchloſſen wurde, die koſtſpieligen Söldner des vor Marienburg lagernden Heeres durch das „Hofgeſinde“ des Königs zu erſetzen und die Belagerung der dem Orden verbliebenen Burgen mit Nachdruck zu betreiben [1]). Von polniſcher Seite war überhaupt erſt nur wenig zur Unterſtützung der Bündiſchen gethan; die Landſchaften Dobrzyn und Kujawien [2]) wurden aufgeboten, aber wir hören nur von Nikolaus von Szarlej, dem Wojewoden von Brześć [3]), der aber von den Danzigern große Summen Geldes bezog, der mit einem Troß von Reiſigen nach Preußen gekommen war und die Operationen der Bündiſchen unterſtützt hatte. Für Polen mußte, wie man ſich denken kann, die Frage entſtehen, ob der nunmehr in Preußen ſich entwickelnde Krieg als ein innerhalb der Landesgrenzen oder außerhalb derſelben geführter anzuſehen iſt. Im letzteren Falle ſteigerte ſich bei den Beſtimmungen der Landesverfaſſung, wonach der König fünf Mark Silber auf jeden Ritter zu zahlen hatte, ſeine Pflicht dermaßen, daß er ſchwerlich derſelben bei der Erſchöpfung des königlichen Schatzes gewachſen war. Seit der Huldigung und formellen Beſitznahme aber war Preußen als Ausland doch nicht anzuſehen, und vielleicht iſt darauf allein ſchon die Lauheit zurückzuführen, mit welcher die Angelegenheit in Polen behandelt wurde [4]). Die ruſſiſchen Provinzen und

1) Schreiben des Königs vom 19. Juni an Danzig, im Cod. epist. saec. XV, 155.

2) „Terras Cracoviensem et Dobr.“, bei Dlugoſz XIII, 145, iſt ein Druckfehler für Cujaviensem et D.

3) Das iſt der in preußiſchen Chroniken, Briefſchaften und neueren Geſchichtswerken oft angeführte „Hauptmann Scherlenski“.

4) Daß dieſe nirgends ſonſt berührte Frage in Betracht gezogen wurde, geht aus einem einzigen Worte in der berühmten Rede des Jan von Rytwian hervor (Dlugoſz XIII, 249), an deren Schluß es heißt: Id (eine Anzahl von Forderungen) si impetramus, obedienter et tuis iussionibus parebimus et pro tuis regnique necessitatibus liberaliter substantias nostras conferemus et pro vtilitatibus excubabimus. Sin

Kleinpolen blieben anfänglich ebenſowohl als im weiteren Verlauf in ziemlich auffälliger Zurückhaltung, wodurch der König in den Mitteln zur Kriegsführung nicht wenig eingeſchränkt wurde. Dies hinderte ihn um ſo mehr, als überhaupt in dieſem Kriege ein Verhältnis vorwaltete, welches das Übergewicht entſcheidend von dem finanziellen Vermögen abhängig machte. Sowohl der Orden als die Bündiſchen als auch die Polen waren vorzugsweiſe auf die Mietlinge angewieſen, die nirgends ſo zahlreich als in den Ländern der böhmiſchen Krone zu haben waren, und es fand förmlich eine zweite böhmiſche Invaſion in Preußen ſtatt, bei welcher das unglückliche Land nicht weniger litt als bei der erſten.

Auf dem Tage zu Graudenz waren die Rollen derart verteilt worden, daß die Bündiſchen mit Hilfe des königlichen Geſindes die Burgen Marienburg und Stuhm, der König ſelbſt aber die Feſte Konitz nehmen ſollten. Nur ein Punkt dieſes Programms gelang, inſofern ſich das ausgehungerte Stuhm am 8. Auguſt ergab, an Marienburg aber ſtürmten die Bündiſchen vergebens an. Am wichtigſten jedoch ſollte die Entſcheidung bei Konitz werden, denn hier zog alles heran, was die Bemühungen des Deutſchmeiſters, des Ordenstreßlers und überhaupt der Kredit des Ordens in Deutſchland an Heeresmacht aufzubringen vermochten. Es war ein ſtattliches Heer unter Führung Herzog Rudolfs von Sagan, der ſich das Verbot ſeines Königs und Lehnsherrn, nicht wider Polen Krieg zu führen [1]), wenig anfechten ließ. Aber auch das polniſche

minus neque de privatis nostris possessionibus quiequam collaturos, neque in militiam, nisi donatiuo accepto nos certus sis ituros. — Ebenſo iſt in einer ſogen. Zeitung dem Orden gemeldet worden: der Marſchall mit Rittern und Knechten in Polen hätten den König gemahnt um „iren solt denen er vorschrieben haet czu geben, do sie mit ym obir die grenitz seyn geczogen".

1) Schreiben K. Ladislaws vom 30. Juli 1454, bei Palacky, Urk. Beitr., in Fontes rer. Austr. XX, 85, gerichtet an Rudolf und Balthaſar. Nur der erſtere zieht mit in den Krieg und findet bei Konitz ſeinen Tod. Bei Długoſz XIII, 155 verwechſelt. Balthaſar kommt erſt ſpäter dem Orden zuhilfe.

Heer muß sehr bedeutend gewesen sein, denn alle Nachrichten stimmen darin überein, daß es an Zahl die Gegner überragte, zumal dasselbe außer dem königlichen Gesinde und der kujawischen Ritterschaft auch noch das in aller Eile einberufene Aufgebot von Großpolen umfaßte. Und diese großpolnischen Herren kamen überdies auf eigene Kosten und bestritten ihre Ausrüstung selbst [1]). Gleichwohl würde der Schluß auf eine sehr verbreitete und tiefe Kriegsbegeisterung der Polen der Begründung entbehren. Der Krieg an sich wurde von den Großpolen nach der seit 1410 fortwährend gesteigerten Geringschätzung der Ordensmacht mit wenigem Ernste behandelt. Nicht Kampfeslust hatte die Großpolen so zahlreich zusammengeschart, sondern die Überzeugung, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, um eine das innere Staatsleben Polens betreffende Frage zum Austrag zu bringen. Am Vorabend einer für die preußische Angelegenheit so sehr entscheidenden Schlacht glaubte der Adel den König am sichersten in Händen zu haben, und er irrte sich darin nicht. Da ihm mit der Aufkündigung des Gehorsams gedroht wurde, gab Kasimir dem Andringen des Adels nach und gewährte ihm am 15. September zu Zirkwitz, zwei Meilen von Konitz, ein Privilegium, von dessen tief einschneidender Bedeutung im folgenden Kapitel die Rede sein wird. Es war die Ertrotzung von Rechten, wie sie der Adel in solchem Umfang noch nicht besessen, und der unedelmütig errungene Triumph ließ den Übermut der Szlachta ungemein in die Höhe gehen. Die einen meinten schon durch das Peitschenknallen ihrer Fuhrleute das feindliche Heer auseinanderzujagen, andere hofften keinen Schwertschlag thun zu dürfen und die Deutschen mit den Pferden „ertreten" zu können, noch andere würfelten am Abend vor dem Kampfe mit einander um die Zahl der zu Erlegenden. In früheren Kriegen mit dem Orden wurde jedesmal, namentlich wenn eine Schlacht erwartet wurde, ein erfahrener Kriegsmann an die Spitze gestellt; hier aber glaubte

1) „Propriis impensis et expensis", heißt es ausdrücklich in der Urkunde bei Bandtkie, Jus pol. 265.

man bei der Überzahl der Polen und der Unſcheinbarkeit des Feindes ſolcher Vorſicht nicht zu bedürfen. Die großpolniſchen Wojewoden und Würdenträger glaubten der Heerführung hinreichend gewachſen zu ſein. Am 18. September fand nun die Schlacht bei Konitz mit den Soldtruppen des Ordens ſtatt. Man kann nicht ſagen, daß das Gefühl der geſteigerten Rechte und das Bewußtſein, daß die Erfüllung und Durchführung derſelben von dem Siege abhängig ſind, auch den Mut der polniſchen Ritter gehoben hätten, denn ſie erlitten eine Niederlage, von der die deutſchen Chroniken in ſeltener Übereinſtimmung mit dem polniſchen Dlugoſz der Anſicht ſind, „daß, ſeit Polen ein Königreich geweſen, es nicht ſolche Schande und ſolchen Schaden erfahren habe“ [1]). Stanislaw von Oſtrorog, der Wojewode von Kaliſch, floh mit ſeinem Panier und ſeinem ganzen Gefolge, und Lukas von Gorka, der Wojewode von Poſen, geriet neben Nikolaus von Szarlej ſchmachvoll in Gefangenſchaft. Fünf polniſche Banner wurden erobert und in der Schloßkirche zu Marienburg aufgehängt. Auch die Sieger hatten ſchwere Verluſte zu beklagen, und der ſchwerſte ſcheint der Tod des Herzogs Rudolf von Sagan geweſen zu ſein. König Kaſimir ſelbſt entkam nur mit knapper Not [2]), und mit einem kleinen Häuflein eilte er nach Thorn zurück. Die Folgen

1) Ältere Hochmeiſterchronik in Script. rer. Pruſs. III, 680. Geſchichte wegen eines Bundes, ebd. IV, 136. Dlugoſz XIII, 157: „cum similis ruina a tam tenui et debili hoste nunquam in annalibus regno et populo Polonico legitur accidisse.“ Vgl. auch den Brief im Cod. epist. saec. XV, 161.

2) Die Kronika Bychowca, p. 58, hat gar wunderliches Zeug mit ihren Verwechſelungen und Sonderlichkeiten inbetreff der Schlacht bei Konitz, und doch ſteckt hinter dem Wirrwarr ein Kern, der wie der Bericht eines aufſchneidenden litauiſchen Augenzeugen ausſieht. — Über des Königs Flucht eine unſaubere Sage in Hist. brevis magistrorum, Script. rer. Pruſs. IV, 269. Einige anderwärts nicht erwähnte Details über die Schlacht bei Konitz in der Handſchrift der Rhedigerſchen Bibl. in Breslau von den interpolierten Stari letopisowe čestij. Auch Aeneas Sylvius, De statu Europ., hat eine kurze Schilderung der Schlacht. Nachrichten über die Schlacht mit übertriebenen Zahlenangaben in Ann. Glogovienses. Script. rer. Sil. X, 17.

dieſer Schlacht, in welcher wieder ein Graf Heinrich von Plauen ſeinen Namen an den Rettungsmoment des Ordens geknüpft hatte, waren von ungeahnter Bedeutung. Sehen wir von dem Rückſchlag, den er auf die inneren Bewegungen in Polen hervorbrachte, vorläufig ab, ſo war ohne dieſen Sieg der Fall Marienburgs nur noch eine Frage der Zeit, und die gründliche Aufräumung der Ordensherrſchaft, welche der erſte Rebellionsſturm herbeigeführt hatte, blieb dann für alle Zeit beſtehen. Jetzt aber ordneten ſich die Verhältniſſe auf ihr Maß. Die Belagerung von Marienburg brachen die Bündiſchen alsbald ab; Stuhm, Preußiſch Mark, Saalfeld, Liebmühl, das Gebiet von Oſterode, Mewe, Chriſtburg, Deutſch Eylau, Neumark, Hohenſtein, Marienwerder, Rieſenburg, Biſchofswerder, Freiſtadt, Leſſen, Schönberg erklärten ſich wieder für den Orden. Auch die Biſchöfe von Pomeſanien und Samland wußten ihrem der polniſchen Krone geleiſteten Eide eine Deutung zugunſten der neuen Verhältniſſe zu geben. Nur die Furcht vor den Räubereien der Bündiſchen und Polen hielt manchen ſelbſt im Culmerland zurück, ſich dem Orden wieder zuzuwenden, und hätte nicht zu Marienburg die ſouveräne Unfähigkeit eines beſchränkten Mannes als Hochmeiſter das Scepter geführt, ſo würde die Wendung der Dinge bald zu einer definitiven befeſtigt worden ſein. Indem aber Ludwig von Erlichshauſen am 9. Oktober mit den Söldnern einen Vertrag ſchloß, nach welchem, wenn bis zu Faſtnacht nächſten Jahres die Löhnung nicht entrichtet wäre, Marienburg ſamt allen Ordensſchlöſſern in Preußen und in der Neumark den Söldnern zur freien Veräußerung und Verfügung anheimfallen ſollte, gab er ſich ſelbſt auf und zeichnete dem kommenden Unglück die ſicheren Wege vor. Mit dieſem Vertrage betrachtet ſich der Orden nicht mehr auf der Höhe einer Dynaſtie, ſondern als eine Art von Erwerbsgeſellſchaft in gleichem Stande mit jener böhmiſch-deutſchen Söldnerſchaft.

In Polen aber fühlte man allgemein die Notwendigkeit, die Niederlage bei Konitz durch eine That wieder gutzumachen. Für den gläubigen Sinn mancher Klerikalen und ihrer An-

hänger mochte es genügt haben, sich das Strafgericht Gottes mit der verweigerten Aufhebung der Judenprivilegien natürlich und ausreichend zu erklären, aber obwohl man sich auf seiten der Gegenpartei gegen diesen unsinnigen und vorgewendeten Kausalnexus gar nicht sträubte und gern bereit war, den Wünschen der Frommen in diesem Punkte nachzukommen, so meinte man doch damit allein die Erfordernisse des Augenblicks noch nicht erschöpft zu haben. Nach einer tieferen Erwägung der inneren politischen Verhältnisse Polens in diesem inhaltsreichen Zeitpunkte, wird es überhaupt zweifelhaft, ob die Klerikalen mit ihrem damals noch lebenden Oberhaupte Zbigniew Olesnicki an der Spitze, die Niederlage von Konitz, welche zugleich eine Vernichtung der Gesetzgebung von Zirkwitz einschloß, um dieser letzteren willen gar so sehr bedauerten. Das Beileidsschreiben des Kardinals an den König ist kalt, frostig und geschäftsmäßig [1]). Ausgesprochen durfte das freilich nicht werden, man mußte im Gegenteil „den Zorn Gottes“ in den düstersten Farben malen, denn je größer und berechtigter die Lamentation, desto tiefer die Verurteilung der Männer, welche die Hauptthäter bei der Katastrophe von Konitz waren. Nicht genug, daß in Preußen selbst durch dieselbe eine für Polen so ungünstige Wendung hervorgerufen wurde, nahm die gehässige Beurteilung, welche die polnische Politik im Sommer allerorten gefunden hatte, nach der Niederlage einen brennenden Charakter an. Die Prahlereien der Gesandten an Höfen und Reichstagen draußen waren zu schmählich zuschanden geworden. Die Vermittelungsversuche, welche jetzt von verschiedenen Seiten angeboten wurden, von dem Böhmenkönige Ladislaw, von dem Kurfürsten von Brandenburg, vom Papste Nikolaus V. u. a. hatten das Wesen einer beleidigenden Patronage. Man war an vielen Orten der Überzeugung, daß Polen jetzt mit Geld oder allenfalls mit der Abtretung von Pommerellen abzufinden sein würde, und auch das, schrieb Balthasar von Sagan an den Hochmeister, sollte er nicht bewilligen. Mit einem Worte,

1) Cod. epist. saec. XV, 157.

der polnische Kredit war dermaßen in der öffentlichen Meinung gesunken, daß ein starker Rückschlag in dem Vertrauen der Bündischen trotz der augenblicklichen Versicherungen des Gegenteils unausbleiblich schien, wenn nicht eine erneute That wieder die Hoffnungen beflügelte. In solcher Erwägung erließ nun Kasimir ein Aufgebot aller polnischen Provinzen mit Ausschluß von Lemberg und Podolien, und „diesem Befehl", sagt der zeitgenössische Krakauer Domherr, „wurde sofort gehorcht; mit Hast und Eile erhob sich das ganze Reich; einer ermunterte den andern" — aber wir meinen, der Berichterstatter täuscht sich, wenn er hinzusetzt: „die gemeinsame Schmach zu verwischen". Nach Maßgabe der Erfolge dieses neuen Feldzugs scheint es wiederum nicht Kriegseifer gewesen zu sein, welcher „die Hast und Eile" der zusammenströmenden Polen entzündete, sondern die Erwägung, daß der gegenwärtige Augenblick eine der folgenreichsten Entscheidungen für das innere Staatsleben Polens enthalte.

Zweites Kapitel.

Die Gesetzgebung von Nessau.

Als die Preußen dem Könige Kasimir ihr Land und ihren Gehorsam antrugen, war Polen im Innern von Gärungen bewegt, die ihrem Wesen nach eine Menge von Vergleichungspunkten mit den in England vorgekommenen Verfassungskämpfen aufweisen, und die preußische Angelegenheit greift in diese Bewegungen mit einer Wirkung ein, deren sich die Bündischen im Ordenslande, wie es scheint, nicht ganz bewußt sind. Wiederum aber ist die Klage voranzuschicken, daß wir über den Verlauf derselben nur durch die Verknüpfung einiger weniger sicherer Anhaltspunkte uns notdürftig unterrichten können, und daß Dlugosz in seiner Einseitigkeit und vermöge seines klerikalen Standpunkts,

auch wenn man sein Werk mit Kritik und Schärfe liest, eine ungenügende Quelle für Vorgänge solcher Art bleibt. Bei dem stets im Auge zu behaltenden Charakter dieses Mannes und seines Geschichtswerks sind namentlich bei Fragen über innere Verhältnisse die seinem Unmut oder seiner Leidenschaft entschlüpfenden Andeutungen oft ungleich wertvoller als die von ihm beabsichtigte, auf seine Gegenwart und Nachwelt berechnete Erzählung. Vergegenwärtigt man sich das Bild, welches er von dem staatlichen Zustande Polens im 15. Jahrhundert vermittelt, so liegt, wenn auch nicht formell doch thatsächlich, alle Autorität in der Hand der aus den obersten Prälaten und Baronen, d. i. den höchsten Würdenträgern, den Wojewoden, Staroſten, Kastellanen und Landrichtern zusammengesetzten Versammlung, die mit überlegener, immer zutreffender Weisheit, mit staatskluger Mäßigung, mit ebenso wohl tief patriotischem als gottergebenem, d. h. kirchentreuem Verständnis die öffentlichen Angelegenheiten leitet, die Verirrungen der teils aus persönlicher Unvollkommenheit, teils aus Leidenschaft und Vorurteil sündigenden Könige berichtigt, rügt, züchtigt, und die aus der „Kommunität“ des Adels ab und zu hervorbrechenden Widerstände bald durch milde Überredung, bald durch starke und energische Haltung oder auch wohl durch einen kräftig geführten Schlag zurückweist. Allerdings giebt es auch innerhalb dieser Versammlung Meinungsdivergenzen; nicht alle stehen gleich im Anfang einer Verhandlung in den Überzeugungen weisester Einsicht, aber dann darf bloß diese oder jene mit Ansehen umkleidete Persönlichkeit die Stimme der Vernunft, die in der Regel, ja fast immer auf der Seite des klerikalen Interesses ist, erheben, dann fällt ihr die ganze Versammlung bei, und wenn nicht volle Einstimmigkeit, so doch eine überwältigende Majorität bildet dann für gewöhnlich den erhebenden Ausgang solcher Diskussionen. So ernst, so charaktervoll, so würdig erscheint unserem Berichterstatter diese leitende Körperschaft, daß er einmal in seiner Ergriffenheit und in seiner humanistischen Anschauungsweise den Senat des alten Rom wieder vor sich zu sehen glaubt. Je imposanter aber diese Körperschaft ihm erscheint,

und je mehr er ſie mit den ſympathiſchſten Gefühlen umfaßt, deſto widriger iſt ihm jeder Verſuch eines Widerſtands gegen dieſelbe, deſto gehäſſigere Geſichtspunkte wirft er auf jeden Zweifel an ihre unfehlbare, höchſte Weisheit. Homer hat die Oppoſition des Therſites nicht ſchwärzer geſchildert, als Długoſz die gegen die „primores“ gegen die „praelati barones et proceres“. Bald ſind es verächtlich wenige, die Widerſpruch erheben, bald ſind es intereſſierte, ſelbſtſüchtigen Zwecken nachgehende, bald gar beſtochene Leute; bald ſind es kirchenflüchtige, mit der Schmach des Huſitentums oder ſonſt durch Verbrechen befleckte, bald gar von Wahnſinn und Gehirnaffektion berückte Menſchen; namentlich aber ſind es „jüngere Leute“ (juniores), die wir geradezu dem Długoſz nach als die oppoſitionelle Partei an ſich bezeichnen können. Unzweifelhaft will Długoſz ſelbſt den Ausdruck nicht im eigentlichen Sinne genommen wiſſen, denn wenn er gelegentlich unter dieſe juniores auch die nach dem Tode Władyſław Jagiellos eingeſetzten Tutoren rechnet [1]), ſo kann man doch die Altershöhe nicht als das charakteriſierende Merkmal der Mitglieder dieſer Partei anſehen. Wir haben vielmehr hier ein Jung-Polen vor uns, welches durch Vergleich mit analogen Parteiungen des 19. Jahrhunderts ſich veranſchaulichen läßt. Von dieſer Partei läßt nun unſer Chroniſt jeden ſchlimmen Rat, jedes mißglückte Unternehmen ausgehen; ſie iſt ſtets die neuerungsſüchtige, die wüthende, die ſinnloſe, die thörichte Partei. Und was für Thorheit läßt er ſie zuweilen zumarkte bringen, und mit welch kindiſchen Mitteln, mit welch unlogiſchen Reden läßt er ſie von der regierenden Partei in die Schranken gewieſen werden. Und wie zum Beweiſe, daß wir uns bei dieſer ganzen einſeitigen und parteiiſchen Darſtellung auf unzuverläſſigem Boden befinden, vertuſcht und verſchweigt dieſer ſonſt ſo breite und nach Vollſtändigkeit ſtrebende Berichterſtatter Konflikte, die er nach der Sachlage kennen mußte.

Schon in den Reibungen zwiſchen dem Könige und dem

1) XII, 107.

Kardinal hatte indes dieser Geschichtschreiber sich so sehr als entschiedener und eingenommener Parteigänger erwiesen, daß man die größten Bedenken haben muß, ihm darin zu folgen, wenn er alle Besonnenheit nur auf der einen, alle Unvernunft auf der andern Seite sucht. So viel ist allerdings sicher, daß es eine solche Partei „der Jüngeren" in der That gab. Sie war es, um nur die zwanzig Jahre seit dem Tode Jagiellos zu überblicken, welche sich in Opatow versammelt, um die Ernennung eines minorennen Königs und eine Regentschaft unter dem Einfluß des krakauer Bischofs zu verhindern; sie ist es, die zwei Jahre später solchen Aufruhr veranlaßt, daß der Richttag in Krakau unterbrochen werden muß; sie ist es, die auf die Annahme der böhmischen Krone dringt und solche „Unordnungen" herbeiführt, daß der offizielle Reichstag eine Konföderation zum Schutze der Religion aufstellen muß; sie ist es, die ein Jahr später einen „Rokosz" erhebt, um die unabweislich notwendigen „Reformen" herbeizuführen, und auch Leute aus den Kommunitäten in das Tribunal des Landgerichts gezogen wissen will; sie ist es, die anfänglich die Annahme der ungarischen Krone billigt, sich aber mit Kühle von dem Unternehmen abwendet, als dasselbe seine klerikal-politische Seite enthüllt; sie ist es, welche während des Baseler Konzils die Neutralität Polens erzwingt, und nach dem Tode Wladyslaw III. sich für die Wahl Boleslaws von Masowien interessiert; sie ist es insbesondere, welche die antiklerikale Politik Kasimirs unterstützt, aber fort und fort auf die „Konfirmation der Privilegien" besteht, und als diese rein formell erfolgt war, eine tiefe Unzufriedenheit wegen der Unterlassung weiterer Reformen im Herzen trägt; sie ist es, die auf den Augenblick mit Spannung wartet, da die Krone in die Lage kommen würde, sich ihren Bedingungen fügen zu müssen — es ist mit einem Worte die nationale Partei, welche mit schwerem Unwillen die immer mehr dem klerikalen Einfluß erliegende Oligarchie des Reichstags ertrug. Weder ist diese Partei so anrüchig, als sie der klerikale Chronist darzustellen beliebt, noch sind ihre Forderungen so thöricht, als er ihr in den Mund legt. Überall

wo uns ein Einblick in ihre Zusammensetzung gestattet wird, treten uns Männer von Ernst und Gewicht aus ihr entgegen, und ganze, große — die herrlichsten Geschlechter des Landes, namentlich Großpolens, gehören ihr an. Und was sie verlangte, entsprach ebenso sehr der vernünftigen Richtung als der Berechtigung, denn man darf die Entwickelung des öffentlichen Rechts in Polen, ja der Gesetzgebung überhaupt, nur in großen Zügen überschauen, um sich sofort von dem unfertigen und unhaltbaren Stande derselben in dem Zeitpunkt, von dem wir reden, zu überzeugen.

Die Gesetzgebung Kasimirs des Großen mit ihrer umfassend zentralisierenden Tendenz war nichts weniger als ein abgeschlossenes Werk. So deutlich sie auch den Grundsatz ausgesprochen hatte, daß es ihr darum zu thun sei, die Rechtseinheit der Monarchie zu begründen, so hatte sie dieses Ziel doch so wenig erlangt, daß sie vielmehr besondere Statute für Großpolen, besondere für Kleinpolen zu erlassen genötigt war. Eine gemeinsame und die Widersprüche ausgleichende Redaktion war nicht erfolgt, und da überdies diese Statute die Rechtsmaterieen durchaus nicht erschöpften, so konnten sie den vollen Wert eines jus scriptum mit der Wirkung einer Schließung oder Verdrängung des Gewohnheitsrechts nicht erlangen. Der bald nach dem großen Versuch der Schaffung eines Rechtsbuchs erfolgte Tod Kasimirs und der Ausbruch der Wirren unter dem unfruchtbaren Regiment Ludwigs von Anjou und seiner Tochter Hedwig lähmten den Fortschritt der Rechtsentwickelung vollends und wehrten nicht nur dem tieferen Eindringen der Gesetzgebung von Wislica, sondern zogen sie geradezu nur zu einer bloßen Bereicherung des gesetzgeberischen und wissenschaftlichen Materials herunter. Das reine Gewohnheitsrecht überwucherte wieder uneingeschränkt, und in ihm ging natürlicherweise auch wieder der Zentralisationsgedanke Kasimirs vollständig zurück, so daß der föderale Charakter der polnischen Monarchie sich in der Rechtspraxis wieder hervortretend zeigte und fortbildete. Und daß sich bei diesem Mangel einer Rechtseinheit und eines erschöpfenden Rechtsbuches zahllose Mißhelligkeiten und Mißstände erzeugen

mußten, bedarf keiner weiteren Ausführung. Aber dieser Zustand blieb auch, als nach der Berufung Władysław Jagiełłos der Einheitsgedanke im politischen Leben wieder sich geltend machte. Die Gesetzgebung war ganz sistiert, denn das Recht dazu ruhte in den Kommunitäten des gesamten Adels, und eine vereinigende Vertretung derselben war in dem Organismus des jagiellonischen Staates nicht vorhanden. In einem außerordentlichen Falle, als es sich um den allgemeinen Schoß behufs Einlösung des verpfändeten Dobrzyn im Jahre 1404 handelte, wurden zwar die Delegierten der Kommunitäten zusammenberufen, aber nur eben behufs Bewilligung der Geldmittel, nicht zur Ausübung ihres Gesetzgebungsrechts. An die Stelle der Gesetzgebung traten die Privilegien, deren Reihe bereits das bekannte Kaschauer Privileg von 1374 einleitet, und deren Gesamtinhalt das Privileg von Krakau vom 9. Januar 1433 darzustellen scheint. Wir müssen sagen „scheint", denn da uns auffälligerweise nicht alle erteilten Privilegien vorliegen, so ist eine den Zweifel ausschließende Prüfung nicht möglich. Erhalten sind uns die Privilegien von 1386 und 1388, welche Jagiełło „aus Anlaß seiner Krönung" verlieh, ferner das Privilegium von Czerwińsk von 1422 und die aus Anlaß der Anerkennung seines Sohnes als Thronerben erlassenen, welche 1426 entworfen, 1430 zu Jedlno anerkannt und 1433 zu Krakau bestätigt wurden. Daß aber inzwischen noch eine Privilegierung im Jahre 1405 oder 1406 stattgefunden haben muß, geht mit Bestimmtheit aus der Angabe Jagiełłos in der den Litauern in Horodło erteilten Charte vom Jahre 1413 hervor, in der es ausdrücklich heißt [1]): „alle Briefe, die wir dem Königreiche Polen und den Ländern Litauens vor acht oder sieben Jahren, und später oder bei Gelegenheit unserer Krönung verliehen haben, bestätigen wir hier-

1) Zbiór praw lit. ed. Działyński, p. 16, art. XV, und Voll. Leg. I, 69. Auch im Statut von Jedlno heißt es: „omnia privilegia dudum circa coronationem nostram et aliis postmodum momentis et temporibus concessimus . . ." Voll. Leg. I, 90, und Baudtke, Jus pol., p. 225.

mit". Von diesen acht oder sieben Jahre vor der Union von Horodło gegebenen Briefen hat sich aber nichts erhalten, und nur die Thatsache, daß damals die Kommunitäten behufs Bewilligung der Auslösungssteuer für die Dobrzyner Lande einberufen wurden, läßt die Erteilung von neuen Privilegien als in hohem Maße vermutlich erscheinen [1]). Ferner: als sich im Jahre 1438 aus Anlaß des böhmischen Krieges der gesamte Reichstag zum Schutze der bestehenden Verfassung konföderiert, giebt er den Inhalt des geltenden Staatsrechts als durch die „zu Posen, Piotrkow und Jedlno erteilten Briefe" umschrieben an, unter ausdrücklicher Anerkennung verschiedener Redaktionen derselben [2]). Allein weder ein Privileg noch eine Redaktion eines solchen ist uns bekannt, die „zu Posen" ausgestellt wäre. Obwohl nun die früheren Privilegien neben späteren immer noch, wofern sie konfirmiert sind, Geltung behalten, liegt es in der Natur der Sache, daß die späteren in allem Wesentlichen die früheren mit einschließen. Und dies ist auch mit dem Privileg von Jedlno, soweit eine Zusammenstellung mit den früheren Briefen möglich ist, wirklich der Fall. Prüft man aber dieses umfassende Privileg auf seinen Inhalt, so zeigt es sich ganz klärlich als eine Kompilation der beiden Privilegien von Piotrkow (1388) und von Czerwińsk (1422). Die redaktionellen Verschiedenheiten können natürlich nicht in Betracht kommen, und faßt man das Materielle ins Auge, so erscheint es auf den ersten Blick unerklärlich, warum Władysław Jagiełło die Anerkennung der Thronfolge seines Sohnes aufs Spiel setzend,

1) Durch die von Bobrzyński und Szujski in den Rozprawy wydziału hist. filoz. akademii I, 108 sqq. mitgeteilten Urkunden wird diese Wahrscheinlichkeit sehr gesteigert, obwohl ich nun freilich die zweite dieser Urkunde bezüglich des Datums anzweifeln muß. — Zum Verständnis der ersten ist nachzutragen, daß sie offenbar nur auf Dobrzyn bezüglich hervorgerufen ist durch den 1405 erfolgten Eintritt desselben in den polnischen Reichsverband als „terra".

2) Voll. Legg. I, 140: „visis literis praedecessorum nostrorum Posnaniae Petricoviae et in Jedlna factis, circa easdem literas et earum articulos (sub quacunque forma verborum exstant confecti) remanere volumus."

einen vierjährigen harten Widerstand gegen die Bestätigung geleistet hat, oder wenn man bedenkt, daß Jagiello in den Jahren 1426 bis 1430 doch nur das gefügige Organ der hohen Aristokratie und Prälatur war, warum diese nicht sofort zu einer Einigung darüber gelangte, da es sich doch nur um eine Konfirmierung des bestehenden Staatsrechts handelt. Wir haben schon früher (oben Teil III, S. 590 f.) das Verhältnis dieses Privilegs zu den voraufgegangenen auseinandergesetzt, und haben hier nur noch auf einen Punkt vorzugsweise unsere Aufmerksamkeit zu richten. In der Urkunde von Czerwińsk heißt es wörtlich folgendermaßen: „da wir in allen Ländern, welche unser Reich umfaßt, als einheitlicher Fürst und Herr regieren, so wäre es unbillig, das uns unterthänige und unter unserer Regierung stehende Volk durch verschiedene Rechtsformen in verschiedene Gerichtsbarkeiten auseinandergehen zu lassen, und wir verordnen daher, daß alle und die einzelnen Individuen in unserem Reich, von welchem Verhältnis, Stand, Grad, Amt, sie auch sein mögen, insofern sie Prozesse unseren Landgerichten unterbreiten oder unterbreiten wollen, im einzelnen und insgesamt desselben Rechts, desselben Verfahrens, derselben Gewohnheiten und Gebräuche durch das ganze Reich hindurch teilhaftig werden sollen, und daß kein Gerichtshalter es wage, ein anderes Verfahren, andere Gebräuche und Gewohnheiten inbezug auf die Termine und Urteile in Anwendung zu bringen, als diejenigen, welche das erwähnte Buch und der Rechtsbrauch König Kasimirs (d. Großen) anzeigen, und auf welche in allen Fällen zu rekurrieren ist. Jedes andere Rechtsverfahren und Urteil ist als nichtig, wert- und bedeutungslos anzusehen." Hier ist demnach das sogenannte Statut von Wislica als alleingültiges allgemeines Landrecht unter Ausschluß der partikularen Gewohnheitsrechte anerkannt und prinzipiell ein Schritt geschehen, der sich sofort auch staatsrechtlich ausgestalten mußte, denn da das Statut von Wislica an sich ungenügend und unvollkommen einer weiteren Fortbildung bedurfte, und das Recht der Gesetzgebung bei den Kommunitäten des Adels der verschiedenen Landschaften ruhete, so mußte notwendig ein Organ geschaffen werden,

in welchem dieſelben in legaler Form vertreten waren. Daß dies die Tendenz der Forderung von Czerwińsk geweſen ſei, geht teilweiſe aus der Art hervor, wie dasſelbe dem Könige abgedrungen wurde. Władysław Jagiełło war damals nicht, wie in der Regel, von den bloßen Würdenträgern und der Prälatur umgeben, ſondern von der geſamten zum Kriege wider den Orden aufgebotenen Ritterſchaft. Man ſtand vor dem Übergang der Weichſel, auf deſſen jenſeitigem Ufer der Feind zu erwarten war. Und mehr als wahrſcheinlich iſt es, daß dem Könige die Heerfolge verweigert wurde, wofern er den Zumutungen des geſamten Adels nicht nachgäbe. So wurde denn das Privilegium von Czerwińsk erzwungen, und unſtreitig iſt das umfaſſende Statut von Warta, welches 1423 behufs Ergänzung der Kaſimirſchen Geſetzgebung neben der allgemein gültigen Schlußredaktion des Statuts von Wiślica erlaſſen wurde, die Ausführung des in jenem Privilegium zugeſagten Artikels geweſen [1]). In welcher Weiſe hierbei die Kommunitäten des Adels vertreten waren, wiſſen wir nicht. Als es ſich in demſelben Herbſt 1423 um den Erlaß eines Geſetzes wider die Huſiten handelte, berief der König die kleinpolniſchen Kommunitäten nach Neuſtadt-Korczyn, und nachdem dieſelben einen Entwurf genehmigt hatten, gingen zwei kleinpolniſche Barone nach Großpolen, um zu erfahren, wie jene darüber denken; dann ſollten je zwei Vertreter von jedem Wappen nach Wiślica kommen, um eine gemeinſame Redaktion des Geſetzes zu beraten [2]). Auch bei den gegen das Lebensende Jagiełłos ſtattfindenden Huldigungen der Adelskommunitäten finden wir jede derſelben zuſammengeſetzt aus den hohen Würdenträgern und je zwei Repräſentanten jeden Wappens [3]). Ob nun dieſes gentiliciſche Vertretungsprinzip nur innerhalb der Kommunität ſelbſt oder auch behufs ihrer Vertretung auf dem Reichstage geltend gemacht wurde, bleibt uns unerſchloſſen. In jedem

1) Vgl. Helcel, Pomniki I, Einl. S. CCLIX ff.

2) Schreiben Jagiełłos an Witold im Lib. canc. Stan. Ciolek I, 37 [355], no. VIII.

3) Urkunden in Muczk. & Rzysz. Cod. dipl. Pol. II, 850. 856.

Falle aber spielten die Vertreter der Kommunitäten, insofern sie nicht Würdenträger waren, gegenüber der Aristokratie, den Offizialen und Prälaten auf dem Reichstage eine sehr untergeordnete Rolle. In dem Privileg von Jedlno erscheint jene in Czerwińsk so positiv ausgedrückte und betonte Rechtseinheit in einer ganz auffälligen Abschwächung, und die Zusage der Durchführung „von einerlei Recht und Gesetz in allen Ländern der Monarchie" blieb auf dem Papiere stehen. Die leitende Aristokratie, fast ganz den klerikalen Einflüssen unterliegend, hatte kein Interesse daran, die Kommunitäten zur Ausübung ihres Gesetzgebungsrechts herbeizurufen; der junge König Władysław, erst fünf Jahre lang minorenn, dann vier Jahre von Polen abwesend, immer aber in den Händen der Klerikalen und der Aristokratie war natürlich nicht der Mann, um der Gesetzgebung im Sinne Kasimirs des Großen den Anstoß zu geben, und so lag dieselbe denn vollkommen brach. Daß aber auch die Einführung des Gesetzbuches und die Verdrängung des Gewohnheitsrechts nicht durch das bloße Dekret schon vollzogen waren, versteht sich von selbst; eine große Verwirrung der Rechtspflege in den Provinzen riß ein, welche dadurch in keiner Weise gemildert wurde, daß die Krone zuweilen, und zwar nicht bloß der König, sondern auch die Königin aus souveräner Machtvollkommenheit in den Lauf des Gerichtsverfahrens eingriff [1]).

Daß eine in ihrer Ausbildung stehenbleibende Gesetzgebung Gesetzlosigkeit erzeugt, ist ein allbekannter Erfahrungssatz. Die Zustände waren allgemach unerträglich geworden. Die Landgerichte wurden nicht in den bestimmten Zeiten abgehalten, die Kompetenzen der richterlichen Beamten, der Starosten, der Landrichter, der Kastellane wurden unklar; einer griff aus Interesse in den Geschäftsbereich des andern über; die Sporteln mehrten sich aus Mangel bestimmter Verfügungen; Beamte entzogen sich unter Vorwänden der Gerichtsbarkeit. Be-

1) Bobrzyński citiert als solche Fälle aus Helcels Pomniki II, no. 661. 909. 1161. 1237. 1425 u. a.

ſchwerden ſolcher Art kamen natürlich vornehmlich in den Kommunitäten zum Ausdruck. Der Reichstag hatte dafür kein Ohr. Im Reichstage waren nach und nach nur einige Sippen vertreten, denn wenn auch geſetzlich die Erblichkeit der zur Mitgliedſchaft des Reichstags berechtigenden Ämter keineswegs beſtand, ſo bildete ſie ſich doch thatſächlich aus, und da die Hofämter gleichfalls die Mitgliedſchaft des Reichstags als Eigenſchaft beſaßen, und dieſe meiſtenteils mit Kleinpolen beſetzt wurden, ſo hatte die krakauiſche Kommunität, auch abgeſehen von dem Umſtand, daß die Lage der königlichen Reſidenz in ihrer Provinz ihr ein Übergewicht lieh, eine unverhältnismäßig wirkungsreiche Stimme im Rate des Königs. Und während in den Kommunitäten ſich immer mehr politiſches Leben und Intereſſe an den öffentlichen Angelegenheiten entwickelten, wurde die Reichstagsariſtokratie immer mehr in die Irrgänge der ſie beherrſchenden klerikalen Politik verwickelt. Die Prälatur, in ihren Spitzen mit der Ariſtokratie aufs engſte verſippt und verbündet, hatte im Genuſſe ihres kanoniſchen Rechts und ihrer Sonderprivilegien kein Intereſſe an der Entwickelung der weltlichen Geſetzgebung, welche den Kommunitäten ein höheres Gewicht im Staate verſchaffen mußte. Ohnehin lag der Klerus mit den weltlichen Kommunitäten über Zehnten, Gerichtsbarkeit und andere Dinge in einem erbitterten und permanenten Streit, wie hätte er zur Anregung einer allgemeinen Fortbildung der ſäkulären Geſetzgebung, die doch nur zum Schaden des partikularen Kirchenrechts ausgefallen ſein würde, ſich veranlaßt ſehen ſollen? Unter ſolchen Verhältniſſen konnte es nicht fehlen, daß auf den Reichstagen immer häufiger und erbitterter die „Oppoſition der Jüngeren“, das heißt der von dem zuſammenhängenden Klerus und der hohen Ariſtokratie nicht mit Eingeſchloſſenen hervorbrach, und dieſe offen hervortretende Unzufriedenheit war nur ein ſchwacher Ausdruck der in den Kommunitäten brütenden. Wir wiſſen, wie der Klerus für die Fügſamkeit gegen ſeine Herrſchaft und Leitung der hohen Ariſtokratie die Spoliation der königlichen Renten geſtattete, und wie für Geld „Burgen und Landſchaften mit und ohne

Staroſteien" zu haben waren. Kaum bedurfte es aber bei den Kommunitäten der patriotiſchen Überzeugung, die ſie ſpäter ausſprachen, „daß die Burgen und Landſchaften mit Staroſteien doch nicht bloß zum Vorteil der Perſon des Königs, ſondern zum Schutz und zur Erhaltung des ganzen Reiches vorhanden wären", um eine tiefe Entrüſtung über die Verſchleuderung und Verpfändung derſelben zu empfinden, denn die Folgen laſſen ſich ſofort überſehen. Mitten in die geſchloſſene Kommunität einer Provinz trat plötzlich in ſeiner Eigenſchaft als Pfandherr einer königlichen Staroſtei nur vermöge ſeiner Geldvorſchüſſe ein Mann, der vielleicht gar einer andern Provinz angehörte [1]), oder wenn auch das nicht, doch vielleicht innerhalb der Kommunität zu ſo hohen Anſprüchen nicht berechtigt war. Überdies beſtimmten die Privilegien von Kaſchau, Korczyn, Piotrkow und alle folgenden, daß die Ämter nicht ohne den Beirat der Kommunitäten vergeben werden ſollen; wenn ſie aber Gegenſtand der „Obligation", der Verpfändung wurden, dann wurde eins der wichtigſten Rechte des Provinzialadels umgangen. Unaufhörlicher Streit ſcheint auch zwiſchen den Tenutarien fiskaliſcher Güter oder ſogenannter Güter der „königlichen Tafel" und den Nachbarn wegen Übergriffe beſtanden zu haben, denn immer von neuem müſſen die Privilegien zuſichern, daß die Krone jeder Forderung einer „Limitation" durch geeignete Organe entſprechen wolle. Auf der andern Seite wieder ſtanden die Kommunitäten im Unterſchied von der Krone und dem regierenden Klerus in einem feindſeligen Verhältnis zu den Städten. Dieſe letzteren nahmen von ihrem allgemeinen Geſichtspunkt keinen Anſtoß an der fremden Nationalität der ganz vorwiegend deutſchen Bürgerſchaften, die Kommunitäten aber, in denen die Nationalität im engeren Sinne des Wortes, auch abgeſehen von den ſtändiſchen Vorurteilen, das hauptſächlichſte charakteriſtiſche Merk-

1) Bei Dzierslaw von Rytwian, dem nach Sandomir gehörigen, der aber nichtsdeſtoweniger die „terra Chelmensis" als Pfand erhält, ſieht man einen ſolchen Fall recht klar. Vgl. Urk. im Inv. arch. Crac., p. 241.

mal war, empfanden ſchon aus dieſem Grunde gegen ſie den lebhafteſten Widerwillen. Nun kamen poſitive Klagen hinzu. Die Bürgerſchaften ſchränkten in der Ausübung ihrer Marktpolizei den Handelsverkehr oft „zu ihrem Nutzen und zum Schaden anderer“ — will ſagen der Edelleute ein, und was noch ſchlimmer war, indem ſie nach der Art des deutſchen Pfahlbürgertums die von den Höfen der Edelleute „flüchtig Gewordenen“ in ihre Jurisdiktion aufnahmen, gewährten ſie ihnen Schutz und Sicherheit und kümmerten ſich wenig um „die Requiſition“ der Grundherren und ihre Berufung auf das Landrecht. — Indes kann es unſere Aufgabe nicht ſein, allen den Beſchwerden der Kommunitäten im einzelnen nachzugehen. Für die allgemeine Beurteilung der inneren Verhältniſſe Polens ergeben ſich die Thatſachen, daß der Reichstag durch ſeinen ausſchließlich ariſtokratiſchen Charakter keine ausreichende Vertretung für die Intereſſen des geſamten Adels bot, und daß den Kommunitäten mit jener Herbeiziehung bei ganz außerordentlichen Gelegenheiten und dem bloßen Recht einer zufälligen und ungeordneten Aſſiſtenz der Verſammlungen nicht Genüge geſchah. Die Kommunitäten und der Reichstag hatten keinen organiſchen Zuſammenhang, und während der letztere ſich bis zur Schwäche der klerikalen Führung überließ, herrſchte in jenen ein tobender Widerwille gegen das theokratiſche Regiment.

So ungefähr lagen die Dinge, als Kaſimir der Jagiellonide die Regierung antrat, und wir wiſſen, daß er ſich ſechs Jahre lang ſperrte, die Konfirmation der Privilegien auszuſprechen. Wenn auch oben (Teil IV, S. 434 ff.) zur Begründung dieſer Weigerung das Schwergewicht auf den moraliſchen Konflikt der Konſtitutionseide in Litauen und Polen gelegt iſt, ſo ſoll keineswegs in dieſem Umſtand allein das Motiv Kaſimirs gefunden werden. Sahen wir doch, daß er ſchließlich, als die Gefahr eines allgemeinen Abfalls drohte, ſich über denſelben hinwegzuſetzen imſtande war. Aber der junge König war augenſcheinlich noch von ganz anderen Rückſichten beherrſcht. Ihm lagen, als er nach Polen kam, zwei Wege offen: entweder

ſtützte er ſich auf die Kommunitäten, ſchuf ihnen eine geordnete Vertretung neben dem ariſtokratiſchen Reichstag zur Ausübung ihres Geſetzgebungsrechts, und zwar nicht im provinzialen, ſondern geſamtſtaatlichen Sinne, dann kam es folgerecht zum parlamentariſchen Einheitsſtaat; oder er riß das Geſetzgebungsrecht an ſich und verſchaffte ſich durch Pflege der Intereſſen und Bedürfniſſe aller Stände ein Übergewicht über den klerikal-ariſtokratiſchen Reichstag, und dann würde ſich die abſolute Monarchie als Ergebnis entwickelt haben. Keinen dieſer beiden entſcheidenden wenn auch extremen und große Thatkraft erfordernden Wege einzuſchlagen, konnte Kaſimir ſich entſchließen, ſondern er verſuchte lavierend einen vermittelnden. Wohl war er zunächſt entſchloſſen, ſich dem klerikal-ariſtokratiſchen Reichstage nicht als willenloſes Werkzeug, wie ſein Bruder gethan hatte, zu überlaſſen, was eine einfache Konfirmation der Privilegien wie die von 1438 bewirkt haben würde. Und in dieſem Vorſatz verweigerte er die Beſtätigung und erhob einen leidenſchaftlichen Krieg wider den Klerus, indem er das Ernennungsrecht der Biſchöfe in Anſpruch nahm und den Kardinalat des Krakauer Biſchofs zu hintertreiben ſuchte. Es iſt bereits hervorgehoben worden, wie ſehr er ſich in dieſem Vorgange der Unterſtützung der nationalen Parteien, derer, welche Dlugoſz „die Jüngeren“ nennt, zu erfreuen hatte, aber natürlich erwarteten eben dieſelben eine Förderung ihrer Wünſche, Abhilfe ihrer Beſchwerden und eine ihrem Programm entſprechende Politik. Als jedoch der König ſich dem entzog, ſtand er dem nach Vergeltung dürſtenden und um ſein Prinzipat kämpfenden Klerus machtlos gegenüber. Alles verſchwor ſich wider ihn, und in jener Kataſtrophe zu Piotrkow hörte er von Älteren und Jüngeren die Aufkündigung des Gehorſams, wofern er nicht die Privilegien beſtätigte. So erſcheint es mit gutem Grunde, daß wir hier in Piotrkow zum erſtenmale die hohe Prälatur und Ariſtokratie von der Geſamtheit des Adels örtlich getrennt auftreten ſehen, und aus dieſem Begriff der Bewegung erſcheint es erklärlich, daß die Prälatur und Ariſtokratie eine Delegation des Geſamtadels zur Abnahme des Konfir-

mationseides heranzog [1]). „Die Prälaten und Barone verzichteten darauf", sagt der klerikale Berichterstatter, „Größeres zu verlangen", aber zuverlässig nicht, wie derselbe begründend fortfährt, aus Schonung des empfindlich gewordenen Verhältnisses Kasimirs zu den Litauern, denn dieses konnte gar nicht tiefer als durch die Konfirmation geschah, verwundet werden, ja wurde von den „größeren Forderungen" gar nicht berührt, sondern weil sie, die Prälaten und Barone, mit der einfachen Bestätigung der Privilegien ohne jeden weiteren Zusatz im Besitz des Regiments und Übergewichts verblieben. Wer aber nicht darauf verzichtete, „Größeres zu verlangen" — waren die Kommunitäten, und sie brannten nur auf eine Gelegenheit, ihre Forderungen so vortragen zu können, daß sie nicht zurückgewiesen werden könnten. Sie ließ nicht lange auf sich warten. In zwei Fällen, das hatten die Erfahrungen von 1404 und 1422 gelehrt, waren die Kommunitäten ganz besonders in der Lage, ihrem Verlangen einen ganz unentweichbaren Nachdruck zu geben, einmal wenn die Krone sich in Finanznot befand, und eine außerordentliche Auflage von größerem Umfang notwendig wurde, und zweitens im Angesicht des auswärtigen Feindes. Das Anerbieten der preußischen Bündner mußte aber zu beiden Gelegenheiten führen, und daher sieht man gerade die nationale Partei mit heißer Begierde auf die preußische Politik Kasimirs eingehen. Der Führer der klerikalen Partei, Zbigniew Oleśnicki, durchschaute recht wohl, daß die Krone nach Annahme der preußischen Erbietungen mit noch andern Faktoren als mit dem Klerus und der Aristokratie zu rechnen haben würde, und er widerriet der Annahme nicht bloß, sondern mochte auch später nichts mit der Sache zu thun haben. Er

1) Ich muß hier einen Fehler berichtigen, der sich zu meinem Bedauern in meine Darstellung der Vorgänge in Piotrkow oben, Teil IV, S. 448 eingeschlichen hat. Ich gab dort an, daß Kasimir vor einer Delegation von je 12 Mitgliedern aus jedem der beiden Teile des Reichstags die Konfirmation beschworen habe. Das steht bei Długosz XIII, 115 nicht, sondern: „primoribus advocatis et duodecim ex communitate accersitis in confirmationem jurium consentiens."

ſei der Verſammlungen müde, ſagt er in ſeinem berühmten Libell im Gegenſatz zu den Schönfärbereien ſeines Domherrn, in denen man mehr Zank als Beratung pflegt. Jan Tęczyński, der echteſte Repräſentant der ganz vom klerikalen Einfluß geleiteten Ariſtokratie verlangte Aufſchub des Entſchluſſes, bis man die litauiſchen Barone gefragt haben würde, denn ſtimmten die Litauer zu, und gaben ſie die Mannſchaften zur Kriegsführung her, ſo wurde die Krone der Abhängigkeit von dem guten Willen des Kommunitäten-Adels entledigt und kam nicht in Gefahr, Konzeſſionen machen zu müſſen. Andere von der Ariſtokratenpartei wünſchten einen Aufſchub, um die preußiſche Angelegenheit vor den Reichstag gebracht zu ſehen, wovon nun aber wieder die bündiſchen Geſandten nichts hören mochten. Dem Könige ſelbſt war an der Annahme viel gelegen, einmal vielleicht in ſeinem prinzipiellen Gegenſatz wider die Klerikalen, dann aber, weil ihm nach dem Ausdruck der Danziger Sendboten die „Lunge (Zunge?) gar ſehr auf Danzig hing“, und nach dem ausdrücklichen Geſtändnis des klerikalen Berichtes [1]) kam der Beſchluß nur durch die Heranziehung „der Jüngeren in den Rat“ endlich zuſtande. Eine kurze Weile ſchien es, als könnte die ganze preußiſche Erwerbung mit einem fröhlichen Pompzug des Königs nach dem Niederland der Weichſel eingeſtrichen werden, und als würde das „königliche Hofgeſinde“ ausreichen, um die Marienburg, das letzte Bollwerk des Ordens, mit einem Handſtreich zu erſchüttern. Da aber ſcholl plötzlich mitten in die Feſtlichkeiten, denen ſich Kaſimir in Thorn überließ, der Ruf herein, daß ein anſehnliches Heer unter Rudolf von Sagan dem Orden zuhilfe ziehe, und in aller Eile erging ein Aufgebot an die Ritterſchaft von Großpolen und Kujawien. Dieſen Augenblick hatte ſie erwartet, und als ſie ſich in Zirkwitz (Cerekwice) im Angeſicht des Feindes befand, legte ſie dem Könige ihre Forderungen mit der Drohung, ſich nicht zu ſchlagen, wofern er ſie ablehnte, vor. Dem Könige blieb kein

1) Długoſz XIII, 131: „ut etiam iuniores consilium adhiberentur.“

Ausweg, er unterzeichnete das Statut von Zirkwitz am 15. September 1454 [1]).

So wie dasselbe jetzt vorliegt, trägt es in bezeichnender Weise den Charakter des Improvisierten, des im Feldlager rasch Hingeworfenen an sich und sieht ganz aus wie ein Konzept „iuxta minutam“ [2]). Ohne System, ohne die Abrundung des Stils, deren sich die Kanzleien befleißigten, sind in kurzen Sätzen diejenigen Punkte formuliert, welche die Beschwerden des großpolnischen und kujawischen Adels betrafen. Die ersten 29 Paragraphen haben ausschließlich auf Großpolen (die Palatinate Posen und Kalisch), der Rest auf Kujawien Bezug, und es bleibt zweifelhaft, ob für die letzteren auch die Vergünstigungen der ersteren gelten. Die wesentlichste Tendenz des ganzen Gesetzgebungsaktes zeigt sich nach zwei Seiten hin gerichtet: einmal tritt offenkundig das Bestreben hervor, dem kleinern und unbeamteten Edelmann gegen den größeren und mit Ämtern ausgestatteten einen größeren Rechtsschutz zu schaffen, und diesen ausschließlich auf das Gesetzbuch von Warta (welches die Gesetzgebung von Wislica mit enthielt) zu begründen, und zweitens zeigt sich deutlich ein ausgeprägt partikularer Geist mit einer geradezu polemischen Spitze gegen die Kleinpolen und gegen die Aristokratie. Dieser letztere spiegelt sich besonders in der Bestimmung, daß in Zukunft die Hofämter nicht bloß den Kleinpolen, sondern auch den Großpolen verliehen werden sollen, und in dem Satze, welcher schon zu den eigentümlichsten Mißverständnissen Veranlassung gegeben hat und den wir seiner Wichtigkeit wegen hierher setzen. Er lautet: „Damit in Zukunft das Gemeinwesen normaler geleitet werde, geben wir hiermit unseren Willen kund, daß keinerlei neue Institutionen im Privatrat beschlossen werden sollen, und daß keine Kriegsexpedition irgendwie angeregt werde ohne eine gemeine Landesversammlung, daß vielmehr alle neu zu unternehmenden Angelegenheiten in den Versammlungen der Landeskommunitäten

1) Bandtkie, Jus pol., p. 265.
2) Vgl. Dlugosz XI, 486.

zuvor behandelt und dann erst beschlossen und gebilligt werden sollen." Weder ist nun mit diesem Satze eine Art von Grundlegung einer modernen parlamentarischen Regierung, eine Entkleidung der königlichen Souveränetät zugunsten der Landesversammlung ausgesprochen, noch soll damit das Verhältnis der Kommunitäten zum Reichstag geordnet werden, sondern die Entscheidung über neue Einrichtungen und Kriegsunternehmungen wird hier einfach in die Kommunitäten zurückverlegt, wo sie eigentlich und rechtlich immer gelegen hat, und von wo sie nur durch den Mißbrauch der Aristokratie und der königlichen Gewalt häufig und Jahrzehnte hindurch verrückt worden ist. Der Satz stellt kein neues auf, sondern präcisiert nur ein bestehendes und vielfach in Verfall gekommenes Recht schärfer, denn man muß sich hüten, unter „der gemeinen Landesversammlung" (communis terrestris conventio) etwas anderes zu verstehen als die Provinzialversammlung des Adels. Der Partikularismus der Kommunitäten stellt sich hier dem zentralisierenden Geiste der Aristokratie und des Klerus gegenüber. Sehen wir nun weiterhin von den übrigen auf lokale Beschwerden bezüglichen Bestimmungen ab, so erscheint uns das Statut von Zirkwitz beinahe noch charakteristischer durch das, was es nicht enthält als durch seinen thatsächlichen Inhalt. Wenn man sich entsinnt, daß dasselbe etwa genau um die Zeit dem Könige abgerungen worden ist, als Zbigniew Olesnicki sein offenes Sendschreiben an den König erließ, so ist man begierig zuzusehen, ob sich die großpolnisch-kujawische Ritterschaft auch für diejenigen Beschwerden interessiert, über welche der Führer der Klerikalen einen so anmaßungsvollen Lärm erhoben hat [1]). Aber eigentümlicherweise finden wir hier kein Wort über die Abschaffung der podwoda und der statio, obwohl sonst die Privilegien immer sie ausdrücklich zu betonen pflegen, und wenn von den Salinen die Rede ist, so laufen die Bestimmungen nur auf die Erschließung näherer Bezugsquellen hinaus, und was die Judengesetze anbetrifft, deren Ab-

1) Vgl. Teil IV, S. 465.

schaffung der Kardinal mit dem Gottesmann Capistrano als allererste Bedingung eines staatlichen Gedeihens hingestellt hatten, so beschränken sich die Kommunitäten darauf, zu verlangen, daß die Juden nicht kürzere Verfallfristen bei Pfandgütern genießen sollen, als den übrigen Bürgern durch das allgemeine Landrecht gewährt ist. Nur die auch von Zbigniew beklagten Streitigkeiten der Krone mit den Herzögen von Masowien und die Grenzkonflikte mit den Schlesiern wünschen die Kommunitäten gleichfalls abgethan zu wissen. Die Heranziehung dieses historisch-politischen Moments, das doch nur für die Gegenwart ein Interesse haben konnte, in das Statut erweist, daß man in Zirkwitz zunächst nur niederschrieb, was man am meisten auf dem Herzen hatte, und als Ganzes genommen haben wir in der merkwürdigen Urkunde ein Zeugnis von einem der mächtigsten Ausbrüche von Selbgefühl der Kommunitäten.

Mehr aber auch nicht, denn gültiges Gesetz ist dieses Statut niemals geworden. Die Art, wie es entstanden war, setzte voraus, daß man in Konitz siegen würde. Nun man aber eine schmähliche Niederlage erfahren, wurde von den verschiedensten Seiten seine Gültigkeit und seine Rechtmäßigkeit in Zweifel gesetzt. Die Klerikalen hatten es jetzt wohlfeil, zu schelten und die Niederlage mit der unterlassenen Abschaffung der Judenprivilegien zu motivieren, und die Aristokratie konnte von der Ungebühr, vor dem Kampfe Bewilligungen zu erpressen, Kapital machen. Aber in den Kommunitäten mochte sich doch rasch die Überzeugung heimisch machen, daß, wenn auch das Statut von Zirkwitz überstürzt und unvollkommen im Entwurfe, doch sein Inhalt wegen der Abhilfe der dringendsten Beschwerden der Verallgemeinerung wert sei, und daß die erste Gelegenheit, bei welcher man den König in gleicher Notlage haben könnte, zu einer Legislation im Sinne jenes Statuts benutzt werden müsse. Um so lebhafter wurde nun die Notwendigkeit die Schmach von Konitz durch eine große That zu rächen empfunden, und schließlich mußte Kasimir — bei dem kurzen Zwischenraum von zwei Monaten ist nicht daran zu denken, daß er sich im Sinne des Zirkwitzer Statuts erst an

die Kommunitäten gewandt hätte — ein allgemeines Aufgebot veranstalten, von dem nur die russische Provinz und Podolien ausgeschlossen waren, um die Südgrenze nicht ohne Schutz zu lassen. In Opoki, in Kujawien, unweit von Thorn, war der Sammelplatz der Ritterschaft. Wir hören von dem Eifer, mit welchem dem Rufe des Königs entsprochen wurde, und die Geringfügigkeit der Kriegsleistung, die darauf folgte, scheint anzudeuten, daß nicht der ausgesprochene Zweck, sondern die unausgesprochene Absicht denselben entflammte. Als sich der König noch in Brześć befand, eilten zu ihm die Bischöfe von Gnesen, Włocławek, Posen und mehrere Barone, und es ist wohl kaum zweifelhaft, daß dort noch andere Dinge als nur die militärischen Maßnahmen besprochen wurden. Nachdem die Ritterschaft nunmehr während eines Zeitraums von zwei Wochen sich zusammengefunden hatte, zog der König mit dem Heere nach Nessau (Nieszawa) an die Weichsel. Hier aber, so dürfen wir nach den Analogieen von Czerwińsk und Zirkwitz annehmen, hier erklärten die Kommunitäten, den Fluß nicht zu überschreiten, wofern ihnen nicht Statute im Sinne des zu Zirkwitz gewährten in legaler Form erteilt würden. Über diese Annahme hinaus jedoch dürfen wir nicht wagen, die Vorgänge bei dem Mangel jeder Nachricht genauer bestimmen zu wollen. Vorliegend ist nur die Existenz eines Statuts für Kleinpolen mit der Spezifikation der „Landschaften Krakau, Sandomir, Lublin, Radom und Wislica“ vom 11. November 1454, eines andern für „die Landschaften Großpolens“, worunter wir hier nur die Wojewodschaften Posen und Kalisch begreifen können, vom 12. November, eines dritten für Sieradz vom 16. November (am 17ten zog das ganze Heer über die neu gebaute Weichselbrücke [1]) und eines vierten für die „Landschaft Chełm“ vom 11. Dezember, das nicht mehr wie die andern in Nessau, sondern in der Nähe von Rheden ausgestellt ist. Aller Wahr-

1) Thorner Chron., S. 77. Vgl. Script. rer. Prus. III, 682, Note 4. Der König ist schon am 16ten in Thorn. Schreiben im Königsberger Archiv.

ſcheinlichkeit nach haben auch die Landſchaften Kujawien und Lęczyc ähnliche Statuten ſchon in Neſſau ſelbſt erhalten. Ein allgemeines Statut wie in Czerwińsk konnte der Natur der Sache nach hier nicht geſchaffen werden, denn um gleich mit einem Worte das innerſte Weſen der Geſetzgebung zu treffen: ſie ſtellt den Sieg der Kommunitäten über die bisherige Reichsvertretung dar. Freilich ſtimmen dieſe Statute nicht in allen Stücken überein und richten ſich vielmehr in ihrem charakteriſtiſchen Inhalt nach den Bedürfniſſen und Beſchwerden der einzelnen Landſchaften; auf der andern Seite aber iſt doch wieder die Übereinſtimmung derſelben ſo groß, daß man die gemeinſame und völlig adäquate politiſche Strömung bei allen Kommunitäten ſieht. Wie ſehr auch das Zirkwitzer Statut von dem jetzt für Großpolen erteilten abweicht, trotzdem es ſich doch auf dieſelbe Provinz bezieht, und wie viel mehr es demgemäß noch von den anderen, die ſich auf die anderen Landſchaften beziehen, ſich entfernt, ſo erkennt man doch gar leicht, daß es die Richtſchnur für alle geweſen und allen als Grundlage gedient hat. In allen Statuten bekundet ſich dasſelbe Beſtreben, den kleinen Edelmann gegen die Vergewaltigungen durch Begüterte und Würdenträger zu ſchützen, und daher enthalten alle feſtere Beſtimmungen über Zeit, Ort, Verfahren, Kompetenzen der Gerichte, Einziehung von Sporteln, Aufhebung der Kaſtellaneigerichte für Adelige und ihre Hinterſaſſen, Führung von Gerichtsbüchern; auch hier derſelbe Anſpruch der Kommunitäten in ihren betreffenden Landſchaften das Recht der Geſetzgebung, und zwar nicht bloß für den Adel, ſondern auch für die übrigen Stände auszuüben. Am meiſten fallen die Statute in den Artikeln zuſammen, wo ſie das Verhältnis zum Könige beſtimmen. Nicht nur hat der König die älteren Verpflichtungen gemäß den beſtehenden Privilegien einzuhalten, ſondern ſich auch der Verpfändung der zu ſeiner Tafel gehörigen Schlöſſer und Landſchaften, der eigenmächtigen Schoßauflage und der Eingriffe in den Lauf der Juſtiz zu enthalten. Auch in den Verfügungen über das Gerichtsweſen wiegt noch vielfach Übereinſtimmung zwiſchen den Statuten vor, obwohl

hier selbstverständlich die lokalen Rücksichten und Eigentümlichkeiten sich in größerem Maße geltend machen. Aber einige völlige Abweichungen haben wir um so mehr hier herauszuheben, als dieselben zu den eigentümlichsten Fehlschlüssen in der bisherigen Darstellung der Verhältnisse geführt haben. Es ist leicht erklärlich, weshalb die Zusage, die Hofämter in Zukunft ebenso wohl an Großpolen als an Kleinpolen zu vergeben, sich nur in dem großpolnischen und Sieradzer Statute findet, da es ja darauf ankam, einem Mißbrauch zu begegnen, unter dem nur die Großpolen, nicht die Kleinpolen litten. Auffälliger ist schon die Erscheinung, daß der König in dem großpolnischen Statute das Versprechen giebt, sofort nach seiner Rückkehr aus dem Kriege die zwischen dem Adel und Klerus bestehenden Streitigkeiten — bekanntlich über Zehnten, Gerichtsbarkeit, Mißbrauch der Exkommunikation u. dgl. [1]) — zum Austrag bringen zu wollen, während in dem kleinpolnischen Statut hiervon nicht gesprochen wird, und man hat daraus folgern zu können geglaubt, daß in Kleinpolen insofern das Bedürfnis nicht vorlag, als dort diese Streitigkeiten bereits durch die sogenannten Lauda Vartensia 1447 gestillt und beseitigt wären.[2]). Allein dies war durchaus nicht der Fall, und es scheint vielmehr in diesem Punkte eine Meinungsdifferenz zwischen den Großpolen und Kleinpolen obgewaltet zu haben, ob die Schlichtung dieser Reibungen Sache der Provinziallandtage oder des Reichstags wäre. In einer späteren kleinpolnischen Provinzialversammlung wird dem Könige das Versprechen abgenommen, daß er unverzüglich nach seiner Rückkehr aus Litauen eine „Generalkonvention des ganzen Reiches" ausdrücklich zum Behuf der Austragung dieser Zwistigkeiten zwischen Adel und Klerus einberufen werde [3]). Irren wir in dieser Auffassung nicht, so würde sich hieraus, wie übrigens auch aus anderen Momenten hervorgeht, bei den Kleinpolen ein

1) Vgl. Teil IV, S. 132 ff.

2) Namentlich auch Bobrzynski, O ustaw. Niesz, p. 154.

3) „Articuli ex conv. Novae civitatis de a. 1456." Bandtkie, Jus pol. 298.

größeres geſamtſtaatliches Intereſſe als bei den Großpolen zeigen. Bei dem Übergewicht der Kleinpolen auf dem Reichstage war ihr Provinziallandtag von geringerer Bedeutung, weil er gewiſſermaßen gleich einem konzentriſchen Kreiſe mit geringer Radiusverſchiedenheit in jenen fiel. Hierauf muß aber auch wohl die größte und einſchneidendſte Verſchiedenheit zurückgeführt werden, die ſich zwiſchen den Statuten zeigt. In dem großpolniſchen Statute leſen wir: „Wir (der König) verſprechen, weder neue Konſtitutionen zu verfaſſen, noch die Landeskinder zum Kriege aufzubieten, ohne zuvor eine gemeine Landesverſammlung in Szroda veranſtaltet zu haben“ — und derſelbe Artikel findet ſich mit denſelben Worten in dem Statute für Siradien mit der Beſtimmung, daß die Landesverſammlung in Sieradz abzuhalten ſei, während wir dieſen charakteriſtiſchen Artikel in dem kleinpolniſchen und verwandten Chełmer Statut vergeblich ſuchen. Wir müſſen darauf verzichten, einen durchſchlagenden Grund für dieſe überraſchende Unterlaſſung angeben zu können, aber die Bemerkung darf uns doch nicht entgehen, daß dieſe hier ſo kurz und beſtimmt nur auf die Kommunitäten von Großpolen und Siradien abzielende Verfügung ſich ſehr weſentlich von dem allgemeinen und umfaſſenden Charakter des analogen Artikels in dem Entwurf von Zirkwitz unterſcheidet, der mit den feierlichen und eine furchtbare Kritik der Vergangenheit einſchließenden Worten: „ut igitur respublica in posterum sanius dirigatur“ — beginnt. Mich will bedünken, daß der Wortlaut des Zirkwitzer Artikels mit ſeiner prinzipiellen, das Geſamtſtaatsrecht ausdrückenden Weiſe das Verlangen der Großpolen, den Schwerpunkt der ganzen Staatsentwickelung in die Kommunitäten zu verlegen, enthält, daß dieſes Verlangen jedoch auf den Widerſpruch der Kleinpolen aus dem oben angeführten Grunde ſtieß, und daß daher die Großpolen, auf eine univerſelle Ausſprache dieſes Satzes verzichtend, zunächſt nur ihren eigenen Kommunitäten das in ihm ausgeſprochene Recht zu wahren ſuchten, während die Kleinpolen die Beſtimmung hierüber weder in der allgemeinen noch in der partikularen Faſſung in das geſchriebene Recht aufgenommen wiſſen wollten,

sondern der geschichtlichen Entwickelung, dem Gewohnheitsrechte überließen. Daß sie auf das Materielle dieses Gesetzes zu verzichten keineswegs die Absicht hatten, läßt sich aus der Thatsache erkennen, daß sie sich im Jahre 1456 vom Könige ausdrücklich die Versicherung geben lassen, „kein allgemeines Kriegsaufgebot wider Preußen zu erlassen, ohne zuvor darüber eine beratende Versammlung der Länder Krakau, Sandomir, Rußland und Podolien abgehalten zu haben“ [1]), und daß sie im Reichstag am 8. September 1456 der allgemeinen Steuerbewilligung nicht zustimmen, weil sie damit dem Rechte ihrer Landeskommunität zu präjudizieren glauben. Am weitesten von dem Anspruch der Großpolen entfernt sich, und die blasseste Spiegelung ihres autonomischen Artikels stellt die der russischen Provinz erteilte Urkunde von 1456 dar, in welcher gewissermaßen die verliehenen Gerechtsame in nuce wiederholt werden [2]).

1) Bandtkie, Jus pol., p. 299. Gerade aus diesem hier angeführten Passus möchte ich noch auf einen andern Grund für die Auslassung des besprochenen Artikels im kleinpolnischen Statute schließen. So wie derselbe in dem großpolnischen Statute angenommen ist, macht er die Entscheidung über neue Institutionen und Kriegsaufgebote nicht bloß abhängig von den Großpolen überhaupt, sondern 1) von der Kommunität Posen-Kalisch, 2) von der Kommunität Siradien, 3) wahrscheinlich von der Kommunität Lęczyc ꝛc.: kurz von allen partikularen Kommunitäten. Folgerecht würde dann auch die Stimme der Kleinpolen zerfallen in die Kommunitäten Krakau, Sandomir, Rußland, Podolien, wie es sich ja auch am Ende des 15. Jahrhunderts wirklich gestaltet hat. Diesen Zusammenhang der beiden kleinpolnischen und beiden russischen Kommunitäten wollten aber meines Erachtens die Kleinpolen vorläufig oder auch überhaupt gewahrt wissen, und daher verlangen sie als Vorbedingung der expeditio generalis versus terras Prussiae nicht conventiones terrarum Crac., Sand., Russiae et Podoliae, sondern sie sagen: nisi prius habita conventione desuper terrarum Crac., Sand., Russiae et Podoliae.

2) Daß aber auch hier die Kommunität bestrebt war, eine größere Selbständigkeit und Unabhängigkeit vom Reichstag zu erlangen, erweist die von Kasimir am 18. Dezember 1457 in Piotrkow den Provinzen Rußland und Podolien verliehene Urkunde, nach welcher in Zukunft der Adel dieser Provinzen nicht vor dem Reichstag, sondern vor seinem eigenen judicium terrestre zu Gericht zu gehen hat. Vgl. Rasp, Beiträge zur Geschichte der Stadt Lemberg, im „Arch. für österr. Gesch.“, XLIII, 428.

Hierin heißt es wörtlich: „Wir (der König) versprechen vor allem, daß wir in den Angelegenheiten und Geschäften, welche die Länder der russischen Provinz betreffen und berühren, nichts unternehmen werden, ohne zuvor je nach Erfordernis der Zeitumstände und Benötigung mit den Ratgebern eben dieser Länder Rat gepflogen und eingeholt zu haben." Allerdings ein beträchtlicher Gegensatz zu dem souveränen Tone des Zirkwitzer Entwurfs, aber diese vier Ausdrucksformen des Gegenstands, das prinzipielle Verlangen der Großpolen vor der Konitzer Schlacht, die beschränktere Gewährung desselben in Nessau, die Auffassung des Prinzips in Kleinpolen und die nur verwandt anklingende Formulierung desselben für die russische Provinz, bilden eine höchst beachtenswerte Steigerung, welche die Gärung des Moments, von welchem wir reden, in ihrem hauptsächlichsten Beweggrund erschöpft. Es kann kein Zweifel sein, daß die Verlegung des Schwerpunkts der ganzen Staatsverwaltung in die Kommunitäten — oder, gewöhnen wir uns nur an den Lokalausdruck, da jede Umschreibung zu Mißverständnissen führen kann — in die Sejmiki — das Ideal der Partei der „Jüngeren" im 15. Jahrhundert ist, von welcher sie „die gesündere Leitung des Gemeinwesens" abhängig glaubt. Von diesem Ziele wird sie nicht mehr ablassen, wenn ihr auch im Augenblick noch Hindernisse aus der interessierten Beharrlichkeit anderer Faktoren und Parteien entgegentreten, und in dem Ringen nach diesem Ziele und nach einer gesetzmäßigen Ausgestaltung des unterliegenden Grundsatzes verläuft die ganze Entwickelung Polens in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Noch vor dem Schlusse desselben, im Jahre 1496, wurde das Streben gekrönt, waren alle Gegenwirkungen überwunden, denn im Jahre 1496 promulgierte der König von Polen gelegentlich einer vollen und feierlichen Bestätigung der zu einem allgemein gültigen Reichsstatut zusammengefaßten Landesstatute von Nessau den Satz: „Wir versprechen, keine neuen Konstitutionen aufzustellen und kein Kriegsaufgebot zu erlassen, ohne in den einzelnen Ländern zuvor Landesversammlungen veranstaltet zu haben."

Bei einem Rückblick auf die Geschichte wird man leicht erkennen, daß der klerikale Geschichtschreiber, der Zeitgenosse dieser Bewegung, kein Recht hat, diese Partei der Jüngeren der ungestümen „Neuerungssucht“ anzuklagen. Wie öfters im politischen Leben war hier die vorwärtsdringende Partei im Grunde genommen die konservative, denn nicht der Einheitsstaat, wie ihn allmählich der klerikal-aristokratische Reichstag anstrebte, war die alte historische Form des polnischen Gemeinwesens, sondern der Föderativstaat. Die Neuerung war vielmehr unter der mächtigen Arbeit des Klerus in den letzten Jahrzehnten bewirkt worden, insofern die Sejmiki einer rein lokalen Funktion überlassen und zur Ausübung ihres Gesetzgebungsrechts so selten als möglich berufen wurden. Auf den Sejmiki kann jeder Edelmann schon wegen der örtlichen Nähe, wegen der geringern Dauer derselben, ja muß oft selbst der kleinste Ritter wegen des dort stattfindenden Landgerichts erscheinen; hier findet die Gesamtheit des Adels in der That ihren wahren, ihren unvermittelten Ausdruck; hier überwiegt das Interesse des weltlichen Adels, und hat der Klerus einen ungleich schwereren Stand. Aber auch dem mit Ämtern und Würden ausgestatteten Edelmanne tritt hier der kleinere Mann mit größerer Selbständigkeit entgegen, und im Gegensatz zu dem auf dem Reichstage überwiegenden aristokratisch-oligarchischen Interesse weht hier ein wesentlich demokratischer Geist. Allerdings ist dieser nicht mit dem der Freiheit zu verwechseln, denn sie fand in dem Reichstage, insofern dort der Staatsgedanke den ständischen überragte, noch weit eher eine Bürgschaft. In den Sejmiki dagegen entscheidet das Standesinteresse alles. Die Sejmiki sind die wahren, ursprünglichen Typen der Adelsdemokratie, und sie würden ihrem zukünftig sich entwickelnden Charakter nicht ganz zu entsprechen scheinen, wenn nicht schon bei ihrem ersten bedeutsamen Auftreten ihr Gegensatz gegen die niederen Stände hervorträte. Wir finden auch in der That in den Statuten von Nassau übereinstimmend einige für diese Seite in der Natur der Sejmiki sehr bezeichnende Anfänge; erstens einen Eingriff in die bisher unbeschränkte Marktpolizei

der Städte, insofern ihnen jede Prohibition auf Märkten verboten sein sollte, und zweitens einen Eingriff in den Besitz des Magdeburger Rechts, insofern „jeder Bürger oder Plebejer“ für Totschlag oder Verwundung, an einem Adeligen verübt, „vor das Landgericht“ gezogen oder, wie das großpolnische Statut sich deutlicher ausdrückt, nach „polnischem Recht“ behandelt werden soll. Inbezug auf den dritten, wir können auch sagen vierten Stand, finden wir nur eine neue Einschärfung der Pflicht aller Weltlichen und Geistlichen, flüchtig gewordene Leute, d. h. glebae adscripti, die ihre Scholle verließen, auf Reklamation der Berechtigten sofort auszuliefern. Schließlich wurde in Rücksicht der Judengesetze den Forderungen der Klerikalen entsprochen, insofern nicht bloß wie im Zirkwitzer Entwurf das Maß der Verfallfristen auf das im Statut von Warta allgemein bestimmte eingeschränkt, sondern alle seit Kasimirs Regierungsantritt erteilten Privilegien als „dem göttlichen Recht und der Landeskonstitution widersprechend“ aufgehoben werden.

Allein auch diese von den Klerikalen als so wirksam ausgerufene Maßregel fesselte den Sieg nicht an die Fahnen des Königs. Es giebt nicht leicht etwas Traurigeres als diesen Winterfeldzug der Polen im Jahre 1454. Von dem Aufschwung der Gemüter, der sich bei der Forderung der Gerechtsame kundgab, war nichts zu spüren, als es zu Kriegsthaten kommen sollte. Die Berichte aus der Ordenskanzlei stimmen fast alle darin überein, daß der Aufzug des mächtigen Heeres überhaupt zur Kriegführung gar nicht gerüstet gewesen sei. Ganz leicht erkennbar war es, daß man auch nur zu einem andern Zweck so zahlreich und so eifrig zusammengekommen war. Der König schickte daher auch, als er im preußischen Lande weiter vorrückte, „das nackte und lose Gesindel aus dem Heere“ so bald als möglich wieder über die Weichsel zurück, und schlug endlich vor dem befestigten Städtchen Lessen ein Lager auf. Es ist ganz undenkbar, daß diese kleine Feste ernstlich als Ziel eines in so großem Maßstab unternommenen Feldzuges hätte ins Auge gefaßt sein sollen, denn auch von

einer wesentlichen strategischen Bedeutung des Platzes kann nach der Beschaffenheit des Territoriums nicht die Rede sein. Es scheint vielmehr, als sollte nur die Entwickelung der Kriegslage hier abgewartet werden. Vielleicht erwartete man den Fall von Marienburg oder sonst eine Öffnung des Zugangs nach Danzig, und die wesentlich aus strategischen Rücksichten der Rechtstadt Danzig erteilte Erlaubnis, die Jungstadt abzubrechen und zu zerstören [1]), scheint darauf hinzudeuten, daß in dem Augenblick, wo die Polen sich diesem ersehnten Ziele nähern wollten, Schwierigkeiten hervortraten, die erst beseitigt werden mußten. Auch scheinen die Polen für eine Feldschlacht wohl geneigt gewesen zu sein, nicht aber für eine ausgedehnte Zersplitterung zum Behuf der Belagerung der zerstreuten Burgen und festen Plätze. Für diesen Teil der Kriegsführung schien ihnen die Macht der Bündner ausreichen zu müssen, für welche allzu große Opfer einzusetzen gar nicht in der Absicht der polnischen Führer gelegen hat. Überdies fehlte es dem polnischen Heere an Material, an Geld, an Mitteln. Die Versorgung mußte die Landschaft aufbringen, welche natürlich bald ausgesogen war. Die Unbilden der Jahreszeit traten mit allen Schrecken ein, und nicht nur ohne die Niederlage von Konitz wett gemacht zu haben, sondern überhaupt ohne jeden irgendwie nennenswerten Erfolg mußte der König den Feldzug in den ersten Tagen des Januar 1455 abbrechen. Der polnische Berichterstatter meint, er habe wenigstens die Wirkung einer Demonstration gehabt, insofern die Städte Preußens dadurch in der Anhänglichkeit an die polnische Krone befestigt wurden, aber auch dies beruht nur auf Beschönigung, denn wir hören von der andern Seite, daß Thorn den König bei seinem Rückzuge nicht in seine Mauern einlassen wollte, aus Besorgnis, er könnte sich an dieser Stadt schadlos halten wollen, und „sie für seinen Sold auspochen“ [2]). Über den

1) Vgl. Hirsch, Danzigs Handels- und Gewerbsgeschichte, S. 17 und Anm. 64 mit Script. rer. Prus. IV, 513, Anm.

2) Ältere Hochmeisterchronik, Script. rer. Prus. III, 685. Dlugosz XIII, 165, der im übrigen mit dieser Quelle übereinstimmt, sagt da-

zugefrorenen Weichſelſtrom eilten die Truppen in ihre Heimat und waren dort früher angelangt als die Nachricht, daß der Feldzug aufgegeben ſei. Alles, worauf das wohl übertriebenerweiſe auf 60000 Mann geſchätzte Heer hinweiſen konnte, beſtand außer der Ausſaugung der Kulmer Landſchaft in der Verbrennung der beiden kleinen Städte Dietrichswalde (? Niekſſiałka) und Biſchofswerder, während doch dem Orden ſeine Bemühungen, einen Einbruch in das treugebliebene Niederland zu verhindern, vollauf gelungen waren. — Unter ſo bewandten Verhältniſſen wagten ſich denn auch verſchiedene Vergleichsverſuche hervor, und wenn auch das Anerbieten des Königs Ladislaus von Böhmen und Ungarn, als Schiedsrichter zwiſchen Polen und dem Orden einzutreten, völlig gewichtlos war, und auch die Ankunft des Domherrn Georg Bärnfeld von Lebus im Namen des Kurfürſten von Brandenburg nicht viel beachtet wurde, ſo kamen doch in der Nähe von Leſſen, gerade während ein Sturm der Polen auf das Städtchen ſiegreich abgeſchlagen wurde, beachtenswerte Verhandlungen in Fluß, die zwiſchen den Sendboten des Hochmeiſters mit dem Dr. Laurentius Blumenau an der Spitze und dem Könige direkt geführt wurden. Von polniſcher Seite wollte man den Waffenſtillſtand auf Grund des gegenwärtigen Beſitzſtandes gewähren, während der Orden vor allem die Räumung des Landes forderte. Vielleicht wäre dennoch damals ſchon ein Vereinigungspunkt gefunden worden, wenn nicht die Bündner ihre Leidenſchaftlichkeit den Polen mitgeteilt hätten. „Die Antwort des Königs zeigte ſeinen Fanatismus“ [1]), ſchreibt der Doktor Blumenau an einen Kardinal, und die Worte der Bündiſchen in dieſen Verhandlungen mit der ſtachligen Erinnerung an Swidrigiello obenan waren gar trefflich berechnet, um den König in dieſer „entflammten“ Stimmung zu erhalten. Der Einigungsverſuch zerſchlug ſich, und der König kehrte über Brześć nach Łęczyc

gegen ausdrücklich, der König habe in Thorn und Neſſau ſeine Anordnungen getroffen.

1) Script. rer. Pruſs. IV, 68. 435 sqq.

zurück, wo eben eine Provinzialſynode mit der Beratung über eine freiwillige Beiſteuer zu den Kriegskoſten vonſeiten des Klerus beſchäftigt war [1]). Man ſieht, der Klerus beeilte ſich, um hinter dem weltlichen Adel nicht zurückzubleiben, denn als Dank und Entgelt für die Statuten von Neſſau hatte derſelbe im Heerlager vor Leſſen dem Könige eine allgemeine Steuer von einem Vierdung von jeder Hufe verſprochen — aber nach einer freilich nicht ganz unverdächtigen Urkunde [2]) zu ſchließen —, nicht ſowohl als Schenkung denn vielmehr als Vorſchuß, denn der König verſpricht in jener Urkunde ſechs Jahre lang auf die regelmäßige Steuer von zwei Groſchen von der Hufe, was dem Betrage nach auf einen Vierdung hinauskommt, zu verzichten. Kaſimir ſchien dieſem Verſprechen des Heeres zu vertrauen und ernannte bereits die Steuereinnehmer in Łęczyc — aber als er nach einem Ausflug nach Litauen, wo es galt, die erregten Gemüter zu beſchwichtigen und ihr Intereſſe für die preußiſche Erwerbung anzufachen, nach Polen zurückgekehrt war, ſtanden ſeine Finanzen noch nicht um ein Haar beſſer, denn zuhauſe fand man Bedenken, das im Heerlager gegebene Verſprechen zu erfüllen.

1) Die Anregung ging vom Kardinal aus. Am 29. Oktober 1454 hatte Zbigniew die Beneſiziaten ſeiner Diöceſe mit einem Vierdung von der Mark des Taxwerts der Beneſizien für die öffentlichen Zwecke belaſtet. Cod. epist. saec. XV, 158.

2) Ich meine die Urkunde in Voll. Legg. I, 186, deren Datierung: in loco campestri exercituum nostrorum circa Choynice fer. VI ante omnium Sanctorum a. d. 1455 mir Anſtoß erregt. An 1454 kann nicht gedacht werden, da Allerheiligen 1454 ſelbſt auf Freitag fiel. Von einer Anweſenheit des Königs bei Konitz 1455 wiſſen wir nichts, und 1456 war er um dieſe Zeit in Litauen.

Drittes Kapitel.

Fortgang des Krieges bis zum Verkauf der Marienburg.

Nach einem Überblick der Ereigniſſe vom Beginn des Jahres 1454 bis zum Frühjahr 1455 wird man kaum behaupten können, daß in Polen der Eifer für die Erwerbung Preußens ſehr groß geweſen ſei. Je mehr die allgemeine politiſche Stimmung dem Territorialpartikularismus zuneigte, deſto weniger fühlte man ſich veranlaßt, die preußiſche Frage in einem höheren Sinne denn als rein dynaſtiſche Angelegenheit anzuſehen, und nur die direkten Vorteile, die ſich dabei herausſchlagen ließen, fachten die Teilnahme bald dieſer oder jener Perſönlichkeit, bald dieſer oder jener Körperſchaft an. Wäre das Verſtändnis von der Bedeutung der Sachlage wirklich allgemein, und wäre dasſelbe nur einigermaßen von einem eindringlichen Staatsbewußtſein getragen geweſen, dann hätte es in der That nur einer kurzen, aber durchgreifenden Aufraffung der polniſchen Machtmittel bedurft, um die widerliche Zerrüttung, die in dem Ordensſtaate herrſchte, mit wenigen Schlägen auszukehren. Denn was da in Preußen geſchah, hatte mit Krieg, Kampf und ritterlichem Gewerbe nur noch ſehr entfernte Ähnlichkeit. Hier war die Frage, wer das Recht hat, ſchon längſt verklungen; aber auch die Frage, wer die Macht, die Kraft hat, ward nicht mehr aufgeworfen; hier gab es nur noch die eine Frage, wer am meiſten Geld hat. Rotten von deutſchen und böhmiſchen Söldnern waren teils durch den Orden, teils durch die Bündner ins Land gezogen, und in ihren Entſchlüſſen konzentrierten ſich bald die Entſcheidungen. Das italieniſche Condottierentum mit ſeiner jedem Begriff von Ehre widerſtreitenden Weſen entwickelte ſich hier auf preußiſchem Boden in einem Umfang, von dem das romaniſche Land nur wenige annähernde Beiſpiele aufzuweiſen hat. Es iſt nicht unſere Aufgabe, die Kriegsereigniſſe in Preußen in ihren Einzelnheiten zu verfolgen,

wir können nur das Gesamtergebnis feststellen, daß im Verlauf des Jahres 1455 die Stellung des Ordens rücksichtlich der Städte und festen Plätze sich stetig verbesserte. Freilich war fast jede Stadt ein Kriegsschauplatz gewesen, und viele waren nur noch ausgebrannte Ruinen, aber der bei weitem größte Teil derselben war doch wieder unter die Herrschaft der Ordensgebietiger gekommen, und außerhalb des Culmerlands und des Danziger Gebiets stand es übel mit dem Einfluß der Bündischen, und noch übler mit dem der Polen. Nicht allein die Folge des Sieges bei Konitz hatte diesen Rückschlag bewirkt, sondern daneben noch der Umstand, die gewöhnliche Erfahrung revolutionärer Parteien, daß das neue Regiment die Eigenschaften nicht besaß, die man sich von ihm versprochen hatte. Hätten die Städte und der Landadel in Preußen für irgendeine Aufgabe, die der Orden gestellt, jemals solche Opfer gebracht, als sie jetzt zu seinem Sturze auf sich nahmen, dann wären zuverlässig weniger Konflikte zwischen der Landesherrschaft und den Unterthanen vorgekommen. Wie bei allen ähnlichen Empörungen und Umwälzungen erschöpften ja die ausgesprochenen allgemeinen Beschwerden — die sozusagen offiziell ausgedrückten Klagen, nicht die eigentlichen Gründe derselben, sondern viele beruhten vielmehr auf lokalen Gegensätzen, Unbilden, Schwierigkeiten, die in dem allgemeinen Ausbruch eine Lösung suchten, obgleich dieser mit jenen nur geringe Berührungspunkte hatte. Genau zugesehen befanden sich die preußischen Städte damals in dem Stadium der inneren Bewegung, die den deutschen Gemeinden beinahe nirgends erspart geblieben ist, und die in dem Gegensatz des städtischen Patriziertums gegen die arbeitenden Klassen ihre Wurzel hatte. An der Auflehnung gegen den Orden beteiligten sich aber in erster Reihe die unter seinem Schutze reich und üppig gewordenen Familien, welche die Magistraturen unter sich teilten und welche mit ihrem Verlangen, den Pfundzoll, das Lobgeld u. dgl. abgeschafft zu wissen, die Massen mit sich fortrissen. Als aber der Krieg immer größere Opfer erheischte, als man im Februar 1455 nach dem ganz verfehlten Kriegszuge des polnischen Königs auf Mittel sinnen

mußte, um die Söldner der Bündischen zu bezahlen, als man in Maßen, wie kaum je zuvor der Orden gethan, Steuern ausschrieb und Güter und Waren und Lebensmittel stark beschatzte, alle Zinsrückstände mit Härte eintreiben ließ und sogar alle Zölle, den vielberufenen Pfundzoll mit eingeschlossen, wieder auf ein Jahr zunächst einführen mußte, da trat denn doch in der Bevölkerung hier und da eine Wendung der Gesinnungen ein, und der kräftige und energische Aufstand in Königsberg, der am 23. März zugunsten des Ordens ausbrach, bekundet am deutlichsten, daß man „dem Könige nur treu bleiben wolle, wenn er keine Beschwerungen anmute". Diese Erhebung Königsbergs und der wilde Krieg mit der Gemeinde Kneiphof, der sich während einiger Monate daraus entwickelt hatte und bis zur Unterwerfung derselben mit großen Opfern und unter besonderer Auszeichnung des Ordensspittlers Reuß von Plauen und des Herzogs Balthasar von Sagan geführt worden war, bildete eine der folgenreichsten Episoden in den gesamten polnisch-preußischen Kriegsereignissen, denn dadurch wurde für den Orden ein fester Punkt gewonnen, auf welchen er die Trümmer seiner ehemaligen Größe flüchten, und von wo aus er das preußische Land, das „neue Deutschland" vor dem Joch eines slawischen Regiments erretten konnte. An das sich dem Orden wieder ergebende Königsberg gliederten sich fast alle Städte und Plätze des Niederlandes an, und es ist sehr bemerkenswert, daß sich schon im Jahre 1455, also im Anfang des unglückseligen Krieges, der dreizehn Jahre lang diese Territorien zerfleischen sollte, im wesentlichen diejenige Konfiguration herausbildet, die für die folgenden Jahrhunderte Bestand haben sollte. Im Weichselthallande, wo oberhalb die rebellischen Ritter des Culmerlandes und unterhalb die trotzigen Bürger von Danzig und Elbing sitzen, ist es mit der Herrschaft des Ordens so gut wie völlig vorüber, obgleich dort seine Metropole Marienburg sich befindet, denn sie ist allein noch durch käufliche und daher ganz unzuverlässige Söldner gehalten. Aber östlich davon im ganzen Niederland und Hinterland bis an die litauischen Grenzen erhebt sich nach kurzer Senkung die Fahne

der deutschen Herrschaft wieder. Dort hat sie einen festen, weil in der Bevölkerung begründeten Boden, während die kleinen Aufraffungen um Marienburg herum, die sich sogar zu Vorstößen und Versuchen bis nach Thorn und Straßburg hin steigern, niemanden täuschen können. Hier hängt alles davon ab, ob der Orden imstande sein wird, den Söldnern die rückständigen Löhnungen zu zahlen und sie wiederum an seinen Dienst zu ketten. Aber der finanzielle Bankrott sollte dem Orden verhängnisvoller werden, als sein militärischer und politischer.

In dem Untergang des deutschen Ordens zeigt sich in bemerkenswerter Weise, wie sehr man sich damals noch in der Terminologie des Mittelalters bewegte, während der Inhalt und die Bedeutung sich ganz schon verflüchtigt hatten. Man sprach im deutschen Adel hier und da von einer Preußenfahrt zur Erhaltung „seines Hospitals", ganz im Stile der älteren Zeit, aber man glaubte doch den Hochmeister verpflichtet, erst das Rüstgeld den Herren einzuschicken. Der Kaiser Friedrich III. erklärte gar die Bündner, da ja sein Urteil den unmittelbaren Anlaß zum Ausbruch der Erhebung gegeben hatte, durch Erlaß vom 24. März 1455 in die Acht, aber in Danzig erklärte man ganz im Geiste einer neuen Zeit, die Kaiseracht fechte die Preußen wenig an, da sie in ihrem erwählten Könige einen Vertreter ihrer Rechte hätten. Und wie sollten die Bündischen die Acht empfinden, da die deutschen Hansastädte und deutsche Fürsten wie Philipp von Burgund sich dadurch durchaus nicht von dem Verkehr mit den preußischen Städten abhalten ließen? Aber auch die päpstlichen Bullen waren taube Schläge, für welche der Orden, da sie ja umsonst nicht zu haben waren, unnütz sein knappes Geld verausgabte [1]). Schon am 8. April 1455, also, wenn anders die Bulle nicht gefälscht ist, unmittelbar am Tage seiner Wahl erließ Calixt III. eine Bulle zugunsten des Ordens, und wenige Monate danach, im

1) „brochten sy mit sich geschenk und edele goben." Danziger Chronik vom Bunde, Script. rer. Prus. IV, 432, wo die Verhandlungen vor dem Papst.

September desselben Jahres, donnerte das Interdikt wider die Bündischen hinterdrein, aber in Danzig „achtete man es wenig", in Thorn erklärte man es für „Tand", und in Polen schrieb um dieselbe Zeit mit Sarkasmus ein hervorragender Staatsmann: „Unsere Leute kommen sich sehr fromm vor, wenn sie solche Scherze mit rotem Wachs und Hanfschnüren an den Kirchenthüren ehrfurchtsvoll betrachten [1])." Auch in den weltfürstlichen Kanzleien war viel von der Pflicht und Notwendigkeit, die „Mauer der Christenheit" zu retten, die Rede, und dieselbe geräuschvoll beschäftigte Unthätigkeit, die sich inbetreff der Wiedereroberung Konstantinopels aus der Hand der Türken in der Christenheit bemerkbar machte, dieselbe hohle Verkündigung des Mitgefühls für den Orden konnte man von allen Seiten hören [2]). Einer schob die Pflicht zu helfen dem andern zu, und die Nachbarfürsten, namentlich den König Christian I. von Dänemark und den Kurfürsten Friedrich von Brandenburg hielt man für die berufensten. König Christian, der eben Gotland erworben hatte und Norwegen und Schweden sich anzueignen im Begriff stand, hörte gern die Hilferufe des Ordens und die „Waldemarischen Erinnerungen", und stellte in der That seine Hilfe in Aussicht, wenn ihm gewisse esthländische Territorien eingeräumt würden, ja schwang sich (den 1. Juni 1455) sogar zu einer Kriegserklärung wider Polen und die Bündischen auf, erließ schroffe Erklärungen an die polnische Krone (5. Oktober), bat Philipp von Burgund, die Waren und Schiffe der Bündner mit Beschlag zu belegen, aber darauf und auf einige Kapereien lief auch die ganze dänische Hilfe hinaus. Christian, der schon, wenn auch nur vorübergehend, den Titel eines „Herzogs von Esthland" angenommen hatte, war viel zu sehr von seinen Plänen in Norwegen und Schweden zur Herstellung des „Königtums dreier

1) Jan Ostrorog, Monumentum etc. S. meine Abhandlung: „Eine Reformationsschrift des 15. Jahrhunderts" in der Zeitschrift des westpreußischen Geschichtsvereins, Heft IX, S. 67.

2) Schon am 6. Mai 1454 hatte der Kaiser die Stadt Lübeck aufgefordert, zu vermitteln (Danz. Arch.).

Reiche" in Anſpruch genommen und bedurfte ſeiner Finanzen für die auch von ihm geworbenen böhmiſchen Söldner zu ſehr für ſich ſelbſt, als daß er dem Orden mit mehr als Demonſtrationen hätte zuhilfe kommen können. Noch im Frühjahr 1456 hieß es, König Chriſtian würde mit einer Flotte vor Danzig erſcheinen, aber die einzige Folge aller dieſer Zuſagen war, daß König Karl Knudſon von Schweden, vor dem ſiegreichen Dänenkönig flüchtend, ſich im Februar 1457 nach Danzig mit all ſeinen Schätzen begab, und dort ſieben Jahre lang wider das Intereſſe des Ordens intriguierte. — Was aber den Kurfürſten von Brandenburg anbelangte, ſo konnte von ihm ſchwerlich eine durchgreifende That zugunſten des Ordens erwartet werden. Erſtarkte der Orden wieder, und namentlich in den weſtlichen Territorien, ſo würde ihm behufs Erhaltung einer offenen Verbindung mit dem Deutſchen Reiche die Wiedererwerbung der Neumark, auf welche doch nur ein verhältnismäßig ganz geringer Pfandpreis gezahlt war, unbedingt ein Gegenſtand eifrigſten Beſtrebens geweſen ſein. Ernſt mochte es daher wohl nicht geweſen ſein, wenn Friedrich um Oſtern 1455 einen Heerzug nach Preußen anbot, wofern ihm die Unkoſten mit einer Summe von derſelben Höhe, als er für die Neumark gezahlt, und mit der Abtretung von Schievelbein und Drieſen entgolten würden. In ſeinen Finanznöten, das ſah jedermann klar, konnte der Orden einer ſolchen Bedingung nicht genügen. Einer Vermittelung aber konnte der Kurfürſt ſich um ſo weniger entziehen, als er in ſeiner Eigenſchaft als Reichsfürſt vom Kaiſer dazu aufgefordert wurde. Zwar hatte der Kaiſer ſich ſchon direkt an Kaſimir von Polen mit einer Geſandtſchaft gewandt, aber der König hatte, zurückgreifend auf den urſprünglichen Beruf des Ordens, ſich anheiſchig gemacht, demſelben Ländereien einzuräumen, auf denen er noch lange Zeit der Bekämpfung der Heiden und Sarazenen obliegen könnte. Unzweifelhaft dachte er dabei an ſeine von den Tataren unaufhörlich geplagten Südoſtprovinzen [1]). Auf

1) Daß man auch noch 1458 an dieſes Projekt dachte, ſ. weiter unten im vierten Kapitel.

ſolche Art ſchnöde und hoffnungslos zurückgewieſen, glaubte der Kaiſer durch den Kurfürſten eher das Ohr des Polenkönigs finden zu können. War der Brandenburger ja doch als Kind in Polen erzogen worden, und derſelbe Peter von Chelm, der ſeine Erziehung geleitet hatte, war der Hofmeiſter Kaſimirs in ſeinen jungen Jahren geweſen; hatte doch Friedrich gelegentlich der Succeſſionsfrage die Polen, die ſich an ihn gewandt hatten, auf den allein „erbberechtigten“ Kaſimir verwieſen, und ſtand er doch, wie ſich bei derſelben Gelegenheit gezeigt, bei den Polen in hohem Anſehen. Gewiß, wenn eine Mediation möglich, war niemand dazu geeigneter als Kurfürſt Friedrich [1]). Gleichwohl ſchlug Kaſimir den erſten Antrag zu einer perſönlichen Begegnung aus, und erſt als im Reichstag zu Piotrkow um St. Johannis 1455 die laue Stimmung der Polen gegenüber der preußiſchen Frage zutage getreten war, acceptierte er die Verhandlungen, die anfänglich durch den polniſchen Reichskanzler, den Biſchof Jan Gruszczyński von Kujawien, geleitet, ſpäter, im September, zu einer perſönlichen Zuſammenkunft des Königs mit dem Kurfürſten in Bromberg führten und endlich nach Mewe verlegt wurden [2]). Auf den Vorſchlag eines Schiedsgerichts erklärten die Polen ſeltſamerweiſe, offen-

1) Merkwürdig iſt, daß der Kurfürſt, um an den Polenkönig zu gelangen, erſt eines Umwegs bedurfte. Im Auguſt 1455 fragt er bei Wladyslaw von Maſowien an, wie man wohl Verhandlungen mit dem Könige einleiten könnte. In ſeiner Antwort fragt der Herzog an, ob er den betreffenden Brief dem Könige zeigen ſolle; er ſeinerſeits könne nicht zuraten, der König werde nur noch erbitterter werden. Was aber ſeine (des Herzogs) Meinung über die Zeitſtage anbeträfe, ſo werde er ſich jederzeit deſſen erinnern, daß es ſeine Vorfahren geweſen ſind, die dem deutſchen Orden das Land eingeräumt hätten, und daß der Orden den maſowiſchen Herzögen immer nur Gutes erwieſen hätte. Da er an ſeinem Hofe unausgeſetzt von polniſchen Aufpaſſern umgeben wäre, müſſe er um Geheimhaltung des Briefverkehrs bitten. (Aus dem Königsberger Archiv.)

2) Der letzte Teil der Verhandlungen in der Danziger Chronik vom Bunde, Script. rer. Pruſs. IV, 438, vgl. Dlugoſz XIII, 176 und Voigt, Erwerbung der Neumark, S. 358 ff.

bar weil die Unmöglichkeit desſelben von ſelbſt einleuchtete, ſich nur ein Konzil als ſolches gefallen laſſen zu wollen, obwohl ſie doch bei keiner der voraufgegangenen Kirchenverſammlungen eine Anerkennung in ihrem Sinne gefunden hatten. Alle übrigen poſitiven Vorſchläge des Kurfürſten liefen auf eine Geldabfindung des Königs vonſeiten des Ordens hinaus, gegen welche der König ſich mit der unter den damaligen Verhältniſſen und nach dem, was er ſelbſt bald darauf that, gewiß heuchleriſchen Phraſe verſchanzte, es ſei ferne von ihm, chriſtliches Blut um Geld preiszugeben, weil der Orden, wieder im Beſitz der Macht, gewiß Rache an den Aufrührern nehmen würde. Damit hatte ſich auch der ganze Vermittelungsverſuch zerſchlagen, obgleich noch Verhandlungen zwiſchen dem Kurfürſten und dem Könige bis in das nächſte Jahr hinein fortgeſetzt wurden, und der einzige Gewinn, der dem Orden daraus entſprungen war, beſtand in einer Erhöhung der Pfandſumme auf die Neumark gegen Abtretung von Drieſen und Schievelbein um 60000 Gulden, wodurch für den Kurfürſten der Verluſt derſelben durch „Wiederkauf“ unwahrſcheinlich wurde, und der Hochmeiſter in die Lage kam, die ungeſtümſten Dränger unter ſeinen Söldnern für eine kurze Zeit zum Schweigen bringen zu können.

Am verhängnisvollſten ergab es ſich für den Orden in Preußen, daß die Hoffnungen, welche er für die Zeiten höchſter Not auf ſeine Balleien und Inſtitute im weſtlichen und ſüdlichen Deutſchland geſetzt hatte, ihn völlig täuſchten, ſei es, weil in der That, wie von dem Deutſchmeiſter und den Vorſtänden dieſer Anlagen behauptet wurde, die Mittel derſelben völlig erſchöpft waren, oder weil die andauernden leidenſchaftlichen Reibungen zwiſchen dem Deutſchmeiſter und dem Hochmeiſter das Intereſſe an der Rettung des letzteren zerſtört hatten. Die vornehmſten Söldnerführer, mit denen der Hochmeiſter noch am leichteſten zu einer Verſtändigung hätte gelangen können, wie Veit Schömberg und Graf Heinrich von Plauen, verließen Preußen ſchon im Anfang des Jahres 1455, um ihre Forderungen bei dem Deutſchmeiſter flüſſig zu machen. Mit ſolchen

Anweisungen und Verschreibungen auf die auswärtigen Besitzungen und Renten hatte der Hochmeister vielfach die Mahnungen der Söldner beschwichtigt, und so war es ihm gelungen, den im Vertrage vom 9. Oktober 1454 über die eventuelle Auslieferung der Burgen ausbedungenen Termin vom 2. Februar bis zum 23. April, und dann wiederum auf eine spätere Frist zu prolongieren. Kleine Teilzahlungen, Vertröstungen, Verschreibungen, die Zusagen und Bürgschaften des Kurfürsten von Brandenburg und die Veräußerung der letzten beweglichen Wertgegenstände, zu welchen auch das Domkapitel von Marienwerder all sein silbernes Kirchengerät hergeben mußte, hatten dem Hochmeister solche Prolongationen zu verschaffen vermocht, aber daß die Stimmung der Söldner, die an der Sache, für welche sie kämpften, keinen innern Anteil nahmen, sich immer mehr verbitterte, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden, ebenso wenig aber auch, daß hier und da die Söldner anfingen, selbst zuzugreifen und sich sogar, wo es anging, eigene Burgherrschaften anzulegen. Je öfter die Vertröstungen auf Löhnung sich wiederholten, desto mehr schwächte sich natürlich das Vertrauen auf dieselben ab, und die Söldner waren bald in der Verfassung, die Verlassenheit des Ordens aus eigener Anschauung wahrzunehmen. Auch nicht einmal der Landmeister von Livland zeigte den Eifer zur Unterstützung des Ordens, den die gespannte Lage erforderte. Eine unablässige Korrespondenz zwischen dem Hochmeister und dem Landmeister hatte die Subventionsfrage nicht einmal so weit gefördert, daß sie in Livland selbst beschlossene Sache gewesen wäre, und als dann endlich mit der Ausführung vorgegangen wurde, traten noch so viele Zögerungen ein, daß man in Livland eben zu der Absendung des auf 100000 Gulden angeschlagenen Hilfsgeldes sich anschickte, als es zu spät war. Auch in diesem Falle mögen die Reibungen zwischen dem Hochmeister und Landmeister aus den letzten Jahrzehnten ihre üblen und hemmenden Einflüsse gehabt haben. Die Hinweisungen auf den Kredit des Ordens mußten daher bei den Söldnern immer mehr Mißtrauen erwecken, und als nun gar die Nachricht aus Rom im Herbst

1455 eintraf, daß der Deutſchmeiſter daſelbſt die Nichtigkeitserklärung aller auf die deutſchen Beſitzungen ausgeſtellten Verſchreibungen des Hochmeiſters betreibe, gaben die Söldner in der Mehrzahl die Hoffnung auf, daß die Marienburger Regierung noch zahlungsfähig werden könnte. Bei der Denkweiſe dieſer Kriegsleute lag der Entſchluß, ſich nunmehr an die Gegenpartei zu wenden, allzu nahe, und nicht darüber darf man ſich wundern, daß er gefaßt wurde, ſondern nur darüber, daß ihn Skrupel eigener Art verzögerten. Aus den Verhandlungen der Söldner ſowohl mit dem Orden als mit den Polen ergiebt ſich nämlich, daß unter dieſen Mietlingen und Kriegsgeſellen ſich ein Nationalgefühl geltend machte, das den preußiſchen Stadtpatriziern und Landrittern, wohlgeordneten Leuten deutſcher Zunge, bedauerlich fremd war. Die Soldtruppen beſtanden aus Czechen und Deutſchen. Den letztern ſchlug offenbar das Gewiſſen, die Schöpfung des deutſchen Adels, den Orden und das im Rittertum Deutſchlands hochangeſehene Marienburg den „Undeutſchen“ zu verkaufen, während die Söldner ſlawiſchen Geblüts wiederum unter ihrem Führer Ulrich Czerwenka von Lebec den Polen, ihren Stammverwandten, die reiche Beute und Herrſchaft gönnten und gern zuwandten, wofern ſie ſelbſt nur zu ihrem Gelde kämen. Im Spätſommer 1455 fanden daher bereits die erſten Verhandlungen zwiſchen polniſchen Bevollmächtigten und den Rottenführern ſtatt, aber die Deutſchen beteiligten ſich an denſelben nur, um ſie aufzuhalten und dem Orden Zeit zu gewinnen, und auch in ſpätern Verhandlungen, ja noch kurz vor dem Abſchluß mit den Polen, als die vornehmere Geſinnung der deutſchen Hauptleute noch das Übergewicht hatte, gaben die Söldner wiederholentlich die Erklärung ab, ihr Geld lieber vom Orden als von den Polen nehmen zu wollen, und ſelbſt im Juli 1456, als zwiſchen den Condottieren und den Polen nur noch Differenzen über Zahlungsmittel und Zahlungsfriſten beſtanden, ſuchten die Deutſchen den Handel aufzuhalten und dem Abſchluß vorzubeugen. Man hoffte noch immer auf die Subſidien von Livland, wo ſchon im Frühjahr ein Schoß von einer Mark vom Haken Landes

ausgeschrieben und außer von den Bischöfen auch schon eingezahlt war. Aber das Geld blieb aus. Natürlich gewann unter solchen Umständen der Czeche, dem sich dann auch viele deutsche Söldner verzweifelnd anschlossen, eine gewichtvollere Stimme, und am 15. August 1456 schloß er mit den Polen den Vertrag, worin er sich verpflichtete, ihnen gegen eine in drei Fristen zahlbare Gesamtsumme von 436 000 [1]) Gulden die festen Plätze Allenstein, Wartenburg, Rössel, Ortelsburg, Rhein und Geesten nach der ersten Zahlung, Schönberg, Neumark, Brattean, Hohenstein, Soldau und Deutsch-Eylau nach der zweiten, und endlich Stuhm, Marienwerder, Lessen, Riesenburg, Dirschau, Mewe, Konitz, Hammerstein, Friedland und zuletzt Marienburg gegen die dritte Zahlung auszuliefern. Ein Teil der deutschen Söldner, der namentlich auf Veranlassung des wackern Bernhard von Eimburg [2]) dem Orden ergeben blieb, war schon früher von Marienburg abgezogen. Am 17. August kam die Nachricht von dem Abschluß des Verkaufs nach Marienburg, und nie zuvor haben die Glocken von St. Anna und St. Bartholomae zu einem schnöderen und widerlicheren Handel geläutet.

Mit diesem kurzen und nur das Wesentlichste andeutenden Überblick der Ereignisse in Preußen, über welche sich eine ungemeine Fülle von Detailnachrichten erhalten haben, sind wir aber in der Zeit sehr vorangeeilt und müssen nunmehr unsern

1) Die Frage über die Kaufsumme bedarf noch, auch nach der sehr orientierenden Anmerkung Toeppens in Script. rer. Prus. IV, 177 und Hirschs, ebd. S. 521, weiterer Feststellungen, und namentlich sind doch Długoszs Nachrichten, der bei dem Zahlungsgeschäft selbst Anteil nahm, nicht so ohne weiteres abzulehnen. Besonders auffällig ist, daß er von 77 Gulden auf den Reiter spricht, während die Urkunde nur 57 Gulden angiebt.

2) Die von den preußischen Historikern und noch von den Herausgebern der Script. rer. Prus. gebrauchten Formen des Namens sind nicht richtig. Bernhard war ein Sohn des böhmischen Münzmeisters Miles Diwuček von Jemnist und Halbbruder des Beneš von Waldstein, spätern Bischofs von Kamin. Vgl. Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 1, 506.

Blick wiederum nach Polen zurückwenden, wo, wie wir gesehen haben, die preußischen Angelegenheiten in einer eigentümlichen Verbindung mit den innern Bewegungen standen, über welche wir leider nur von einer einzigen und noch dazu unzuverlässigen Seite unterrichtet sind. Als der Adel im Heerlager vor Lessen im Januar 1455 und der Klerus in der Provinzialsynode zu Łęczyć dem Könige die allgemeine Vierdungsteuer bewilligt hatten, glaubte Kasimir vertrauensvoll die Einnehmer ernennen zu können, denn er zweifelte nicht an der Ausführung der Zusage. So viel sich aber aus der etwas dunkeln Ausdrucksweise des Berichterstatters entnehmen läßt, scheint die Erwartung des Königs sich nicht erfüllt zu haben, und es mußte vielmehr eine Münzmanipulation vorgenommen werden, um den dringendsten Bedürfnissen aus dem königlichen Ärar selbst begegnen zu können. Erst als der König aus Litauen zurückgekehrt war, wo bedenkliche Aufregungen seine Anwesenheit erheischt hatten, am 15. Mai, wurde ein Reichstag in Piotrkow abgehalten, wohin auch die Vertreter der Bündischen kamen, um dem Aufstand Königsbergs gegenüber, dessen Bedeutung ihnen sichtlich nicht entgangen war, von Polen Rat und Hilfe zu holen. Es war der erste Reichstag wieder nach der Gesetzgebung von Nessau, das erste Mal, da wieder der Klerus und die Aristokratie zu Wort kamen. Vor allem wollte man von einer Erneuerung des allgemeinen Kriegsaufgebots nichts wissen, weil die königlichen Soldtruppen, wie man vorgab, den wenig zahlreichen Gegnern gewachsen sein würden, eine Begründung, die nach den kläglichen Erfahrungen des Winterfeldzugs doch nur schlecht die Scheu vor einer neuen Versammlung des ganzen Adels im Heerlager verbergen konnte. Inbetreff der Vierdungsteuer aber wies man den König an die Kommunitäten und beschloß, am Johannistage wiederum in Piotrkow zu tagen, um die Beschlüsse der Provinzen entgegenzunehmen. In Großpolen stimmte man der Vierdungsteuer zu, in Kleinpolen aber wurde die Bedingung gestellt, daß die Tenutarien königlicher Güter die Hälfte ihrer Einkünfte hergeben sollten, und dadurch war die ganze Bewilligung, da es schwer gehalten haben würde, die Tenutarien zu einer solchen

Leistung zu zwingen, so gut wie abgelehnt. Allein auf dem Johannis-Reichstag zu Piotrkow gaben doch auch die Kleinpolen den Widerstand inbetreff der Steuer auf. Als aber wieder von einem allgemeinen Aufgebot in Anbetracht der hohen Gefahr und Bedeutung der Kämpfe um Königsberg die Rede war, verbreitete man sichtlich nicht ohne Absicht die falsche Nachricht, Königsberg sei den Bündischen in die Hände gefallen, siebentausend Leute des Ordens seien gefallen, der Krieg sei aus, und folgerte, daß ein Aufgebot somit nicht nötig wäre. Das Übrige erwartete man von den Verhandlungen mit den nun schon allein in Marienburg gebietenden Söldnern des Ordens, behufs welcher der Bischof Jan Gruszczynski von Kujawien und der Starost Jan Rytwian von Sandomir sich nach Thorn begaben. Endlich soll aber denn doch der König, da die optimistischen Nachrichten über die Kriegslage bei Königsberg sich nicht bestätigten, und die Verhältnisse vielmehr höchst ungünstig für die Bündischen sich gestaltet hatten, auf eigene Hand ein allgemeines Aufgebot erlassen haben. Das ging nun freilich direkt wider das neue Staatsrecht. In den Provinzen mochte man über die den Statuten von Nessau so dreist widersprechende Handlungsweise des Königs verschiedener Meinung gewesen sein, und „die königlichen Mandate wurden keineswegs sehr ästimiert oder gefürchtet, sondern jeder handelte nach eigenem Impuls, je nachdem es ihm Bedürfnis war". Aus einigen Provinzen kam der Adel auf den Ruf des Königs, in anderen führte das Aufgebot nur zu einer Bewegung, die für das Land und insbesondere für die eben erst eingefahrene Ernte verhängnisvoll wurde. Sechs Wochen mußte Kasimir auf den Anzug der Aufgebotenen, insoweit sie überhaupt kamen, warten, und unter solchen Umständen wird man begreifen, welche Übertreibung darin liegt, wenn eine Nachricht aus dem Lager der Bündischen das polnische Heer auf 100 000 Mann, und eine andere gar dasselbe auf 150 000 anschlägt. In der Zwischenzeit, ehe das Heer sich versammelte, fanden noch vor den vergeblichen Ausgleichsverhandlungen mit dem Kurfürsten von Brandenburg Beratungen zu Brześć in Kujawien über den

demnächſtigen Feldzug ſtatt, und hier zeigte es ſich, daß Polen in nicht viel geringerem Maße als der Orden ſich in finanzieller Verlegenheit befinde. Auch der König war ſeinen Söldnern, und namentlich den Truppenführern, welchen die bündiſchen Plätze in Preußen übertragen waren, die Löhnung ſchuldig geblieben, auch er mußte unter „Schmähungen“ die Drohung vernehmen, daß man zum Orden übertreten werde, wofern der Sold nicht gezahlt würde, und auch er mußte, um der drückenden Not wenigſtens für den Augenblick abzuhelfen, zu dem Mittel ſeine Zuflucht nehmen, deſſen ſich der Hochmeiſter bedient hatte. Es wurde beſchloſſen, daß der hohe Klerus gegen eine vom Könige und ſeinen Räten zu leiſtende Bürgſchaft das wertvollſte Kirchengerät verpfände. Die großpolniſche Geiſtlichkeit mit dem Primat an der Spitze verſagte der außerordentlichen Maßregel nicht die Unterſtützung, der Biſchof Thomas Strzempinski von Krakau aber, der erwählte aber noch nicht konſekrierte Nachfolger Zbigniew Oleśnickis, im Geiſte desſelben erzogen, verweigerte nicht bloß die Antaſtung der reichen Kirchenſchätze, ſondern ſprach ſich überhaupt gegen die Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit des ganzen preußiſchen Krieges aus, und im Krakauer Domkapitel, deſſen Geſinnung Dlugoſz uns ausdrückt, weisſagte man ſchon alles Unheil von dem mit ſo ſakrilegiſchen Schritten begonnenen Feldzug. Auch in weitern Kreiſen mißbilligte man dieſe Maßnahme, während die jüngeren Politiker auf den Ausſpruch des heiligen Bernhard verwieſen: „Die Kirche habe das Geld, nicht um es zu beſitzen, ſondern um es den Dürftigen zu ſchenken“ [1]).

In der That aber fiel auch dieſer Herbſtfeldzug des Königs nach Preußen wieder ſo jämmerlich aus, daß wirklich an ein

1) Jan Oſtrorog, Monumentum etc. Caro, Reformationsſchrift, S. 66, cap. XII. Quod etiam princeps vasa templorum conflaverit, reprehensum illud a multis audivi, idque ab his, qui illud divi Bernardi dictum ignorant: eccl. habet aurum, non ut possideat sed ut egentibus largiatur. Ad excusacionem ejus et quidem justam allegari potest, cap. „aurum“ XII, q. II et cap. ad apostolos.

Strafgericht Gottes geglaubt werden konnte. Vom 12. September 1455 an bis Ende Oktober dauerte er und bestand eigentlich wiederum nur in einer vergeblichen Belagerung des kleinen Städtchens Lessen, das der Hofdiener des Hochmeisters Fritz Rawenel mit einigen hundert Leuten aufs tapferste verteidigte. Bald riß Not und Futtermangel im polnischen Heere ein, und Menschen und Pferde litten unter den sich erzeugenden Seuchen. Das Land war ausgesogen und verheert; kein Haus mehr, das nicht von den Flammen zerstört, kein Stück Vieh war weithin auf den Triften noch zu finden; auf zwölf Meilen umher war alles verlassen und Einöde. Nur an den Weichselufern hatten einsame Fischerhütten sich noch erhalten. Die Landleute hatten schon längst mit den Trümmern ihrer Habe sich aufgemacht und waren fortgezogen, „wohin jeden das Schicksal führte"; die einen waren nach Rußland, andere nach Polen, wieder andere nach Deutschland ausgewandert. Die geringe Zufuhr konnte die Bedürfnisse des Heeres nicht bestreiten, und so zwangen Elend, Hunger und die Regengüsse des Spätherbstes den König, die Belagerung von Lessen und den Feldzug überhaupt wiederum abzubrechen. Während aber das Heer sich zerstreute und auf verschiedenen Wegen die Heimat suchte, ging Kasimir mit den vornehmsten Würdenträgern am 23. Oktober nach Graudenz, wo er bis zum 4. November sich aufhielt.

Über die Vorgänge in Graudenz haben wir leider wieder nur ohne Mittel der Kontrolle den Bericht des Krakauer Domherrn, aber selbst aus seiner parteiisch vertuschenden und verdunkelnden Mitteilung können wir entnehmen, daß sie von außerordentlicher Bedeutung waren. Hier in der Weichselfeste wurde nämlich die brennende Frage über die weiteren Schritte in der preußischen Angelegenheit erörtert, und wie namentlich, da die Mittel des Königs erschöpft waren, die zur Fortführung des Krieges notwendigen Summen aufzubringen wären. In seiner Korrespondenz mit Danzig erklärte der König um diese Zeit, er habe schon nicht weniger als 1200000 Dukaten auf die preußische Erwerbung verausgabt, und Danzig berechnete seiner-

ſeits die Ausgaben der letzten zwei Jahre bereits auf mehr als eine Viertelmillion. Und doch verſchloß man ſich nicht vor der Überzeugung, daß noch unabſehbare Anſtrengungen in finanzieller Beziehung um ſo mehr zu machen ſein würden, als die militäriſchen bisher einen ſo wenig ermutigenden Erfolg gehabt hatten. Je ſchlimmer der Ausgang des letzten Feldzugs, über den ſich von allen Seiten der Unmut ausſprach, geweſen, deſto mehr belebten ſich die Verhandlungen mit den Söldnern des Ordens, die jedoch nur die Ausſicht auf noch ausgedehntere Geldbedürfniſſe eröffneten. Der König ſelbſt war nach dem Bericht eines Anhängers des Ordens in Thorn [1]) ſo verzweifelt, daß er ſich nach Litauen zurückziehen und von Polen und Preußen nichts mehr wiſſen wollte. Während nun aber ſo die Geldnot ſich ſteigerte, ging die Opferwilligkeit des polniſchen Volkes eher zurück, und der kärgliche Ausfall der Vierdungſteuer im Jahre 1455, wenn anders überhaupt etwas davon zuſtande gekommen war, deutete vielmehr eine tiefgehende Unzufriedenheit mit dem Gang nicht bloß der äußern, ſondern auch der innern Politik an. Der Ausbruch zu Neſſau im vorigen Jahre hatte nur die am bitterſten empfundenen Schäden berührt, und ſie eher noch bloßgelegt als völlig geheilt. Lauter Unwille erhob ſich daher in Graudenz gegen „die Beſchlüſſe der alten Barone und Dignitare, weil ſie keine erſprießlichen Erfolge hatten; man verwarf ſie daher und wählte einige aus der Kommunität (des Adels) behufs Herſtellung eines beſſeren Standes des Gemeinweſens“. Überſetzen wir dies aus der Ausdrucksweiſe Dlugoſzs in die uns geläufigeren Begriffe, ſo ſoll das doch wohl heißen, daß hier einmal der Verſuch gemacht wurde, die Vertreter der Kommunitäten an Stelle der Reichstags-Ariſtokratie über die kritiſche Lage des Landes beſchließen zu laſſen, oder wenn wir uns der einer ſpätern Zeit angehörenden Terminologie bedienen dürfen, der Landbotenkammer an Stelle des Senats das entſcheidende Wort einzuräumen. Und radikal genug fielen die Beſchlüſſe dieſer

1) Kotzebue IV, 347.

„Jüngeren", in denen vor allem die lebhafte Abneigung gegen den Klerus und seine Immunitäten brütete, inbetreff der außerordentlichen Maßnahmen aus. Denn nach ihnen sollten von allen geistlichen und königlichen Gütern zwei, von den Gütern des Adels jedoch nur ein Vierdung von der Hufe gezahlt werden. Außerdem aber sollten alle Kleriker und kirchlichen Personen die Hälfte ihrer Einkünfte aus ihren Benefizien an den Staat entrichten. Dann sollte der König den Winter über mit seinem Hofgesinde in Thorn bleiben, um gegen die zum Orden wieder hinneigenden Städte einen geeigneten Zwang ausüben zu können [1]). Und daß diese Beschlüsse der Vertreter der Kommunitäten nicht bloß als ein wohlfeiler Rat angesehen, sondern mit der Kraft einer gesetzlich angenommenen Anordnung ausgestattet betrachtet wurden, ersieht man aus der Thatsache, daß sie, wie Dlugosz mitteilt, im Namen und auf Befehl des Königs in allen Städten des Krakauer Landes — wir dürfen vermuten im ganzen Reich — durch die öffentlichen Ausrufer bekannt gemacht wurden. Es versteht sich von selbst, daß vom Klerus und der Aristokratie, die sich plötzlich durch die Gegenpartei an die Wand gedrückt sahen, ein mächtiger Lärm erhoben wurde. „Pöbeldekrete" schalt man die Beschlüsse und fand die Anmaßung der „neuen Räte" als „eine ruchlose Unschicklichkeit und bäurische Frechheit", und daß diese Jüngeren den Mut hatten, nicht als „Bittende" aufzutreten, sondern mit „befehlender Autorität", was allerdings am meisten den revolutionären Charakter der Graudenzer Gesetze kennzeichnete, konnte am wenigsten vergeben werden. Natürlich wurde auch, wie immer, wenn dem Klerus Widriges geschieht, der Zorn Gottes in sichere Aussicht gestellt. „Jedesmal, wenn unsere geistlichen Väter", schrieb man aber damals auf seiten der Jüngeren, „dem Regenten für die Bedürfnisse des Staates etwas aus ihren eigenen Mitteln geben sollen, tritt ihnen abergläubischerweise die Rücksicht auf Gott schreckhaft entgegen. Da ist nichts zu

1) Vgl. auch den freilich etwas verworrenen Bericht eines Ordensangehörigen über die Vorgänge in Graudenz bei Kotzebue IV, 347.

fürchten, und dieſe Leute vergeſſen, daß die Güter den Dürftigen gehören, denen ſie zu entziehen, Raub und Diebſtahl iſt. Ein beſſerer Gebrauch, als ſie im Nutzen und zur Verteidigung der Armen zu verwenden, kann davon nicht gemacht werden. Fürchtet nicht, verehrungswürdige, fürchtet nicht, ich will euch ein Kapitel (im kanoniſchen Recht) zeigen, welches dies erlaubt, ja befiehlt“ [1]).

Aber freilich ſaßen Klerus und Ariſtokratie viel zu feſt im Regiment, als daß ſie mit einem Schlage hätten herausgehoben werden können. Die Graudenzer Beſchlüſſe hatten die Feuerprobe des ziemlich bald darauf (6. Januar 1456) ſtattfindenden Reichstags zu beſtehen, und ſie beſtanden ſie nicht. Hier waren nach der ausdrücklichen Bemerkung unſerer Quelle „alle Prälaten und Barone des Reiches“ zuſammengekommen. Sie hatten wohl Grund genug für einen regen Anteil, und „ehe man noch an irgendeinen Gegenſtand der Verhandlung ging, wurden zunächſt auf die bittere Klage des Klerus über Bedrückung und Unbilden die Beſchlüſſe von Graudenz zur Schmach ihrer Urheber zurückgenommen“. Der klerikal-ariſtokratiſche Reichstag trat damit wieder in ſeinen entſcheidenden Einfluß. Um nur die preußiſche Frage aus der Welt zu bringen, welche über lang oder kurz wegen der vielfachen Gelegenheiten, die ſich im Kriegsverlauf bildeten, den Kommunitäten die ausſchlaggebende Stimme zuführen mußte, und um nicht an Opferwilligkeit hinter den letzteren zurückſtehend zu erſcheinen, wurde auch von dieſer Körperſchaft „unter Zuſtimmung des Klerus“ als außerordentliche Schatzung die Entrichtung der Hälfte aller Renten bewilligt, aber nicht wie in den Graudenzer Beſchlüſſen mit einer Unterſcheidung zwiſchen geiſtlichen und weltlichen Gütern, ſondern von beiden in gleicher Weiſe, und dann nicht zur Fortführung des Krieges, ſondern für den „Abſchluß des Friedens“ [2]). Darunter verſtand man freilich nur den Ankauf

1) Joh. Oſtrorog, Monumentum, cap. X, ed. Caro, S. 66.

2) „Pro pace mercando fiat contributio“, ſchreibt der Biſchof von Krakau an ſeinen Diöceſanklerus. Cod. epist. saec. XV, 167.

der durch die Ordenssöldner angebotenen Burgen, und darum steht es mit dieser scheinbaren Friedlichkeit des Reichstags nicht in Widerspruch, wenn er zugleich ein allgemeines Aufgebot beschließt und das Heer unmittelbar nach Pfingsten einberufen und den ganzen Sommer über in Preußen verwendet wissen will. Indessen blieben die tapferen Beschlüsse des Reichstags vorläufig auf dem Papier. Zwar haben wir eine Nachricht, daß der König in der That gegen Ende April ein Heeresaufgebot namentlich in Rücksicht der drohenden Stellung des Kurfürsten von Brandenburg [1]) erlassen hätte, aber von diesem Heere ist ebenso wenig zu sehen und zu hören als von der Entrichtung der Hälfte aller Renten. Nur die Verhandlungen mit den Söldnern nahmen ihren Fortgang, und in den Konferenzen der beiderseitigen Bevollmächtigten vom Februar bis zum April waren Forderung und Angebot einander schon ziemlich nahegekommen; man feilschte nur noch um geringe Differenzen, und St. Georgstag 1456 (23. April) war die letzte Frist, die Ulrich Czerwenka dem Hochmeister gestellt hatte. Unzweifelhaft würde auch damals schon der Abschluß mit den Söldnern erfolgt sein, — und Czerwenka ging in der That schon hier und da mit einzelnen Bündnern auf einen Waffenstillstand ein — wenn sich der König nur in der Lage befunden hätte, den Geldansprüchen irgendwie genügen zu können. Man schrieb damals (15. April) dem Orden, daß Polen sich in einer unerhörten Aufregung befinde — alles, das Land, die Geistlichkeit, der Adel, die königlichen Güter, die Kirchen, die Klöster seien schon stark beschatzt, ja förmlich ausgeplündert, und doch wären die Mittel nicht vorhanden, ebenso wenig die Söldner zu bezahlen, als den Polen selbst den versprochenen Ersatz für den Kriegsschaden zu gewähren, wozu der König bekanntlich durch Landesgesetz verpflichtet war. Es herrschte Zwietracht und Aufruhr im ganzen Lande, und vor dem Könige sei es zu den ärgerlichsten

1) Vgl. Voigt, Erwerbung der Neumark, S. 378 ff., und insbesondere das Schreiben des Kurfürsten bei Jäger, Cod. ord. teut. III, no. 112.

Auftritten bereits gekommen. Der Marschall (das würde Nikolaus von Brzezie gewesen sein) hätte den König aufgefordert, den Verschreibungen nachzukommen, und als dieser sich außerstande erklärte, habe der wütende Magnat die Schreiben zerrissen und die pöbelhaftesten Beleidigungen dem Könige ins Antlitz geschleudert [1]). Man wußte ferner in Preußen, daß Söldner nach Krakau gekommen waren, um ihre Forderungen einzutreiben, und daß einer derselben an 40 000 Dukaten zu fordern hat. Manche Söldnerführer, wie Janusz von Auschwitz, von dessen Beziehungen zur Krone Polen wir bereits gesprochen haben [2]), und der Czeche Johann Colda von Zampach, die die Auslagen für die unter ihnen dienenden nicht mehr tragen mochten, hatten Preußen verlassen, und auch die Hauptleute, welche geblieben waren, drohten die ihnen anvertrauten Festungen in Stich zu lassen, und es ging die Befürchtung um, daß sich die Söldner zu einem Raubzug mit Sengen und Brennen nach Polen hinein vorbereiteten [3]). Die Verlegenheiten des polnischen Königs waren also nicht viel geringer als die des Gegners, und die Verwirrung im Lande, genährt durch die Erbitterung des in seinen Herrschaftsansprüchen angegriffenen Klerus mußte schon einen hohen Grad erlangt haben, wenn die patriotischen Parteien in Litauen diesen Moment für gelegen fanden, ihre durch den Schwur von Piotrkow vom Jahr 1453 verratenen Anrechte an Podolien in Erinnerung zu bringen. Wir kommen auf diesen Punkt noch im Zusammenhang zurück und werden uns die Frage vorzulegen haben, ob die Rede, welche den litauischen Delegaten in den Mund gelegt wird, wirklich vor dem Könige gehalten worden ist. Aber ein Gedanke derselben giebt ihr eine hohe Wahr-

1) Nach dem Briefe des Bischofs von Pomesanien an den Hochmeister soll er ausgerufen haben: „Der König soll sein Siegel dem Hunde auf den Hintern drücken" — eine Redensart, die ähnlich auch Heinrich von Rostitz gelegentlich gegen den Hochmeister brauchte. Auch Dlugosz XIII, 175 erwähnt „regem maledictis lacessant".

2) Teil IV, S. 497.

3) Vgl. Palacky, Geschichte von Böhmen IV 1, 505.

scheinlichkeit, denn er ist aus der Sachlage herausgegriffen und sehr naheliegend: die Polen, sollen sie dem Könige vorgestellt haben, trügen schon den Untergang seines Bruders auf dem Gewissen, indem sie ihn in den Strudel der ungarischen Abenteuer gestürzt hätten, er möge zusehen, daß er nicht in ein ähnliches Geschick durch die Wirren, in die er sich gemischt, gerissen werde [1]). In dieser Analogie lag ein bedeutender Grad objektiven Verständnisses der preußischen Angelegenheiten, und dieses muß in Litauen in weiten Kreisen verbreitet gewesen sein, denn trotz der großen Sympathie, die Kasimir gleichsam als geborenes Landeskind dort genoß, ist von dieser Seite aus nichts oder so gut wie nichts — zur Unterstützung Polens geschehen. Auch wenn es wahr gewesen wäre, was durchaus nicht erwiesen ist und erfunden scheint, daß bei Konitz ein Trupp von 5000 Litauern an der Seite der Polen gekämpft hätte, so würde es auffällig genug gewesen sein, daß von da an weiterhin von diesen Bundesgenossen nicht wieder die Rede ist. Der polnische Chronist findet sich über diesen Punkt mit einer dunkeln Phrase ab [2]). Wohl hören wir aus zuverlässiger Quelle, daß die Samogiten einmal die Festung Memel überfallen und ausbrennen, aber trotz dieses Erfolges setzen sie den Fuß nicht weiter vor, und es dauert auch nicht lange, so schlagen die Leute des Ordens sie aus dieser Position wieder zurück. Ganz im Gegenteil scheint das sonst selten lange ungestörte Verhältnis zwischen Litauen und dem livländischen Orden in dieser Epoche in ungewohnter Ruhe zu bestehen, und es liegen Anzeichen vor, daß in Litauen eine Verbindung mit dem Orden ernstlicher in Betracht gezogen wurde als eine Unterstützung Polens. Vergleicht man die Kriege Polens gegen den Orden

1) Was Długosz die Litauer vor dem Reichstag aussprechen läßt, legt der Bericht eines geheimen Ordensagenten dem Könige selbst in den Mund; vgl. Kotzebue, Gesch. Preußens IV, 350.

2) Długosz XIII, 166. „Lituani de ferendo exercituali subsidio correcta priori voluntate(?) fidem(?) praestant.“ Daß dies nicht geschah, sagt Jan von Rytwian in der berühmten Rede auf dem Reichstag 1459 ausdrücklich, und Długosz selbst XIII, 329.

in den Jahren 1410 bis 1422, an denen Witold mit den Litauern teilnahm, und in welchen der Orden mit einer gewaltigen und wohlgerüsteten Macht auftrat, mit den ungemein zerfahrenen und erbärmlichen Feldzügen von 1454 und 1455, in welchen der Orden, zerfallen mit den eigenen Unterthanen, nicht mehr als ein paar tausend Söldner entgegenzustellen vermochte, so tritt die ungeheuere Bedeutung der litauischen Bundesgenossenschaft für Polen in hellstem Lichte hervor, und auf diese mochte auch wohl Kasimir mehr als auf die Begeisterung in Polen gerechnet haben, als er im Gegensatz zu dem ihm von dem Kardinal erteilten Rat in das preußische Anerbieten einschlug. Unbedingt war es die größte Kalamität für den König, daß diese Rechnung nicht eintraf. Wie sollte er jetzt, da er den Bündnern doch mit seiner Ehre verpflichtet war, dem Werke Fortgang schaffen? Unter den vielen Anschuldigungen, welche die klerikale Partei wider den König in Umlauf brachte, war keine ungerechter als die, „daß durch seine Nachlässigkeit und Unthätigkeit die meisten Sachen entkräftet würden". Was sollte der König denn thun, da es an allem gebrach? Es scheint — obwohl der Bericht des Krakauer Domherrn dem widerspricht —, daß man im Sommer 1456 ungeachtet des Beschlusses im Epiphanias-Reichstage von dem Erlaß eines allgemeinen Aufgebots absah, denn nach den Erfahrungen der letzten zwei Jahre schienen diese Aufgebote bei dem Mangel einer Landesmatrikel für die Erhebung der Banderien [1]), bei dem Mangel einer zusammenfassenden Organisation der Kriegsmacht, bei dem Übelstand, daß für alle Kriegsleute ein einziger Sammelpunkt ausgeschrieben wurde, wodurch die Mannschaften aus entfernt liegenden Provinzen gezwungen waren, dissolute und zu Räubereien verlockende Züge durch das ganze Reich zu unternehmen und endlich bei der Zerfahren-

1) Daß es an einer solchen, wie sie König Sigismund 1435 nach dem Muster der deutschen Reichsmatrikel von 1422 in Ungarn eingeführt hatte, in Polen zur Zeit fehlte, erweist der Vorschlag des Jan Ostrorog, Monumentum etc., cap. XLI, p. 74. Vgl. auch für die folgenden Bemerkungen die cap. XL—XLV.

heit in der Aufstellung zur Feldschlacht, nicht lohnend genug zu sein. Diese Mißstände sind ebenso bezeugte Thatsachen wie die weiteren, daß die aufgebotenen Leute häufig, wohl zumeist ohne Waffen und Rüstzeug zusammengelaufen kamen, denn weder gab es feste Verordnungen über das Halten und Vorbereiten von Waffen, noch waren periodische „Lustrationen" über das wirkliche Vorhandensein der militärischen Ausrüstung eingeführt. Kurzum, die Kriegstüchtigkeit des polnischen Heeres war in einer Weise zurückgegangen, daß es der Aufgabe in Preußen eben nicht gewachsen war, und wenn es wahr sein sollte, was der allzeit prahlende Chronist berichtet, daß in dieser Epoche einer drückenden Verlegenheit für Polen nicht weniger als 800 polnische Kriegsleute dem Fanatiker Capistrano bei Belgrad an der Donau gefolgt seien, so würde man das nur als ein weiteres trübes Zeichen von dem Herabsinken des nationalen Gemeinsinns anzusehen haben. Achthundert so tapfere Krieger, als die Verteidiger von Belgrad gewesen waren, hätten dem Preußenkriege eine Wendung geben können, die Polen der Schmach überhoben hätte, mit den Ordenssöldnern um den Verkauf der Burgen zu schachern. Und doch blieb Kasimir kein anderer Weg mehr übrig. Immer lauter wurde in Polen der Ruf nach einem Abschluß der preußischen Affairen, nach Frieden [1]), und als nun der König die Position, die er in Preußen gewonnen hatte, nicht aufgeben wollte und unter Abschluß und Frieden den Abschluß mit den Söldnern substituierte, erhoben sich wiederum andere Stimmen, die, sei es durch die Aussicht, daß ganz außerordentliche Anforderungen an die Steuerkraft des Landes würden gestellt werden müssen, sei es durch ein Gefühl des Anstands und der Gerechtigkeit angeregt erklärten: ein solcher Handel dürfe nicht hinter dem Rücken des Hochmeisters und des Ordens geschlossen werden, welche denn doch ein „Präcipuum" in diesem Falle in Anspruch nehmen konnten [2]). Daß solche Stimmen vorzugsweise aus der kleri-

1) „animos . . . superiore bello plurimum attritos ad pacem instaurandam accensos esse." Dlugoš XIII, 185.

2) „qui hujusmodi tractatus et conclusiones damnabant, quod

kalen Partei hervordrangen, in welcher die Hervorragendsten, wie der neue Biſchof von Krakau, den Krieg in Preußen aus den erwähnten Gründen mißbilligten, iſt mehr als wahrſcheinlich. In jedem Falle mußte das Vertrauen des Königs auf einen opferwilligen Aufſchwung des Landes in Abnahme kommen, und er verſuchte durch das Angebot einer Verpfändung des Wieluner Landes an den Herzog Volko von Oppeln, der ein Darlehn von 100000 Dukaten in Ausſicht ſtellte, ſich wenigſtens der peinlichſten Geldverlegenheit zu entziehen. Aber Volko verſäumte unter dem Vorwand einer Erkrankung die projektierten Verhandlungstage; ſpäter war auch nur von einem Darlehn von 30000 Dukaten noch die Rede, und endlich wurde der Herzog durch Einflüſſe des deutſchen Ordens bewogen, von der Angelegenheit ganz zurückzuſtehen, und er verwendete ſein Geld, wie es ſcheint, lieber auf den Ankauf des Herzogtums Troppau [1]). Vielleicht läßt ſich die auffallende Thatſache, daß der König gutes polniſches Land verpfänden will, um das zweifelhafte Preußen und das Herzogtum Auſchwitz zu erwerben, mit der politiſchen Rückſicht erklären, die es empfahl, dieſen unruhigen und beuteſüchtigen Fürſten von weiteren Erwerbungen in Oberſchleſien abzuhalten und lieber durch den Pfandbeſitz des Wieluner Landes, das er ohnehin fortdauernd durch Raubzüge in Atem erhielt, an das polniſche Intereſſe zu ketten. Aber welche Beweggründe auch vorgewaltet haben mochten, der Verſuch zerſchlug ſich, und die Geldnot des Königs wurde nicht gelindert. Und dennoch gingen die Verhandlungen der polniſchen Bevollmächtigten mit den Ordensſöldnern ihren Lauf und führten in einem Augenblick, in welchem der polniſche König ſeine eigenen Söldner und Dienſtleute nicht bezahlen konnte, zu dem ſchon erwähnten Abſchluß vom 15. Auguſt 1456, welcher, da die Bündiſchen die Hälfte der Summe zu entrichten übernahmen, dem polniſchen Ärar eine

sine magistro et ordine qui praecipui in hac re existimantur, fierent". Ebendaſ.

1) Cod. dipl. Siles. VI, no. 248. Vgl. Biermann, Geſchichte von Troppau und Jägerndorf, S. 209.

neue Bürde von etwa einer Viertelmillion Dukaten auflegte. Man war den Bündnern in Preußen um so mehr schuldig, durch den raschen Abschluß zu zeigen, daß ihr Interesse nicht aufgegeben sei, als dort die Stimmung anfing höchst schwankend zu werden. Selbst in dem fanatischen Danzig erhoben sich starke Regungen für die Rückkehr zum Orden, und der König mußte sogar die Drohung aussprechen, daß er die Städte durch periodisch wiederkehrende Raubzüge zu zwingen wissen werde, seiner Fahne treu zu bleiben. Allerdings hatte der König durch eifrige Fürsorge für die Sicherheit des überseeischen Handels der Weichselstadt sich schon um sie Verdienste zu erwerben gesucht und Beziehungen zu Herzog Philipp von Burgund und König Heinrich von England [1]) zu ihren Gunsten angeknüpft, aber keineswegs mit dem Erfolg, den die Interventionen des Ordens in ähnlichen Fällen meist aufzuweisen hatten. Bedenkliche blutige Aufstände brachen in Danzig unter Führung des Stadtsyndicus Martin Kogge wider den alten Rat aus und konnten nur mit Mühe niedergeschlagen werden. Ähnliche Aufruhrscenen fanden zu Thorn und Kulm statt, und es war erkennbar genug, daß ohne eine durchgreifende Wendung der Ausgang der Verwirrung in Preußen sich aller Berechnung entzöge, und eine rückläufige Bewegung eintreten könnte.

Unter solchen Verhältnissen trat der polnische Reichstag in Piotrkow am 8. September 1456 zusammen. Von einer strikten Aufrechterhaltung des Vertrages vom 15. August mit den Söldnern konnte nicht mehr die Rede sein, da bereits der erste Zahlungstermin verstrichen war. Aber so wohlfeil sich auch nach diesem Vertrage die Erwerbung Preußens für Polen gestaltete, so war man doch weit entfernt davon, in der Grundfrage einig zu sein. Der Klerus jammerte über die Vergreifung am Kirchengerät, und der Krakauer Bischof erklärte geradezu, die Einmischung in Preußen sei nicht besser begründet, als es die in Böhmen und Ungarn gewesen, und der Eindruck, daß

1) Schr. Kasimirs b. d. Piotrkow in parlamento generali f. VI infra oct. epiphanie 1456. Ms. in British Mus. Bibl. Cot. Nero, B. II, f. 94, und Dogiel IV, 158.

man ſich in einem „ungerechten Kriege“ befinde, wurde von vielen der Anweſenden empfunden. Intereſſant iſt, daß einer der Profeſſoren von Krakau, Sędziwoj von Czechel, ein Freund des Geſchichtſchreibers Długoſz, dieſer Auffaſſung entgegentrat und in ſeiner Rede zu den trivialen Beiſpielen aus der Bibel, deren Heiligkeit ihren Mangel an Logik verſöhnen mußte, „jene Accente des Demoſthenes hinzufügte, die das Jauchzen des gefüllten Theaters bei Athen über die fürs Vaterland bei Marathon, Artemiſium und Salamis Gefallenen hervorbrachten“. In den gelehrten Kreiſen Polens, wo man in jenen Tagen eifrig damit beſchäftigt war, die Fügung der Dinge in Preußen auf eine Rechtsbaſis zurückzuführen und das Revindikationsmoment zur Rechtfertigung der Einmiſchung in den Vordergrund zu ziehen, war der Krieg gegen den Orden faſt ebenſo populär als bei der weltlichen Ritterſchaft Großpolens [1]). Aber mit dieſer Auffaſſung entfernten ſich die Krakauer Profeſſoren nicht bloß von dem Klerus, von welchem ſie einen Teil bildeten, ſondern ſelbſt von dem weltlichen Adel ihrer engern Heimat. Weder die „demoſtheniſchen Accente“ noch die Erinnerung an „Juda und Benjamin“, noch die Peinlichkeit der ganzen politiſchen Lage vermochten die kleinpolniſchen Herren aus ihrer Lauheit herauszureißen, als es ſich darum handelte, eine außerordentliche Schatzung des ganzen Reichs in ſeinen geiſtlichen und weltlichen Ständen zu bewilligen. Sie verſchanzten ſich — obwohl das in ihrem Statut von Neſſau nicht ſtand, doch aber wohl bei ihnen Landesrecht geweſen ſein muß [2]) — hinter der Behauptung, daß nicht ſie hier auf dem Reichstage, ſondern nur die Kommunitäten zuhauſe zu einer außerordentlichen Bewilligung das Recht hätten. Der Vorſchlag ging auf den ſchon im Epiphanias-Reichstage desſelben Jahres gefaßten Beſchluß hinaus, eine Steuer im Betrage der Hälfte

1) Eine derartige Staatsſchrift, die des Zbigniew de Stora, welche das Datum 1456 trägt, habe ich mir aus der Petersburger Staatsbibliothek kopiert. — Eine andere behandelt Perlbach in der Altpreußiſchen Monatsſchrift X, Heft 7, S. 566 ff.

2) Vgl. oben, S. 60.

aller Renten auf die königlichen, geiſtlichen und adeligen Güter und auf alle anderen Stände nach beſonderen Maßſtäben [1]) zu legen, welche bis zu Martini, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Kommunitätslandtage, von denen der für Kleinpolen (Krakau, Sandomir, Lublin und Rußland) auf den 7. Oktober in Neuſtadt-Korczyn, der für Großpolen (Poſen, Kaliſch, Leczyc, Sieradz, Kujawien, Dobrzyn) auf zwei Wochen ſpäter in Kolo angeſetzt werden ſollte, bei verſchärften Exekutionsſtrafen zu entrichten iſt. Dieſer Vorſchlag wurde denn endlich auch zum Beſchluß erhoben, mit der Maßgabe, daß der „pobor", die Königsſteuer von zwei Groſchen von jeder Huſe, in Anbetracht der Verlegenheiten des Königs nicht in die außerordentliche Steuer eingerechnet werden ſoll, wofern der letztere bei den Partikularlandtagen darum angehalten haben würde, und daß für das Dobrzyner Land, welches am meiſten durch die Nähe des Krieges litt, erleichternde Vorkehrungen getroffen würden. Übrigens beſtimmte der Reichstag, daß behufs energiſcher Führung der preußiſchen Angelegenheiten, und damit dieſelben nicht unter der häufigen Abweſenheit des Königs vom Schauplatz der Ereigniſſe Verſchleppungen erführen, ein „königlicher Statthalter" in der Perſon des Reichskanzlers, des Biſchofs Jan Gruſzczyński von Kujawien, „mit jedweder Autorität" eingeſetzt werde [2]). Der König ſelbſt ſollte dem kleinpolniſchen Partikularlandtag in Neuſtadt-Korczyn in Perſon beiwohnen, und namentlich auch die Verhandlungen mit dem Biſchof von Krakau wegen Hergabe der Kirchengeräte zum Zweck ihrer Verpfändung führen, dann erſt ſollte er nach Litauen gehen dürfen. Abgeſehen vom Krakauer Biſchof war die Opferbereitſchaft des Klerus jetzt, da man ſich von dieſen Maßnahmen eine Beſeitigung des Preußenkrieges verſprach, faſt ganz auf der Höhe der Graudenzer Beſchlüſſe der „Jüngern". Der Erzbiſchof von Gneſen und der Biſchof von Kujawien verſprachen außer der Hälfte ihrer Renten noch

1) „iuxta institutionem" in d. Protokoll bei Bandtke, Jus. pol. 294.

2) So im Reichstagsprotokoll. Im Landtagsprotokoll von Kolo und bei Dlugoſz heißt er „gubernator", eine damals in Preußen, Böhmen, Ungarn geläufige Bezeichnung.

die Hälfte aller Vierdung-Zehnten, der Posener Bischof zu seiner Rentenhälfte noch ein Drittel aller Vierdung-Zehnten, nur der Bischof von Krakau gab lieber, gedrängt von dem Beispiel seiner Kollegen, zu seiner Hälfte der Renten noch ein Viertel, als daß er sich die Zehnten antasten ließ [1]). Mit starrer Einrede aber widersetzte er sich der Zumutung, das Kirchengerät verpfänden zu lassen, und suchte dem Andringen des Reichstags durch die Hinweisung auf seine Abhängigkeit von den Kapitelbeschlüssen zu entgehen. Als der König dann in Krakau darauf zurückkam, erklärte Thomas Strzempinski ganz im Stile jenes wohlfeilen Heldenmuts Zbigniews, er wolle lieber mit seinem Kapitel in Verbannung gehen oder auch sterben, als das Kirchengerät entfernen lassen, und da es ja doch nur als Unterpfand für ein Darlehn angeblich dienen sollte, wolle er lieber bei den Darleihern die Bürgschaft für 6000 Goldgulden — so viel hatte auch das großpolnische Kirchengerät eingetragen — seinerseits übernehmen. So trotzte der Bischof einem Reichstagsbeschluß, und der König mußte die Sache fallen lassen. Zufällig sind uns die Protokolle der Reichstagsbeschlüsse sowie die der beiden Partikularlandtage zu Neustadt-Korczyn und Koło überliefert [2]), und wir erhalten dadurch Einblicke in die innere Verwaltung des polnischen Reiches in dieser wichtigen Übergangsepoche, wie sie uns selten geboten sind. Einen Punkt heben wir vor allen anderen hervor, den zwar die Protokolle nicht ausdrücklich erwähnen, der aber aus vielen Bestimmungen derselben in Übereinstimmung mit einer Angabe des Długosz hervorgeht, daß nämlich die Erträgnisse der außerordentlichen Steuer nicht dem Könige, sondern eigens dazu in den beiden Reichshälften ernannten Finanzkommissionen („obirmany") eingehändigt, von dort unmittelbar an den Ort der Verwendung abgeführt, ja sogar Vorkehrungen getroffen werden sollten, daß

1) Ausschreiben des Bischofs von Krakau im Cod. epist. saec. XV, ed. Szujski, p. 167.

2) Bandtkie, Jus pol., p. 294. 302 (dazu der Brief an den Schatzmeister, S. 296, und die Urkunden S. 298. 300) und Raczyński, Cod. dipl. maj. Pol., p. 175.

niemand außer den Mitgliedern dieser Kommissionen zu den betreffenden Kassen Zugang erhielte. Diese Gelder sollten offenbar ausschließlich für den Ankauf der preußischen Festungen erhalten bleiben. Nichtsdestoweniger wurde dem Könige, der mit offenem Mißtrauen behandelt wurde, vom Reichstage aufgegeben, die in polnischen oder bündischen Händen befindlichen Plätze und die Söldner in denselben „zu versorgen". Daß dies mit den Mitteln des „pobor" allein nicht geschehen konnte, war ersichtlich, und der König sah sich daher noch zu weiteren Verpfändungen und Entäußerungen veranlaßt. Schon in Piotrkow wurde die „Präfektur" — oder wie sie mit einem in die polnische Sprache eingedrungenen deutschen Worte bezeichnet wurde, „Obermannschaft" (obermanstwo) der Zipsstädte an Przeckaw von Dmoszyce für einen Vorschuß von 6500 Dukaten verliehen, d. h. er wurde, wie einst Zbigniew Olesnicki, ermächtigt, die Einkünfte jener Städte bis zur Tilgung seiner Schuld einzutreiben [1]). Und auch die um jene Zeit (6. Oktober 1456) erfolgte Bestätigung aller Privilegien des Klosters Tyniec und die Verleihung deutschen Rechts an die einundzwanzig Ortschaften desselben sind gewiß nur gegen eine sehr beträchtliche Gabe des Klosters an den König erfolgt [2]). Aber die merkwürdigste Manipulation war jedenfalls die zwischen dem Könige und dem Wojewoden Andreas Odrowąż von Rußland auf dem Landtag zu Korczyn vereinbarte. Auch hier handelte es sich um die Verleihung einer solchen „Präfektur" oder „Obermannschaft" für eine nicht bekannt gewordene, jedenfalls nicht geringe Summe; aber da Lemberg und die russischen Städte überhaupt seit dem Jahr 1387 das Privilegium besaßen, niemals verpfändet und der Krone entfremdet werden zu dürfen, so wurde der Handel des Königs mit dem Palatin im Geheimen und nur unter dem Mitwissen des lateinischen

1) Inv. arch. Crac. 207. Daß dies der Sinn von „praefectura" ist, zeigt die Urkunde bei Rasp, Beiträge, im Archiv für österr. Gesch. XLIII, 421. „Obirmany" werden auch die Finanzkommissäre zur Sammlung der außerordentlichen Steuer in dem Schreiben des Königs an den Schatzmeister Hincza von Rogow (Bandtkie, Jus pol., p. 296) genannt.

2) Szygielski, Tinecia, p. 184.

Erzbischofs von Lemberg, Gregors von Sanok, und des Kastellans von Halicz, Jan Olewski von Sienno, abgeschlossen. Solche Präfektur wurde gewöhnlich, wie der urkundliche Ausdruck lautete, „zur Extenuation" der Schuld vergeben. Daß aber in der Regel eine Extenuation in anderem Sinne über das der Ausbeute preisgegebene Land zu kommen pflegte, haben wir bei der früheren Verpfändung der Zips zu bemerken Gelegenheit gehabt. Um wie viel mehr mußte hier der Fall eintreten, wo die öffentlich eingezogenen Steuern sich in einen mit Heimlichkeit umgebenen Ort verloren, und es müssen schwere Bedrückungen und Kränkungen bei den Steuererhebungen stattgefunden haben. Dennoch blieb das Geheimnis acht Jahre lang gewahrt, und erst nach dem Tode des Palatins Andreas Odrowąż, als dessen Bruder Jan die ererbten Rechte zur Geltung bringen wollte, erhoben sich die Städte und der Adel von Rotrußland in einer „Konföderation", um mit Gut und Blut zur Wahrung ihrer Rechte einzustehen, und nur der persönlichen Dazwischenkunft des Königs war ein Ausgleich zu verdanken, nach welchem die Stadt Lemberg durch Steuernachlässe entschädigt und dem Lande die freiwillige Tilgung der Schuld durch Ochsenlieferungen anheimgegeben wurde [1]). Daß der König eine derartige geheime Umgehung des öffentlichen Rechts sich zuschulden kommen ließ, erscheint in um so gehässigerem Lichte, als er eben damals (22. Oktober 1456) der Kommunität von Rotrußland „den getreuen Athleten gegen die Tyrannei der Tataren" alle älteren Gerechtsame von neuem bestätigte und unter Hinzufügung einiger neuer wichtiger Bestimmungen, insbesondere auch nach Analogie der Neſſauer Statute die schon erwähnte Versicherung gab, keine das russische Land betreffende Angelegenheit ohne die Zustimmung der heimischen Magnaten erledigen zu wollen [2]). Wie oft man noch in anderen Fällen, um nur Geld herbeizuschaffen, über das Recht hinweggegangen sein mag, wird sich freilich nicht feststellen lassen, aber es ge-

1) Rasp, Beiträge, a. a. O. und Długosz XIII, 346.
2) Bandtkie, Jus. pol., p. 292.

währt eine Andeutung, wie nichts geschont wurde, wenn wir vernehmen, daß selbst aus dem Nachlaß Zbigniew Oleśnickis von den für gemeinnützige Zwecke bestimmten Geldern 4000 Dukaten entnommen wurden [1]).

Trotz der drängenden Not gingen die Kleinpolen in Neustadt-Korczyn doch nicht an die Verwilligung der außerordentlichen Steuer, ohne ihre Bedingungen zu stellen, einmal solche, die von den lokalen Bedrängnissen veranlaßt, und dann wieder solche, die offenbar durch einige von den Großpolen im Nessauer Statut erlangte Vorrechte angeregt waren. Vor allem waren die Kleinpolen und Rutheuen, denn auch sie waren in Korczyn anwesend, darum besorgt, daß die außerordentlichen Leistungen des Landes auch ihrer engern Heimat zugute kämen. Herzog Jamuß von Auschwitz, wie wir schon früher gesehen haben [2]), ein Raubgänger schlimmster Sorte, hatte im Preußenkriege nebst seinem Bruder Przimko Söldnerdienste gethan und so viel Geldansprüche an die Krone Polen erworben, daß er dem Reichstag in Piotrkow am 8. September 1456 eine Zurückerstattung seiner verpfändeten Feste Auschwitz vorschlagen konnte. Der Reichstag hatte nur im allgemeinen dem Könige aufgetragen, in einer Unterredung mit Jamuß einen Abschluß der Sache zu finden, zugleich aber angedeutet, daß, wenn der Wojewode Jan Oleśnicki von Sandomir das Herzogtum „auslösen" wolle, es ihm gegeben werden solle. Gegenüber diesem Reichstagsbeschluß ließen sich die Kleinpolen die königliche Versicherung erteilen, daß Auschwitz der Krone niemals entfremdet oder weggegeben, sondern aus dem Ertrage der jetzt beschlossenen Rentensteuer ausgelöst werden solle, und wir wissen bereits, daß am 22. Februar 1457 dies auch mit einem Opfer von 50000 Mark erfolgte, ein Opfer, das bei den obwaltenden Geldverlegenheiten nur um so schwerer ins Gewicht fiel. Ferner sollten am Tage nach St. Markus mit den Herzögen Konrad von Öls, Bolko von Oppeln [3]) und Wenzel von Ratibor Ver-

1) Zeißberg, Poln. Geschichtschreibung, S. 225.
2) Teil IV, 497.
3) Im Protokoll „magister" Bolko genannt. Vgl. Tl. IV, 196, Anm. 1.

handlungen in Będzyn gepflogen werden, um den Räubereien ein Ende zu machen, die zum Schaden beider Teile, Polens und Schlesiens, fortwährend im Schwange waren, und namentlich dem Jirzyk Stosch und Jan Swieborowski und Genossen, die das Jahr zuvor Ilkusz und Skawkow ausgeplündert und sich sogar im Wieluner Lande förmlich heimisch gemacht hatten, das Handwerk zu legen [1]). Namentlich der letztere Fall, in welchem die Keckheit der Räuber durch gewisse Rechtsansprüche an die polnische Krone aus den Zeiten des ungarischen Feldzuges und aus neuerer Zeit beschönigt wurde, und in welchem es schien, als lasse man die gewesenen Söldner gewähren, damit sie sich auf eigene Faust an königlichen Unterthanen schadlos hielten, hatte die Befürchtung wachgerufen, daß sich dergleichen vielleicht zur Abfindung der Söldner in größerem Maßstab wiederholen könnte, und der König mußte daher versprechen, niemals Land und Leute irgendwie Söldnern zu überweisen. Auch sollte eine Landwehrorganisation durch Dotation vonseiten des Königs unter Leitung des Staroſten von Krakau eingeführt werden, und ihm wie den Staroſten der Grenzstädte Kriegsgefolge zum Grenzschutz beigegeben werden [2]). Von allgemeinerer Bedeutung aber als diese auf die Sicherheit des Landes abzielenden Forderungen war die dem Könige abgewonnene Zusicherung, daß er unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Litauen einen Reichstag abhalten werde, in welchem erstlich ein „Richttag“ ganz im Sinne des von der preußischen Landritterschaft dem Orden zugemuteten stattfinden, ferner aber der König sich bemühen soll, den vieljährigen und unablässigen Streit zwischen Klerus und weltlichem Adel über Mißbrauch der Exkommunitäten und über

1) Vgl. zu dieser Bestimmung des Protokolls Dlugosz XIII, 179. Daß neben diesen Räubern auch noch ein Nikolaus Swieborowski sein Unwesen trieb und namentlich die Stadt Pilcia ausplünderte, erfahren wir aus den Gerichtsakten bei Helcel, Pomn. II, 657.

2) Dlugosz XIII, 219 erwähnt auch diese Maßregel, aber unter 1457. Jan von Czyzow legte 1457 am 29. Dezember sein Amt als Staroſt von Krakau nieder, das Nikolaus Pieniązek von Witowice übernahm. Helcel, Pomn. II, no. 3595.

Vorladungen Weltlicher vor geistlichen Gerichten und gar vor der römischen Kurie endlich zum Austrag zu bringen, sowie Mittel und Wege zum Schutz geistlicher Güter bei Kriegsaufgeboten ausfindig zu machen. Dieser letztere Gegenstand wurde einfach durch eine Erneuerung der allgemeinen Bestimmungen über die Militärverpflegung vom 11. Februar 1432 in der Urkunde vom 3. Dezember 1457 erledigt [1]). Abgesehen von denjenigen Punkten, die sich noch auf die Salinenverwaltung bezogen, haben wir noch zwei Zusagen des Königs anzuführen, welche von einer Art Polemik gegen die Großpolen getragen sind: erstens soll der König kein Aufgebot gegen Preußen wieder erlassen, ohne zuvor einen Partikularlandtag der Länder Krakau, Sandomir, Rußland und Podolien darüber einberufen zu haben, und zweitens sollen die Ämter des Unterkämmerers und Fahnenträgers wie die Provinzialämter überhaupt nur an Provinzialangehörige, das Marschallamt aber und das Vizeschatzmeisteramt des Reiches nur unter Zustimmung des Reichstags verliehen werden. Diese Bestimmung ist offenbar das Korrelat, und inbezug auf das Marschallamt namentlich das abweichende Korrelat zu den Bestimmungen des großpolnischen Nessauer Statuts, die sich in den kleinpolnischen nicht fanden. So die Protokolle und Urkunden von Neustadt-Korczyn. Durch Długosz erfahren wir noch ergänzend, daß eine Kommission nach Podolien abgeschickt wurde, welche den Inhabern der dortigen festen Plätze von neuem den Eid der Treue gegen die Krone Polen abnehmen sollten, da die mißtrauische Meinung verbreitet war, daß nicht ohne stillschweigende Zustimmung des Königs das Land allmählich in die Hände der Litauer gebracht werden solle. Nimmt man die weitgehenden Konzessionen, die sich die Kleinpolen also für ihre Verwilligung gewähren ließen, zusammen, so erkennt man, wie schwer sie sich nur entschließen konnten, einer Politik Unterstützung zu verleihen, die, so meinte man wenigstens, in erster Reihe mit großen Vorteilen für Groß-

1) Voll. Legg. I, 112, in Bandtkie, Jus. pol., p. 235. Vgl. Teil IV, S. 35.

polen ausschlüge, und wie sie bestrebt waren, die starken Anstrengungen des Volks auch für ihre näheren Zwecke auszubeuten. In dem Partikularlandtage zu Koło aber, bei den Großpolen, scheinen sich die Verhandlungen einfacher abgewickelt zu haben; wenigstens haben wir nur ein einziges Protokoll, welches „gemäß den Beschlüssen des Reichstags zu Piotrkow“ [1]) die Verteilung der außerordentlichen Steuer auf die verschiedenen Stände regelt, und welches sich deutlich erkennbar als die Nachbildung der großen, 1453 dem König Ladislaus in Böhmen bewilligten Berna kennzeichnet [2]).

Die Steuer griff tief in die Vermögensverhältnisse des Volkes ein. Die Feststellung der Gütterrente beruhte auf eidlich zu erhärtender Selbsteinschätzung. Die Edelleute, welche ihre Hufen ohne Kmetonen selbst bebauten, hatten eine halbe Mark für die Hufe, oder bei mangelndem Landesausmaß eine halbe Mark für den Malter Aussaat zu entrichten. Schultheiße und Freibauern (frondenfreie, „wolni“) zahlen von jeder Hufe einen Vierdung. Müller geben von dem Taxwert ihrer Wassermühlen [3]) den vierundzwanzigsten Teil (2 Groschen von der Mark), und von den Windmühlen den zwölften Teil (4 Groschen von der Mark). Von zinstragenden Kapitalien zahlt der Schuldner für den Gläubiger die Hälfte eines Jahreszinses. Kmeten, Gartenlandbauer, Schenkeninhaber geben je einen Groschen für sich und einen für ihr Weib. Dienstleute und Hörige werden

1) „Inhaerendo laudo et conventioni generali Piotrkoviensi facto.“ Raczyński, C. d. M. P., p. 175. — Die allgemeinen Grundsätze der Besteuerung der Stände sind in Kleinpolen dieselben, wie aus dem Schreiben des Königs an den Schatzmeister Hincza von Rogow (Bandtkie, Jus. pol., p. 296) hervorgeht.

2) Die Ähnlichkeit der Bestimmungen in Polen mit den Beschlüssen des Landtags von Böhmen vom November 1453 und des Landtags von Mähren vom 10. Mai 1454 ist überraschend. Vgl. Palacky, Geschichte Böhmens IV. 1, 344. — Noch früher ein ähnlicher Beschatzungsmodus in Preußen. Vgl. Ständetags-Akten I, 586, no. 441.

3) In dem Abdruck bei Raczyński steht beidemal de ventili molendino, aber der Paragraph selbst und die Analogie der Bestimmungen von 1458 zeigen, daß das erste Mal „aquatico“ zu lesen ist.

mit dem sechsten Teil ihres Lohnes (2 Groschen vom Vierdung) besteuert. Jedes Individuum, männlichen oder weiblichen Geschlechts, das sich in den Städten aufhält, sonst aber keine Steuern zahlt, giebt einen Groschen. Die Stadtbürger haben den vierundzwanzigsten Teil (2 Groschen von der Mark), und Juden den zwölften Teil (4 Groschen von der Mark) ihrer gesamten beweglichen und unbeweglichen Habe zu entrichten. Die sogenannten Nürnberger Kaufleute, welche nicht immer aus Nürnberg waren, sondern unter denen gemeinhin die Kurzwarenhändler verstanden wurden, sowie überhaupt fremde Kaufleute, Gold- und Silberhändler und Wechsler sollten wie die Stadtbürger besteuert werden, obgleich die Kleinpolen sich auf dem Neustadt-Korczyner Landtag das Versprechen ausbedungen hatten, daß solchen Zuzüglern die Niederlassung in Polen nicht mehr gestattet sein solle. Alle Beamten in Salinen, Zollkammern, Märkten und anderen Stellen sollten die Hälfte ihres Einkommens, und selbst jeder Schulmeister den sechsten Teil seines Gehaltes hergeben. Die übrigen Bestimmungen beziehen sich auf den Erhebungsmodus und auf die Zwangsmittel bei der Exekution. Natürlich kamen bei diesen harten Verfügungen viele Reklamationen vor, und selbst die Stadt Krakau suchte schon auf dem kleinpolnischen Landtag auf Grund einer „Papierurkunde“ ihre Steuerfreiheit geltend zu machen, aber „der König, die Prälaten, die Barone und die ganze Kommunität befanden, daß dieser Einrede nicht nachzugeben ist“. Es war eine Besteuerung, schreibt ein Schriftsteller des sechzehnten Jahrhunderts [1]), wie sie weder vordem noch nachher in Polen vorgekommen ist.

Sowie nun aber Geld in den polnischen Kassen war, kamen die Dinge in Preußen bald in Fluß. Der Zustand war schon längst mehr als unerträglich. In den größeren Städten wurden die dem Orden feindseligen Patriziergeschlechter nur

1) Sarnicii Ann. VIII, 1180. — Interressant ist die Weigerung des Salinenpächters Nikolaus Seraphin, die Steuer zu zahlen. S. über den darob geführten Prozeß die Entscheidung bei Muczk. & Rzysz. III, 424.

durch Blutgerichte von einem Umfang und einer Härte, wie sie zu keiner Zeit die Ehre des Ordens befleckt hatten, am Regiment erhalten. Die Landbevölkerung, erdrückt von Steuern, Lieferungslasten, beraubt von regellosen Heerzügen und von den Zugriffen der Söldner, hatte angefangen aus dem unwirtlich gewordenen Lande nach allen Weltgegenden hinauszuziehen. Die kleinern und befestigten Städte mußten, auf welcher Seite sie auch standen, in jedem Augenblick des heranziehenden Feindes gewärtig sein, und viele wechselten auch in den drei Jahren an vier- bis fünfmal den Herrn, und jeder solcher Wechsel fand immer mit Plünderung, Mord und Brand statt. Das Raub- und Fehdewesen, die entwürdigende Schmach des fünfzehnten Jahrhunderts, hatte sich in seiner stärksten Entwickelung und unter dem Schein eines legitimen Krieges über das unglückliche Preußen verbreitet. Doch nichts kann tragischer sein als das Schicksal des Hochmeisters, dessen Versuche, Geld zu beschaffen, immer verzweifelter, immer erfolgloser und zuletzt auch immer matter wurden. Vom April 1456 an war der Czeche Ulrich Czerwenka Gebieter auf dem Sitze der Hochmeister des deutschen Ordens, und der Hochmeister sein Gefangener. „Die Trabanten und Reisige legten sich in des Meisters Rempter und in das rote Stübchen, und der Hochmeister mußte weichen ins Sommergemach, und auch daraus ward er gedrängt und mußte in seine Kammer weichen und sich den Tisch dort decken lassen, so er essen wollte.“ Eine Zeit lang dachte er an Flucht, dann aber verhandelte er mit den Söldnern über den Ort, wohin sie ihn ziehen lassen sollten, wenn sie die Marienburg den Polen übergäben, und bat zuletzt, ihn nur nicht im Schlosse mit Polen zusammentreffen zu lassen. Wie nimmt sich doch diese von Stufe zu Stufe herabsinkende Schwächlichkeit des Hochmeisters zu der heldenmütigen und hochherzigen Treue des Bürgermeisters von Marienburg, Bartholomäus Blume, aus, und wie zu dem rastlosen Wirken und Kämpfen des Ordensspittlers Reuß von Plauen! Wo noch solche Beispiele von sittlicher Größe und Pflichterfüllung vorhanden waren, würde eine markigere Natur als Ludwig von

Erlichshausen mehr zu retten gewußt haben. In der Lage, in welcher er sich befand, war die erwählte Rolle des stillen Dulders unzweifelhaft die schmachvollste und streifte dem Zusammensturz des Ordens selbst die ästhetische Seite ab, an welche das Mitgefühl zunächst sich zu heften pflegt. Indem der Hochmeister nicht den Mut und die Fähigkeit besaß, die ihm noch zur Verfügung stehenden Kräfte und Mittel zusammenfassend, von sich aus in Bewegung zu setzen, rieben diese sich in vereinzeltem Bemühen auf und steigerten in ihrem allmählichen Unterliegen nur das Selbstvertrauen des an sich so wenig imponierenden Feindes. Denn weder diese Bündner mit ihrem nur durch Terrorismus festgehaltenen Anhang, noch die Polen, die es mit ihren drei großen Feldzügen noch nicht über eine furchtbare Niederlage und zwei vergeblichen Belagerungen einer kleinen Festung gebracht hatten, waren Gegner, deren Bewältigung aussichtslos gewesen wäre. Bei solcher Beschaffenheit der kämpfenden Teile verliert die Erscheinung an Auffälligkeit, daß sich der Übergang des untern Weichsellandes an Polen zu einem Kaufgeschäft von äußerst zweifelhafter Rechtmäßigkeit gestaltete. Am 20. Januar 1457 zahlten die großpolnischen Kommissäre an Ulrich Czerwenka 25000 Gulden, die Bündner hatten 40000 schon früher hergegeben. Bis Ostern sollten die letzten Raten getilgt sein; am Vorabend des Festes berechneten aber die Kommissäre, daß die zu zahlende Summe die vorhandene Deckung noch bei weitem überträfe. Sie mußten daher bei den Söldnern um Prolongation von Termin zu Termin nachsuchen. Die Söldner wiederum, deren Anzahl sich im Laufe des Handels mehrte, machten ihre Rechnung mit doppelter Kreide, und die Schuldsumme steigerte sich über ihren ersten Ansatz wesentlich hinaus; endlich fehlten nur noch 30000 Dukaten. Die Kommissäre, unter denen sich der Krakauer Domherr Jan Dlugosz befindet, derselbe, der mit seinem Bischof lieber in Verbannung und Tod gehen wollte, ehe er ein Kirchengerät versetzen ließ, fürchteten, der Handel könnte rückgängig gemacht werden, und das schon verausgabte Geld verloren sein, und boten daher den Danzigern die silber-

nen Statuen der Jungfrau Maria und der heiligen Barbara, „Knochen enthaltend", zum Pfande an. Von allen Seiten war man der Meinung, daß sich die Danziger eher zu den neuen Opfern herbeilassen würden, wenn der König in ihrer Mitte erschiene. Darauf war aber längst der Wunsch Kasimirs gerichtet [1]), und dazu waren alle Vorbereitungen bereits getroffen. Als er aus Litauen zurückkehrte, war er, durch Überschwemmungen aufgehalten, nicht imstande, rechtzeitig auf dem für den 6. März angesagten Reichstag zu erscheinen, der ohnehin wenig besucht, sich zerschlagen hatte, aber in dem am 27. März zu Kolo abgehaltenen großpolnischen Landtage wurde die Königsfahrt nach Preußen beschlossen. Es schien um so notwendiger, die Entwickelung der Lage zu beschleunigen, als der preußische Raubkrieg sich mehr und mehr auf das polnische Territorium verpflanzte. Dobrzyn war schon seit einiger Zeit, wie das Reichstagsprotokoll lehrt [2]), in empfindliche Mitleidenschaft gezogen. Aber jetzt war der Ritter Kaspar von Nostitz, der Hauptmann von Konitz, schon längst der Schrecken der Besatzungen von Schlochau und Tuchel, der alle zu Schlochau, Hammerstein, Friedland und einige von den zu Tuchel zinsenden Dörfern in seine Gewalt gebracht hatte, in die sogenannte Kraina, den polnischen Grenzstrich bei Pommerellen, eingefallen und hatte die Stadt Lobsenz in Asche gelegt. Es mußten daher, um den Zug des Königs im Rücken zu schützen, Vorkehrungen getroffen, und namentlich das beinahe halb verlorene Schlochau wieder in Verteidigungsstand gesetzt werden. Dann erst brach der König, umgeben von einem glänzenden, auf 6000 Köpfe geschätzten Gefolge, von Bromberg auf und hielt unbehindert am 1. Mai 1457 seinen feierlichen Einzug in

1) Damals mochte auch noch das alte polnische Volkslied aus der Zeit Kasimirs des Großen im Schwange gewesen sein, dessen Inhalt der Bischof Andreas von Posen einmal mit den Worten zusammenfaßt: „Tu rex Kasimire, nunquam habeas pacem cum Pruthenis, donec recuper Gdansk i. e. terram Pomeranie." Lites et res gestae II, 117.

2) Vgl. auch Geschichte wegen eines Bundes. Script. rer. Prus IV, 184.

Danzig, an dessen Thoren ihn Karl Knudson, der vertriebene Schwedenkönig, begrüßte. Ob der Jubel in der Stadt so groß und so herzlich war, als der polnische Geschichtschreiber berichtet, mag dahin gestellt bleiben. Schon drei Jahre zuvor hatte bekanntlich die Unterhändler Danzigs selbst, wenn auch zu spät, einiges Entsetzen über die Aussicht „polnisch zu werden" angewandelt, und Marquard Knake, der Vertreter der Weichselstadt in Lübeck, war der Meinung, daß es am Ende für Danzig am besten sein würde, „das Seine zu wehren, Stadt und Schloß zu halten, den König mit Marienburg abzufinden und niemandem zu huldigen". „Mich will bedünken", fährt der Diplomat fort, es müßte uns gefallen, frei zu sein; andere freie Städte haben auch Not gehabt, ehe sie zur Freiheit gekommen sind." Daß diese Gesinnung innerhalb der traurigen und opferreichen drei Jahre, in denen Danzig sicherlich keine Gelegenheit geboten war, seine Begriffe von der Macht und dem Segen polnischen Regiments zu steigern, ganz verschwunden sein sollte, ist wohl kaum anzunehmen, und nur die Beunruhigung der patrizischen Geschlechter durch die arbeitenden Klassen, sowie der verbissene Haß gegen den Orden drängten die „Freiheitsgedanken" in den Hintergrund, und wenn Danzig die gewünschten Opfer brachte, um dem Könige den Ankauf Marienburgs endlich zu ermöglichen, so geschah es nicht mehr im Geiste Marquard Knakes, um ihn damit abzufinden, sondern weil man sich der vermessenen Hoffnung hingab, daß mit dem Fall des Hochmeisters der Krieg entschieden sein würde. So wurden denn die letzten den Ordenssöldnern zugesagten Raten von bündnerischer Seite aufgebracht, und die Söldner waren prompt. Kaum war das Geld in ihren Händen, so ließen sie am Pfingstabend 1457 einen Trupp polnischer Reiter in die Marienburg ein. Der Hochmeister verließ am andern Tage, am Montag, den durch mehr als anderthalb Jahrhunderte behaupteten festen Sitz; am Dienstag brach der König von Danzig auf und hielt am Mittwoch seinen Einzug in die Marienburg. In Krakau läutete man bei der Nachricht hiervon die Glocken und zündete Freudenfeuer an. „Wunderbar",

ſagt der polniſche Geſchichtſchreiber, „Wladyslaw Jagiello konnte nach einem ſo erheblichen Siege wie der bei Tannenberg die Marienburg nicht erlangen, und ſein Sohn erhielt ſie nach einer ſo erheblichen Niederlage wie die bei Konitz.“ Der Einblick in die innere Geſchichte des Ordens verwandelt auch dieſes Wunder in Logik.

Viertes Kapitel.

Fortgang und Zwiſchenfälle des Krieges bis zum Waffenſtillſtand.

Faßt man die Weltſtellung Weſtpreußens mit den ungemeinen Vorteilen desſelben für ein Binnenland von dem Gefüge des polniſchen Reiches ins Auge, ſo müßte man meinen, daß der Patriotismus und der Ehrgeiz der Polen kein wichtigeres Ziel als die Erwerbung desſelben hätten kennen dürfen. Nicht nur enthielt dieſes Land die Mündung des Fluſſes, der mit ſeinen Veräſtelungen dem ganzen Territorium des Königreichs eine geographiſche Einheit mit allen ihren Konſequenzen verlieh, ſondern es gewährte mit ſeinen bereits wirtlich gemachten Küſten gute Seeausgänge, die einer Verbindung mit der ganzen ziviliſierten Welt Vorſchub leiſteten. Und gerade im Beſitz Polens, wie es damals beſchaffen war, würden die Segnungen dieſer Weltſtellung in ihrer höchſten Kraft ſich bewährt haben, während ſie vergleichsweiſe in den Händen des modernen preußiſchen Staates, des gegenwärtigen Beſitzers des Landes ſeit hundert Jahren, der ohnehin Teilhaber einer weiten Küſtenſtrecke desſelben Meeres iſt, unſtreitig in ihrer Bedeutung herntergedrückt werden. Indes werden ſolche Geſichtspunkte überall und zu allen Zeiten nur der Vorzug Weniger ſein. Aber in Polen ſcheinen ſie weder damals noch auch ſpäterhin ſich zu einem durchgreifenden Motiv erhoben zu haben, und

die fortdauernde Lauheit gegenüber einer so wunderbar vom Glück begünstigten Gelegenheit zur Steigerung der Staatskräfte wird immer eine bemerkenswerte Thatsache bleiben, die ihren tiefsten Grund in der mangelhaften sozialen Struktur des polnischen Volkes hat. Die Interessen dieser vornehmlich bestimmenden Adelskommunitäten mit ihrer Feindseligkeit gegen das Bürgertum standen auf einer anderen Seite. Gewiß nicht in Würdigung der eben angedeuteten Perspektiven haben die Großpolen einen lebhafteren Anteil an dem Fortgang der preußischen Erwerbung entwickelt als die Kleinpolen, sondern weil sich ihnen die nächsten Vorteile mit größerer Unmittelbarkeit aufdrängten als jenen. Die Kleinpolen verharrten in ihrer ursprünglichen Lässigkeit und stellten fortwährend ihr partikulares Landesinteresse dem gesamtstaatlichen gegenüber. Unstreitig war der Moment übel gewählt, um das seit einigen Jahren umworbene Auschwitz eben jetzt anzukaufen, insofern von der für Preußen nur mit außerordentlicher Anstrengung aufgebrachten Geldsumme fünfzigtausend Mark abgezweigt werden mußten. Denn die Folge war, daß man außer Marienburg nur noch Eilau und Dirschau erkaufen konnte, während die in dem Vertrage mit den Söldnern ausbedungenen achtzehn übrigen Festen: Wartenberg, Rössel, Ortelsburg, Reihn, Seesten, Schöneberg, Neumarkt, Barthen, Hohenstein, Soldau, Stuhm, Marienwerder, Lessen, Riesenburg, Mewe, Konitz, Hammerstein und Friedland in den Händen der Gegner verblieben. Durch diese Spaltung der Kräfte blieben die Unternehmungen auf beiden Seiten auf halbem Wege stehen. Denn die Erwerbung von Auschwitz hatte die Beruhigung der südwestlichen Landesgrenze noch lange nicht im Gefolge. Söldner, unter der Führung Johann Koldas von Zampach, die teils aus früheren, teils aus dem fortdauernden preußischen Kriege Ansprüche an die polnische Krone zu erheben hatten und immerwährend vertröstet wurden, bemächtigten sich der Plätze Mislimicze, Zebracze und Wapiennagóra an der Auschwitzer Grenze, richteten sich dort verbarrikadierte Lager ein, trieben einen systematischen Raubkrieg sogar unter den Thoren von Krakau und versetzten die

ganze Landschaft in Furcht und Schrecken [1]). Gesteigert wurde die Aufregung noch durch die Nachricht von einem furchtbaren Zusammenstoß der Tataren mit den Machthabern in Podolien, in welchem der Starost Bartholomäus Buczacki und der Unterkämmerer Jan Laszcz ihren Tod fanden. Nicht nur zitterten die kleinpolnischen Magnaten für ihre beträchtlichen Besitzungen in der russischen Provinz, sondern die alte Befürchtung, daß der Einbruch der wilden Nachbarn von den noch immer grollenden Litauern angezettelt sei, stieg mit erhöhter Wahrscheinlichkeit wieder empor. Wenn es nach dem Herzen der Kleinpolen ging, hätte der König alle Macht auf die Beseitigung dieser Übelstände verwenden müssen, mochte es in Preußen gehen, wie es wolle.

Es ging aber auch so schlecht genug. Der von den abtrünnigen Ordenssöldnern sich lossagende Bernhard von Eimburg entwickelte eine ungemeine Thätigkeit, um für den Orden, was möglich war, zu retten. In Stuhm leistete er den Feinden einen unbezwinglichen Widerstand. Die Feste Mewe wurde wochenlang von den Polen und Bündnern belagert und mußte schließlich wegen Meutereien im Polenheere in der Hand des Ordens gelassen werden, obwohl Danzig auf die Einnahme dieser Burg, aus Besorgnis, der Feind könnte dort durch Verpfählungen die Weichselschiffahrt unterbrechen, mit Lebhaftigkeit bestand. Aber noch größere Bestürzung erregte in Polen die Kunde, daß der Bürgermeister Bartholomäus Blume von Marienburg sich mit Bernhard von Eimburg vereinigt und die Stadt Marienburg wieder dem Orden überantwortet hätte. Allerdings war, wie man vernahm, ein auch gegen das Schloß versuchter Sturm glücklich abgeschlagen worden, aber die Stadt verwandelte sich sehr bald selbst zu einer Festung und nötigte zu einer Verstärkung der Schloßbesatzung, die an andern Orten sehr vermißt wurde. Bald ahmte auch Culm dem Beispiel

1) Fehdebriefe der Söldner an den König, Handschr. im böhmischen Landesmuseum. — Daß durch diese Unruhen selbst die Funktion der Gerichte unterbrochen wurden s. Helcel, Pomn. II, ne. 3591. 3594.

Marienburgs nach, und sein Bürgermeister Heinrich Matzkow übergab Bernhard von Cimburg gleichfalls die Stadt, während das Schloß in polnisch-bündnerischen Händen blieb. Auch Eilau öffnete, als die polnische Besatzung zum Fouragieren ausgezogen war, den Leuten des Ordens die Thore. Ebenso fiel Papau dem Orden wieder zu. Solchergestalt war die Meinung, daß mit dem Auskauf der Hauptburgen der Krieg zu Ende geführt sei, in wenigen Monaten schon zerstört, und in Großpolen einigte man sich daher in Anbetracht der voraussichtlich noch langen Dauer des Krieges zur Aufstellung einer Art von stehendem Heere [1]), zu welchem jeder, der eine Rente von hundert Mark hatte, einen Lanzknecht mit zwei Pfeilschützen, alle beritten, herstellen mußte. Rentner von unter hundert und über zwanzig Mark mußten sich derart zusammenthun, daß von je hundert Mark die erwähnte Leistung zustande kam. Rentner von zwanzig Mark stellten einen berittenen Pfeilschützen, und Allodialbesitzer ohne Renten hatten von je zwanzig Hufen einen Schützen zu Fuß auszurüsten. Die Städte mußten nach einer nicht mäßig gegriffenen Matrikel für Fußvolk Sorge tragen. Vermutlich kamen diese Bestimmungen aber erst im Jahre 1458 zur vollständigen Durchführung [2]). Einstweilen wurden nach polnischen Berichten 6000, nach bündnerischen 3000 Mann nach Preußen geworfen, aber die Lage wurde dadurch wenig geändert. Ein unaufhörlicher Kampf zwischen Schloß und Stadt Marienburg entwickelte sich besonders gelegentlich der häufigen Versuche, die Bürgerschaft zu verproviantieren, und einmal vernehmen wir sogar, daß der Hochmeister selbst mit dem Spittler Reuß von Plauen im Felde vor Marienburg erschienen, um der opferfreudigen, treuen Gemeinde hilfreiche Hand zu leisten. Es geschah am Pfingstabend des Jahres 1458, gerade ein

1) actalis exercitus nennt es Dlugoſz XIII, 217. Die von ihm angegebene Modalität der Aufbringung dieses Heeres stimmt mit der Matrikel von 1458 bei Raczyński, Cod. dipl. maj. Pol., p. 181 teilweise überein.

2) Vgl. das Reichstagsprotokoll von 1459 bei Bandtkie, Jus. pol., p. 306.

Jahr nach dem traurigen Abzuge aus dem Haupthause, aber auch dieses Unternehmen des Hochmeisters mißglückte, wie fast jedes, an das er seine Hand legte. Beinahe wäre er den polnisch-bündnerischen Streifscharen, die durch einen verheerenden Guerillakrieg das Land und die Städte in Athem erhielten, in die Hände gefallen. Wo die meist kleinen feindlichen Kolonnen einander begegneten, wurde mit wechselndem Erfolge gekämpft, und Danzig setzte diesen Räuberkrieg auch auf der See zum Schaden von Königsberg und der dem Orden treu gebliebenen Küstenstädte fort. Plan und Zusammenhang war in diesem Kriege nicht zu finden, und zu einer umfänglicheren Bewegung kam es erst, als im Sommer 1458 der König Kasimir selbst wieder mit einem ungewöhnlich großen Heere in Preußen einrückte.

Gleich nach der Rückkehr des Königs aus Marienburg im Jahre 1457 ward in Piotrkow ein Reichstag am 25. November abgehalten, in welchem der Vorschlag einer neuen außerordentlichen Beschatzung, deren Ergebnis wesentlich dazu dienen sollte, die in Mislimicze, Zebracze und Wapiennagóra hausenden Söldner zu befriedigen und damit den Wünschen der Kleinpolen entgegenzukommen, den Landtagen überwiesen, und die Bestimmungen über die Verpflegung der Truppen auf dem Marsche, wie sie nach dem Statut von Wislica und dem Edikt Jagiellos vom 11. Februar 1432 festgestellt waren, erneuert wurden [1]). Dem Landtag von Korczyn, welcher am 18. Dezember 1457 stattfand, wohnte der König selbst bei, und hier brach wiederum gegen ihn ein solcher Sturm von Unzufriedenheit und Anklagen hervor, daß selbst der Gedanke laut wurde,

1) Voll. Legg. I, 112. Bandtkie, Jus. pol., p. 235, giebt im Titel das richtige Datum 1457; im Text das falsche 1447. Vgl. Helcel, Pomn. II, 369, und oben, Teil IV, S. 35, Anm. 1. In dem Protokoll des Landtags von Koło vom Jahr 1458 (bei Raczyński, Cod. dipl. maj. pol., p. 179. und Bandtkie, Jus pol., p. 304) wird auf diese erneuerte Verordnung Bezug genommen. — Im Krakauer Kapitelarchiv befindet sich eine ganze Reihe hierauf bezüglicher Erlasse und Verordnungen an die obersten Würdenträger.

dem Staatsoberhaupte einen Administrator an die Seite zu setzen. Bei der Mangelhaftigkeit der Nachrichten über diesen Vorgang ist nicht zu entscheiden, ob man etwa dem Muster der Verhältnisse in Böhmen und Ungarn unter Ladislaus Posthumus, das doch wenig einladen konnte, nacheifern, oder ob man nur einen Administrator für die Verwaltung der kleinpolnischen Interessen in der Art, wie der Bischof von Kujawien vorübergehend mit der Leitung der preußischen Angelegenheiten als „Gubernator" betraut war, ernannt wissen wollte. In jedem Falle erklärte der König sich mit aller Entschiedenheit gegen jede solche Maßregel, und da die Beschatzung diesmal vorwiegend den Kleinpolen zugute kommen sollte, wurde sie ohne weitere Anstände bewilligt. Im allgemeinen ging sie darauf hinaus, daß von jeder Hufe ein Vierdung, von den Tenutarien königlicher und geistlicher Güter die Hälfte der Renten, und von den Bischöfen größere Pauschalsummen entrichtet werden sollten. Die Stadtbürger wurden nach dem Taxwert ihrer Grundstücke belastet. Auf dem nun folgenden Reichstage vom 1. Mai 1458 gingen die Dinge insofern einen wesentlichen Schritt vorwärts, als jetzt eine Kommission eingesetzt wurde, um mit jenen den Kleinpolen auf dem Nacken sitzenden Söldnern zu paktieren [1]), und die Versammlung ein allgemeines Kriegsaufgebot zu einem neuen preußischen Feldzuge genehmigte.

So groß der Eifer aber auch rücksichtlich der Wiedererwerbung Marienburgs war, so scheint doch schon in der Versammlung selbst eine gewisse Neigung, die preußische Frage auf die Bahn der Unterhandlungen zu bringen, vorgewaltet zu haben. Nur so ist es erklärlich, wie man der Vermessenheit des bekannten Condottieren Giskra von Brandeis, der vermöge seiner intimen Verbindungen mit den in Preußen auf beiden Seiten dienenden Söldnern sich anheischig machte, einen baldigen Abschluß des Krieges unter Wahrung aller pol-

1) Die Quittungen der Söldner, die um Pfingsten 1458 befriedigt wurden, befinden sich im Archiv des böhmischen Museums. Palacky VI. 1, 508. Auch in Cod. epist. saec. XV, 181.

nischen Ansprüche herbeizuführen, Gehör geben konnte. Der allmählich heruntergekommene Freibeuter, von dem der Grundsatz herstammen soll, daß ein siegreiches Heer niemals Mangel leiden könne, da es sich alles mit dem Schwerte erwerbe, ging dabei seinem eigenen Interesse nach. Nach dem Tode des Ladislaus Posthumus nämlich hatte König Kasimir mehr im Sinne einer Rechtsverwahrung als in ernster Aussicht auf Erfolg durch Gesandtschaften um die Kronen von Böhmen und Ungarn anhalten lassen. Aber wie hatten sich seit zwanzig Jahren die Zeiten geändert! Als sich damals in Böhmen und Ungarn für eine polnische Kandidatur Parteien gebildet hatten, war vor allem die Beseitigung der deutschen Dynastieen der maßgebende Gedanke, und der ganze Vorzug der Jagiellonen bestand in ihrer „undeutschen" Nationalität. Inzwischen waren aber die beiden Völker in der nationalen Eingenommenheit so weit vorgeschritten, daß ihnen der Undeutsche schlechthin nicht mehr genügte; sie wollten einen Mann ihrer eigenen Zunge auf dem Throne sehen. Und dieser Strömung gegenüber kam Kasimir nicht einmal mehr mit einer Werbung wie früher im Sinne seines antideutschen Charakters, sondern kraft des angeblichen Erbrechts seiner deutschen Gemahlin, der Tochter Albrechts II., der doch, selbst wenn im Prinzip die Succession in weiblicher Linie anerkannt worden wäre, jedenfalls die ältere Schwester, die Herzogin von Sachsen, im Anspruch vorangegangen sein würde. Begreiflicherweise wurde diese polnische Kandidatur in Böhmen wie in Ungarn gar nicht berücksichtigt, und der einzige, der ihr eine gewisse Förderung angedeihen zu lassen schien, war Kaiser Friedrich III., der bis dahin sich nicht eben als Freund des Polenkönigs gezeigt hatte. Aber wenn man die selbstsüchtigen Wünsche und Absichten in Betracht zieht, mit denen der Kaiser kaum ein Jahr später hervortrat, so ist die Annahme nicht gewagt, daß nur auf sein Betreiben Kasimir überhaupt darauf gekommen ist, die fernen Erbrechte seiner Frau in Erinnerung zu bringen, und wenn man weiterhin nicht in Kasimir und seinen Ratgebern einen völlig abenteuerlichen und unpraktischen Geist hineindenken will, so ließ sich

Kasimir von Friedrich III. nur darum zu der demütigenden Rolle des schon von der Schwelle zurückgewiesenen Kronwerbers in Böhmen und Ungarn gebrauchen, weil er damit die zwar hohlen, aber immerhin unbequemen Anwandlungen einer Einmischung des Reichs zugunsten des deutschen Ordens, die auf den deutschen Reichstagen noch immer forttönten, zum Schweigen zu bringen hoffen durfte. Die schnöde Zurücksetzung ihres Monarchen in Böhmen wie in Ungarn vor Emporkömmlingen wie Georg Podiebrad und Matthias Hunyady erregte bei den Polen sichtlich mehr Verdruß, als eine Annahme der Werbung, die immerhin große Opfer erheischt hätte, Beifall gefunden haben würde, und in dem denkwürdigen Reichstage zu Piotrkow vom Januar 1459, wo diese Angelegenheit zur Sprache gebracht wurde, beschloß man, „mit den gewählten angeblichen Königen von Böhmen und Ungarn in keinen schriftlichen Verkehr zu treten“ [1]).

Daß Giskra, der allzeit getreue Partisan der österreichischen Politik in Ungarn, sich, so lange die Wahl noch in Frage stand, für die polnische Kandidatur interessiert hätte, vernehmen wir nicht. Daß ihm aber ein Hunyady auf dem Throne von allen möglichen Inhabern desselben der unbequemste war, ist nach dem ihm von Johann Hunyady bereiteten Schicksal leicht zu begreifen. Nichtsdestoweniger machte er mit Matthias auf Veranlassung Georg Podiebrads zu Strażnic am 9. Februar 1458 seinen Frieden in der Hoffnung, bei den voraussichtlichen Verwirrungen, die unter dem Regiment eines unfürstlichen Jünglings und seines verwandten Gubernators in Ungarn entstehen mußten, seine dunkle Hauptmannschaft mit ihrer halb legitimierten Räuberei fortführen zu können. Die Energie aber, mit der Matthias durch Sebastian Rozgonyi und den Bischof Ladislaus Hedervary die Raubnester im Gebirge sofort angreifen und die Komorowski und Walgatha, Giskras Gesellen, zu Paaren treiben ließ, brachte in dem bedrängten Söldnerführer plötzlich die Sympathieen für den König von Polen in

1) „Item non est scribendum Hungariae et Bohemiae praetensis regibus electis“, im Reichstagsprotokoll bei Bandtkie, Jus pol., p. 307.

die Höhe, und die Propoſition, die er dem polniſchen Reichstag im Mai 1458 zu Piotrkow machte, die preußiſchen Schwierigkeiten nur allein durch ſeinen Kredit bei den Söldnern aus dem Wege zu räumen, und ſo Polen für eine thatkräftige Aufnahme der ungariſchen Politik die Hand frei zu machen, zeugt von ebenſo viel Selbſtüberſchätzung als Unkenntnis der Verhältniſſe. Gleichwohl glaubte man einen Mann von ſolchem Rufe nicht zurückweiſen zu ſollen, und während der König Kaſimir in Ausführung des Reichstagsbeſchluſſes auf die durch allgemeines Kriegsaufgebot nach Gniewkowo beorderten Banderien wartete, befand ſich Giskra mit indirekten Aufträgen der Krone Polen beim Hochmeiſter in Oſterode. Seine Vermittelung hatte noch Fortgang, als der König ſchon mit einem nach und nach bis auf 40000 Mann anwachſenden Heere, in welchem diesmal Tataren dienten, in der Mitte des Juli 1458 die preußiſchen Grenzen überſchritt.

Von bündneriſcher Seite ward dem Könige der Rat erteilt, den Marſch über Neumarkt, Bratean, Eilau zu nehmen, durch deren Eroberung auch Löbau entſetzt werden könnte, und dann erſt die Richtung auf Marienburg einzuſchlagen. Nach den Erfahrungen der früheren Feldzüge aber ſchien es dem Könige bedenklich, ſein Heer vor kleineren Plätzen aufzuhalten, und er ging daher bei den feindlichen Orten Culm, Leſſen, Marienwerder, Stuhm vorüber geradezu nach Marienburg. Nur die kleine Feſte Papau wurde unterwegs angegriffen und nach Kapitulation der Beſatzung genommen. Aber ſchon hier zeigte ſich der unbotmäßige Geiſt der polniſchen Armee. Mit Mühe nur vermochte Peter Szamotólski, der Feldherr in dieſem Feldzuge, die feindliche Beſatzung, der freier Abzug zugeſichert war, vor dem Schwerte der Ungehorſamen zu retten, und als über die in der Burg angehäuften Vorräte zwiſchen „einigen Baronen und der Menge“ Streit entſtand, warf man Feuer in dieſelben, und die Befeſtigung brannte bis auf die Mauern ab. Auch bei zwei anderen Gelegenheiten, als namentlich Bernhard von Cimburg den Verſuch machte, die Nachhut des polniſchen Heeres abzuſchneiden, lieferte dasſelbe mit ſeinen

leichten tatarischen Truppen siegreiche Gefechte, bei Lessen und auf der Stuhmer Heide, in denen freilich der Gewinn auf der einen und der Verlust auf der andern Seite nur gering waren. In der zweiten Woche des August langte endlich der König mit seinem Heere, zu dem nunmehr auch die mittlerweile herangezogene kleinpolnische Abteilung gestoßen war, vor Marienburg an. Die Stadt, von zwei Seiten bedroht, schien verloren. Von dem Augenblick an, da der König vor den Mauern derselben erschienen war, wurde die Beschießung derselben vonseiten der Burg heftiger, aber zu einem eigentlichen Sturm kam es nicht, obwohl die Polen zwei Monate vor der Stadt lagerten. „Die polnischen Herren wollten nicht daran mit Stürmen", sagt Lindau, der bündnerische Chronist, während der polnische uns belehrt, daß allerdings der König und der führende Kriegsrat den Sturm nicht genehmigen wollten, so sehr auch ein Teil des Heeres das brennendste Verlangen danach geäußert hätte. Da von dem Beginn der Belagerung Marienburgs an die durch Giskra eingeleiteten Verhandlungen unter dessen persönlicher Vermittelung einen lebhafteren Gang nahmen, so meinten die maßgebenden Stimmführer des Kriegsrats, den Eingebungen des Vizekanzlers Jan Lutek von Brzezie vornehmlich nachgebend, das Ergebnis derselben vor jedem energischen Kriegsunternehmen abwarten zu sollen. Im Heere aber, das von den gewöhnlichen Leiden des nordischen Herbstes in dem ausgesogenen Lande geplagt wurde, brach die Ungeduld über die Verzögerung des Angriffs bis zur hellen Meuterei aus. In geschlossenen Haufen bestürmte man den König und den Kriegsrat, und die vertröstenden Antworten derselben wurden geradezu als die Frucht des Einverständnisses hervorragender Barone mit dem Feinde angesehen. Der Berichterstatter, dessen chauvinistische, für starke Mittel stets pulsierende Ader wir bereits kennen gelernt haben, stellt sich ganz auf die Seite der Meuterer, und da in solchen Darstellungen gewöhnlich ein „Verräter" als eine notwendige Figur erscheint, so erzählt er, daß der Vizekanzler nur durch eine rechtzeitige Flucht sich vor dem Zorn der Truppen zu retten vermocht hätte, wobei denn freilich an-

zumerken ist, daß Jan Lutek von Brzezie zu den persönlichen Feinden des Historiographen gehörte [1]). Schließlich, erzählt er weiter, sei das Heer, des müssigen Zuwartens überdrüssig, ohne die Einwilligung des Königs auf das von dem Ritter Jan Nasthan von Ostrowiec gegebene Beispiel auseinandergegangen [2]), und Kasimir habe in seinem Zorn über diese Auflehnung ausgerufen: niemals wolle er wieder mit einem so meuterischen Heere ins Feld ziehen; beim Heere aber hätte man den Entschluß ausgesprochen, nie wieder unter seinem Oberbefehl dienen zu wollen.

Will man nicht die volle Unvernunft oder gar eine gegen sich selbst Verrat übende Gesinnung bei dem Könige und seinen Beratern voraussetzen, so wird man sich nach andern Gründen für die Unterlassung des Angriffs auf Marienburg umthun müssen. So viel ist gewiß von jener Erzählung richtig, daß die Unfähigkeit des Heeres, das aus einem an das Mitregieren gewöhnten Rittertum zusammengesetzt war, sich niemals deutlicher kund gab, als wenn es beisammen war. Die Vorgänge bei Papau hatten gezeigt, wessen man sich bei demselben zu versehen hat. Daß aber die Unbotmäßigkeit und Zügellosigkeit bei der Einnahme von Marienburg sich noch brutaler erheben werden, war leicht vorauszusetzen, und die ohnehin vorhandene Neigung für einen endlichen Abschluß dieses markverzehrenden Krieges mußte daraus nur neue Nahrung schöpfen, zumal die Erfahrungen des voraufgegangenen Jahres gelehrt hatten, daß der Besitz Marienburgs doch nicht von so entscheidendem Gewichte war, als vordem angenommen wurde. Um so natürlicher war daher das Bestreben, den größeren Nachdruck auf die von Giskra eingeleiteten Unterhandlungen zu legen, die durch den Sturm auf die Stadt gewiß nicht erleichtert worden wären. Ohnehin kam der Hochmeister denselben keineswegs so entgegen, als man nach seiner Bedrängnis hätte vermuten sollen,

1) Zeißberg, Poln. Geschichtschreibung im Mittelalter, S. 226ff.

2) Zur Bestätigung meiner Zweifel an die Richtigkeit der Darstellung des Dlugosz vgl. die auf die Chronologie bezügliche Anmerkung zur Geschichte wegen eines Bundes in Script. rer. Pruss. IV. 194, Anm. 5.

und es bedurfte erst eines mit Drohungen verbundenen Drucks vonseiten Bernhards von Limburg, daß sie überhaupt in Gang gebracht wurden. Im Verlauf derselben aber tauchte ein Projekt auf, das allerdings die Kleinpolen aufs lebhafteste insurgieren mußte, nämlich dem Orden als Entschädigung für die Abtretung Preußens und, wie es scheint, auch Livlands, die weiten und gefährdeten Gefilde Podoliens einzuräumen, eine Kombination, welche den zwischen Polen und Litauen wegen dieses Landes obwaltenden Streit, der das Zusammenwirken beider Völker in einem so wichtigen Momente verhinderte, auf eine eigene Art zu beseitigen imstande war. Wenn dann auf solche Art der Orden, wie ihm bedeutet wurde, seiner ursprünglichen Mission des Heidenkampfes wiedergegeben sein würde, dann müßten auch die den Polen unangenehmen Seufzer der europäischen Diplomatie über die Niederwerfung des Ordens verstummen. Vonseiten des Hochmeisters wurde dieses Projekt nicht ohne Hohn aufgenommen; wolle man dem Orden die schwere Aufgabe in Podolien anvertrauen, so werde er sich derselben nicht entziehen, aber seine Mission zu erfüllen sei er eben nur durch die Mitwirkung Preußens und Livlands imstande, und diese müßten zuvor wieder unbeeinträchtigt in seinen Händen sein [1]). Die Forderung des Königs, ihm Marienburg vor den weiteren „Teidigungen" auszuliefern, glaubte der Hochmeister im Hinblick auf die Kriegsuntüchtigkeit des polnischen Heeres abweisen zu können, und so kam es nur am 8. Oktober 1458 nach eingehenden Verhandlungen, in denen Polen durch den Vizekanzler Jan Lutek von Brzezie — er war also nicht geflohen — und Giskra von Brandeis vertreten war, zu einem bis auf den Margaretentag des folgenden Jahres einzuhaltenden Waffenstillstand, während dessen Marienburg dem Söldnerführer Giskra anvertraut, im übrigen aber der gegenwärtige Besitzstand aufrecht erhalten werden sollte. Innerhalb dieser Zeit aber sollte eine Kommission von je acht beiderseits

1) Damit war aber die Sache keineswegs aufgegeben: sie tauchte nachher 1463 mit einer interessanten Modifikation auf.

zu entsendenden Mitgliedern am 4. März zusammentreten, und einen definitiven Frieden beraten; käme sie aber bis zum 23. April zu keinem befriedigenden Ergebnis, dann sollte der zuvor schon dazu einzuladende Herzog Albrecht von Österreich als Schiedsrichter von beiden Teilen anerkannt werden. Am Tage nach dem Abschluß des Waffenstillstandes hob der König die Belagerung von Marienburg auf. Herzog Albrecht erklärte sich auch bereit, die ihm zugedachte Vermittelung zu übernehmen [1]), aber es kam gar nicht bis zu diesem Stadium der Verhandlungen, denn die am 4. März zusammengekommenen Kommissionen konnten sich schon über die Vorfragen der Geleitsbriefe nicht einigen. Die polnische Kommission, bei der offenbar nicht ohne Einfluß die beiden Geschichtsschreiber dieses Krieges, der Krakauer Domherr Jan Długosz [2]) und der

1) Nach dem Reichstagsprotokoll von 1459 wurden an ihn der Bischof Jan Gruszczyński von Kujawien und Peter von Szamotół, eventuell Jan Chrząstowski abgeschickt.

2) Nach Długosz Angabe war er selbst zum Sprecher und Anwalt der polnischen Partei erkoren, was sehr möglich ist, aber nicht vor den duodecim arbitris, wie er hat, sondern vor den 16 Bevollmächtigten, die der Waffenstillstandsvertrag in Aussicht nahm. Zu diesen Bevollmächtigten gehörte aber Długosz nicht. Vonseiten der Polen waren dazu durch den Reichstag ernannt: die Bischöfe von Krakau und Włocławek, also Thomas Strzempinski und Jan Gruszczyński, ferner Stanisław Ostrorog, der Palatin von Kalisz und — nicht wie Długosz hat Jan de Sienno cast. Leop., aber auch nicht, wie bei Bandtkie (Jus pol., p. 306), im Reichstagsprotokoll gedruckt ist: dominus Woyniczki, cast. Leop., was offenbar keinen Sinn giebt, sondern — Jan Kmita de Wiśnicze oder Jan Wiśniczki, der Kastellan von Lemberg. — Hierzu kamen vier Bevollmächtigte vonseiten der Bündischen. — Ich halte es der Anmerkung wert, daß der Reichstag diese nicht ernennt; das war Sache der Krone und des preußischen Landtags. — Diese acht waren also die arbitri, die dann von einer Anzahl von Advokaten, Sprechern, Sekretarien ꝛc., unter denen auch Długosz sich befand, umgeben waren. Offenbar wurde es auf der Ordensseite ebenso gehalten, daß neben den acht arbitri noch ein Bureau-Personal geschickt wurde, und daher finden wir in der Geschichte wegen eines Bundes, Script. rer. Pruss. IV, 198, neun Personen, und in dem Geleitsbrief bei Voigt VIII, 571 noch mehrere genannt. Die zum Teil unsinnigen Namen derselben, die Długosz giebt, sind

Danziger Ratsherr Johann Lindau, sich befanden, verweigerte jedes Entgegenkommen, und so verlief die Zeit des Waffenstillstands, der nur mit Mühe aufrecht erhalten wurde, ohne den gehofften Erfolg. Giskra von Brandeis hatte sich schon vor dem Ablauf desselben aus den preußischen Händeln gezogen und bemühte sich vergeblich, durch Parteigängerschaft für Kaiser Friedrich seine ruinierte Position in Ungarn wieder herzustellen [1]).

Der dem Feldzug folgende Reichstag, welcher auf den 16. Januar 1459 einberufen war und dreizehn Tage lang gedauert haben soll, hatte sich natürlich in erster Reihe mit den Angelegenheiten zu beschäftigen, welche durch den Waffenstillstand bedingt waren. Die friedlichere Stimmung der Gemüter kennzeichnet sich schon durch den Beschluß, die Waffenstillstandsurkunde des Hochmeisters auch trotz eines Formfehlers — es fehlten mehrere Siegel, und man weiß, was das im Mittelalter sagen wollte — einfach anzunehmen. Man erwählte Bevollmächtigte für die Friedensverhandlungen, Gesandte, die zu Albrecht von Österreich und zu dem neuen Papste, Pius II., andere, die nach der Moldau, noch andere, die nach Litauen gehen sollten. Für Giskra von Brandeis, den man noch immer am geeignetsten hielt, die Söldner in Preußen zu gewinnen, und der als zeitweiliger Inhaber von Marienburg entschädigt werden mußte, wurde Geld bewilligt. Nach allem dem hat man in der That das Recht, zu glauben, was auch die pol-

schon von Voigt a. a. O. hinreichend kritisiert. — Ob nun aber in der That Gesandte der Kurfürsten von Brandenburg, Sachsen und Baiern, wie Dlugosz meldet, anwesend waren, muß dahingestellt bleiben. Die Brandenburger hatten eine Konferenz mit polnischen Bevollmächtigten am 23. April bei Bleſen (Bleszow) in eigenen Angelegenheiten.

1) Im Reichstag vom 16. Januar 1459 wird beschlossen: „de providendo domino Giscrae de expensis etc. et quod invitetur ac sollicitetur jam ad eundum in terras Prussiae ad satisfaciendum inscriptionibus inter dom. regem et mag. cruciferorum ac suos stipiendiarios per eam conductos“

niſche Geſchichtsquelle ausdrücklich zugeſteht, daß die Majorität des Reichstags mit Einſchluß des Königs ſich dem Frieden auch ohne einen eigentlichen Gewinn an Land geneigt zeigte. Man ſprach damals von einem Projekt, den Orden gegen eine Kriegsentſchädigung von 100000 Dukaten, einen Jahrestribut von 20000 Gulden und regelmäßige Heerfolge mit zwei Fähnlein mit dem ganzen ehemaligen Territorialbeſitz vonſeiten der polniſchen Krone aus zu belehnen. Aber ſo ſehr dieſe Löſung auch unter den Polen, welchen die Opfer an Blut und Geld empfindlich genug ſchon waren, Anhänger hatte, ſo wehrten ſich die Bündiſchen mit aller Kraft doch gegen den Gedanken, unter irgend einer Form wieder unter die Hoheit des Ordens zu kommen, deſſen Rache über kurz oder lang ſie zu fühlen gehabt haben würden. Daß jener Vorſchlag vom Orden ſelbſt ausgegangen ſei, iſt nach ſeiner ſpröden Haltung in den Verhandlungen zu Oſterode und Mehlſack mit Giskra von Brandeis mehr als unwahrſcheinlich, aber als Programm der Vermittelungsmächte, Albrechts von Öſterreich, der Kurie, der deutſchen Kurfürſten, denen an der Erhaltung des Ordensinſtituts vor allem anderen gelegen war, konnte er immerhin als geeignete Baſis für die bevorſtehenden Unterhandlungen angeſehen werden. Die kriegsluſtige Minorität des Reichstags hatte aber das ſchlagende Argument ins Feld zu führen, daß man in keinem Falle die Preußen im Stich laſſen dürfe, und damit mußte die Möglichkeit des Scheiterns aller Friedensverhandlungen ins Auge gefaßt und eine Wiederaufnahme des Krieges vorbereitet werden. Man beſchloß daher wiederum eine „Expedition“, d. h. die Aufſtellung eines Heeres in der Art, daß von je 100 Mark Rente ein Lanzenreiter mit drei berittenen Schützen aufgebracht werden ſollte, wie das in Großpolen ſchon im vorigen Jahre geſchehen war — man berief ſich im Protokoll auf dieſes Beiſpiel — jedoch mit dem Vorbehalt, daß in den beiden Landtagen von Großpolen und Kleinpolen, die beide am 1. Mai zu Koło und Korczyn ſtattfinden ſollten, darüber entſchieden wird, ob es „dem Nutzen und der Notwendigkeit mehr entſpreche, in eigener Perſon zu Felde zu ziehen, oder

nur nach dem Maße des Einkommens für ein Söldnerheer zu steuern“ [1]).

Für welchen Modus der großpolnische Landtag sich entschied, wissen wir nicht [2]); jedenfalls aber willigte er in die „Expedition“. In Neustadt-Korczyn aber lehnte man jede neue Leistung ab, ehe nicht die Reformfrage zur Entscheidung gebracht wäre, und verlangte einen neuen Reichstag eigens zu diesem Zweck noch vor dem Ablauf des Waffenstillstands. Diese Opposition erbitterte den König aufs tiefste, aber die kleinpolnischen Herren fanden in den mittlerweile abgehaltenen Kommunitätstagen ihrer Landschaften die lebhafteste Ermutigung, und da die ersten Nachrichten aus Preußen nach der Wiederaufnahme des Krieges die Bedrohlichkeit der Lage herausstellten, und Alarmrufe der Bündischen darüber erschollen, so mußte Kasimir wohl nachgeben, und ein neuer Reichstag ward auf den 1. September ausgeschrieben. Um die günstige Jahreszeit nicht ganz unbenützt verstreichen zu lassen, und um den Söldnern des Ordens den Mut zu einem Streifzug nach Polen hinein zu benehmen, schickten zwar die Großpolen einen Heerhaufen — vermutlich ihr „Aktionsheer“ — in zwei Kolonnen über die Weichsel, aber bei dem Mangel einer geeigneten Leitung richtete derselbe wohl Schaden und Verheerungen an, aber für eine irgendwie durchgreifende Umänderung der Kriegslage war er durchaus ungenügend. In Polen selbst aber griff allerdings der größte Teil des Adels zu den Waffen, nicht aber um den

1) Alles nach dem Reichstagsprotokoll bei Bandtkie, Jus pol., p. 306. Es dient vortrefflich dazu die Ungenauigkeit des Dlugosz auch in innern Sachen zu beleuchten. Freilich ist der Abdruck sehr fehlerhaft. Statt des unsinnigen videlicet fundata ante dominicam in Art. V muß es heißen: videlicet feria VI ante dominicam. Da dieses Protokoll außer Dlugosz die wesentlichste Quelle für das Verhältnis der Partikularlandtage zu den allgemeinen Landtagen und dieser zu den Reichstagen ist, gewinnt es ein noch höheres Interesse.

2) Bei Dlugosz XIII, 245: „visum est expeditionem instaurari aut saltem militibus iuxta facultatum possessiones expediendis bellum geri.“ Das war ja eben die Frage, die der Landtag zu beantworten hatte.

traurigen Krieg an der Weichsel auszufechten, sondern um bewaffnet auf dem Reichstage zu Piotrkow zu erscheinen. Auch der König und sein Hofgesinde erschienen gerüstet, denn die Spannung zwischen ihm und den kleinpolnischen Magnaten hatte sich bis zu der Besorgnis gesteigert, daß von dieser Seite ein Attentat auf die Krone versucht werden würde. Auch die kleinpolnischen Vertreter, voran Jan von Rytwian, Jaśko von Tarnow und Jaśko von Melsztyn, Männer aus der Schule und Richtung Zbigniew Oleśnickis, kamen in Waffen daher und betraten den Beratungsort nicht eher, als bis ihnen Geleit und Sicherheit verbürgt war. Daß zwei Edelleute aus der Chelmer Landschaft, die zur Opposition gehörten, von einem königlichen Beamten niedergeworfen und eingekerkert worden waren, gab zu dieser Vorsicht ganz besonders Anlaß. Schon nach diesen Vorspielen konnte man den stürmischsten Debatten und Scenen entgegensehen, und sie blieben auch nicht aus. Jan von Rytwian, der Staroſt von Sandomir, nahm das Wort im Sinne jener Kastigationen, welche Zbigniew Oleśnicki dem polnischen Adel geläufig gemacht hat. Wir haben allen Grund anzunehmen, daß die Rede so, wie sie uns in dem Berichte Długoszs vorliegt, in der That gehalten worden sei, denn bei einer etwaigen Überarbeitung durch den klerikalen Geschichtschreiber würden erstlich die humanistisch-oratorischen Blumen, und zweitens die jederzeit üblichen Elegieen über Vergewaltigung des Klerus nicht ausgeblieben sein. Aus der weiteren politischen Thätigkeit des Jan von Rytwian ergiebt sich, daß er in dieser letzteren Richtung, inbezug auf das Verhältnis zum Klerus, mit dem Könige sich nicht im Zwiespalt befand. Seine Rede gipfelt aber in dem Vorwurf, der bei den Kleinpolen als der anstößigste galt, daß der König eine größere Vorliebe für Litauen als für Polen hege. Der König, meinte er, trage allein die Schuld, daß die Litauer sich die Landschaft Luck und einige Ortschaften im Brześcier Gebiete angeeignet hätten, er ermutige die Ansprüche und Attentate derselben auf die podolische Landschaft, und ihm sei allein die Schuld beizumessen, daß die Herzöge von Masowien noch immer nicht die ihnen vertragsmäßig

zustehenden Distrikte von Goniądz und Węgrow von den Litauern erhalten hätten. Der Übermut der Litauer, vom Könige genährt, habe sich schon dahin verstiegen, daß sie ihm weder in seinem Kriege gegen den Orden Waffenbeistand noch überhaupt seinen Befehlen Gehorsam leisten. Und doch entblößte er Polen seiner Waffen, seiner Pferde, seines Goldes und Silbers, aller seiner Kostbarkeiten, um nur Litauen damit zu schmücken. Polen habe der König durch unterwertige Münzprägung zugrunde gerichtet, und Diebs- und Raubgesindel und Falschmünzer trieben sich ungehindert im Reiche umher. Die Revenuen der Krone würden nutzlos verschwendet, Städte und Dörfer seien bis zur Trostlosigkeit durch Schatzungen und Lasten ausgesogen, Witwen, Waisen und Bedrängte brächten umsonst ihre Klagen an — die Justiz sei unter der derzeitigen Regierung so gut wie nicht vorhanden. Und was hätte dagegen nicht Polen alles schon für die Dynastie gethan? „War doch dein Vater nur Fürst eines kleinen Distrikts und ist durch die Gunst der Polen" — so fuhr der Redner mit einem kleinen Sprung über die geschichtliche Wahrheit fort — „Herr von ganz Litauen geworden. Und ehedem unbekannt, dunkel und im Heidentum versunken, gelangte er durch Polen zu hohem Ruf in der Christenheit und zum Licht des Glaubens. Litauen und Samogitien, fast schon verfallen den Kreuzrittern, haben die polnischen Waffen ihm wieder errungen. Deinem Bruder haben wir zur Krone von Polen noch die von Ungarn zu schaffen gewußt. Dich haben wir zu unserem Könige erhoben und in dem Kriege wider den Orden mit Leib und Gut bis auf den heutigen Tag unterstützt. Es kränkt uns daher, daß du das litauische Volk, das, offen gestanden, weder deinem Vater noch dir sehr getreu war, vorziehst und uns bis zum Untergang bedrückst. Wir bitten dich, schaffe uns Luck, die Brześcier Städte und den Teil Podoliens wieder, der uns ungerechterweise genommen ist, laß die schlechte Münze verschwinden, mindre die Lasten, leiste Gehör denen, die Recht fordern, zeige dich als ein Mann und sei nicht lässig in der Landesverteidigung — dann wollen wir dir gehorchen und dich

mit allem, deſſen du bedarfſt, verſorgen. Im andern Falle ſei verſichert, geben wir weder unſer Geld her, noch gehen wir ohne Löhnung dir in den Kriegsdienſt."

So ſcharf die Rede auch war, ſo trat ſie dennoch nicht über die Grenze der Loyalität, deren Verſicherung noch überdies an die Spitze geſtellt war. Die ganze Verſammlung ſoll ſie mit tiefem Schweigen aufgenommen haben, aber ob dies, wie Dlugoſz, deſſen Herz bei ſolchen Reden aufgeht, uns glauben laſſen will, ein beredter Beifall geweſen iſt, muß doch dahingeſtellt bleiben. Bei aller ſtaatsmänniſchen Haltung hatte der Vortrag doch auch ſeine Schwächen. Die uns von parteiiſcher Seite mitgeteilte Antwort des Königs würde bis auf einen einzigen Punkt nicht ſehr durchſchlagend geweſen ſein. Wenn Kaſimir wirklich nur geſagt hat, die Annexionen der Litauer ſeien ohne ſein Hinzuthun erfolgt, für die Münzprägung hätten ſeine Räte die verfaſſungsmäßige Erlaubnis gegeben, er nehme keine anderen Steuerlaſten in Anſpruch als ſein Vater, und er habe niemandem den geforderten Rechtsſpruch verſagt, ſo ſtände teilweiſe Behauptung wider Behauptung, teilweiſe würde der König in unköniglicher Kleinherzigkeit die ihm direkt oder indirekt obliegende Verantwortung ſchnöde auf andere Schultern gewälzt haben. Aber wenn er, wie ihm weiterhin in den Mund gelegt wird, die Äußerung that, an eine Landesverteidigung ſei ſo lange nicht zu denken, als ein königliches Ärar überhaupt nicht exiſtiert, und alle Regalien verborgt und verthan wären; die Herren dürften nur die Königsgüter ihm zurückgeben, dann werde er den Staatsbedürfniſſen ſchon zu genügen wiſſen — und die Sachlage macht es mehr als wahrſcheinlich, daß der König das ſagte —, ſo wog dieſe Bemerkung mit ihrem ſpitzen Stachel, der alle die Herren rings um ihn her und insbeſondere auch Jan von Rytwian [1]) treffen mußte, den größten Teil der Invektiven des kühnen Redners auf. Jan von Rytwian hat erſt neunzehn Jahre nach dieſer Scene für den ſehr deutlichen Wink des Königs durch einen großherzigen und patrio-

1) Inv. arch. crac., p. 241.

tischen Akt Verständnis gezeigt [1]). Im Augenblick aber ließ man den König, der vielleicht erst einige Monate zuvor in Wilno ganz ähnliche Invektiven über Bevorzugung der Polen vor den Litauern und über Entäußerung litauischer Erblande zugunsten der Polen hatte anhören müssen, in seinen Nöten und versagte ihm die Mittel zu einer energischen Kriegsführung. Vielleicht aber war auch die Auffrischung der podolischen Streitfrage nur hervorgerufen durch die bei den letzten Waffenstillstandsverhandlungen aufgetauchte Idee, Podolien dem Orden als Entschädigung für Preußen zu geben, was den Kleinpolen allerdings als eine furchtbare Perspektive erscheinen mußte, während der König noch vier Jahre später den Gedanken bei den Litauern zu realisieren suchte [2]).

In der Hauptsache selbst aber, in der Frage wegen der „Expedition" nach Preußen, entschied sich auf diesem Reichstage nichts, obgleich die Botschafter der Städte und Landschaft von Preußen zugegen waren und für die Notwendigkeit einer energischen Hilfe eintraten. Daß aber auch bei diesen erbitterten Fanatikern Friedensvorschläge nicht mehr völlig verschlossenen Ohren begegneten, geht aus der durch eine Gesandtschaft des Erzherzogs Albrecht von Österreich veranlaßten Verhandlung hervor. Nachdem die Kommission der sechzehn Bevollmächtigten im Frühjahr sich ohne jedes Ergebnis aufgelöst hatte, war dem Wortlaut des Waffenstillstands gemäß an den Herzog als obere Instanz zu appellieren, und der Orden hatte auch wirklich Abgeordnete an ihn gesandt, die Polen aber waren ausgeblieben [3]). Hier auf diesem Reichstage nun erschienen Delegierte des Herzogs, um seinem „Schrecken" über den Verfall der schon getroffenen Vereinbarungen und seiner Bereitwilligkeit zur Übernahme des Schiedsrichteramts Ausdruck zu geben, und die Preußen rieten dem Könige, den Österreicher, wofern er nur vermitteln wolle, zu ermutigen, aber den Anspruch auf die Rolle eines Spruch-

1) Voll. Legg. I, 231.

2) Papiersky, Index Nr. 2022. Voigt, Geschichte Preußens VIII, 646.

3) Geschichte wegen eines Bundes. Script. rer. Prus. IV, 201.

richters mit Entschiedenheit abzulehnen. Von dem Erbieten des Erzbischofs von Riga und des Bischofs von Kurland aber, die Mediation in die Hand zu nehmen, wollten die Preußen gar nichts hören, da der eine von ihnen dem Orden gar angehöre, und der andere ihm nur zu geneigt sei [1]). Man sieht daraus, wie fern noch trotz dem Gefühl der Erschöpfung, das in diesen Debatten einen sehr betonten Ausdruck fand, die Möglichkeit des Ausgleichs lag, und die Überzeugung, daß nichts sie mehr fördern könnte als eine energische Kriegsführung, wurde allgemein geteilt, außer von den Kleinpolen. Sie bestanden, als eine neue Schatzung von sechs Groschen von jeder Hufe vorgeschlagen wurde, auf der ausschließlichen Zuständigkeit des Landtags von Neustadt-Korczyn, und so mußte die Entscheidung einem neuen Reichstag vorbehalten bleiben, welcher auf den 6. Dezember desselben Jahres anberaumt wurde. Da wir darauf angewiesen sind, die Beschlüsse der Landtage aus den Reichstagsbeschlüssen kennen zu lernen, so können wir nur annehmen, daß die Kleinpolen die ursprüngliche Vorlage ungemein einschränkten, modifizierten und von der Erledigung der Reformfrage abhängig machten. Denn als man am 6. Dezember wiederum in Piotrkow zusammenkam, wurde zunächst ein Ausschuß von 20 Mitgliedern niedergesetzt, der die Beschwerden des Landes, in zwölf Punkten formuliert, dem Könige vorlegte, und erst als derselbe in jeder einzelnen Beziehung genügende Erklärungen und verbürgende Zusicherungen gegeben hatte, wurde er ermächtigt, eine Schatzung von Kaufleuten und Gewerbtreibenden für die laufenden Bedürfnisse des Krieges, und eine Hufensteuer von einem Vierdung, sowie eine Rentensteuer von 12½ Prozent zur Bezahlung der Rückstände an die Söldner für ein Jahr zu erheben.

Worin nun aber die zwölf Punkte bestanden, welche der König zu beherzigen gelobt haben soll, bleibt uns freilich ver-

1) Receß im Cod. epist. saec. XV, 187. Einen nicht ganz korrekten Auszug in Script. rer. Pruss. IV, 563, Anm. 1. Vgl. auch Cod. epist. p. 196. Napiersky, Index II, 41, Nr. 2004.

borgen, aber bei dem Einfluß, den die Kleinpolen auf diesen Vorgang hatten, scheint es kaum zweifelhaft, daß die von Jan von Rytwian so scharf betonte Bevorzugung der Litauer und die Reklamation des von ihnen besetzten Teils von Podolien vorzugsweise darin figurierten. Hiernach aber giebt es einen Begriff von den unüberwindlichen Schwierigkeiten in der Stellung des Königs, wenn wir vernehmen, daß der litauische Landtag, der etwa drei Monate nach dem letzten polnischen Reichstage in Brześć abgehalten wurde, den Adel in einer wider Polen höchst erregten und kriegerischen Stimmung erscheinen ließ; man sprach es unverhohlen aus, daß die Verlegenheiten Polens im preußischen Kriege einem Angriff von litauischer Seite die besten Aussichten auf Erfolg böten, und aller Wahrscheinlichkeit nach fand sich auch wohl ein litauischer Patriot, der die Rede des Jan von Rytwian in der litauischen Argumentation travestierte. Denn die nicht lange nachher — Ostern 1461 — dem Könige gestellte Zumutung, entweder fortan in Litauen zu residieren oder einen eigenen Großfürsten einzusetzen, nimmt sich in der That nur wie der Abklatsch der frondierenden Politik der Kleinpolen aus. In Erwägung aber, daß immer noch der Besitz Podoliens der Hauptgegenstand des Zwiespalts zwischen Polen und Litauen war, läßt sich mit Leichtigkeit ermessen, wie sehr dem Könige von seinem Interesse aus eine Versetzung des Ordens nach dem umstrittenen Lande erwünscht scheinen mußte. Ließe das sich verwirklichen, dann war der Zankapfel zwischen den beiden Nationen entfernt, der preußische Krieg beigelegt, und seine beiden Reiche erhielten eine Schutzmauer wider Tataren und Türken, welche die Sicherheit ihrer politischen Entwickelung verbürgte. Aber für eine derartige Lösung war der Orden bei weitem noch nicht genug gedemütigt. Bei den vielfachen, immer mehr sich häufenden Verhandlungen über einen Ausgleich führten die Kreuzherren noch einen sehr hohen Ton. Herzog Albrechts Sendboten, welche im Januar 1460 wieder in Krakau eingetroffen waren, berichteten, daß der Orden den Herzog dringend gebeten habe, ein Übereinkommen zu vermitteln, wonach ein Schiedsspruch in

seine Hand gelegt würde, aber von einer bloßen Mediation habe der Hochmeister nichts wissen wollen [1]). In diesem Falle, wie gelegentlich des erneuten Anerbietens des Erzbischofs von Riga und des Bischofs von Kurland, eine „Teidigung" zu unternehmen, hielt sich König Kasimir an die vorhergegangene Verabredung mit den preußischen Ständen: das letztere wurde ganz abgewiesen unter dem Vorwande, daß die Mediation bereits dem Herzog Albrecht übertragen sei, während diesem selbst bedeutet wurde, daß die üblen Erfahrungen aus dem Jahre 1420, wo der Schiedsspruch König Sigismunds nur zu noch schwereren Konflikten geführt hatte, Polen gewitzigt hätten, einen solchen niemals wieder zu provozieren. So sehr nun aber auch in dieser Antwort an den Erzherzog eine nachdrückliche Abweisung enthalten war, so scheinen die Unterhandlungen, welche übrigens sich mit noch ganz anderen später darzulegenden Interessen berührten, noch eine Weile fortgeführt worden zu sein, nicht in der Erwartung eines Erfolges, sondern weil sie den gefälligen Vorwand abgaben, um andere sich offerierende Vermittelungen auf eine schickliche Art ablehnen zu können. Da es sichtlich eine vorwaltende Überzeugung bei den Mächten jener Tage war, daß die polnische Kriegsfähigkeit, durch den preußischen Krieg gebunden, auf jede Mitwirkung in den allgemeinen Verhältnissen verzichten müsse, so begann jeder Potentat, der Polen in seine Pläne zu verwickeln trachtete, mit dem Vorschlage einer Friedensvermittelung. Solche von einem interessierten Hintergedanken eingegebene Anerbietungen kamen damals von der römischen Kurie, von dem Herzoge Ludwig von Baiern, von dem Herzoge Konrad von Öls und vom Könige Georg von Böhmen. Den päpstlichen Legaten, dem Erzbischof Hieronymus von Kreta und dem Erzdechanten Franz von Toledo, welche in taktloser Weise den König halb und halb als Exkommunizierten behandelten, verweigerte Kasimir den Geleits-

1) Der König an die Danziger, 15. Januar 1460. Cod. epist. saec. XV, p. 195 — und derselbe an dieselben, Lemberg den 23. März. Ebd., p. 196.

brief nach Polen und kehrte sich wenig an ihre Drohungen, daß der Papst das Kreuz wider Polen predigen lassen, und daß der Kaiser und der Böhmenkönig seinen Trotz strafen würden [1]), eine Drohung beiläufig, die eine geringe Kenntnis der Polen von der politischen Sachlage voraussetzte. Mit weniger Schroffheit zwar, aber nicht weniger entschieden wurde der Herzog Ludwig von Baiern, trotzdem damals im Hinblick auf andere Interessen ein Bündnis mit ihm geschlossen wurde, mit seinen Vermittelungsversuchen abgewehrt, indem auf die beim Erzherzog Albrecht schwebenden Verhandlungen hingewiesen wurde. Was aber den König Georg von Böhmen anbelangt, welcher am wenigsten seine eigennützigen Wünsche bei seinen Mediationsversuchen verhehlen konnte, so befolgte Kasimir in diesem Punkte wie in allen übrigen Zumutungen Georgs den ihm von dem preußischen Ständen erteilten Rat, „ihn in einem guten Wahn zu erhalten und ihm weder ab- noch zuzusagen" [2]), so daß der Böhmenkönig noch zwei Jahre später, als der Orden ihm schon eine weitgehende Befugnis als Vermittler und Schiedsrichter eingeräumt hatte, dem Papste berichten mußte, daß von Polen die endgültigen Entschließungen noch immer ausstünden [3]).

Aus allem dem ist aber ersichtlich, daß noch keiner der Vermittler eine für Polen annehmbare Basis der Verhandlungen aufgestellt hatte, und auch wohl nicht aufstellen konnte, so lange die Kriegslage in Preußen sich noch nicht zu dem Übergewicht eines der streitenden Teile herangebildet hatte.

Hierzu war aber noch wenig Aussicht. War die Kriegsführung schon eine wenig geschlossene und planmäßige, als der König noch mit großen Heeren Feldzüge unternahm, so wurde sie natürlich noch verworrener, als jeder beliebige Feldhaupt-

1) Voigt, Geschichte Preußens VIII, 588. Daß der König anfänglich geneigt war, die Legaten „ehrenvoll" zu empfangen, berichten diese dem Papst. Theiner, Chron. Pol. II, 127.

2) Rezeß im Cod. epist. saec. XV, 192.

3) Schreiben vom 11. Dezember 1461 in: Breslauer Korrespondenz, Script. rer. Sil. VIII, 67.

mann sich nach Gutdünken sein Streitfeld aussuchen konnte. Schon während des großen Waffenstillstands waren Zusammenstöße vorgekommen, die seinen Bestand sehr gefährdeten. Kaum war aber der Margaretentag vorüber, so begann ein Krieg, in welchem weder Ehre noch Sitte zur Norm dienten, sondern der berüchtigte Ausspruch des Giskra von Brandeis zur vollen Durchführung gelangte. Der ganze Krieg löste sich in blutige Neckereien und räuberische Quälereien auf, und wenn es einmal bei einer Burg oder einem Städtchen zu einem bedeutenderen Vorfall kam, dann hatten List, Lüge und Verrat mehr Anteil daran als Tapferkeit und Macht. Auf einen Wink aus Morungen war der Ordensspittler vor die Feste gezogen (20. Juli), und als er hin kam, fand er nicht nur verschlossene Thore, sondern verräterischen Überfall. Dann waren die Danziger ausgezogen, um das „Schlößchen" Kischau (4. August) zu brechen, aber vor ihnen waren Ordenssöldner hineingelangt, und die Belagerer mußten nach acht Tagen unverrichteter Dinge abziehen. Dagegen zerstörten sie die Schlösser Sobowitz und Grebin in der nächsten Nähe der Stadt (13. August). Um Michaelis hatten die Bürgervorsteher von Passenheim dem Komtur von Graudenz zugesichert, sich wieder zum Orden zu schlagen, und als an dem bestimmten Tage Georg von Loben mit einem Trupp in die Stadt geritten war, ließen die von den Bürgern herbeigerufenen Bündner das „Schoßgatter" nieder, und die Söldner des Ordens waren gefangen. Solche Abenteuer bildeten schon die größeren Ereignisse aus dem Herbst 1459. Im übrigen fing man sich gegenseitig hier und dort Leute, Pferde, Proviant ab, verbrannte „das Getreide im Feld und die Hopfengärten", und die Wasserstraßen selbst konnten nur befahren werden, wenn die Fahrzeuge eine ganze Flotte bildeten und ihre auf einem Kahn aufgestellte „Pastei" bei sich hatten. Etwas unklar bleibt die Thätigkeit des Heerhaufens, den die Großpolen nach Preußen geschickt hatten. Den Nachrichten zufolge scheint er sich gespalten zu haben, und eine Kolonne ging nach Thorn, wo man die Anschläge des in Culm hausenden Bernhard von Cimburg um so mehr besorgte, als derselbe

durch den freiwilligen, wenn auch bedingten Übertritt Löbaus auf die Seite des Ordens (13. Juli) neuerdings freie Hand von Osten her bekommen hatte. Die andere scheint den Versuch unternommen zu haben, die durch Konitz dem Orden noch immer offen stehende Verbindung mit Deutschland abzuschneiden. Die Lage war hier eine ganz eigene. Der Schutz der Burgen Tuchel, Schlochau und der anliegenden Gegenden war polnischen Hauptleuten, dem Nikolaus von Sciborze, Jan von Kościelec und dem Włodek von Danaborz mit eigener Verantwortlichkeit anvertraut; die Krone hatte an diese Herren vertragsmäßig bestimmte Summen zu zahlen, wofür ihnen die Sorge für die Sicherheit der Festen und des umliegenden Gebiets oblag [1]). Dieser engsten Absicht des Vertrages kamen sie auch wohl nach, aber zu einem Eingreifen in die allgemeinen Kriegsoperationen und zu einer Unterstützung der Bündischen hielten sie sich um so weniger verpflichtet, als die ihnen zugesicherten Gelder vonseiten des Königs nicht eingingen, und Włodek von Danaborz wenigstens schon eine recht erhebliche Summe zu fordern hatte. Von Danzig beschwerte man sich über ihn beim Könige, daß er Schuld trage, daß die Ordenssöldner in die Burg Kischau gelangt sind, wodurch die ganze „pomerellische Seite" gefährdet wäre, während Włodek, der auch Kastellan von Nakel war, den noch weit bedenklicheren Weg betreten hatte, mit dem Orden einen partikularen Beifrieden auf eigene Hand zu schließen. Ähnlich war das Verhältnis im Norden der pomerellischen Seite. Seit dem Beginn des Krieges standen Bütow und Lauenburg unter der Schutzherrschaft des Herzogs Erich von Pommern, der sich um solchen Preis und gegen die üblichen Kriegsentschädigungen zur Unterstützung der Bündner willfährig gezeigt hatte — der einzige fürstliche Herr, der außer dem Auschwitzer, welcher Vasall der polnischen Krone war, sich zum Dienste wider den Orden hergab. Seit dem Eindringen der

1) Urkunden in Rzyszczewski & Muczk. II. 2, 903, Nr. 597. 598. 600. 601. 602, und über den Fortgang der Sache in Cod. epist. saec. XV, 180. 186.

Ordenssöldner in die Burg Kischau aber war in Danzig der gewiß nicht unbegründete Verdacht rege geworden, daß der Pommer mit dem Orden in einseitige und verräterische Verhandlungen getreten sei, und um wenigstens des wichtigeren Lauenburgs sicher zu sein, setzte Danzig zum Verdruß des Herzogs einen Vertrauensmann dahin, der auch nicht wich, als Erich einen den Bündnern genehmen Söldner als Vogt einsetzte. Es blieb eine verdeckte, von Mißtrauen erfüllte Spannung zwischen dem Herzog und der Bundeshauptstadt zurück, die weiterhin noch ihre Folgen äußern sollte. Unter solchen Verhältnissen aber mußten einerseits die Bündner den dringenden Wunsch haben, daß das mittlere Pomerellen den Händen des Feindes entwunden werde, und mußte der Orden andererseits die Störung viel versprechender Kombinationen befürchten, als sich die Danziger vor Kischau legten, und zugleich die zweite Kolonne des großpolnischen Heerhaufens eine auf Konitz zuführende Marschrichtung nahm. Daß die ersteren abgewiesen wurden, haben wir bereits erwähnt, die andern aber wurden zum großen Zorn des Danziger Rats durch geschickt angeknüpfte Unterhandlungen über einen Beifrieden vom Vordringen so lange im Culmischen aufgehalten, bis der Einbruch der rauhen, und im Jahre 1459 mit beispielloser Härte auftretenden Winterkälte den Heerhaufen zum Rückzug über die polnische Grenze veranlaßte.

In Danzig, wo man ungleich mehr als am polnischen Hofe eine auf den letzten Zweck, die völlige Vertreibung des Ordens aus Preußen, dringende Kriegsführung im Auge hatte, wurden diese teils versuchten, teils durchgeführten Beifrieden, welche die Kriegshauptleute bald unter einander bald mit dem Ordensspittler abschlossen, mit dem höchsten Unwillen angesehen. Schon beim Ägidi-Reichstag 1459 forderten die Städte ein allgemeines Verbot vonseiten des Königs, allein die Verhältnisse waren mächtiger, denn nach dem am 9. November nach langem Leiden erfolgten Tode des Gubernators Hans von Baisen fand es der zu seinem Stellvertreter ernannte Stibor von Baisen geraten, für sich, Otto von Machwitz u. a. m. einen, wie es heißt,

zweimonatlichen Waffenstillstand mit dem Ordensspittler abzuschließen. Hatten diese kurzen Pausen des winterlichen Krieges für die strategische Stellung der Parteien auch keine Bedeutung, so waren sie doch namentlich dem Orden insofern von beträchtlichem Wert, als sich ihm während derselben die Zufuhr von Lebensmitteln, Gerät und Waren von allen Seiten — und, wie wir vernehmen, sogar von Polen selbst erschloß. Vonseiten des Königs, dem diese Auslegung des Beifriedens denn doch zu liberal erschien, erging nun zwar ein Mandat [1]), alle derartige Transporte wegzunehmen, aber dem Orden war es gelungen, die beiden Herzöge Ziemovit und Conrad von Masowien zu einem sechsjährigen Beifrieden zu gewinnen und damit dauernde Zufuhrsquellen aus ihren Ländern, die von den königlichen Mandaten nicht getrübt werden konnten, zu erlangen. In das strikte Vasallenverhältnis der Herzöge zur polnischen Krone und ihre unumgänglichen Leistungen an dieselbe sollte der Vertrag nicht eingreifen; die Hauptsache aber war, daß dem Verkehr der masowischen Gewerbs- und Kaufleute ausschließlich zugunsten des Ordens volle Sicherheit gewährleistet wurde [2]). Bei dem ausgesprochenen Programm des Danziger Rats, durch den gründlichsten Ruin des Landes, „durch Jammer und Kummer" den Orden aus dem Lande zu scheuchen, mußte diese Erschließung neuer Hilfsmittel für den gehaßten Feind nicht geringen Zorn in den fanatischen Stadtherren erregen, und man war dort auf die „Teidungen", sowohl auf die in Preußen wie auf die am Königshofe in Krakau sich abspielenden, übel zu sprechen. Da aber der Winter so furchtbar auftrat, daß man, wie die Chronisten anmerken, von Lübeck nach Dänemark, von Danzig nach Hela, ja selbst von Reval nach Schweden auf dem festen Eise übersetzen konnte, so blieb nun wohl nichts anderes übrig als die von der Natur aufgedrängte Waffenruhe sich gefallen zu lassen. Kaum aber war der Frost gewichen, so begannen die kriegerischen Bewegungen. Was man

1) Vom 19. Dezember 1459 im Thorner Ratsarchiv.
2) Vertrag vom 9. November 1459.

in Danzig von den Märschen und Gruppierungen der Ordenssöldner erfuhr, deutete klar auf die Absicht eines Entsatzes von Marienburg und der Eroberung des Schlosses hin. Dem mußte von Danzig unter allen Umständen vorgebeugt werden, da bei der geschildertermaßen schwankenden Lage auf der pomerellischen Seite, wo am 25. Februar 1460 es dem aus Konitz ausbrechenden Kaspar Nostitz gelungen war, die zu Polen gehörige Stadt und Feste Deutsch-Krone (Walcz) durch einen Handstreich sich zuzueignen, mit dem Verlust der Marienburg auch abgesehen von dem moralischen Eindruck alle Erfolge des bisher geführten Krieges auf dem Spiele standen. Schon am 21. März 1461, ungeachtet es noch sehr kalt war, rückten daher die Danziger Heerhaufen, unterstützt von Mannschaften aus den Bundesstädten und einigem im Culmischen verbliebenen polnischen Kriegsvolk vor die von Not und Hunger ohnehin schon entkräftete Stadt. Durch die mit großem Eifer und rastlosen Anstrengungen betriebenen Belagerungsarbeiten ward die Stadt in kurzer Zeit von Basteien, Gräben und „verlorenen Zäunen" d. i. verdeckten Pallisaden auf der Landseite völlig blockiert, und als sich zeigte, daß von Mewe zuweilen Proviantschiffe herunterkamen, wurde die Nogat verpfählt und mit Wachtschiffen besetzt, so daß die Stadt von jeglicher Verbindung ausgeschlossen war. Die Not stieg; schon mußte man Brot aus Malz backen. Als die belagerte Gemeinde am 2. April an hundert Frauen, Mägde, Kinder, arme Leute aus der Stadt trieb, um die wenigen Vorräte zu sparen, trieben die Danziger natürlich die Unglücklichen wieder zurück. Wohl wagte der Hochmeister einige Unternehmungen zugunsten der treuen Dulder in Marienburg, nicht sowohl zum Entsatz der Stadt, dazu würde ein größeres und kompakteres Heer nötig gewesen sein, als der Orden überhaupt noch aufzustellen vermochte, als vielmehr, um Proviant hineinzuwerfen. Aber auch diese Versuche mißlangen jedesmal wegen der Unzuverlässigkeit der Söldnerscharen und wegen der unüberlegten Führung. Der Ordensspittler war krank, Bernhard von Cimburg war nach Mähren gereist, um neue Söldner anzuwerben, und der Hochmeister hatte allezeit eine unglückliche

Hand. In der Mitte des Juni ungefähr scheint er jede Aussicht auf eine Rettung Marienburgs aufgegeben zu haben, und zog seine schwer zu disziplinierenden Mannschaften nach dem Niederlande zurück, um die mitten in seinem noch unangetasteten Machtgebiet feindlich trotzende Feste Wehlau sich zu unterwerfen. Die Marienburger waren allein auf sich angewiesen. Auffallend war's, daß die Belagerer, denen das Hinschwinden der Widerstandskraft der Marienburger doch kein Geheimnis war, keinen Sturm wagten. Dazu wäre es wohl gekommen, wenn nicht die Hoffnung auf eine wesentliche Unterstützung vonseiten Polens sich als irrig erwiesen hätte. Zu keiner Zeit im Verlauf des Krieges hören wir so wenig von einer direkten Beteiligung der Polen am Kampfe, als in dieser Katastrophe. Im Anfang des Juni hielt zwar der König eine Versammlung des großpolnischen Adels zu Łęczyc ab, aber der Verlust von Deutsch-Krone, der ersten festen Stadt auf polnischem Gebiete, welche in die Mitleidenschaft des Krieges gezogen wurde, scheint hier ganz vornehmlich die Gemüter beschäftigt zu haben. Auch von den übrigen Bundesstädten erhielt Danzig nur wenig Hilfe, da jede mit sich selbst zu thun hatte. Indessen getreu ihrer Meinung: „besser ein Jahr zu leiden als viele, und am Ende doch dem Verderben anheimzufallen", machten die Danziger die unerhörtesten Anstrengungen. Bis zum August gelang es dem tapfern Augustin Trotzler, der die Verteidigung Marienburgs im Verein mit dem unbeugsamen Bürgermeister Bartholomäus Blume leitete, die Bürgerschaft fest in ihrer Gegenwehr zu halten, als aber an den Arbeiten der Belagerer erkannt wurde, daß ihnen der schwache Punkt in der Stadtmauer, die dort an der Nogat auf einem leicht durchdringbaren Boden ruhte, verraten sei, griff die Furcht um so mehr um sich, als Trotzler wie Blume durch körperliches Leiden an das Haus gefesselt waren. Die Schwächlinge bekamen das Übergewicht, und am 6. August 1460 kapitulierte die Gemeinde. Den Bürgern ward Sicherheit des Lebens und des Eigentums sowie Erhaltung der Privilegien und freies Wegzugsrecht gewährleistet; der Hauptmann Trotzler wurde mit einigen Kriegsleuten und

drei Ordensrittern in den Kerker geworfen, dann nach Danzig abgeführt, wo sie im Elend der Haft ihren Tod fanden. Das traurigste Schicksal aber traf den getreuen Blume; als „Verräter“ wurde er nebst zwei anderen Bürgern enthauptet und geviertteilt, und sein Vermögen gab der König dem pomerellischen Wojewoden Otto von Machwitz. Aber auch von den wirklichen Verrätern, welche die Übergabe der Stadt wider den Willen des Bürgermeisters durchgesetzt hatten, erlitten mehrere ein böses Ende. Die Danziger führten eine Anzahl derselben aus Mißtrauen in ihre Stadt, um sie nach Lübeck zu schicken; aber das Schiff, auf dem sie überfuhren, scheiterte, und alle fanden, bis auf einen, ihren Tod in den Wellen. Danzig feierte einen großen Triumph. Die trotzig energische Seestadt hatte wesentlich aus eigenen Mitteln das zuwege gebracht, was die Polen mit ihren großen Heeresaufgeboten gar nicht, und mit ihren an Ulrich Czerwenka und Genossen verschwendeten Summen nur halb zu erwirken vermochten. Jetzt erst war Marienburg dem Orden entrungen, jetzt erst der Ort überwunden, welcher die Idee seiner Herrschaft am lebhaftesten repräsentierte. Auch ganz abgesehen von der strategischen Bedeutung des Platzes, welche in der Erschwerung des Verkehrs zwischen dem Niederland und Pomerellen bestand, war der Erfolg darum so hoch anzuschlagen, weil an Marienburg sich immer noch die Vorstellungen von der Souveränetät und Oberherrlichkeit des Ordens knüpften. Nach außen hin hatte freilich der Fall der Burg ein größeres Aufsehen gemacht, während die Übergabe der Stadt kaum besprochen wurde, zumal die lange Dauer des Krieges den Fernstehenden ansteigend mehr das Verständnis der Lage entzog. Aber in den beteiligten Kreisen wurde das Ereignis als eine Katastrophe aufgefaßt, welche deutlich die Linien der zukünftigen Gestaltung vorzeichnete. Die Offensive des Ordens richtete sich fortan darauf, die östlichen Gebiete gänzlich von den Feinden zu säubern und sich zu erhalten, während die Bündischen auf Erfolge im Hinterland verzichtend, alle Kräfte daransetzten, in den westlichen Teilen Preußens die Stützpunkte des Ordens zu untergraben. In

dieſer Beziehung iſt es ebenſo charakteriſtiſch, daß der Hochmeiſter in den letzten Wochen der Belagerung Marienburgs, auf den Entſatz desſelben verzichtend, alle ſeine Kriegsmacht auf die Unterwerfung des immer noch trotzenden Wehlau verwandte, die ihm auch im September desſelben Jahres nach harten Kämpfen gelang, als daß die Bündner wie die Polen fortan das Culmerland und Pomerellen vorwiegend zum Kriegsſchauplatz machen. Die zweite große Epoche dieſes Krieges, welche mit dem Fall der Stadt Marienburg beginnt, arbeitet im Hin- und Herſchwanken des Kriegsglücks und der Erfolge diejenige Konfiguration aus, welche der ſpäte Friedensſchluß beſtätigen ſollte. Und Danzig allein durfte ſich den Ruhm dieſer bedeutſamen Wendung zuſchreiben. Der König erkannte das in vollem Maße an, als er der Stadt für ihre „große Mühe, Arbeit und Anlage“ ſeinen großen Dank ausſprach und die Zuſage gab, „es ihr mit allem Guten in ewigen Zeiten zu gedenken“ [1]).

Fünftes Kapitel.

Fortſetzung und Ausgang des Krieges.

Im Reichstage vom Januar 1459 war, wie wir bereits oben erzählten, den Landtagen von Kolo und Korczyn die Entſcheidung darüber anheimgeſtellt, ob es „notwendig und nützlich“ wäre, an der Fortſetzung des preußiſchen Krieges ſich lediglich durch Geldbeiträge, für welche Söldner und Kriegsluſtige in Polen ſelbſt gedungen werden konnten, oder durch perſönlichen Kriegsdienſt des Adels, das will ſagen durch Aufgebot der Banderien, zu beteiligen. Sind uns auch die Beſchlüſſe der erwähnten Provinziallandtage nicht überliefert, ſo zeigt doch der

1) Cod. epist. saec. XV, 204, no. 182.

Charakter, den der Krieg in den letzten sieben Jahren seiner Dauer annahm, daß man sich in Polen zu der ersteren Form der Mitwirkung entschlossen hat. Von jenen großen Heerzügen unter der persönlichen Führung des Königs, die freilich sich nicht gerade ruhmvoll und für die Erledigung des Krieges als durchaus unzweckmäßig erwiesen hatten, ist fortan keine Rede mehr. Das einzige Mal, im Hochsommer 1461, da noch ein derartiger Feldzug ins Werk gesetzt wurde, hatte er, wie sich bald zeigen wird, eine andere, mit dem preußischen Kriege nur mittelbar zusammenhängende Tendenz. Sonst aber war der König in Person bis nach dem Friedensschluß überhaupt nicht mehr auf preußischem Boden erschienen. Ebenso bleiben die hervorragenden Würdenträger, die Mitglieder der hohen Geschlechter dem Kriegsschauplatz fern, und bezahlte Truppenführer aus dem Ritterstand oder aus dem königlichen Hofgesinde stehen an der Spitze von Scharen, die aus Bündischen, Polen und Böhmen zusammengesetzt sind. Eine Abnahme des Interesses aber aufseiten der Krone darf daraus keineswegs gefolgert werden. Die Korrespondenz zwischen Kasimir und den Städten, insbesondere Danzig, zeigt vielmehr eine ansteigend mehr sich entwickelnde Innigkeit der Empfindungen auf beiden Seiten. Mit der gespanntesten Teilnahme verfolgt der König jeden Vorgang in Preußen, und andererseits sind die Bündischen beflissen, einen Ton der Loyalität bei allen Gelegenheiten anzuschlagen, der zum Teil noch lebhaft in der Geschichte des dreizehnjährigen Krieges von dem Danziger Stadtschreiber widerklingt, und der eigen absticht von der unbotmäßigen Redeweise, welche der König auf polnischen Reichstagen zu hören bekam.

Die Beschatzungsform, welche in den parlamentarischen Kämpfen der Jahre 1455 bis 1459 sich herausgebildet hatte, und welche das polnische Reich in allen Provinzen und in allen Ständen gleichmäßig betraf, blieb fortan die ganze Zeit, so lange der Krieg währte, bestehen, und es scheint, daß die preußischen Stände sich mit dieser Art der Beihilfe Polens besonders zufrieden und einverstanden erklärten. Da der Krieg an keinem Punkte die Herbeiführung wichtiger und entscheidender Momente

durch angesammelte Streitkräfte gestattete, da der Orden ein geschlossenes Feldheer aufzubringen außerstande war und alle seine Kräfte auf die Wahrung oder Gewinnung der Burgen richtete, so war man auch auf der andern Seite von der Aufstellung großer Heere, die sich zur Belagerung der verhältnismäßig ja nur kleinen Wehrplätze als ungeeignet und schwerfällig erwiesen hatten, zurückgekommen, und fand die kleinen beweglichen Haufen von Mietlingen ungleich förderlicher. Nur im Jahre 1461 schien man dieses Prinzip fallen lassen zu wollen, insofern in der That ein allgemeines Aufgebot und ein Heerzug unter Leitung des Königs stattfand, allein selbst aus dem ungemein parteiisch gefärbten Berichte des gerade in dieser Epoche von dem Könige tief gedemütigten Geschichtschreibers Jan Dlugosz geht mit aller Sicherheit hervor, daß man für die Zwecke des preußischen Krieges an der eben erwähnten Methode festhielt, hingegen der Heerzug des Königs aus abseits liegenden Absichten unternommen worden ist.

Die Lage des Ordens war nämlich auch nach dem Falle der Stadt Marienburg keineswegs eine gar zu verzweifelte. Immerhin war seine Stellung, strategisch betrachtet, doch noch eine sehr gewaltige. Abgesehen davon, daß das ganze Hinterland sich täglich mehr der Herrschaft des Ordens wieder ergab, befanden sich die beiden Hauptverkehrsadern doch noch in seiner Hand; der Besitz von Konitz sicherte ihm die Straße nach Deutschland, und durch die Behauptung der Burgen Mewe und Neuenburg konnte er die Weichsel für die Kommunikation von Polen nach Danzig ausschließen. Da war es denn von der höchsten Bedeutung, daß der Herzog Erich von Pommern, der gleich im Anfang des Krieges, wie schon früher mitgeteilt wurde, Lauenburg und Bütow von der polnischen Krone zu Lehen erhalten hatte, und dessen Haltung die Danziger seit dem Herbst 1459 dermaßen beargwöhnten, daß sie Lauenburg erst durch einen Administrator und dann durch eine kleine Besatzung sich zu versichern suchten — daß der pommerische Fürst also mit dem Orden zu einem geheimen Einverständnis gelangt war, und unter dem Vorwand, daß er keine anderen Mittel

habe, um einige in die Hände des Ordens gefallene Lehnsleute zu ranzionieren, die beiden wichtigen Plätze den Ordensbesatzungen erschloß (18. September 1460). Ein Vorwand ist es sicher nur gewesen, denn die Lauenburger hatten die Lösegelder aus ihren Mitteln dem Herzoge angeboten. Für den Orden aber hätte dieser Zuwachs seiner Position von unberechenbarer Wichtigkeit sein müssen, wenn er überhaupt, namentlich aber in diesen westlichen Landesteilen, noch über ein bewegliches Feldheer verfügt hätte, das die Verbindung auf den offenen Linien des occupierten Dreiecks verwahren und zugleich zur Bedrohung der umschlossenen Seestadt Danzig dienen gekonnt hätte. Auf beiden Seiten scheint die Wichtigkeit dieser Situation nicht unterschätzt worden zu sein. Schon im Sommer, als an den Entsatz von Marienburg noch gedacht werden konnte, war Bernhard von Eimburg in seine mährische Heimat gezogen und hatte dreitausend geworbene Söldner schon bis Frankfurt geführt. Auf die Nachricht jedoch, daß die Hauptstadt gefallen sei, entließ er den größten Teil dieses Heeres, das dem Orden in der bezeichneten Richtung so sehr zustatten gekommen wäre, und begnügte sich mit einem Teile desselben, etwa fünfhundert Mann, über die Weichsel zu setzen und in das Culmer Land zu bringen, wo er zu den ihm verpfändeten Burgen Culm und Althaus nunmehr noch die Stadt Golub gewann, in deren Schloß sich noch immer jener Ulrich Czerwenka oder sein Vertreter behauptete. Der König hatte allerdings die Danziger aufgefordert, diesen Übergang Bernhards über die Weichsel zu verhindern, und gemeint, daß die Aufhaltung des Söldnerführers noch Wehlau retten könnte (s. oben, S. 135), aber für Bernhard handelte es sich sichtlich, da ihm mißglückt war, dem Orden ein mobiles Heer zuzuführen, gar nicht mehr um ein sehr wesentliches Eingreifen in den Krieg, sondern lediglich um die Sicherung seines Pfandbesitzes, auf dem er fortan auch verblieb. Selbst der im Spätherbst desselben Jahres noch versuchte Angriff Bernhards auf Schwetz endete erfolglos und nur mit Verlusten; und nachdem es ihm im Frühjahr 1462 noch gelungen war, der Feste Straßburg sich zu bemächtigen, so glaubte auch

dieſer ausdauerndſte und getreueſte Anhänger des Ordens genug für ihn gethan zu haben und hielt ſich auf ſeinem Pfandbeſitz bis zu dem Zeitpunkt, da er ſeinen Frieden mit Polen zu machen ſich genötigt ſah.

Da nun alſo die Hoffnung auf die Ankunft eines Feldheeres aufgegeben werden mußte, ſo ſammelten ſich Söldner von den Beſatzungen aus Konitz, Mewe, Neuenburg — an tauſend Mann ſtark — unter dem Grafen Hans von Gleichen und griffen eine der detachierten Baſteien, welche die Danziger zu ihrem Schutze in dem Dörfchen Prauſt erbaut hatten, mit Sturm an. In der Stadt ſcheint dieſes dreiſte Auftauchen der Feinde hart unter den Mauern einen merklichen Schrecken und nicht geringe Verwirrung hervorgerufen zu haben. Ein ungeordneter Haufe von Bürgern aller Stände, darunter mehrere Ratsmitglieder und Patrizier, eilte den Angreifern entgegen und erlitt, wie es nicht anders ſein konnte, eine ſo furchtbare Niederlage, wie Danzig „in allen dieſen Kriegen nicht erlebt hatte“. Die Baſtei wurde ausgebrannt, denn um ſie zu halten und Danzig ernſtlich einzuſchließen, dazu war dieſer Haufe von Reiſigen freilich nicht zureichend. Er zog ſich bald nach Schöneck wieder zurück, denn, ſollten die Hauptburgen nicht der Gefahr einer Überraſchung ausgeſetzt werden, mußte er ſich auf kurze aufſchreckende Streifzüge beſchränken. Einen ſolchen unternahmen die Söldner nach der Beſetzung von Lauenburg ſofort in den ſogenannten Putziger Winkel, und ein anderer war dem Kloſter Oliva zugedacht. In Danzig erkannte man mit nicht geringer Beſorgnis dieſe Taktik des Feindes, und die Hilfsgeſuche an den König nahmen einen äußerſt dringenden Ton an. Danzig mußte unter allen Umſtänden geſichert werden, und ein polniſcher Heerhaufe, 800 Mann ſtark, erhielt ſofort den Befehl, zum Schutze der Stadt in der Abtei Oliva ſein Standquartier aufzuſchlagen. Von ihren Abſichten auf das Kloſter mußten daher die Ordensſöldner abſtehen, dafür aber nahmen ſie durch Einverſtändnis mit den Bürgern das Städtchen Putzig, wo ſich der vertriebene König Karl von Schweden, ein großer Freund der Bündiſchen, aufgehalten hatte, fingen die Beſatzung, raubten

den Ort aus und zogen sich wieder zurück. In ähnlicher Weise aber machten die Polen von Oliva aus räuberische Streifzüge, und als sie gegen Ende Oktober wiederum zu einem solchen ausgezogen waren, stießen sie auf einen beträchtlichen Haufen unter Fritz Raweneck; es kam zum Kampf, und die Ordensleute erfuhren einen sehr empfindlichen Verlust, denn mehr als 100 Reisige und Fußknechte blieben „in den Büschen und Brüchen" liegen. Solche Kämpfe in der unmittelbaren Nähe von Danzig währten den ganzen Spätherbst hindurch, und nicht umsonst hatte die bedrohte Stadt den König zu bestimmen gewußt, daß er den bedeutenden Heerhaufen — übrigens gegen Zahlung des Unterhalts — auch den Winter über in ihrer Nähe beließ. Denn daß es die Hauptleute der westlichen Burgen jetzt auf Danzig selbst abgesehen hatten, das ging, wenn nicht schon zur Genüge aus den fortwährend wiederholten Einbrüchen in die Verteidigungslinien der Stadt, dann doch sicher aus einem Anschlage hervor, welcher durch den bei Prausk in Gefangenschaft geratenen Schuster Günther angeknüpft wurde, um die Stadtthore den Ordenssöldnern im geheimen zu erschließen. Zeitig genug ward dem Rate von Danzig von dem verräterischen Plane durch den Schuster selbst Kenntnis gegeben, und wenn jener die Intrigue noch eine Weile fortspinnen ließ, so geschah es in der Absicht, den Feinden eine Falle zu legen. Das gelang nun freilich nicht, aber der ganze Vorfall zeigt doch, wie sehr sich die Verhältnisse in Danzig seit Martin Kogge geändert hatten, und wie wenig Sympathieen der Orden jetzt selbst in den niederen Schichten der Stadtbevölkerung noch besaß. Hingegen ist es in hohem Grade beachtenswert, daß sich die Bauern im Putziger Winkel, also in ziemlich großer Nähe von Danzig, noch bis zu Haufen von 400 Mann zusammenthaten, um die Polen im offenen Felde zurückzuschlagen. Lediglich Abwehr von Räubereien, wie man gesagt, war es keineswegs, denn die Ordenssöldner richteten zuverlässig nicht weniger Schaden an, und dennoch äußerte sich die Wut der Bauern lediglich gegen die Bündischen und vornehmlich gegen die Polen.

Bei der nur eben in Italien ähnliche Erſcheinungen bietenden Methode dieſes Krieges iſt es ſchwierig zu ſagen, wo zu einer beſtimmten Zeit eigentlich der Schwerpunkt der Entſcheidung lag. Gekämpft wurde beinahe überall in preußiſchen Landen und ſelbſt darüber hinaus auf polniſchem Boden, denn ſeit geraumer Zeit ſchon hatte Bernhard von Cimburg einen Teil des Dobrzyner Landes ſich zinsbar gemacht, während der Netzediſtrikt von den Söldnern aus Konitz und Friedland immer wieder von neuem mit den fürchterlichſten Streifzügen heimgeſucht wurde. In dem Städtchen Lobſens, um nur eins anzuführen, muß kein Ziegel mehr auf dem andern geweſen ſein, und ſelbſt die tiefer landeinwärts gelegenen Netzeſtädte ſcheinen empfindlich gelitten zu haben. Darum war es für die Polen von ſolchem Werte, daß ſie noch vor dem Eintritt des Herbſtes 1460 ſich der Feſte Deutſch-Krone wieder zu bemächtigen imſtande waren. Dies aber und das Ausbrennen von Marienwerder waren in der That die einzigen weſentlichen Erfolge der Verbündeten ſeit dem Falle von Marienburg, und auch das darauf folgende Jahr wurde für ſie doch nur durch eine Reihe namhafter Verluſte ausgezeichnet. Der neue Biſchof von Ermland, Paul von Legendorf, verſtand es, teils mit Gewalt, teils durch Auslöſung, die Städte ſeiner Jurisdiktion von den polniſchen Söldnern zu befreien, und ſo gingen die feſten Stellungen von Wormditt, Gutſtadt, Heilsberg, Allenſtein nacheinander für die Bündiſchen verloren, und letztere wurden von der Verbindung mit den wenigen aber doch ſehr wichtigen Plätzen des Hinterlandes, in denen ſie noch Beſatzungen hatten, merklich behindert. Sicherlich war es im Gefühl dieſer Iſolierung, daß die Beſatzungen von Friedland, Schippenbeil und Raſtenburg im Februar 1461 eine ſtarke Offenſivbewegung verſuchten; allein die Ordensſöldner aus Bartenſtein und Eilau traten ihnen im offenen Felde entgegen, und mit ſchwerem Verluſt mußten die Bündiſchen ſich in die genannten Städte wieder zurückziehen. Sie waren danach ſo gut wie preisgegeben, wenn ihnen nicht von Weſten her oder von Polen aus Luft gemacht wurde. Auf beiden Seiten erkannte man das ſehr

wohl, und um einen Entsatz, wie er von den Danzigern wie von einigen Räten der Krone dem Könige zugemutet wurde, zu verhindern, legte sich, als der eintretende Sommer es gestattete, der von einer Krankheit eben erst wieder genesene Ordensspittler Reuß von Plauen vor die Feste Morungen und schloß sie in regelrechter Belagerung ein. Die Maßregel hatte denn auch den gewünschten Erfolg, denn noch vor dem am 27. Oktober 1461 erfolgten Fall von Morungen waren Friedland am 16. September, Schippenbeil am 1. Oktober, und Rastenburg bald darauf dem Orden wieder in die Hände gefallen. Da etwa um dieselbe Zeit auch Braunsberg sich der polnischen Besatzung zu entledigen wußte und sich dem Bischof übergab, so begreift man sehr wohl, daß der Rat von Danzig damals, als diese Vorgänge sich entwickelten, und der Ring der bündnerischen Stellung sich immer mehr verengerte, in eine beträchtliche Aufregung geriet, zumal die Vorgänge in nächster Nähe der Stadt einen immer bedenklicheren Charakter annahmen.

Die ungemein bedrohliche Einnistung der Ordenssöldner in Lauenburg und Putzig, welche in Fritz von Raweneck einen Führer von rücksichtsloser Verwegenheit besaßen, machte sich in Danzig von Tag zu Tag beklemmender fühlbar. Wohl war für die Stadt selbst bei der verhältnismäßig geringen Zahl der Feinde und bei dem Mangel eines für eine großartige Belagerung unentbehrlichen Apparats wenig zu besorgen, aber eine unerfreuliche Lage war es denn doch, daß man von den Türmen von Danzig die Feuersäulen aus den umliegenden Dörfern aufschlagen sehen mußte, daß aus Stries, Zigankenkrug, Schidlitz die Stadtsöldner buchstäblich mit der Brandfackel ausgetrieben wurden, daß selbst die Heiligkeit einer Prozession in das nahegelegene Karmeliterkloster die trotzigen Kondottieren nicht von einem Überfall abhielt. Einen besonders tiefen Eindruck hat es in Danzig machen müssen, daß der Bürgermeister Hermann Stargart, der eben im Begriff war, von Marienburg nach Thorn zum Könige sich zu begeben, unterwegs von Söldnern aufgegriffen, beraubt und nach Mewe ins Gefängnis

ıbgeführt wurde, wo er einige Monate ſpäter den Leiden der Gefangenſchaft erlag. Im Hochſommer 1461, als der Heerzug ›es polniſchen Königs nach Weſtpreußen die wichtigſten Ordens›urgen zu bedrohen ſchien, trat allerdings für einige Zeit eine Pauſe in dieſen Beunruhigungen der Hauptſtadt ein, aber kaum war jene Gefahr für die Ordensſöldner vorüber, ſo fingen für Danzig die Tage voll Unruhe und Angſt von neuem an. Am 1. Oktober 1461 durchſtachen die Söldner den Damm der Radaune und ſperrten der Stadt drei Tage das Trinkwaſſer ıb, und kaum war dieſer Schaden wieder beſeitigt, als in der Stadt die Rede ging, es beſtänden Einverſtändniſſe von Bür›ern mit den Feinden, ein Gerücht, das dem Henker der Stadt vieder Arbeit gab.

Wie hoffnungsreich mußte unter ſolchen Verhältniſſen die Nachricht erſcheinen, daß ſich in Polen im Spätſommer 1461 ›ie Banderien wieder um den König zu einem großen Heerzuge ıach Preußen ſcharen. Auf den beiden hauptſächlich bedrohten Kriegsſchauplätzen, um Danzig und bei den öſtlichen Feſtungen, virb man ſich den größten Erwartungen überlaſſen haben, und vahrſcheinlich hatte die Reiſe des Bürgermeiſters Hermann Stargart von Danzig, ſowie die Ankunft des in Braunsberg ›ebietenden Söldnerhauptmanns Jan Skalski im königlichen Hauptquartier keinen andern Zweck, als die Richtung des Heer›ugs nach einem dieſer gefährdeten Kriegstheater zu lenken. Aber unbegründet und ſicher nur aus der feindſeligen Geſinnung des Geſchichtſchreibers erfunden iſt es, wenn Dlugoſz erzählt, der König habe nach langem Warten auf das ſehr ſpärlich eintreffende Aufgebot zaudernd erwogen, wohin er mit dem Heere ſich eigentlich wenden ſolle. Die allgemeine Meinung ſei natürlich geweſen, dorthin, wo die Gefahr am größten, in das Niederland, wo Morungen, Schippenbeil, Raſtenburg auf dem Spiele ſtanden. Aber in einer gewiſſen „Beſchränktheit des Geiſtes“ oder einem Verhängnis folgend, hätte Kaſimir dem Rate einiger vom Orden beſtochenen Barone nachgegeben und wäre nach Weſten gezogen, um die Einnahme der Feſte Friedland zu verſuchen. Allein dies iſt eine Miſchung von

einigem Richtigen mit vielem Falſchem, denn wir haben keine Urſache anzunehmen, daß man in Polen von dem Entſchluß, den preußiſchen Krieg nur mittels Subſidien an die Soldheere zu fördern, abgegangen wäre. Vielmehr hat der Feldzug von 1461, ſcheinbar eine Ausnahme von dieſem Prinzip, zunächſt lediglich einem innern polniſchen Intereſſe dienen ſollen.

Es iſt ſchon oben (S. 131) erwähnt worden, daß der Schutz der Burgen Tuchel und Schlochau gleich im Anfang des Krieges zwei polniſchen Herren gegen eine von der Krone an ſie zu entrichtende Entſchädigung anvertraut worden iſt. Das namentlich wichtige Schlochau übernahm der Kaſtellan von Nakel, Wlodek von Danaborz. Vermutlich war es im Einverſtändnis mit den Vertretern des preußiſchen Bundes geſchehen, daß man von dem Grundgeſetz, nach welchem preußiſche Schlöſſer nur Eingeborenen übertragen werden durften, in dieſem Falle abſah, weil es darauf ankam, die Verbindung zwiſchen Polen und den Zentralpunkten der weſtpreußiſchen Inſurrektion zu ſichern, und die zunächſt gelegenen Straßenkreuzungen den Schwankungen des Krieges zu entziehen. Die Maßregel ſcheint auch ihren Erfolg gehabt zu haben, denn man hört in den erſten ſechs Jahren des Krieges nichts davon, daß dieſe Burgen von dem Wechſel der Dinge in Preußen betroffen worden wären. Aber die armſelige Finanzlage des Königs geſtattete ihm nicht, ſeinen Verbindlichkeiten nachzukommen, und da die verſprochenen Jahrgelder ausblieben, und die Schuldſumme ſchon eine ſehr beträchtliche Höhe erreichte, ging Wlodek daran, ſeine Anſprüche durch Gewaltakte zu realiſieren. Er überfiel mit ſeinen Leuten die Beſitzungen des Erzbiſchofs von Gneſen, des Palatins von Kaliſz, des Kaſtellans von Sieradz und anderer Magnaten, wie es ſcheint, in ganz ſyſtematiſchen Raubzügen, ließ Leute, Vieh und Habe aller Art fortführen und errichtete ſogar zur Bergung ſeines Raubes einen Turm, die „St. Nikolaus-Baſtei“, zum Schrecken der großpolniſchen Herren. Die Klagen wider Wlodek erhoben ſich von allen Seiten; Klerus und Adel lärmten über Räuberei, die Danziger gaben ihm den Verluſt von Kiſchau ſchuld, die Bündiſchen beſchwerten ſich über ſeinen mit

em Orden geſchloſſenen Beifrieden und über ſeine Teilnahm-
ſigkeit am Kriege — und doch konnte man ſich nicht ver-
ehlen, daß ſeine Geldforderungen ihn einigermaßen zu ſeiner
andlungsweiſe berechtigten. Es mußte Abhilfe geſchafft wer-
en, und ſchon der Reichstag zu Piotrkow vom Jahre 1459
atte ſich mit dieſer Angelegenheit zu beſchäftigen. Dort wurde
nächſt ein Ausgleich zwiſchen Włodek von Danaborz und den
roßpolniſchen Magnaten zuwege gebracht, aber die endgültige
rdnung der unerfreulichen Streitfrage erfolgte erſt zu Poſen
n Juli 1460. Die Einzelnheiten dieſer Löſung ſind zu charak-
riſtiſch für die ganze Situation des Reiches, als daß wir ſie
ergehen könnten. Zunächſt geſtand der König in einer offenen
rklärung zu, daß Włodek „kraft der ihm verliehenen Briefe“
is volle Recht hatte, ſich auf gewaltſamem Wege für die ihm
ſtehenden Gelder ſchadlos zu halten, und daß daher der
rzbiſchof und die Magnaten allen Anſprüchen auf Wieder-
ſtattung oder Erſatz der ihnen geraubten und teilweiſe ſchon
räußerten Werte Verzicht leiſteten. Damit waren aber
Włodeks Anſprüche noch keineswegs gedeckt. Man berechnete
noch auf weitere 19000 Dukaten. Davon ſollten 7000
kurzen Friſten binnen einem Jahre bar vom Könige ent-
chtet werden, und 12000 ſollten durch eine Verſchreibung
f die Städte Schlochau, Konitz, Friedland, Hammerſtein
albenburg (Bialborg) und 39 pomerelliſche Ortſchaften getilgt
erden. Ganz ausdrücklich wurde dabei der Artikel des preußi-
jen Grundgeſetzes, welcher eine derartige Verſchreibung an
nen Nichtpreußen ohne Zuſtimmung der Stände verbietet,
r dieſen Fall einſeitig aufgehoben. Und noch andere Ver-
inſtigungen wurden dem Włodek zugeſprochen: er brauchte bei
nem allgemeinen Aufgebot keine Leute zu ſtellen, er durfte
hufs der Verproviantierung mit dem Feinde Sonderverträge
ließen; in ſeiner Feſte belagert, durfte er, wenn ihm nicht
nerhalb eines halben Jahres vonſeiten des Königs Entſatz
me, ohne Schaden an ſeiner Ehre kapitulieren; in ſeiner
aſtellanei von Nakel ſollte er vier Jahre lang unabſetzbar
in, und für die fernere „Konſervation“ von Schlochau hatte

er 3000 Dukaten jährlich bis zum Ausgang des Krieges zu fordern. In Anbetracht der Thatsache jedoch, daß keine von den Städten, auf welche die Assignation lautete, in den Händen der Polen oder der Bündner war, machte sich der König anheischig, unverzüglich jeden dieser Orte, wofern man sich seiner bemächtigte, an Włodek auszuliefern [1]).

Sichtlich nur unter diesem Gesichtspunkt, weil es eben galt, durch eine teilweise Befriedigung des rücksichtslosen Gebieters von Schlochau polnisches Territorium vor weiteren Raubzügen zu bewahren, ist denn auch im Gegensatz zu der für den preußischen Krieg erwählten Maxime ein allgemeines Aufgebot dem Könige bewilligt und ins Werk gesetzt worden. Und es erläutert nur den Grundgedanken dieses Feldzuges, wenn wir vernehmen, daß er gegen den Rat Jan Tęczyńskis begonnen wurde, der sich nur von einem gedungenen Heere Erfolg versprach. Insofern es sich nun aber um den Vorteil der Großpolen im wesentlichen handelte, darf es nicht wundernehmen, daß die Kleinpolen nicht gerade mit großem Eifer herbeieilten. Sie ließen gar lange auf sich warten und kamen am Ende auch nur so spärlich, daß an eine Teilung des Heeres für die verschiedenen Kriegstheater nicht zu denken war. Im Rate des Königs behielt man daher nur den nächsten Zweck der Expedition im Auge, und es ward beschlossen, „auf die pommerische Seite zu ziehen", also weder die belagerten Festungen im Niederland zu entsetzen, noch Danzigs Umgebung von den Bedrängern zu säubern, sondern den Versuch zu wagen, den Feind von seinen Verbindungen mit dem Westen abzuschneiden. Erfolge auf diesem Gebiete mußten allerdings gemäß dem Vertrage vom vorigen Jahre dem Włodek von Danaborz und mittelbar andern großpolnischen Magnaten zustatten kommen; aber darum zu sagen, der Entschluß des Königs sei von einigen durch den Orden bestochenen Magnaten eingegeben worden, wie Długosz thut, scheint denn doch eine überall, wo es übel geht, Verrat witternde Leidenschaftlichkeit zum Grunde zu haben. Denn der Orden war nicht in der

1) Cod. epist. saec. XV, 197—202.

Lage, mit Geld sich Söldner zu kaufen, geschweige denn die Herren des königlichen Rats. Das Mißgeschick des Feldzugs lag vielmehr bestimmt wieder in der Unbotmäßigkeit des Heeres. Viele waren mit der Tendenz des Feldzuges unzufrieden, und als das Heer durch das Nakler Gebiet zog, rächte man sich zunächst an Włodek von Danaborz durch eine gründliche Plünderung des ihm unterstehenden Landes, obgleich es polnischer Boden war. Andere wieder nahmen Anstoß daran, daß die Königsfahne mit dem weißen Adler nicht entfaltet wurde. Man hatte wegen der Geringfügigkeit des Heeres davon absehen wollen, aber gegenüber dem ausbrechenden Unwillen des Adels, der nur dem königlichen Banderium, nicht denen der Magnaten dienen wollte, alsbald nachgeben müssen. Noch anderen gefiel die Wahl der Feldherren nicht, die auf Peter von Szamotół, den Staroſten von Großpolen, und Jan Zaręba, den Staroſten von Wielun, gefallen war. Und alle glühten vor Zorn wegen eines in Krakau ausgebrochenen Aufruhrs, bei dem ein Tęczyński von einem Handwerker erschlagen worden war. So bereitwillig sich der König auch erklärte, den Vorfall mit der ganzen Schärfe des Gesetzes nach seiner Rückkunft zu ahnden, so konnte doch nicht verhindert werden, daß im Heere eine immer mehr ansteigende Aufregung um sich griff. In dieser Stimmung zog man nun in der Mitte des Monats August vor die Feste Friedland, die denn auch nach achttägiger Belagerung gegen Bewilligung freien Abzugs der Besatzung kapitulierte. Man übergab die Stadt dem Vertrage entsprechend dem Włodek von Danaborz, und das Heer lagerte sich nunmehr vor Konitz, der wichtigsten aller Festungen im Westen Preußens.

Für große und langwierige Belagerungen aber war das polnische Kriegsheer, das hatten die ersten Kriegsjahre schon gezeigt, völlig ungeeignet. Die Unthätigkeit im Lager lockerte die Zucht nur noch mehr, und es kennzeichnet den dort herrschenden Geist sehr gut, daß, wie erzählt wird, selbst die Knaben den König bei Tag und bei Nacht den beleidigenden Zuruf: „Zła rada“ (Schlimmer Rat!) hören ließen. Gar so schlimm war aber der Ratschlag doch wohl nicht gewesen; denn gelang

es in der That, Konitz zu nehmen, den Herzog Erich von Pommern, der eben damals in vielfaches Gedränge geraten war, zu züchtigen und die ihm anvertraut gewesenen Burgen den bündnerischen Besatzungen wieder zu erschließen, dann hätte der Feldzug für die ganze Lage in Preußen eine entscheidende Bedeutung gehabt. Thatsächlich aber mißlang alles. Während das Gros des Heeres bei dem mühsamen und ungeordneten Fouragieren fortwährend erhebliche Verluste erlitt, machte sich ein Heerhaufen, der die im Heere dienende Tatarenhorde mit sich nahm, ohne Weisung des Königs auf, um die Zwecke des Krieges auf eigene Faust zu betreiben. Sie fielen mit Sengen und Brennen in das herzoglich pommersche Gebiet ein, erbrachen Neu-Stettin und andere Orte, und obwohl von den nacheilenden Mannen des Herzogs mit blutigen Köpfen heimgeschickt, brachten sie doch eine ansehnliche Beute in das königliche Lager zurück. Vermutlich würde sich diese Freibeuterei bald wiederholt haben, wenn nicht die entschlossene Gemahlin des Herzogs, die schöne Erbin des dänischen Kronschatzes, Sophia, sich plötzlich im Hoflager des Königs eingefunden hätte. In Zerwürfnissen mit ihrem Gatten, hatte sie, wie in anderen Fällen auch, die ungetreue Politik desselben gegen Polen gemißbilligt und war daher besonders geeignet, den Zorn des Polenkönigs zu beschwören. Ihrer Fürbitte soll das auch gelungen sein, und der Herzog soll durch Versprechen und Eid sich verbunden haben, der polnischen Sache wieder zu dienen, aber einstweilen saßen die Ordenssöldner in den beiden verratenen Burgen, und sie daraus zu vertreiben, hätte man die Festen erobern müssen. Daran war aber bei der Beschaffenheit des Heeres und bei der immer ungünstiger sich gestaltenden Herbstwitterung nicht mehr zu denken. Der großpolnische Adel murrte gegen den Führer des Krieges, Peter von Szamotół, wegen verfassungswidriger Kumulation der Ämter, und es fehlte nicht viel, so wäre es im polnischen Lager selbst zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen. Um dies zu vermeiden, zog der König von Konitz ab, und nachdem er noch erwirkt hatte, daß der Adel sich zu einer außerordentlichen Steuer von 5 Prozent

des Einkommens behufs Aufstellung eines Söldnerheeres verbindlich machte, löste er das Aufgebot auf und eilte nach Bromberg, wo ihn die preußischen Sendboten erwarteten.

Nicht einmal Wlodek von Danaborz, der doch wenigstens eine von den Städten, auf welche er Verschreibungen besaß, nunmehr erhalten hatte, konnte der Erfolge dieses Feldzuges sich erfreuen. Denn schon wenige Monate später, am Dreikönigstage 1462 riefen die Bürger von Friedland Söldner aus Konitz herbei, lieferten ihnen den größten Teil der polnischen Besatzung ins Schwert und gaben ihnen die Feste wieder preis. So gründlich war also der ganze Feldzug mißlungen, und man begreift es, daß die Sendboten der preußischen Stände, welche mit dem Gubernator Stibor von Baisen am 25. September in Bromberg vor dem Könige erschienen waren, ihm Vorstellungen in scharfem Tone machten. Schon im ganzen Verlauf des Jahres hatten die Danziger in ihrer Korrespondenz ein gewisses Mißtrauen durchblicken lassen, das der König durch sorgfältige Darlegung und Begründung aller seiner Schritte in den preußischen Angelegenheiten zu zerstreuen bemüht war. Aber einzugestehen, daß der Feldzug einen andern Sinn gehabt habe, als man in Danzig oder bei den Söldnern im Hinterland gewünscht, das hatte er doch nicht über sich vermocht. Er ertrug es daher mit gewohnter Milde, daß ihm die härtesten Vorwürfe wegen unerfüllter Zusagen gemacht wurden, aber als ihm die Sendboten zumuteten, den preußischen Ständen „die Marienburg, welche ja doch gegenwärtig gering geachtet würde, als sei sie mit Würfeln gewonnen, als Zufluchtsort für die Vertriebenen und Verdrängten" auszuliefern und ihnen die Tatarenhaufen aus seinem Heere zurückzulassen, so lehnte er beides rundweg ab und vertröstete die Drängenden auf ein für die polnische Landessteuer zu dingendes Söldnerheer. Wenn aber dies wenigstens durchgeführt werden sollte, dann mußte der König in die Hauptstadt eilen, um dem empörten Adel die Genugthuung für die Ermordung eines seiner Standesgenossen zu schaffen, die er dem versammelten Kriegsheere versprochen hatte. Da überdies am 21. September die Mutter

des Königs, jene ſtarke Frau, welche auf die Regierung einen ſo mächtigen Einfluß ausgeübt hatte, geſtorben war, und ein noch näher zu beleuchtender Streit um den Biſchofsſtuhl von Krakau den Klerus ſeiner Heimat in eine ungewöhnliche Aufregung verſetzt hatte, ſo drängte es Kaſimir um ſo mehr, ſich perſönlich mindeſtens dem unentwirrbaren Knäuel der preußiſchen Kämpfe für einige Zeit zu entziehen. Wir ſehen ihn daher mehrere Monate lang den preußiſchen Dingen ſcheinbar abgewandt, eine Reihe der wichtigſten Staatsgeſchäfte für Polen erledigen, und die Förderung des Krieges einem Söldnerheere anvertrauen.

In dieſem Punkte hatte der König ſein Wort eingelöſt. Nachdem er in dem Landtage von Korczyn am 6. Dezember 1461 eine neue „gabella“ — vermutlich eben die Genehmigung der vom Adel vor Konitz ſchon bewilligten fünfprozentigen Einkommenſteuer — erhalten hatte, rüſtete er unter dem Unterkämmerer von Sandomir, Peter Dunin, eine Truppe von 2000 Mann aus und ſchickte ſie den Bündnern zuhilfe. Die beiden polniſchen Söldnerführer, Peter Dunin und Jan Skalsky, ein Böhme von Geburt, ſpielen fortan eine hervorragende Rolle in den preußiſchen Kämpfen. Anfänglich hatte allerdings dieſes „Aktionsheer“, deſſen Notwendigkeit die Großpolen ſchon 1458 eingeſehen hatten, kein ſonderliches Glück. Seine nächſte Aufgabe war, die Feſte Straßburg, die ſeit Monaten von den Ordensſöldnern unter Bernhard von Cimburg (oben, S. 140) belagert wurde, zu entſetzen, und dieſes Unternehmen mißlang vollſtändig, ſo daß ſich die Belagerten (5. März 1462) den Feinden zum großen Schmerz der Bündner, welche die Bedeutung dieſer Burg recht hoch anſchlugen, ergeben mußten. Im Culmerland bildete der Beſitz der Burgen von Culm, Straßburg, Neumarkt, Löbau, Eilau u. a. einen ſo feſten Ring für die Stellung des Ordens und zum Schutze ſeines Hinterlandes, daß die von Thorn aus mehrfach verſuchten Vorſtöße und Überraſchungen erfolglos abprallten. Nicht minder wichtig war es für den Orden, daß der ſchon erwähnte neue Biſchof von Ermland, Paul von Legendorf, fortfuhr, an der Befreiung

seines Territoriums zu arbeiten. Seine Stellung war eine sehr eigentümliche. Den Bündnern gegenüber erklärte er sich kraft der ihm von seinem Vorgesetzten, dem Papst, erteilten Autorität für neutral, forderte aber die Räumung der von ihnen noch besetzten Frauenburg. Dem Hochmeister versicherte er, daß seine Politik von den redlichsten Absichten für ihn geleitet wäre, aber dafür müßte er ihn in der Eroberung der Frauenburg unterstützen. Sobald nur der Bischof sich nicht für Polen aussprach, erkannte der Hochmeister in der Arrondierung und Befestigung des Bistums einen für das preußische Hinterland so mächtigen Schutzwall, daß er allerdings der Eroberung der Frauenburg ein Opfer bringen zu müssen glaubte. Aber es ist bezeichnend, daß der Hochmeister selbst für einen so wichtigen Zweck nur ein meist aus Bauern zusammengesetztes Heer aufzubringen imstande war. So war denn im Sommer 1462 eine regelrechte Belagerung der Frauenburg von bischöflichen und hochmeisterlichen Kriegsleuten ins Werk gesetzt worden, die einigen Fortgang zu haben schien, als plötzlich ein aus Polen und Bündnern kombiniertes Entsatzheer von der Wasserseite her auftauchte. Peter Dunin und Jan Skalsky waren wohl beide dabei. Der Hochmeister, der seinem mit den bischöflichen Dienstleuten obenein noch streitenden, unzuverlässigen Gefolge nicht viel zutrauen konnte, räumte um so eiliger unter Verlusten das Feld, als ein Teil der bündnerischen Expedition sich zu Wasser nach dem Samland hinaufzog, bei Fischhausen landete und den Ort vollständig niederbrannte. Die bischöflichen Leute scheinen aber ebenso wenig standgehalten zu haben. Die Frauenburg blieb nicht bloß in den Händen der Bündischen, sondern Jan Skalsky, der es nicht vergessen hatte, wie die Bürger von Braunsberg ihn während seines Aufenthalts im Lager des Königs bei Konitz durch Verrat um die Burg gebracht, und Peter Dunin unternahmen noch einen furchtbare Spuren hinterlassenden Raubzug gegen Braunsberg, Heiligenbeil, Balga, Brandenburg, bei welchem sie zwar keine der genannten Festen einnahmen, aber, „was da an Höfen und Dörfern noch war, ausbrannten und auspochten“. Dann

marſchierten ſie „gen Danzig zurück mit 600 Platnern und Reiſigen, mit 112 Holzern (Lanzenträgern) und mit 400 Trabanten, zogen gerade durch die Stadt und lagerten ſich bei dem Dorfe Stries“, wo ſie bis zum 10. September blieben. Dann ſtießen zu ihnen von Dirſchau und Danzig 300 Reiſige und 400 gute Trabanten, und dazu der vierte Mann von Danzig nebſt etlichen Köhlern aus dem Waldamte, ſo daß vonſeiten der Bündner an 2000 Mann beiſammen waren. Am Morgen des 10ten brach das Heer auf, zog bei Putzig vorüber und brannte alle Dörfer und Höfe ringsum bis an die Seeküſte hin ab, ging ſo bis an die Leba hin vor und gelangte am Donnerſtag, den 16. September, bis zu dem auf der Straße nach Lauenburg gelegenen Dorfe Schwetzin, eine Meile von dem ſeitwärts befindlichen Nonnenkloſter Zarnowitz. Dort lagerten ſie ſich in einer Wagenburg und „begruben ſich“ zu einem Nachtlager vor dem Dorfe.

Die Bedrohungen Danzigs durch die in den Weſtburgen gebietenden Söldnerführer unter Leitung des verwegenen Fritz von Rawenecк hatten nach dem mißlungenen Feldzuge des Königs einen nur noch heftigeren Charakter angenommen. Überall ſcheinen die Bürgerſchaften der kleinen Städte den dreiſten Unternehmungen der Söldner Vorſchub geleiſtet zu haben. So war am 8. Dezember 1461 die Feſte Stargard, in der des Gubernators eigener Sohn befehligte, ihnen ſamt der Beſatzung verräteriſch in die Hände geſpielt worden, und die Danziger und Dirſchauer machten im Januar darauf vergebliche Anſtrengungen, ihr Mißgeſchick zu korrigieren. Namentlich aber war die Einniſtung der Söldner in Putzig und Lauenburg für Danzig eine Kalamität. Wohl unternahmen die Bürger im Winter auf dem Eiſe, wie im darauf folgenden Sommer lebhafte Streifzüge wider ſie, bei denen ſie ihnen wohl Leute und Beute abfingen, aber jene vergalten jeden Schaden ſofort durch die keckſten Unternehmungen. Im Juli z. B. mußten in Danzig vierzehn Tage lang alle Mühlen ſtillſtehen, denn die Söldner hatten wiederum eine Meile oberhalb der Stadt die Radaune „ausgeſtochen und dann zergraben und zerhackt“. Die ganze

Umgegend muß schon völlig einer Wüstenei geglichen haben, und man erkannte daher in Danzig, daß diesem Unwesen nur durch die Vertreibung der Söldner aus dem Putziger Winkel ein Ende gemacht werden könne. Darum hatten sie das polnische Heer mit dem ihrigen vereinigt herangezogen und suchten offenbar den Feind. Dort bei Schwetzin sollten sie ihn finden. Am Freitag den 17. September kamen Kaspar Nostwitz, der Hauptmann von Konitz, Fritz Raweneck von Mewe, Stargard und Putzig, Kaspar Warnersdorf von Lauenburg, Fritsche Hogeneft von Neuenburg und Schöneck sowie der Hauptmann von Kischau mit allen ihren Mannschaften, denen auch einige aus dem Herzogtum Pommern sich zugesellt hatten, 1000 Platner und Reisige mit 400 Fußknechten und 1300 Bauern, gleichfalls mit einer Wagenburg. Ihr Plan soll gewesen sein, die Wagenburg der Bündischen, da sie an 700 Mann mehr als jene zur Verfügung hatten, zu belagern und auszuhungern. Aber in dem Augenblick, als sie im Begriff waren, ihre eigene Wagenburg zu schließen, rückten die Reisigen und Trabanten der Bündner aus ihrem verschanzten Lager heraus, überließen dasselbe der Hut der aus Danzig ausgehobenen Mannschaften unter ihrem Hauptmann Lukasz, um eine Zuflucht für den Notfall zu behalten, und zogen zu Fuß und zu Roß mit dem ganzen Haufen den Ordenssöldnern entgegen. Der Anprall war so gewaltig, daß die Lanzen in Stücken zersplittert in die Luft sprangen. Aber die Spitze des Ordensheeres ward gebrochen, es wich zurück. Um so heftiger drangen die Bündischen auf sie ein, und dreimal soll sich im Verlauf des Kampfes der Zusammenstoß wiederholt haben. Die Ordenssöldner erholten sich nicht mehr, der Sieg gehörte den Bündischen. An tausend Reisige, Bürger und Bauern vom Ordensheere blieben auf der Wahlstatt oder in den nahen Wäldern und Brüchen. Mitten im Felde wohl mit 250 Hofleuten und Ritterbürtigen war Fritz Raweneck, der tapfere Hauptmann, hingesunken. Sein Leichnam wurde in dem Nonnenkloster von Zarnowitz beerdigt. Von der bündnerischen Seite sollen nicht mehr als 100 gefallen und 150 schwer verwundet worden sein, von denen viele hernach in

Danzig ſtarben [1]). Die Sieger brachten die Nacht in ihrer Wagenburg zu; am andern Tage brachen ſie wegen der Verwundeten auf und kamen am Sonntag mit den erbeuteten Wagen in Danzig an.

Der ganze Schlag war ein wohl berechneter und von langer Hand angelegter. Nicht Zufall war's, daß eben jetzt ein neuer Trupp polniſcher Söldner in Preußen unter der Führung Albert Górskis anlangte und nach dem Putziger Winkel eilte. Er kam freilich nach gethaner Arbeit; zu ſpät, um an der offenen Feldſchlacht noch Anteil zu nehmen, aber zeitig genug, um noch durch einen verheerenden Raubzug die Quellen für den Unterhalt der Ordensburgen zu ſchwächen. — Wir haben dieſer Schlacht bei Zarnowitz, wie ſie genannt wurde, eine ausführlichere Behandlung gewidmet, weil ſie in der That epochemachend für den weiteren Verlauf des Krieges geworden iſt, allerdings nicht in dem Sinne, wie es wohl von den bündneriſchen Hiſtoriographen dargeſtellt worden iſt. Wir ſind vielmehr in dem ſeltenen Falle, dem an dieſer Stelle auffallend maßvollen Pragmatismus des Długoſz beipflichten zu müſſen. Schon die Zeitgenoſſen haben es nicht unterlaſſen, dieſe Schlacht mit der bei Konitz aus dem Beginn des Krieges in Parallele zu ſetzen, und der Danziger Stadtſchreiber meint: „das in dieſer ſchlachtunge mer volckes tot bleb, wen in der nidderlage, die der her koningk für der Conitz hatte." Damit widerſpricht er ſich ſelbſt, denn nach ſeinen eigenen Angaben ſind bei Konitz an „3000 adelige und ander gutte Hoffeleutte, ane ander

1) Faſt wörtlich nach Johann Lindau, Geſchichte des dreizehnjährigen Krieges. — Długoſzs Erzählung, die einzige, die als zeitgenöſſiſche daneben in Betracht kommen kann, verrät ſich in einzelnen Wendungen nur als eine mit ſtarken nationalen Deckfarben und Zuthaten verſehene Überarbeitung desſelben Berichts, dem vielleicht der von der Stadt Danzig an den König gelieferte als gemeinſame Quelle gedient haben mag. Ob nicht ein Mißverſtändnis der Worte Lindaus: „und brochen der hern soldener ire spicze" (d. h. ſie ſprengten die Tête der Söldner) zur Erfindung der halben Winkelriedsthat Paul Jaſienskis den Anlaß gegeben hat?!

volck" gefallen, während er die Zahl der Toten bei Zarnowitz überhaupt auf etwas über 1219 normiert. Aber diese Totenstatistik, sowie der Umfang der Kämpfe überhaupt geben gar keinen irgendwie fruchtbaren Vergleichungspunkt. Noch klaffender stellt sich die Differenz, oder noch zutreffender die Unvergleichbarkeit der beiden Schlachten dar, wenn man die unmittelbaren Folgen derselben in Betracht zieht. Man erinnere sich der Stellung des Ordens vor der Schlacht bei Konitz und beachte den ungeheuren, fast plötzlichen Umschlag, der es ihm ja überhaupt erst ermöglichte, nicht nur einen dreizehnjährigen Krieg zu führen, sondern am Ende sein Dasein mit einer Einbuße seines halben Territoriums zu retten. Man denke sich den Orden bei Konitz geschlagen, dann war er mit einem Schlage ausgetilgt aus preußischen Landen, dann war sein Untergang an jenem Tage besiegelt. Und nun halte man dem gegenüber die unmittelbaren Ergebnisse der Schlacht bei Zarnowitz. Nicht eine einzige Burg hat infolge derselben den Siegenden die Thore geöffnet. Ja, wenn es, woran kaum gezweifelt werden kann, der nächste Zweck der ganzen Kraftanstrengung im Herbst 1462 gewesen ist, die der Stadt Danzig wie eine Meute auf dem Nacken hockende Besatzung von Putzig auszutreiben, dann wurde auch dieser nicht einmal erreicht, denn die Sieger wagten nicht, die Feste anzugreifen; sie begnügten sich damit, Prausk zu „bepasteien", und die Räuber von Putzig fuhren fort, gar manchen Trupp „Drabanten von Danczke" aufzuheben und gar manchen Viehtransport aus Pommern, der für die Tafeln der reichen Stadtherren bestimmt war, in ihre Schlupfwinkel wegzuführen.

Wenn aber Długosz in seiner Beurteilung der Schlacht bei Zarnowitz meint, daß durch diese Niederlage der Sieg bei Konitz „verdunkelt" und andererseits die Schmach der Polen zum großen Teil getilgt worden sei, daß diese „Deflorierung der Glorie des Ordens" eine Belebung des Vertrauens zwischen dem Könige und den Bündnern und eine Steigerung des Kriegseifers erzeugt habe, so müssen wir ihm nach den in den folgenden vier Jahren zur Erscheinung gekommenen Thatsachen

beipflichten. Der moraliſche Eindruck dieſes verhältnismäßig doch kleinen Gefechts ſcheint unermeßlich geweſen zu ſein, in außerordentlichem Maße aufmunternd auf der einen Seite, und Verzweiflung erregend auf der andern. Dlugoſz hat recht, daß von dieſer Zeit an der Orden anfing, abwärts zu gehen und ſeinem Ruin zuzueilen. Faſt nichts mehr gelang ihm, alles ſchlug zu ſeinem Schaden aus, obwohl er gerade in dieſen letzten Kriegsjahren ſeine freilich verſiegenden Kräfte bis zum äußerſten ſpannte. Mit ungleich größerem, aber von Erfolg zu Erfolg geſteigertem Nachdruck geſchah dasſelbe von der andern Seite, und von nun an erſt erhielt der Krieg einen erkennbaren Sinn und Plan, von nun an ſtellen ſich nach einander entſcheidende und abſchließende Momente heraus. Nicht als ob die zuchtloſe Räuberei auf beiden Seiten, das Wegbrennen der Dörfer und Höfe, das Auflauern der Fourageure, das Abfangen von Vieh, das Abſengen der Ernte, das Wegfangen von „Pferden und Vitalien“ jetzt geringer und ſeltener geworden wäre; der Stadtſchreiber von Danzig giebt davon ein chronologiſch geordnetes und ſtatiſtiſch feſtgeſtelltes Regiſter, und es kann unſere Aufgabe nicht ſein, ihm in dieſer Chronik eines verbiſſenen Fanatismus und abſchreckender Kondottierenſitten nachzufolgen. Aber mitten durch dieſes, wie es ein neuerer preußiſcher Hiſtoriograph mit Vorliebe nennt, „planloſe Getümmel“, erkennen wir großartige, zweck- und zielbewußte Unternehmungen von wohlbedachter Überlegung eingegeben, mit ſorgſam gehäuften Machtmitteln unternommen, und jedesmal auf einen ſolchen Punkt gerichtet, an welchem mit dem Siege der Angreifer eine weſentliche Stütze des Ordens zuſammenbrechen mußte. Der Grundgedanke dieſes aggreſſiven Vorgehens ruht auf der namentlich bei Zarnowitz gewonnenen Überzeugung, daß der Orden nicht nur kein mobiles Feldheer mehr beſitze, ſondern auch in den Burgen ſelbſt nicht einmal ganz ausreichende, geſchweige denn zeitweilig abkömmliche Beſatzungen noch habe. Um ſo mehr aber durfte man auf die Heranziehung des polniſchen Aufgebots, das ja ohnehin keine ermutigenden Erfahrungen zurückgelaſſen hatte, verzichten. Aber ſelbſt die für die

Steuererträgnisse gedungenen polnischen Söldner wurden doch nur teilweise und zur Aushilfe verwandt, und allenfalls, um im Culmerland, im Gebiete des immer mehr von seiner Spannkraft herabsinkenden Bernhard von Cimburg, zu kämpfen, oder die gelegentlichen kleinen und großen Neckereien und Räubereien zu besorgen, oder auch diejenigen Burgen, die man schon erworben hatte, zu halten und zu sichern. Von der Ruhmredigkeit des zeitgenössischen polnischen Historiographen, der eigentlich alle bedeutenderen Schläge von Polen ausgeführt werden läßt, darf man sich in diesem Punkte nicht irren lassen, denn abgesehen von seiner eigenen Neigung für sehr patriotische, aber mit der Wahrheit im Kontrast stehende Gemälde mögen ihm Berichte vorgelegen haben, von denen man in Danzig selbst, also auf der befreundetsten Seite, die Klage führte, daß sie „wenig zuverlässig und lügenhaft“ seien. Weder in dem Heldentum der Polen noch in der gesteigerten Umsicht des Königs lag das Verdienst der veränderten Sachlage, sondern in der beispiellosen Unermüdlichkeit und Kraftentfaltung Danzigs. So trostlos die Bemerkung für den deutschen Patrioten auch sein mag, so sehr entspricht es doch der Wahrheit, daß vielleicht im ganzen Verlauf der deutschen Geschichte niemals ein städtisches Gemeinwesen eine so zähe und von Jahr zu Jahr wachsende Kraft für den Verbleib bei dem politischen Verbande Deutschlands entfaltet hat, als hier die deutsche Seestadt aufbot, um sich von demselben zu trennen. In einzelnen Erhebungen, in Ereignissen von kurzer Dauer, mögen andere Städte, wie Lübeck, Nürnberg, Vergleichbares zuwege gebracht haben, aber diese durch eine solche Reihe von Jahren bewiesene Beharrlichkeit der Energie, dieses eigentümliche Wunder, daß mitten in einem unerhörten Aufwand von Mitteln der Wohlstand in sichtlichem Wachstum begriffen war, daß man durch glückliche Seekriege das überreichlich einzubringen wußte, was der Landkrieg an Vermögen auffog, diese harte Entschlossenheit des Regiments, das die zu Aufruhr geneigte Menge zum Teil mit sich fortzureißen, zum Teil mit eiserner Strenge niederzuhalten verstand — diese dürften denn doch selbst in den ita-

lienischen Republiken, mit denen Danzig so oft in Parallele gesetzt wird, kaum in gleichem Umfang nachgewiesen werden können.

Natürlich wurden daher auch die Kriegsunternehmungen, von denen wir sprechen, immer in Verbindung mit den nächsten Interessen der führenden Stadt ins Werk gesetzt. Das erste große Beginnen nach der Schlacht bei Zarnowitz war die Belagerung von Mewe, das durch die Behinderung der Weichselfahrt eine Lebensader des Danziger Verkehrs stocken machte. Auch auf dem Flusse hatte manche Episode des Krieges gespielt. Immer noch wagten die Danziger Handelsschiffe nur in ganzen Flotten, auf denen sich „Basteien" befanden, von Thorn hinabzufahren, und mancher Transport war den lauernden Söldnern von Mewe in die Hände gefallen. Schon sechs Jahre zuvor hatte man von Danzig aus Furcht vor Verpfählungen des Fahrwassers die Belagerung von Mewe begonnen, aber ohne Erfolg wieder aufgeben müssen. Mit um so größerem Eifer zog jetzt gegen Ende Juli 1463 das Kriegsvolk von Danzig, Dirschau, Marienburg und die Polen aus Praust mit gewaltigem Belagerungsgerät unter der Führung der beiden Sieger von Zarnowitz, des Ratsherrn Johann Meydeborg und des Polen Peter Dunin, vor die Feste. Trotz der mannhaften Gegenwehr der Besatzung, die in vielen Ausfällen sich kund gab, und trotz der diesmal in großem Maßstab unternommenen Entsatzversuche, bei denen wir ausnahmsweise auch wieder einmal von einem persönlichen Eingreifen des Hochmeisters vernehmen, mußte Mewe am 27. Dezember, also nach sechsmonatlicher Einschließung, „Hungers und Kummer halben" gegen freien Abzug der Besatzung sich den Feinden ergeben. Umsonst hatte der Hochmeister bei dieser Belagerung, deren ganze Bedeutung ihm nicht entgangen zu sein scheint, eine kühne Kombination zum Entsatze unternommen. Alle Truppen, die er aufzuraffen vermochte, und von denen er nur einen geringeren Teil zu Lande südwärts marschieren ließ, suchte er zu Schiffe über das Haff zu bringen, allein die Danziger und Elbinger umzingelten mit ihren „Schnicken" das schwimmende Entsatzheer und ver-

nichteten dasselbe vollständig. Auch aus den Burgen des westlichen Preußen waren die Ordenssöldner herangezogen, offenbar in der Absicht, sich mit dem Heere des Hochmeisters zu verbinden. Als aber dieses letztere nicht erschien, und die Danziger anfingen im Werder, wo sie eingedrungen waren, Basteien aufzurichten, zogen sie sich eiligst in ihre Burgen wieder zurück. Aber es verdient wohl wieder angemerkt zu werden, daß die Bauern im Werder ihrem Vogte zum Trotz die Parteigänger des Ordens „mit gutem Willen als ihre liebe Herren empfingen“ und ihnen zu den Lebensmitteln verhalfen, mit denen man die Danziger Böte hatte speisen wollen. — Jetzt erst, mit dem Fall von Mewe, war in die Stellung des Ordens im Weichselande eine Lücke gebrochen, die den völligen Verlust desselben fast zur Gewißheit machte. Der erste, der von dieser Überzeugung sich zu einer entscheidenden Entschließung drängen ließ, war der beste Freund des Ordens, sein trotziger Vorkämpfer Bernhard von Cimburg. Im Herbst 1462 hatte er die Stadt Golub an den aus zweijähriger Gefangenschaft in Böhmen wieder auftauchenden Ulrich Czerwenka verloren, und da ihn das Fiasko des Hochmeisters bei dem Versuch des Entsatzes von Mewe lehrte, wie viel weniger noch er auf Rettung hoffen dürfte, wenn sich die Masse der feindlichen Gewalt wider ihn kehren würde, und da mit dem Verluste von Golub die Versorgung seiner Burgen aus Dobrzyn und Masowien abgeschnitten, und aus den Mitteln des Ordens nichts mehr zu erwarten war, so schloß er am 13. Dezember 1463 mit dem Könige von Polen einen immerhin noch genug ehrenvollen Vergleich, insofern er sich nur verpflichtete, von seinen Burgen Culm, Straßburg und Althaus dem Orden keine weitere Unterstützung mehr leisten, die Schlösser als Faustpfand für seine vom Könige allein zu lösenden Soldansprüche behalten, andererseits aber auch der Huldigung der culmischen Stände vor der Krone Polen kein Hindernis in den Weg legen zu wollen. So war mit dem Falle Mewes das Culmerland für den Orden verloren. Aber bald traf ihn ein noch härterer Schlag, denn auch der Bischof von Ermland gab die Sache des Ordens auf.

Wie ein furchtbarer Alp saß ihm Johann Skalski in Frauenburg gleichsam auf der Brust und schreckte Braunsberg, gegen welches er persönlich einen besondern Groll wegen des ihm gespielten Verrats hatte, durch unaufhörliche Angriffe. Nachdem derselbe neuerdings auch noch Falkenstein erobert hatte, war der Bischof um den besten und gewichtvollsten Teil seiner Diöcese gebracht. Dem Orden ohnehin nur mit halber Treue ergeben, trug er unter solchen Umständen kein Bedenken, sich dem Könige von Polen am 16. März 1464 unter Bedingungen zu unterwerfen, die den von Bernhard von Cimburg acceptierten einigermaßen glichen, jedenfalls aber ausschlossen, daß der Orden aus den dem Bistum gehörigen Orten noch Lebensmittel und Kriegsbedürfnisse beziehen konnte. Einige Monate später, im November 1464, trat der Bischof förmlich in den preußischen Bund ein, von dem er sich bisher abgesondert gehalten hatte, und im Anfang des Jahres 1466 öffnete er unter förmlicher Kriegserklärung gegen den Orden den polnischen Truppen alle seine Städte.

Ein Blick auf die Karte wird leicht veranschaulichen, in welche Lage der Orden durch diese beiden Abfälle geraten war. Seine Verbindung mit den westlichen Burgen war dadurch fast ganz abgeschnitten, und an Finanzmitteln, um die isoliert gewordenen Söldnerführer in denselben bei guter Haltung zu bewahren, fehlte es ihm gänzlich. Allmählich begannen auch dort die Hofleute des Ordens bedenklich zu werden. Manche ließen kleinere Burgen ganz und gar ledig und zogen aus dem Lande, und in den größeren Burgen war es nur dem moralischen Kredit ausgezeichneter Hauptleute zu verdanken, daß sie dem Angriff der Bündischen einen trotzigen Widerstand entgegensetzten. So hielt sich die Feste Putzig, deren Belagerung die Danziger am 23. April 1464 begannen, unter dem tapferen Balthasar von Dohna nicht weniger als fünf Monate in verzweifelter Gegenwehr, bis sie endlich auch am 26. September gegen freien Abzug der Besatzung kapitulieren mußte. In Danzig mußte dieser Erfolg wie eine Befreiung von schwerem Joch empfunden werden, denn von keinem Punkte aus war

n Bürgern der Seestadt das Unheil des Krieges in solcher
mittelbarkeit fühlbar geworden, als gerade von Putzig her.
ch vor dem Fall dieser Feste aber, gegen Ende Juli, waren
Bündischen ausgezogen, um Neuenburg, den einzigen befestigten
atz, der dem Orden noch einen Übergang über die Weichsel
erte, zu belagern. Wegen der größeren Nähe an Polen
tten hier die polnischen Söldnertruppen das Wesentlichste zu
ten. Aber der Anfang mindestens war leichtfertig genug
geführt. Noch ehe der polnische Söldnerführer Tomiec die
rschanzung begonnen hatte, erlitt er durch die ausfallende
satzung eine Niederlage, bei der er selbst beinahe in den
ten der Weichsel umgekommen wäre, hätten ihn nicht Dan-
r Botsleute aufgefischt. Erst als Peter Dunin in den
ten Tagen des August mit seinen in der Danziger Niederung
behrlich gewordenen Leuten heranrückte, konnte die Ein-
ießung der Festung durchgeführt werden. Auch hier hielt
die Besatzung tapfer an sieben Monate lang, vergeblich
h Entsatz und Hilfe ausspähend, aber am Ende ward sie
höpft; am 2. Februar 1465 ergab sie den Platz gegen
ien Abzug der Verteidiger. In eben demselben Winter war
h Soldau an der masowischen Grenze, das seit dem 18. Sep-
ber von Herzog Konrad von Masowien belagert wurde,
königlichen Truppen übergeben worden, so daß durch ganz
eußen nunmehr ein breiter Streifen ganz in den Händen
Bündischen sich befand. Von einer irgendwie einflußreichen
genaktion des Ordens konnte kaum noch die Rede sein. Der
chmeister hatte alle Hände voll zu thun, um den Andrang
Feindes von dem nun bloßgestellten Hinterlande abzuwehren.
r Spittler Reuß von Plauen rieb seine schwachen Kräfte
abenteuerlichen Anschlägen bald auf die großen Städte, bald
Plätze untergeordneter Bedeutung auf. Wenn von „plan-
m Getümmel" noch die Rede sein konnte, dann war es
noch auf der Seite des Ordens. Die hastigen, unzweck-
ßigen und regellosen Bewegungen seiner Kriegsmannschaften
ten die hereinbrechende Agonie fast noch deutlicher an als
großen Verluste. Die Bündischen sahen sehr wohl, daß

ſich der Krieg zu Ende neige. In den vielfältigen Friedensverhandlungen, von welchen wir gleich im Zuſammenhang erzählen werden, ſprach ſich die Sicherheit ihrer Überzeugung aus, daß es in ihrer Hand liege, alles, was der Orden jetzt als Friedenspfand anböte, auch ohne eine Gegenleiſtung von ihrer Seite zu erzwingen. In Danzig wie in Krakau war man im Frühjahr des Jahres 1465 der übereinſtimmenden Anſicht, daß man die pomerelliſchen Städte, Konitz, Friedland, Stargard, Lauenburg u. a., ſich nicht vom Orden freiwillig übergeben laſſen dürfe, weil er dadurch den Anſpruch eines zu beträchtlichen Äquivalents gewinnen würde. Und darum hatte man ſchon im Mai im polniſchen Reichstage beſchloſſen, daß die kleinpolniſchen Provinzen durch Geldbeiſteuern, die großpolniſchen aber durch perſönlichen Kriegsdienſt des Adels einen Heerzug des Königs wider Konitz, den Mittelpunkt der pomerelliſchen Feſtungen, unterſtützen ſollten. Die Erwartung eines ſolchen Unternehmens, ſowie die gerade damals mit Lebhaftigkeit gepflogenen Friedensunterhandlungen ſcheinen im Sommer des Jahres 1465 die Kriegsthätigkeit der Bündiſchen einigermaßen gehemmt zu haben; als aber beides ſich zerſchlug, fingen ſie das Werk mit eigener Kraft an, und um Michaelis 1465 wurde die Belagerung von Stargard begonnen, aber erſt zehn Monate ſpäter, am 23. Juli 1466, nach Kämpfen, die der Tapferkeit und Umſicht auf beiden Seiten zum höchſten Ruhme gereichen, wurde die Feſtung gewonnen, da die ganze Beſatzung in der voraufgegangenen Nacht heimlich entwichen und nach Konitz abgezogen war.

Wie im Anfang des dreizehnjährigen Krieges, ſo richtete ſich auch am Ausgang desſelben die allgemeine Aufmerkſamkeit auf Konitz, die feſte und getreue Burgſtadt des Ordens, die es verdient, in den Annalen der deutſchen Geſchichte beſonders geprieſen zu werden. Wie ein Wahrzeichen des ganzen Krieges iſt ſie zu betrachten. Unter ihren Mauern hatte ſich vor dreizehn Jahren jene tief eingreifende Wendung vollzogen, welche den von allen verlaſſenen deutſchen Orden auf preußiſchem Boden erhielt und den dünnen Faden gewiſſermaßen einſenkte,

n welchem nach Jahrhunderten wieder der deutſche Prinzipat
n Oſten ſich zu erheben vermochte. Und dreizehn Jahre hin-
urch haben hier deutſche Hauptleute wie Fritz Raweneck und
aspar Noſtitz, der Schleſier, eine Treue, eine kriegeriſche Tapfer-
it und Regſamkeit, eine freudige Verwegenheit und zuweilen
lbſt einen todverachtenden Humor an den Tag gelegt, die
nes glücklicheren Erfolges würdig geweſen wären, und die
bhaft an jenen Helden „mit der eiſernen Hand“, wie er in
r nationalen Dichtung fortlebt, erinnern. Es war gleichſam
ne Symmetrie des Schickſals, daß auch hier der letzte Strauß
r furchtbaren Tragödie ſich vollziehen ſollte. Offenbar waren
e Bündiſchen nicht ſehr einverſtanden mit dem ſchon das Jahr
rher von dem polniſchen Reichstag gefaßten Beſchluß, daß
r König alle Macht an die Eroberung von Konitz ſetzen
üſſe. Sie hielten vielmehr die Lage reif dafür, daß der
önig wiederum in Marienburg erſcheine. Das, meinten ſie,
ürde einen ſo mächtigen Eindruck hervorbringen, daß viele
lätze, die jetzt noch dem Orden anhingen, ſich der königlichen
errſchaft unterwerfen würden. Die üblen Zuſtände, die durch
hlechte Verwaltung auf der Marienburg eingeriſſen, waren
sgeſprochenermaßen mit ein Grund für das Verlangen der
anziger Sendboten. Allein der König rechnete, als er im
rühjahr 1466 mit verſtärkten Söldnertruppen, mit ſeinen
ofleuten und dem Geſinde der großpolniſchen Würdenträger
i die preußiſche Grenze zog, immer noch darauf, daß die
s zu einem großen Maß der Annäherung gelangten Friedensunter-
ndlungen von glücklichem Erfolge gekrönt ſein und ihn des
riegszuges überhaupt entheben würden. Allein während er
it dem 18. Mai, an zwei Monate lang zögernd, ſich in Brześć
Kujawien aufhielt, trugen ſich Dinge zu, welche allerdings
n allerſchleunigſten Austrag der Frage über die pomerelli-
en Feſtungen zur unvermeidlichen Notwendigkeit machten.
on unerwünſchten Seiten begannen nämlich Einmiſchungen ſich
ranzudrängen, die deutlich kundgaben, daß man an der Beute
Pomerellen ſich beteiligen wolle. Der Herzog Erich von
ommern-Stolp ließ nämlich durch Vertrauensmänner beim

Könige unter Bezeigung einer ſcheinbar devoten Ergebenheit anfragen, ob er nicht die Burgen Lauenburg und Bütow um den einſt vom Orden empfangenen Preis von 8000 Dukaten von den Söldnern auskaufen, und vielleicht inbetreff anderer pomerelliſcher Plätze, wie Konitz und Stargard, ebenſo verfahren dürfe. Die Abſicht war faſt zu plump an den Tag gelegt, und wenn der König in einer zurückhaltenden, zunächſt dilatoriſchen Antwort die Zumutung ablehnte, ſo geſchah es nicht, weil er ihren Sinn nicht erkannte. Die Intrigue trat in noch offenerer Blöße hervor, als die Nachricht einlief, daß ſich ein pommeriſcher Abenteurer, Martin von Zitzewitz, durch Trug und Gewalt in den Beſitz der Burg Schlochau zu ſetzen gewußt habe [1]), und daß ein brandenburgiſcher Rat mit vierzig Reitern in der Nähe der Feſte erſchienen ſei, der gewiß auch nicht ohne Hoffnung auf Gewinn bei dem Zuſammenſturz der Dinge in Pomerellen herangekommen war. Nach allem dem konnte Kaſimir nicht mehr zaudern. Der Zug nach Marienburg war vorerſt aufgegeben; alle Kriegskräfte wurden vor Konitz geworfen, denn an dieſem Beſitz hing die Entſcheidung. Und der Erfolg entſprach der Erwartung. Die Städte Friedland und Hammerſtein vertrieben ihre Beſatzungen und ergaben ſich dem Könige [2]); eben wurde auch der Fall der Feſte Stargard gemeldet. In Schlochau hatte ſich der polniſche Hauptmann durch einen Verrat an dem Verräter Zitzewitz wieder in den Beſitz der Burg geſetzt. Die Ordensbeſatzung von Kiſchau hatte ſchon früher kapituliert. Nur in Konitz wehte noch die Ordensfahne. Sieben Wochen lang beſtand Kaſpar von Noſtitz den heißen, faſt fanatiſchen Kampf. Wälzten die Polen einen Haufen Litauer und Tataren heran, ſo ſchoſſen die Belagerten mit vergifteten Pfeilen von ihren Mauern herab. Endlich gelang es den Angreifern, die ſtrohgedeckten Dächer in Brand zu ſetzen, der vierte Teil der Stadt und alle Vorratshäuſer

1) Vgl. mit den preußiſchen Quellen den Brief Kaſimirs an Jakob von Dębno im Cod. epist. saec. XV, 233, no. 205.

2) S. den eben erwähnten Brief.

rden ein Raub der Flammen. Wallgräben und Verschan-
gen machten jeden Ausfall unmöglich; da sank den Ein-
chlossenen der Mut. Gegen freien Abzug mit Geschütz und
rräten gab Nostitz mit seinen Söldnern die Stadt am
. September dem Feinde preis [1]), zog nach Lauenburg und
itow, und nachdem sie auch diese beiden Festungen dem Herzog
ich von Pommern für eine beträchtliche Kaufsumme über-
en und ihr Geschütz demselben zur Verwahrung zurückgelassen
ten, zogen sie sich in ihre Heimat zurück. Es war kein
es, aber doch begreifliches Gefühl, daß in der Umgebung
Königs der Vorschlag laut wurde, dieses Konitz „für seine
izehnjährige Fortführung des Krieges" ganz von der Erde
vertilgen, und damit „den Makel der empfangenen Nieder-
e" zu sühnen. Aber es ehrt den Jagiellonen, daß er es
schlug, „mit Brand und Ruin gegen unschuldige Dächer
wüten".

Der Krieg war zu Ende. Auf der linken Seite der Weichsel
r dem Orden alles abgenommen. Aber auch auf der rechten
r alles im Zusammenbruch begriffen. Schon im Frühjahr
te Jan Skalski die Feste Mehlsack genommen. Alle Ver-
e des Ordens, im Ermländischen wieder festen Fuß zu fassen,
gen zuschanden. Mittlerweile plünderten die aus Danzig,
ing, Frauenburg auf bewaffneten Fahrzeugen herangesegelten
ndner im Samland und streiften weit in das allein dem
den noch verbliebene Gebiet. Die Söldner konnten schon
ge nicht mehr bezahlt werden, und die Hauptleute waren daher
acht, die ihnen anvertrauten Burgen als Pfänder zu be-
:en. Es war in der That beinahe so gekommen, wie es
Danziger sich vorgenommen hatten, daß sie den Orden aus
Lande hinausgehungert hatten. Der Orden war gebrochen.
schon seit Jahren geführten Verhandlungen über den Frie-
hatten neuerdings durch die Ankunft eines päpstlichen
iten einen lebhaften Anstoß bekommen. Der Fall von Konitz

1) Außer den preußischen Quellen s. den Brief Długoszs im Cod.
t., p. 236, no. 208.

machte die Sprache des Ordens vollends kleinlaut. Etwa drei Wochen danach ſtand der Hochmeiſter Ludwig von Erlichshauſen zu Thorn vor dem Könige, um den Frieden abzuſchließen. Von den langen Verhandlungen, die zu demſelben geführt haben, iſt nun noch unſere Aufgabe zu erzählen.

Sechſtes Kapitel.

Diplomatie während des Krieges.

Als ſich die Polen entſchloſſen, die Unterwerfung der preußiſchen Landritter und Städte anzunehmen, gaben ſie ſich keineswegs der Täuſchung hin, daß ſie bei der Behauptung des Erwerbs es lediglich mit dem in ſeiner Kriegsfähigkeit ſo weit zurückgegangenen Orden allein zu thun haben werden. Wie verkümmert derſelbe auch ſchon rückſichtlich ſeiner charakteriſtiſchen Merkmale und Prinzipien war, ſo kam ihm doch noch immer die hiſtoriſche Erinnerung an ſein Grundweſen zugute. Daß die ganze Welt ihn einfach zu den Toten legen laſſen werde, deſſen glaubte man ſich nicht verſehen zu dürfen. So oft hatten früher die beiden höchſten Mächte der Chriſtenheit ihr ganz beſonderes Intereſſe an dem Orden kund gegeben, daß es faſt frivol ſchien, zu meinen, ſie würden ihre Hand nicht rühren, um ihn vom Untergange zu retten. Andererſeits aber war man ſich denn auch in Polen bewußt, daß die Strafmittel des Papſtes und des Kaiſers, Bann und Reichsacht, im Zeitalter der aufſteigenden Reformation doch nur noch ſo viel Bedeutung in Anſpruch nehmen können, als ihnen reale Kräfte, Mannſchaften, Waffen und Geld, zur Seite gehen. Die Päpſte aber, Calixt III. und Pius II., welche beide für Polen keine wohlwollende Geſinnung hegten, waren ſeit dem Falle von Konſtantinopel viel zu ſehr mit Türkenfeldzügen und Kreuz-

hrten beschäftigt, um für den Orden mehr als Bullen und riefe übrig zu haben. Ebenso wenig dürfte den Polen der iiser Friedrich III. Besorgnisse eingeflößt haben. Die matt-zige Interventionslust, welche noch in den ersten zwei Kriegs-hren durch Briefe, Gesandtschaften und Reichstagsproponenda h einigermaßen bemerklich machte, erlosch vollends, als der rfürst von Brandenburg dem Kaiser auseinandersetzte, wie l Geld und Reisige vom Reich geliefert werden müßten, nn er der Aufforderung, den Orden zu retten, nachkommen lte [1]). Noch auf dem Reichstage zu Nürnberg im Jahre 56 hatte es den Anschein, als sollte eine Expedition zu seinen unsten von den deutschen Fürsten ins Werk gesetzt werden; an erkundigte sich, wie viel mobile Truppen der Hochmeister ch „notdürftiger Besetzung der preußischen Schlösser und tädte abgeben könne, wie stark das Hilfscorps an Reisigen d Fußvolk sein müsse, um erfolgreich eingreifen zu können, o die empfindlichsten Stellen für einen Einfall in Polen wären, d welche Jahreszeit dafür mit Rücksicht auf den Proviant-darf die geeignetste wäre"; ferner, ob man nicht „dieweil die tauer stille sitzen" auf den Meister von Livland rechnen nne [2]) — kurzum, man war also schon tief in die Einzeln-iten einer Heerfahrt nach Polen eingegangen, aber schließlich llte sich doch alles als bloßes Gerede heraus. Der Hoch-eister konnte nicht mehr zahlen, und Uneigennützigkeit war ejenige Tugend, die im 15. Jahrhundert noch seltener ge-orden war als zu anderen Zeiten. Ordensbrüder, die aus r polnischen Gefangenschaft zurückkehrten, erzählten, wie sie ahrgenommen hätten, daß die Polen sich höchlichst darüber rwunderten, daß kein deutscher Fürst sich des Ordens an-ihme [3]).

1) Schreiben des Kurfürsten an den Kaiser vom 27. Januar 1456, i Jäger, Cod. ord. Teut. III, 112.

2) Abschied des Nürnberger Tages 1456, im Königsberger Archiv.

3) Schreiben des Hochmeisters an den Kurfürsten von Brandenburg m 28. Mai 1455, im Königsberger Archiv.

Außer dem brandenburgiſchen Kurfürſten, von deſſen Rückſicht auf beide Kriegsparteien gebietender Stellung, wie von ſeinem verunglückten Vermittelungsverſuche bereits die Rede geweſen iſt, hat lediglich der böhmiſche Hof des Ladislaus Poſthumus eine gewiſſe geräuſchvolle Teilnahme für die Erhaltung des Ordens und für eine friedliche Löſung kundgegeben. Einige Geſandtſchaften wurden mit Polen gewechſelt, aber die Räte der polniſchen Krone waren doch genügend über die Antriebe und Hintergedanken dieſer Einmiſchung unterrichtet, um nicht einige höfliche aber dilatoriſche Redewendungen zur Abkühlung dieſes wenig begründeten Eifers für ausreichend zu halten. Der polniſche Geſandte in Prag, Nikolaus Chrzaſtowski konnte ſich durch den Augenſchein überzeugen, daß Georg Podiebrad, der eigentliche Führer der böhmiſchen Politik, vornehmlich um den Markgrafen Albrecht von Brandenburg, den klügſten und energiſchſten Fürſten des Deutſchen Reiches, ſich zu verbinden, eine rege Teilnahme für den Orden heucheln ließ. Überdies verkannte man am böhmiſchen Hofe die Abſichten Polens. Mit einer beträchtlichen Geldſumme, wähnte man dort, würde ſich König Kaſimir für ſeine preußiſchen Anſprüche abfinden laſſen. Es mochte ein auf das nachgiebige Weſen Kaſimirs wohl berechneter Einfall geweſen ſein, daß man ihn im Dezember 1454 nach Breslau zum Schiedsrichter in dem böhmiſch-ſächſiſchen Grenzſtreit einlud, denn unter perſönlichen Einwirkungen meinte man dem Könige eine veränderte Richtung ſeiner Politik abgewinnen zu können. Allein nach dem Verluſt der Schlacht bei Konitz war denn doch die Ehre Polens zu ſehr verpflichtet, als daß ein Aufgeben Preußens in Frage kommen konnte. Daher entzog ſich Kaſimir dem projektierten Fürſtentage zu Breslau ebenſo, wie er die Vermittelungsverſuche von andern Seiten mit ausweichenden Weigerungen ablehnte. Bald traten auch in Prag die Interventionsgedanken zurück, zumal die politiſchen Beziehungen im Deutſchen Reich, welche ſie hervorgerufen hatten, wiederum geändert waren. Denn wie der Türkenkreuzzug, ſo war auch die Rettung des deutſchen Ordens auf den zerfahrenen deutſchen Reichstagen jener Epoche entweder nur ein ornamen-

es Schaustück der Eindruck haschenden Redekünstler oder die lle eigennütziger Absichten und Zwecke. Die polnischen Ge- bten, die auf diesen Reichs- und Fürstentagen des Anstands gen erschienen waren, wetteiferten mit dem Wortprunk der igen Jeremiaden über das durch die Türken bereitete Elend Christenheit [1]), führten auch wohl mit den Ordensgesandten, en sie in solchen Fällen begegneten, unerquickliche Zankdialoge [2]) — inzwischen aber blieb die Führung der polnisch-preu- hen Sache von jedem äußeren Einspruch unbehelligt.

Andererseits aber hütete sich auch der König von Polen, ist dann sich in auswärtige Angelegenheiten einzumischen, m die Gelegenheit dazu eindringliche Aufforderungen zu bieten en. Dies war namentlich nach dem frühen und überraschen- Tode des Königs Ladislaus von Böhmen und Ungarn der l (23. November 1457). Es ist vielsagend und bezeichnend, sich der König über diesen Todesfall und seine näheren ständе bei dem Rate von Breslau die ersten Informationen en läßt [3]). Offenbar erkannte man im polnischen Reiche, eine Kandidatur in Böhmen oder Ungarn oder gar in den Reichen weit über die Kräfte des polnischen Staates, der preußische Krieg schon so arg zerrüttet hatte, hinaus- en würde. Darum beschied man sich, davon abzustehen. e Gesandtschaften, welche in Prag [4]) und in Ofen [5]) gleich- ol eine Werbung anmeldeten, hatten wohl nur eine Rechts-

1) S. die Reden des Jan Lutek von Brzezie im Cod. epist. saec. , 150, no. 137. 138, sowie die Rede an den Papst Nikolaus, ebdas. 140, und eine andere an Papst Calixt III., ebdas. no. 162.

2) Vgl. Aeneas Sylvius, Pruthenica in Script. rer. Prus. 227.

3) Schreiben der Breslauer an den König vom 13. Dezember 1457, Script. rer. Siles. VII, 16.

4) Von dieser Gesandtschaft spricht Aeneas Silvius, und nach ihm enlosr. Dlugosz XIII, 220 nennt den Gesandten Nikolaus gastowski. Demnach bezweifelt sie Bachmann, Ein Jahr böhm. hichte, im Archiv für österr. Geschichte LIV. 1, 89, nach Eschenloer, 24, weil der Gesandte nicht auch in Straznic war.

5) Nach Dlugosz a. a. O. war Krzesław Wojszyk Gesandter.

verwahrung zugunsten der Königin Elisabeth und ihrer bis dahin noch nicht ausgezahlten Mitgift zum Zweck, denn irgendwie ernst gemeint, hätte sie von einem ganz andern Nachdruck begleitet sein müssen. In Böhmen war die Partei, welche ehemals bei mehreren Wahlen den Namen eines polnischen Prinzen auf ihre Fahne geschrieben hatte, gänzlich verschollen, und noch weniger war in Ungarn von einer solchen die Rede. Es war ein rein künstliches und eigennütziges Unterfangen, als Giskra von Brandeis den Versuch machte, König Kasimir für einen Wettbewerb mit Matthias Corvinus zu engagieren [1]). Die Räte der Krone erkannten sehr wohl die Bodenlosigkeit dieser Bestrebungen, und wenn sie sich den Anschein gaben, den Lockreden des ungarischen Kondottieren Gehör zu leihen, geschah es, wie schon früher dargelegt wurde, lediglich in der Absicht, den Kredit des Söldnerführers für die preußischen Händel nutzbar zu machen. Und diese Politik hatte doch auch in der That den Erfolg, daß die erste größere Pause in dem nordischen Kriegsgetümmel durch Giskras Vermittelung eingetreten war.

Die große und nach Lage der Dinge notwendige Zurückhaltung Kasimirs, der also dem Emporkommen Georg Podiebrads in Böhmen und des Matthias Corvinus in Ungarn keine substantiellen Schwierigkeiten in den Weg legte, konnte aber nicht verhindern, daß diejenigen, welche das Auftreten der „Uffgeruckten" mißbilligten, ihre Augen auf Polen richteten. Zu dem Widerstand, den die Breslauer dem neuen Könige, dem verhaßten Jirzik, leisteten, trug nicht wenig die Zuversicht derselben bei, daß sie an Kasimir einen kräftigen Rückhalt finden würden. Ging doch gar zur großen Bestürzung der böhmischen Nationalpartei das Gerücht, daß Breslau sich der polnischen Krone unterwerfen wolle [2]). Daran dachte man nun freilich

1) Vgl. besonders das Schreiben bei Bachmann, Ein Jahr böhm. Geschichte a. a. O., S. 122. 123.

2) Eschenlöer, ed. Markgraf, S. 37. 49. Dlugoß XIII, 246 nimmt das Gerücht für Thatsache. Auch in der Umgebung Georgs glaubte man die Gesandtschaft der Breslauer so auslegen zu müssen. S. Fontes rer. Austr. XLII, 285.

Breslau nicht. Wohl aber ſuchte man ſich der Sympathieen des ıigs und der freien Zufuhr von Lebensmitteln, ſowie der Erbnis zu Werbungen in Polen zu verſichern [1]). Aber auch in en Punkten, welche auf dem September-Reichstag 1459 in ner Verſammlung behandelt wurden, bewahrte Polen um ſo)r eine vorſichtige Reſerve, als mittlerweile auch Georg Podieb bereits durch eine Geſandtſchaft ſich dem Könige genähert te. Noch im Januar desſelben Jahres hatte zwar der Reichstag r Korreſpondenz mit den beiden Emporkömmlingen widerın [2]), aber mittlerweile hatte doch namentlich König Georg : Stellung in der Welt und beſonders im Reich ſich erobert, gegenüber ein legitimiſtiſch-doktrinärer Trotz mehr als lug erſchienen wäre. Die preußiſchen Bündner, welche ein ereſſe daran hatten, daß ſich die polniſche Kraft nicht zerttere, rieten dem Könige, den Böhmen „in einem guten ihne zu behalten und ihm weder ab- noch zuzuſagen“ [3]). s that der König nicht bloß inbezug auf Böhmen, ſondern h allen Seiten hin.

Am ſchwierigſten wurde dieſe kluge Methode gegenüber dem : erwählten Papſte Pius II., dem der Ruf eines Deutſchenınbes und Förderers des deutſchen Ordens vorausging. Um mehr war man entſchloſſen, der vorausſichtlichen Einmiſchung) Vermittelung desſelben durch ein wohlberechnetes Syſtem ı nichtsſagendem freundlichem Diplomatiſieren vorzubeugen. verzüglich, nachdem die Nachricht von ſeiner Wahl eingetroffen, :en der König und ſeine einflußreiche Mutter ſich mit ihm Korreſpondenz [4]). Der bald darauf zuſammentretende Reichs-

1) Schreiben der Breslauer an den König vom 3. Auguſt 1459, bei henloër, S. 49, und an die Großpolen, nebſt deren Antwort vom Oktober, ebdaſ. S. 62. 63. Vgl. auch Fontes rer. Austr. XLII,

2) Bandtkie, Jus pol., p. 307.

3) Cod. epist. saec. XV, 192. Nach Dlugoſz XIII, 233 beantet Kaſimir die böhmiſche Geſandtſchaft „generali potius quam sinari scemate“.

4) Cod. epist., p. 182, no. 165.

tag beſchloß durch den Biſchof Jan Gruszczyński von Włocławek ſofort die Obedienz erklären zu laſſen [1]), und als Pius den großen europäiſchen Kongreß nach Mantua ausgeſchrieben hatte, war der polniſche Geſandte, der Propſt Jakob von Sienno, der Neffe des Kardinals Zbigniew Oleśnicki, einer der erſten, die dem Papſte die Genugthuung des Erſcheinens bereiteten. Allerdings mußte der Überſchwang der Worte den Mangel an poſitiven Anerbietungen erſetzen. Einen „Gott auf Erden“ nannte der Redner den Papſt Pius, aber als er auf den dem irdiſchen Gotte beſonders am Herzen liegenden Türkenfeldzug zu ſprechen kam, wußte er zu erzählen, daß der König von Polen durch ſeinen Kampf mit den Tataren gleichſam in einen ununterbrochenen Heidenkampf verwickelt wäre. „Eben jetzt“, rief der Redner aus, „als ich die Heimat verließ, haben ſich die königlichen Völker gegen die über den Dniepr gekommenen Tataren in die Waffen geworfen. Ohne Waffenſtillſtand kämpfen ſie mit den Ungläubigen und ſchützen ſo Deutſchland, ja alle katholiſchen Völker“ — und dennoch habe der eben verſtorbene Papſt dieſem Könige, der nur darauf brenne, ſeine Waffen gegen die Barbaren nach dem Befehl des Papſtes zu kehren, bei der Revindikation ſeiner „natürlichen Erblande“ Hinderniſſe in den Weg gelegt [2]). Damit war Jakob von Sienno aus der Komödie in die Realität gefallen. Aber Pius brauchte die Komödie, und in den Anfängen des Mantuaner Kongreſſes hielt er ſie dafür noch nicht. Daher gelang es dem polniſchen Unterhändler in der That die „Hinderniſſe“ abzuſchwächen, und gern erteilte der Papſt mehrere Erleichterungen inbezug auf den von Calixt III. gegen die Bündiſchen in Preußen verhängten Bann [3]). Aber auf die weiteren Projekte, die der

1) Bandtkie, Jus pol., p. 307, alſo nicht durch Jakob von Sienno, wie Długoſz XIII, 252 hat.

2) Die Rede im Cod. epist. saec. XV, 193, no. 173. Die bisherigen Darſtellungen, die ſich auf Aeneas Sylvius Commentarii ſtützen, ſind ungenau.

3) Preuß. Sammlung III, 174 mit dem falſchen Datum 1450. — Theiner, Mon. Pol. II, 134, no. 172.

vollmächtigte in Übereinstimmung mit mehreren Kardinälen
Anregung der Johanniterritter verlegte, den deutschen Orden
: dem der Johanniter zu vereinigen, jenen also aus Preußen,
er seiner Bestimmung nicht mehr nachkommen könne, auf-
eben und beide Orden, zu einem Ganzen verbunden, in die
gend von Konstantinopel hin oder auf eine der Inseln, etwa
h Tenedos, zu versetzen, ging Pius II. nicht näher ein.
wieweit solche Ideen überhaupt in der vom Könige dem
vollmächtigten erteilten Instruktion begründet waren, muß
ingestellt bleiben. Die Gegenrede des Ordensprokurators,
: welcher die Polen im Gefühl eines unverwischlichen Miß-
uens gegen Pius behaupteten, daß sie vom Papste selbst
worfen sei, nimmt auf diese Pläne gar keinen Bezug. Ein
htiges Ergebnis aber hatten diese Redegefechte. Der Papst
g dem Erzbischof Hieronymus Lando von Kreta, welcher
Legat für Böhmen und Polen die Ordnung der daselbst
ebenden Zwiste durchführen sollte, ausdrücklich am 14. No-
ber die Vermittelung zwischen Polen und dem deutschen
den auf [1]), ohne aber die bereits durch den Erzherzog Albrecht
: Österreich eingeleiteten Verhandlungen [2]) dadurch kreuzen
) behindern zu wollen. In einem Schreiben des Papstes
den König, worin er ihn väterlich zum Frieden mahnt,
t er ihm ausdrücklich die Wahl des Vermittlers frei [3]).
Als der Papst noch von der Möglichkeit einer Mediation
ch den Erzherzog Albrecht sprach, war diese bereits so gut
aufgegeben. Schon auf dem September-Reichstag 1459
te der König den preußischen Ständen versichert, daß er nur
: „Beteidigung mit beider Parte Willen", aber kein Schieds-
teramt des Erzherzogs acceptieren werde [4]), und als den-
h im Januar 1460 eine solenne Gesandtschaft des Öster-

1) Cod. epist., p. 192, no. 172. Vgl. jedoch Theiner, Mon. Pol. 121, no. 167.
2) S. oben, S. 127.
3) Raynaldi, Ann. eccl. a. a. 1459, 23. Dezember. Theiner, l. Pol. II, 120, no. 165.
4) Cod. epist., p. 191.

reichers in Krakau eingetroffen war, hielt es die polniſche Regierung, überzeugt davon, daß der Hochmeiſter auf ein Schiedsamt beſtehen würde, für angemeſſen, die Verhandlungen mit dem Erzherzoge oſtenſibel fortzuſpinnen. Gaben ſie doch, wie ſchon geſagt, den bequemen Vorwand, alle übrigen ſich anbietenden Vermittler, den Erzbiſchof von Riga, den Biſchof von Kurland und Öſel [1]), den Herzog Ludwig den Reichen von Baiern, wie den päpſtlichen Legaten, und alsdann ſogar noch den Herzog Konrad den Schwarzen von Öls-Koſel durch den Hinweis auf dieſelben abzulehnen. Aber entſchieden hatte die Geſandtſchaft des Erzherzogs noch einen ganz andern Zweck. Seit dem definitiven Fall von Marienburg hatte ganz ſichtlich die antikaiſerliche Partei in Deutſchland ihr Augenmerk darauf gerichtet, Polen in die Bahnen ihrer oppoſitionellen Politik zu ziehen. Die Geſinnung Kaſimirs gegen Friedrich konnte nach der wenn auch ſachlich unfruchtbaren Teilnahme des Kaiſers für den Orden als verbittert genug vorausgeſetzt werden. Überdies durfte eine nicht minder mißtrauiſche Dispoſition des Polenkönigs gegen die Brandenburger, die Kaiſertreuen, füglich angenommen werden, und die polniſchen Sendboten auf dem Mantuaner Kongreß und anderwärts haben daraus wohl niemals ein Hehl gemacht, daß Friedrich in Krakau keine Gönner und Freunde habe. Schon die Thatſache der vertrauensvolleren Beziehungen Kaſimirs zum Erzherzoge Albrecht, dem Neider und Nebenbuhler des Kaiſers, der ſich an deſſen Stelle hinträumte, zeigt, daß der König von Polen die antikaiſerliche Partei in Deutſchland ermutigt hatte, ihn als einen der ihrigen anzuſehen, der namentlich die Brandenburger gegebenenfalls zu beſchäftigen beſonders geeignet war. Von ſolcher Erwägung geleitet, ließ der Herzog Ludwig der Reiche von Baiern, das Haupt der Oppoſitionspartei, durch ſeinen Geſandten Barthold Einbach dem Könige ſeine guten Dienſte behufs einer Vermittelung mit

1) Dieſer hat ſchon 1456 ſich ins Mittel zu legen verſucht. Nach Schreiben im Königsberger Archiv. Im Jahr 1459 kam er mit Gobehard von Plettenberg zu demſelben Zweck zu Hans von Bayſen nach Marienburg. Ebd.

m Orden — was gewiß nicht sehr ernstlich gemeint war —, gleich aber ein Bündnis auf die Lebensdauer der beiden irsten, was die Hauptsache war, anbieten. In Polen begriff an den Zusammenhang sehr gut. Das erstere wurde höflich it dem Hinweis schwebender Unterhandlungen abgelehnt, das ündnis aber in aller Form im Frühjahr 1460 abgeschlossen, ıb die Herzöge von Masowien, Herzog Erich von Pommern ıb der Bischof von Camin als Klienten der polnischen Krone dasselbe einbegriffen [1]).

Nach dem Wortlaute dieses Vertrages sollten von der feindigen Richtung desselben ausgeschlossen sein: der Papst, der ıiser, der Erzherzog Albrecht und der König Georg von öhmen. Bei der ausgesprochenen Stellung Ludwigs von aiern im Reich wird niemand auf die in solchen Urkunden rkömmliche lohale Rücksicht auf das Reichsoberhaupt ein gläuzes Gewicht legen. Weder Kasimir noch Ludwig hegten für n Kaiser eine wohlwollende Gesinnung. Aber überraschend scheint hier die entschieden ernst genommene Interessengemeinıaft mit Georg Podiebrad. Lange genug hatte die polnische egierung dem Böhmenkönige mit zurückhaltendem Mißtrauen genüber gestanden. Inzwischen hatte aber der Emporkömmıg durch seine geschickte und nachdrückliche Diplomatie eine tellung in der Welt gewonnen, die ihm nicht bloß allgemeine ıerkennung eingetragen, sondern selbst sehr hochfliegende Pläne sselben zu berechtigen schien. War doch allen Hindernissen m Trotz, die in seiner Nationalität, in seiner Stellung zur rche, in seiner unfürstlichen Geburt lagen, dem Podiebrad bst die Würde des römischen Königs, ja selbst des byzantiniıen Kaisers nicht zu groß für seinen Ehrgeiz. Es war für ılen doch allmählich bedenklich geworden, mit diesem Nachrn, der so mannigfache, auch Polen sehr nahe angehende ıteressen beeinflussen konnte, nur auf schmollendem Fuße zu stehen ıd seine unausgesetzten Freundschaftsbewerbungen hochfahrend zulehnen. Jedenfalls war nicht zu erwarten, daß Kasimir

1) Dogiel, Cod. dipl. I, 383.

auf solche Weise seine Forderung von 100000 Goldgulden, die Mitgift seiner Gemahlin Elisabeth, zu welcher der Erbe des Königs Ladislaw verpflichtet war, jemals erlangen würde. Andererseits hatte Polen der Krone Böhmen das Herzogtum Auschwitz und das Fürstentum Siewierz durch Kauf, sowie einige feste Grenzplätze durch Eroberung entfremdet. Die Bestätigung dieser Erwerbungen durch die böhmische Krone stand noch aus. Die Klugheit gebot daher, dem Könige von Böhmen einen Schritt entgegenzukommen. Man veranstaltete deshalb am 6. Januar 1460 eine Zusammenkunft polnischer und böhmischer Unterhändler zu Beuthen in Oberschlesien. Der Herzog Przemyslaw von Teschen machte den Vermittler [1]). Aber das Einverständnis scheiterte an der Verschiedenheit der Auffassung von dem ganzen Zweck der Verhandlungen. Die Böhmen meinten nur die zwischen den beiden Ländern und Königen schwebenden Differenzen zur Sprache bringen, aber selbstverständlich die Rechtsbeständigkeit des Königtums Georgs nicht diskutieren lassen zu dürfen. Die Polen hingegen glaubten sich gerade dadurch einen Vorsprung in allen ihren Ansprüchen zu wahren, daß sie eben nur die Anrechte Kasimirs und seiner Gemahlin Elisabeth auf die böhmische Krone in den Vordergrund stellten. Dahin durften ihnen die böhmischen Diplomaten nicht nachfolgen, und nur dem Einflusse des Teschéners war es zuzuschreiben, daß im Prinzip eine persönliche Begegnung der beiden Herrscher festgestellt und eine nochmalige Vorkonferenz der Bevollmächtigten in Beuthen für den St. Johannistag in Aussicht genommen wurde.

Diese letztere Zusammenkunft fand jedoch in dem festgesetzten Zeitpunkt nicht nur nicht statt, sondern nach der Spannung, die sich plötzlich zwischen Polen und Böhmen entwickelte, erschien es zweifelhaft, ob die Beuthener Verabredungen überhaupt noch Aussicht hätten, verfolgt zu werden. Im Frühjahr und Sommer 1460 war nämlich im östlichen Böhmen vorzüglich, in Städten, Dörfern und Flecken eine auffällige Menge von Feuersbrünsten vorgekommen, welche die schreckensvoll erregte

1) S. das interessante Schreiben im Cod. epist. saec. XV, no. 180.

antasie der böhmischen Bevölkerung den Ausländern, Deut-
n und Polen, als Brandstiftern zuschrieb [1]). Von König
imir und seiner Gemahlin, hieß es, seien Leute gedungen
den, die Plage über das Land zu bringen. Die Aufregung
m dermaßen überhand, daß sich König Georg genötigt sah,
umfassende Austreibung der im Lande angesiedelten oder
Dienstverhältnissen stehenden Polen anzuordnen. In Polen
anlaßte dieser Vorgang ein schmerzliches Erstaunen. Mit
ßer Geringschätzung des unbegründeten Verdachts, wie man
geraten hatte, glaubte Kasimir doch nicht genug gethan zu
en. Er sandte vielmehr zwei Ritter nach Prag, welche
t bloß dem böhmischen Hofe entschiedene Erklärungen geben,
dern jedermann zum Erweis der verleumderischen Beschul-
ung herausfordern sollten. König Georg Podiebrad mochte
hl selbst dem sinnlosen Vorwurf keinen Glauben geschenkt
en, wie er den polnischen Sendeboten versicherte, aber ge-
en war ihm der Vorfall doch, um die ins Stocken geratenen
rhandlungen wieder anzuknüpfen. Zu der projektierten
hanniskonferenz war es unter solchen Umständen nicht ge-
men, denn wie hätten Vertreter Georgs zu einer Tagesatzung
begeben sollen, wo sein Thronrecht einer Debatte unter-
rfen werden konnte? Andererseits hatten aber in Polen
derum das Unterbleiben dieser Zusammenkunft und der
ischenfall wegen der Brandschäden den Argwohn rege werden
en, daß Georg mit feindseligen Absichten umginge. Daß
n einen Krieg gegen Böhmen, wenn auch nicht gerade für
Augenblick, ins Auge faßte, erhellt aus einem Vertrage
nig Kasimirs mit dem Herzoge Konrad dem Weißen von
s-Kant, in welchem der letztere ausdrücklich Heerfolge gegen
hmen verspricht, sofern ihm nur der Beginn der Feindselig-
en einen Monat zuvor bekannt gemacht wird [2]). Sobald
r der Böhmenkönig die Überzeugung gewonnen hatte, daß
Polen seine Herrschaft nicht mehr durch Erbprätensionen

1) Staří Letopisowé, ed. Palacki, S. 172.
2) Invent. dipl., p 59. Dogiel, Cod. dipl. I, 545.

antaſtbar anſähen, nahm er die Beſtrebungen, den König Kaſimir in die Netze ſeiner weitläufigen Pläne zu ziehen, wieder auf [1]). Eine neue Zuſammenkunft von Bevollmächtigten beider Kronen fand in Beuthen im November 1460 ſtatt, und dieſes Mal mit Erfolg. Es kam ein vollſtändiger Bundes- und Freundſchaftsvertrag zuſtande [2]), der die Integrität der beiden Staaten und die Sicherheit des gegenſeitigen Verkehrs gewährleiſtete, und für diejenigen Differenzpunkte, welche noch nicht ausgeglichen wurden, einen Monarchenkongreß auf Neujahr 1461 oder bis ſpäteſtens den 1. Mai 1462 in Ausſicht nahm. Wichtige Fragen, wie beiſpielshalber die wegen der Mitgift der Königin Eliſabeth und wegen der durch Polen erworbenen Städte und Landſchaften blieben demſelben vorbehalten. Dagegen beſtanden die Polen ſchon jetzt auf einen entſchiedenen Verzicht auf jedes Einſpruchsrecht in die Ordnung der maſowiſchen Herzogtümer, den Georg auch in aller Form bald darauf zu Olmütz am Tage vor Weihnachten geleiſtet hat [3]).

So wertvoll es auch für König Georg ſein mochte, durch die Einigung mit Polen und Ungarn ſeine Machtſtellung ins Licht geſetzt, den Schleſiern die Hoffnung einer Stütze gegen ihn entzogen und überhaupt ſich nunmehr für ſeine kühne Werbung um das römiſche Königtum im Rücken geſichert zu haben, ſo war doch in allen greifbaren Punkten König Kaſimir der empfangende Teil. Um den Preis ſeiner nirgends anerkannten und nirgends unterſtützten böhmiſchen Erbanſprüche gewann er

1) Wieder war Herzog Przemyslaw von Teſchen der Vermittler. Der König Kaſimir gab aber auf ſeine Werbung erſt Beſcheid, nachdem er auf dem kleinpolniſchen St. Bartholomäus-Landtag ſich mit den Ständen beraten hatte. Cod. epist., no. 180.

2) Palacky, Urkundl. Beiträge, Nr. 231. Ein deutſcher Text bei Riedel, Cod. dipl. Brandeb., Supplementband, S. 85, datiert vom 25. November, vgl. Markgraf in Sybels Hiſt. Zeitſchr. XXI, 273 Anm. Bei Dogiel, Cod. dipl. I, 10, no. 12. 13, mit dem Datum 29. November, dagegen der Auszug im Invent. dipl., p. 34 mit dem Datum 24. Juli, was ganz falſch iſt und auf Verwechſelung von St. Andreä mit St. Jakobi beruht.

3) Cod. epist. saec. XV, no. 184.

Bestätigung der durch den Ankauf der Fürstentümer Siewierz
› Auschwitz einseitig ausgeführten Arrondierungen der pol-
hen Grenze durch die böhmische Krone, erlangte unbedingt
e Hand für die bald bevorstehende Ordnung der masowischen
chältnisse und erwarb in Georg einen stillen Bundesgenossen
seinen Kampf mit dem Orden. Das letztere war sowohl
mentan als fernerhin von weitläufiger Bedeutung. Eben
nals war ja in Polen die Veränderung der Kriegsmethode
hlossen worden. Nicht mehr durch aufreibende „allgemeine
gebote", sondern durch Söldner sollte der Krieg fortgeführt
den. Und Böhmen war das klassische Land, wo die Söldner
haben waren. Wenn Georg in Böhmen die Werbungen
den deutschen Orden, wenn auch nicht verbot, sondern nur
derte, und andererseits die der Polen förderte, so war auch
er Gewinn schon eines Opfers wert. Aber die Rücksicht
den preußischen Krieg gab dem neuen polnisch-böhmischen
ndnis noch andere Perspektiven. Es ist unbekannt, ob schon
den Beuthener Verhandlungen die preußische Sache zur
rache gebracht worden sei; aber das ist gewiß bezeugt, daß
kriegführenden Parteien schon seit dem Anfang des Krieges
Augenmerk auf die Haltung Georgs gerichtet hatten. Als
t von einem Schiedsrichter die Rede gewesen war, stimmten
Polen dem Gedanken zu unter der Voraussetzung, daß der-
e ein Slawe sei, womit eben niemand anders als der da-
lige Gubernator Böhmens, Georg Podiebrad, gemeint war.
› andererseits wiederum schrieb Bolko von Eulenburg schon
den ersten Tagen des Jahres 1456 an den Hochmeister,
möchte sich doch nur der „Teiding" durch Georg mittels
r Gesandtschaft versichern, denn, setzte er in einem „Bei-
el" hinzu: wenn „Jorsigk teidingt", dann würde der König
Polen sich mit einer bloßen Geldsumme abfinden lassen [1]).
es war keine Aussicht vorhanden, daß Georg sich eher in
ihm an sich fern liegenden Händel mischen werde, als bis

1) Schreiben vom Freitag nach Drei-König 1456, im Königsberger
siv.

ſie ein Werkzeug zur Förderung ſeiner eigenen Vorteile werden könnten. Und dieſer Zeitpunkt war jetzt gekommen. In dem überhebenden und verwickelten Gedanken, den der Wanderdiplomat Martin Mayr in die empfängliche Phantaſie des Emporkömmlings geworfen, die römiſche Königswürde zu erjagen und als „Reſtaurator des heiligen römiſchen Reichs ſich ein geſegnetes Andenken für ewige Zeiten zu ſichern“ [1]), und zwar mit Zuſtimmung des Kaiſers und des Papſtes — erſchien es als ein leuchtender und faſcinierender Punkt, die Verdienſte der Zukunft mit dem Friedenswerk zwiſchen Polen und dem Orden zu beginnen. Was Georg alle die Jahre her kühl ausweichend abgelehnt hatte, das ergriff er jetzt im Zuſammenhang mit ſeinem ehrgeizigen Betreiben mit ſcheinbar erregtem Anteil. Beide Parteien ſchienen ja nur auf ſeinen Wink zu warten; beider Geſandtſchaften hatten ja darum gebeten, und Georg ſchien willfahren zu wollen. Gegen Ende des Jahres 1461 drückte er dem Papſte Pius II. ſeine Zuverſicht auf das Gelingen ſeines Vermittelungswerkes aus [2]).

Inzwiſchen war freilich die Situation des Böhmenkönigs bald eine andere geworden. Ein Teil ſeiner diplomatiſchen Erfolge in Deutſchland war zerronnen, die ſtolze Hoffnung auf das römiſche Königtum war verflogen, die Kurie in Rom wollte ſich ſeinem Ehrgeize nicht für eine unklare Unterwerfung dienſtbar erweiſen, das Lavieren zwiſchen den Parteien in Deutſchland erwies ſich als eine Unmöglichkeit. Martin Mayrs Pläne mußten eingeſtellt werden. Daher fanden die Eingebungen eines noch ſchwindelhafteren Wanderdiplomaten, Anton Marinis, bei dem auf eine ungewöhnliche Größe erpichten Podiebrad Eingang. Nicht mehr um das römiſche Königtum, ſondern um die byzantiniſche Kaiſerkrone handelte es ſich jetzt. Großartiges, Unerhörtes, ganz Europa Umſpannendes war in dieſer byzantiniſchen Phantaſie in Ausſicht genommen, eine neue Ordnung

1) Worte Martin Mayrs, Palacky, Geſchichte Böhmens IV. 2, 136, Anmerkung.

2) Breslauer Korreſpondenz, ed. Markgraf, S. 67, Nr. 66.

der Staaten und neue Verteilung der Gewalten, bei welcher Papst und Kaiser nur so viel von ihrer Autorität behalten sollten, als sich in die geplante Weltordnung einfügen läßt. Ein Bundesrat der europäischen Fürsten soll einen immerwährenden Frieden stabilieren, ein europäisches Parlament oder Konsistorium soll als „Quelle der Gerechtigkeit" eingesetzt werden, und die vereinte Kriegsmacht der verbündeten Völker soll den Türken entreißen, was sie erobert haben, und die Christenheit vor neuen Anfällen schützen [1]). Es wird immer als ein Symptom des von Reformgedanken überfüllten Geistes im 15. Jahrhundert gelten, daß Pläne solcher Verwegenheit entstehen und sich hinauswagen konnten, aber es muß noch mehr als psychologisches Rätsel erscheinen, daß solch einbildungsreicher Utopismus in der Seele eines so kraftvollen Realpolitikers wie Georg von Böhmen war, Wurzel schlagen und eine Zeit lang seine Unternehmungen beherrschen konnte. Trat man diesem gigantischen Luftschloß näher, so war der Kern desselben ein mit weitläufigen Unterstützungen unternommener Türkenfeldzug, bei welchem für Georg die slawische Kaiserkrone herausspringen sollte, und die erste Unterlage desselben, eine innige Verbindung des Königs von Böhmen mit Ungarn und Polen. Von der durch solche Vereinigung gewonnenen Machtstellung aus sollten alle weiteren Schritte in dem wahnentsprungenen Unternehmen ihren Ausgang haben. Um so gewichtvoller wurden nun die böhmisch-polnischen Beziehungen. In der Werbung um die römische Königswürde bildete die Freundschaft mit Polen nur ein sekundäres Moment, in dem neuen ausgeweiteten Plane bildete sie einen der Haupt- und Grundpfeiler. Danach hatte sich aber auch die Tendenz der in Beuthen verabredeten Monarchenzusammenkunft wesentlich verändert. Als sie im November 1460 beschlossen ward, dachte man an die Ausgleichung nachbarlicher Differenzen, Förderung des Verkehrs, Festsetzung friedlicher Lebensbedingungen, mit einem Wort an die Reali-

1) Alles Nähere in dem ausgezeichneten Aufsatz Markgrafs in Sybels Hist. Zeitschr. XXI, 245—304.

täten der Tagespolitik, und da sie unter diesem Gesichtspunkt nicht zu einer brennenden Notwendigkeit geworden, konnte sie eine geraume Zeit aufgeschoben bleiben, zumal Kasimir damals durch den Kriegszug nach Pomerellen, durch den Tod seiner auf die Geschäfte höchst einflußreichen Mutter [1]) und durch Unruhen in der Stadt und in der Diöcese Krakau abgezogen wurde. Jetzt aber, wo die Zusammenkunft in der Vorstellung Georgs die Zukunftspolitik betraf, wo es ihn drängte, das Fundament seines eingebildeten Baues zu legen, jetzt betrieb er dieselbe mit hastigem Eifer. Nur ein Element war auch bei diesem veränderten Charakter des projektierten Kongresses in derselben Bedeutung geblieben, die Vermittelung zwischen Polen und dem deutschen Orden. Hatte dieses beabsichtigte Friedenswerk früher dem Papste und dem Kaiser als ein Verdienst Georgs und als eine Probe seiner Fähigkeiten in die Augen stechen sollen, so sollte jetzt die gesamte Christenheit daran erkennen, daß sie dem Böhmenkönig vertrauen könne, wenn er sie auf waghalsigen und unerhörten Wegen zur Folge einladet.

Den ganzen Umfang dieser weitaussehenden Entwürfe scheinen die Polen damals noch nicht gekannt zu haben, und wußten sie etwas davon, dann spielten sie meisterlich das Programm ab, das ihnen die preußischen Städte und Ritter vorgeschlagen hatten, „den Böhmenkönig in einem guten Wahne zu behalten". Als die böhmischen Gesandten mit einer Werbung wegen des Kongresses und wegen der Vermittelung im Anfang Dezember 1461 auf dem kleinpolnischen Landtage zu Korczyn erschienen, konnte ihnen noch keine entscheidende Antwort erteilt werden, weil man sich über den Charakter der Intervention noch nicht klar war, ob Georg „die Streitfrage aufs Recht, oder bloß auf Freund-

1) Sie starb am 21. September 1461. Über sie schrieb man dem Hochmeister: „Ich verneme das des Koniges mutter stetis mete in den rat gebet vnd alle die briefe die deme Konige werden geschreben, die muß man ir lesen vnd auch sie sich nirgend gebit von dem Konige." Königsb. Archiv.

schaft bringen" wolle [1]). In dem Maße aber, als die Polen den Hintergrund des böhmischen Vermittelungserbietens erkannten, waren sie bereit, es voll und ganz zu acceptieren. Am 5. Februar 1462 standen Stanislaw Ostrorog und Jasko von Tarnow zu Prag vor dem Böhmenkönige und schlossen mit ihm einen „Abschied", nach welchem Georg nicht als Vergleicher, sondern als Schiedsrichter anerkannt wurde. In Glogau sollten am 1. Mai beide Teile von dem Könige gehört werden, der dann nach einer bestimmt verabredeten Norm zu verfahren habe [2]). In demselben Maße aber wurde der Hochmeister, der im Herbst und Winter 1461 die Intervention des Böhmen noch so dringend gewünscht hatte, mißtrauisch und zurückhaltend, und so geschah es, daß, als die Glogauer Zusammenkunft dann endlich in der That im Mai stattfand, die Bevollmächtigten des Ordens sich nicht sehen ließen. Die böhmische Vermittelung war von den Polen durch die entschlossene Annahme derselben gründlich vereitelt. Aber sie war ja auch nicht der wahre Zweck des Kongresses. Um so lebendiger trat dieser selbst hervor.

Es war eine sehr großartige Versammlung, die in den Maitagen zu Glogau stattfand. König Georg kam mit seinen beiden Söhnen, begleitet von den Bischöfen von Olmütz und Breslau und einer glänzenden Suite von schlesischen Herzögen, mährischen und böhmischen Grafen und Herren, an 2000 berittene Leute. Am 14. Mai zog er in Glogau ein. Aber alle seine Pracht und Herrlichkeit überbot Kasimir, als er am 18. Mai mit einem auf 5000 Reiter geschätzten Gefolge seinen Einzug hielt. Georg war ihm eine Meile Wegs vor der Stadt schon entgegengekommen und machte, da Glogau zu seinem Gebiete gehörte, den Wirt. Die Verhandlungen konnten einen raschen Fortgang gewinnen, da der Hochmeister keine Bevoll-

1) Auch ein großpolnischer Landtag wurde abgehalten, um die Grundzüge eines Vertrages mit Georg festzustellen. Siehe das Schreiben des Königs an den Erzbischof von Gnesen bei Dogiel, Cod. dipl. Pol. I, 13, no. 14.

2) Fol. E. des Königsberger Archivs. Die Geleitsbriefe sollten beim Herzog Heinrich von Glogau deponiert werden.

mächtigte geſandt und einen Aufſchub der Verhandlungen bis zum Hochſommer begehrt hatte, was ja einer Ablehnung gleichkam. Damit war die preußiſche Sache, die allein den Polen Bedenklichkeiten zu erwecken vermochte, von dem Programm des Kongreſſes abgeſetzt. Um ſo mehr betrieben nun aber die Böhmen den Bund gegen die Türken. Zwölf Tage verhandelten die beiderſeitigen Räte. Auch jetzt iſt wohl ſchwerlich den Polen der Sinn des Planes und das Projekt Marinis enthüllt worden. In der Erwägung, daß Türkenfeldzüge in jenen Zeiten doch nur Wechſel auf unendlich lange Sicht waren, verſtanden ſich die Polen dazu, zu genehmigen, daß, wenn die Türken die Beſitzungen eines der beiden Könige bekriegen oder bedrohen ſollten, der andere gehalten ſei auf vorhergegangene Aufforderung perſönlich mit ſeiner Macht zuhilfe zu kommen. Selbſt im ſchlimmſten Falle war die Wahrſcheinlichkeit, von den Türken angegriffen zu werden, für Polen größer als für Böhmen, ſo daß eintretenden Falls der Vorteil des Defenſivbündniſſes doch nur den Polen zufallen würde. Dahingegen einigte man ſich weiterhin, daß bei König Georgs Lebzeiten aller Streit über die im polniſchen Beſitz befindlichen böhmiſchen Gebiete von Auſchwitz, Zator u. a. wie über das Heiratsgut der Königin Eliſabeth völlig ruhen und begraben ſein ſollte; die vorigen Verträge wegen Erhaltung des Friedens zwiſchen beiden Königreichen, wegen Sicherung der Handelsſtraßen und guter Münzwährung, wegen Beilegung von Privatſtreitigkeiten der beiderſeitigen Unterthanen, und namentlich auch wegen des Verzichts alles Einſpruchsrechts der böhmiſchen Krone in die Ordnung des maſowiſchen Erbfolgeſtreits wurden erneuert und beſtätigt. Man ſieht, die Polen kamen dem Böhmen ſo weit entgegen, als es ihrem Vorteil entſprach, und ihnen keine ſtörenden Verbindlichkeiten auferlegt wurden. Als aber die anweſenden Geſandten Ludwigs von Baiern, oder auch Georg ſelbſt, wie erzählt wird, den König Kaſimir auch zum Kriege gegen Brandenburg bewegen wollten, hörte die polniſche Willfährigkeit alsbald auf [1]).

1) Der Vertrag in beiden Ausfertigungen bei Dogiel, Cod. dipl.

In dem Vertrage vom 27. Mai steht nichts davon. Am 30. Mai löste der Kongreß sich in der besten Stimmung auf [1]).

Auch dieses Mal hatte Polen den realen Gewinn, und Böhmen „den Wahn". Denn selbst das Einzige, worin Kasimir einen Anspruch aufgegeben zu haben schien, inbetreff des Heiratsguts seiner Gemahlin, war doch nur ein zeitweiliger Verzicht. Nur so lange Georg Podiebrad lebte, konnte er nicht mehr von der böhmischen Krone jene Mitgift reklamieren, aber wie sein Anrecht nach dem Tode desselben wieder in seine volle Gültigkeit trat, so war nicht ausgeschlossen, daß Kasimir inzwischen sich an andere Erben des Ladislaus Posthumus und namentlich an die Österreicher halten konnte. Und in der That wahrte er sich in solcher Weise. Auf seiner Heimkehr von Glogau traf er in Posen die Sendboten des Erzherzogs Albrecht, welche mit ihm ein enges Freundschaftsbündnis abzuschließen beauftragt waren. Der König ging gern darauf ein, aber er bedingte sich ausdrücklich darin, daß die Verschreibung des Ladislaus von dem Hause Österreich als zu Recht bestehend anerkannt werden müsse. Im September darauf ratifizierte auch Albrecht diesen Vertrag [2]). So stand denn Kasimir 1462 im Bunde mit Ludwig von Baiern, Georg von Böhmen, Albrecht von Österreich, das ist mit derjenigen Partei im deutschen Reiche, welche damals einen verheerenden Krieg gegen den Kaiser und seine Feldhauptleute in Franken, an der Donau,

Pol. I, 14, no. 15. 16. Auch in Breslauer Korrespondenz, ed. Markgraf I, no. 88, wo das Verhältnis desselben zu dem vom 29. Nov. 1460 (Palacky, Urkundl. Beiträge, Nr. 231) beleuchtet ist. Vgl. auch Markgrafs Aufsatz in Sybels Hist. Zeitschr. XXI, 277, Anm.

1) Vgl. Breslauer Korrespondenz, S. 102, Nr. 89. Der Kurfürst von Brandenburg hatte sich mit Polen schon im Dezember 1461 in Einvernehmen zu setzen gewußt. Dlugosz XIII, 281.

2) Der Vertrag in der Ausfertigung Kasimirs vom 14. Juni und von Albrecht vom 20. September in Dogiel, Cod. dipl. Pol. I, p. 161, no 11. 12. — Das Bündnis ist also unmittelbar vor dem Ausbruch des von Albrecht geleiteten Wiener Aufstands geschlossen.

am Rhein und am Neckar führte [1]), ohne daß er jedoch auch nur eines Mannes Haut zu Markte tragen zu lassen brauchte. Es war eine entschieden günstige Stellung, die auch namentlich seinen Krieg mit dem Orden isolierte.

Inzwischen aber machten Georg und sein Ratgeber Marini von der polnischen Freundschaft Kapital. Den Venetianern, welche zunächst für den ersonnenen Plan zur Umgestaltung Europas gewonnen werden sollten, wurden große Worte gemacht von dem unermeßlichen Eifer des Polenkönigs für den Türkenkrieg, ebenso vor Philipp von Burgund und namentlich vor Ludwig XI. von Frankreich, dem Marini eine Hauptrolle in dem europäischen Fürstenbunde zugedacht hatte. Hier fand Marini das lebhafteste Entgegenkommen, denn der Franzosenkönig unterschätzte die Vorteile einer Verbindung mit einem so unternehmenden Fürsten wie Georg von Böhmen keineswegs. Er empfahl daher das Unternehmen den Venetianern, den Ungarn und den Polen auf das lebhafteste, und so erfuhren die Polen jetzt erst auf dem Umwege über Frankreich, um was es sich eigentlich in der Glogauer Zusammenkunft gehandelt, und wozu das dort geschlossene Bündnis dienen sollte. Aber fast zu gleicher Zeit wird man auch wohl erfahren haben, daß sich im Oktober 1462 bereits eine päpstlich-burgundisch-venetianische Verbindung der Kombination Marinis in den Weg gelegt hatte, und daß namentlich Matthias von Ungarn wenig Bereitwilligkeit zeigte, die ihm zugedachte Unterstützungsrolle in dem byzantinischen Abenteuer Georgs von Böhmen zu übernehmen. In der ersten Hälfte des Jahres 1463 schien auch Podiebrad selbst durch seine Annäherung an Markgraf Albrecht von Brandenburg und [illegible]fremdung von Ludwig von Baiern eine veränderte Richtung einschlagen zu wollen, die nicht mehr den Bedingungen des Marinischen Planes entsprach. Aber im Herbst 1463 muß Marini selbst [2]) mit Briefen Ludwigs XI. von Frankreich

1) Georg Voigt, Enea Silvio Piccolomini III, 262 ff.
2) Markgrafs Aufsatz in Sybels Zeitschrift XXI, 294.

in Polen erschienen sein, und nunmehr glaubte Kasimir die ganze Angelegenheit vor den Reichstag bringen zu sollen. Hier hörte man mit Verwunderung, daß „der König von Frankreich in Verein mit dem Könige von Böhmen, dem Herzog von Burgund (was nicht einmal richtig war), dem Herzog Ludwig von Baiern und anderen großen Herren, bewogen von der Betrachtung der großen Irrungen und Zwietracht in der gemeinen Christenheit sich vorgenommen habe, ein Konzilium und eine Zusammenkunft zu einer bestimmten Zeit in einer geeigneten Stadt zu veranstalten, wohin jeder König, Fürst oder Herr in eigener Person oder durch Bevollmächtigte erscheinen sollte, um in der ganzen Christenheit vollkommene Eintracht zu stiften, und alle Kriege, Zwietracht und Schelung abzuthun, aber auch die Auflage des zehnten Pfennigs, die der Papst auf die Geistlichen gelegt hat. Geschähe dies nicht, daß die Auflage aufgehoben würde, so werde man vielleicht den Papst absetzen, und wie es mit dem Kaiser geschehen wird, das würde sich später erst zeigen. Auch hat die Herren beweget die große Unterdrückung der Christenheit von den Heiden, denn vordem gab es 117 christliche Königreiche, und jetzt sind nicht mehr als 17 vorhanden, und der Türke nimmt von Tage zu Tage überhand. Darum haben sie die Absicht, eine allgemeine Umlage in der ganzen Christenheit zu erheben, von Geistlichen und Weltlichen Geld zu sammeln, von Kaufleuten, Amtsleuten, Bauern und von anderen ohne jemandes Ausschluß, und welche Herrschaft in die Not kommt, mit den Heiden zu fechten, der soll man mit solchem Gelde zuhilfe kommen“ [1]).

In dieser Form meldeten die Danziger Sendboten ihrer Stadt die Reichstagsvorlage. Man erkennt mit Leichtigkeit, daß es ein ungeschickter Auszug aus dem Exposé war, das Marini dem Könige Ludwig von Frankreich vorgelegt hatte [2]).

1) Fast wörtlich nach dem Danziger Rezeß über den Reichstag von 1463, St. Hedwigstag in Piotrkow. Rezeßbuch I, im Danziger Archiv.

2) Das Exposé steht in den Mémoires de Commines von Lenglet du Fresnoy (London und Paris 1747) II, 424—434. Vgl. Mark-

Wir vernehmen weiter, daß „der König mit ſeinen Prälaten und Herren in eine heftige Diskuſſion darüber geriet, ob man darauf nur ſchriftlich erwidern oder eine Botſchaft ſenden ſolle. Der König ſtimmte für das letztere und ſetzte hinzu, man ſolle dem, was man zuſagt, auch nachkommen, und dabei blieb es an jenem Tage". Indeſſen haben wir keine Kunde von einer Geſandtſchaft nach Frankreich, nur konnte Marini, der im Frühjahr 1464 auch nach Ungarn gegangen war, als er endlich im Juni an der Spitze einer vierzig Perſonen zählenden böhmiſchen Geſandtſchaft vor Ludwig XI. erſchien, auch die Credenzbriefe des Königs von Ungarn wie des Königs Kaſimir von Polen vorlegen. Damit war aber für Polen der ganze Zwiſchenfall abgeſchloſſen. Das Luftgebäude zerſtob, Marini verſchwand ſo plötzlich, wie er aufgetaucht war. Das nüchterne Freundſchaftsbündnis zwiſchen Frankreich und Böhmen, das am 18. Juli 1464 zu Dieppe abgeſchloſſen wurde, hatte keinen inhaltlichen Bezug auf den kosmopolitiſchen Verbrüderungsplan. Für Polen reſultierte aus dieſem Vorgang die Vereitelung der Einmiſchung Böhmens in den preußiſchen Krieg, ein leidlich gutes Verhältnis zum Könige von Böhmen, und allenfalls der Ruf in der Welt, daß es zu Türkenfeldzügen dieſelben Neigungen habe wie andere Mächte der Chriſtenheit.

Alle dieſe Verhandlungen und Vorgänge hatten jedoch eine Seite, welche wir noch gar nicht berührt haben, und welche doch nicht ohne erkennbaren Einfluß geweſen iſt, wir meinen das Verhältnis zum Papſte. Die aus Mantua von dem Kongreß empfangenen Nachrichten hatten das Vertrauen der Polen zu Pius II. nicht geſteigert. Briefe Jakobs von Sienno ſtellten ihn im ungünſtigſten Lichte dar [1]). Die angebotene und dem Legaten Hieronymus Lando von Kreta aufgetragene Vermittelung begegnete demnach in Polen einer entſchiedenen Voreingenommenheit. Als daher der Legat unmittelbar nach der

graf a. a. O., der es zuerſt wieder hervorgezogen. In unſerem Auszug ſind die Äußerungen über den Papſt und den Kaiſer viel präciſer als dort.

1) Dlugoſz XIII, 285.

Erledigung eines Teils seiner Mission, der Versöhnung der Breslauer mit dem Könige Georg Podiebrad, sich von Prag über Breslau nach Polen begeben wollte, fand er dort vonseiten des Königs Kasimir, der früher seine Ankunft begehrt zu haben schien [1]), Briefe vor, in welchen unter Hinweis auf die durch den Erzherzog Albrecht geleiteten Verhandlungen der Empfang des Legaten mit einem wohlklingenden Vorwand abgelehnt wurde. Hieronymus mußte nach Rom zurückkehren, ohne einen Schritt in der polnisch-preußischen Sache gethan zu haben. Vielleicht hat nichts so sehr die Verständigung mit dem Böhmenkönige gefördert als dieses Mißtrauen Kasimirs in die Gesinnungen des Papstes, von welchen der König in der am 24. November 1460 erfolgten einseitigen päpstlichen Provision des Jakob von Sienno zum Bischofe von Krakau einen handgreiflichen und beleidigenden Beweis zu haben glaubte [2]). Am 22. September 1460 war nämlich der Bischof Thomas Strzempinski von Krakau gestorben. Wenn Kasimir, der das Besetzungsrecht der Bistümer für ein unveräußerliches Recht seiner Krone hielt [3]), schon in jedem andern Falle seinen Willen mit Zähigkeit geltend zu machen suchte, dann mochte er bei der Wichtigkeit und Bedeutung des Krakauer Bistums um so weniger denselben wieder so übergangen wissen, wie bei der Vakanz nach dem Tode des Kardinals Zbigniew. Sein Kandidat war der in Staatsgeschäften viel erfahrene Bischof Jan Gruszczyński von Włocławek. Obwohl das im Kapitel sehr wohl bekannt war, fielen dennoch bei der Wahl nur drei

1) Bericht des Hieronymus an den Papst, bei Theiner, Mon. Pol. II, 127, no. 168.

2) Theiner, Mon. Pol. II, 137, no. 176.

3) S. den höchst interessanten Brief des Sędziwoj von Czechel an Dlugosz vom 25. Juni 1472 im Cod. epist. saec. XV, 264, no. 226, wo die Äußerung des Königs aus dem Jahre 1453 mitgeteilt wird. — Zu bemerken ist, daß dieser Brief es ist, dessen Janocki, Specimen catal. codd. mss. bibl. Zalusc., p. 33, no. 88, erwähnt, daß er aber keineswegs, wie Janocki und nach ihm Zeißberg, Polnische Geschichtschreibung im Mit., S. 227, annehmen, den Streit wegen des Krakauer Bistums berührt.

Stimmen auf ihn, die übrigen 22 vereinigten sich auf den Reichs-Vizekanzler Jan Lutek von Brzezie. Der König aber bestand auf seiner Meinung, der sich Jan Lutek auch unterwarf, indem er sich bereit erklärte, mit der Nachfolge im Bistum Włocławek fürlieb zu nehmen und Jan Gruszczyński den Krakauer Stuhl zu überlassen. Damit schien der Bischofsstreit ausgeglichen zu sein, als unerwartet Jakob von Sienno, der Neffe des Kardinals Zbigniew Oleśnicki mit einer schon 14 Tage vor der Kapitelwahl erlassenen päpstlichen Provision auftrat, welche somit die Gültigkeit ebensowohl der Wahl als der königlichen Verfügung aufhob.

Daß der Papst angerufen werden mußte, lag auf der Hand. Aber nicht für den gewählten Jan Lutek, wie die Räte wollten, sondern für seinen Nominaten, für Jan Gruszczyński sollten nach dem Befehl des Königs die nach Rom geschickten Diplomaten, Jan Rytwiański, der Starost von Sandomir, und der Domherr Matthias von Raciąż bei der Kurie das Wort führen. Denn mit ungewöhnlicher Energie bestand Kasimir auf seinem Nominationsrecht und scheute auch vor einem fast unerhörten Schritt nicht zurück. Er sprach die Acht und Verbannung über Jakob von Sienno, über seine Brüder, Verwandte und Freunde aus und drohte jedem mit Strafe und Güterentziehung, der dem Prätendenten Vorschub leisten würde. Dieses Schicksal traf denn auch sofort den Geschichtsschreiber Jan Długosz, dessen jüngeren Bruder und andere Mitglieder des Krakauer Klerus, sowie namentlich auch den Suffraganbischof Georg von Laodicea, welcher mit den Suffraganbischöfen von Breslau und Gnesen den auf die Burg Pinczow [1]) geflohenen Jakob von Sienno zum Bischof konsekriert hatte. Zugleich zwang der König die zurückgebliebene Geistlichkeit, sich seiner Petition an den Papst in vollem Umfang anzuschließen, und ließ die Burg Ilża zugunsten seines Nominaten ohne

1) In der neuen Ausgabe des Długosz steht Piandziszow. Das Zirkular des Jakob von Sienno im Cod. epist., p. 205, no. 185, ist aber datiert von Pinczow.

weiteres beſetzen. Auch die Univerſität ſchrieb bittend an den Papſt, inbetreff des Krakauer Bistums dem Willen des Königs, der im übrigen ja immer ein ſehr gehorſamer Sohn der Kirche ſei, dem Klerus ſonſt alle Gunſt erweiſe, das Ernennungsrecht der Biſchöfe aber für eine von ſeinen Vorfahren ererbte Prärogative anſehe, im Intereſſe des Friedens nachzugeben [1]). Während aber die Geſandten des Königs ſich zur Reiſe nach Rom anſchickten, und der König ſich mit der geſamten Ritterſchaft von Polen auf dem Feldzuge in Pomerellen befand, veröffentlichte Jakob von Sienno ein vom 2. Juni 1461 datiertes päpſtliches Monitorium, worin der Adminiſtrator und das Kapitel von Krakau unter Androhung der ſtrengſten Zenſuren angewieſen werden, die Kirchengüter an Jakob von Sienno auszuliefern, und dem Erzbiſchof von Gneſen ſogar die Löſung der Krakauer Kirche aus dem Gneſener Metropolitanverbande in Ausſicht geſtellt wird, falls er den Anordnungen des Papſtes nicht Folge leiſten würde. Der Klerus befand ſich in einer argen Zwangslage, denn der König war nicht geneigt, nachzugeben. Er befahl dem Kapitel, gegen das Monitorium an den Papſt zu appellieren [2]), und ließ mittlerweile die Anhänger Jakobs, die ſich der Appellation nicht anſchließen wollten, aus der Stadt bringen und ihre Güter einziehen. Da auch Anſtalten gemacht wurden, die Burg Piandziszow, den Zufluchtsort Jakobs zu belagern, ſo begab derſelbe ſich zu ſeinem getreuen Anhänger Jan Tęczyński, dem Staroſten von Krakau, auf deſſen Burg Tęczyn, in der Abſicht, ſelbſt nach Rom zu reiſen. Aber der junge Jan Melsztyński, der ſich nicht ſcheute, den Zorn des Königs auf ſich zu laden, bot ſowohl Jakob von Sienno als auch dem Domherrn Jan Długoſz und gewiß noch anderen Verbannten ein ſicheres Aſyl auf ſeiner Feſte Melsztyn an, wo dieſelben auch bis zum Austrag der Händel blieben. Ein entbrannter, wilder Zorn aber ſchien ſich des Königs bemächtigt zu haben, denn es will gar nicht zu ſeiner milden

1) Wiszniewski, Hist. lit. IV, 442.
2) Cod. epist. saec. XV, 207, no. 186.

und gutmütigen Weise stimmen, wenn wir vernehmen, daß er nach seiner Rückkehr aus Pomerellen das Kanonikatshaus des Długosz erbrechen und plündern ließ, und sogar von gewaltsamer Beseitigung der beiden Brüder Długosz gesprochen haben soll.

Die Rede, welche Jan Rytwianski in Rom vor dem Papste gehalten haben soll, ist uns noch erhalten. Es ist der stärkste Ausdruck des Oppositionsgeistes jener Tage. In dieser schneidigen Auseinandersetzung klingt der revolutionäre Geist der Baseler Reformationsmänner fern von allem Pathos mit dem Anspruch auf Bethätigung in einem praktischen Falle in hoher Tonlage hindurch. So spricht kein Bittender. Aber Jan Rytwianski kannte seine Stärke. Er legte dem eitlen und empfindlichen Papste Pius II. die Originalberichte Jakobs von Sienno vom Kongresse zu Mantua vor, in denen der Papst in möglichst unvorteilhaftem Lichte und als grundsätzlicher Gegner Polens dargestellt wurde. Wie mußten da die Chancen Jakobs von Sienno zusammenbrechen. Aber mehr noch. Eben damals, als die Gesandten in Rom waren, traf die Anzeige Georg Podiebrads ein, daß er die Aussöhnung zwischen Polen und Preußen vermöge seiner herzlichen Beziehungen zu Kasimir zu bewerkstelligen die Aussicht habe — und eben damals war man in Rom entschlossen, die Prager Kompaktaten zu verwerfen und Georg entweder unter den Fuß zu bringen oder in einem Kampf auf Tod und Leben zu vernichten. Durfte Pius um einer Pfründenfrage und eines obendrein unzuverlässigen Priesters willen den König von Polen dem mächtigsten Ketzer in die Hände treiben? Konnte Pius gestatten, daß sich Georg dort auf dem Felde der polnisch-preußischen Händel wohlfeile Lorbeeren pflücke, um sie dann gegen die Kurie fruchtbar zu machen? Nein, die preußische Vermittelung mußte ihm aus den Händen gewunden werden, und Jakob von Sienno war aufgegeben. Sein Sturz bildete einen Teil der Gegenmine, welche der Papst wider Georg zu legen im Begriffe war. Wenn auch den polnischen Gesandten nicht gleich die Anerkennung des königlichen Nominaten Jan Gruszczyński zugestanden wurde, so durften

sie doch mit der Zuversicht heimreisen, daß der „geistliche Krieg", wie man den Bischofstreit in Polen nannte, keinen andern Ausgang mehr nehmen werde. Es eröffnet einen Blick auf den Zusammenhang der Dinge, wenn wir sehen, daß der Papst am 17. Dezember 1461 dem Erzbischof Hieronymus Lando von Kreta von neuem die Vollmacht erteilt, den Frieden zwischen Polen und Preußen zu vermitteln und die Rechtslage in dem Streit um das Krakauer Bistum zu untersuchen. Namentlich aber und vorerst verlangte der Papst, solle der Legat dafür Sorge tragen, daß durch den auf den König von Böhmen gestellten Kompromiß dem Orden kein Schaden und dem römischen Stuhl, dem dieser allein untergeben wäre, in seinen Rechten kein Eintrag geschähe, sonst aber Georg vor einer Einmischung in die preußische Sache zu warnen [1]).

Aus allem dem aber entspringt der rationelle Grund, weshalb der Hochmeister den Kongreß zu Glogau nicht beschickte, und zugleich ein anderer, weshalb Kasimir zu demselben geeilt war. Durch nichts konnte Kasimir so sehr auf die Kurie drücken, als durch diese ostensilbe Freundschaft mit dem Utraquisten. Mit Bangen sah der Papst diese Händedrücke. Vergeblich hatte er Fantin della Valle, seinen Geschäftsträger, beauftragt, die Verbindung der beiden slavischen Könige zu hintertreiben, und war „übel zumute" auf Fantin, als dies mißlang. Mit dem Rückhalt dieser Verbindung, welche, wie gesagt, auch ein Pressionsmittel gegen die Kurie war, glaubte Kasimir nunmehr noch einen Schritt weiter gehen zu dürfen. Er ließ die Benefizialzehnten Jakobs von Sienno und seiner Anhänger aus dem Kapitel mit Beschlag belegen [2]) und schien es sich nicht einmal zu Herzen zu nehmen, daß darob Wunderzeichen am Himmel gesehen worden sind. Endlich aber, nach langer Verzögerung, erschien der Erzbischof Hieronymus in Polen. Am

1) S. die bei Voigt, Geschichte Preußens VIII, 624. 625 citierten Aktenstücke.

2) S. die Briefe Dlugoszs im Cod. epist., p. 210, no. 189, und p. 215, no. 191.

Freitag, den 26. November 1462, hielt er beim Reichstag von Piotrkow seinen Einzug. Während der Legat den Schwerpunkt seiner Mission einzig in dem Friedenswerk zwischen Polen und Preußen erkannte, drang Kasimir auf seine Vermittelung in dem Kirchenstreit, der eine Unruhe sondergleichen in ganz Kleinpolen erregt hatte. Der Legat hob in seiner Unterredung mit dem Könige die Schwierigkeit hervor, die päpstliche Provision ohne Einwilligung Jakobs von Sienno zu kassieren, allein Kasimir rief voll Entrüstung, er wolle lieber sein Königreich verlieren, ehe er jenen auf dem bischöflichen Stuhl von Krakau sähe. Da erwiderte Hieronymus mit dem ganzen Hochmut eines Kurialisten, „besser es gehen drei Königreiche zugrunde, als daß der Papst sein Recht preisgäbe". Indessen wurde das Mittel zur Beilegung des Streits doch darin gefunden, daß Jakob von Sienno nebst seinem Anhang unter sicherem Geleit auf dem Reichstage zu Piotrkow erscheinen, und mittlerweile durch einen Eilboten die Aufhebung der Provision des Papstes von Rom eingeholt werden sollte. In der That trat Jakob von Sienno im Januar 1463 zu Piotrkow vor den König. Da aber weder die Fürsprache des Legaten noch seine eigenen kniefälligen Bitten bei Kasimir Gehör fanden, so erklärte Jakob, die ihm zuteil gewordene Provision in die Hände des Papstes zurückgeben zu wollen, und bedingte sich nur den Ersatz seiner Auslagen sowie eine Jahresrente aus der bischöflichen Tafel von Krakau aus. Daraufhin wurde der Vergleich abgeschlossen. Eine neue Gesandtschaft ging nach Rom ab, um nunmehr für die Versetzung Jan Gruszczyńskis auf den Krakauer, und des Jan Lutek von Brzezie auf den Włocławker Bischofssitz die definitive Genehmigung einzuholen. Bei dem Wunsche der Kurie, den Polenkönig von der Umgarnung durch Podiebrad zu lösen, konnte jener dort alles erlangen. So verdankte Kasimir seiner böhmischen Politik den Triumph in einer das Land tief beunruhigenden Angelegenheit, in welcher eines der konstantesten Prinzipien seiner Regierung in Frage kam. Denn nicht persönliches Übelwollen hatte den König gegen Jakob von Sienno dermaßen in Groll und Eifer versetzt — suchte er doch für

ihn das durch den Tod Paul Giżyckis [1]) erledigte Bistum Płock, an welches sich damals die wichtigsten königlichen Interessen knüpften, und das einen entschiedenen Anhänger der Krone damals mehr als je vorausgesetzte [2]), zu verschaffen —, sondern das Bewußtsein, daß er seiner königlichen Stellung ein wichtiges Attribut vergäbe, wenn er an Stelle der Vereinbarung zwischen der Krone und dem Kapiteln die käuflichen päpstlichen Provisionen einreißen lasse. Als Sieger zeigte sich Kasimir gnädig genug. Alle Verbannten wurden wieder in Gnaden aufgenommen und in ihre Besitztümer eingesetzt, und als im folgenden Jahre (1464) infolge der Erledigung des erzbischöflichen Stuhls Jan Gruszczyński zum Primas, und Jan Lutek zum Bischof von Krakau befördert worden war, erhob Kasimir keinen Einwand dagegen, daß Jakob von Sienno den bischöflichen Sitz von Włocławek einnahm.

Nach dem reichlichen Entgegenkommen der Kurie war nun aber freilich nicht daran zu denken, daß ihr der Versuch einer Vermittelung zwischen Polen und Preußen versagt werden könnte. Da Kasimir einen Teil der Mission des Kretensers acceptiert hatte, mußte er sich auch den andern gefallen lassen. Aber daß die Einmischung des Papstes nicht allzu sehr nachteilig und bald sich als reiner Wind darstellen würde, dessen hielt sich Kasimir so überzeugt, daß er den Legaten gewähren ließ. Wie bisher den König von Böhmen, so galt es jetzt auch den Papst bei „gutem Wahn zu erhalten". So durfte denn Hieronymus sich von Polen nach Königsberg zum Hochmeister begeben, und es gelang ihm, zu erwirken, daß Bevollmächtigte des Ordens sowie der Bündischen neben einer nicht unansehnlichen polnischen Delegation, bei der sich besonders auch namhafte Rechtsgelehrte befanden, zu dem für den Anfang Mai 1463 in Brześć in Kujawien angesetzten Verhandlungstage eintrafen. Den Polen war das Treiben des Legaten verdächtig, denn er schien es

1) Bischof Paul von Płock starb am 27. Januar 1463, als eben der masowische Erbfolgestreit entbrannt war.

2) S. weiter unten das Kapitel „Masowien".

darauf abgesehen zu haben, die Bündischen von den Polen zu trennen. Auch die Darlegung der Ordensgesandten war für die Polen eigentlich nicht diskussionsfähig, denn sie forderten eine vollständige Wiederherstellung des status quo ante bellum, und wollten alsdann erst sich einem päpstlichen Richterspruch unterwerfen. Aber auch wenn die polnische Gesandtschaft besseren Willen gehabt hätte, würden Schwierigkeiten aus der Anwesenheit der Vertreter des preußischen Bundes entstanden sein, welche im Banne stehend, doch nicht ohne weiteres vor dem Repräsentanten des Papstes erscheinen konnten. Sollten sie aber wiederum andererseits, wie der Legat verlangte, die Rechtmäßigkeit des Interdikts anerkennen? Sie konnten es nicht, und als der Erzbischof ihretwegen allen Gottesdienst in der Stadt einstellen ließ, drangen Söldner und Geistliche in die Stadtkirche, ließen mit allen Glocken läuten und stimmten zum Hohne des Legaten ein Tedeum an. Hieronymus, beschimpft und gekränkt, wollte sich nach Krakau begeben, um dort, „weil sonst im Lande nirgends Ärzte und Medizin zu haben sind, seine Gesundheit wieder herzustellen, allein aus Besorgnis vor Unfrieden und Zwietracht, die daraus entstehen könnten, nötigten die Polen den Legaten, sich aus dem Lande zu entfernen [1]). Hieronymus zog sich nach Breslau zurück, wo er seit drei Jahren mit Rat und Bürgerschaft in vertrauten Beziehungen stand, und rächte sich an den Bündischen in Preußen dadurch, daß er die zahlreich nach Breslau um Johannis einkehrenden Preußen als Gebannte behandeln und die gottesdienstlichen Handlungen vor ihnen sistieren ließ [2]). Eine Beschwerde des Königs von Polen darüber fand zwar bei dem grollenden Legaten kein Gehör, aber der Rat von Breslau, dem an der

1) Nach der eigenen Darstellung des Hieronymus an den Bischof Dominikus von Torcello, in Breslauer Korresp., Nr. 173. Im Königsberger Archiv findet sich (von Voigt nicht benutzt) sein Bericht an den Hochmeister vom 6. Mai 1463, aus Brześć noch datiert.

2) Schreiben des Breslauer Rats an den König, an den Erzbischof von Gnesen und an den Bischof von Włocławek, Breslauer Korresp. Nr. 168, woraus zugleich die Übertreibungen Długoszs hervorgehen.

Gunst Kasimirs eben jetzt nicht wenig gelegen war, wandte sich doch deshalb an den Papst mit der Bitte, dem Legaten diese Rigorosität zu verweisen [1]). Pius aber kam dem Wunsche der Breslauer um so mehr entgegen [2]), als ihm an der Schlichtung der polnisch-preußischen Händel durch seinen Legaten nicht mehr viel gelegen war. Schon im Juli hatte er dem Erzbischofe geschrieben, er solle mit der Preußensache, wenn er nicht sehr begründete Aussicht auf Erfolg hätte, seine Zeit nicht vergeuden [3]).

So hatten denn die Polen auch die zweite ungebetene Vermittelung, bei welcher sie mit vollem Recht den Einfluß selbstsüchtiger Nebenabsichten voraussetzten, glücklich abgeschlagen. Es war eine merkwürdige und eigentümliche Stellung, welche Kasimir damals in dem Streite zwischen dem Papste und Georg von Böhmen, die sich den Rang als Vermittler in dem preußischen Kriege hatten ablaufen wollen, nunmehr einnahm. Beide waren in „gutem Wahne erhalten", und beide waren doch um die Vorteile, die sie sich von der Freundschaft Polens versprachen, getäuscht. Auf dem Oktober-Reichstag 1462 ließen sich der König und der Reichstag von den französischen und böhmischen Gesandten großartige Bundespläne vortragen, in denen auf Polen gerechnet wird, wenn es sich darum handeln könnte, „den Papst abzusetzen". Und ungefähr um dieselbe Zeit, etwa einen Monat nur früher, hielt der Papst mit einem Diplomaten folgendes Gespräch [4]):

1) Cod. epist. saec. XV, 221, no. 195, die Protokolle der Verhandlung der polnischen Gesandten mit dem Erzbischof. — Das Schreiben des Breslauer Rats an den Papst, in Bresl. Korresp., Nr. 183.

2) Bulle des Papstes vom 21. Oktober, in Bresl. Korresp., Nr. 196.

3) Bresl. Korresp., Nr. 175, 83. — Nichtsdestoweniger wurde die Korrespondenz des Königs Kasimir mit Hieronymus noch fortgesetzt. Im September wurden sogar noch zwei Gesandte an ihn nach Breslau geschickt, um ihn zur Wiederaufnahme der Vermittelung zu veranlassen, aber unter Bedingungen, auf welche der Erzbischof sichtlich nicht eingehen wollte. Reichstags-Rezeß im Rezeßbuch I des Danz. Archivs.

4) Bericht Johann Weinreichs an den Breslauer Rat. Breslauer Korresp., Nr. 185.

„Wem sollen wir", sagte Pius, „einen Anspruch auf das böhmische Reich geben? Wissen wir doch nicht, wer die Macht hätte, es zu bezwingen? Weißt Du irgend jemand, so sag ihn uns."

„Heiliger Vater", erwiderte der Diplomat, „Ew. Heiligkeit kennt alle Könige und Fürsten, die solchen Sachen vorzustehen vermögen."

Hierauf Se. Heiligkeit: „Nehmen wir dem von Böhmen das Reich, ehe wir einen andern gewiß haben, der es aufnimmt, so haben wir Sorge, wir möchten den Breslauern und uns (selbst) Schande entzünden. Wir müssen zuvor des gewiß sein, der es aufnimmt."

„Wie gefällt Dir", fuhr der Papst fragend fort, „der König von Polen, ob er mächtig wäre, das böhmische Reich zu zwingen?"

„Heiliger Vater", meinte der Diplomat darauf, „wäre er nicht ein Gebannter, der Kirchengüter und (Güter) des Ordens zu Preußen inne hielte, sondern sich der römischen Kirche und ihren Geboten unterwürfe, und dem Orden die Lande und Güter wiedergäbe, so wäre er mit Anderer Hilfe solcher Macht, daß er das böhmische Reich überwinden möchte."

Darauf Se. Heiligkeit: „Wenn er das thäte, was Du sprichst, so hätte er zu seinem Reiche die Preußen wider die Böhmen zuhilfe und wäre stärker, aber wir haben Sorge, er giebt ungern das Gewisse, das er in Preußen hat, und nimmt das Ungewisse auf in Böhmen. Doch wollen wir uns betrachten und Dir zu Rom Antwort geben."

Siebentes Kapitel.

Das Friedenswerk.

Schon die Thatsache, daß der König nach allem, was vorgefallen war, im Herbst 1463 noch einmal mit dem Legaten Hieronymus Lando wegen einer Vermittelung in Verbindung trat, bezeugt das tiefgehende Bedürfnis und den gehegten Wunsch eines ehrenvollen Friedens. Da der Legat sich aber in die polnisch-preußischen Händel nicht mehr mischen wollte, so sah sich der König genötigt, sein Verfahren vor dem Papste zu rechtfertigen, und sandte im Anfang des Jahres 1464 den Sohn des Wojewoden von Kalisch, den rechtsgelehrten Jan Ostrorog, an den Papst, bei welchem derselbe eine über alles Erwarten ausgezeichnete Aufnahme fand. In den vertraulichen Gesprächen des Papstes mit dem jungen Magnaten in dem kleinen Badeorte Petrioli bei Siena [1]) mögen wohl die ersten Andeutungen der Ideen gefallen sein, die Pius II. in dem vorher erwähnten Gespräch mit dem Breslauer Diplomaten ausgedrückt hat. Indessen dürften sie schwerlich jetzt in Polen einen wesentlichen Anklang gefunden haben. Das waren doch bedenkliche Lockungen, die da das Oberhaupt der Kirche spielen ließ. Wenn sie in Polen Beifall gefunden hätten, und namentlich jetzt schon, dann hätte es wohl so geschehen können, wie der Papst es ausdrückt, daß man das Gewisse für das Ungewisse verschüttet hätte. Das wollten aber die Polen keineswegs. Je mehr die europäische Lage es zu erheischen schien, daß ihre Macht frei und verfügungsfähig würde, desto mehr erkannten sie es als eine Notwendigkeit an, den Gewinn in Preußen in Sicherheit zu bringen. Darauf spannten sich jetzt alle ihre Kräfte, und darum bemerkt man auch in den

1) Caro, Eine Reformationsschrift des 15. Jahrhunderts, S. 23 f.

kommenden zwei Jahren, welche für Georg Podiebrad so verhängnisvoll werden sollten, eine entschiedene Zurückhaltung der polnischen Politik. Sowohl in dem Konflikt des Böhmenkönigs mit dem Papste als auch in dem eben desselben mit dem in Böhmen sich bildenden Herrenbunde beschränkt sich die polnische Regierung auf die Entgegennahme der beiderseitigen Kundgebungen, und selbst in dem erbitterten Kampfe der Stadt Breslau gegen den Utraquisten, welcher die polnischen Interessen nahe genug anstreift, begnügt sich Polen dadurch, daß es der bedrängten Stadt die Handelswege nach dem Osten offen erhält [1]), den Schlesiern ein Zeichen freundlich nachbarlicher Gesinnung gegeben zu haben.

Je mehr nun aber darauf verzichtet werden mußte, daß der Frieden mit dem Orden durch die Vermittelung des Papstes oder des stammverwandten böhmischen Königs erlangt werden könnte, desto wohlwollender wurde ein Antrag des Rats von Lübeck, als des Vororts der Hansa, den Ausgleich zu versuchen, von den Beteiligten begrüßt. Die schweren Schädigungen und Verwirrungen, welche der Ostseehandel durch den Krieg erlitt, machten es dem Rate von Lübeck zur Pflicht, selbst um den Preis eines Opfers die Vermittelung anzubahnen. Um die Zeit, als der Legat sich noch in Preußen befand (Frühjahr 1463), hatte der Lübecker Ratssekretär Johann Bracht dem Rate von Danzig bereits die ersten Eröffnungen gemacht. Dann war er im Sommer auch noch nach Königsberg geeilt, und als er dort keine abschlägliche Antwort erhalten, mit den Sendboten der Bündischen auf dem Reichstag zu Piotrkow (Oktober 1463) erschienen, wo eben Anton Marini als Gesandter des Königs von Frankreich den europäischen Fürstenbund und das christliche „Welt-Konsistorium" dem erstaunten Adel und Klerus von Polen plausibel zu machen suchte [2]). Der König acceptierte

1) Schreiben der Breslauer an den Papst vom 7. August 1456, bei Eschenloer, ed. Markgraf, S. 105.

2) Hirsch (Script. rer. Prus. IV, 608, Anm. 1) zeigt, daß er den Rezeß im Danziger Rezeßbuch flüchtig gelesen und mißverstanden hat.

die Intervention der Hanseaten, nur lehnte er die Städte Elbing, Braunsberg, Heilsberg als ungelegen zu Verhandlungen ab, da der Orden dort Besatzungen in der Nähe habe, und für eine umfängliche polnische Gesandtschaft der Weg zu weit wäre. Auch dem von den Bündischen vorgeschlagenen Marienburg gegenüber hielt er die Städte Bromberg, Thorn und Culm als besser geeignet. Auch die Forderung der Lübecker, daß der Bischof von Wilno zugezogen werde, wurde ebenso wie die vorgeschlagene Zulassung von Vertretern der Städte Riga, Dorpat und Reval von Kasimir genehmigt.

Es bezeichnet den Fortschritt, den die Friedensideen gemacht hatten, daß es dieses Mal wenigstens, wenn auch erst um Johannis des folgenden Jahres 1464 zu geordneten Verhandlungen kam. Unter Führung des Bischofs Arnold von Lübeck waren die hanseatischen Bevollmächtigten von Lübeck, Rostock, Wismar, Lüneburg, Riga, Dorpat, Reval mehr als 150 an der Zahl, herbeigekommen, und hatten in Thorn ihren Sitz aufgeschlagen. Die Vertreter des Ordens, an deren Spitze neben dem Bischof Jost von Ösel der Spittler Heinrich Reuß von Plauen, der livländische Marschall Gerhard von Malinkrodt und der Graf Georg von Henneberg standen, blieben den Abreden gemäß in Culm, „7 Meilen von Thorn", während die polnische Gesandtschaft, welche außer den Bischöfen Jan Lutek von Włocławek und Andreas von Posen (?) [1]), die Wojewoden und hervorragenden Kastellane Großpolens und die Universitätsprofessoren Jakob von Szadek und Johann von Dąbrowka neben dem Domherrn und Geschichtschreiber Jan Długosz in ihrer Mitte hatte, sich gleichfalls „7 Meilen von Thorn von der andern Seite" in Bromberg aufhielt. An sie schlossen sich unter Führung des Gubernators Stibor von Baysen die

Von einem Vorschlag Frankreichs, den Streit einem allgemeinen „consilium" zu unterbreiten, hat kein Mensch gesprochen.

1) Długosz nennt ihn nicht, wohl aber Joh. Lindau in Script. rer. Prus. IV, 612, und Voigt, Geschichte Preußens VIII, 655. Dennoch dürfte Długosz recht haben. Auch Detmars Bericht nennt nur einen Bischof.

Vertreter der Städte und Ritterschaft des preußischen Bundes, welche gleichfalls einen zeitgenössischen Geschichtschreiber, den Stadtsekretär Johann Lindau von Danzig bei sich hatten. Der König mit seinen Räten weilte indessen in dem nahen kujawischen Brześć. Bemerkenswert bleibt es, daß außer den Krakauer Gelehrten und dem Reichsschatzmeister Hincza von Rogow kein einziger Kleinpole an den Verhandlungen beteiligt war. Schon diese Aufstellung gleichsam in drei Lagern legte bei dem gegenseitigen Mißtrauen den Verhandlungen Schwierigkeiten in den Weg. So wenig hielt man sich der Stimmung der Stadt Thorn doch versichert, daß man von der Anwesenheit einiger Ordensritter Verrat und Abfall derselben besorgen zu müssen glaubte. Daher griff eine Peinlichkeit in der Geschäftsführung Platz, die den Verhandlungen von vornherein den Charakter der Zuversicht benahm. Das Erscheinen des getreuen Bernhard von Cimburg unter den Ordensleuten, obgleich er damals bereits seinen Frieden mit dem Könige von Polen gemacht hatte, sowie andererseits die präjudicierliche Führung des Titels „Erbling von Preußen“ vonseiten Kasimirs in den Vollmachtsbriefen erregten Anstoß. Endlich, nachdem alle diese Vorfragen leidlich beigelegt waren, begannen die eigentlichen Verhandlungen unter dem Vorsitz des Bischofs Arnold von Lübeck mit einer ergreifenden Ansprache desselben an die streitenden Parteien.

Was den Verhandlungen ihren ganz besonderen Charakter verlieh, war der auffallende Doktrinarismus, mit welchem namentlich von polnischer und bündnerischer Seite die erhobenen Ansprüche begründet wurden. Nicht umsonst hatten die Parteien einen Anhang von Professoren und Gelehrten mitgebracht. Es wurden hier naturrechtliche und historische Argumente vorgetragen, die nirgends sonst in jener Zeit zur Legitimierung eines Anspruchs geltend gemacht sein mögen. Namentlich gehen die Berufungen auf die Geschichte so durchaus parallel mit den von Jan Długosz in seinem großen Geschichtswerke niedergelegten Anschauungen, daß wir wohl kaum fehl gehen, wenn wir ihn als den direkten oder mittelbaren Urheber der polnischen Beweisführung ansehen. Die Annahme eines Stammvaters der

Polen, Namens Lech, von dem sie die Bezeichnung Lechiten erhalten hätten, die Auswanderung derselben aus den ursprünglichen Sitzen in Pannonien, Kroatien und Dalmatien, und die Ansiedelungen derselben am obern und untern Lauf der Weichsel, der Nachweis der Nationalität aus den Namen der Städte und Ortschaften, aus der Zusammengehörigkeit des Metropolitanverbandes, die mythische Erklärung des Peterspfennigs als eines Kriteriums polnischer Nationalität durch die angebliche Dispensation des bei den Cluniacensern eingetretenen Herzogs Kasimir, die einseitige Auffassung der gewaltsamen Aneignung der Landschaften an der untern Weichsel durch den Orden, die Bezugnahme auf die Prozesse von 1320 und 1339 vor den päpstlichen Kommissaren, deren Rezesse bekanntlich Dlugosz selbst zusammengestellt hat, sowie alles Weitere, und namentlich auch die Darstellung der Rebellion der Bündischen als eine „Rückkehr zu dem echten, berechtigten und natürlichen Herrn", sowie die Berufung auf den Kauf der Schlösser aus der Hand der Söldner, das alles hört sich genau wie eine Wiederholung der betreffenden Kapitel aus der Historia Polonica des Krakauer Domherrn an. Aus Briefen der Danziger Delegierten an den heimischen Rat erfahren wir, wie man eigens zum Zweck dieser Verhandlungen die „Liberarien" von Danzig nach Chroniken, das Archiv von Pelplin nach Urkunden durchstöberte. Die deutsche Chronik des Jeroschin, wie des Wigand von Marburg, wurde eben damals auf ausdrücklichen Auftrag Dlugoszs ins Lateinische übertragen [1]). Der gelehrte polnische Domherr brachte unzweifelhaft nicht bloß für seine litterarischen Zwecke, sondern zur Unterstützung seiner Darlegungen auf der Friedenskonferenz einen Apparat zusammen, der mehr für akademische Erörterungen, als für praktische Verhandlungen geeignet war.

Es ist gar nicht zu verkennen, daß diese allzu gelehrte Methode dem Auftreten der Polen Abbruch that. Denn einmal konnten alle diese vom Schulstaub verdunkelten Argumente mit

1) Vgl. Script. rer. Prus. I, 665, Anm. 1, und besonders Zeißberg, Poln. Geschichtsschreibung im Mittelalter, S. 301 f.

nicht zu großer Mühe entkräftet werden. Auf jeden gesunden Praktiker mußte es doch einen siegreichen Eindruck machen, wenn die Ordensgesandten gegenüber dem mythischen Lech darauf hinwiesen, daß im Anfang die ganze Welt menschenleer gewesen, und daß wohl niemand sagen kann, wer zuerst jene streitigen Gegenden bevölkert habe; oder wenn sie darauf hinwiesen, daß England und Österreich auch den Peterspfennig entrichteten und doch nicht zu Polen gerechnet werden könnten; oder wenn sie zeigten, daß in Holland und Seeland die politischen Grenzen sich mit den kirchlichen Provinzialgrenzen auch keineswegs deckten, und somit daraus kein Beweis gezogen werden könnte. Dann aber zeugten doch im besten Falle die meisten dieser Allegationen nur für den Anspruch auf die Landschaften Culm, Michelau und Pomerellen, und die Forderung der Polen ging doch darüber hinaus. Die Friedensvermittler hatten sichtlich das Gefühl, daß die Verhandlungen auf einen praktischeren Boden übertragen werden müßten, und schlugen den Streitenden einen Vergleich auf der Grundlage des uti possidetis vor. Allein die Polen verwarfen dies durchaus. Der Orden, meinten sie, müsse das Land überhaupt räumen, und nunmehr traten sie mit dem Gedanken hervor, der seit mehreren Jahren dem Könige bereits im Sinne gelegen hatte, und der bereits im Herbst des voraufgegangenen Jahres mit dem litauischen Landtag besprochen worden war [1]). Sie erboten sich nämlich, dem Orden, um ihn seinem Berufe des Heidenkampfes wiederzugeben, die Landschaft Podolien einzuräumen, was freilich die zwischen Polen und Litauen darüber schwebenden Streitigkeiten in einer eigenen Weise gelöst haben würde. Es ist unbekannt, wie der litauische Landtag zu diesem Projekt sich verhalten habe, aber die Ordensbevollmächtigten wiesen nicht ohne Bitterkeit darauf hin, ob sie wohl die „35 gemauerten Städte und 48 festen und wohlgebauten Schlösser für ein unbebautes und wüstes

1) Bericht des Komturs zu Memel an den Hochmeister vom 1. November 1463, im Königsberger Archiv. Vgl. auch Napiersky, Index II, 44, no. 2022.

Land, wie Podolien" hergeben sollten [1]). Soviel ging aus den weiteren Verhandlungen bereits hervor, daß die Polen von der definitiven Abtretung von Culm, Michelau, Pomerellen nebst Danzig, Elbing, Thorn und Marienburg unter keinen Umständen mehr absehen werden, überzeugt davon, daß dann der Orden in dem abgeschnittenen Winkel des Hinterlandes sich selbständig nicht mehr erhalten könne. Aber auch die Ordensleute verzichteten bereits auf den Gedanken der Erhaltung der Souveränetät. Sie wollten Culm, Michelau und Thorn der Krone ganz abgeben, für das übrige Territorium aber dem Könige ein Jahrgeld zahlen, ihm Heeresfolge leisten und ihn als „Beschirmer annehmen". So schwankten die Angebote und Forderungen hin und her, es konnte eine vereinbarende Grundlage nicht gefunden werden. Der bittere Kelch, den der tapfere Heinrich von Plauen leeren mußte, wurde ihm noch vergällt durch die Beschimpfungen seines Ordensgewands, dessen sich der Pöbel von Thorn befleißigte. Wie wird den Rittern das Herz geblutet haben, als sie sehen mußten, wie da ein frecher Bube höhnend mit einem weißen Ordensmantel mit schwarzem Kreuz umgethan und begleitet von sechs Gesellen, um das Rathaus einen Mummenschanz aufführend, zog — an der Stätte, wo einst der weiße Mantel den Herrn und Gebieter bezeichnete. Verbittert und grollend zogen sich die Ordensbevollmächtigten nach Culm zurück, und mit Mühe nur bewirkte der Bischof von Lübeck, daß sie dort noch einige Tage das Ergebnis seiner Verhandlungen mit den Polen abwarteten. Alles, was indes von den Polen zu erlangen war, bestand in der Erklärung, daß sie dem Orden das Samland und die Gebiete von Brandenburg und Balga belassen wollen. Damit waren aber die Verhandlungen zerschlagen. Die Lübecker benutzten die Gelegenheit, sich vom Könige Kasimir die Bestätigung von vier Privilegien aus der Zeit der Selbständigkeit Ostpommerns zu verschaffen, in welchen ihnen Befreiung von allen Zöllen in Ostpommern,

1) S. den Bericht in Detmars Fortsetzung, in Script. rer. Prus. IV, 670.

und überdies die Erlaubnis, ein Kaufhaus in Danzig zu erbauen, zugesichert worden war, und kehrten sonst unverrichteter Sache nachhause zurück [1]).

Ob es richtig ist, was erzählt wird [2]), daß der Kaiser und andere deutsche Fürsten, insbesondere aber der Kurfürst von Brandenburg, den Hochmeister durch die Einrede, daß es seiner Würde nicht zieme, sich durch bürgerliche Leute den Frieden vermitteln zu lassen, verhärtet hätten, muß dahin gestellt bleiben. Im Geiste der Zeit und in dem Selbstbewußtsein der Ordensherren war zuverlässig auch ohne solche Stachelung von außen her schon ein Gefühl des Widerstrebens gegen die Notwendigkeit, vor Bürgern zu Gericht zu gehen, begründet. Allein eine Erwägung der Kriegslage, wie sie sich namentlich im Jahre 1464 entwickelt hatte, schloß die Berechtigung solcher Standesvorurteile aus. Im Gegenteil. Nach den Momenten, welche die Thorner Verhandlungen klar gestellt hatten, mußte der letzte Schimmer von Hoffnung auf Erhaltung einer irgendwie lebensfähigen Existenz gerade auf die bürgerlichen Elemente gesetzt werden. Wenn die Thorner Verhandlungen einerseits den Polen den Gedanken ausgeredet hatten, den Orden in Preußen ganz abzuschaffen oder anderwärts hin zu verlegen, und andererseits der Orden zu der Überzeugung gelangt war, daß er bei jeder irgendwie geordneten Territorialverteilung jedenfalls seine Souveränetät nicht werde erhalten können, sondern in irgendeiner Form eine Oberhoheit der polnischen Krone werde anerkennen müssen, so mußte die Vorstellung sich erheben, ob es nicht zu bewirken wäre, daß Preußen ungeteilt als Einheit in dieses Verhältnis zu Polen eintreten könnte, ob nicht auf Grund

1) Das letztere nur bei Dlugosz XIII, 336. In der Leipziger Ausgabe sind die Urkunden selbst verschoben, sie stehen S. 367 ff.; in der neuen Krakauer Ausgabe an ihrem Orte. — Dlugosz's Erzählung stellt uns den polnischen Rezeß des Thorner Tages dar; den der Bündischen giebt der Bericht bei Schütz, S. 313 ff.; den des Ordens bei Pole, in Script. rer. Prus. V, 228 sqq; den der Lübecker bei Detmar, in Script. rer. Prus. IV, 668 sqq.

2) Dlugosz XIII, 335.

einer gemeinsamen Anerkennung der polnischen „Schirmherrschaft“ der Riß wieder geschlossen werden könnte, der 1454 durch die einseitige Unterwerfung des preußischen Bundes veranlaßt worden war. In diesem Sinne geschah es, daß auf Ansuchen des Ordens im Frühjahr 1465 Verhandlungen eingeleitet wurden, die völlig verschieden von allen bisherigen „Teidigungsversuchen“ waren. Weder die hohen Gebietiger des Ordens noch die Polen wurden zugezogen. Es waren nur Preußen, welche gegen Ende April in den Dörfern Kobbelgrube und Stuthof auf der Frischen Nehrung einander ohne Vollmacht ihrer Regierungshäupter gegenübertraten. Der Gubernator Stibor von Baysen, Otto von Machwitz, Nikolaus von Pfeilsdorf, Ratsmänner von Danzig und Elbing auf der einen Seite, und ausgewählte „Diener des Hochmeisters“ samt dem Bürgermeister Georg Steinhaupt und anderen Ratsherren von Königsberg, Kneiphof und Löwenicht auf der andern Seite. Hier, wo im wesentlichen nur die beiderseitigen bürgerlichen Elemente einander begegneten, herrschte von Anfang an ein vertrauensvollerer Ton, ein aufrichtigeres Streben nach dem Abschluß der aufreibenden Wirren, und durch alle die beiderseitigen Reden klang der Schmerz doch leise hindurch, daß es so gekommen ist.

Nichtsdestoweniger minderte dies keineswegs die Hartnäckigkeit des beiderseitigen Standpunkts. Wenn die Bündischen den Versuch machten, den Orden bei seinen eigenen Unterthanen zu diskreditieren, so warnten diese jene wiederum vor den Illusionen, zu denen die jetzt noch ungehemmt willfährige Gnade des Polenkönigs ihnen Veranlassung gäbe. „Die Zukunft wird es lehren“, meinte Georg Steinhaupt, „ob ihr für euch und euere Nachkommen wirklich so weise und klüglich durch die Unterwerfung unter Polen vorgesorgt habt, als ihr jetzt glaubt. Wer weiß, ob ihr nicht noch dereinst Dinge erlebt, die euch und uns unter die Augen stoßen werden.“ Jedenfalls wird hier in einem Tone der Herzlichkeit und gegenseitiger Schonung in der Form gesprochen, daß man, wenn auch zunächst ein positives Ergebnis nicht zu erwarten war, diese Verhandlungen wieder aufzunehmen

beſchloß. Und ſo fand denn im Anfang Auguſt eine zweite Tagfahrt an demſelben Orte, und gegen Ende desſelben Monats eine dritte ſtatt, zu welcher letzteren vonſeiten der Polen der Biſchof von Ermland nebſt zwei Doktoren [1]), und vonſeiten des Ordens der Landmarſchall von Livland nebſt zwei Komturen hinzugekommen waren. Überblickt man den Gang der uns in ausführlicher Aufzeichnung erhaltenen Verhandlungen, ſo kann man den Eindruck nicht abweiſen, daß die Wortführer des Ordens ſich im Nachteil in jeder Hinſicht befanden. Einmal war es ja ausreichend in der von Tag zu Tag ſich trüber geſtaltenden Kriegslage begründet, daß ſie kleinlaut auftraten, zweitens aber benahm der Mangel eines feſten Programms ihren Erbietungen den Eindruck durchdringender Überlegung. Sie ergingen ſich in einer Mannigfaltigkeit von Kombinationen, welche aus dem Stegreif gefaßt und ſomit nicht konkret genug für die Unterlage der Vereinbarung zu ſein ſchienen, während Stibor von Bayſen mit ſeiner beſtimmt vorgezeichneten Poſition einen wirkſamen Eindruck der Beharrlichkeit und Bewußtheit hervorbrachte. Das vae victis trat hier ſchon mit ſchmerzlicher Empfindlichkeit hervor. Und dennoch zog durch dieſe Verhandlungen ein Sinn der Treue, der Offenheit, der Biederkeit, der ſehr verſchieden von der Überliſtungsſucht diplomatiſcher Kongreſſe des 15. Jahrhunderts war. Es war die Zwieſprache deutſcher Männer, die da wußten, daß das Geſchick ſie geſchieden, aber nicht minder einſahen, daß dieſer Ratſchluß des Schickſals um ſo empfindlicher, als eigentlich natürliche Verwandtſchaft ſie verband. Von den Angeboten und Rückvorſchlägen, wie ſie im Verlauf der Unterredungen gemacht wurden, iſt hier nicht zu ſprechen. Nur die beiderſeitigen Poſitionen, welche die Unvereinbarkeit am Ende derſelben herausſtellten, mögen hier angezeigt werden. „Wollten ſie uns“, erklärten die Worthalter des Ordens in der conclusio finalis, „abtreten Marienburg mit den Gebieten Elbing, Oſterode und Chriſtburg mit dem ganzen Hinterland, ſo wollen wir dem Könige geben ganz Pomerellen, das cul-

1) Jakob von Szadek, der Profeſſor, und Johann Dlugoſz der Geſchichtſchreiber.

mische Land, Michelau mit Grenzen und Städten. Sollten sie aber darauf nicht eingehen wollen und dem Orden einige Schlösser und Städte in Pomerellen zum Aus- und Eingang dieser Lande einräumen, so sollte der Orden für Marienburg ein Jahrgeld zahlen, auf Elbing, Thorn und Danzig verzichten, gestatten, daß auch Inländer in den Orden eingekleidet werden könnten, und endlich den König von Polen als Beschirmer Preußens und Livlands anerkennen." Diesem weit vorgestreckten Entgegenkommen aber erwiderte Stibor von Baysen: „Pomerellen, Culm und Michelau müssen wir ohne jeden Anspruch haben, und um Marienburg wollen wir alle Leib und Leben lassen. Aber von dem Elbingschen Gebiet wollen wir dem Orden ein Stück geben, und einen Anspruch auf das Christburgische und Osterode-Gebiet gelten lassen. Dies mögt ihr dem Hochmeister für eine weiter anzuberaumende Tagfahrt unterbreiten [1])."

Eine solche kam aber nicht mehr zustande. Die Kriegsereignisse nahmen ihren geschilderten rapiden Gang zum Unglück des Ordens. Die eigenen Unterthanen des Ordens wie die Söldner wurden rebellisch, der letzte Rest der Mittel war erschöpft, der Mut des Widerstandes gebrochen. Alle Hauptfesten und Städte des Westens fielen den Verbündeten im Frühjahr und Sommer 1466 in die Hände. Der König stand mit einem großen Heeresaufgebot in Preußen. Die völlige Unterwerfung des Bischofs von Ermland hatte den Orden vollends von jeder Verbindung mit Deutschland abgeschnitten [2]). Die Verzweifelung hatte auch die Hartnäckigsten im Orden ergriffen, nur der Friede konnte von allem Untergang retten. Aber auch in Polen wollte man den Frieden und nahm die Kunde freudig auf, daß der zum Legaten ernannte und zur Zeit in Breslau weilende Rudolf von Rüdesheim, Bischof von Lavant, der eine Reihe diplomatischer Erfolge in Deutschland aufzuweisen hatte,

1) Die Rezesse aller drei Tagfahrten in Script. rer. Prūss. V, 242—270.

2) Am 23. März 1464. S. Eichhorn in Ermländ. Zeitschrift I, 146.

und dem der Ruf eines ehrenhaften, hochsinnigen und gerechten Mannes voraufging, vom Papst Paul II. auch den Auftrag erhalten hatte, seine Dienste als Vermittler zwischen dem Orden und Polen anzubieten. Bald im Anfange des letzten preußischen Feldzuges hatte Kasimir sich mit den Bündischen verständigt, den Legaten behufs Einleitung des Friedenswerkes einzuladen, und zugleich den Domherrn Jan Dlugosz nach Breslau gesandt, um sich vor jeder Parteilichkeit des Kirchenfürsten zu wahren. Gleichwohl verzögerte sich der Beginn des Friedenskongresses, weil noch der Ausgang der Belagerung von Konitz, der letzten Ordensbesitzung auf dem linken Weichselufer, die Gemüter in Spannung erhielt. Aber vom Hochmeister selbst, der alle Hoffnungen vernichtet und die Gefahr des Abfalls der Seinigen von Tag zu Tag ansteigen sah, ging der Anstoß zur Beschleunigung aus. In seinem Namen erschien Bernhard von Cimburg, um Frieden bittend, vor dem Könige [1]). Auch jetzt noch suchte Kasimir die Entscheidung hinzuhalten, aber endlich ward denn in einer Konferenz zwischen Bernhard von Cimburg und dem von zwei Räten begleiteten Dlugosz zu Schwetz festgestellt, daß am 8. September Abgeordnete des Königs in Thorn, und Bevollmächtigte des Ordens in Culm sich einfinden und in einem dazwischen gelegenen Orte, Culmsee oder Neffau, die Verhandlungen unter Leitung des Legaten beginnen sollten. Und dabei blieb es auch, obgleich der Gubernator Stibor von Baysen anfänglich Einwendungen dagegen erhob.

Am 9. September eröffnete Rudolf von Rüdesheim den Friedenskongreß [2]). Der Hochmeister selbst mit den Gebietigern stand in Culm, der König mit den Seinigen in Thorn, der Legat ließ die Sprecher der Parteien nach Neffau kommen. Der doktrinären Redseligkeit der polnischen Gelehrten, die

1) Brief des Königs an Jakob von Dębno vom 4. August, im Cod. epist. saec. XV, 233, no. 205, worin auch ein Abriß der ganzen Kriegslage.

2) Am 29. August war Rudolf von Rüdesheim von Breslau aufgebrochen. Ein Breslauer Ratsherr, Lukas Eisenreich, begleitete ihn. Eschenloer ed. Markgraf, S. 119.

wiederum in Geschichte und Naturrecht zurückgreifend, die Rechtmäßigkeit ihrer Ansprüche darthun wollten, schnitt der Legat bald das Wort ab. Mit ungemein praktischem Geschick drängte er die Verhandlungen sofort auf den Boden der realen Differenzen. In dem Feilschen um Land und Städte, das hinüber und herüber ging, erhob sich noch einmal der Hochmeister zu dem Bewußtsein der Grundlagen seiner Stellung. Jedes Opfer war er zu bringen bereit, wenn ihm nur Marienburg und die heiligen Reliquien des Ordens, das heilige Kreuz und das Bild der heiligen Barbara zurückgegeben wurden [1]). Als aber die Verhandlungen dadurch zu scheitern drohten, so schwand auch dieses Begehren, und der Orden war mehr oder weniger der Gnade der Polen und dem, was des Legaten großherziges Betreiben für ihn erzielte, preisgegeben [2]). Endlich waren die Grundlagen vereinbart. Mit schwerem Herzen, vom Schicksal gebrochen, erschien in der Mitte des Oktober der Hochmeister vor dem Könige. Den fürstlichen Rang desselben ehrend, war ihm Kasimir zum Empfang entgegen gezogen und begrüßte ihn und die Gebietiger mit freundlichem Handschlag. Allen reichte der Hochmeister die Rechte, nur als der Bischof von Ermland sie ergreifen wollte, zog er sie zurück. Noch in diesem Augenblick gab es auf polnischer Seite eine Partei, und der Bischof von Ermland gehörte dazu, welche die volle Vertreibung des Ordens durch die jetzt kaum schwierige Eroberung Königsbergs für ratsamer hielt. Allein dem Legaten, dem alle Parteien und alle Berichterstatter das höchste Lob und die reichste Anerkennung zollen, kam alles darauf an, den Friedensschluß nicht mehr verschoben zu sehen. Denn dieser war, wie sich später zeigen wird, mehr als die Erhaltung des Ordens unter den Gesichtspunkten seines Auftraggebers, des Papstes, maßgebend gewesen.

Endlich am 19. Oktober ward der Friede zustande gebracht. Im Gildenhaus zu Thorn verlas Rudolf von Rüdes-

1) S. den Brief Dlugoszs vom 26. Sept. gegen Schluß, im Cod. epist. saec. XV, 236, no. 208.

2) Vgl. das Fragment eines Briefes des Dlugosz vom 4. Oktober, im Cod. epist. saec. XV, 239, no. 211.

heim in deutscher Sprache, und Vincenz Kielbassa, der neue Bischof von Culm, in polnischer Sprache vor einer zahlreichen Versammlung den Traktat. Hierauf knieten der König und der Hochmeister nach einander vor dem Legaten nieder und schworen, die Unverbrüchlichkeit dieses Friedens anzuerkennen. Der Sitte gemäß folgten die beiderseitigen Würdenträger dem Beispiel ihrer Herren. Hierauf begab sich die Versammlung in die Marienkirche, wo der Legat das Hochamt celebrierte und das Tedeum anstimmte. Ein Gastmahl auf dem Rathause [1]) schloß die Feier des denkwürdigen Tages. Der König machte den Wirt. Die ganze Gutmütigkeit, die den Jagiellonen eigen war, entfaltete Kasimir in der Behandlung des gedemütigten und schmerzgebeugten Hochmeisters. Als derselbe vor ihm in der Gildenhalle ins Knie sinken wollte, hob er ihn rasch auf und umarmte ihn unter Thränen. Mit Rücksicht auf die Pflicht des Hochmeisters, seine Söldner abzulohnen, verschrieb der König ihm als Ersatz für die Abtretung von Marienburg eine Summe von 15 000 Dukaten, von der er ihm freilich nur 150 bald zu zahlen imstande war [2]). Von der im Vertrage stipulierten Heeresfolge entband er ihn im Hinblick auf die Verwüstung des Ordensgebiets für die nächsten zwanzig Jahre. Beide Teile verkündigten den beiderseitigen Unterthanen vollkommene Amnestie für ihre Haltung während des Krieges, und diejenigen, welche nunmehr unter die Herrschaft des Königs kamen, Liegenschaften aber im Ordenslande hatten, wurden auf 25 Jahre von allen Leistungen und Lasten freigesprochen. Auch die jagiellonische Lust am Schenken verleugnete Kasimir nicht. Dem Hochmeister gab er silberne Geräte, Festgewänder, Pelzwerk, Pferde, und ebenso den Komturen und den Söldnerhauptleuten. Die reichsten Geschenke aber hatte er dem Legaten zugedacht;

1) Die Kenner der patriotiotischen Romane Gustav Freitags dürfte es interessieren zu erfahren, daß der Schultheiß der alten Stadt Thorn in diesem Jahre Marcus König war.

2) Daß das kein Gnadengeschenk war, wie nach Dlugosz in allen Darstellungen, außer bei Kotzebue, Ältere Geschichte Preußens, zu lesen ist, geht aus der Verschreibungsurkunde hervor; Dogiel, Cod. dipl. Pol. IV, 175, no. 124.

doch Rudolf von Rüdesheim lehnte sie ebenso bescheiden ab, wie er einst, nachdem er den Frieden zwischen dem Kaiser und Matthias von Ungarn zustande gebracht, die Gaben des Ungarkönigs abgewiesen hatte. Beide Teile schickten nunmehr ihre Sendeboten nach Rom, um vom Papste die Bestätigung des Friedens zu erwirken und für den Legaten zum Lohne den Kardinalshut zu erbitten. Von Polen gingen mit diesem Auftrage der Bischof Vincenz Kielbassa und der Sohn des Wojewoden von Kalisch, Johann Ostrorog, der Kastellan von Meseritz.

Der Friedenstraktat stellte eine völlig neue und ziemlich willkürliche Konfiguration des in zweihundertjähriger Arbeit und Aufopferung der Wildheit abgerungenen Preußenlandes her. Polen erhielt nicht bloß diejenigen Landschaften, welche noch im Anfang des 14. Jahrhunderts mit ihm in einem rechtlichen Verbande gestanden haben, Culm, Michelau und Pomerellen, sondern auch Schloß, Stadt und Gebiet Marienburg, sowie die Gebiete von Elbing und Christburg mit Ausschluß kleinerer Teile. Immerhin würde dann noch das dem Orden verbliebene Land eine kompakte Masse gebildet haben, wenn nicht die Bestimmung getroffen wäre, daß der ermländische Bischof als weltlicher Herrscher mit seinem ganzen Territorium unter die Botmäßigkeit und Protektion des polnischen Königs treten solle, während das Bistum Pomesanien beim Orden verblieb. Ein Blick auf die Karte zeigt, in welchem Maße dadurch die Verwaltung des Ordenslandes erschwert werden mußte, daß ein breiter Keil polnischer Landesteile sich mitten in das Territorium des Hochmeisters hinein lagerte. Nur zwei Bistümer verblieben also dem Orden, Samland und Pomesanien, denn das Bistum Culm wurde wiederum der Gnesener Kirchenprovinz zugeteilt.

Am wichtigsten in dem ganzen Vertrage waren aber die Bestimmungen über die neue Stellung, die der Hochmeister nunmehr einnehmen sollte, und über die Organisation des Ordens. Mit einem Worte läßt sich sagen, daß der Hochmeister von nun an nicht mehr deutscher Reichsfürst, sondern polnischer Reichsfürst werden sollte. Nur allein die Oberherr-

lichkeit des Papſtes ſoll er als ein regulierter Herr noch anerkennen, nicht aber mehr die des Kaiſers und des deutſchen Reiches. Seine Lande, die ihm geblieben, ſowie etwaige Erwerbungen in der Heidenſchaft ſollen einen integrierenden Teil des polniſchen Reichskörpers bilden, in welchem der Hochmeiſter, nach der ausdrücklichen Definition ſeiner Befugniſſe und Einſchränkungen, genau die Stellung der Teilfürſten einnehmen ſollte. Er ſollte Mitglied des ſenatoriſchen Reichsrats werden [1]) und den Ehrenplatz zur Linken des Königs einnehmen, er ſollte eine Anzahl Gebietiger zur Aufnahme in den Senat in Vorſchlag bringen dürfen, er ſollte ſchwören und jeder ſeiner Nachfolger jedesmal ſechs Monate nach ſeiner Wahl, daß er die Intereſſen des polniſchen Reiches wie die ſeinigen betrachten und die Bedingungen dieſes Friedens aufrecht halten werde, er ſollte ohne des Königs Einwilligung keinen Krieg gegen Chriſten führen dürfen, er ſollte mit ſeinen Gebietigern wie jeder polniſche Senator das Zuſtimmungsrecht zu Bündniſſen und Verträgen der Krone mit dem Ausland oder ſonſtigen Perſonen haben, kurzum er ſollte genau in die Gerechtſame treten, welche damals noch die maſowiſchen Fürſten der Krone gegenüber beſaßen: eine Stellung, welche ein wenig eingeſchränktes Maß von Autonomie, aber ein durchaus beſchränktes Maß von Souveränetät bedingte — aber jedenfalls mit einem Lehnsverhältnis auch nicht das mindeſte gemein hatte. Das Feudalrecht galt in Polen nicht und wurde auch zur Begründung der neuen Stellung des Hochmeiſters nicht entlehnt. Das Wort „feudum“ oder ein Derivat desſelben kommt in dem ganzen Vertrage nicht vor. Nur allein das polniſche Staatsrecht war für die Konſtituierung des neuen Teilfürſtentums maßgebend. Es iſt eine durchaus unzuläſſige Übertragung deutſcher Rechtsverhältniſſe auf Polen, wenn in deutſchen Schriften von einer im Thorner Frieden geſchehenen

1) Mir iſt nicht bekannt, ob der Ausdruck „consiliarius“ auch bei den maſowiſchen Teilfürſten vorkommt. Aber faktiſch hatten ſie ebenfalls Sitz im Senat und haben 1447 ſogar den Vorrang vor dem Klerus, der zur Rechten des Königs ſaß, in Anſpruch genommen. S. weiter unten.

Lehnsauftragung gesprochen wird. Eine solche hat durchaus nicht stattgefunden, und der in dem Vertrage selbst festgestellte Eid des Hochmeisters ist von der Form eines Lehnseides absolut verschieden. Und diesem neuen Charakter des Ordens als eines polnischen Teilfürstentums entspricht es durchaus, daß künftighin, wie festgestellt wurde, auch Unterthanen jeglichen Standes aus dem Königreiche Polen und seiner Lande eingekleidet und in die Komtureien und Ordensämter bis zur Hälfte der Ordensgliederzahl eingesetzt werden dürfen. Der Orden hatte sich damit von den Wurzeln und Fußpunkten seines Daseins getrennt. Von einem „deutschen Orden" konnte hinfort nicht mehr gesprochen werden. Zwar findet sich auch in andern Verträgen jener Epoche als stehende Formel die Bestimmung, daß keine Macht der Erde, weder der Papst, noch der Kaiser, noch ein Konzil oder irgendeine andere Obrigkeit die Gewalt haben solle, den Eidschwur auf den Frieden zu lösen und von seiner Gültigkeit zu entbinden. Aber in diesem Falle hatte diese Klausel doch ihre eigene Bedeutung, wenigstens was den Kaiser vornehmlich anging. Denn dem Papste war ja noch, insofern es sich um Veränderungen der kirchenpolitischen Organisation handelte, ein Bestätigungsrecht vorbehalten. Aber dem Kaiser gegenüber, welcher doch die Quelle des Eigentumsrechtes war, das der Orden an preußischen Landen hatte, war die einseitige Entfremdung eines zum Reiche gehörigen Territoriums ein Akt der Felonie, der nur in so zerrütteten Verhältnissen, wie damals in Deutschland herrschten, und bei einem so indolenten Herrscher, wie Friedrich III. war, ohne nachdrucksvollen Einspruch hatte erfolgen können. Es wurde hier — und das ist im Hinblick auf spätere Vorgänge im Auge zu behalten — absolut neues Recht geschaffen. Der Orden hatte darein gewilligt, nicht mehr nach deutschem Lehnsrecht behandelt zu werden.

Gegenüber diesen fundamentalen Bestimmungen waren die weiteren Ordnungen des Thorner Friedenstraktats von untergeordneter Bedeutung. Sie bezogen sich auf die Sicherheit des kaufmännischen Verkehrs, auf die Gerichtsbarkeit, auf den Modus

der Ausführung der einzelnen Vertragsbestimmungen und auf die von beiden Seiten zu gewährenden Bürgschaften für die Aufrechterhaltung des Friedens. Erwähnenswert ist nur noch, daß Kasimir unter die Teilfürsten des polnischen Reiches, die er nicht bloß in den Frieden mit einschließt, sondern für welche er als Reichsoberhaupt das Wort führt, auch den Herzog Erich von Pommern-Stolp und den Palatin Stephan von der Moldau zählt, den ersten wohl nur wegen der ihm überlassenen Teile Pomerellens, Lauenburg und Bütow, den andern auf Grund der Verträge, die seit der Begründung der polnischen Oberhoheit im Frieden von Igló (1412) mehrfach erneuert worden waren. Aber die auffälligste Erscheinung im Thorner Traktat ist die des Bischofs Paul von Ermland, als eines unter königlicher Klientel erscheinenden selbständigen Paciscenten. Da das Bistum, wie schon bemerkt, keiner Kirchenprovinz zugeteilt, sondern in geistlicher Beziehung unmittelbar dem Papste untergestellt werden sollte, so trat hiermit eine vollkommen neue Einrichtung im polnischen Staatsrecht hervor. Geistliche Fürstentümer hat es bisher in Polen, mit Ausnahme des von Zbigniew Oleśnicki erkauften Fürstentums Siewierz, nicht gegeben. Schwerlich würden die Polen einer solchen Neuerung ihre Zustimmung gegeben haben, wenn sie nicht damals schon den Hintergedanken gehabt hätten, daß die Wahl eines Polen zum Bischof am besten die Verbindung des seiner Bevölkerung nach ganz deutschen Ermlands mit dem nationalen Interesse gewährleisten würde, während die Zuteilung desselben zur Gnesener Kirchenprovinz bei dem unverhältnismäßigen Anwachs derselben im Lande selbst an maßgebenden Stellen Widerspruch gefunden haben würde.

Wegen der in Thorn damals herrschenden Pest, die allmählich das ganze Land ergriff, eilten die Teilnehmer des Kongresses bald in ihre Heimat zurück, um sich in der nächstfolgenden Zeit der Ausführung der einzelnen Vertragsbestimmungen und der Heilung der unermeßlichen Schäden des Krieges zu widmen. Bevor aber der Legat den König verließ, hatte er eine überaus wichtige Unterredung mit dem Könige, welche die Absichten und Tendenzen der Kurie bei ihrer Vermittelung

und die Willfährigkeit ihres Bevollmächtigten, die Erniedrigung des Ordens zuzulaſſen, mit einem grellen Lichte aufklärte. Da ſich von dieſer Unterredung aus wiederum eine neue Kette von Ereigniſſen, welche das polniſche Volk betrafen, fortſpinnt, ſo kommen wir ſpäter in Zuſammenhang auf dieſelbe zurück. Aber der neuen Perſpektiven, welche der Legat vor den Augen des Königs und ſeiner Räte aufthat, bedurfte es nicht, um das Herz des beglückten Monarchen und aller polniſchen Vaterlandsfreunde höher ſchlagen zu laſſen, der Inhalt des Augenblicks bot des Genugthuenden in reichſtem Maße. Die Seeausgänge waren gewonnen, Provinzen von einer Kulturentfaltung, die kaum in einem Teile Polens eine ähnliche Höhe erreicht, waren in den Schoß des polniſchen Reichs aufgenommen und in eine politiſche Lebensgemeinſchaft zurückgekehrt, die trotz einer trennenden Entwickelung von faſt zwei Jahrhunderten doch nicht ganz verklungen war. Freilich ſahen ſie in dieſem Augenblick von der Furie eines dreizehnjährigen Krieges arg zerzauſt und verkommen aus. Wir wiſſen nicht, auf welchen Grundlagen ſich der Bericht [1]) ſtützt, nach welchem während des Krieges von 21000 Dörfern nicht weniger als 18000 Dörfer und mehr als 1000 Kirchen zerſtört worden ſein ſollen, aber die Zahlen ſind jedenfalls übertrieben. Indes als der Biſchof von Lübeck ſich zum Thorner Tage begab, fiel ihm die grauenvolle Einöde, die der Krieg hervorgerufen, doch herzbrechend auf. „Wir ſind dahergezogen“ äußerte er, „manche Meile und haben kein Dorf, keinen Menſchen, kein Tier geſehen“. Noch Jahrhunderte danach waren in dichten aufgewucherten Waldungen Spuren ehemaligen nützlichen Anbaus erkennbar, die der wilde Krieg vernichtet hatte. Ströme Blutes waren in den unglücklichen dreizehn Jahren gefloſſen. Abgeſehen von den Heimiſchen, die der Krieg hinweggerafft, und die auf mehr als 100000 Köpfe angeſchlagen werden, ſollen 170000 Söldner auf den Gefilden Preußens ihren Tod gefunden haben. Und welche Geldopfer! Über 700000 Mark

1) In der mittleren Chronik von Oliva, Script. rer Pruſs. V, 634.

ſoll Danzig, und ebenſo viel der Orden verausgabt haben. Polen aber ſoll nicht weniger als nahezu eine Million Dukaten aufgewandt haben, und das erſcheint inanbetracht der bis zum Unerträglichen geſteigerten Beſchatzung des ganzen Landes ſehr wohl möglich. Wenn aber der König ſchon bei einer Überlegung dieſer Thatſachen ausgerufen haben ſoll: „Iſt denn aber auch das Land ſo viel Chriſtenblutes und Geldes wert zu achten?“ — ſo mag es in Polen doch neben den triumphierenden auch Stimmen gegeben haben, welche ſolchen Zweifel in erhobenerem Maße ausdrückten. Die Kleinpolen wenigſtens ſcheinen wie im ganzen Verlauf des Krieges ſo auch beim Frieden ihre laue Haltung nicht verlaſſen zu haben. Es fällt auf, daß der bis zum Jauchzen von patriotiſchem Glück geſchwellte Dlugoſz, der an den letzten Peripetieen des Krieges einen ſo hervorragenden Anteil nahm und vielleicht der Konzipient der Friedensurkunde war, dieſes Mal weder vom Glockenläuten in Krakau noch von Freudenfeuern zu erzählen weiß. Vielleicht war in keiner einzigen polniſchen Stadt, wo man die bitteren Laſten des ausſaugenden Krieges zu empfinden hatte und wohl wußte, daß noch manches Jahr vergehen wird, ehe wieder ein normaler Stand der wirtſchaftlichen Verhältniſſe erreicht ſein würde, die Freude über den Frieden ſo ungemeſſen, ſo geräuſchvoll und ſo das ganze Volk beherrſchend als in der nicht polniſchen Stadt Breslau [1]). Hier knüpfte man an dieſen Frieden die Hoffnung auf eine vollkommen neue Ära, auf eine Rettung von dem Joche des ſlawiſchen und ketzeriſchen Böhmenkönigs. So ſeltſam verworren waren die nationalen Begriffe der Zeit, daß eine deutſche Stadt über den ſchweren und unermeßlichen Verluſt und Abbruch des deutſchen Reiches in Jubel ausbricht, weil ſie nunmehr auf einen andern ſlawiſchen König die Ausſicht baut, durch ihn vor ſlawiſchen Eingriffen bewahrt zu bleiben. Unzweifelhaft aber am reinſten und tiefſten war das Hochgefühl und die innere Befriedigung beim Könige Kaſimir,

1) Breslauer Korreſpondenz, Nr. 341. Eſchenloër, ed. Markgraf, S. 123. Dlugoſz XIII, 386.

der mit einer Zähigkeit sondergleichen den Anfechtungen der auswärtigen Mächte, den Schwankungen des Kriegsglücks, den Aufwallungen der Unzufriedenheit seiner neuen Unterthanen, sowie dem bis zu offenen Insulten gesteigerten Murren seiner alten Unterthanen, der Geldnot und Verlegenheit, den Schwierigkeiten und Zwischenfällen ausdauernden Widerstand entgegengesetzt hatte. Und mit ihm durften die nationalen Parteien des Landes, voran die Großpolen und die „Jüngeren", mit Stolz sich des Augenblicks erinnern, da sie vor 13 Jahren auf die Annahme der preußischen Verbündeten gedrungen und bestanden hatten. Es war einer der glücklichsten Augenblicke, welche der polnischen Nation in der Geschichte gegönnt waren. Aber es ist eine weise Vorkehrung Gottes, daß Menschen und Völkern der Vollgenuß des in einem Augenblick zusammengedrängten Glücks durch eine barmherzige Verhüllung der Zukunft gegönnt ist.

Achtes Kapitel.

Die bürgerliche Tragödie in Krakau.

Wir schalten an dieser Stelle die Erzählung eines Vorgangs ein, der oben nur mit einem Worte gestreift wurde, und der um so erwähnenswerter erscheint, als er die sozialen Gegensätze und den Zustand der Rechtsverhältnisse in eindrucksvollerer Weise beleuchtet, als es irgendwelche Darstellung vermöchte. Auf den Gang der allgemeinen Verhältnisse hatte er nur insofern Einfluß, als er die Aufregung und die Unbotmäßigkeit des Adels im Feldzuge von 1461, der infolge dessen so ganz ergebnislos endigte, mit veranlaßt hat. Bekanntlich hatte der Kastellan von Krakau, der sogenannte Pan Krakowski, Jan Tęczyński, gegen den Feldzug gestimmt und hat ihn auch nicht mitgemacht, aber sein Bruder Andreas wollte dem Auf-

gebot Folge leiſten. Da ſeine Rüſtung nicht in Ordnung war, hatte er ſie dem Waffenſchmied Klemens in Krakau zum Ausbeſſern gegeben. Die Arbeit war gemacht, und Andreas kam ſelbſt in das Haus des Meiſters, um ſie ſich zu holen. Meiſter Klemens forderte zwei Gulden, Herr Andreas bot etwa den vierten Teil, achtzehn Groſchen. Der Meiſter beſtand auf ſeine Forderung, und der ergrimmte Edelmann ohrfeigte den Handwerker in ſeinem eigenen Hauſe. Noch nicht genug, auf der Stelle begab ſich Herr Tęczyński auf das Rathaus und verklagte den Waffenſchmied wegen der Rüſtung, wobei er übrigens eingeſtand, ihn geohrfeigt zu haben. Der Rat ſchickte ſofort einen Büttel nach dem Meiſter mit der Weiſung an den Beamten, nicht von ſeiner Seite zu weichen, und bat Herrn Andreas, ein wenig zu warten. Dieſer aber war zu ungeduldig, verließ das Rathaus und blieb mit einer Schar von Freunden vor dem Hauſe des reichen Ratsherrn Kreidler ſtehen, wo dieſer und der Prokurator Walter (Kesling) ſich gerade befanden [1]), als eben Meiſter Klemens mit dem Büttel nach dem Rathaus vorüberging. „Herr", rief da der Meiſter dem Edelmann zu, „in meinem Hauſe haſt du mich ſchmählich geſchlagen und geohrfeigt, jetzt wirſt du es wohl bleiben laſſen." Voll Zorn fielen Andreas und ſein Sohn und ſeine Leute über den wehrloſen Mann mit blanken Säbeln und Stöcken her und richteten ihn ſo unmenſchlich zu, daß ihn herbeigekommene Bürger nachhauſe tragen mußten. Der Büttel, der doch als Sicherheitsgeleit vom Rat ihm zur Seite gegeben war, ſtand dabei und ſah den Vorgang mit an. Als die Herren auf dem Rathauſe davon hörten, waren ſie tief erſchrocken, denn ſie überſahen bald, daß der Streit eine bedenkliche Ausdehnung gewinnen könnte, und um dem vorzubeugen, begaben ſie ſich ſofort zur Königin auf das Schloß und ſetzten ihr den Vorgang wie ihre Beſorgniſſe auseinander. Die Königin Eliſabeth gebot ſofort beiden Teilen Ruhe bis zur Rückkehr des Königs bei ſtrenger

1) Długoſz XIII, 268 merkt an: „aedem . . . . regum sculptas imagines in se habentem."

Strafe für den, der sie bricht. In dem Grodbuche des Staroſten fand man ſpäter eingetragen, daß das ſogenannte vadium auf 80000 Mark angeſetzt war [1]).

Als die Ratsherren aber das Schloß verließen, fanden ſie die Stadt ſchon in vollem Aufruhr. Sofort gingen wieder einige Ratsherren zur Königin und baten, ſie möchte den Andreas Tęczyński gleich auf das Schloß holen laſſen, denn ohne Mitwirkung der Königin getrauten ſie ſich nicht, der Bewegung Herr zu werden. Eliſabeth fand den Vorſchlag ganz angemeſſen und ſandte nach dem Ritter. Dieſer aber — ſo erfuhr man — wollte weder etwas von der Bürgſchaftsſumme wiſſen, noch aufs Schloß gehen, ſondern rief raſch ſeine Freunde in das Haus des Acciſepächters und Bürgers Nikolaus Kitzinger, wo er zu wohnen pflegte, ließ Steine hinauftragen und richtete ſich auf eine Verteidigung ein. Das Gerücht davon durchflog die Stadt, und als die Ratsherren vom Schloſſe in das Stadthaus zurückkehrten, ſahen ſie von der Schloßgaſſe her und anderen Straßen eine unermeßliche, aufgeregte und bewaffnete Menge ſich gegen das Rathaus hinwälzen. Säbel wurden geſchwungen, auf den Armbruſten die Pfeile aufgeſetzt, und ein Haufe ſuchte in die Ratsſtube zu dringen. Die Ratsherren begannen zu zittern und machten ſich, ſo viele ihrer konnten, davon. Nur einige blieben zurück und traten vor die Thür hinaus. Sobald die Maſſe ihrer anſichtig wurde, ſchrie man ihnen entgegen: „Gewalt iſt geſchehen! Wir haben ſo oft ſchon über Gewalt geklagt, ihr aber kümmert euch nicht darum!“ Umſonſt ſuchten die Ratsherren der Menge klar zu machen, daß ihr Genugthuung gegeben werden ſoll, und was die Königin entſchieden hat, denn eben ſah man Tęczyński, der angeblich auf dem Schloſſe ſein ſollte, in herausfordernder Weiſe auf dem Ring umherſpazieren. „Worte machen, das könnt ihr“, rief erbittert die Volksmenge, „uns zum Trotz und Hohn wandelt der hier auf dem Ring umher, das iſt eure Genugthuung!

1) Urkunde im Cod. dipl. civit. Crac. (Mon. med. aevi V), p. 241, no. 170.

Nun, wenn ihr keinen andern Schutz für uns habt, werden wir uns selber schützen." Die Aufregung wuchs, die bewaffnete Menge bekam Zuzug, die Ratsherren beschworen die Tobenden beim Erbarmen Gottes, doch nicht die Stadt und sich selbst ins Unglück zu stürzen. „So schützt ihr uns immer", rief ihnen die Menge entgegen, und bald raste der Ruf: „Zu den Waffen, zu den Waffen" über die Stadt hin, während vom Turm der Marienkirche die Sturmglocke heulte. Mit unbezähmter Gewalt warf sich ein Haufe jetzt auf die Verfolgung Tęczyńskis, den man, wie gesagt, kurz zuvor noch auf dem Ring erblickt hatte. Das Kitzingersche Haus in der Brüdergasse wurde durchsucht, und als man ihn dort nicht fand, die Nachbarhäuser, bis dann endlich wohl eine Spur auf das Franziskanerkloster hinzuweisen schien. Bald war das Kloster von den Wütenden umringt. Hinten wurden die Gartenzäune zertrümmert, vorn Thüren und Portale erbrochen, und nunmehr unaufhaltsam — es mochte ungefähr 5 Uhr nachmittags sein — drängte sich der Pöbel in das Heiligtum. Während die Menge ihr Opfer in den Gängen und Räumen des Gebäudes suchte, war ein gewisser Jan Dobyswon aus Warschau in die Kirche gekommen und sah plötzlich gegenüber der Sakristei hinter der Thür am Fuße der Steintreppe, die zur kleineren Orgel führte, den gehetzten Edelmann stehen, der, seinem Verfolger winkend, ihm hundert Dukaten gab oder versprach, wenn er ihn retten wollte. Dobyswon glaubte es gut zu machen, als er den nächsten andringenden Leuten zurief: „Herr Andreas ergiebt sich eurer Gnade und bittet um freies Geleit, er will sich euch vor den Ratsherren auf dem Rathause sofort stellen." Durch die ganze Kirche aber tönte nur der Zuruf: „Er ist hier, er ist hier!" Da trat Tęczyński selbst heraus und bat: „Mordet mich nicht, ich bin euer Gefangener." Aber überall sah er nur wutschäumende Gesichter, und als er bemerkte, daß drüben ein Mönch die Sakristeithür öffnete, suchte er in raschem Sprung sie zu erreichen. Da traf ihn ein Schlag über Kopf und Gesicht, und die in die Sakristei sich hineinwälzende Masse schlug erbarmungslos und ohne Scheu vor dem auf dem Altar noch in

der Monstranz stehenden Sakrament auf den unglücklichen Mann los, bis er verendet war.

So der den Eindruck der Wahrheit machende Bericht, der sich in den Akten des Krakauer Rats erhalten hat [1]). Nach Długosz aber, der dem Hause Tęczyński nahe stand und jedenfalls dorther seine Informationen erhalten hat, wird, abgesehen von untergeordneteren Umständen, die alle auf Milderung der Schuld des Ritters berechnet sind, den Ratsherren geradezu die Anregung und Förderung des Tumults zugeschrieben. Sie hätten, von dem Bescheide der Königin unbefriedigt, die bewaffneten Bürger zusammenrufen lassen, auf ihre Veranlassung wahrscheinlich sei die Glocke geläutet worden, um die Handwerker von ihrer Arbeit zu holen, und der wirre Volkshaufe sei nicht bloß ergrimmt, sondern auch betrunken gewesen. Dann aber erzählt er, daß Andreas doch nicht allein war, als er sich in das Kloster flüchtete, denn Nicolaus Sanczygniewski, Spytek von Melsztyn, sein eigener Sohn Jan von Rabsztyn und mehrere Freunde wären um ihn gewesen. Dem Jan Dobyswon wird nachgesagt, daß er dem Andreas 200 Gulden schuldig war und eben deshalb ihn verraten habe. Ferner wird in Übereinstimmung mit der Anklageakte erzählt, daß die Mörder auch an dem Leichnam noch ihre Wut ausgelassen, ihm Bart und Haupthaar angebrannt und ihn entblößt durch den Straßenkot an den Füßen nach dem Rathaus geschleppt hätten [2]), wo er zwei Tage behalten wurde, um am dritten der St. Adalberts-Kirche und am vierten den Verwandten zur Beisetzung in Xiąż übergeben zu werden. Von den Begleitern des Andreas sei sein einziger Sohn, Jan, als der am meisten gefährdete, durch das in der Nähe des Schlosses befindliche Kanonikatshaus des Długosz geflüchtet, die andern aber hätten sich im Turm des Klosters verbarrikadiert und seien bis zum anderen Tage vom Volke belagert worden, bis sie endlich auf freies Geleit

1) Monum. Pol. hist. III, 793 und Cod. epist. saec. XV, 111, no. 190.

2) So auch in der kurzen Notiz der Ann. Glogov. in Script. rer. Sil. X, 23, wo das Jahresdatum falsch ist.

zum Rathause kapitulierten, von wo sie sich nach Vereinbarung mit dem Rat am dritten Tage entfernen durften.

Während dieses Vorgangs, der sich am 16. Juli 1461 zutrug, befand sich der König in Inowracław, welches als der Sammelplatz für das allgemeine Aufgebot bezeichnet war. Zu keiner ungelegeneren Zeit hätte der Ausbruch des angesammelten Ständehasses vorkommen können. Kasimir fühlte sofort, daß die Katastrophe eine nachteilige Rückwirkung auf den Feldzug haben werde, und suchte soviel als möglich dieselbe durch die wiederholte Versicherung an den Kastellan von Krakau, den Bruder des ermordeten Tęczyński, daß er das Verbrechen sühnen werde, abzustumpfen. Gleichwohl aber traten die Folgen ihm bald sichtbar unter die Augen. Die Fähnlein der Magnaten fehlten fast sämtlich, und das Lager bot einen traurigen und verdrießlichen Anblick dar. Als nun die Musterung und die Ernennung der Hauptleute erfolgt war, trat der Kastellan Jan Amor Tarnowski von Sandecz, umgeben von einer großen Anzahl von Rittern, als Sprecher des gesamten Adels vor den König, um Rache für das Blut des Erschlagenen zu fordern, denn das Verbrechen der Bürger von Krakau habe nicht bloß einen einzelnen Mann, sondern den ganzen Adelstand und den König selbst betroffen. Kasimir erwiderte, daß ihm der Fall so nahe ging, als hätte er einen Verwandten verloren, er verkenne durchaus nicht die für den ganzen Staat bedenkliche Tragweite der That, der die Strafe auf dem Fuße gefolgt wäre, wenn ihn nicht der preußische Feldzug aufgehalten hätte. Nach seiner Rückkehr werde die Verfolgung dieser Sache sein erstes sein. Die Antwort befriedigte das Heer, aber wir wissen bereits, daß dennoch ein Unstern über diesem Feldzug waltete.

Nach sechs Wochen etwa, um Michaelis kam der König zurück, und von Bromberg aus, mitten in der Trauer um den Tod seiner Mutter, von dem er dort Nachricht erhalten hatte, ließ er einen allgemeinen Reichstag auf den St. Nikolaus-Tag nach Neustadt-Korczyn ausschreiben. Zahlreich strömte der Adel zusammen, und da die Bürger von Krakau durch die

Citation des Rats und der Zunftvorstände recht wohl wußten, um was es sich handele, waren auch viele aus ihrer Mitte in das nahe Städtchen hinübergereist. Die ersten Tage des Reichstags gehörten den fremden Gesandten und den politischen Angelegenheiten, aber am Mittwoch, den 9. Dezember [1]), wurde das Tribunal konstituiert, vor dem nunmehr Jan Rabsztynski als Ankläger gegen den Rat, die Zünfte und die ganze Gemeinde von Krakau wegen Mord seines Vaters, und Jan Tęczyński, der Kastellan, wegen der gebrochenen Bürgschaft von 80000 Mark wider eben dieselben auftraten. Die Angeklagten hatten zu ihrem Sachwalter einen adeligen Herrn, den Jan Oraczowski, bestellt, der, ohne auf den Thatbestand sich einzulassen, die Kompetenz des Gerichtshofes auf Grund des in Krakau bestehenden Magdeburger Rechts ablehnte. Bevor der Sachwalter aber das hierauf bezügliche Privilegium Kasimirs des Großen [2]), das allerdings für einen Fall wie den vorliegenden die Gerichtsbarkeit ausdrücklich einer aus Ratsmitgliedern und Bürgern unter dem Vorsitz des Königs oder seines Stellvertreters zu bildenden und nach Magdeburger Recht urteilenden Schöffenbank vorbehielt, nur verlesen konnte, wurde er nach seiner Vollmacht befragt. Offenbar war man in den Adelskreisen mehr noch als über den erhobenen Einwand darüber entrüstet, daß sich ein Edelmann, und zwar hohen Geblüts, gefunden hatte, die Sache der verachteten Bürger vor Gericht zu führen. Es erscheint aber geradezu unfaßlich, daß Oraczowski eine Vollmacht nicht aufzuweisen vermochte, und nun brach die Wut gegen den Sachwalter los, die adeligen Herren schlugen auf ihn los, rauften ihm die Haare aus, und wenn er sich nicht an dem Mantel des Königs gehalten hätte, wäre er totgeschlagen worden. Das Tribunal aber verurteilte ihn zu einer Strafe von drei Mark wegen Intrusion in einen Gerichtshandel und ließ ihn verhaften. Daß ihn die Krakauer mit Geld ver-

1) Długosz übereinstimmend mit Spominki Krak., in Mon. Pol. hist. III, 241. Die Marginalnote das. ist falsch.

2) Cod. dipl. civit. Crac., p. 36, vom 7. Dezember 1358.

ſahen, um ſich bald aus der Haft zu löſen, verſteht ſich von ſelbſt. Da nun alſo die verklagte Partei nicht Rede geſtanden hatte, wurde ihr ein peremptoriſcher Termin auf den 14. Dezember angeſetzt, und als auch dann nur ein Sachwalter der Verklagten mit dem Privileg vom Jahre 1358 erſchienen war, wurde der Thatbeſtand als zugeſtanden angeſehen, und die Gemeinde Krakau für beide Fälle verurteilt [1]). Zwiſchen den beiden Verhandlungen waren zwar 4 Ratsherren und ein Sachwalter aus Krakau nach Neuſtadt-Korczyn herübergekommen, nicht ſowohl um im Gericht Rede zu ſtehen, als um auf den König zu wirken und ihm die Wahrung ihrer Vorrechte zu empfehlen. Aber der König ließ ſie nicht zu Worte kommen, und da die Bürger ſich in der Adelsverſammlung nicht ſicher fühlten, warfen ſie ſich heimlich des Nachts auf ihre Pferde und kehrten unter Zurücklaſſung ihrer Wagen nach Krakau heim. Die Führung des Prozeſſes vonſeiten des Rats ſchien allerdings inſofern eine ſchwache Seite darzubieten, als die neuere Geſetzgebung, das Statut von 1454, ausdrücklich für den Fall der Verwundung eines Edelmanns durch einen „Plebejer oder Bürger“ die Eliminierung des Stadtrechts zugunſten des Landrechts gewährte. [2]). Aber überall galt der Grundſatz, daß Stadtrecht vor Landrecht geht, und daran ſich zu halten, war der Rat wohl berechtigt. Nach polniſchem Recht war nunmehr, nachdem das Urteil geſprochen, nur noch ein Termin, der ſogenannte „ad satisfactionem“ abzuhalten, bei welchem der Verurteilte ſein Ausbleiben motivieren konnte. Der Reichstag war am 21. Dezember ſchon aufgelöſt, und der König war nach Krakau gekommen. Der Adel hatte ſich dankbar erwieſen, denn er hatte wiederum die Steuer der Städte und Bauern, den ſogenannten Vierdung bewilligt. Erwägt man, daß der König eben damals auch mit einem Teil des Klerus in einem heißen

1) Das Kontumazurteil von Neuſtadt-Korczyn iſt nur inbetreff des Vadiums ſeinem Wortlaut nach vorhanden in Mon. Pol. hist. III, 804. Aber beide kennt man durch den Auszug im Satisfaktionstermin.

2) Bobrzyński, Ustawodawstwo Nieszawskie, p. 92.

Kampfe lag, und zwar so sehr, daß er eben nach seiner Ankunft in Krakau jenes Kanonikatshaus des Długosz, durch welches der junge Tęczyński sich geflüchtet hatte, wegen der Widerspenstigkeit des Domherrn inbetreff der Besetzung des Krakauer Bischofsstuhls aufbrechen und ausplündern ließ, so wird man begreifen, daß er dem Adel das Opfer seiner eigenen Gefühle zu bringen genötigt war, wollte er nicht auch diesen mächtigsten Stand zur Auflehnung reizen.

In der That erschien der König in diesen Tagen von einer Energie und einer Härte, die seiner Natur sonst nicht eigen waren. Übrigens sorgten die Tęczyński dafür, daß die „Finalexekution" nicht verschoben werde. Am 5. Januar fand der Satisfaktionstermin statt, und da der Rat natürlich sein Ausbleiben nicht anders als früher begründen konnte, so war der Prozeß zu Ende, das Urteil vollstreckbar [1]). Noch immer aber mag der Rat sich Hoffnungen gemacht haben, denn wen sollte und wollte man denn mit dem Urteil treffen? Man konnte doch nicht die ganze Gemeinde hinrichten! Der unglückliche Urheber des „Auflaufs", der Meister Clemens war außer Landes geflohen, und jener Jan Dobiswon ebenfalls. Wie sollte man die Schuldigen ausfindig machen? Aber auch diese kleine Aussicht sollte alsbald verschwinden. Am 8. Januar sandte der König an den Rat und ließ ihn auffordern, ihm die Schuldigen auszuliefern, denn der Herr Kastellan Tęczyński will nicht die Unschuldigen mit den Schuldigen die Strafe eines so außerordentlichen Verbrechens büßen lassen. „Man kennt hier keinen Schuldigen", war die Antwort des Rats, „denn es ist notorisch, daß keine anständige und Besitz habende Persönlichkeit an der That sich beteiligt hat. Von den losen Leuten und Handwerksgesellen, die das Verbrechen begingen, ist der größere Teil schon geflohen." Damit gingen die Sendboten zum Könige zurück, aber kurz darauf erschienen wieder andere und eröffneten dem Rate im Namen des Königs: „Wir haben eure Antwort vernommen. Ihr behauptet, wie ihr

1) Helcel, Pomniki II, no. 3661 a und b, 3662. 3663.

schon immer gethan, daß ihr die Schuldigen nicht kennt. Nun denn, der Herr Kastellan Tęczyński bezeichnet als Schuldige: den Bürgermeister Stanislaus Leimiter, die Ratsherren Kuntz Lang, Jarosz Szarley, Martin Belz, ferner aus der Gemeinde (die Schöffen) Johann Teschner und Nikolaus Wolfram, dann den Maler Albert, den Spohrer Johann Schilling und den Büttelmeister Nikolaus. Diese habt ihr nach Eid und Gehorsam auszuliefern, oder der ganze Rat und die ganze Gemeinde zugleich mit den Inkulpierten erscheinen sofort vor dem Könige." Es war ein schreckliches Wort. Die Häupter der Stadt, Männer, die seit Jahren die Ehre und das Vertrauen der Bürgerschaft genossen, — diese hatte die Rachsucht Tęczyńskis sich ausgesucht. Da erhoben sich die Genannten und sprachen: „Wohledle Herren, da der Herr Kastellan uns, will's Gott unschuldige Leute, des Verbrechens bezüchtigt, so wollen wir das Rathaus nicht verlassen, bis wir uns dort, wo wir nach unserm zuständigen Recht verpflichtet sind, gerechtfertigt haben werden. Wir haben die Zuversicht zu unserer Unschuld, daß sie uns frei machen wird." Und dann zur Gemeinde und den Ratsherren sich wendend, riefen sie: „Auf euch, liebe Herren, berufen wir uns, wenn jemand unter euch uns insgesamt oder einen von uns auch nur im Geringsten schuldig weiß, so sage er es, und ohne jede Widerrede wollen wir uns dem Rechtsspruch unterwerfen." „Nein, nein", riefen da alle, „ihr seid rechtlich und unschuldig, von keinem wissen wir etwas Unrechtes." Die königlichen Boten hörten diese ergreifende Rede mit an, und als sie dem Könige Bericht erstatteten, trugen sie im Namen der Gemeinde ihm die Bitte vor, wenigstens bis zum andern Tage mit dem endgültigen Bescheide zu warten. Dies geschah denn auch. Die Inkulpierten waren im Rathaus geblieben. Am Sonnabend, den 9. Januar, aber erschienen der Kastellan von Kalisz, Nikolaus Skora de Gaj und der Krakauer Starost und Unterkämmerer Nikolaus Pieniążek wiederum vor dem Rat und richteten im Namen des Königs die kategorische Frage, ob sie ihm gehorchen wollten, oder nicht. Die bedrängten Bürgervorstände pflogen nun eifrig Rat. Es ist eine den

Stadtkreisen zwar naheſtehende, aber auswärtige Quelle [1]), welche uns verrät, daß in der Bürgerſchaft keineswegs die Einigkeit herrſchte, die man nach dem aktenmäßigen Bericht des Krakauer Rats vorausſetzen ſollte. Und in dieſem peinlichen Augenblick, der ein grauenvolles Schickſal entſcheiden ſollte, dürfte der Zwieſpalt der Meinungen den beredteſten Ausdruck gefunden haben. Einfach nachgeben bedeutete nicht bloß die Aufopferung einer ganzen Schar der ehrenwerteſten Männer, von denen gewiß viele wo nicht alle Familienväter waren, ſondern obendrein die Durchlöcherung des Stadtprivilegiums, der autonomen Gerichtsbarkeit, des Paladiums, auf dem Glanz und Blüte des Gemeinweſens beruhten. Ebenſo wenig aber durfte man dem Könige trotzen, denn es wird wohl niemandem in Krakau ein Geheimnis geblieben ſein, unter welchem Zwang der Verhältniſſe Kaſimir in dieſem Falle handelte, handeln mußte. Man war überzeugt, daß die Unverſöhnlichkeit des Adelſtands den König zu Schritten drängen würde, die ein unabſehbares Verhängnis über die ganze Gemeinde heraufbeſchwören würden. Endlich fand man darin eine vermittelnde Auskunft, die im Hinblick auf die Gutmütigkeit des Jagiellonen eine leiſe Rettungshoffnung eröffnete, daß man die geforderten 9 Bürger nicht in die Diskretion des Anklägers, ſondern in die Gewalt des Königs auszuliefern beſchloß. Dann hatte man dem Könige gehorcht und dem Rechte nichts vergeben.

Es war ein trauervoller Aufzug, als der geſamte Rat, die neun Angeſchuldigten in ſeiner Mitte zu Wagen führend, ſich auf das Schloß begab. „Erlauchter König und Herr", ſo redete ein Ratsmitglied den König an, „Deine Hoheit hat in wiederholten ſtrengen Weiſungen uns aufgegeben, dieſe grundlos beſchuldigten Leute vor Deine Majeſtät zu ſtellen. Wir wollen nicht des Ungehorſams und der Auflehnung geziehen werden. Wir kommen Deinem Befehle nach, wir bringen dieſe Leute, nicht der Schuld Überführte und Verurteilte, ſondern Leute, denen

1) Breslauer Korreſpondenz, ed. Markgraf in Script. rer. Siles. VIII, 79.

kein Fehl nachgewiesen ist. Die ganze Gemeinde bittet Dich mit uns, die Männer vor unser Gericht zu stellen, falls jemand eine Klage wider uns hat, sie werden jedem Rede stehen, und Du wirst solchergestalt unser Stadtrecht als ein gnädiger Herr in Schutz genommen und uns darin verwahrt haben." Die Hin- und Widerrede zog sich in die Länge, der Rat machte alles geltend, was seinerseits gesagt werden konnte, aber in dem Widerstreit zwischen Politik und Recht blieb die erstere im Übergewicht. Soviel hatte Kasimir nach einer Besprechung mit seinem ständigen Königsrat gegenüber dem rachsüchtigen Drängen des Kastellans Tęczyński zugestanden, daß das Kontumacialerkenntnis allein nicht ausreichen solle für die Strafvollstreckung, sondern daß dem Ankläger nach polnischem Recht der Eid über die Beschuldigung der von ihm Genannten abverlangt werde. Wird Herr Jan Tęczyński von Rabsztyn schwören? Wird er in seiner Rachsucht das Leben von neun schuldlosen Männern auf sein Gewissen nehmen? Es läßt sich denken, daß von allen Seiten Versuche gemacht wurden, dem jungen Manne das Herz zu rühren. Für einen der Unglücklichen, für Martin Belz bat der Benediktinerkonvent, für einen andern, für Jarosz Szarley machten sich die verschiedensten Einflüsse geltend, und endlich geschah es sogar, daß die stolzeste Frau, die Habsburgerin, die Königin Elisabeth, der ein Matthias Corvinus nicht gut genug zum Eidam war, von ihrem Schlosse herabstieg und in das Haus des jungen Edelmanns trat — gewiß nicht bloß, wenn auch vielleicht vornehmlich, für den einen zu bitten. Es war vergebens. Nur dreien schenkte er das Leben, den Ratsherren Martin Belz, Johann Teschner und Nikolaus Wolfram. Gegen die übrigen sechs aber, gegen Leimiter, Lang, Szarley und die drei Zunftmeister leistete er den Eid.

Unmittelbar nachdem die Opfer auf das Schloß gekommen waren, wurden sie in einen Turm desselben eingekerkert. Dort blieben sie in Finsternis und Einsamkeit, schwebend zwischen Leben und Tod, einige Tage. Am 15. Januar 1462 wurden sie endlich, versehen mit den Sakramenten in dem nach der Weichsel zu gelegenen Turme durch den Henker vom Leben

zum Tode gebracht. Man nannte denselben fortan den Tęczyński-Turm. Auf dem Ringe nach dem Herkommen das Hochgericht zu vollziehen, hatte man nicht gewagt. Die Leichname der Hingerichteten holte die Gemeinde vom Schlosse herab in die Stadt, und in einem gemeinsamen Grabgewölbe wurden sie unter der Sakristei der Marienkirche beigesetzt. Von der Trauer und dem Wehklagen der Stadt kann selbst der Freund der Tęczyński nur mit lebhaften Worten reden. Daß es ein Justizmord gewesen, haben doch auch schon unbeteiligte Zeitgenossen zugestanden [1]).

Die drei am Leben erhaltenen Bürger wurden von dem jungen Tęczyński in der Feste Rabsztyn anfänglich in strenger, alsdann in milderer Haft gehalten, und endlich nach einem Jahr und acht Wochen wiederum entlassen. Die Gemeinde ehrte sie auch fernerhin mit ihrem Vertrauen, denn man findet sie noch im Rate viele Jahre hindurch. Der Meister Clemens aber, an dem das Unglück der Stadt anhob, und der, wie gesagt, nach Breslau geflohen war, fand dort keine sichernde Stätte. In ihrem erbitterten Kampfe gegen Georg Podiebrad hatte die schlesische Kommune eben damals eine gewisse Anlehnung an Polen gesucht und mochte ihr politisches Interesse nicht durch einen flüchtigen Mann kompromittieren, und der aus seinem Hausfrieden aufgescheuchte Meister mußte weiter wandern. In Sagan ist er alsdann in Kummer und Gram gestorben. Und außer dem verschollenen Jan Dobiwon gab es noch ein Opfer, denn jener Herr Kreidler, vor dessen Hause die brutale Schlägerei vom 16. Juli stattgefunden hatte, war aus Furcht vor Mitverwickelung in den Prozeß davongelaufen und hatte sich zu Jan Melsztyński geflüchtet, wo auch die Flüchtlinge aus dem Pfaffenkriege Schutz gefunden hatten. Infolge hoher Verwendungen wurde er zwar von jeder Verfolgung befreit, aber eine schwere Krankheit hatte er sich doch durch die Angst zugezogen. Mit der Hinrichtung der sechs Gemeinde-

1) Spominki Krak. in Mon. Pol. hist. III, 241, iudicium crudelissimum et iniquum.

vorsteher war aber nur dem Sohne des erschlagenen Andreas genug gethan. Sein Bruder, der Kastellan von Krakau, hatte, wie wir sahen, in Neustadt-Korczyn und in dem späteren Satisfaktionstermin noch den Anspruch auf das Vadium von 80 000 Mark erstritten, und der Justiziarius (Woźny) von Krakau, Sitko, hatte die Erlaubnis erhalten, durch Pfändung die Zahlung dieser ungeheuren Summe zu erzwingen. Man hat berechnet, daß 80 000 Mark nicht weniger als 91 Zentner Silber betragen haben würden, und daß die völlige Verarmung der Stadt die unausbleibliche Folge gewesen sein würde. Nun bestand die Verurteilung der Bürger zu dieser unerschwinglichen Zahlung doch auch nur auf dem Kontumacial-Erkenntnis. Der Thatbestand der Verpflichtung war noch nirgends nachgewiesen. Allerdings stand in dem Grodbuche von Krakau — und noch heute kann man es lesen — durch den Staroſten eingetragen ein Vadium von 80 000 Mark, auferlegt durch die Königin Elisabeth, aber der offiziöse Bericht des Rats über den ganzen Hergang stellte es überhaupt in Abrede, daß die Königin eine bestimmte Summe als Vadium limitiert hätte, und beruft sich ausdrücklich auf eine entschiedene Bestätigung dieses Einwands durch die eigene Aussage der Königin, so daß also der maßlose Ansatz von 80 000 Mark lediglich auf die Willkür des Staroſten Nikolaus Pieniążek zurückzuführen war. Diese durch seine Gemahlin ihm gewährte Überzeugung mag es nun gewesen sein, die den König veranlaßte, dem Gerichtsvollzieher in den Arm zu fallen. Er dekretierte in Übereinstimmung mit dem Königsrat, daß einstweilen die Vollstreckung des Urteils bis zu erneuter Verhandlung auf dem Reichstage zu Piotrkow zu sistieren sei. Natürlich entsprach das gar nicht den Wünschen des Kastellans Tęczyński und seiner Freunde, und nicht nur, daß er von der Betreibung der Exekution nicht abließ, was den Stadtrat zu wiederholten Vorstellungen beim Könige veranlaßte, er brachte auf dem Provinziallandtage von Neustadt-Korczyn, wo er und die Seinigen den unbeschränktesten Einfluß genossen, ein Schreiben an das Krakauer Landgericht zuwege [1]), worin in der unbot-

1) Helcel, Pomniki II, no. 3682.

mäßigsten Weise von den Widersprüchen der königlichen Dekrete gesprochen wird, und worin der kleinpolnische Adel in souveräner Anmaßung das Gericht auffordert, unter Beseitigung aller königlichen Befehle dem formalen Rechtsspruch Genüge zu leisten. Das Schreiben datiert vom 27. Juli 1462. Fast unverzüglich darauf aber erschien von Thorn aus [1]), wo der König damals weilte, ein neues königliches Edikt, daß niemandem das Recht zustehe, in entgegengesetztem Sinne Anordnungen zu treffen, daß sie, von wem auch immer sie ausgingen, null und nichtig wären, und daß es bei dem anbefohlenen Aufschub des Verfahrens unbedingt sein Bewenden haben müsse. Von dem Reichstage durfte freilich Jan Tęczyński nach der vernichtenden Aussage der Königin kaum eine Anerkennung seiner Forderung erwarten, zumal derselbe doch auch der politischen Rücksicht auf den wirtschaftlichen Ruin der Stadt Raum gegeben haben würde. Er zog es daher vor, bei dem Krakauer Landgerichte, das am 4. Oktober noch vor dem Reichstage Termine abhielt, einen erneuten Versuch zu machen [2]). Seinem auf die Exekution dringenden Sachwalter Jan Nieprowski trat aber dieses Mal ein Anwalt der Stadt, Peter Koława mit dem Thorner Edikt des Königs vom 16. August gegenüber, und das so in die Enge getriebene Gericht half sich in Anbetracht des dazwischen getretenen Kompetenzkonflikts durch Verweisung der Sache auf die nächsten Termine, die nach dem Gebrauch erst nach dem Reichstage gehalten werden konnten.

Ob sich nun der am Martinitage in Piotrkow gehaltene Reichstag, der durch den masowischen Erbfolgestreit eine besondere Bedeutung hatte, mit dem Tęczyński-Prozeß beschäftigte, ist nicht bekannt. Dem Gericht ist er nur noch unterbreitet gewesen, um den mittlerweile durch Dzierslaw Rytwiański und Jakob Dębinski bewirkten Vergleich zu legalisieren. Der Kastellan Tęczyński hatte im Vergleichsverfahren seine Forderung schon auf 8000 Dukaten statt der 80 000 Mark reduziert und sich

1) Helcel, no. 3684 und Cod. dipl. civit. Crac., p. 245.
2) Ibid., no. 3687.

schließlich mit 6200 Dukaten völlig abfinden lassen [1]). Das Urteil vom 5. Januar 1462 wurde in dem Gerichtsbuche annulliert, und damit war der zweite Akt des sogenannten „litigium magnum“ geschlossen. Es berührt nun freilich wie das Satyrspiel nach der Tragödie, daß das Krakauer Gericht am 4. März 1463, eben in den Tagen, da der Vergleich zum Abschluß gelangte, auf Verlangen des Rats von Krakau das Privilegium Kasimirs des Großen vom 7. Dezember 1358 wegen der eigenen Gerichtsbarkeit legalisierte [2]), daß der Starost Nikolaus Pieniążek dasselbe zur allgemeinen Kenntnis brachte, und daß der König endlich auch, um jedem daraus abzuleitenden Präjudiz vorzubeugen, auch das erste Urteil vom Satisfaktionstermin durchstreichen, also ungültig machen ließ, eine Annullierung auf dem Papier nach dem thatsächlichen Justizmorde.

Wahrscheinlich ist der ungemein lebendige aber doch jedes Urteils sich enthaltende Bericht des ganzen Vorgangs, der sich uns erhalten hat, vonseiten des Rats behufs Information anderer Städte und insbesondere wohl Breslaus abgefaßt worden. Es mag wohl auch nicht ohne Zusammenhang damit sein, daß eben damals der Breslauer Ratsherr Andreas Hornigk sich an den polnischen Königshof begab und mit seinem Anliegen sich zunächst an die Königin Elisabeth wandte. Dem Anscheine nach hat der Krakauer Rat in seiner äußersten Verlegenheit sich um eine möglichst diskrete Intervention bei der deutschen Stadt beworben, da diese durch ihre Feindschaft wider Georg Podiebrad mit dem polnischen Königshofe und namentlich eben mit der ihrer legitimen Ansprüche auf Böhmen lebhaft gedenkenden Habsburgerin in einem gewissen Gefühl der Gemeinschaft stand. Dem deutschen Ratsherrn gewährt es sichtlich eine Befriedigung, wahrzunehmen, daß die Fürstin „einen deutschen Mann“ als Beichtvater und geheimen Rat bei sich hat. Man spricht offenbar im Vertrauen mit Hornigk, und er gewinnt, wie er berichtet, den Ein-

1) Helcel, no. 3706. Über die Zahlung im Cod. dipl. civit. Crac., p. 247. 687.

2) Cod. dipl. civit. Crac., p. 247.

druck, daß der König gar manche Dinge jetzt geſchehen laſſen müſſe, nicht wie er ſie wünſcht, ſondern nach dem Verlangen der Herren, die ihm als Ratgeber zur Seite ſtehen. Der Parlamentarismus iſt gewachſen, die Königsgewalt iſt eingeſchränkt. Auch ohne dieſe Andeutungen eines beobachtenden zeitgenöſſiſchen Politikers würde man namentlich bei der Erwägung der Kriegslage in Preußen und bei der Erinnerung an den Pfaffenkrieg in Krakau den Eindruck haben, daß der König nicht der freien Eingebung ſeiner natürlichen Milde gemäß handeln konnte. Die raſende See des Adelshaſſes wollte ihr Opfer haben. Der königliche Wille reicht allenfalls aus, eine beabſichtigte Beutelſchneiderei [1]) von maßloſer Ausdehnung zuſchanden zu machen, aber er iſt nicht mehr ſtark genug, um Unbeſcholtene vor dem Richtbeil zu ſchützen, und nicht mehr ſo weitvermögend, um die Gerechtſame ſeiner Hauptſtadt, auf der notoriſch die ganze Blüte derſelben beruht, vor Antaſtung zu wahren. Das iſt einer der grellen Lichtſtreifen, der aus dieſem Vorgang auf die inneren Zuſtände Polens fällt.

Dann aber dürfte insbeſondere dem deutſchen Leſer, der die Erinnerung voll hat von jenen zähen und blutigen Bürgerkämpfen mit ihrem heldentümlichen Pathos, doch die Paſſivität der Krakauer Bürgerſchaft etwas auffällig erſcheinen. Auch der Breslauer Stadtrat Hornigk, der ſicherlich der Sympathieen für die bürgerliche Sache nicht entbehrte, ſcheint doch der Gemeinde in Krakau mehr Fehler und Verſehen zuzuſchreiben, als der offiziöſe Bericht erkennen läßt. Er ſcheint doch die „Eintracht, die Klugheit und die Ausdauer", die ſolche Kataſtrophen abzuwenden vermögen, in merklichem Maße vermißt zu haben. Die Gemeinde hat nicht jene politiſche Gewandtheit und jenes feſt umſchriebene Selbſtbewußtſein, die allein durch die ununterbrochene Teilnahme an einem politiſchen Geſamtorganismus erworben werden. Auf dem Reichstage iſt ſie fremd, die Zeiten, da ſie wenigſtens in außerordentlichen Momenten ein inte-

1) „Pena vallata per rapinam", Spom. Krak. in Mon. Pol. hist. III, 241.

grierender Teil desselben war, sind längst vorüber. Weder individuell noch als Gesamtstand ist das Bürgertum noch in diesem Cerebralorgan des Staates vertreten. Seine ganze Beziehung zum Staate geht allein noch durch den König, und der König ist nicht mehr unumschränkt. Vergeblich sieht man sich nach den Vereinigungen der Städte und nach solchen Bünden um, die in Deutschland und anderwärts die Produktion wie die Widerstandsfähigkeit der einzelnen Stadt bis ins Unendliche potenzierten. Jede Stadt lebt ihr eigenes Schicksal allein, isoliert, für sich durch, und jede wird allein allmählich dem immer von einem Gesamtinteresse gebundenen Adel unterliegen und zugrunde gehen. In einem entscheidenden Augenblicke hat die Bürgerschaft von Krakau die Grundlage ihres politischen Daseins, die autonome Gerichtsbarkeit, gegen ein dreist angreifendes und jede Partikularität auflösendes Landrecht nicht zu verteidigen gewußt, die Bahnen der Zukunft sind damit vorgezeichnet, der abschüssige Weg zum vollen Verlust der Selbständigkeit ist betreten.

Doch der Vergleich mit deutschen ähnlichen Vorkommnissen hinkt noch nach einer andern Seite hin, die ein sehr wesentliches Charakteristikum des erzählten Vorgangs enthält. Dem Kundigen braucht nicht in Erinnerung gerufen zu werden, mit welcher Wucht und Energie sich in ähnlichen Kämpfen im westlichen Europa und vornehmlich in Deutschland das Nationalgefühl bald als treibende Anregung, bald als entwickelnder Faktor, bald als aussöhnende Vermittelung — aber immer wirksam, fühlbar, verklärend geltend machte. Und was sehen wir hier? Das nationale Moment tritt dermaßen in den Hintergrund, daß man nicht sagen kann, ob die gefallenen Opfer Deutsche oder Polen waren. Die Namen derselben sind ja zumeist deutsch, und es liegt der Gedanke nahe, daß der kochende Haß des Adels, der eben auf einem Feldzuge gegen einen deutschen Staat begriffen war, nicht bloß gegen die Bürger von Krakau, sondern auch gegen die deutschen Bürger von Krakau gerichtet war. Und noch mehr könnte man sich der Ansicht erschließen, daß das ganz offenbar hervortretende Mitleid der Königin aus

dem Gefühl nationaler Gemeinschaft neben dem der Menschlichkeit entspringt. Aber über eine bloße Annahme hinauszugehen, wäre ein unmethodisches Wagnis, denn die Quellen unterstützen eine solche Gedankenrichtung mit keiner Silbe, wenn sie sie auch mit keiner Silbe abschneiden. Wie dem aber auch sein mag, wenn auch die deutschen Namen vielleicht Männer deutscher Abkunft bezeichneten, wenn auch die internen Akten des Krakauer Rats noch zumeist in deutscher Sprache geführt wurden, eine deutsche Gemeinde mit jenem unwiderstehlichen Rechtsbewußtsein, mit jenem störrischen Eigensinn, mit jenem unverwüstlichen Bürgerstolz war die Krakauer nicht mehr. Sie hatte sich des Geistes ihres Ursprungs entledigt, sie war in nationaler Hinsicht farblos, schemenhaft geworden.

Neuntes Kapitel.

Masowien.

Damals, als zuerst das Haus der litauischen Fürsten unter Ausschluß der in Masowien und Schlesien noch blühenden Piasten, der Seitenlinien der alten polnischen Königsfamilie, auf den polnischen Thron berufen ward, fand man es dem Interesse des volkstümlichen Legitimitätsgefühls entsprechend, die neue Dynastie mit der älteren so viel als möglich zu verknüpfen. Die Verbindung Władysław Jagiełłos mit Hedwig war in diesem Sinne doch nicht ausreichend vollwichtig, zumal Hedwig doch nur durch ihre Großmutter piastisches Blut in ihren Adern hatte. Unter dem Gesichtspunkt erblicher Legitimität, welcher noch fast ein ganzes Jahrhundert hindurch in Polen bei manchen Parteien einen gewissen Anklang fand, standen die masowischen Fürsten dem Anspruch auf die Krone bei weitem am nächsten. Als Vertreter dieses piastischen Hauses

lebten damals Janusz I. als regierender Herr von Czersk, Warschau, Zakroczym, Wyszegrad und Ciechanowo, der eine Schwester Witolds, Anna, zur Frau hatte, und sein Bruder Ziemowit IV., der Herr von Plock, Rawa, Sochaczewo, Gosthynin und Plonsk, dessen Mitbewerbung um den Thron der Hedwigschen Partei in den entscheidungsvollen Tagen vor der Ankunft der erwählten Königin gar schwere Stunden bereitet hatte. War Ziemowits Werbung auch nicht von Erfolg gekrönt, so lag doch in seinem Dasein und in seiner Stellung eine fortdauernd drohende Prätendentschaft, deren Stachel, wie der glücklichere Jagiełło fühlte, abgebrochen werden mußte. Zunächst knüpfte er ihn daher an das Interesse seines Hauses durch die Verheiratung mit seiner Schwester Alexandra, einer Dame, in welcher nach allem, was wir wissen, die sympathischen Eigenschaften der Jagiellonen in einem gesteigerten Grade zur Erscheinung gekommen waren. Aus der ursprünglich nur unter politischen Rücksichten geschlossenen Heirat entwickelte sich aber ein liebewarmes Verhältnis, welches, wie die heidnisch übermäßigen und anstößigen Trauerzeremonieen beim Tode Ziemkos zeigten, über das Grab hinaus empfunden wurde. Eine zahlreiche Nachkommenschaft, nicht weniger als fünf Söhne und fünf Töchter, entsprossen diesem Fürstenpaare, das, so viel sich aus allerhand gelegentlichen Andeutungen ersehen läßt, zu dem königlichen Hause die innigsten familiären Beziehungen unterhielt, während der andere Zweig der masowischen Familie unter Janusz etwas kühler und zurückhaltender beiseite stand, und seine verwandtschaftlichen Verbindungen und auch wohl seine politischen Hilfsquellen mehr in Litauen suchte. Beide suchte Jagiełło durch ansehnliche Schenkungen dem königlichen Hause zu verpflichten.

Dem Janusz freilich hat die verhängnisvolle Schenkung von Podlachien vom Jahre 1391, und mehr noch seinem Enkel Bolesław lediglich Kummer und Verdruß bereitet. Nicht einmal das war den Masowiern davon geblieben, was ihnen nach dem Kriege von 1444 (s. oben Tl. IV, 258 ff.) vertragsmäßig zugestanden war. Die gewaltsame Revindikation der Verleihung

von 1391 wurde aber nur darum von der national-polnischen Partei — insbesondere auch vom Kardinal Zbigniew — unaufhörlich getadelt und beklagt, weil sie im Interesse der litauischen Regierung erfolgt war. Kasimir, dem der Vorteil Litauens jederzeit sehr am Herzen lag, glaubte sich in keiner Weise verpflichtet, seine Bojaren zugunsten eines polnischen Teilfürsten, der obendrein die Waffen einst gegen ihn geführt hatte, zu verletzen. Dort in Litauen also nahm Kasimir schon früh den Gegensatz gegen die Masowier auf.

Anders lagen die Verhältnisse gegenüber dem jüngeren Zweige des masowischen Hauses, dessen Oberhaupt Ziemowit IV., der Schwager Jagiellos, im Jahre 1396 die Landschaft Belz mit sieben Städten (s. oben, Tl. III, 148) als freie Schenkung der polnischen Krone erhalten hatte. Allerdings war schon zur Zeit der Verleihung lebhafter Widerspruch gegen dieselbe hervorgetreten, insofern dadurch der unifizierenden Tendenz, dem seit der Erneuerung des Königtums durch Władysław Łokietek maßgebenden Gedanken der königlichen Politik, Eintrag geschehen mußte. Nur schwer war damals die Königin Hedwig zur Genehmigung zu bewegen gewesen. Aber es war eine Schenkung im vollen Sinne des Wortes, nicht etwa ein Lehen, woran nach deutschen Maßen gedacht werden könnte. Der Herzog erhielt ausdrücklich das Land mit dem Recht der Vererbung und Veräußerung durch Verkauf, Tausch an jedermann, so er nur dem polnischen Unterthanenverbande angehört. Die Dienste, die auf dem Lande ruheten, sollten dieselben sein wie diejenigen, welche die Krone von den Bewohnern von Lemberg bei Aufgeboten zu beanspruchen hat, und außerdem war dem Herzog verwehrt, ohne Einverständnis mit dem Könige irgendjemandem Fehde anzukündigen. Von einem etwaigen Heimfall des Landes an die Krone unter irgendwelchen eintretenden Bedingungen war in der Schenkungsurkunde nicht die Rede [1]). Jedenfalls hatte dieses Geschenk den beabsichtigten Zweck, es versöhnte den

1) Kod. Mazow., p. 117, no. 125. 126. Nach Długosz: „dotis nomine" — davon steht nichts in der Urkunde.

Piasten mit der litauischen Dynastie, und man hört nicht, daß er Zeit seines Lebens sich den Pflichten gegen dieselbe entzogen hätte, wenngleich er nicht immer die Gesichtspunkte teilte, welche die Politik des Königs bestimmten.

Unter der Herrschaft der beiden Brüder Janusz und Ziemowit aber nahmen ihre Landschaften einen ungemeinen Aufschwung. Eine nachhaltige und umfassende Einwanderung fand in diese Gebiete statt. In dem ursprünglich russischen Lande Belz bildete sich in jenen Tagen die soziale Struktur aus, welche später so bedeutungsvoll für diese östlichen Grenzprovinzen werden sollte. Der einheimische russische Adel verschwand gänzlich vor der an seiner Stelle sich ansiedelnden polnischen Szlachta, während die unterthänige Grundbevölkerung noch lange unverändert in Sprache, Sitte und Glauben verblieb. Die auffällig zahlreichen Verleihungen des deutschen Rechts, und zwar meist in der Form des culmischen, beweisen zwar nicht, wie in früheren Zeiten, die Bildung deutscher Stadtgemeinden, aber jedenfalls einen beträchtlichen Zustrom verschiedener bürgerlicher Elemente [1]). Der Handel und Verkehr auf dem Narew nach Preußen hinein nahm einen lebhaften Aufschwung. Die Fürsten hielten, bald gemeinschaftlich, bald gesondert, in ihren Herzogtümern mit ihrem dazu berechtigten Adel wiederholt Versammlungen behufs Entwickelung und Förderung der Landesgesetzgebung ab. In dieser Epoche wurde das masowische Recht, das zwar im wesentlichen sich nur als eine partikulare Ausbildung des polnischen Rechts darstellt, durch eine ganze Reihe von Statuten bereichert [2]). Aus der Erteilung des bekannten Statuts für die Juden, das seit dem Jahre 1264 die Grundlage ihrer Rechtsverfassung in Polen und Litauen bildete, ersieht man, daß auch die Juden in dieser Zeit in Masowien an Zahl und Bedeutung zunahmen, was jedenfalls mit dem Auf-

1) Roepell, Verbreitung des Magdb. Stadtrechts, S. 253, wo allerdings nur ein kleiner Teil aufgeführt ist.

2) Bandtkie, Jus. pol., p. 267 sqq. und Helcel, Pomniki I, 265 sqq., Czacki, O prawach Maz. (Werke III, 468 ff.), Kownacki, im Pamiętnik Warzawski XVI, 425 ff.

ſchwung des Handels und der Gewerbe in Zuſammenhang ſtand [1]). Solcher kulturfreundlichen Richtung entſprach es auch, daß die Maſowier mit ihren Nachbarn, dem deutſchen Orden, ſoweit es ihre Pflicht der Krone Polen gegenüber nur zuließ, die vortrefflichſten Verhältniſſe unterhielten. Sie warnen den Hochmeiſter, wenn die Gefahr eines Zuſammenſtoßes herannaht; ſie führen nur inſoweit Krieg mit ihm, als ſie durch den König dazu gezwungen werden, aber ſie nehmen keinen Anſtand zu geſtatten, daß maſowiſches Volk unter den Söldnern des Ordens Dienſte nimmt. Ihre verwandtſchaftlichen Verbindungen ſuchen ſie meiſtenteils unter den ſtammverwandten Piaſten Schleſiens und Pommerns, und ſo ſehr ſie auch beſtrebt ſind, ihre der Krone von Polen gegenüber übernommenen Pflichten zu erfüllen, ſo iſt doch in ihrem Hauſe die Tradition nicht erloſchen, daß ſie im Vergleich zu der herrſchenden Dynaſtie hiſtoriſch vollgültigere Rechte beſitzen, als das dermalige polniſche Staatsrecht ihnen einräumte.

Namentlich die jüngere Generation des maſowiſchen Hauſes ſchien auf dieſe Tradition weitläufige Gedanken aufgebaut zu haben. Waren auch wohl ſchon zwiſchen Ziemowit IV. und ſeinem Schwager Jagiełło ab und zu Irrungen vorgekommen, ſo waren ſie ohne weitere Folgen vorübergezogen, ſo lange der König ſöhnelos geblieben war. Aber es iſt doch bezeichnend für die Idee, mit welcher ſich die Söhne Ziemowits trugen, daß ein im Jahre 1425, unmittelbar nach der Geburt eines Erben und Thronfolgers, wieder hervorgetretener Zwieſpalt ſofort in der ernſtlichſten Weiſe aufgefaßt wurde. In dem erwähnten Zeitpunkt waren mehrere Gründe zur Mißhelligkeit zuſammengetroffen. Der Streit um den Beſitz von Schloß und Stadt Krzeszow [2]) würde an ſich wohl kaum zu beträchtlichen Aufregungen Anlaß gegeben haben. Aber auch die viel ſchwerer ins Gewicht fallende Thatſache, daß der Biſchof

1) Helcel, Pomniki I, 266.

2) Vgl. Lib. canc. Stan. Ciołek I, 170 mit Kod. Maz., p. 172, no. 163.

Stanislaw Pawlowski von Płock gelegentlich der Umlage einer Steuer zu Zwecken des Hussitenkrieges die Erklärung abgab, daß Masowien den Steuerpflichten des polnischen Reiches nicht unterliege [1]), würde vielleicht zu anderen Zeiten nicht für so bedrohlich angesehen worden sein, um sofort den Reichstag deshalb aufzubieten. Allerdings aber war die Erklärung von einer unabsehbaren Tragweite in einem Augenblick, da die Successionsfrage durch die überraschende Geburt eines jagiellonischen Erben den Staat aufrüttelte, zumal wenn sich das nicht ganz unbegründete Gerücht hinzuthat, daß die masowischen Prinzen sich auf Grund früherer Beziehungen zur böhmischen Krone als Lehnsträger dieser, nicht des polnischen Königs betrachteten.

In der That hatte ja früher einmal Böhmen ein gutes Anrecht auf die Lehnsherrlichkeit über Masowien [2]), das selbst von Kasimir dem Großen seiner Zeit anerkannt war. Aber dieser kluge, die Einheit des polnischen Staates in weiser Voraussicht vorbereitende Monarch hatte durch das Opfer unhaltbarer schlesischer Pfandbesitzungen (Pitschen und Kreuzburg) dafür Sorge getragen, daß das Verhältnis zwischen der polnischen Krone und den masowischen Teilfürsten durchaus jeder Einsprache der böhmischen Herrscher entzogen bliebe. Kaiser Karl IV. war als böhmischer König für seine masowischen Ansprüche abgefunden und hatte allen Anrechten für immer entsagt. Welchen Aufruhr aber mußte es im Jahre 1425 erregen, als sich plötzlich die Nachricht verbreitete, die masowischen Herzöge hätten diese alten Beziehungen zur böhmischen Krone wieder aufgenommen und mit dem Könige Sigismund, dem allzeit verdächtigen Freunde Polens, „Verbindungen" angeknüpft. Etwas Wahres ist gewiß an diesem Gerücht gewesen, denn, daß sich die masowischen Herzöge eben damals die Lehnsurkunde ihres Urgroßvaters Wanko vom Jahre 1329 durch den böh-

1) Vgl. oben, Teil III, 562.

2) Vgl. oben, Teil. II, 288 ff., und insbesondere die Anmerkung zu Lib. canc. Stan. Ciołek I, 166.

mischen König Sigismund und seinen präsumtiven Nachfolger Albrecht von Österreich vidimieren ließen [1]), hatte gewiß nur in solchen Tendenzen seinen Anlaß. Auf der Stelle wurden die beiden regierenden masowischen Fürsten vom polnischen Könige zu erneuerter definitiver Huldigung vorgeladen. Wenn auch König Sigismund mit hohen Beteuerungen den Verdacht der Polen zurückwies, so mußten diese doch um so betroffener sein, als die Masowier unter dem Vorwand von unentschiedenen Ansprüchen inbezug auf die Burg und die Stadt Krzeszow einen Termin nach dem andern, zu welchem sie behufs Vorlegung ihrer aus den Zeiten Kasimirs des Großen stammenden Urkunden hätten erscheinen sollen, vorübergehen ließen. Um so kategorischer ging aber nunmehr der König gegen sie vor und setzte seinen Willen auch durch. Herzog Janusz leistete den Treueid persönlich, und Herzog Ziemowit, der damals krank daniederlag, durch seine Söhne. Bald darauf starb Ziemowit IV., und seine Söhne, Ziemowit V., Władysław, Kasimir und Trojden, teilten sich in sein Erbe.

Natürlich trat die Frage der Huldigung sofort noch einmal in den Vordergrund. Am 8. September 1426 erschienen die Herzöge nebst ihrer Mutter Alexandra vor dem Könige in Sandomir, nicht, so meinten sie, um zu huldigen, sondern um ihre im einzelnen uns nicht bekannten Ansprüche der Krone gegenüber geltend zu machen. Als nun aber der König vor allem weiteren Verfahren auf den Homagialeid bestand, erklärten die Herzöge mit einemmale, daß sie der Person des Königs allerdings den Eid leisten wollen, nicht aber der Krone Polen, „weil sonst jeder Pole aus dem Reiche sie als seinen Lehnsträger ansehen könnte, und ehe sie diese Schmach ertrügen, wollten sie lieber den Tod erleiden". Man wird erstaunen über diese eigentümliche Idee von Volkssouveränetät, welche die jungen Herzöge hier geltend machen, und die eine merkwürdig verkehrte Auffassung von der Natur des Verhältnisses

1) Lünig, Teutsches Reichsarchiv, p. spec. cont. I, Forts. 1, p. 325. Du Mont. C. d. I, P. II, f. 112. Vgl. Dobner, Mon. hist. Boh. IV, 144.

zwiſchen Staatsoberhaupt und Staatsbürgern kennzeichnet, und man wird andererſeits begreifen, daß die Zumutung der Herzöge die Legitimität der jagielloniſchen Dynaſtie gewiſſermaßen in Zweifel ſtellte. Natürlich erhob ſich der Verdacht eines unlautern Hintergedankens. Nach langen Verhandlungen leiſteten zwar die Herzöge in der üblichen feierlichen Form den Huldigungseid, aber es iſt kein Zweifel, daß ein Stachel des Mißtrauens und der Scheelſucht auf beiden Seiten zurückgeblieben war [1]).

Als dann wenige Jahre danach (1429) auch Januſz I. ſtarb, hinterließ er ſein Erbe ſeinem Enkel Bolesław, dem der Vater vor dem Großvater weggeſtorben war, und der nun unter der Vormundſchaft ſeiner Mutter Anna die Herrſchaft antrat. Hatte ſchon Januſz jene ehemalige Schenkung Jagiełłos aus dem litauiſchen Reichsgebiet gegen die Vergewaltigung Witolds nicht zu ſchützen vermocht, ſo war unter den derzeitigen Umſtänden noch weniger an eine Erlangung der verbrieften Anſprüche zu denken. Da überdies Herzog Bolesław, wie bereits erzählt wurde [2]), ſich jenes unglücklichen litauiſchen Prätendenten Michał, ſeines leiblichen Vetters, in dem Maße als es ſein Verhältnis zur Krone Polen zuließ, großmütig annahm, ſo wurde ſeine Stellung zu den Jagielloniden noch unfreundlicher, obwohl er ſeinen Pflichten als abhängiger Teilfürſt jederzeit getreulich nachkam. Gleich damals, als Władysław der Jagiellonide mündig geworden, die Regierung in Polen ſelbſtändig antrat (1438), ſuchten die beiden maſowiſchen Linien in engem Anſchluß an einander ihre Stellung zu befeſtigen. Herzog Bolesław und die Herzöge Ziemowit und Władysław kamen mit einander überein, bei jedem Angriff ihrer Rechte, ihrer Immunitäten oder gar ihrer Länder, von welcher Seite er auch kommen möge, ſich gegenſeitig über gemeinſame Ab-

1) Bericht Jagiełłos an Witold im Lib. canc. Stan. Ciol., p. 182, no. 103. — Aus dem Teilungsvertrage der Brüder Ziemowit, Władysław und Kaſimir vom Jahre 1427 erſieht man, daß der Streit um Krzeszow damals nicht beigelegt war.

2) Oben, Teil IV, 258 ff.

wehr zu verständigen. Diese nur defensive Solidarität sollte aber, im Falle einer der Herzöge ohne solche Verständigung in feindselige Beziehungen geriete, für die anderen Kontrahenten keine Macht haben [1]). Schon dieser Vertrag zeugt von einem Gefühl der Unsicherheit, welche die Masowier von niemandem anders als von den Jagiellonen besorgen konnten. Die bitteren Erfahrungen, welche Boleslaw bald darauf bei dem Versuch, seine Ansprüche in Litauen zu realisieren, machen mußte, konnten dieses Gefühl nur steigern. In Polen selbst waren zu jener Zeit große Sympathieen für das piastische Fürstenhaus laut geworden, im Gegensatz zu der Härte, welche Kasimir, damals nur Großfürst von Litauen, demselben gezeigt hatte. Und bei dieser Gesinnung ist Kasimir auch als König von Polen um so mehr geblieben, als in der Zeit der Verhandlungen um seine Annahme der polnischen Krone Boleslaw von Masowien ihm als Gegenkandidat der nationalen Partei aufgestellt worden war, und mittlerweile derselbe Boleslaw die Anwartschaft auf alle Teile der masowischen Herrschaft erworben hatte, deren Umfang fast das ganze übrige polnische Reich hätte aufwiegen können.

Der jüngere Zweig des masowischen Fürstenhauses, der so reichlich angesetzt hatte, war nämlich überraschend bald in Abnahme gekommen. Von den fünf Söhnen Ziemowits IV. war der eine, Alexander, in den geistlichen Stand getreten und hatte aus den Wirren des Baseler Konzils die Würde eines Patriarchen von Aquileja davongetragen, in welcher er vollends für die masowische Erbschaft nicht mehr in Betracht kam. Ein anderer Sohn, Trojden, scheint kurz nach seinem Vater verstorben zu sein. Ein dritter Sohn, Ziemowit V., dem die Landschaften Rawa, Sochaczewo, Gostynin zugefallen waren, war am 5. März 1442, in der Zeit, da sein Vetter Boleslaw mit Kasimir wegen der litauischen Schenkung in Streit lag, mit Tode abgegangen [2]). Da er nur eine Tochter, Mar-

1) Kod. Mazow., p. 197, no. 181.
2) Monumenta Poloniae histor. III, 123.

gareta, hinterließ, so setzte sich sein Bruder Władysław in den Besitz seiner Landschaften. Auch der fünfte Bruder, Kasimir, welcher Belz und die russischen Besitzungen erhalten hatte, starb im Jahre 1446 kinderlos [1]), so daß also Władysław schließlich der einzige und alleinige Erbe der väterlichen Herrschaft blieb, insoweit nicht Frauen und Töchter noch ein Anrecht zu behaupten hatten. Aber auch Władysław schien auf eine Fortentwickelung seiner Stammlinie nicht mehr zu rechnen, denn er vermachte, offenbar um einem Heimfall an die Krone vorzubeugen, alle seine Landschaften, das vom Vater ererbte Płock wie die von seinen Brüdern ihm zugefallenen, Rawa und Belz, samt ihren zugehörigen Gebieten seinem Vetter Bolesław [2]) von der älteren Linie, so daß dieser auch im Kronlande nicht unbeliebte Fürst mit seinem Besitz und seinen Anwartschaften der Jagiellonendynastie eine nicht geringe Gefahr sein mußte, zumal diese damals nur auf zwei Augen stand und auch in Litauen selbst von Michał Zygmuntowicz, einem Schwager Bolesławs, bestritten wurde. Nichts hat im Herbst 1446 so sehr den Entschluß Kasimirs, über alle Schwierigkeiten hinweg von dem polnischen Throne Besitz zu ergreifen, gezeitigt, als die Einsicht in diese bedenkliche Nebenbuhlerschaft. Aber es läßt sich sehr wohl begreifen, daß er den Masowiern nicht gerade förderliche Gesinnungen entgegenbrachte.

Den Ehrgeiz aber, um die Krone zu werben, scheinen die masowischen Fürsten gar nicht gehabt zu haben. Sie kamen Kasimir entgegen, als er ins Land einzog, sie assistierten seiner Krönung, und wenn sie auch am darauf folgenden Tage die Huldigung der Bürgerschaft auf dem Markte von Krakau durch einen Streit mit dem Klerus um den Vortritt störend verhinderten, so legten sie doch sehr bald darauf ihr Bedauern

1) Nach Ann. Plocenses in Mon. Pol. hist. III, 124 am 16. September 1442.

2) Urk. in Kod. Maz., p. 208, no. 191. Das Datum 1444 muß falsch sein, denn Władysław nennt sich darin heres Belzensis und giebt auch Belz ab, was doch erst nach 1446 möglich war. Auch fällt 1444 nativ. Mar. selbst auf einen Dienstag.

darüber an den Tag und zogen auch diesen Anspruch zurück. Ebenso war ihre Drohung, daß sie alle Beschlüsse des Baseler Konzils in ihren Landen durchführen würden, lediglich darauf berechnet, gute Bedingungen bei der Obedienzerklärung gegen Papst Nikolaus V. herauszuschlagen. Nachdem ihnen diese bewilligt waren, ließen sie die Sonderpolitik in kirchlichen Dingen fallen [1]). Aber durchaus beharrlich blieben sie bei der Forderung einer Genugthuung für die dem Boleslaw im Vertrage von 1444 zugesprochenen Städte an der litauischen Grenze. Im Jahr 1453, als Kasimir durch den Eid auf die Landesverfassung nunmehr definitiv die Personalunion von Polen und Litauen aufgerichtet hatte, brachten die Masowier ihre Forderung an den Reichstag. Der König erwiderte rauh und drohend, denn in der That hätte kaum etwas in diesen bedenklichen Momenten die Litauer mehr aufrühren können, als die Nachgiebigkeit gegen einen polnischen Fürsten auf Kosten litauischer Eigentumsansprüche. Nur der Kardinal Zbigniew nahm sich der masowischen Rechte an, und bis zu seinem Lebensende hörte er nicht auf, dem Könige wegen Tilgung dieser Schuld in den Ohren zu liegen. Aber schwerlich fand Zbigniew für diesen Rechtsstandpunkt eine ins Gewicht fallende Unterstützung im Reichstage [2]), denn in keinem Punkte mochte Kasimir der Majorität desselben so sicher sein, als für die Idee der Unifikation des Reiches, welche die charakteristische Seite der jagiellonischen Politik ausmachte und von dieser Dynastie bis zu ihrem Ausgang in immer größeren Dimensionen als ihre eigenste Aufgabe betrachtet wurde. In dem durch Wladyslaw Lokietek begründeten Königreiche war für das aus den früheren Epochen stammende Institut der Teilfürstentümer mit ihren Autonomieen kein Platz mehr. Je mehr der Staatsbegriff sich ausbildete, desto mehr verschwand es. Mochte es notgedrungen von der Verteilung der Machtverhältnisse geboten, oder aus

1) S. oben, Teil IV, 396 ff.

2) Daß aber der Kommunitätenadel eine Ausgleichung mit den Masowiern wünschte, beweist das Statut von Zirkwitz von 1454, in Bandtkie, Jus. pol., p. 269.

einer weisen und vorsichtigen Politik geschehen sein, es bleibt ein bemerkenswerter Zug in der Geschichte der Jagiellonen, daß sie, so viel es anging, ihrem Ziele nicht auf dem Wege stärkerer Vergewaltigungen nachgingen. Aber im Auge behielten sie es jederzeit. Der ganze Verlauf der Dinge in Masowien mochte wenig mit den Wünschen und Absichten des Königs und der ihm nahestehenden Parteien im Staate im Einklang sein, aber gleichwohl hielt er die Schonung wohlerworbener Rechte um so mehr geboten, als dieselbe durch die Voraussetzung erleichtert wurde, daß dem einen Zweig der Masowier, in welchem mehrere Glieder an der Schwindsucht litten, ein nahes Erlöschen bevorstehe. Dennoch aber war eine Berücksichtigung der masowischen Forderungen nicht zu erwarten, und der König gab auch im Jahre 1454 auf dem Reichstage zu Lęczyc, wo die Annahme der preußischen Unterwerfung offiziell beschlossen wurde, einen nicht minder ablehnenden Bescheid, obgleich es nach der damaligen Lage der Dinge nicht gefahrlos war, die masowischen Fürsten „mit noch mehr erbittertem Groll“ [1]) heimkehren zu lassen.

Unzweifelhaft wirkten diese Verhältnisse auf den preußischen Krieg mehrfach ein. Wiederholt hört man die Bündischen vor dem Könige klagen, daß dem Orden durch Masowien allerhand Zufuhren geschehen, und daß auch unter seinen Söldnern sich masowische Leute anwerben ließen [2]). Fand man doch in der That bei der Einnahme der Marienburg dem Herzog Władysław gehöriges Kriegsvolk im Dienste des Hochmeisters. Wenn auch die Fürsten selbst sich hüteten, ihr schuldiges Gefolge zu versagen, so lag doch in der ganzen Stellung derselben ein Zug von Zweideutigkeit und Argwohn [3]), den selbst Fernstehende

1) „. . . non sine molestia amaritudineque ampliori“; Długosz XIII, 146. Dagegen hatte Kasimir die Bitte Władysławs wegen Beseitigung der neu aufgekommenen Zölle an der masowisch-polnischen Grenze bereitwillig genehmigt. Cod. Maz., p, 219, no. 200.

2) Schon am 24. April 1454 zeigt Johann von Bayfen dem Rat von Danzig die Ankunft masowischer Kriegsleute an. Danziger Archiv.

3) Vgl. die Äußerungen Boleslaws zur Preußensache oben, S. 21.

recht wohl erkannten. Es ist überaus bezeichnend, daß, als der Kurfürst Friedrich II. von Brandenburg seine Intervention im Hochsommer 1455 wiederum einleiten wollte und bei dem Herzog Wladyslaw vertraulich angefragt hatte, wie man zu Verhandlungen mit dem Könige gelangen könnte, dieser die Gegenfrage stellte, ob er das kurfürstliche Schreiben zeigen solle; zuraten könne er allerdings nicht, denn der König würde nur noch ergrimmter werden. Der Herzog seinerseits werde stets eingedenk sein, daß seine Vorfahren es gewesen, die dem deutschen Orden das preußische Land eingeräumt hätten, daß der Orden ihm jederzeit Gutes erwiesen hätte. Übrigens aber bäte er den Kurfürsten, die Korrespondenz geheim zu halten, denn an seinem Hofe befänden sich immer Polen, die ihn zu beobachten hätten [1]).

Eine derartige Haltung der Teilfürsten in so kritischen Zeitläuften mußte allerdings den Glauben an die Schädlichkeit der ganzen Institution nur verstärken. Bald sollte sich aber der Mißstand noch greller hervorkehren. Der Herzog Boleslaw von Masowien-Warschau war schon im Jahre 1454 gestorben und hatte vier Söhne (Konrad, Kasimir, Boleslaw und Janusz), sowie zwei Töchter (Anna und Sophia) hinterlassen, die beim Tode ihres Vaters alle noch unmündig waren, und für welche für den Augenblick ihre Mutter, Barbara, die Regentschaft führte. Und schon das Jahr darauf, 1455, wurde auch Wladyslaw, der sich durch Trunksucht früh ruiniert haben soll, dahingerafft und hinterließ zwei gleichfalls unmündige Söhne, Ziemowit VI. und Wladyslaw II., für welche ebenfalls die Mutter, die Herzogin Anna, eine Tochter des schlesischen Herzogs Konrad von Öls-Kant, die Regentschaft übernahm. Weder konnte wegen der Unmündigkeit der Prinzen eine Teilung der Herzogtümer vorgenommen werden, noch konnte der Erbvertrag, den einst die Herzöge Boleslaw und Wladyslaw mit einander geschlossen hatten, in Kraft treten, da es in beiden Linien doch männliche Erben gab. Auch in weniger kriegerischen Zeiten als die da-

1) Schreiben vom 27. August 1455, im Königsb. Arch.

maligen würde die Herrschaft der Frauen über jene exponierten Landschaften für die Dauer undurchführbar gewesen sein. Der Landesadel fand daher schon darin eine verhältnismäßige Bürgschaft, daß der Landesbischof, Paul Giżycki von Płock, den beiden Regentinnen an die Seite gestellt wurde, und das ganze masowische Land beider Zweige unter seine Verwaltung kam. Solcherweise konnte es geschehen, daß im Jahre 1459, als in dem polnisch-preußischen Kriege ein vorübergehender Waffenstillstand eine etwas mildere Stimmung der Parteien anzudeuten schien, im Namen Masowiens ein Beifriede abgeschlossen wurde, zu welchem jedenfalls der König die Genehmigung nicht erteilt hatte [1]). Um so entschiedener aber mußte der Entschluß wachsen, den gefährlichen Partikularitäten gegebenenfalls ein Ende zu machen. Und dieser Fall trat gar bald ein, denn im Jahre 1462 starben rasch hinter einander die beiden Söhne Władysław I., die Herzöge Ziemowit VI. und Władysław II., wie man meint, vergiftet von einem angeblich durch sie gekränkten Edelmann. Von dem ganzen reich blühenden jüngern Zweige der Masowier war damals nur noch eine Tochter Ziemowit IV. am Leben: Margareta, welche mit dem Herzog Konrad dem Schwarzen von Öls-Kosel verheiratet war.

Daß man im Rate des Königs einer Krisis inbetreff der masowischen Lande noch vor dem Erlöschen jener Fürstenlinie entgegengesehen hatte, geht deutlich genug aus dem Bestreben hervor, jedem Einspruch vonseiten der böhmischen Krone vorzubeugen, jede Erinnerung an das vor anderthalb Jahrhunderten geknüpfte Lehnsverhältnis zu entkräften. Die polnische Forderung eines klaren und absoluten Verzichts auf jedes Mitrecht durch König Georg Podiebrad war eine der Grundlagen, auf welchen im Jahre 1460 zu Beuthen die Ausgleichung zwischen Polen und Böhmen bewirkt und die Zu-

1) Bischof Paul war übrigens nicht illoyal gegen den König. 1461 schreibt er an den Hauptmann zu Wartenburg, daß alle Hoffnung auf Frieden schwinde, wenn die Leute des Ordens fortführen, so übel von König Kasimir zu reden. Königsb. Archiv.

sammenkunft der beiden Könige angebahnt worden war. Georg hatte diese Zusage seiner Bevollmächtigten am 24. Dezember ratifiziert [1]). Von dieser Seite war der König also bei seinem Vorgehen gesichert. Kaum war daher die Nachricht von dem am 4. Januar 1462 erfolgten Ableben des Herzogs Ziemowit von Plock eingetroffen, so traten alsbald die königlichen Kommissare, der Wojewode von Lemberg, der Unterkämmerer von Lublin und der Starost von Chelm vor dem Adel der Landschaft Belz mit der Zumutung auf, dem Könige den Eid der Treue zu leisten. Weder in der Bevölkerung noch bei den zahlreichen Bewerbern um die masowische Erbschaft begegneten sie Schwierigkeiten, denn die besondere Eigenschaft dieses Landes als ehemalige königliche Schenkung ließ den Throninhaber in der That als den „wahren und legitimen und unbezweifelten Nachfolger," wie er sich in der Einverleibungsurkunde nennt, erscheinen, obwohl die Schenkung vor 70 Jahren nicht auf den Heimfall ausgethan war. Um Ostern erschienen vier Bevollmächtigte der Landschaft vor dem Könige und empfingen nach der Huldigung die Urkunde, durch welche Belz mit den in jener Schenkung einst annektirten Gebieten zu einer selbstständigen, reichsunmittelbaren „terra" mit eigenen Privilegien, die im wesentlichen denen des Lemberger Landes gleichkamen, dem Staatskörper einverleibt wurde [2]).

Dahingegen erhob sich, als auch Herzog Wladyslaw II. bald darauf 1462 gestorben war [3]), ein wahrer Sturm der Erbprätendenten um die Landschaften Plock, Rawa, Gostynin,

1) Cod. epist. saec. XV, 205, no. 184.

2) Urk. in Vol. Leg. I, 199.

3) Nach Dlugosz XIII 288, die Saturni, sexta mensis Februarii. Das ist aber nicht möglich, denn wir haben noch im Kod. Maz., p. 232, no. 212 eine Urkunde desselben vom 26. Februar. Am 7. März aber scheint er tot zu sein; denn Katharina urkundet als Fürstin von Plock, Rawa und Gostynin, allerdings ohne Wladyslaws II. als eines Verstorbenen zu gedenken, während sie ihres Bruders Wladyslaw I. und ihres Neffen Ziemowit VI. als Verstorbener erwähnt. — Da auch der 6. März auf den Sonnabend fällt, so nehme ich an, daß bei Dlugosz anstatt mensis Februarii m. Martii zu lesen ist.

Sochaczewo, Mszczonow, Zawkrze, Wyzna. Am wenigsten scheint die Mutter der beiden verstorbenen Herzöge, Anna, sich in den Streit des polnischen Königs mit den Prätendenten eingemischt zu haben. Sie zog sich auf das ihr im Jahre 1451 [1]) von ihrem verstorbenen Gatten Władysław I. als Witwengut verschriebene Sochaczewo zurück, das besonders durch seinen Tuchhandel blühend war, und hielt sich daselbst in aller Stille bis zum Jahre 1476, in welchem sie ihre Anrechte im Wege gütlicher Vereinbarung an den König übertrug [2]). Allerdings hatte ihr auch ihr Sohn Władysław kurz vor seinem Tode „behufs Erweiterung ihres Witwenguts" noch die Landschaft Gostynin verschrieben, aber — (wenn anders die Urkunde echt ist) — mit Recht mochte die Gültigkeit der Verfügung eines Unmündigen in Zweifel gezogen werden, zumal weder der Bischof noch der Adel der Landschaft dieselbe anerkannt hatten [3]). Die Herzogin machte auch, so viel man weiß, keinen Versuch, das Ländchen Gostynin an sich zu ziehen. Ein solches Unternehmen würde auch seine besonderen Schwierigkeiten gehabt haben, denn der Adel von Gostynin war ebenso wie der von Rawa geneigt, ohne dem Ausgang der Erbstreitigkeiten vorzugreifen, doch der Krone das Vorrecht beizumessen. Gar viel trug es zum Vorteil Kasimirs bei, daß die beiden Hauptburgen Rawa und Gostynin in der Hand eines königlichen Parteigängers, des Grot von Nowemiasto sich befanden, der jede Ueberrumpelung vonseiten anderer Mitbewerber entschieden abzuwehren entschlossen war.

In der Hauptstadt Masowiens aber, in Płock, wo der Bischof als regierender Vormund residierte, herrschte ein entschiedener Widerwillen gegen den König. Hier trat unmittelbar nach dem Tode des jungen Władysław seine Tante Katharina, die jüngste Tochter Ziemowit IV., die nach dem

1) Kod. Maz., p. 215, no. 196.

2) Kod. Maz., p. 266, no. 234; s. auch no. 233. 235. Vgl. Dlugosz XIII, 540 sqq.

3) Kod. Maz., p. 232, no. 212. Man bemerke die untergeordneten Zeugen.

Tode ihrer Schwester Anna den verwitweten Gemahl derselben, den Herzog Michał von Litauen, den Enkel Wilolds geheiratet hatte, als Prätendentin auf [1]). Ihre erste Kundgebung als Regentin bestand in so weitgehenden Konzessionen an den Bischof von Płock [2]), daß wohl mit gutem Grund auf eine Begünstigung derselben durch den Kirchenfürsten geschlossen werden darf. Und zwar meinte sie das ganze Erbe der jüngeren Linie in Anspruch nehmen zu sollen. Als daher der Statthalter von Rawa, jener königlich gesinnte Grot, mit der Anerkennung ihres Erbrechts zögerte, ließ sie ihre Kriegsleute gegen ihn einschreiten. Aber der Versuch nahm einen üblen Ausgang, denn einige der Leute wurden erschlagen, und die Herzogin auf den Rechtsweg verwiesen. Inzwischen aber waren auch die Herrn von Płock vom Könige durch eine notable Gesandtschaft zur Unterwerfung aufgefordert [3]). Sie schlugen sie entschieden ab. Da aber die kinderlose Katharina mit ihrem sehr antastbarem Erbanspruch kaum als eine geeignete Mitbewerberin dem Könige entgegengesetzt werden konnte, so ließ man diese Regentin, die mit einigen Erbgütern entschädigt wurde, fallen, griff auf den Erbvergleich von 1444 zurück und berief Konrad, den ältesten Sohn des Herzogs Bolesław, von der älteren Warschauer Linie, zur Regierung in Płock. Auf dem für den zweiten Mai 1462 zu Łęczyc angesetzten Verhandlungstage erschien daher die Herzogin Barbara, die Mutter Konrads mit einigen weltlichen Herrn, um

1) Długosz widerspricht sich. Ad. a. 1426 sagt er von ihr „in virginitate permanens usque ad mortem" — und ich habe ihm oben, Teil III, 559, Anm. 1 diesen Irrtum nachgeschrieben — und ad a. 1462, p. 288, „ducis Michaluskonis Lithuaniae relicta". So aber wird sie auch in den Schreiben Pius II. und Kaiser Friedrich III. (Cod. epist., no. 196. 198) genannt. Früher war mit diesem Michałuszko ihre Schwester Anna verheiratet gewesen. S. die Universitätsrede im Cod. epist., p. 337.

2) Kod. Maz., p. 227, no. 219.

3) Vgl. den Bericht eines Breslauer Gesandten am polnischen Hofe an den Breslauer Ratsherrn Anton Hornigk von Lowicz, 24. März 1462, in Bresl. Korresp., ed. Markgraf in Script. rer. Siles, VIII, 81

die Ansprüche ihres Sohnes zu vertreten. Da der Bischof nicht gekommen, und ein Austrag somit nicht zu erwarten war, so verschob der König verdrießlich die Verhandlung auf den regelmäßigen Reichstag zu Piotrkow, der im November stattfinden sollte.

Auf diesem Reichstage zu Martini 1462 erschien aber nicht blos die Herzogin Barbara mit ihrem ältesten Sohne Konrad samt dem Bischof und einer großen auf 800 Ritter geschätzten Begleitung, sondern auch derjenige Erbprätendent, welcher wegen der Begründung seiner Ansprüche und wegen seiner Beziehungen zu auswärtigen Fürsten als der ernstlichste aufgefaßt wurde, der Herzog Konrad der Schwarze von Oels-Kosel, welcher mit Margareta, einer Tochter Ziemowit V. verheiratet war [1]). Schon früher schien dieser Fürst eine Rolle in Polen zu suchen. Im Jahre 1461 waren seine Sendeboten im königlichen Heerlager in Pomerellen erschienen, um die Genehmigung des Königs für eine angeblich von den Söldnern des deutschen Ordens angeregte Friedensvermittelung nachzusuchen. Kasimir war darüber mehr befremdet und verlegen als erbaut, und entschuldigte sich vor den Danzigern, daß er diese Gesandten überhaupt erst in das Land gelassen habe [2]). Als er nunmehr auf dem Reichstage zu Piotrkow mit dem Anspruch auf das ganze masowische Erbe der jüngeren Linie namens seiner Gemahlin auftrat, mochte er wohl wenig Freunde im Rate des Königs gefunden haben, aber immerhin war hier doch die Ueberzeugung vorwaltend, daß die ganze Angelegenheit doch nur mit Behutsamkeit und maßvoller Zurückhaltung behandelt werden dürfe, wenn nicht ein heimischer Krieg zu dem in Preußen geführten sich gesellen sollte. Zunächst hatte es nicht geringe Bestürzung erregt, daß der kleinpolnische Adel — in der richtigen Voraussetzung, daß die

1) Schreiben des Breslauer Rats an den Erzbischof von Kreta vom 3. Dezember 1462, in Breslauer Korresp., ed. Markgraf I, no. 126.

2) Cod. epist., p. 209, no. 188. Auch vonseiten des Ordens wurde sein Erbieten abgelehnt. Schreiben des Elbinger Komturs von 1461, Donnerstag vor Bartholomä. Königsb. Archiv.

masowische Annexion den Großpolen zufallen und ihre Bedeutung in der innern Politik verstärken werde — sich von dem Reichstage völlig fern hielt, als gälte es keinem gesamtstaatlichen Interesse. Um so mehr stellte sich der Weg der Rechtsentscheidung als der einzig praktische dar. Der Senat konstituierte sich als Gerichtshof, der König stellte seine Anwälte denen der Prätendenten gegenüber, der Prozeß begann. Nicht ohne Grund aber protestierte Herzog Konrad von Masowien gegen ein Verfahren, bei dem thatsächlich der König Partei und Richter zu gleicher Zeit sei, und verließ mißmutig den Reichstag, noch ehe der Spruch gefällt war. Dadurch war nun allerdings der Abschluß des Rechtsverfahrens unmöglich gemacht, und in der That zog sich dasselbe vor einer dazu designierten Kommission bis in das Jahr 1468 hinein. Da aber diese Verhandlungen gezeigt hatten, daß die Krone mit allem Nachdruck ihre Rechte zu behaupten entschlossen war, so nahmen die Stände von Rawa und Gostynin, welche nur eine solche Ueberzeugung abgewartet hatten, keinen Anstand mehr, die Huldigung dem Könige anzubieten. Unverzüglich vollzog daher Kasimir die Annexion der beiden Landschaften unter Verleihung erleichternder Privilegien und unter Einfügung derselben in den polnischen Verband [1]). Jener Grot von Nowemiasto wurde Palatin nicht blos von Rawa, sondern auch von Plock, letzteres freilich vorläufig nur auf dem Papier. Denn die Frage um Plock blieb eine offene, da ein Bürgerkrieg, wie er sich bei dem Widerstand der dortigen Stände zweifellos entwickelt haben würde, unter allen Umständen verhütet werden sollte.

Bei dem Streite über die Kompetenz des polnischen Senats für eine Rechtsentscheidung hatten die Herzöge bereits ihre

1) Die Inkorporationsurkunde von Rawa vom 7. Dezember 1462, im Cod. epist., p. 215, no. 192. Die von Gostynin vom 14. Dezember bei Helcel, Pomniki, I, p. 298. Die Urkunde im Cod. epist., p. 218, no. 193, vom 20. Dezember ist nicht, wie dort angegeben, der „akt przyłączenia ziemi Gostyńskiej“ — sondern ein Privilegium für die Stadt Gostynin.

Neigung kundgegeben, bei einer ausländischen Instanz eine schiedsrichterliche Lösung zu suchen. Der Papst [1]), der Kaiser, oder andere Reichsfürsten, oder auch eine italienische Universität wurden zu dem Zweck vorgeschlagen. Aber nach den Erfahrungen der Polen in ähnlichen Verhältnissen vergangener Tage würden sie sich auch dann nicht dazu verstanden haben, wenn es ihr Stolz zugegeben hätte, den Charakter der masowischen Frage als einer rein internen zu verleugnen. Die Prätendenten jedoch ergriffen allerdings diese Auskunft und riefen den Papst, den Kaiser und den König von Böhmen um Intervention wegen Rechtsvergewaltigung an. Und nicht ohne Erfolg. Denn Kaiser Friedrich schrieb nicht blos mahnend an den ihm nahe verwandten König Kasimir, sondern auch an den Papst Pius II., der seinerseits wiederum eine ernste Warnung an den König abgehen ließ [2]). Wenn auch solche Schreiben in jenen Tagen nur geringe Macht hatten, so trafen diese doch gerade in einem Zeitpunkt in Polen ein, in dem sie nicht ohne Eindruck blieben. Nichts konnte in jenem Augenblick, da die preußischen Angelegenheiten der Entwickelung und Lösung entgegenreiften, unerwünschter sein als eine Einmischung auswärtiger Mächte in die innern Irrungen. Mit Mühe erwehrte man sich zur Zeit der Zudringlichkeit des päpstlichen Legaten Hieronymus von Kreta, und es wäre bedenklich gewesen, wenn dieser oder ein anderer Legat mit einem noch dornenvolleren Auftrage betraut, in die polnischen Verhältnisse einzugreifen berechtigt gewesen wäre. Noch eindrucksvoller aber war das kundgegebene Interesse des Königs Georg Podiebrad für den Herzog Konrad von Oels-Kosel, denn als dieser im Oktober 1463 auf dem Reichstage zu Piotrkow nochmals mit seinen Forderungen auftrat, hatte er den befürwortenden Schutz eines außerordentlichen Gesandten der böhmischen Krone zu seiner

1) Schon am 8. Dezember 1462 hatte der Erzbischof von Kreta dem Konrad von Öls den Rat erteilt, den Papst oder die Rota als Schiedsrichter vorzuschlagen. Vgl. Bresl. Korresp., Nr. 126, Anm. — Über weitere vermittelnde Schritte des Erzbischofs Hieronymus s. ebd., Nr. 133. 134.

2) Cod. epist. saec. XV, 223, no. 196, und p. 227, no. 198.

Seite. Es kam zu heftigen Auftritten auf diesem Reichstage, denn der Herzog beschuldigte den König offen des Wortbruchs und ging „mit Unwillen von dannen“ [1]). Aber der Vorgang hatte doch den Erfolg, daß die Polen dem Stand der Streitfrage eine Wendung zu geben versuchten.

Der in der masowischen Angelegenheit zuerst als praktischer Staatsmann hervorgetretene rechtskundige Jan Ostrorog, der Sohn des Wojewoden von Kalisch, wurde nach Rom gesandt, um dem Oberhaupte der Kirche die nötigen Aufklärungen zu geben [2]). Inzwischen wurden unter Vermittelung des böhmischen Königs Verhandlungen mit Konrad von Oels gepflogen, die jedoch erst im Herbst 1465 zum Abschluß gediehen [3]). In einer Zusammenkunft des Königs mit dem Herzoge zu Kalisch, bei welcher im Namen des Böhmenkönigs der Bischof Jodokus von Breslau und Herr Wilhelm von Rosenberg und Rabstein zugegen waren, entsagte das herzogliche Ehepaar allen bisherigen Ansprüchen und zukünftigen Anwartschaften in Masowien gegen eine Entschädigung von 20,000 ungarischen Dukaten, die der König von Polen ratenweise zu entrichten sich verpflichtete. Nach den uns noch erhaltenen Quittungen ist denn auch die ganze Summe in den festgestellten Fristen richtig ausgezahlt worden, so daß also derjenige Prätendent von Masowien, dessen Erbrecht nicht geleugnet werden konnte, befriedigt und beschwichtigt war [4]).

1) Schon im Beginn des Jahres 1463 hatten Verhandlungen mit Konrad in Kalisz stattgefunden. Bresl. Korresp., Nr. 150. Nach dem Reichstags-Rezeß im Danziger Rezeßbuch I. Konrad war mit seiner Gemahlin Margareta, der eigentlichen Erbin, erschienen; der böhmische Sendebote war Herr Birke (d. i. Berka von Duba), der übrigens zu den Mannen des Ölser gehörte. Vgl. Script. rer. Siles. VIII, 35.

2) Vgl. Caro, Eine Reformationsschrift des 15. Jahrhunderts, in Westpreuß. Zeitschr., Heft IX, S. 23.

3) Długosz XIII, 339. 348. Konrad hatte mit einem Angriff auf Polen gedroht. S. Bresl. Korresp., Nr. 294.

4) S. die Urkk. im Cod. epist. saec. XV, 224, no. 197, im Cod. dipl. civit. Crac., no. 578, und im Inventarium diplom., p. 345. 346, sowie Gołębiowski III, 196. Vgl. Długosz XIII, 354.

Um so heftiger aber erhoben nunmehr die Masowier der älteren Linien ihre Stimme. Auf dem Lätare-Reichstag 1466 waren sie noch einmal alle erschienen. Den Stützpunkt des Erbrechts ließen sie jetzt mehr im Hintergrund [1]), da der König durch seinen Vertrag mit der Herzogin von Oels dieser Begründung den Boden entzogen hatte. Um so mehr Gewicht legten sie auf das Staatsrecht, oder wie es uneigentlich bezeichnet wurde, auf das Lehnsrecht, wobei sie sich natürlich verstehen mußten, die Ansprüche auf Belz gänzlich fallen zu lassen. Aber weder diese veränderte Taktik noch versöhnliche Verhandlungen hatten einen Erfolg. Auch jedem Tauschangebot für die Landschaft Płock versagten die Prätendenten ihre Genehmigung, weil sie mit Recht durch die Abgabe des Bischofsitzes den ganzen Rest ihrer Selbständigkeit und Bedeutung einzubüßen befürchteten. Es verdient aber besonders hervorgehoben zu werden, daß die Herzöge, obwohl in solcher Weise von dem Könige zurückgestoßen, dennoch ihre nationale Haltung nicht verleugneten und in den Schlußscenen des preußischen Krieges der polnischen Sache wichtige Dienste

1) In den Mon. Pol. hist. III, 202—204 teilt August Bielowski einen Rocznik mazowieki mit, den er aus dem Codex des Sędziwoj von Czechel (S. 944—945) gezogen, und von welchem er meint, daß er vor 1370 verfaßt sein müsse, denn der Verfasser nenne Kasimir den Großen: modernus dominus noster. Das ist aber ein großes Mißverständnis, denn das thut der Verfasser keineswegs. Er sagt: „Cui (sc. Wladislao Loctico) Kazymirus filius suus successit. Et sub tempore regiminis olim domini Wladislai (sc. Jagellonis) regis, patris moderni domini nostri, (sc. Wladislai vel Casimiri) accesserunt ducatus Wyelunensis.“ — Diese Accession hat bekanntlich 1396 stattgefunden. Also kann mit dem Vater des modernen Königs nur Władysław Jagiełło gemeint sein. — Der Schlußsatz dieses sogen. Jahrbuchs lautet aber so: „Et sic duces Mazowie ex origine processerunt de regia stirpe et quotiescunque moriuntur duces sine masculina prole hoc de jure venit, ut ad regnum perveniat principatus.“ Aus diesen Worten sieht man, daß hier gar kein Jahrbuch vorliegt, sondern lediglich eine im masowischen Erbfolgestreit abgefaßte Staatsschrift, die wohl einen der Krakauer Gelehrten, vielleicht Sędziwoj von Czechel selbst, zum Verfasser hat, und die zur Information dienen sollte.

leisteten. Nichtsdestoweniger wurde das im Jahre 1462 begonnene Rechtsverfahren vor der vom Senat eingesetzten Kommission wieder aufgenommen und nach Abschluß des preußischen Krieges mit Eifer fortgeführt. Auf dem Reichstage im Herbst 1468 erfolgte der Spruch, der nach Maßgabe der Ansprüche der Erbforderer in einzelne Teile zerfiel. Dem Herzog Konrad von Masowien wurde jedes Anrecht auf die Landschaften Plock, Zawkrze, Plonsk, Wizna und Sochaczewo — der Herzogin Katharina ebenso jedes Anrecht auf die Landschaften Plonsk, Wizna und Sochaczewo abgesprochen, und der König Kasimir als einzig berechtigter Erbnachfolger anerkannt [1]).

Damit war aber der masowische Erbfolgestreit noch bei weitem nicht erledigt. Denn einerseits hatten die Fürsten das Gericht nicht anerkannt und waren in contumaciam verurteilt worden. Andererseits lag es auch jetzt nicht in der Absicht der Krone im Hinblick ‚auf die Sympathieen, welche die piastischen Herzöge im Volke genossen, dem richterlichen Spruch durch Waffengewalt Nachdruck zu geben. Im Gegenteil wurde noch zwei Jahre später, auf dem Reichstage von 1470, den Herzögen der Vorschlag gemacht, unter Anerkennung des Heimfalls der masowischen Landschaften gegen Entrichtung der an Konrad von Oels gezahlten 20,000 Dukaten Plock und Wizna von neuem zu Lehen zu nehmen. In der Ueberzeugung jedoch, daß der König in Rücksicht der das Land ohnehin stark in Anspruch nehmenden auswärtigen Verwickelungen zu einer Zwangsausführung des richterlichen Urteils doch nicht schreiten werde, und daß sie somit das doch behalten würden, was sie erst erkaufen sollten, schlugen sie jedes vermittelnde Angebot beharrlich aus. Den Huldigungseid leisteten sie dem Könige Kasimir nicht [2]), und es zeugt von einer unerschöpflichen Langmut des Jagielloniden, daß er diesen Trotz ohne Vergeltung ertrug. Ja noch mehr. Als der König im Jahre 1476, wie schon er-

1) Die Endurteile im Kod. Maz., p. 238—250, no. 217—222.

2) Das hebt Joh. Albrecht später (1496) ausdrücklich hervor. Kod. Maz., p. 305, no. 261.

wähnt, durch Abrede mit der Herzogin Anna die Landschaft und die Stadt Sochaczewo erworben hatte, und die Herzöge Janusz und Bolesław den Versuch wagten, der Besitzergreifung durch die Krone zuvorzukommen, hatte diese Auflehnung keine weiteren Folgen für sie, als daß sie von Kasimir wiederholentlich auf den nun unabänderlich gewordenen Stand des Rechtsverhältnisses hingewiesen wurden.

In solcher Verfassung blieb nun Masowien während der ganzen übrigen Lebenszeit des Königs. Die ältere Linie hatte faktisch die Landschaft Płock aus dem Erbe der jüngern erworben, während die Krone unter unablässiger Behauptung ihres Anrechts sich mit der bloßen Anwartschaft auf dieselbe zufrieden gab. Von den vier Brüdern des herzoglichen Hauses war einer, Kasimir, in den geistlichen Stand getreten und einige Jahre (1471—1481) Bischof von Płock gewesen. Der andere, Bolesław V., welcher Warschau und Zakroczym erhalten hatte, starb im Jahre 1488 kinderlos, und sein Herzogtum wurde von seinem Bruder Konrad III., welchem Czersk und Ciechanowo zugeteilt war, eingezogen. Auch Janusz II., welcher in dem bestrittenen Płock das Regiment führte, starb im Jahre 1495, ohne Erben zu hinterlassen, so daß auch die ältere Linie gegen Ende des Jahrhunderts nur noch auf zwei Augen stand. Da aber Herzog Konrad, der nicht lange zuvor sich zum zweiten Male und zwar mit Anna aus dem Hause Radziwiłł verheiratet hatte, seinen erhofften Kindern die Erbfolge in seinem Patrimonium wahren wollte, so willigte er endlich (1496) in die Abtretung von Płock an die Krone und erkaufte sich durch Ableistung des Homagialeides den Schutz des Königs für seinen Nachfolger. Als Konrad im Jahre 1503 starb, hinterließ er vier Kinder, zwei Töchter Anna und Sophia und zwei Söhne, von denen der ältere Stanisław 3 Jahre, der jüngere, Janusz, nur ein Jahr beim Tode des Vaters zählte.

Sie waren die letzten regierenden Piasten in Polen. Den völligen Untergang der masowischen Autonomie werden wir noch weiter unten zu erzählen haben. Hier gilt es nur die ebenso

kluge als glückliche Politik Kasimirs auch nach dieser Seite hin ins Licht zu setzen. Mitten in den Stürmen des preußischen und des ungarischen Krieges hatte er den polnischen Reichskörper durch vier beträchtliche Landschaften, Belz, Rawa, Gostynin, Sochaczewo, welche früher als nur mittelbar abhängige den Gesamtinteressen des Staates nur in vermindertem Grade Dienste leisteten, erweitert und durch die offen gehaltene Anwartschaft auf Płock die vollständige Aufhebung des Kleinfürstentums in Polen vorbereitet. Durch Zähigkeit in den Unterhandlungen und vorsichtige Zurückhaltung in der Ausführung seiner erworbenen Anrechte hat er die drohende Gefahr eines innern Krieges während der auswärtigen Verwickelungen weislich abzustumpfen verstanden. Ein wichtiger Schritt auf dem Gebiete der Zentralisationspolitik der Jagiellonen war geschehen. Während das polnische Reich mit einem mächtigen Anwachs seines Gebietes die Seeausgänge gewonnen hatte, wurde das Hinterland durch einen energischeren politischen Zusammenschluß desselben für die Ausnützung der eröffneten Perspektive des Weltverkehrs fertig gemacht. Ein Blick auf die Karte zeigt, was das polnische Reich für eine wohlbeleibte Gestalt nach diesen Wendungen im Vergleich zur Zeit des beginnenden preußischen Krieges gewonnen hatte. Aber der Heimfall der masowischen Landschaften war noch darum besonders wertvoll, weil deren Amalgamirung mit dem polnischen Volke keine Schwierigkeiten darbot. Es war ein Zuwachs aus dem Eigenen, und die Ueberführung der dortigen politischen Einrichtungen zu den allgemein gültigen bot die Regierung zu keiner besondern Energie — die Regierten zu keiner erheblichen Selbstüberwindung auf. Die Annexion vollzog sich auf glatter Bahn. Aber ist es nicht eine Verkleinerung des milden Sinnes des Königs und der wohl berechnenden Klugheit seiner Ratgeber, wenn dieser Gewinn lediglich dem Glück Kasimirs zugeschrieben wird? Dem Glück kam jedenfalls die Weisheit gleichwiegend entgegen.

Zwölftes Buch.

Erstes Kapitel.

Die böhmische Thronfolge.

Zu den Umständen, welche das Glück Kasimirs und die erweiterte Weltstellung seines Reiches bedingten, gehörte in nicht geringem Maße der Familiensegen, der ihm zuteil geworden war. Wenn schon in monarchischen Staaten überhaupt solche Momente niemals ganz der Bedeutung entbehren, so hatten sie in unserem Falle einen geradezu hervorragenden Einfluß und bildeten den Ausgangspunkt weitschichtiger politischer Begebenheiten, die mehr als ein halbes Jahrhundert das Schicksal des ganzen Ostens von Europa bestimmten. An sich war es schon eine eigene und bemerkenswerte Thatsache, daß Kasimir, mitten in einer Epoche verdorbener Sitten und entwurzelter ethischer Anschauungen, welche, dem polnischen Chronisten zufolge, in Polen fast in derselben krassen Weise zutage traten, wie in derselben Zeit in Italien, das Beispiel einer keuschen, fleckenlosen Ehe gab, die selbst den erbittertsten Gegnern keine Gelegenheit zur Verlästerung darbot. Mochte man an Kasimirs Regentenfähigkeit oder selbst an seiner unwandelbaren Religiosität, obgleich er von beiden die glänzendsten Zeugnisse gab, aus dem Gesichtspunkte individueller und parteilicher Interessen noch so viel aussetzen, sein Familienleben blieb frei

von jedem Vorwurfe und jeder Nachrede. Vielleicht war es nicht immer gut angebracht, daß er seiner Mutter, welche allen Anzeichen nach eine tüchtige Frau gewesen ist, einen so umfänglichen Anteil an den Geschäften einräumte, daß sie jederzeit in den Rat gehen und sich alle eingehenden Briefe lesen lassen durfte. Aber den Ruhm eines treuen und ergebenen Sohnes hat er sich in jedem Falle damit erworben. Von dem Augenblick aber, da seine geschäftskundige Mutter, die Russin von Geburt, das Zeitliche gesegnet hatte [1]), treten die Spuren hervor, daß auch seine nicht minder ausgezeichnete Gemahlin, die deutsche Kaisertochter, einen merklichen Einfluß auf die königlichen Entschlüsse ausgeübt hat [2]). Es möchte doch wohl mehr als Zufall sein, daß die Politik Polens von diesem Zeitpunkte an ein mehr nach dem Westen gewendetes Gesicht erhielt. Indessen überwogen bei Elisabeth die Aufgaben der Gattin und Mutter, denn in reichem Segen war die königliche Familie aufgeblüht. Nicht weniger als dreizehn Kinder, sechs Söhne und sieben Töchter, sind aus ihrem Schoße hervorgegangen [3]). Um

1) Vgl. oben, S. 184.

2) Vgl. den Bericht Anton Hornigks in Bresl. Korresp., Nr. 77.

3) Władysław, geb. 1456, 1. März; gest. als König von Ungarn und Böhmen, 1516.
Hedwig, geb. 1457, 21. Sept.; gest. 1502, vermählt mit Georg von Baiern.
Kasimir, geb. 1458, 3. Okt.; gest. 1483 kanonisiert.
Jan Albrecht, geb. 1460, 27. Dez.; gest. 1501 als König von Polen.
Alexander, geb. 1461, 5. August; gest. 1506 als König von Polen.
Sophia, geb. 1464, 6. Mai; gest. 1512, vermählt mit Markgraf Friedrich von Brandenburg.
Elisabeth, geb. 1465, 9. Mai; gest. 1466, 9. Mai.
Sigmund, geb. 1467, 1. Jan.; gest. 1548 als König von Polen.
Friedrich, geb. 1468, 27. April; gest. 1504 als Kardinal.
Elisabeth, geb. 1470, gest. 1470.
Elisabeth, geb. 13. Mai 1472; vermählt mit Herzog Friedrich von Liegnitz, gest. 16. Febr. 1517.
Anna, geb. 1476; gest. 1503; vermählt mit Bogislaw von Pommern.
Barbara, geb. 1478; gest. 1534; vermählt mit Herzog Georg, Sohn Alberts von Sachsen.

die Zeit des Thorner Friedens hatte der älteste Sohn Władysław bereits das zehnte Lebensjahr erreicht und ward nebst seinen Brüdern dem ebenso gelehrten als in der praktischen Politik verdienten Jan Długosz, dem krakauer Domherrn, der in den Traditionen Zbigniew Oleśnickis lebte, zur Erziehung übergeben. Auf Söhne und Töchter waren schon längst die Blicke der verschiedenen Höfe gerichtet. Aber vor allen schien der älteste Sohn für eine bedeutende Rolle auserlesen zu sein, und die klugen Vertreter des preußischen Bundes, welche auf dem September-Reichstage des Jahres 1459 zu Piotrkow erschienen waren, erwiderten auf die Frage des Königs, wie man sich zu der Forderung Breslaus wegen der Zufuhr von Lebensmitteln und wegen der Werbungen in Polen zu verhalten habe, mit dem Rate: der schlesischen Stadt entgegenzukommen, „denn Se. Gnaden (der König Kasimir) hätte Söhne und Erblinge zu der Krone Böhmen und anderen Landen, und da Herr Girsick alt ist und abgehend, werden Se. Gnaden Söhne desto freundlicher und lieblicher aufgenommen“ [1]). Der König stimmte dem zu, obgleich der älteste Prinz damals erst im vierten Lebensjahre stand.

Dieser aus dem Danziger Rezeß gezogene, also urkundlich beglaubigte Umstand wirft aber ein helles Streiflicht auf die böhmische Politik des polnischen Königs alle die Jahre her. Er zeigt, mit welchen Hintergedanken Kasimir in Glogau mit Georg Podiebrad Freundschaftsbezeugungen ausgetauscht hat, und wie Pius II. gar wohl Ursache hatte, zu glauben, daß sich Polen als Waffe gegen den Böhmenkönig würde gebrauchen lassen. Darin lag aber eben der tiefe Unterschied zwischen der Auffassung des Papstes und des polnischen Königs. Dieser hatte alle seine Hoffnungen und Wünsche bezüglich des böhmischen Thrones bis zum Lebensende Georgs vertagt. Jener aber, dem es auf die Vernichtung der Kompaktaten, auf die Abschaffung der kirchlichen Sonderstellung Böhmens und die Unterwerfung des die einheitliche Ordnung der lateinischen Kirche

1) Cod. epist. saec. XV, 192.

störenden Königs ungleich mehr als auf die Wiederherstellung einer legitimen Dynastie in Prag ankam, bedurfte eines sofort verfügbaren Schwertes wider den gebannten König, einer Macht, welche mit unzweifelhafter Anhänglichkeit an die Kurie entschlossen ist, die Fahne der absolulen Rechtgläubigkeit zu entfalten. Die Kurie brauchte jetzt einen Mann wie jenen Wladyslaw, dessen Gebeine auf den Gefilden von Warna bleichten. Ein solcher war aber Kasimir keineswegs. In allen den Stücken, die der Papst als geistliches Oberhaupt der Kirche zu fordern berechtigt war, ließ es sich Kasimir von keinem zuvorthun. Die Universität Krakau und selbst das Kapitel daselbst bezeugen es ihm während des Bischofsstreits vor dem Papste, daß er „der frömmste Pfleger der christlichen Religion, der ausgezeichnetste Freund der gesamten Geistlichkeit und ihr machtvoller Beschützer und Fürsprech" wäre, aber, meinte die Universität, sein Eifer für den Klerus und die Kirche selbst sind doch nicht erhaben über Kränkung seiner königlichen Rechte, gegen welche er von der äußersten Empfindlichkeit ist [1]). Es wäre zu viel gesagt, wenn man von Kasimir behauptete, daß er dem Standpunkt der Kompaktaten sich genähert habe, aber das wissen wir doch bestimmt, daß sich in seiner Umgebung Kleriker befanden, die ihren Schwur auf die Beschlüsse des Baseler Konzils für ihr ganzes Leben als verbindlich ansahen, und daß der König sich von Doktoren beraten ließ, die noch darüber hinausgingen [2]). Für keinen König der damaligen Christenheit hatte selbst der heikelste Punkt der Kompaktaten, die utraquistische Kommunion, so wenig Anstößiges und Befremdendes, als für ihn, den Großfürsten von Litauen, welcher der überwiegenden Mehrzahl seiner Unterthanen diesen Ritus zugestehen mußte. Der entschlossene Angriff auf ein kirchliches, von den Päpsten verzärteltes Institut, wie der deutsche Orden gewesen, und das dreizehnjährige Lavieren

1) Wiszniewski, Hist. lit. IV, 433.

2) S. den Brief Sędziwojs von Czechel an Długosz im Cod. epist., no. 226.

zwischen einem päpstlichen Banndekret und einer Abweisung der kurialen Einmischung, wie es der preußische Krieg mit sich brachte, haben sicherlich nicht dazu beigetragen, in dem Könige und in der hohen polnischen Aristokratie den Fanatismus für die päpstlichen Ansprüche auf eine Gerichtsbarkeit über gekrönte Häupter zu befestigen. All der frommen Religiosität des Königs hielt doch eine durchdringende Berücksichtigung des national-politischen Interesses mindestens das Gleichgewicht, und namentlich, seitdem durch die Beseitigung der Immunität des Klerus dieser den politischen Gesichtspunkten des nationalen Gemeinwesens energischer untergeordnet war, konnte es Kasimir noch viel weniger gleichgültig sein, eine so bedenkliche Autorität des römischen Stuhles zu unterstützen. Mit einem Worte dieser König war nicht gemacht dazu, sich für die Anmaßungen der Kurie gegenüber dem Böhmenkönige bis zum Ergreifen des Schwertes zu begeistern. Daran war aber weder „Indolenz, noch ein Uebermaß von Friedensliebe, noch die Leidenschaft für die Jagd" irgendwie schuld, wie bis auf den heutigen Tag die Geschichtschreiber dem klerikalen Berichterstatter nacherzählen [1]), sondern es ist mehr als zweifelhaft, ob Kasimir das Verfahren der Kurie auch nur im entferntesten billigte, denn „einen gesalbten und gekrönten König abzusetzen", äußerte er einmal, „überschreite die Befugnis des Papstes" [2]).

Von diesem Gesichtspunkte aus ist aber die polnische Politik in der böhmischen Frage zu beurteilen. Es ist schon gesagt worden, daß Kasimir bereits im zweiten Regierungsjahre Podiebrads die Nachfolge seines Sohnes auf dem böhmischen Throne ins Auge faßte, und mit der Zähigkeit und Geduld, die ihm eigen war, ist er diesem Ziele stetig nachgegangen, auch dann, wenn er am wenigsten daran zu arbeiten schien. Aber eben so sehr scheint sein Entschluß festgestanden zu haben, dieses Geschenk nicht lediglich aus der Hand des Papstes zu empfangen.

1) Von Dlugosz bis zu Markgraf (in Sybels Hist. Zeitschr., N. F. II, 257) ist das immer behauptet worden.

2) Müller, Reichstagstheatrum II, 266.

Freilich war das eine ganz besonders schwierige Stellung, die zu dem Versuch nötigte, mit allen sich heiß bekämpfenden Parteien auf gutem Fuße zu bleiben und ohne Einmischung dennoch um die Sympathieen in Böhmen und in den Nebenländern zu werben. Man durfte den rebellischen schlesischen Bund unter der Führung Breslaus nicht ermutigen, wollte man nicht den Beuthen-Glogauer Frieden mit Georg verletzen, aber man wollte ihn doch noch weniger entmutigen. Polen kam den Schlesiern so weit entgegen, als es mit seinen Vertragspflichten gegen Georg nur irgendwie vereinbar war. Ebenso hatte man sich in dem Streite zwischen dem Papste und dem Böhmenkönige zu halten. Seitdem Paul II., ungleich ungestümer als sein Vorgänger Pius, den bisherigen Weg der Verhandlungen mit Georg mit dem des kanonischen Prozesses vertauscht hatte, suchte Polen sich um so mehr vor einer ausgeprägten Parteinahme zu hüten. Mit Georg um des Papstes willen brechen, hieß diejenige Partei in Böhmen zum Krieg herausfordern, auf welche am meisten die Zukunftshoffnungen des Jagiellonen gebaut waren, und mit dem Papste sich entzweien um Georgs willen, wäre unbedingt noch thörichter gewesen, denn der Papst blieb immer noch der Papst, der mehr zu geben hatte, als alle Parteien und alle Könige. Daher die ängstliche Scheu der Polen vor einer päpstlichen Vermittelung im preußischen Kriege, die verpflichten konnte; daher wohl auch der Stillstand in dem Verkehr mit der Kurie überhaupt während der Jahre 1464 bis 1466. Aber am Ende war der Papst bei einem Frieden mit einem geistlichen Institut, wie der Orden, wobei es obendrein zu neuen Diözeseneinteilungen kommen mußte, nicht zu umgehen. Wir hörten schon, mit welcher Vorsicht der König sich dem Legaten Rudolf von Rüdesheim näherte, wie er ihn zuvor wegen seiner Disposition ausforschen ließ, ehe er ihn zur Leitung der Friedensverhandlungen einlud. Der betreffende mit dieser Aufgabe betraute Gesandte fand ihn, vielleicht zum Erstaunen Kasimirs, für Polen besser gestimmt, als jemals bei Beziehungen zum Orden von einem päpstlichen Gesandten erwartet werden konnte.

Der Legat bezauberte Kasimir förmlich bei dem Fortgang des Friedenswerks; der König nannte ihn seinen „besten Freund", er erhob ihn zum „Consiliarius perpetuus" des polnischen Reichs, er verschrieb ihm eine Jahresrente, er bemühte sich um seine Erhebung zum Kardinal, aber dennoch gingen der König und der Legat mit einem Mißton auseinander. Denn vor dem Abschiede enthüllte Rudolf mit einemmale die Gründe der päpstlichen Willfährigkeit, den Orden preiszugeben, und die Gründe seiner eigenen Beflissenheit, den polnischen Interessen zu dienen. Die Kurie hat dir einen Dienst geleistet, das war ungefähr der Sinn der Eröffnungen des Legaten, sie erwartet nunmehr einen gleichen von dir. Georg Podiebrad ist ein Ketzer, ein Usurpator, du hast durch deine Gemahlin Elisabeth ein legitimes, und durch Verwandtschaft der Nationalität und Sprache mit den Böhmen ein natürliches Recht auf dieses Land. Der größere Teil des böhmischen Herrenstandes, die Stadt Breslau, eine Anzahl schlesischer Fürsten stehen auf dem Punkte, Georg zu verlassen. Erhebe die Fahne gegen ihn, und willst du nicht die böhmische Krone dir aufs Haupt setzen, so gieb den Rebellen in Böhmen einen deiner Söhne. In Breslau kann er sicher seinen Sitz sofort aufschlagen, die Unterwerfung der übrigen Länder wird nicht ausbleiben. Das Ausland wird den Schritt billigen, und der Papst wird dir mit Geld und Gunst jeder Art zur Seite stehen. „Für den Erwerb von Schlesien und der Lausitz sage ich dir gut". Damit schloß der Legat.

Das hatten die Jagiellonen alle von ihrem Vater gelernt, bei peinlichen Zumutungen ihre Abhängigkeit von dem Reichstage hervorzukehren. Kasimir vertröstete den Legaten auf den zum St. Georgstag 1467 angesetzten Reichstag.

Im wesentlichen verlangte Rudolf von Lavant also, daß der König hier in Böhmen wiederholen soll, was er vor dreizehn Jahren in Preußen gethan, auf dem Grunde eines noch fadenscheinigeren Anrechts sich einer Rebellion gegen die regierende Herrschaft anzunehmen. Auch ohne Erwägung weiterer Umstände ist es psychologisch erklärlich, daß Kasimir trotz dem

endlichen Erfolge, durch die dreizehnjährigen Opfer, Leiden, Mühen und Sorgen gewitzigt, ein Abenteuer solcher Art nicht wieder bestehen wollte. Gewiß stand sein Sinn auf die böhmische Krone für seinen Sohn, aber er mochte sie jetzt nicht, so lange Georg lebte, und er mochte sie aus den Händen nicht, die sie ihm darbrachten, er mochte sie lieber von denen empfangen, die ihm selbst schon einmal, vor 37 Jahren, als er noch ein 12jähriger Knabe war, als König von Böhmen entgegengejubelt hatten. Damals waren die Kreise, in denen man jetzt einen Polen auf den Schild heben wollte, seine erbitterten Feinde gewesen. Auf eine Anerkennung seines legitimistischen Anrechts auf Böhmen mochte Kasimir selbst anfänglich nicht allzu große Hoffnungen setzen, desto mehr aber auf die Verwandtschaft in Sprache und Nationalität, die einen Jagiellonen gegen jeden Mitbewerber auszeichneten, und von welcher auch der Legat gesprochen hatte. Allein grade die Parteien, welche sich ihm jetzt an den Hals werfen wollten, gehörten am wenigsten dem „linguagium slavonicum“ an. Der größere Teil des Herrenstandes und die Städte mit deutscher Bevölkerung, welche sich vornehmlich gegen Georg Podiebrad auflehnten, legten unter allen Umständen mehr Gewicht auf Kasimirs Rechtgläubigkeit als auf seine slawische Muttersprache. Der Ritterstand, die Masse des Landvolks, die Mehrzahl der czechischen Städte bildeten die Stütze Georgs, sowie auch die Stütze des Utraquismus. Der kurze Versuch des Emporkömmlings im Anfang seiner Regierung, eine Stellung zwischen beiden Richtungen einzunehmen, war hoffnungslos gescheitert. Er mußte sich wieder den Wurzeln seiner Macht zuwenden, er mußte ausgesprochener Utraquist sein. Und mit je mehr Energie er dieser Ueberzeugung Ausdruck gab, desto entschiedener wuchs ihm eine katholische Partei gegenüber. Der Herrenstand unter Führung Zdeneks von Sternberg, des böhmischen Vertreters in den Beuthen-Glogauer Verhandlungen, machte sich zum Mittelpunkt derselben. So mächtig diese Oligarchen indes auch waren, namentlich wenn sie von dem Klerus und dem Papste unterstützt wurden, so konnte doch kein König auf diesem Pfeiler

allein sein Regiment aufzubauen trachten. Abgesehen von der schärferen Formulierung des religiösen Gegensatzes lagen die Verhältnisse in Böhmen nicht anders als in Polen. Auch Kasimir hatte seinen Herrenstand, der nicht duldete, daß er Leute aus dem Ritterstand in seinen Rat zog. Auch Kasimir war er schon gefahrvoll genug für die Dynastie gegenübergetreten, auch Kasimir hatte schon wiederholt im Ritterstand sich Hilfe und Stütze suchen müssen. Sollte er nach allen diesen Erfahrungen sich von der Gnade eines solchen Herrenstandes unter Umständen, die eine Zuflucht beim Ritterstande ausschlossen, eine Krone aufdrängen lassen? Als die unzufriedenen böhmischen Herren am 28. November 1465 auf dem Schlosse Sternbergs in Grünberg einen Bund auf fünf Jahre schlossen, haben 16 Herren die Urkunde unterzeichnet. Das war denn doch zu wenig, um eine Thronumwälzung darauf hin unternehmen zu wollen.

Einen Punkt aber gab es in den Beschwerden des Herrenstandes, der einer völligen Sympathie bei Kasimir begegnen mußte. Wenn die Barone sich beklagten, daß Georg offen das Bestreben kund gegeben habe, einem seiner Söhne die Nachfolge in Böhmen schon bei seinen Lebzeiten zu versichern, und die Reichskleinodien eben deshalb schon in den Gewahrsam seines Sohnes Viktorin gegeben habe, so fand dieser Vorwurf bei Kasimir am meisten Gehör. Denn daran hingen alle Hoffnungen und Pläne Kasimirs für sich und seinen Sohn. Über die Lebenszeit Georgs hinaus durfte das Regiment der „Uffgeruckten“ nicht bestehen bleiben. In diesem Punkte war die Annäherung Kasimirs an den Herrenbund begründet. Aber Georg hatte aus diesem Herzenswunsch gar kein Hehl gemacht. Er hatte ihn unter seinen Anhängern im Lande als die Krönung seines Systems bezeichnet, ja noch mehr, er hatte ihn damals, als er durch einen phantasievollen Plan den Versuch machte, die naturgemäß sich bildende Gemeinschaft zwischen der Kurie und dem Herrenstand aufzuhalten, als den positivsten Teil der Gegenleistung des Papstes für seine und seiner Familie Rückkehr zum alten Ritus bezeichnet. Aus den früheren Projekten,

mit denen Georgs ehrgeizige Phantasie von den Wanderdiplomaten erfüllt worden war, hatte sich die Idee des byzantinischen Kaisertums noch erhalten. Wenn der Papst ihn zum Kaiser von Konstantinopel machte, dann wollte er einen orthodoxen Erzbischof in Prag und den orthodoxen Ritus in seinem Hause sich gefallen lassen. Nur ein neues Element war hinzugetreten, die Forderung, daß einer seiner Söhne sein Nachfolger würde. Es ist hier nicht zu betrachten, inwieweit es Georg mit diesem Vorschlag einer Lösung des Kirchenstreits ernst gewesen ist, oder ob er damit nur Zeit habe gewinnen wollen. Aber in dem einen Punkte dieses Angebots war auch wiederum für Kasimir der Anstoß gegeben, sich der Kurie nicht unerreichbar und nicht unerbittlich zu zeigen. Er mußte der Kurie die Hoffnung offen lassen, in ihm eine Geißel für den widerspenstigen Böhmenkönig zu finden, wenn sie seine bedingte und verklausulierte Unterwerfung ablehnt. Mit kaum zu bezweifelnder Deutlichkeit war dies in der Annahme des Legaten Rudolf als Vorsitzenden des Thorner Friedenskongresses ausgesprochen. Mithin stand Kasimir damals, als der Legat ihm die offizielle Eröffnung nach dem Abschlusse des preußischens Friedens machte, mit den beiden die Stellung Georgs untergrabenden Mächten, mit dem Herrenbund wie mit der Kurie, noch keineswegs in einer völligen oder auch nur umfassenden Ideengemeinschaft. Hatten ja diese selbst erst damals, eben in den Herbsttagen 1466, in der Versammlung des Herrenbundes zu Zittau, bei welcher der Minorit Gabriel Rangoni aus Verona den in Polen anwesenden Legaten vertrat, das erste Programm eines gemeinschaftlichen Vorgehens gefunden. Aber mit dem Gedanken der beiden Parteien, die Nachfolge eines Podiebrad zu verhindern, war Kasimir bereits innerlich einverstanden und in dieser Hinsicht der Solidarität im Geiste schon beigetreten.

Der Kurie genügten vorläufig solche Aussichten auf Unterstützung, um das Kriegsfeld klar zu machen. Am 23. Dezember 1466 wurde in einem öffentlichen Konsistorium der Bann über den Böhmenkönig und seine Familie verkündet, ihm der Thron und seinen Söhnen das Recht der Thronfolge ab-

gesprochen, und alle seine Unterthanen von der Pflicht des Gehorsams wiederholentlich entbunden. Bösartige Klagschriften gingen von Rom und von dem in Breslau weilenden Rudolf von Lavant in alle Welt hinaus. Selbstverständlich sorgte der Legat dafür, daß eine davon auch in die Hand des Königs Kasimir gelangte, und unterrichtet von dem Einfluß der Königin Elisabeth auf ihren Gemahl, versäumte er auch nicht, auf das Gemüt der hohen Frau zu wirken, die an dieser böhmischen Frage das persönlichste Interesse nehmen mußte. Er hielt ihr in einem Schreiben die berühmten Frauen der Bibel vor und forderte sie schließlich auf, eine neue Esther zu werden, wie er als Mardochaj das Volk aufrufen werde. Sie solle den Tod ihres Bruders Ladislaus rächen und ihren Gemahl zur Annahme des böhmischen Reiches bewegen [1]). — Um dieselbe Zeit aber, da diese heißen Mahnungen am polnischen Hofe gelesen wurden, war auch schon vom Könige Georg die Frage gestellt, ob er das Glogauer Bündnis noch als zu Recht bestehend ansehen dürfe. Die vorläufige Antwort nach Prag brachten die Gesandten, welche nach Rom geschickt worden waren, um die Bestätigung des Thorner Friedens vom Papste Paul II. zu erbitten: Vincenz Kielbassa, der Bischof von Culm, und Jan Ostrorog, der Verfasser einer äußerst antiklerikalen Reformschrift. Diese Gesandten scheinen mit sehr widersprechenden Instruktionen versehen gewesen zu sein. In Breslau, wo sie einige Tage bei dem Legaten verweilten, ließen sie diesen und den vor Verfolgungseifer gegen König Georg kochenden Breslauer Rat höchst getröstet und mit Hoffnungen erfüllt zurück [2]); in Prag, wo diese Gesandten wieder einige Tage verweilten, gaben sie dem Könige Georg und seinem Diplomaten Martin Meier die Versicherung, daß kein Grund zu einem Argwohn vorliege, daß den beim polnischen Hofe anpochenden Rebellen die Hand gereicht werden würde, der König von Polen wiese sie weit

1) Bresl. Korresp., No. 344, Anm.

2) Ebd., Nr. 348: „Speramus enim hunc regem Pol. pro augmento et defensione fidei omnia facturum ad mandata sue sanctitatis."

zurück; und bald nach ihnen kam ein neuer Sendbote aus Polen nach Prag, der die Erneuerung oder Ergänzung der Verträge von Beuthen-Glogau bereitwillig anbot [1]). Auch den sächsischen Gesandten, die im Interesse Georgs sich nach Rom begaben, versprachen die polnischen Bevollmächtigten, ihnen mit Rat und That beim Papste behilflich zu sein [2]).

Als aber die beiden Gesandten in der Markuskirche zu Rom am 14. März 1467 vor dem Papste Audienz hatten [3]), führten sie doch wieder eine andere Sprache. In der vortrefflichen Rede, welche vor dem heiligen Vater und den Kardinälen vorgetragen wurde, war die Obedienz des polnischen Volkes und des Königs ausgesprochen, wurde mit beweglichen Worten um die Bestätigung des Thorner Friedens gebeten — aber die böhmische Angelegenheit war darin mit keiner Silbe berührt [4]). Wenn sich an diese Rede eine Diskussion geknüpft haben sollte,

1) Martin Meiers Brief an den Erzbischof von Gran, vom 19. Febr. 1467, im Archiv für österr. Geschichtsquellen XII, 341, wo unter „Zarniensem electum", was keinen Sinn hat, zu verstehen ist: „administrator Pomezaniensis". Bei Teleki, Hunyadiak kora XI, 242 steht „el. Zamiensem". Natürlich wird dann aus Vincenz Kielbassa ein Elect von Samland gemacht, z. B. auch von Papée in Rozprawy Akad. Krak. VIII, 357.

2) Schreiben Martin Meiers an den Secretarius regis Paul im Arch. für österr. Gesch. XII, 331.

3) Bresl. Korresp., Nr. 353. Bericht Fabian Hankos, der ein Studiengenosse Jan Ostrorogs war und schon 1464 in Rom mit ihm zusammengetroffen war. Vgl. Caro, Eine Reformationsschrift des 15. Jahrhunderts, S. 12. 24.

4) Die Rede ist abgedruckt in Vol. Leg. I, 222. Rücksichtlich der Autorschaft habe ich in meinem Buche: „Eine Reformationsschrift des 15. Jahrhunderts", S. 25, die Tradition, daß Jan Ostrorog der Verfasser derselben gewesen wäre, in Schutz genommen. Pawiński teilt jedoch aus einem Kopialband der Petersburger Bibliothek eine „peroratio domini Ostrorog coram domino Apostolico" mit und glaubt aus einem rein äußerlichen Grunde schließen zu müssen, daß sie von Jan Ostrorog und bei dieser Gelegenheit gehalten wurde. Aus dem Inhalt der mit einer abstrusen Gelehrsamkeit und mit Reminiszenzen aus Kadlubek überladenen Rede geht das nicht hervor. Hat Jan Ostrorog diese „peroratio" gehalten, so würde sein Ruhm etwas blässer werden.

dann kann sie auch nicht zugunsten Georgs von Böhmen ausgefallen sein, denn die Kardinäle und alle Prälaten lobten die polnischen Herren, und der Breslauer Geschäftsträger fand, daß „sie ganz ehrlich bestanden hätten". Was konnte ein so parteiischer Zeuge wohl unter „ganz ehrlich" verstehen? Der Papst Paul scheint die Zweideutigkeit der polnischen Stellung richtig erkannt zu haben und war entschlossen, den König zur Entscheidung zu drängen. In einem Breve vom 14. Mai 1467 erteilte er dem Bischof von Lavant die Ermächtigung, den Thorner Frieden zu bestätigen, wofern der König von Polen, falls er oder einer seiner Söhne für den böhmischen Thron erkoren würden, die Krone anzunehmen, oder, falls irgend jemand anders gewählt werden sollte, diesen mit aller Macht zu unterstützen sich verpflichtete [1]).

Das päpstliche Schreiben und die um dieselbe Zeit ausgegebenen wiederholten Bannbullen kamen zu spät in die Hände des Legaten, um noch für den auf den St. Georgitag 1467 angesetzten Reichstag in Piotrkow verwendet werden zu können. Der Legat war daher auch dort nicht erschienen, wohl aber ein Gesandter Georgs, Johann Jičinski von Cimburg, um die Vorschläge wegen etwaiger Ergänzung des Glogauer Vertrages entgegenzunehmen. Man erwiderte ihm, daß eine genaue und gewissenhafte Ausführung der bestehenden Verträge für ein friedliches Verhältnis zwischen Polen und Böhmen ausreiche, eine Versicherung, die dem bedrängten Georg um so willkommener sein mußte, als der Herrenbund im Februar unter dem Einfluß des leidenschaftlichen Zdenek von Sternberg sich ganz und gar dem Papste in die Arme geworfen und ausdrücklich den König von Polen oder einen seiner Söhne als ihm genehmen Ersatz für den gewaltsam zu vertreibenden König Georg bezeichnet hatte [2]). Der Legat hätte jetzt wohl auch kaum sich nach Polen wegbegeben können. Er hatte zur Zeit dringlicheres zu thun. Georg hatte angefangen, dem Herrenbund Konzessionen zu machen,

1) Bresl. Korresp., Nr. 361.
2) Fontes rer. Austr. VII, 224.

und unter Mitwirkung seiner Gemahlin Johanna suchte er durch Verhandlungen mit einzelnen Personen des Bundes ins Reine zu kommen [1]), der Legat mußte diese Wege zu sperren suchen. Der Herrenbund durfte nicht wieder aus der Gemeinschaft der katholischen Partei sich ziehen wollen. Mit erstaunlichem Eifer arbeitete der Legat an der Entflammung der Gemüter; überall hin predigte, befahl er den Abfall von dem verpönten „Jirzik", überall hin ward der Kreuzzug angekündigt, dessen Anführer einstweilen im Einverständnis mit dem Papste Zdenek von Sternberg sein sollte. Nicht das größere oder geringere Maß von Privilegien aber soll das Ziel in diesem Kreuzzug sein, sondern nur die Vernichtung des Gebannten, die Exekution des päpstlichen Spruchs. War die katholische Liga im Frühjahr 1467 zwar noch nicht fest konstituiert, so war sie doch in allen Elementen gut vorbereitet. In allen Nebenländern der Krone Böhmen, in Schlesien, in der Lausitz und in Mähren war die Insurrektion im Aufsteigen begriffen [2]). Eben in den Tagen des Piotrkower Reichstags hatte der Krieg der Rebellen gegen König Georg bereits begonnen; am 14. Mai sagte der Herrenbund als solcher dem Könige Georg ab, und am 21. Mai schrieb derselbe Bund an König Kasimir und die polnischen Stände, daß nunmehr die Zeit gekommen sei, durch eine energische Hilfe das jagiellonische Thronrecht in Böhmen zur Geltung zu bringen [3]).

Der Reichstag in Piotrkow aber war schon auseinandergegangen, und dieses bequeme Argument mußte wiederum für die auf die Zukunft vertröstende Antwort des Königs Kasimir herhalten. Gegen Ende des Monats Mai empfing er in

1) Archiv česky IV, no. 27, und Tanner, Die Helden von Sternen, S. 359.

2) Vgl. Markgraf in Sybels Hist. Zeitschr., N. F. II, 271.

3) Sommersberg, Script. rer. Sil. II, 86. Dogiel, Cod. dipl. Pol. I, 20, no. 17. 18. — Papée a. a. O. vermutet mit Recht, daß diese Kundgebung des Herrenbundes wohl die „Wahl" ist, von der Dlugoſz XIII, 408 spricht, und die er in Iglau geschehen läßt. Sie ist nirgends sonst bezeugt.

Niepolomice den Bericht seiner römischen Gesandten über die Weigerung des Papstes, den Thorner Frieden ohne die Annahme der böhmischen Krone zu bestätigen, und wenige Tage darauf eine Auseinandersetzung Georg Podiebrads, weshalb derselbe sich genötigt gesehen habe, gegen den Papst an ein Konzil zu appellieren [1]). In der Lage, in der sich der polnische König damals befand, und bei seiner allgemeinen Gesinnung mochte er wohl der Georgschen Idee eines Konzils mehr Sympathie entgegenbringen, als der zudringlichen Schenkung einer Krone durch den Papst und die katholisch-deutschen Rebellen in Böhmen. Aber länger konnte am Ende doch die lediglich aufschiebende Politik nicht getrieben werden; es mußte ein Schritt geschehen. In den ersten Tagen des Juli drängten sich die Bevollmächtigten der katholischen Liga in Krakau. Der Pfarrer Elias von Neuhaus war von Zdenek, der Lizentiat Johann Hoffmann vom Legaten und der Ratsherr Lukas Eisenreich von der Stadt Breslau geschickt. Bald trafen auch im Namen des Papstes der Ketzermeister Fra Gabriele Rangoni aus Verona und Peter Erclens, der Dechant von Aachen, in der polnischen Hauptstadt ein. Aber als alle diese Gesandten doch nur wenig Eindruck zu machen schienen, so machte sich Rudolf von Rüdesheim, der jetzt zum legatus a latere ernannt war, selbst auf den Weg. Am 28. Juli kam er nach Krakau. Die verschiedenen päpstlichen Bullen vom 15. Mai, die er dort empfing [2]), hatten aber am Hofe nicht den gewünschten Erfolg. Dem Könige war es doch als eine Kränkung erschienen, daß die Bestätigung des Thorner Friedens und die Aufhebung der durch den Ordenskrieg verwirkten Zensuren an eine so exorbitante Bedingung geknüpft war. Es war ihm doch bedenklich, daß der Papst sich herausnahm, wie alle anderen Verträge mit Georg, so auch den seinigen von Glogau einfach aufzuheben. Und welche Opfer wurden ihm zugemutet! Was hatte es ihn

1) Palacky, Urk. Beitr., Nr. 396.

2) Bresl. Korresp., Nr. 361 Anm., und Nr. 361—370. Eschenloër, S. 138.

für Kämpfe gekostet, den Klerus zu einer Staatssteuer heranzuziehen, und jetzt sollte der Legat für einen Zweck, den die Polen nicht billigten, den Zehnten ihrer Einkünfte erheben dürfen. Aber mehr noch: welcher König war seines Thrones noch sicher, wenn es erlaubt sein sollte, einen „rite gesalbten und gekrönten König“ abzusetzen? Angesichts solcher Betrachtungen bildete denn doch die von 15 rebellischen Baronen unterstegelte Urkunde der Berufung nach Böhmen ebensowenig ein Gegengewicht, als die überschwenglichen Deklamationen der Kleriker von dem unermeßlichen Verdienst um die Christenheit, einen Ketzer zu züchtigen. Mit dem fest auf die Zukunft gerichteten Ziele im Auge und der dadurch gegebenen Notwendigkeit, die utraquistische Partei in Böhmen, das heißt die große Masse des Volks, sich zu verbinden und die katholischen Verbündeten doch nicht gerade absolut von sich zu stoßen, folgend, war Kasimir entschlossen, das Anerbieten abzulehnen. Zu dem auf den 10. August nach Neustadt-Korczyn eingeladenen, aber angeblich wegen der Pest nach Krakau verlegten kleinpolnischen Landtag ließ Kasimir dieses Mal auch die Großpolen berufen, bei denen er eine lebhaftere Unterstützung seines eigenen Standpunktes voraussetzen durfte. Man beriet hin und her, und endlich gab der König am 28. August den Bescheid: er danke dem Papste und den böhmischen Baronen für die Anerkennung seines Erbrechts an Böhmen. Über die Verfolgung desselben könne er nur durch Vereinbarung mit dem Reichstag und mit den litauischen und russischen Ständen zu einer Entschließung gelangen. Diese kann also vor dem nächsten Jahre nicht mehr erfolgen. Inzwischen aber wolle er eine feierliche Gesandtschaft nach Böhmen schicken, um eine Aussöhnung zwischen Georg und dem Herrenbund zu vermitteln und eine Annäherung des Königs an den Papst anzubahnen. Einstweilen möge daher der Legat die Verkündigung des Interdikts gegen den Böhmenkönig einstellen, damit derselbe keinen gegründeten Widerspruch einwerfen könne.

So sehr die Antwort auf einen Aufschub hinauszukommen schien, die Petenten faßten sie richtig auf, sie sahen in allem

nur das „Nein“. Vielleicht hat das ausgesprochene Wort sie nicht so bestürzt gemacht, als das, was sie sonst in Polen zu sehen und zu hören bekamen. Der Erzbischof von Gnesen selbst nahm es sich nicht übel, von dem ketzerischen Könige Briefe zu empfangen, worin dieser jenen bittet, dafür Sorge zu tragen, daß die in den Solddienst des schlesischen Bundes getretenen Polen durch den König zurückgerufen werden [1]). Triumphierend läßt Georg nach Krakau während der Anwesenheit des Legaten die Kunde von seinen Erfolgen im Felde gegen den Bund gelangen, und es wurde notorisch, daß polnische Ritter dabei auf seiner Seite mit gekämpft haben [2]). An Begehrlichkeit fehlte es den Polen in allen Schichten gar nicht: Ein Mann wie Dlugosz versichert, „er würde ruhiger schlafen, wenn Polen das Bistum Lebus und Schlesien wiedergewänne“, und drückt wohl die Wünsche der polnischen Klerikalen überhaupt aus. Die überwiegende nationale Partei aber träumte von weiten Erwerbungen: Schlesien, die Lausitz, Böhmen, warum nicht auch die Marken? Ungarn, ja selbst Österreich — alles was mit dem Erbrecht der aus luxemburgischem Stamm entsprossenen Königin Elisabeth angesprochen werden konnte, schwebte den von ihren Erfolgen in Preußen trunkenen Nationalpatrioten vor Augen. Aber alles dies wünschten sich diese auf Grund einer neuen Ordnung der Dinge, nicht aus dem Nachlaß päpstlicher Verurteilungen. Dem Legaten mußte bange werden vor dem, was er selbst entfesselt hatte, er entsetzte sich über die Beobachtung, daß durch die Union Böhmens mit Polen „die Ketzerei zur Schwachheit der Christenheit nur gesteigert werden würde“; er sah mit einem Male, vielleicht zu schwarz malend, daß „Herren, Ritter und Klerus von der Ketzerei vergiftet wären, und daß der zweite Lotterpfaffe in Böhmen polnischer Herkunft sei“ [3]). Jetzt war auch der Legat nicht mehr darüber im Zweifel, daß „König Kasimir mit beiden streitenden Teilen gute Freundschaft

1) Fontes rer. Austr. XX. Urk. Beitr., Nr. 406. 407.
2) Urk. Beitr., Nr. 418.
3) Eschenloër, ed. Markgraf, S. 148.

halte, um entweder beim Tode Georgs, oder bei einer notgedrungenen Cession desselben die böhmische Krone für seinen Sohn zu erlangen". Er gab es daher auf, die Kandidatur Polens weiter zu unterstützen, und sah sich nach einem anderen Fürsten für die Rolle des Exekutors der päpstlichen Dekrete um. Während seine Gehilfen Fra Gabriele Rangoni und Peter Erclens schnurstracks von Krakau nach Ofen zum Könige Matthias Corvinus sich begaben, kehrte Rudolf verdrossen nach Breslau zurück, um die böhmische Krone von päpstlichen Gnaden dem Kurfürsten Friedrich von Brandenburg anzubieten [1]).

Da der Krieg der Bündischen gegen Georg bis dahin, beide Teile in gleicher Weise erschöpfend und das Land aufreibend, entscheidungslos fortgetobt hatte, so fand die Idee des polnischen Königs, einen Waffenstillstand zu vermitteln, selbst bei denjenigen Beifall, die ihm darüber grollten, daß er sich nicht selbst in diesen Kampf stürzen wollte. Der Legat hatte schon im Juli 1467 seufzend erklärt, daß er nie in den Krieg gewilligt hätte, wenn er die Schwäche der Katholiken besser gekannt hätte. Der Bischof Jost von Breslau, ein Herr von Rosenberg seiner Geburt nach, hatte ihm diese Schwäche wohl verraten, aber der Legat wollte in seinem fanatischen Eifer nicht daran glauben. Als der letztere jetzt schmerzerfüllt von Krakau zurückkehrte, mußte er vernehmen, daß der Breslauer Bischof und die beiden Herren Johann und Ulrich Zajič von Hasenburg mit Georg einen förmlichen Frieden geschlossen hätten [2]). Freilich hatten die Bündischen auch den Herrn Johann von Rosenberg, der auf des Königs Seite stand, zur Niederlegung der Waffen gezwungen, aber derselbe hatte sich doch vorbehalten, den König nicht zu verlassen und keineswegs dem Herrenbunde beizutreten [3]). Aber dieser Gewinn wie jener Verlust ließen die Zuversicht auf den Bestand und die Widerstandskraft des Bundes doch in

1) Rudolfs Schreiben an den Kurfürsten vom 6. Februar 1468, bei Riedel, Cod. dipl. Brandenb. III, 1, 455.

2) Eschenloër, p. 142—144. Archiv Česky IV, 147.

3) Palacky, Geschichte Böhmens IV. 2, 477.

einem üblen Maße erscheinen, und umsomehr gewann die polnische Politik Aussicht auf Erfolg.

Am 20. Oktober 1467 hatte die polnische Gesandtschaft bereits die erste Audienz vor König Georg. Stanislaw Ostrorog, der Palatin von Kalisch, Jacob von Dębno, der Starost von Krakau und Jan Długosz, der Domherr von Krakau, der Erzieher der königlichen Prinzen, an welche alle Parteien bei diesen Händeln dachten, waren von Kasimir zur Führung dieser Angelegenheit ausersehen. Da vermutlich Długosz der Sprecher war, so darf man sich nicht wundern, daß die erste offizielle Rede eine stark papistische Färbung trug. Ihr Antrag ging auf einen Waffenstillstand aus. König Georg erläuterte seinen Standpunkt mit großer Würde. Er hielt die einzelnen Faktoren der ihn bekämpfenden Parteien scharf auseinander; dem Papste wolle er Rede stehen, wenn man ihm dazu Gelegenheit böte, seine Differenzen mit dem Herrenbunde wolle er der Entscheidung des polnischen Königs unterbreiten, obwohl er das Unwürdige, heimische Streitigkeiten vor Fremden zu behandeln, recht wohl empfände. Das Zugeständnis eines Waffenstillstands aber bedingte er durch die Auslieferung der damals belagerten Feste Konopišt. Der Herrenbund dagegen war doch nicht mehr geneigt, das Schiedsrichteramt des Königs von Polen ohne weiteres zu acceptieren. In den Verhandlungen, welche die polnischen Vermittler mit Zdenek von Sternberg in Iglau darüber führten, zeigte sich kein merkliches Entgegenkommen der Herren. Sie wünschten nur einen kurzen Waffenstillstand, um mittlerweile zu Brieg in Schlesien eine freie Beratung aller Bündischen abhalten zu können. Auch darein willigte König Georg, aber begrenzte dafür, da der Bund das polnische Schiedsgericht nicht bald acceptierte, den Waffenstillstand auf noch kürzere Zeit. Am 19. November wurde endlich die Waffenruhe bis zum 25. Januar 1468 von beiden Teilen angenommen, und über die beiden damals belagerten Festungen, Konopišt in Böhmen und Hoyerswerda in der Lausitz, ein Abkommen zur vorläufigen Belassung derselben in statu quo getroffen. Die

Hauptsache aber war der Tag zu Brieg [1]). Daß Georg diesen Punkt gewährt hatte, zeigt jedenfalls, daß ihm viel daran lag, das Schiedsrichteramt des polnischen Königs von dem Herrenbunde angenommen zu sehen. Allein sowohl der König, als die polnischen Delegierten, welche sofort selbst nach Brieg geeilt waren, schienen doch die Stimmung der Aufstandsführer zu unterschätzen. Schon darin lag eine Verschiebung des eigentlichen Zwecks der Tagsatzung, daß sie nach dem von den fanatischsten Einflüssen erfüllten Breslau verlegt wurde, und noch verhängnisvoller war's für dieselbe, daß der allzeit mäßigende Bischof Jost von Breslau am 13. Dezember gestorben war. Alle Häupter des Aufstandes waren in Breslau zusammengekommen und verhandelten unter dem Vorsitz des Legaten bei verschlossenen Thüren. Wenn vordem die Schwäche des Aufstands noch in der Verschiedenheit der Richtungen bestand, insofern der Herrenbund andere Ziele als der Legat, und dieser noch andere als die Städte, die schlesischen Herzöge und die Mährer im Auge hatten, so hatten sie in dieser Breslauer Zusammenkunft die sammelnden Gesichtspunkte gefunden. Von diesem Tage zu Breslau an kann erst eigentlich von einer katholischen Liga im vollen Sinne des Wortes gesprochen werden. Die politischen und lokalen Anliegen traten völlig zurück vor dem spezifisch-katholischen Charakter. Auch der Herrenbund wurde jetzt nur ein Werkzeug des Papstes, des Legaten, und Zdeněk von Sternberg trat nun nicht mehr auf als Verteidiger der Landesfreiheit, sondern als „Hauptmann aus päpstlicher Ernennung".

Damit hatte die Breslauer Tagesatzung einen ganz anderen Verlauf genommen, als König Georg und die polnischen Gesandten vorausgesetzt hatten. Von der Annahme des polnischen Schiedsgerichts war hier wenig die Rede. In den Eröffnungen

1) Fontes rer. Austr. XX. Urk. Beitr., Nr. 426. 428. Zwei auf diesen Tag bezügliche Briefe mit den Siegeln der Gesandten (auch Dłu-gosz's) sind neuerdings auf dem Boden des Breslauer Rathauses gefunden worden.

des von Ungarn mit ermutigenden Aussichten zurückgekehrten Fra Gabriele an die Polen, die in Breslau der Entscheidung harrten, war der scharfe Ton des Ketzermeisters vorherrschend. Der König von Polen solle nicht in Dingen ein Schiedsamt annehmen wollen, die doch rein kirchlicher Natur wären. Besser thäte er, wenn er seinen Sohn mit tausend Reitern nach Breslau schicken und durch den Legaten zum böhmischen König krönen ließe. Die ganze Antwort der katholischen Liga war mehr darauf berechnet, eine schneidende Manifestation gegen den Böhmenkönig abzugeben, als den polnischen Gesandten Bescheid zu erteilen, die übrigens, wie es scheint, in den etwas verwickelten Verhältnissen sich nicht zurechtfanden. Jakob von Dębno geriet über die „widerwärtige" Antwort der Ligisten in „einen großen Zorn" [1]), aber gleichwohl ließ sich die Gesandtschaft doch dazu gebrauchen, die Verhandlungen mit Georg wegen Verlängerung des Waffenstillstands fortzuführen. Obwohl auch dieser in einen „großen Zorn" über die Vorgänge in Breslau ausgebrochen war und sich einer ergrimmten Redeweise bediente, die von seiner sonstigen Mäßigung und staatsmännischen Haltung sehr abwich, so meinte er doch in eine Ausdehnung des Waffenstillstands bis zum Himmelfahrtstage (26. Mai) aus Rücksicht auf den König von Polen willigen zu sollen. Polen war der einzige Staat, in dem wider ihn kein Kreuzzug gepredigt wurde, aus dem ihm vielmehr Mannschaften in immer zahlreicheren Rotten zuströmten. Er durfte diesen einen Verbündeten, der ihm aus seinen guten Tagen noch geblieben war, nicht von sich abwenden und in das Lager der verlockenden Liga treiben. Kaum kann man zweifeln, daß Georg damals bereits die eigentlichen Ziele der polnischen Politik durchschaute, aber immerhin lag in ihr doch mehr Rücksicht auf ihn und seine Stellung, als irgend eine andere Macht in jenen Tagen auf ihn nahm. Georg hatte doch anzuerkennen, daß König Kasimir in einer Zeit, in welcher er der Gunst des Papstes nach manchen Seiten hin dringend bedurfte, dennoch

1) Eschenloër, ed. Kunisch II, 208 f.

seinen Einladungen zu widerstehen, ja selbst seinem Zorne zu trotzen wagte. Die polnischen Gesandten verlangten ja auch nur einen auf das Kronland Böhmen beschränkten Stillstand. Es blieb ihm dann noch immer die Möglichkeit, inzwischen irgend einen seiner zahlreichen Feinde in die Schranken zu fordern. So kam es, daß, als die polnischen Gesandten in den Tagen des Februar wieder in Krakau eintrafen, sie wenigstens einen Waffenstillstand zwischen Georg und der Liga bis zum Himmelfahrtstage als Ergebnis ihrer Bemühungen aufweisen konnten [1]).

Dem Anscheine nach könnte man finden, daß die polnischen Vermittler doch gar zu sehr gegenüber der gebotenen Unparteilichkeit im Interesse der katholischen Liga gearbeitet hätten. Denn für sie, die noch in der Organisation begriffen war, lag ein größerer Vorteil in dem Zeitgewinn, als für Georg. In Wirklichkeit war es nicht so. Denn auch dem Könige war der Stillstand im Kronlande ein beträchtlicher Vorzug, insofern ihm dadurch die Arme frei wurden, gegen seine Feinde außerhalb desselben. Niemandem aber grollte er mehr, als dem Kaiser, dem er, trotzdem derselbe im August 1467 für einen Aufschub des Prozesses gegen Georg beim Papste sich verwendet hatte, die Hauptschuld an allen seinen Widerwärtigkeiten zuschrieb. Ungerechtfertigt war dieses Mißtrauen keineswegs, denn Friedrich intrigierte mit dem Papste wegen der Neubesetzung des böhmischen Thrones, als ob er eben schon definitiv erledigt wäre. Nur darin stimmte Friedrich mit dem Papste nicht überein, daß der König von Polen oder dessen Sohn in Aussicht genommen werden sollte. Abgesehen von der schon seit Jahren bestehenden Abneigung Friedrichs gegen Kasimir, erwog er in richtig gefühltem deutschem Interesse, daß der Pole dann Kurfürst im deutschen Reiche werden und mit dem Rückhalt einer so großartigen Hausmacht das entschiedenste Übergewicht in demselben

1) Die Urkunden über den Gang der polnischen Vermittelung bei Eschenloër, ed. Markgraf, S. 148—176. Urkundl. Beiträge in Fontes rer. Austr. XX, no. 426. 428. 431. 432. 433. 434. 436. Arch. Český IV, 147—163.

gewinnen würde. Darum hatte er mit Karl dem Kühnen von Burgund angeknüpft, um in ihm einen Gegenkandidaten gegen Polen zu gewinnen. Er warnte die katholische Liga, als diese auf dem Breslauer Tage noch immer einige Hoffnungen auf Polen zu setzen schien. Kurz überall begegneten die Polen der Feindseligkeit des Kaisers, und es mußte sie daher mit Genugthuung erfüllen, daß König Georg eben in den Tagen, da die polnischen Gesandten an dem Waffenstillstande im böhmischen Kronlande arbeiteten, durch seinen Sohn Viktorin dem Kaiser den Krieg ankündigte [1]). Man wird nicht unrichtig schließen, wenn man der polnischen Gesandtschaft einen gewissen interessierten Anteil an diesem Entschlusse beimißt. Denn auch das lag wohl den Polen am Herzen, daß sich die Verlegenheiten des böhmischen Königs nicht allzusehr verminderten, und seine Hilfsbedürftigkeit ihm fortwährend die Freundschaft Polens wertvoll machte.

Die Lage schien also im ganzen den Aussichten der Polen zu entsprechen. Sie standen mit Georg und der utraquistischen Partei in Böhmen auf gutem Fuße, mit dem Herrenbund und der katholischen Liga nicht gerade auf schlechtem. Hatte doch eine außerordentliche polnische Gesandtschaft des Erzbischofs von Gnesen nach Breslau nicht wenig dazu beigetragen, daß der Legat Rudolf von Rüdesheim zum Bischof von Breslau erkoren wurde [2]). Die Polen glaubten also in keiner Weise mit ihm gebrochen zu haben. Auch von dem Papste meinte Kasimir noch eine Billigung seiner Gesichtspunkte und seines Verfahrens erlangen zu können, denn er schickte jetzt nach der Vermittelung in Böhmen den Jan Zapieński nach Rom mit der Bitte um Bestätigung des Thorner Friedens, um Beseitigung der verwirkten Zensuren und um Bestätigung des Vincenz Kielbassa als Bischof von Ermland. Er wußte wohl nicht, daß zu gleicher Zeit eine Denunziation der katholischen Liga wider ihn in Rom eingelaufen war, die ihn, weil er nicht einfach sich an die Spitze

2) Bresl. Korresp., Nr. 380. 381.

1) Bresl. Korresp., Nr. 385. Eschenloër, ed. Markgraf, S. 176. Damit werden die Schlüsse, die Zeißberg, Poln. Geschichtschreibung, S. 241, daraus zieht, hinfällig.

der Aufständischen sofort stellen wollte, als unwert der päpstlichen Gunst bezeichnete und sogar der aktiven Unterstützung des Ketzerkönigs anklagte [1]). Und jenen Waffenstillstand, den er sich zum Verdienste anschrieb, stellte die Liga als ein unerwünschtes Hindernis für den schon in vollem Zuge gewesenen Kreuzzug dar. Kein Wunder, wenn der Papst bei der Versagung der Bestätigung des Thorner Friedens blieb und den Culmer Bischof nicht nach Ermland versetzte, aber die böhmische Krone hielt er dem Polenkönige immer noch vor Augen [2]). Keine der eingefädelten Kandidaturen hatte sich entwickelungsfähig gezeigt. Weder Karl der Kühne, noch der Kurfürst Friedrich von Brandenburg, noch irgend ein anderer deutscher Fürst hatte Lust, das Abenteuer zu bestehen. Um so größere Bestürzung aber mußte am polnischen Hofe die Nachricht erregen, daß der König von Ungarn, Matthias Corvinus, sich bereit erklärt hätte, der katholischen Liga sich zur Verfügung zu stellen. Das war ein Mitbewerber, der die äußersten Besorgnisse für Polen zu erwecken imstande war, nicht bloß, indem er die Pläne auf Böhmen beseitigte, sondern auch, weil jeder Zuwachs von Macht in den Händen des verwegenen Emporkömmlings dem Polenreiche selbst gefährlich werden konnte.

Zweites Kapitel.

Des Matthias Corvinus Bewerbung.

Noch passiver als Böhmen gegenüber hatte sich Kasimir seit dem Tode seines Schwagers Ladislaus gegen Ungarn verhalten. Auch in Ungarn hatte er, wie wir bereits wissen,

1) Eschenloër, ed. Markgraf, S. 175—176.
2) Bresl. Korresp., Nr. 386.

seiner Zeit seine Erbansprüche anmelden lassen und war dabei vom Kaiser Friedrich unterstützt worden, der die polnische Werbung allerdings nur als Hebel seiner eigenen geheimen Wünsche ansah. Ein Anhang im ungarischen Volke, der, wenn auch nur in zweiter und dritter Linie ins Gewicht gefallen wäre, bildete sich nicht, und über die Kandidatur der Jagiellonіden würde sehr bald kein Wort mehr gesprochen worden sein, wenn nicht der Kondottiere Giskra von Brandeis aus eigennützigen Absichten eine Zeit lang in seinem Kampfe gegen die ungarische Nationalpartei sich des polnischen Namens bedient hätte, um ihr und dem von ihr auf den Schild gehobenen Matthias Corvinus einen wirksamen Widerstand entgegensetzen zu können. Wir wissen, wie wenig nachhaltigen Anklang seine Versuche in Polen, durch eine rasche Beendigung des preußischen Krieges den polnischen Ehrgeiz auf Ungarn zu lenken, gefunden haben. Am Ende wurde auch Giskra sehr bald der getreue und nicht gering anzuschlagende Unterthan des kühn und glücklich aufstrebenden Matthias. Mit schmollendem Unwillen acceptierte man am polnischen Hofe die in Ungarn vollendeten Thatsachen, an denen etwas zu ändern doch außerhalb seiner Macht lag. Man hört nicht, daß der Emporkömmling Veranstaltungen traf, die Anerkennung durch Polen zu erzwingen. Die Polen beschwerten sich wiederholt über Räubereien und Verheerungen, die namentlich durch Emerich Zápolya in dem Gebiete der Zips vorkamen, und nicht minder klagte wiederum Matthias darüber, daß die aus Ungarn verdrängten böhmischen Freibeuter, die „Zebraken“ sich in Neumarkt (Nowy targ) unter polnischem Schutze ansammeln und Streifzüge nach Ungarn machen durften. Diesem Unwesen, das jahrelang zur Plage des Landes bestand, entschloß sich aber König Matthias mit Entschiedenheit zu steuern. Sein Obergespan Emerich Zápolya und dessen Bruder Stefan brachen in das polnische Gebiet ein und nahmen schwere Rache an den Räubern. In Krakau besorgte man, daß diese Händel eine größere Ausdehnung annehmen könnten, und leitete Verhandlungen ein. Matthias führte dieselben von Altsohl aus, aber der Austrag wurde einer späteren Zusammenkunft

in Bartfeld vorbehalten. Ob aber mit Polen jemals über einen ausdrücklichen Verzicht auf die ungarische Krone verhandelt worden ist, wie es von Böhmen geschehen war, das ist uns nicht überliefert. Es scheint nicht, daß König Matthias darauf den Wert legte, wie Georg. Er ließ es sich gefallen, daß der König von Böhmen in seinen Luftgebilden eines byzantinischen Kaisertums von einer polnisch-ungarischen Koalition als wesentlicher Bedingung ausging, aber zu dieser Koalition fehlte so gut wie alles. Selten haben sich die beiden Reiche kühler, man kann sagen gleichgültiger gegenüber gestanden, als in den ersten acht Jahren der Regierung des Königs Matthias.

Den ersten wirklichen Konflikt veranlaßte das zu allen Zeiten unklar gebliebene Verhältnis der Moldau zu den beiden Staaten. Für ein so prekäres Land, wie die den Tataren und Türken leicht ausgesetzte Moldau, waren die Bestimmungen des Iglauer Vertrages von 1412, auf denen ihre staatsrechtliche Lage beruhte, zu künstlich, um sachlich durchgeführt werden zu können. Übrigens hatten die unaufhörlichen Thronstreitigkeiten, die wir oben (Teil IV., 474—480) geschildert haben, die Rechtsfrage überhaupt nicht aufkommen lassen. Es hatte sich gezeigt, daß, soweit überhaupt von einem Einfluß auf dieselben die Rede sein konnte, Polen ihn ohne Einspruch Ungarns ausgeübt hat. Zuletzt hatte Peter, der schon oft verdrängt gewesene Prätendent, sich in der Moldau (1455) zur Herrschaft aufgeschwungen und durch einen sehr devoten Vertrag mit Polen vom 26. Juni 1456 [1]) sich zu befestigen versucht. Ausdrücklich hatte er versprochen, keiner anderen Macht, d. h. vor allem nicht Ungarn, zu huldigen, zum preußischen Kriege 400 Lanzenreiter und 400 Ochsen zu stellen und sowohl in der Ordnung der familiären Beziehungen behufs Legitimierung seiner Herrschaft als auch in den auswärtigen Angelegenheiten sich an die Weisungen zu halten, die ihm vom Könige von Polen gegeben werden würden. Daß er gleichwohl bald darauf dem Sultan Mohamed einen Tribut von 2000 Dukaten anbot, um sich vor den Türken

1) Dogiel, Cod. dipl. I, 602.

Ruhe zu schaffen, ist wohl nicht gegen den Willen des Königs geschehen [1]). Aber seine Regierung hatte überhaupt keinen Bestand. Schon zwei Jahre darnach, 1458, wurde er von Stefan Bogdanowicz verdrängt. Peter suchte in Polen Schutz, und Stefan verlangte seine Auslieferung. Als diese nicht erfolgte, ließ der ergrimmte Wojewode in Podolien und in den russischen Provinzen plündern, und da die Polen im Norden mit allen Kräften in Anspruch genommen, besorgen mußten, daß sich Stefan dem eben neu gewählten Ungarkönige in die Arme werfen werde, so beeilten sie sich durch eine „Konvention" (vom 4. April 1459) [2]) mit ihm auf einen leidlich guten Stand zu gelangen. Peter sollte in Polen fern von den Grenzen interniert bleiben. Durch eine Reihe von Verträgen, von denen sich aus dem Jahre 1462 die ausdrückliche Huldigung und der Gegeneid Kasimirs erhalten haben [3]), sowie durch eine lebhafte katholische Propaganda mittels der Minoriten, die selbst zu der Absicht des Papstes Pius II., die lateinischen Bistümer zu vermehren, Veranlassung gab [4]), suchte Polen den tüchtigen und unternehmungslustigen Wojewoden an sich zu fesseln. Aber auch Stefan ging inbezug auf die Türken die Wege seines Nebenbuhlers Peter. Auch er suchte durch einen Tribut ihre Gunst zu gewinnen, und wenn es ihm auch mißlang, worauf ursprünglich sein Wunsch gerichtet war, den Wojewoden Radul aus der Walachei zu verdrängen, so glückte es ihm doch, die Festungen an der unteren Donau, das für den Handel so wichtige Kilia und bald darauf auch Bielogrod (Akierman) zu gewinnen. Alle diese Unternehmungen waren aber gegen Ungarn gerichtet, denn Radul war ein Schützling und Vasall Ungarns, und in Kilia und Bielogrod waren ungarische Besatzungen herausgeschlagen worden. Eine böse Rechnung häufte sich daher für Stefan bei Matthias Corvinus auf, und insofern alle diese Unternehmungen nicht ohne Ermutigung seitens der Polen

1) Urk. im Inventarium dipl., p. 139.
2) Dogiel, Cod. dipl. I, 602.
3) Daselbst, und Inventarim, l. c.
4) Kaprinai Hung. dipl. II, 506.

erfolgt waren, so fiel eine nicht geringe Last derselben auch auf die polnische Seite.

Eine Reihe von Umständen traf zusammen, um Matthias endlich zur Rache aufzustacheln. In Siebenbürgen war 1467 unter Führung des Königrichters der sächsischen Universität Benedikt Roth (Veres) ein Aufstand ausgebrochen, der bald durch den Beitritt der Szekler, der Walachen und anderer Mißvergnügten eine bedrohliche Ausdehnung erlangte. Schon war sogar der Vaida von Siebenbürgen, ein Graf von Pösing und St. Georgen, zum Gegenkönig ausgerufen worden. Stefan von der Moldau hatte dem Aufruhr um so bereitwilliger seine Unterstützung geliehen, als er erfahren, daß sein Nebenbuhler Peter sich aus Polen nach Siebenbürgen unter ungarischen Schutz geflüchtet hatte. Matthias mußte eilen, um das Unheil nicht um sich greifen zu lassen. Mit starker Hand warf er im Herbst 1467 den Aufstand nieder, und es war charakteristisch, daß die Rädelsführer, wie Benedikt Roth, Ladislaus Suky u. a. in Polen und in der Moldau Rettung suchten. Trotz der späten Jahreszeit, denn der November war schon herangekommen, drang Matthias, der, je mehr seine Gedanken jetzt auf eine großartige Unternehmung im Westen gerichtet waren, im Osten gründlich aufräumen wollte, mit seinem Heere in die Moldau ein. Sein Ziel war Suczawa, die Hauptstadt. Weder die Verhaue in den Pässen, noch die Unterhandlungsversuche Stefans hielten ihn auf. Die Städte Bacow, Roman und Njemtzu gingen in Flammen auf, aber in Baja, das die Ungarn schon besetzt hatten, kam es zu einem mörderischen Treffen, in welchem die Ungarn schwere Verluste erlitten, und Matthias selbst durch einen Lanzensplitter eine Wunde erhielt, an der er noch mehrere Jahre zu leiden hatte. Beide Teile schrieben sich den Sieg zu [1]). Daß die durch die Ungarn erbeuteten Fahnen und Feldzeichen nach Ofen in die Marienkirche gebracht wurden, hat nichts Auffälliges, wohl aber verdient es als bezeichnend

1) König Georg beglückwünscht Matthias wegen seines „Sieges" und bedauerte seine Verwundung. Teleki, Hunyad. Kora XI, 306.

hervorgehoben zu werden, daß die Fahnen und Feldzeichen, welche die Moldauer den Ungarn abgenommen hatten, nach Wilno zum König Kasimir geschickt worden sind. Der ganze Sinn des Krieges wird dadurch auf eine eigene Weise beleuchtet. Der Winter und die Verluste zwangen die Ungarn, den Feldzug aufzugeben. Als aber Stefan von neuen in Siebenbürgen betriebenen Rüstungen hörte, soll er — das machte ihm keine Skrupel — auch dem Könige von Ungarn gegenüber sich als Vasall und Unterthan im Anfange des Jahres 1468 eingeschworen haben. Vermutlich ist dies der Grund, warum Stefan, als die Polen voll Unwillen gegen Ende desselben Jahres das persönliche Erscheinen des Wojewoden behufs Erneuerung der Huldigung forderten, nur durch Vertreter die Eidesleistung bewirken ließ. Wir besitzen noch die Urkunden über wiederholte Treugelöbnisse Stefans an die polnische Krone, und man begreift daher den Groll der Polen gegen Matthias, der diesen Vasall nicht aufhörte als den seinigen zu betrachten.

Lag schon in diesen Verhältnissen eine Ursache des Zwiespalts zwischen Polen und Ungarn, so sollte derselbe durch den Wettbewerb um die böhmische Krone nur noch klaffender werden.

Wie schon oben erzählt wurde, hatten sich die beiden Gehilfen des Legaten, Fra Gabriele. Rangoni und Peter von Erclens, unverzüglich, nachdem ihnen in Krakau im September 1467 ein abschläglicher Bescheid zuteil geworden war, nach Ungarn begeben, um dort ihr Anliegen anzubringen. Da sich Matthias damals in Siebenbürgen befand, im Begriffe den Feldzug gegen die Moldau zu unternehmen, so dürften die Sendboten ihn selbst nicht einmal gesprochen haben. Aber die Verhandlungen mit ihm waren ja bereits längst im Gang. Schon im Jahre 1466 hatte er sich dem Papste gegenüber bereit erklärt, sein Schwert mit gleichem Eifer wie gegen die Türken so gegen die „Ketzer in Böhmen" zu ziehen [1]). Von

1) Riebel, Cod. dipl. Brand. III. 1, 405. Es ist auch bemerkenswert, daß er dem Papste am 10. November 1466 eine von ihm selbst vidimierte Abschrift des Protokolls über den von Georg 1458 geleisteten Eid einsandte. Theiner, Mon. Hung. II, 405, no. 580.

einem Fürsten, der durch seine Vorpostenstellung gegenüber der Türkengefahr auf die engste Verbindung mit dem Oberhaupte der Christenheit, das allein noch die Abwehr der Asiaten mit ernstem Eifer betrieb, ganz vornehmlich angewiesen war, konnte kaum etwas anderes vorausgesetzt werden. Aber grade, weil Matthias eine andere Mission im Interesse der Christenheit zu erfüllen hatte, war man in Rom anfänglich nicht sehr geneigt, ihn diesem Berufe zu entziehen. Je mehr sich indes der Verfolgungsgeist gegen den ketzerischen König verschärfte, und je mehr sich alle anderen Züchtigungsorgane, auf die man gehofft, versagten, desto entschiedener war man, lieber die Türken eine Weile an den Grenzen Europas unangefochten, als die dissidentischen Christen im Innern desselben ungestraft zu lassen. Was aber sollte der Preis sein? Die böhmische Krone? Wir finden nicht, daß davon gesprochen wurde. Wie hätte man auch von Rom aus und vonseiten der katholischen Liga die Krone, wegen welcher man noch mit Polen, das diese Anwartschaft nimmer aufgeben wollte, in Verhandlung stand, mit Erfolg anbieten können. Matthias war doch auch ein kluger Rechner. Er sagte sich so gut wie Kasimir, daß dieser Papst und diese Katholiken gar nicht die Faktoren sind, die eine dauernde Herrschaft in Böhmen zu gewährleisten imstande sind, zumal alsdann auch mit Polen noch die Rechnung zu machen sein würde. Sein Flug ging höher. Er träumte von einer Stellung, wie sie sein Vorgänger König Sigismund eingenommen, wie dieser wollte er römischer König werden. Dazu aber bedurfte er des Kaisers, und es kam nur darauf an, dem seit 1463 bestehenden inhaltsleeren Freundschaftsverhältnis zwischen Friedrich und Matthias einen positiven Inhalt zu geben. Hatte man in Prag auch nur eine Ahnung von solchen Projekten, dann war es doppelt unüberlegt, daß der Prinz Viktorin im Januar 1468 den Oesterreicher, beleidigenderweise nur eben in dieser Eigenschaft nicht als Kaiser, mit Krieg überzog [1]). Denn

1) Müller, Reichstagstheatrum II, 313ff. Lünig, Cod. Germ. dipl. I, 458. Eschenloër, ed. Kunisch II, 110ff.

damit war Friedrich ganz in die Arme des ehrgeizigen Ungarkönigs getrieben. Die Verbindung war bald geknüpft, und die Einladung der katholischen Liga, sich ihrer gegen den Ketzerkönig anzunehmen, setzte das Siegel darauf. Obgleich der Entschluß des Königs in Ungarn so wenig Beifall fand, daß der dortige Reichstag ein Aufgebot der Banderien versagte, und obwohl es wenig wahrscheinlich war, daß sich die Türken zu den sofort durch Giskra von Brandeis eingeleiteten Verhandlungen über einen Waffenstillstand herbeilassen werden, glaubte Matthias sich nicht beirren lassen zu dürfen. Da der Papst Geld versprach, so ließ sich allenfalls der notwendige und, wie es schien, nicht lange notwendige Krieg auch mit „Zebraken", den damals jederzeit käuflichen Söldnern, führen. Großer Jubel herrschte im katholischen Lager, als des Ungarkönigs Absage im Anfange des April bei Viktorin eintraf, und ein Manifest vom 8. April der Welt verkündete, daß der lange gesuchte „Beschützer der Katholiken" in Matthias erstanden sei [1]).

Aber Polen? Die Spannung zwischen Polen und Ungarn hatte ohnehin schon einen hohen Grad erreicht. Die Expedition des Matthias nach der Moldau hatte bei den polnischen Prälaten und Herren den tiefsten Unwillen erregt. Mit ernsten Worten beschwerten sie sich in einem Schreiben an den König von Ungarn vom 16. März sowohl über das eigenmächtige Eingreifen desselben in polnisches Lehnsgebiet, als auch über vorgekommene arge Verheerungen in der Zips, bei denen namentlich die Feste Leibnicz schwer gelitten hatte [2]). Nichtsdestoweniger glaubten die Diplomaten der katholischen Liga eine Kombination ermittelt zu haben, welche auch Polen mit den entworfenen Plänen aussöhnen und zur Mitwirkung verlocken sollte. Unmittelbar nach der Absage des Ungarn an Böhmen erschien der Bischof Protas von Olmütz in Krakau vor dem eben erst aus Litauen zurückkehrenden polnischen Königspaare,

1) Teleki, Hunyad. Kora XI, 327—342. Katona, Hist. crit. XV, a. a. 1468. Bresl. Korresp., Nr. 390 A und B.

2) Cod. epist. saec. XV, 241, no. 214.

um demselben die bezüglichen Eröffnungen zu machen. Die öffentliche Darlegung der Gesichtspunkte Ungarns nahm selbstverständlich lediglich das kirchliche Interesse zum Vorwand. Der Bischof ließ dabei durchfühlen, daß zunächst bei der Wiederherstellung der kirchlichen Ordnung definitive Entscheidungen über die Verteilung der böhmischen Beute nicht getroffen seien, daß also damit den polnischen Aussichten auf eine Erwerbung des Thrones für den Prinzen Wladyslaw kein Abbruch geschehe. Protas legte sogar einen „offenen Brief" des Königs Matthias vor [1]), worin derselbe in seinem und der Liga Namen ausdrücklich erklärt, daß seine Einmischung in die böhmischen Angelegenheiten in keiner Weise „präjudicierlich" für die polnischen Ansprüche sein sollte. Aber noch weitere, dem ausschweifendsten Ehrgeize der Polen schmeichelnde Perspektiven eröffnete der Bischof in einer geheimen Konferenz, in welcher er eine Tripelallianz gegen Böhmen auf eine Verheiratung der ältesten polnischen Prinzessin Hedwig mit dem Könige Matthias und der jüngeren Prinzessin Sophie mit Maximilian dem Kaisersohne gegründet, zum Vorschlag brachte. Ob das wirklich auf einer von Matthias und Friedrich erteilten Instruktion beruhte, oder nur ein Phantasiegemälde des Bischofs Protas von Olmütz war, muß dahin gestellt bleiben. Wahrscheinlicher ist das letztere, und es entspricht ganz dem Charakter der katholischen Liga, daß der eine ihrer Wortführer, Rudolf von Rüdesheim, beim Kurfürsten von Brandenburg den unersättlichen Ehrgeiz der Polen, der selbst auf die Erwerbung Österreichs ausginge, denunziert, während der andere, Protas von Olmütz, fast zur selben Zeit einen solchen Wunsch zu erregen und zu stacheln sucht. Ebenso zweifelvoll aber bleiben wir inbetreff der vom König Kasimir gegebenen Antwort. Nach dem Berichte des polnischen Klerikers, der neben dem Ketzer Georg niemand so sehr haßte, als den König Matthias, soll der König ziemlich schroff auf die vielfachen Verletzungen des freundnachbarlichen Verhältnisses zwischen

1) Dies ruft Kasimir 1471 dem Protas in die Erinnerung. Cod. epist. saec. XV, 255, no. 221.

Polen und Ungarn hingewiesen, sein durch keinerlei Zwischenfälle erschütterliches Anrecht auf die böhmische Krone kraft der Erbansprüche seiner Gemahlin betont, und im übrigen inbezug auf die Heiratsprojekte das Wort fallen gelassen haben, „er könne sich keinen Eidam wünschen, der notorisch sein Feind wäre". Darnach würde man allerdings begreifen, daß Protas „bestürzt" [1]) aus Polen weggegangen sei, aber doch weniger verstehen, wie der Bischof von Olmütz nach einem derartigen Bescheide noch bis in den Mai hinein in Krakau bleiben und am 8. Mai sogar der Taufe des neugeborenen polnischen Prinzen, welcher den unter solchen Verhältnissen besonders charakteristischen Namen seines Großohms, des Kaisers Friedrich erhielt, als Pate beiwohnen konnte. Mit diesen letzteren Umständen will es vielmehr übereinstimmen, was der Breslauer Stadtchronist verzeichnet [2]), daß die Heiratsvorschläge des Bischofs solchen Eindruck gemacht hätten, daß Protas mit einem Porträt der dem Matthias zugedachten Prinzessin Krakau verlassen habe, und darnach würde es auch erklärlich sein, wie der Erfolg der Mission des Bischofs dem Könige Matthias „gewaltig wohl gefallen konnte" [3]).

Beide Quellen, die hier einander gegenübergestellt wurden, stimmen in dem einen Punkte überein, daß König Kasimir seiner Gewohnheit gemäß eine entscheidende Entschließung erst für eine spätere Zeit in Aussicht stellte. Man beurteilte übrigens im Lager des Matthias die Sachlage nicht unrichtig, wenn „man sich dort auf den König von Polen nur mäßige Hoffnungen machte, da er arm und dem Böhmenkönig auf Lebenszeit verpflichtet wäre" [4]). Auch in den wenigen Äußerungen des Bischofs

1) „molestus", sagt Dlugosz XIII, 423.

2) Eschenloër, ed. Markgraf, S. 182. Damit ist die Angabe im deutschen Eschenloër II, 126: „Die Polen achteten diesen Mathiam samb ungleich u. untagentlich der Koeniglichen Tochter von Polen", nicht in strittem Widerspruch. Dort ist vom Hof, und hier von „den Polen", und zwar von späteren Äußerungen, die Rede.

3) Epistolae Mathiae Covini, ed. Hajdo et Kunn II, no. 29.

4) Schreiben vom 10. Mai 1468, bei Katona XV, 317.

Protas, die erhalten sind, giebt sich eine gewisse Geringschätzung der Polen kund [1]). Wie hätte auch der Eindruck der zweideutigen und impotenten Politik anders sein können? Kaum hatte nämlich Protas die polnische Hauptstadt verlassen, so erschien Albert Kostka im Namen des Königs Georg daselbst mit der — wie erzählt wird [2]) — doch gar zu bescheidenen Bitte, daß König Kasimir sich der Vermittelung zwischen Böhmen und Ungarn unterziehen möchte, und dafür wolle Georg bei seinen böhmischen Ständen dahin wirken, daß nach seinem dereinstigen Hinscheiden mit Übergehung seiner eigenen Söhne ein polnischer Prinz gewählt würde. Ja, nach dem Breslauer Stadtchronisten hätte Georg für die winzige Leistung der Vermittelung sogar sich anheischig gemacht, den polnischen Prinzen sofort in Böhmen krönen zu lassen, wenn er selbst nur bis zu seinem Tode im Besitz des Thrones verbliebe. So befremdend auch eine so weitgehende, in seiner Gesamtlage noch keineswegs als notwendig begründete Willfährigkeit des böhmischen Königs erscheinen mag, so war sie doch wohl im Augenblick nicht übel angebracht. Nicht die Vermittelung war eines so hohen Preises wert, wohl aber die dadurch gewonnene Sicherheit der polnischen Neutralität, die dem Böhmenkönige die einzige Brücke zu etwaigen Verhandlungen mit Rom noch offen erhielt. Nahm Kasimir das Anerbieten jetzt an, so gab er selbst den Rechtsboden preis, auf welchem er bisher fußte, dann galt eben nicht ein Erbanspruch in Böhmen, sondern die Wahl der souveränen Stände, für deren Ausfall niemand eine Bürgschaft übernehmen konnte, und dann hatte sich Kasimir in einer Weise mit den Ketzern kompromittiert, die ihn unabweislich zwang, mit seiner ganzen Macht auf ihre Seite zu treten. Georg durfte daher schon wagen, den Plänen der polnischen Politik zu schmeicheln; er

1) Urkundl. Beitr., Nr. 457, in Fontes rer. Austr. XX, 538, in Bresl. Korresp., Nr. 411. Ist die Äußerung des Protas, „die Polen wären in Krakau klüger als in Olmütz, oder wo sonst König Matthias mit seinem Rate weilt", für eine „den polnischen Hof sehr ehrende, kostbare" zu halten, wie Papée meint?

2) Długosz XIII, 424.

verlor einstweilen nichts dabei, nicht einmal die Hoffnung auf die Nachfolge seiner eigenen Söhne, und konnte doch mancherlei damit gewinnen.

König Kasimir erwiderte mit dem Versprechen, sowohl beim Könige von Ungarn als beim Papste eine Interzession zu versuchen, hütete sich aber doch Gesandte an die böhmischen Stände zu schicken, wie er aufgefordert worden war. Im Gegenteil betonte er sein Erbrecht, das den Ständen, wenn sie nicht eine Kette von Kriegen auf sich ziehen wollten, gar keinen andern Weg offen ließe, als den polnischen Prinzen einzusetzen.

Der Sinn war der: Vermitteln wohl, aber mit den Utraquisten sich kompromitieren keinesfalls. Bald darauf gingen auch die polnischen Gesandten ins Lager des Matthias ab, wiederum Stanislaw Ostrorog und Jakob von Dębno und statt des Jan Długosz, der durch seinen geistlichen Charakter bei den Verhandlungen mit den gebannten Ketzern wieder wie bei der ersten Gesandtschaft in Gewissensnot geraten konnte [1]), der greise Kastellan von Auschwitz, Nikolaus Skop von Dębowice. Anfangs Juli trafen sie in Olmütz ein.

Während also am polnischen Hofe diplomatisiert worden war, hatte Matthias Corvinus gekämpft. Bald durch den ersten Aufmarsch seiner Truppen im Anfang April hatte er Viktorin aus Oesterreich gedrängt und gezwungen, sich in Stockerau einzuschließen. Als jedoch Georg selbst ins Feld gerückt war, vermied es Matthias, Gelegenheit zur Feldschlacht zu bieten. Aus dem verschanzten Lager von Laa lieferte er den Czechen blutige Scharmützel, die natürlich keine Entscheidung herbeiführen konnten. Auch Unterhandlungen knüpfte Matthias mit Georg an, um den Insurgenten in den böhmischen Nebenländern Zeit zum Zuzug zu verschaffen. Bis zum 10. Mai hatte er es dahin gebracht, daß Georg, aus seinem Lager herausgehungert, nach Böhmen zurückweichen, und sein Sohn

1) Das Wort des Długosz XIII, 425: „cui fas non erat legationem eam perferre", erläutert sich durch Urkundl. Beitr., Nr. 436 in Fontes rer. Austr. XX, 519.

Viktorin sich in Trebitsch beobachtend aufstellen mußte. Kaum hatte dieser indes sich dort gelagert, so warf sich Matthias mit 10,000 Mann auf ihn, trieb ihn in das oberhalb der Stadt gelegene Benediktinerkloster und verwandelte den blühenden Ort in einen Ruinen- und Aschenhaufen (14. Mai). Vergeblich suchte Georgs zweiter Sohn Heinrich dem im Kloster Trebitsch belagerten Viktorin Luft zu schaffen, er erlitt (22. Mai) nur eine neue Schlappe. Als aber Georg wiederum mit einem neuen rasch angesammelten Heere auf dem Kriegsschauplatze erschien, gelang es Viktorin mit einem Haufen sich durchzuschlagen (6. Juni), und Matthias gab die Belagerung des Klosters, das nun keine Bedeutung mehr hatte, alsbald auf (9. Juni). Inzwischen wurde auch in Schlesien, in der Lausitz und selbst von Baiern her blutig gekämpft. Böhmen schien von den Kreuzfahrern erdrückt werden zu sollen. Indessen war Matthias doch mit dieser zerlösten Kriegsführung, die keine Entscheidung und namentlich ihm nicht die volle Herrschaft der Situation verbürgte, höchlichst unzufrieden. Er hatte mehr von der Liga erwartet. Am 20. Juni verließ er das Lager von Trebitsch und zog über Brünn nach Olmütz. Der Spielberg, Stadt und Kloster Hradisch wurden belagert, Ungarisch-Brod wurde wie einige kleinere feste Plätze mit stürmender Hand genommen, so daß Matthias sich bald im Besitz von ganz Mähren befand.

Unter solchen Umständen war er wenig geneigt, den polnischen Gesandten, die ihn am 5. Juli in Olmütz ansprachen, lange Rede zu stehen. Er verwies sie auf den Kaiser und den Papst, in deren Auftrage er im Felde stünde. Die Frage war ja auch zunächst, was Georg anzubieten habe. Die Unterhändler mußten sich daher erst nach Prag begeben. Dort hielten sie sich an zwei Monate auf, vielleicht mehr mit Unterhandlungen inbetreff der zukünftigen Königswahl als mit dem Vermittelungswerk beschäftigt, zu dem nach den Äußerungen der Zeitgenossen doch niemand ein großes Vertrauen hatte. Als sie endlich im Anfange des September abermals in Olmütz eintrafen, brachten sie eine Vorlage mit, welche einen Waffen-

ſtillſtand bis zum Lichtmeßfeſte 1470 ſtipulierte, innerhalb deſſen die Ausſöhnung des Böhmenkönigs mit dem Papſte bewirkt, und ein Schiedsgericht unter dem Vorſitze des Königs von Polen über alle weltlichen Angelegenheiten eingeſetzt werden ſollte. Mittlerweile aber hatte Matthias ſein Bündnis mit der Liga wieder neu befeſtigt, vom Kaiſer waren ihm erneute Zuſagen geworden, und der päpſtliche Legat Lorenzo Rovarello von Ferrara war im Lager von Olmütz neben Rudolf von Rüdesheim mit einer Bulle eingetroffen, welche dem „Protektor der Katholiken“ einen außerordentlichen Zehnten aus dem deutſchen Reiche und den Ländern der Kronen Ungarn und Polen zuſprach. Von der gegneriſchen Seite bot man ihm alſo reale Mittel, während die polniſchen Sendboten nur, wie der Biſchof Protas ſich ausdrückte, „Schmeichelworte“ hatten, denen er doch kein Vertrauen ſchenkte. Als die polniſchen Herren dem Könige Matthias ſelbſt Vorſtellungen darüber machten, daß er in die Gerechtſame des polniſchen Königshauſes eingreife, erwiderte er, daß er allerdings dieſe Rechte anerkenne und gar nicht die Abſicht hätte, ſich in den dauernden Beſitz Böhmens zu ſetzen, der Krieg ſei lediglich durch den Wunſch, an Georg für erfahrene Unbilden Rache zu nehmen, hervorgerufen worden [1]). Beide Legaten am Hofe des Matthias arbeiteten den Polen entgegen, und Rovarello entgegnete auf ihre Vorſchläge, daß ſie nur dann ernſtlich inbetracht gezogen werden könnten, wenn der Böhmenkönig die Prager Burg, den Karlſtein, Glatz, den Spielberg und Hradiſch als Pfand ſeiner Vertragstreue ausgeliefert haben würde. Natürlich mußten die Polen darauf verzichten, dem Könige Georg einen ſo entehrenden Antrag zu machen, und kehrten alſo unverrichteter Sache wieder heim [2]).

1) Cod. epist. saec. XV, 255.

2) Eſchenloër, ed. Markgraf, S. 185. 190 f. am eingehendſten; kürzer Dlugoſz XIII, 430. In den Briefſchaften mehrfach erwähnt Urkund. Beitr., Nr. 459. 460. 462. 468 in Fontes rer. Austr. XX, 543 sq. 546. 560; Bresl. Korreſp., Nr. 409 A und B, 411. 417; Epist. Matth. Corv. bei Katona XV, 341. 342. 343.

Obwohl König Matthias im Anfang des September sich persönlich vom Kriegsschauplatze entfernt hatte, um in Ungarn von seinen Ständen eine Beihilfe für die Fortsetzung des ruhmreich begonnenen Kampfes zu erwirken und Vorkehrungen gegen die Türken zu treffen, da Giskras Waffenstillstandsverhandlungen keinen Erfolg gehabt, so fiel doch die ganze Härte des Geschicks jetzt auf den von aller Welt verlassenen Podiebrad nieder. Selbst zuverlässige Barone fingen an ihn aufzugeben. Hoyerswerda, Frankenstein, Hradisch fielen den Aufständischen in die Hände, und nur als der Winter hereinbrach, und das Erbschloß der Sternberg Konopišt endlich nach langer Belagerung sich den Böhmen ergeben mußte, erholte sich Georg so weit, daß seine Heerführer auch wieder verheerende Einfälle in Österreich wagen konnten. Aber im Anfang des Jahres 1469 erschien Matthias wieder in Böhmen, die Nachricht vom Fall der Feste Rosenberg und wenige Wochen später die Uebergabe des Spielbergs begrüßten ihn auf mährischem Boden. Im Februar drang Matthias schon in Böhmen selbst ein. Die Silberbergwerke von Kuttenberg scheinen sein nächstes Ziel gewesen zu sein. Bei Wilimow aber sah er sich plötzlich von der geschickt manövrierenden Armee Georgs dermaßen in die Enge getrieben, daß er eine persönliche Unterredung mit seinem Feinde nachsuchen mußte. Es kam am 27. Februar zu einem Waffenstillstand bis zum Ostermontage (3. April), innerhalb dessen in einem Kongreß der beiden Könige zu Olmütz der Frieden vereinbart werden sollte [1]).

Bei einem Ueberblick der gesamten Lage gewinnt man aber die Ueberzeugung, daß Matthias nicht blos allein durch eine strategische Verlegenheit veranlaßt worden ist, einen solchen Ausgang des Krieges herbeizuführen. Es scheint ihm vielmehr doch daran gelegen zu haben, eine Krisis in seinem Unternehmen hervorzurufen. Für einen Mann wie Matthias war die bloße Rolle als Katholikenpatron mit einer vagen Aussicht

1) Riedel, Cod. dipl. Brand. III. 2, 39.

auf das römische Königtum zu platonisch. Sein Verhältniß zum Kaiser hatte bereits Sprünge infolge innern Mißtrauens erhalten. Am Ende sah doch Matthias, daß der Kaiser nicht aller der Kurstimmen mächtig sei, deren er sich vermaß, selbst wenn er es ehrlich meinte. Aber wer bürgte dafür? Die Wallfahrt des Kaisers nach Rom im November 1468, die aller Welt viel zu reden gab, gab Matthias am meisten zu denken. Denn es wird ihm nicht verborgen geblieben sein, daß Friedrich den Papst von der Unthunlichkeit, einen Undeutschen zum römischen Könige zu machen, zu überzeugen gesucht hat. Der mittlerweile in Regensburg (Februar 1469) unter dem Vorsitz des Legaten Lorenzo Rovarella gehaltene deutsche Reichstag hatte auch nicht gerade einen Fortschritt seiner Hoffnungen an den Tag gelegt. Es war dem Matthias eine rechte Genugthuung, diesen Reichstag durch die Nachricht von dem Waffenstillstande dermaßen zu verblüffen, daß er auseinander ging. Diese Tendenz der Ueberraschung war aber keineswegs lediglich auf den deutschen Reichstag berechnet. Ungleich stärker noch sollte sie die katholische Liga mahnen. Es fand daher auch ein großes Zusammenrennen im Lager von Olmütz statt, die beiden Legaten, Rovarella und Rüdesheim, Zdenek von Sternberg und die mit ihm verschworenen Barone und Städtevertreter, kurz alle, die an der bedeutsamen, offenbar sich vollziehenden Wendung ein unmittelbares Interesse hatten, waren herbeigeilt. Der in der Wilimower Verabredung in Aussicht genommene Kongreß der Könige fand in der That statt, aber nicht, wie bestimmt worden war, am 24. März, sondern erst zwei Wochen später. Matthias hatte zuvor wichtigeres zu erledigen, als Friedenstraktate zu formulieren. Zu lange schon hatte er der katholischen Liga gegenüber den Uneigennützigen gemacht, es war Zeit, daß er erntete. So an der Spitze eines Feldheeres siegreich in der Hauptstadt Mährens stehend, fast Aug' in Aug' dem Könige Georg, der in Mährisch-Sternberg wartend, jedes leidlich annehmbare Ausgleichsprojekt mit Freuden ergriffen haben würde, durfte der Ungarkönig der zitternden Liga und den erschrockenen Legaten schon etwas zu-

muten, durfte er ihnen die Ueberzeugung aufdringen, daß es doch notwendig sei, „ihn mit einem stärkeren Bande als bisher an die gemeinsame Sache zu fesseln". Wohl hatte er sich den mehr tönenden als inhaltsvollen Titel des „Beschützers der Katholiken" seiner Zeit gefallen lassen, aus Rücksicht auf den König von Polen, mit dem die Liga eben damals in Verhandlungen über die angebotene böhmische Krone stand, aber waren diese Rücksichten jetzt noch zu nehmen? Hatte er nicht gethan, um was man den König von Polen gebeten? Hatte dieser nicht die Liga beleidigend zurückgewiesen? Konnte der König, der sich mitten in dem Sturm politischer und religiöser Parteigegensätze auf ein formales Erbrecht versteifte, das im Falle der Anerkennung eben dieselben Perspektiven einer Anwartschaft auf Ungarn wie auf Böhmen eröffnete, von Matthias, dem „Uffgeruckten" noch länger Rücksichten verlangen? Zwischen ihm und der Liga war von Polen nicht mehr die Rede. Schon am 17. April war sein Geschäft mit den Ligisten festgemacht. Die Zusammenkunft mit Georg am 20. und die noch bis zum 1. Mai fortgesetzten Verhandlungen waren nur eine Gaukelei, um das Dekorum zu wahren und einen vorläufigen Waffenstillstand zu gewinnen. Dann aber war kein Grund mehr, das „Spiel" [1]) fortzusetzen. Am 3. Mai ward Matthias Corvinus in der Domkirche von Olmütz in aller Form zum Könige von Böhmen gewählt und ausgerufen.

Alle diese Vorgänge, die Unterhandlungen zwischen Matthias und Georg, zwischen demselben und der Liga, und die darauf folgende Königswahl vollzogen sich unter den Augen einer polnischen Gesandtschaft, des Krakauer Starosten und Reichskanzlers Jakob von Dębno und des Krakauer Dechanten Dr. Paul von Głowina. Das war so zugegangen. Auf dem Reichstage zu Piotrkow im Oktober 1468 hatte nämlich Kasimir die Eröffnungen des Bischofs Protas, sowie die des Albrecht Kostka zur Sprache gebracht, und, wie es scheint, die Billigung seiner

1) So nennt es Georg, und „das osterspil" der Markgraf Albrecht von Brandenburg. S. Höfler, Das Kaiserl. Buch, S. 204. 205 Anm.

vermittelnden und lavierenden Politik um so mehr gefunden, als gerade damals die höchst beträchtlichen Zumutungen behufs Tilgung der Schulden bei den Söldnern aus dem preußischen Kriege die Unfähigkeit zu einem energischeren Eingreifen in die böhmischen Händel grell genug an den Tag legten. Bezeichnend für die Stellung Polens war es, daß während des Reichstags zu gleicher Zeit der Propst Paul von Zderaz, um im Namen Podiebrads um die in Aussicht gestellte Hilfe zu bitten, und der Breslauer Domherr Balthasar [1]) mit der Bitte um die Erlaubnis zu Kreuzzugspredigten gegen Georg in Polen eintrafen. Beide wurden auf eine demnächst an den Papst abzuschickende Gesandtschaft vertröstet, was wohl auf beide einen wenig erfreulichen Eindruck gemacht haben wird. Der Breslauer Sendbote, dem vom Könige eingeschärft wurde, daß man in der schlesischen Hauptstadt des Erbrechts seiner Kinder nicht vergessen sollte, gewann den Eindruck, daß man in Polen darauf spekuliere, nach der Verblutung beider kämpfenden Parteien die böhmische Krone ohne Schwertstreich gewinnen zu können. Und es hatte in der That den Anschein, denn nicht einmal mit der versprochenen römischen Gesandtschaft beeilte man sich sehr. Vielleicht sollte sie nicht mit dem in Rom weilenden Kaiser Friedrich zusammentreffen. Erst im Anfang des März 1469 begab sie sich, der genannte Jakob von Dębno und Dr. Paul von Glowina [2]), auf den Weg. Schon in Breslau, wo eben die Nachricht von dem Wilimower Waffenstillstand eingetroffen war, schien man ihre Werbung mit Achselzucken anzuhören. Man werde in Breslau stets thun, was der Papst befiehlt, erklärten der Rat und der Bischof, aber das Verlangen der Polen, sich irgendwie zu binden, und in einem formellen Geleitbrief die polnische Gesandtschaft als Vertreterin

1) So Dlugoſz XIII, 435. Also wohl Balthasar von Piscia Eſchenloër, ed. Markgraf, S. 194, „notarium scabinorum“ — also wohl Balthasar Hornig. Das erstere ist wohl richtiger in Rücksicht auf den Inhalt der Mission.

2) Paul von Glowina war Sekretär der Königin-Mutter Sophia gewesen. Cod. Epist., p. 182.

ihrer Willensmeinungen darzustellen, begegnete einer entschiedenen Weigerung. Es war darauf abgesehen, meint der Breslauer Stadtschreiber, die Stadt bei Matthias zu kompromittieren. Die Gesandten gingen weiter nach Mährisch-Neustadt, wo König Georg noch in gutem Glauben an dem Friedenskongreß arbeitete. In demselben guten Glauben mischten sich auch die Polen „mit großem Fleiß und vieler Mühe" in die Verhandlungen, aber freilich kannten sie nur die Gesinnungen Georgs; was auf der anderen Seite vorging, blieb ihnen verschlossen. Als sie jedoch im Verlauf der Debatten in einer Versammlung der Ligisten ihr Programm vom Frieden und vom Erbrechte des polnischen Königs vortrugen, erwiderte man ihnen, daß die Freiheit der böhmischen Krone es zulasse, sie demjenigen zu übertragen, der Hilfe bringe. Jetzt erst sahen die Krakauer, um was es sich in Olmütz handelte, und teilten ihre Besorgnisse dem Könige Georg mit, denn, erfolgte hier die Wahl, dann konnte es um die polnische Kandidatur sowohl auf Grund des Erbrechts als auf Grund der Begünstigung Georgs geschehen sein. „Laßt nur," soll der König darauf geantwortet haben, „wählt man in Olmütz einen König, so kiesen wir zu Prag vier, alle Söhne des Königs von Polen, und dann giebt es sechs in Böhmen". Aus diesem Galgenhumor Podiebrads sieht man, daß er dem Erfolge des Kongresses nicht mit zu großem Vertrauen entgegengesehen habe. Zunächst ward aber der eine König in Olmütz gewählt, zum „Schrecken" der Polen. Entrüstet riefen sie den Ligisten zu: es sei ein Unding wählen zu wollen, wo ein legitimer Erbe vorhanden sei; aber sie erhielten die Antwort, auch sie hätten darum einen Jagiellonen am liebsten in Böhmen gesehen, aber in Krakau zurückgewiesen, hätten sie sich anderwärts umthun müssen. Hätten sie bis jetzt auf den König von Polen gewartet, dann wären sie schon längst von dem Ketzer vernichtet. Jetzt hätten sie kraft ihrer Freiheit Matthias gewählt, zu dem sie mit Gut und Blut stehen wollten. Bestürzt eilten die Polen zu Georg zurück, um sich von ihm nach Rom zu

begeben, wo ihrer, wie unsere Quelle bemerkt, nur dieselbe Zurückweisung in anderer Form wartete [1]).

Ueber den Eindruck aller dieser Ereignisse auf den polnischen Hof sind wir nicht unterrichtet. So nahe dieselben auch durch die Anwesenheit des Ungarkönigs in Breslau, wo er die Erbhuldigung der Schlesier und Lausitzer entgegennahm und den Besuch des brandenburgischen Kurfürsten empfing, unter die Augen gerückt waren, so änderten sie doch nichts an der Methode des Abwartens. Man erfuhr in Polen, daß der Versuch des Matthias in dem Kurfürsten Friedrich einen Verbündeten gegen jedermann, und damit eine dauernde Drohung gegen Polen zu gewinnen, höflich abgelehnt worden wäre. Wenn man aber weiter erzählte, daß der Kurfürst dem Ungarn seine Stimme für das römische Königtum zugesagt habe, so war das übertrieben, denn Friedrich hatte demselben nur den Rat erteilt, er möchte nunmehr als böhmischer König zusehen daß er in den Kurfürstenverein käme [2]). Sowie aber diesen Teil der Breslauer Verhandlungen, so wird man auch den andern gekannt haben, worin von einem Heiratsprojekt zwischen Matthias und der Tochter des Markgrafen Albrecht gesprochen war, das der König jedoch mit der Bemerkung, daß er erst in zwei Jahren „sich zu verändern" gedenke, auf die lange Bank schob. Mit einem Worte, so herzlich die Stimmung in Breslau zwischen den beiden Fürsten gewesen war, die Absicht des Ungarkönigs in dem Brandenburger einen Stützpunkt für die schwer zu behauptenden Lande von Schlesien und Lausitz zu gewinnen, war gescheitert. Das gab Polen ein Uebergewicht, das auf die wundeste Stelle in der gegenwärtigen Situation des Ungarkönigs drückte. Er durfte jetzt Polen nicht noch mehr herausfordern. Unmittel-

1) Eschenloër, ed. Markgraf, S. 201. 202, und ed. Kunisch, S. 157.

2) Riedel, Cod. dipl. Brandb. III. 1, 507, no. 360. Palacky IV. 2, 591, Anm. 401 übersah, daß die Antwort des Kurfürsten auf die Werbung um die Kurstimme darin stehe, und folgt der Übertreibung Dlugoszs XIII, 442.

bar nach der Abreise des Kurfürsten von Breslau ging eine Gesandtschaft nach Krakau ab [1]). Johann Zajič von Hasenburg und Dobeš Schwartzenberg, der Bruder des Bischofs Protas, traten am 16. Juni vor den König Kasimir, nicht eigentlich als Sendboten des Königs Matthias, sondern als Vertreter der Liga. Zunächst suchten sie ihre That zu rechtfertigen; die Verlegenheit gegenüber dem „Abgesetzten", die Weigerung des Polenkönigs sich ihrer anzunehmen, hätten ihnen keine andere Wahl gelassen. Der König hörte es gern, daß diese böhmischen Magnaten auch jetzt noch das Erbrecht nicht unerwähnt ließen und von Matthias erzählten, daß er, im Falle der Papst es wünschen sollte, „die Sache ganz abtreten und ihm und seinen Kindern im Reiche zu Böhmen kein Hindernis bereiten, sondern vielmehr helfen wolle zu Guten der Christenheit" [2]). Nur als die Gesandten wiederum mit der Idee des Bischofs von Olmütz hervortraten, die Tochter des Königs mit dem Könige von Ungarn zu verheiraten, soll er ihnen eine „kalte" Antwort gegeben haben [3]). Sonst aber wurden die böhmischen Herren so freundlich und herzlich aufgenommen, daß Johann Zajič beim Anblick des Prinzen Wladyslaw in Thränen darüber ausgebrochen sein soll, daß es so gekommen wäre.

Traut man dem polnischen Berichterstatter, so scheint Herr Zajič von dem Wohlwollen des Königs Kasimir dermaßen bestrickt worden zu sein, daß er seines Auftraggebers gänzlich vergaß und Politik auf eigene Hand trieb. Von Prag waren nämlich, noch während der Anwesenheit der böhmischen Magnaten, die polnischen Sendeboten zurückgekehrt, durch welche Kasimir sich Aufklärungen über die Bedingungen des Olmützer Waffenstillstands erbeten hatte. Diese brachten gar überraschende Nachrichten. König Georg hatte sein bitteres Wort, daß er

1) Sie hatten einen Geleitsbrief nachgesucht, den Kasimir ihnen erteilte, „obwohl er überflüssig wäre". Urkundl. Beitr. Nr. 489, in Fontes rer. Austr., p. 593.

2) Eschenloer, ed. Kunisch, S. 169.

3) Höfler, Das Kaiserl. Buch, Nr. 102, S. 203. Aus dem Schreiben Gregors von Heimburg.

noch vier Könige in Böhmen machen werde, angefangen wahr zu machen. Im Anfang des Juni hatte er den böhmischen Landtag nach Prag berufen, und das, was er das Jahr vorher nur als flüchtigen Gedanken hingeworfen, offiziell bestätigen lassen. Der Prinz Wladyslaw von Polen wurde vom Landtage zum präsumtiven Nachfolger Georgs erkoren. „Die Gemeinschaft der Zunge", also die Verwandtschaft der slawischen Nationalität, war der beschönigende Grund der Wahl, deren Bedingungen jedoch zeigten, daß es zunächst nur darauf abgesehen war, Polen unabweichlich an die Sache der Utraquisten zu fesseln. Außer den Verbindlichkeiten, welche für den gewählten Prinzen in Böhmen vorbehalten waren, sollte Kasimir sich verpflichten, die Aussöhnung der Utraquisten mit dem Papste zu bewerkstelligen und seinen Sohn mit Ludmilla, der Tochter des Königs Georg, zu vermählen [1]). Es klingt nicht unwahrscheinlich, wenn erzählt wird, daß der Vertreter der Liga, Herr Johann Zajič, dem Könige den Rat erteilt hätte, auf das Erbieten einzugehen, wenn König Georg schon jetzt als Unterpfand seines Ernstes Prag und den Karlstein den Polen überantworten wolle, denn ohne solche Bürgschaft möchten sie doch wohl die Betrogenen sein. König Matthias würde vielleicht kein Hindernis sein und sich durch die Heirat mit einer polnischen Prinzessin gewinnen lassen. Hatte doch, wie Zajič jetzt verriet, König Georg in einer geheimen Unterredung mit König Matthias diesem gelegentlich dasselbe Anerbieten gemacht. König Georg wolle nur mit der Kurie zu Frieden kommen, das Uebrige gäbe er der Zeit anheim, ohne auf die Hoffnung der Nachfolge seiner eigenen Kinder zu verzichten. — Jedenfalls suchte Kasimir den Vertretern der Liga einen mög-

1) Ich schreibe das dem Dlugosz und allen von ihm abhängigen Darstellungen, und auch Palacky nach. — Aber ich kann doch meine Zweifel an der ganzen Heiratssache nicht unterdrücken. Mehr als ein Gerede wird es wohl nicht gewesen sein. Auf dem Reichstag zu Piotrkow im Spätherbst 1469, wo der König dem Hochmeister Reuß von Plauen über die von den Böhmen gestellten Bedingungen Mitteilung macht, ist von diesem Punkte nicht mit einer Silbe gesprochen.

lichſt günſtigen Eindruck von ſeinem Hofe und eine äußerſt freundliche Erinnerung an Krakau auf den Weg zu geben. Nicht ſo herzlich aber ſcheint der Ton in der Korreſpondenz zwiſchen Kaſimir und Matthias ſelbſt geweſen zu ſein. Auf die Vorſtellung des letzteren wegen Rüſtungen in Polen, ſoll Kaſimir geantwortet haben, er ſei niemandem Rechenſchaft ſchuldig, als den Seinigen. Indeſſen beruht dieſe Nachricht ebenſo wie die von der „kalten“ Antwort auf den Heiratsvorſchlag nur auf Aeußerungen, die vom Prager Hofe ſtammen, wo man ſich natürlich in dem Gedanken gefiel, das Verhältnis zwiſchen Polen und Ungarn ſo geſpannt als möglich zu halten. Das war jedoch keineswegs der Fall. Ganz abgeſehen davon, daß es doch auch in Polen eine große und mächtige Partei gab, welche die polniſche Politik lieber an der Seite des „Katholikenbeſchützers“ als an der des Ketzers gehen ſahen, erſchien es doch bedenklich, die ungariſche Heeresmacht ins Land zu ziehen, die Polen mehr ſchaden konnte, als irgend ein anderer Feind. Erwägungen ſolcher Art erfüllten Kaſimir, als er ſich am 29. Juni mit ſeinem geheimen Rate zu Radom über die Lage beſprach. Dorthin waren auch die Geſandten König Georgs gekommen, welche den König vorläufig von den Beſchlüſſen des Prager Landtages in Kenntnis zu ſetzen hatten [1]).

Wir irren nicht, wenn wir auch hier wiederum den Gegenſatz zwiſchen Großpolen und Kleinpolen wirkſam annehmen. Obwohl der Erzbiſchof von Gneſen anweſend war, glaubte man nicht den Gottesdienſt vor den „böhmiſchen Gebannten“ einſtellen zu müſſen, wie das in Krakau ſpäter bei ihrer Durch-

1) Stibor Towačowsky von Cimburg, Beneš von Weitmühl und der Propſt Paul von Zderaz. — Man müßte annehmen, daß Markgraf Albrecht von Brandenburg ſehr ungenau unterrichtet geweſen wäre, wenn er wirklich am 1. Juli an den Kurfürſten geſchrieben hätte, daß „herr Victorin vnd der Waittenmüller ſambt des Königs von Polen retten ꝛc.“ (Höfler, Das Kaiſerl. Buch, S. 195, und danach Riedel III. 1, 509). Es iſt indes nur einer der üblichen Leſefehler Höflers, der „Victorin“ für Stiborius geleſen hat.

reise geschah. Darin lag gewiß ein großes Entgegenkommen der Polen, die doch Ursache hatten, den Papst nicht noch mehr gegen sich aufzuregen, als es schon der Fall war. Das war aber auch alles, was den Böhmen tröstlich entgegentrat. In der Hauptsache hingegen fanden sie nicht die freudige Rückhaltlosigkeit, die sie vorausgesetzt haben mochten. Denn im Grunde war das Anerbieten des Prager Landtags, des utraquistischen, doch wenig von dem verschieden, das zwei Jahre zuvor schon die Liga gemacht hatte, nur noch ärger verklausuliert und noch weniger in Übereinstimmung mit dem Papste und dem Kaiser, auf welche es doch nicht wenig ankam. Das war nicht die Anerkennung des Erbrechts, wie sie Polen gewünscht, sondern nur eine einseitige oneröse Wahl, welche durch die vorgeschlagene Verheiratung Władysław mit der Prinzessin Ludmilla eher eine Anerkennung der Legitimität der Dynastie Podiebrad als der jagiellonischen enthielt [1]). Überdies kam noch ein anderer Umstand hinzu. Durch die Annahme der böhmischen Krone aus der Hand Georgs und seiner Partei, wie sie jetzt angeboten war, hätte Polen sich doch auch die Ausstattung der drei Söhne Georgs gefallen lassen müssen, wie sie am Prager Hof beabsichtigt war. Es ist kein Zweifel, daß König Georg, wenn er

2) Dlugosz XIII, 446 äußert sich in der brutalsten Weise über die entsetzliche Zumutung, seinen Zögling mit einer Ketzertochter vermählen zu wollen. Selbstverständlich war das nicht der Gesichtspunkt Kasimirs, obwohl es allerdings sein Bedenken hatte, den Bann des Papstes herauszufordern. Denn Albrecht von Brandenburg war doch durch eine solche Verschwägerung mit Georg in den Bann geraten, obwohl man ihm in Rom sonst sehr gewogen war. Aber für Kasimir hatte der Vorschlag noch einen andern Haken. Diese Ludmilla war schon am 8. Mai 1460 mit dem Prinzen Georg von Baiern, dem Sohne Ludwig des Reichen verlobt, und dieses Ehegelöbnis war damals das Unterpfand eines Bündnisses zwischen Georg Podiebrad und Ludwig gewesen (Hasselholdt-Stolheim, Herzog Albrecht IV. von Bayern II, 167ff. und Klukhohn, Ludwig der Reiche, S. 145), in welches Kasimir sich zwei Monate darauf gleichfalls auf Lebenszeit eingeschworen hatte (Dogiel I, 383). Die Lockerung der Freundschaft zwischen Böhmen und Baiern befreite Kasimir nicht von seiner Verbindlichkeit. Ohne Eidbruch hätte die Heirat der Ludmilla von polnischer Seite gar nicht acceptiert werden können.

auch schon darauf verzichtete, seine eigenen Söhne auf dem Throne folgen zu lassen, doch der Meinung war, „daß Mähren, Schlesien, die Sechsstädte, die Lausitz wohl drei Fürsten aushalten und seine drei Söhne so ausstatten mögen, daß sie außer den Regalien einen Vergleich mit dem Könige aushalten würden“ [1]). Wenn aber in Polen irgend etwas zur Einmischung in die böhmischen Händel reizte, dann war es der Wunsch, die Nebenländer, insbesondere Schlesien und die Lausitz, zu erwerben. Selbst den Frommen im Lande steckte die Sehnsucht nach den ehemals der Gnesener Kirchenprovinz unterworfen gewesenen Gebieten im Herzen. Das bloße Königtum in Böhmen mit dem „Münzregal und der Berna“ war doch des Preises kaum wert, der dafür gefordert war: ein Bündnis mit den Ketzern, Krieg mit den Katholiken und den verbündeten Landesbaronen in Böhmen, Krieg mit Ungarn, Krieg mit dem Papste, der die Verlegenheiten des Interdikts in das eigene Land geschleudert und namentlich die Errungenschaften in Preußen in Frage gestellt haben würde. Der Hochmeister Reuß von Plauen gab dem Könige zu bedenken, daß sein Sohn unter den Bedingungen, welche die Böhmen sich vorbehalten, „ein gar klein Auskommen haben würde“. Selbst hussitisch gesinnte Patrioten in Polen mußten doch bedenklich werden.

Andererseits durften die Utraquisten und König Georg noch weniger entmutigt werden als vor zwei Jahren die Ligisten. Polnische Gesandte, Stanislaw Wątrobka und Jan Tarnowski, zwei Kastellane, gingen nach Prag, wo man aus ihren Eröffnungen merkwürdig sanguinische Hoffnungen schöpfte. „Wir nahen sehr zusammen, mit dem Könige von Polen zu beschließen, wodurch der Ungar wieder getrieben wird zu dem, was seine Eltern gewesen“, schrieb der bekannte Diplomat Gregor von Heimburg an den Markgrafen Albrecht von Brandenburg, und zwei Tage darauf weiß er demselben zu erzählen, sein Herr, „der Böhmenkönig und der Polenkönig, werden mit zwei verschiedenen

1) Gregor von Heimburg an Markgraf Albrecht, vom 20. August 1469, bei Höfler a. a. O., Nr. 107, S. 214.

Heeren gegen Ungarn ziehen; das polnische durch die Walachei, das böhmische durch Mähren, unter Führung des Prinzen Heinrich“ [1]). Das war denn freilich den Mund etwas voll genommen. Solch übertriebene Erwartungen [2]) mögen den König Georg veranlaßt haben, schon im Anfang des Juli den mühsam bei Olmütz verhandelten Waffenstillstand entschlossen zu brechen und in Mähren einzufallen. In der That war auch der Wojewode Stefan von der Moldau, gewiß nicht ohne Ermutigung vonseiten der Polen, denen er erst jüngst wieder gehuldigt hatte, mit 1800 Reitern in Siebenbürgen eingebrochen, während Matthias in Breslau weilte. Aber eine Diversion für Böhmen war das keineswegs, denn Stefan wollte mit diesem Raubzuge lediglich seinen Gegner, den Prätendenten Peter Aron, in die Wojewodschaft locken, was ihm auch gelang, und Peter mit dem Kopfe büßen mußte [3]). Auch im mährischen Feldzuge trat alsbald eine Katastrophe ein, insofern der heldenmütige aber allzu unvorsichtige Prinz Viktorin am 27. Juli bei Wessely teils durch Verrat, teils durch unglückliche Umstände von den Ungarn gefangen genommen und von Matthias nach der Blindenburg fortgeführt wurde. Gregor von Heimburg irrt, wenn er die Meinung ausspricht, daß sich in dem Schmerzgefühl des Vaters für den Sohn die Bedeutung dieses Vorgangs erschöpfte. Dem war doch nicht so. Denn in der That hatte der Wiederbeginn des Krieges in Schlesien und in der Lausitz namentlich eine ungemeine Bestürzung erregt, zumal sich überall hin das Gerücht verbreitet hatte, daß Polen nunmehr mit den Ketzern zu Schutz und Trutz verbündet wäre, ein Gerücht, das durch die Vorgänge beim Prager Landtage vollauf begründet zu sein schien. Ganz wie in den Tagen der Hussitenkriege sprach man wieder überall von der engen Gemeinschaft der Polen mit den Gebannten, und Breslau insbesondere wie ganz

1) Höfler a. a. O., Nr. 108.

2) Nach Eschenloër, ed. Markgraf, S. 210.

3) Außer Dlugosz vgl. den Rocznik Chotelski in Mon. Pol. hist. III, 214.

Schlesien war, wenn es sich wirklich so verhielt, der äußersten Gefahr preisgegeben. So unbedingt war dort die Zuversicht auf König Matthias nicht eingewurzelt, daß nicht die Besorgnis einer vollständigen Isolierung und Hilflosigkeit hätte entstehen können. Man atmete daher auf, als die Nachricht von der Gefangennahme Viktorins eingetroffen war, und erst die weiteren Siege des Prinzen Heinrich, des zweiten Sohnes Georgs, bei Skal, bei Zittau, und namentlich der große Sieg desselben bei Hradisch brachten die frühere Stimmung der Sorge und vielfach hervortretender Reue über die schlimme Führung der Dinge wieder hervor.

Auch in Polen hat man wohl die Gefangennehmung Viktorins nicht so bedauert, als Gregor von Heimburg anzunehmen geneigt war. Das außerordentlich ruhmreiche und heldenmütige Hervortreten der Söhne Georgs, ihre unablässige Thätigkeit im Kriege, ihre anwachsenden Verdienste um die böhmische Sache waren wenig geeignet, die Sympathieen für einen im Elternhause gepflegten dreizehnjährigen polnischen Prinzen in Böhmen emporsteigen zu lassen. In Polen war man weit entfernt davon, sich schon so ganz im Fahrwasser der Prager Politik zu befinden, wie Gregor von Heimburg annahm. Man hatte in Krakau doch noch anderes zu bedenken. Eben dasselbe Erbrecht, das die Stütze und Grundlage der böhmischen Bewerbung bildete, gab auch dem polnischen Königshause eine Anwartschaft auf die ungarische Krone. Gregor von Heimburg hatte selbst davon gesprochen, daß die Regierung des Matthias in Ungarn nicht gegen alle Wechselfälle gesichert wäre. So gut wie man in Polen auf den Tod des Georg eine spekulierende Politik aufgebaut hatte, mit eben demselben Grunde durfte, mußte man den Tod oder „Abgang“ des Matthias ins Auge fassen. Und diese Perspektive schloß noch weniger hindernde Momente ein als die böhmische, denn Matthias hatte keine Kinder, keine Söhne, die dem Lande lieb und wert geworden waren. In Ungarn hatte man auch nicht erst den Kampf wegen der Kompaktaten zu führen und den päpstlichen Bannfluch zu beseitigen. König Kasimir durfte vielleicht auch von Matthias selbst, dessen Ehr-

geiz doch mehr auf die römische Königskrone ging, eine Cession seiner böhmischen Erwerbungen und der durch die Olmützer Wahl empfangenen Anrechte erreichbar halten. Hatten doch Protas von Olmütz ebenso wie Johann Zajič mittels einer Heirat eine solche Kombination als ausführbar dargestellt. In jedem Falle durfte der König von Polen, auch wenn er mit Matthias, dem Prätendenten von Böhmen, zu keinem Ausgleiche käme, doch das ungarische Reich nicht unversöhnlich gegen sich erzürnen. Mit den ungarischen Ständen mußte er um der Zukunft willen Fühlung behalten. Wie immer seit den Tagen Sigismunds, wenn sich Mißhelligkeiten zwischen Ungarn und Polen erhoben hatten, einige Barone aus beiden Staaten an einem Orte in der Zips behufs friedlicher Ausgleichung derselben zusammenzukommen pflegten, so wurde auch diesmal, während man sich in Prag in dem Gedanken wiegte, daß das polnische Heer durch die Moldau in Ungarn einbräche, eine friedliche Konferenz polnischer und ungarischer Herren in Pudlein für den 8. September verabredet. Der Breslauer Stadtschreiber Eschenloër hebt doch nur einen einzelnen Punkt hervor, wenn er angiebt, daß dort in Pudlein um eine Heirat des Ungarkönigs mit einer polnischen Prinzessin gehandelt werden sollte [1]). Aber freilich hätte dies ein Angelpunkt werden können. Eine Delegation in einer Zusammensetzung, welche das Gewicht kennzeichnete, das man auf diese Tagsatzung legte, begab sich am festgesetzten Tage in das Städtchen der Zips. Der Bischof Jan Lutek von Krakau, Jan Tęczyński, der „Pan Krakowski", Dzierslaw Rytwiański, der Palatin von Sandomir, Stanislaw Ostrorog, der Palatin von Kalisz und Jan Dlugosz, der Geschichtschreiber harrten dort einen ganzen Tag auf die Ankunft der Ungarn. Zum großen Verdruß der Polen blieben diese aber aus. Sie bedauerten hinterher in einem Schreiben vom 20. September [2]) das Verfehlen und

1) Eschenloër, S. 214. Daß Rudolf von Rüdesheim es ausschlug, dabei zu sein, ist aus seiner Stellung sehr begreiflich.

2) Cod. epist. saec. XV, no. 215, p. 242.

entschuldigten es mit unvorhergesehenen äußeren Umständen, und es muß dahingestellt bleiben, ob diese Erklärung begründet war, oder ob nicht vielmehr Matthias selbst, der damals dem für ihn ungleich wichtigeren Projekt einer Heirat mit Kunigunde, der Tochter des Kaisers Friedrich, nachging, die Pudleiner Konferenz vereitelt hatte.

In jedem Falle zeigt dieser Vorgang, daß König Kasimir noch nicht mit den Ketzern in Prag so verbunden war, wie man allerorten erzählte. Am allerwenigsten aber hatte er sich der Kurie so sehr entfremdet, als dies vorausgesetzt haben würde. Freilich hatten seine Gesandten in Rom einen schweren Stand, denn Fra Gabriele trat ihnen dort mit der Anklage gegenüber, daß sie bei Olmütz die Sache des Ketzerkönigs vertreten hätten, und das, was sie zunächst vom Papste wünschten, die Bestätigung des Thorner Friedens, die Ordnung des Ermländischen Bischofsstreites im Sinne des Königs, erlangten sie allerdings nicht, und mußten vielmehr harte Vorwürfe darüber hinnehmen, daß der Kreuzzug gegen Böhmen in Polen nicht gepredigt würde. Aber in der Hauptfrage gab es doch Elemente der Übereinstimmung zwischen dem Papste und dem Polenkönige, welche seine Gesandten nicht ungenützt gelassen haben werden. In Rom war man nichts weniger als befriedigt von dem Olmützer „Osterspiel", denn darin stimmte der Papst mit Kaiser Friedrich überein, Matthias als Katholikenpatron sich gefallen zu lassen, nicht aber als König von Böhmen [1]). Es war damals in Rom der Gedanke aufgetaucht, Böhmen überhaupt in Herzogtümer und Grafschaften zu zerlegen und die Kurstimme auf Österreich zu übertragen [2]), ein Gedanke, der freilich einen ziemlichen Grad verzweifelnder Verlegenheit ankündigt, aber jedenfalls zeigt, daß der Papst über die böhmische Succession doch nicht so dachte, wie seine Legaten Rudolf von Rüdesheim und Lorenzo Rovarella. Immerhin schien diesen Unmög-

1) Eschenloër: „Quod mirabile est .... Si fiet alia mutacio a papa male etc. nescio quid dicam; videamus."

2) Heimburg an Markgraf Albrecht vom 26. August 1469, bei Höfler, Das Kaiserl. Buch, Nr. 109, S. 215.

lichkeiten gegenüber die polnische Bewerbung noch am ehesten dem kirchlichen Interesse zu entsprechen, wenn Kasimir sich die Krone nur nicht von den Utraquisten aufdringen läßt mit der Bedingung, ihre Versöhnung mit dem heiligen Stuhl zu erwirken, das heißt mit anderen Worten eine Bestätigung der Kompaktaten zu betreiben. Wir wissen allerdings nicht, welche Zusicherungen die Gesandten dem Papste gemacht haben, aber es zeigt doch, daß der Papst der Argumentation Kasimirs ein gewisses Verständnis entgegenbrachte, als er die Zusage machte, einen eigenen Legaten nach Polen abzuordnen. Bei jenem Gedanken einer Zerlegung Böhmens hatte man in Rom an einen ähnlichen Plan angeknüpft, den Papst Martin V. einst dem Władysław Jagiełło durch den Kardinal Branda Castiglione hatte vortragen lassen. Ob Papst Paul II. auch wieder dem Könige von Polen von diesem Projekt Mitteilung zukommen ließ, wissen wir nicht, aber überraschend ähnlich ist die Situation immerhin, denn auch damals galt die innige Verbindung Polens mit den ketzerischen Hussiten allgemein als unbestritten, und doch stand kaum ein König jener Epoche so treu zum römischen Stuhl, als Władysław Jagiełło. Die Überzeugung schienen die Gesandten Kasimirs in Rom zurückgelassen zu haben, daß auch jetzt das Gerücht mit der Wirklichkeit keineswegs übereinstimme [1]).

So kam denn der große Reichstag [2]) heran, welchem nunmehr das Ergebnis dieser diplomatischen Geschäftigkeit unterbreitet werden sollte. Von Böhmen her kam eine Deputation von zwölf der vornehmsten und angesehensten Vertreter des Adels und der Bürgerschaften. Sie hatte den von König Georg selbst unterzeichneten Auftrag, die sofortige Krönung des Prinzen Władysław — also über die in Radom vorgelegten Erbietungen hinausgehend — zuzugestehen, wenn der Prinz sich mit

1) Sagt doch auch Eschenloër: „fuit communis fama, quod addixisset eis (hereticis) filium et auxilium, veritati autem non fuit simile."

2) Er begann den 21. Oktober.

der Tochter Georgs vermählte und Georg selbst bis an sein Lebensende den Thron behalten dürfte [1]). Selbstverständlich erhob sich ein Streit der Parteien auf dem Reichstage, denn, wenn auch die Schilderung Rudolfs von Rüdesheim von der Verbreitung ketzerischer Gesinnung in Polen vielleicht übertrieben war, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß namentlich die Ritterschaft, und von dieser vornehmlich die großpolnische, die ausgesprochensten Sympathieen für die böhmischen Utraquisten hegte. Aber auch bei den sonst der Kirche treu Anhänglichen fand der Aufruf des „linguagium Slavonicum" einen mächtigen Anklang. Und nach allem, was wir vom Könige Kasimir wissen, stand er mit seinen persönlichen Neigungen gewiß diesen Richtungen näher als der Partei, welche darauf brannte, in Polen den Kreuzzug gegen die Ketzer predigen zu lassen. Aber die gesamte Situation ließ einer Politik der Gefühle keinen Raum. Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß die Eröffnungen der aus Rom zurückgekehrten Gesandten [2]) den größten Einfluß auf die überraschenden Entschlüsse des Königs hatten. Schon der Umstand mußte die böhmischen Deputierten stutzig machen, daß sie diesmal auch im königlichen Hoflager als Gebannte behandelt wurden, und ihre Betroffenheit war groß, als der König in der großen Audienz auf ihr Anbringen ihnen erwiderte: daß die Richtschnur seiner Maßnahmen in der böhmischen Successionsfrage einzig der Wille des Papstes wäre, ohne dessen Anordnung er keinen Schritt thun könne. Er verwies die Böhmen auf die Ankunft des neuen Legaten.

1) Bei Sommersberg, Script. rer. Sil. I, 1033. Der Landtag hatte dem Könige Georg für diese Instruktion freie Vollmacht gegeben; s. Urkunden und Aktenstücke, ed. Bachmann in Fontes rer. Austr. XLII, no. 361, p. 475.

2) Um den 6. Oktober 1469 ist Jakob von Dębno erst wieder in Polen, denn an diesem Tage schreibt er von Posen aus, „wo er eben erst die Grenze betreten", an einen Freund in Florenz, bei dem er Gastfreundschaft genossen, und den er bittet, bei den Brokatstickern zu bewirken, daß das für den König bestellte Stück Goldbrokatseide nicht sofort verkauft würde, wenn die Zahlung nicht zur festgesetzten Frist eintreffen und sich verzögern sollte. Der Brief im Mediceer Archiv zu Florenz.

So, ohne Erläuterung gegeben, würde dieser Bescheid ja die determinierteste Ablehnung enthalten haben. Da sich aber die Verhandlungen mit Georg und der Prager Partei fortsetzten [1]), so müssen den Böhmen doch die Beweggründe des polnischen Königs eingeleuchtet haben. Eins mußte doch vor allem zugestanden werden, daß Kasimir auch im Falle der glatten Annahme der Prager Landtagswahl der Kurie nicht entbehren konnte, denn eine der ersten Bedingungen war ja gewesen, daß er die Bestätigung der Kompaktaten erwirken solle. Aber die böhmischen Delegierten müssen doch noch andere vertröstende Motivierungen empfangen haben, und die Gesandtschaften, welche unmittelbar nach dem Reichstage in alle Welt hinausgingen, lehren uns, obgleich wir ihre Instruktionen nicht kennen, daß in der Methode der polnischen Politik seit der Erfahrung, daß man in Rom das Olmützer „Osterspiel" mißbillige, eine Veränderung eingetreten ist. Daß sich hervorragende Würdenträger zu dem Chan der Tataren und zum Wojewoden Stefan in die Moldau begaben, mochte nur mit den Bewegungen in Zusammenhang stehen, die damals dort vor sich gingen, und von denen noch zu reden sein wird. Aber die Botschaft des Krakauer Domherrn Jan Wątrobka an die Magnaten Ungarns — es ist zu betonen: an die Magnaten, nicht an den König —, und mehr noch die Sendung des Stanisław Wiślicki [2]) an den Kaiser Friedrich deuten

1) Stanisław Wątrobka von Strzelce und Nikolaus Skop wurden bald nach dem Reichstag nach Prag geschickt. Sie müssen aber bald wieder zurückgekehrt sein, denn Stanisław Wątrobka finden wir am 22. Dez. schon wieder in Krakau. Helcel, St. p. p. p. II, p. 762, no. 3994.

2) So nennt ihn Długosz. Er war Krakauer Domherr und königlicher Notar. Vgl. Cod. dipl. civit. crac., p. 253. Bei Papée a. a. O. wird daraus St. Kastellan von Wiślica. Das war aber damals Jan Felix Tarnowski. S. Helcel II, 761, no. 3989. Denselben Stanisław W. erwähnt Długosz XIII, 402 als Überbringer von Geschenken an den Hochmeister. Vermutlich war der Mann des Deutschen kundig, und darum zu den erwähnten Gesandtschaften gewählt. Ich verweile bei dieser Persönlichkeit, um zu zeigen, daß sie keine hervorragende war. Ein Kastellan würde Aufsehen gemacht haben. Offenbar sollte der Mann am Kaiserhofe nur sondieren.

auf das Betreten ganz neuer oder mindestens erweiterter Bahnen. Um sich alle die Einflüsse zu vergegenwärtigen, welche die Wendung der polnischen Politik bestimmten, wird man nicht außer Acht lassen dürfen, daß zu eben dem Reichstage, welcher durch die Abweisung der böhmischen Deputation merkwürdig geworden ist, auch der neue Hochmeister des Ordens, Reuß von Plauen, eingetroffen war und nach seiner feierlichen Eidesleistung gemäß dem Thorner Frieden zum erstenmale seinen Platz als „Ratgeber" an der Seite des Königs einnahm. Daß dieser vielerfahrene und durch praktische Klugheit besonders hervorragende Fürst dem Könige die Vermeidung eines offenen Bündnisses mit Georg und den möglichst engen Anschluß an den Papst anempfohlen hat, wird uns durch ein ausdrückliches Zeugnis belegt. Andererseits dürfte es dem Einfluß der Königin Elisabeth zuzuschreiben sein, daß auch nach einer andern Seite hin die Front der polnischen Politik verändert wurde, insofern man darauf ausging, die Verbindung mit dem Kaiser zu suchen. Der alte Groll des polnischen Königs, der mehr auf der Besorgnis vor einer That für den Orden im Verlaufe des Krieges, als auf einem erfahrenen Unrecht beruhte, war nunmehr geschwunden. Der „schelmige" Kaiser, wie ihn Gregor von Heimburg nennt, hatte die Abreißung eines deutschen Reichslandes ohne Einspruch hingenommen. Diesem Monarchen konnte noch mehr geboten werden. Andererseits war er aber doch auch, wie die Dinge in Böhmen sich immer gestalten mochten, nicht zu umgehen. Der zukünftige böhmische König wurde doch auch Reichskurfürst, und auf seine Stellung zum Kaiser war doch im voraus schon Bedacht zu nehmen. Unzweifelhaft wußte man am polnischen Hofe, wie sehr Friedrich gerade gegen Polen agitiert hatte, wie sehr ihm daran gelegen gewesen war, nicht wieder einen „Undeutschen" zur böhmischen Krone gelangen zu lassen. Aber mit dieser Kenntnis erhielt man wiederum eine scharfe und beachtenswerte Beleuchtung der Unwahrheit und Unehrlichkeit des Bündnisses zwischen Matthias und dem Kaiser. So sehr sich auch die katholische Liga und gelegentlich auch die Kurie selber mit diesem Bündnis brüsteten, so war es doch ein

offenes Geheimnis, daß der Kaiser die Erfolge des Ungarn mit sehr gemischten Gefühlen ansah, und daß er um so krampfhafter nach einem Kandidaten für die böhmische Krone umhertastete, je mehr jener auf die Erfüllung der Vertragsbedingungen hindrängte. Das war ja der eigentliche Zweck der Wallfahrt nach Rom gewesen, und was für exzentrische Gedanken hatte man dort aufkommen lassen, um den unleidlichen Bundesgenossen wieder abschütteln zu können. Hatte doch der Kaiser auch noch im stillen die Hoffnung auf die Erwerbung der ungarischen Krone nicht aufgegeben, wie vieles kam daher zusammen, um ihm in seinem „Sohne" Matthias, wie er ihn zärtlich zu nennen pflegte, einen Gegenstand der Sorge und des Grauens zu schaffen. Aber wenn auch der Ungarkönig Kaiser Friedrich mit gleicher Zärtlichkeit „Vater" nannte, so machte er sich doch über das Maß seiner Liebe keine Illusion. Offen brechen konnte er mit ihm nicht, um seiner Endabsichten willen, aber ihm Verlegenheiten zu bereiten und kärntische und österreichische Aufrührer zu reizen und im Geheimen zu fördern, das ließ er sich nicht nehmen. Auch daß die Türken kleine Vorwellen ihrer Scharen bis über die österreichische Grenze warfen, beunruhigte sein christliches Gemüt nur wenig. Endlich aber kam das schleichende und verhohlene Mißverhältnis doch zum Ausdruck. Auf dem sogenannten „Wiener Kongreß" im Februar 1470 scheinen „Vater" und „Sohn" mit einander Abrechnung gehalten zu haben. Wie weit die Forderungen des Ungarn gegangen waren, ist noch nicht genügend aufgehellt, aber soviel weiß man, daß die beiden Monarchen „ohne End" [1]) und in heller Feindschaft von einander geschieden sind, und daß von da an weder von einer Verheiratung des Matthias mit der Kaisertochter Kunigunde, noch von dem römischen Königtum desselben die Rede ist.

1) Zu dem bei Teleki IV, 164—171 und Palacky IV.2, 628 Zusammengestellten kommt nun noch das Schreiben des Rats von Eger, bei Bachmann, Urkunden und Aktenstücke in Fontes rer. Austr. XLII, no. 368. p. 491.

Mitten in diesem politischen Mißerfolg soll Matthias, wie erzählt wird, noch einen kleinen persönlichen Verdruß gehabt haben, der für uns ein gewisses charakteristisches Interesse hat. Am Kaiserhofe hielt sich nämlich seit einigen Jahren ein polnischer Ritter, Rafael Leszczynski auf, der in dem zu Ehren des Ungarkönigs in Wien abgehaltenen Turnier die Auszeichnung hatte, mit Matthias zu stechen und ihm eine Schramme an der Stirn beizubringen. Den König soll das sehr verdrossen haben. Aber wie viel mehr würde er sich geärgert haben, wenn er gewußt hätte, daß, während er zu Schiffe die Donau hinab in sein Reich fuhr, eben dieser selbe Rafael Leszczyński nach Polen eilte, um im Auftrage des Kaisers die durch Stanislaw Wiślicki gemachten Eröffnungen und Erbietungen mit der freudigsten Zustimmung zu erwidern. Der Kaiser ergriff die hingehaltene Hand mit Eifer und meinte, daß es nicht mehr nötig sei, durch namenlose Unterhändler zu verkehren, er wünsche eine solenne und berufene Gesandtschaft, und eine solche ging denn auch alsbald unter Führung der Palatine Stanislaw Ostrorog von Kalisz und Dzierslaw Rytwianski von Sandomir nach Österreich ab.

Kurz nach dem eben erwähnten „Wiener Kongreß", in welchem der Bruch zwischen Matthias und dem Kaiser erfolgt, und für die Kurie in Rom, die sich in dem Hin- und Herhandeln, bald mit Polen, bald mit Ungarn, gleichsam auf zwei Stühle gesetzt hatte, die Besorgnis entstanden war, daß sie am Ende bald gar keinen Vorkämpfer mehr gegen die Ketzer haben werde, erschien in Polen der das Jahr vorher zugesagte, eigene Legat in der Person des Bischofs Alexander von Forli. Was er in dem eben grade stattfindenden kleinpolnischen Landtage im Namen des Papstes vorbrachte, war hohl und im Verhältnis zur Lage der Dinge nur Redensart. Der Papst erkenne zwar die polnischen Erbansprüche an, könne aber auch Matthias nach seinen Verdiensten um die katholische Sache nicht einfach beiseite schieben. Man solle suchen durch Verschwägerung mit ihm ins Reine zu kommen. Übrigens, setzte der Legat hinzu, liege das polnische Interesse dem Papste so sehr am Herzen,

daß er dem Legaten erlaubt hätte, wenn es die Geschäfte erforderten, selbst mit Georg, dem Ketzer, in Berührung zu treten. Damit war nun freilich nicht viel anzufangen, und wenn der Legat nicht in den anderweitigen Unterredungen während des Sommers entgegenkommenderes zu bieten hatte, dann waren die hochgespannten Hoffnungen auf den Ausspruch Roms, auf welchen der letzte Reichstag verwiesen hatte, allerdings getäuscht. Indes ließ sich doch zweierlei aus dem Vortrage des Legaten entnehmen: erstlich, daß die Kurie in das Legitimitätsprinzip im Sinne des polnischen Anspruchs gern zurücklenken würde, wenn sich eine Form der Abfindung für Matthias ermitteln ließe, und zweitens, daß der Papst in der Kompaktatenfrage nicht mehr von der absoluten Unerbittlichkeit sein würde, die er in den Höhepunkten des Kampfes kundgegeben hatte. Nur so läßt sich der Wink erklären, daß Kasimir die Verhandlungen mit Georg fortsetzen solle, in welchen gegebenenfalls der Legat selbst von der Rigorosität des Interdikts Abstand nehmen könnte. Also eine leise Andeutung, daß man eigentlich in Rom das Verfahren Polens billige, aber es aus Rücksicht auf Matthias nicht laut aussprechen dürfe.

Man war in Polen sehr beflissen, dem Legaten den Eindruck beizubringen, daß die Berichte eines Gabriel Rangoni oder des Rudolf von Rüdesheim übertrieben und unbegründet seien. Sein Einzug nach Krakau gestaltete sich zu einer großen Zeremonie. Noch sind uns die lateinischen Reden erhalten, mit denen die kleinen königlichen Prinzen ihn dankbar als den Sendling des Oberhaupts der Christenheit begrüßten [1]). Und als der Legat neben den großen politischen Anliegen noch ein kleinlich per-

1) Cod. epist. saec. XV, 338. Im Cod. 126, DD. XIII, 17 der Krakauer Bibliothek finden sich außer diesen Reden (p. 148): „orationes facte per mgstrm Petrum de Gaszowyecz de Loszmyerza medicine doctorem, regis Pol. phisicum et consulem Cracoviensem pro susceptione oratoris sedis apostolicae Alexandri de Forlivio". — und dann hernach (p. 152): „De valediccione Alexandri de Forlivio legati in pretorio Cracoviensi dicta." Peter Gaszowiec war eben damals Rektor der Universität.

sönliches des Papstes Paul II. anbrachte, welcher die Auslieferung des angeblich in eine Verschwörung zum Sturze des Papstes verwickelten Dichters und Humanisten Filippo Buonaccorsi, genannt Callimachus, fordern ließ, so kam man ihm auch darin entgegen, daß man die Sache beim Reichstage zu ungunsten des flüchtigen Litteraten entschied, der es lediglich dem bergenden Schutz des Lemberger Erzbischofs Gregor von Sanok zu danken hatte, daß er nicht in die Hände der römischen Inquisition kam. Auch dieser unbedeutende Zwischenfall hat sein charakteristisches für die Hauptfrage der Zeit. Notorisch hat Callimachus, der zuerst nach Cypern, Chios und Konstantinopel geflohen war, Polen nur aufgesucht, weil es damals durch seine Beziehungen zu Georg von Böhmen in dem Rufe stand, ein antipapistisches Land zu sein, und vielleicht ist die Entscheidung des Reichstags darum so „hart" ausgefallen, weil es in diesem Augenblicke besonders galt, solchen Meinungen entschieden entgegenzutreten [1]). —

Noch ein anderer bezeichnender Vorgang ist hier zu erwähnen. Natürlich hatte auch der „eigene" Legat die Bestätigung des Thorner Friedens zum Verdruß des Königs nicht mitgebracht. Denn wie hätte man sich in Rom entschließen können, ein so bequemes Kampfmittel ohne Not aus Händen zu legen? Die Polen versagten sich daher die Genugthuung nicht, vor dem Legaten eine Handlung zu inscenieren, die ihm bedeuten sollte, daß die Bestätigungsfrage immer mehr an Bedeutung verliere, je länger sie verzögert und je mehr sie durch den Fortbestand der Thatsachen überholt würde. Den nach dem Tode Heinrichs von Plauen zum Hochmeister des Ordens erwählten Heinrich von Richtenberg ließ man gewiß nicht absichtslos vor dem Legaten den Huldigungseid in die Hand des Erzbischofs von Gnesen schwören, um dann angesichts dieses Vorgangs mit um so größerem Nachdruck dem Bischof von Forli die Bitte ans Herz zu legen, daß er dem Papste die endliche formale An-

1) Vgl. Zeißberg, Poln. Geschichtschreibung im Mittelalter, S. 354, und Acta Tomiciana I appendix.

erkennung des Friedens dringend anempfehle [1]). — Übrigens schien doch der Legat den Aufgaben seiner Sendung nicht ganz gewachsen oder nicht ausreichend bevollmächtigt zu sein, denn der Reichstag vom November 1470, bei welchem alle diese Dinge geschahen, beschloß eine neue Gesandtschaft nach Rom abgehen zu lassen, um die definitive und unbedingte Anerkennung des polnischen Erbanspruchs in Böhmen durch die Kurie auszuwirken.

Von diesem noch in anderen Hinsichten sehr bedeutungsvollen Reichstage wird noch weiter zu reden sein. Zuvor aber müssen noch die mannigfaltigen Wandlungen berichtet werden, die sich in den Monaten vor demselben gebildet hatten, namentlich inbezug auf König Georg. Da die große böhmische Deputation von dem polnischen Reichstage 1469 wieder nichts als eine Gesandtschaft (Stanislaw Wątrobka und Nikolaus Skop) und keine strikte Zusage einer wirklichen Waffengemeinschaft mitgebracht hatte, so werden die polnischen Sendboten wohl kaum in Prag mit gewohnter Wärme empfangen worden sein. Die Beziehungen Georgs zu Polen mußten in dem Maße sich abkühlen, als seine Erwartungen auf materielle Hülfe immer geringer wurden, und von einer Vermählung seiner Tochter Ludmila mit dem präsumierten Thronfolger kaum noch die Rede war. Übrigens hatte sich seine Lage dermaßen gebessert, daß er schwerlich noch geneigt sein mochte, wegen der „Gemeinschaft der Zunge", die für ihn so unfruchtbar geblieben war, jedes Opfer zu bringen. Der günstige Ausgang des mährischen Feldzuges im Herbst 1469, die Siege seines Sohnes Heinrich hatten überall das Staunen darüber erweckt, daß „der Ketzer noch so viel Macht habe". Man fing in der katholischen Liga an zu überlegen, wie weit man in den drei Jahren des verheerenden und verwüstenden Krieges gekommen war. Die Einsicht des Mißerfolgs begann die im Fanatismus der Breslauer Tagesatzung von 1467 zusammengeschlossenen Glieder der Liga zu lockern. Das Mißtrauen drängte sich in die Fugen. Der

1) Voigt, Geschichte Preußens IX, 36.

Herrenbund hatte für die „Landesfreiheit“ bei der Rebellion nichts gewonnen. Die Katholiken, ja selbst Rudolf von Rüdesheim, fanden den Ketzerkönig, der doch im Grunde unaufhörlich die versöhnliche Hand des Papstes suchte, nicht mehr so höllenmäßig unnahbar wie ehedem. In den Städten schuf der reißende Verfall des Verkehrs und des Wohlstands eine Beängstigung und Beklommenheit, die zu der Überlegung führte, ob man weise gehandelt, als man sich in solche Wirrnisse geworfen. Vornehmlich aber in Breslau, wo der Pöbel souverän bis dahin die Entschließungen des Rats diktiert hatte, nahmen die Gefühle der Furcht und Besorgnis einen fast fieberhaften Charakter an. Mit Entsetzen vernahm man, daß die Verbindung des Ketzers mit Polen eine fertige Thatsache wäre, und der „Schrecken“ ließ die Übertreibung des Gerüchts um so weniger erkennen, als die furchtbarsten Anzeichen, die Wahl des Prager Landtags von 1469, dasselbe zu beglaubigen schienen. Breslauer Kaufleute wurden schon in Polen aufgegriffen und niedergeworfen; die dortigen Werbungen für Breslau hörten auf, die Zufuhren wurden abgeschnitten. Polen, Russen, Litauer sah man nicht mehr auf dem Breslauer Markte. Wenn sich das polnische Handelsgebiet gänzlich schloß, dann war es geschehen um die blühende Hauptstadt Schlesiens [1]). Von den verschiedensten Seiten trat man schrittweis dem Gedanken näher, einen Frieden mit dem „Abgesetzten“ zu machen, oder wenigstens das Zugeständnis der Neutralität zu erlangen. Auf Matthias setzte man nur noch wenig Hoffnung, und es erschien doch fraglich, ob selbst sein endlicher Sieg und Triumph die unerträgliche Lage, die nicht bloß von einem einzigen Punkte der Entscheidung abhängig war, wesentlich verbessern würde.

Je mehr sich aber Georg dieser allmählich wieder anwachsenden Stellung bewußt wurde, desto mehr bemächtigte sich seiner der Wunsch einer schwer treffenden Vergeltung gegen Matthias. Nicht bloß dessen böhmische Wünsche, auch seine Träume vom römischen Königtum sollten ihm zerrüttet werden, und wenn

1) Vgl. Eschenloer, ed. Markgraf, S. 216. 218. 221.

darüber das ganze heilige römische Reich in Trümmer ginge. Gleichviel ob die Durchführung seiner Idee die Absetzung des Kaisers oder die Ausscheidung Böhmens aus dem Reichsverband bedingen sollte, er war entschlossen, jede Rücksicht hinter sich zu werfen. Der Herzog Karl der Kühne von Burgund war sein Kandidat. Es war die merkwürdigste Wendung, daß er sich des Fürsten zum Sturze des Kaisers bedienen wollte, mit dem einst der Kaiser ihn selbst an die Wand zu drücken versucht hatte, und dem auch noch der Papst, trotz aller seiner Freundschaft für Matthias, das römische Königtum hatte zuwenden wollen [1]). In diesem großen Gegenzuge des Böhmenkönigs gegen die bisherige Koalition des Kaisers und Papstes mit Matthias von Ungarn spielten unter den zur Zeit vorherrschenden Stimmungen die Rücksichten auf Polen keine Rolle. In Prag erklärte man grade heraus, die mit Polen eingeleiteten Verbindlichkeiten böten kein Hindernis. „Wenn Georg wolle, hätten sie ein Ende.“ [2]) — Wie für Deutschland und den Kaiser, so war es für Polen und seine böhmischen Anliegen ein unermeßlicher Vorzug, daß der extreme Plan Georgs nicht zur Vollendung gelangt ist. Kam die beabsichtigte Zersetzung des Reiches in Gang, dann flog der Erbanspruch des luxemburgischen Blutes in eitel Dunst auf. Nicht um das letztere zu verhüten, wohl aber aus Sorge um das Reich nahm sich Albrecht Achill der Vermittelung an. Er eilte im Juli 1470 zum Kaiser, und unter denjenigen Elementen, welche besonders geeignet schienen, seinem Zwecke, der Vereitelung des Umsturzes der politischen Grundlagen des deutschen Reiches, dienstbar zu werden, trat ihm als besonders entwickelungsfähig die begonnene Annäherung des Königs Kasimir an den Kaiser entgegen. Diese mußte gepflegt werden.

Ein förmlicher Diplomatenkongreß fand da in den Julitagen 1470 zu Villach um den Kaiser statt. Neben dem Markgrafen

1) Bachmann, Urkk. und Aktenstücke in Fontes rer Austr. XLII, no. 365.

2) Droysen, Geschichte der preuß. Politik II. 1, 367.

Albrecht, dem Erzherzoge Sigmund von Tirol, den Vertretern des Burgunders, der Sachsen und anderer deutscher Fürsten saßen auch die Räte des Königs von Polen. So wenig wir auch von den Verhandlungen dieser Versammlung wissen, so lassen sich doch die vorwaltenden Ideeen mit einiger Sicherheit feststellen. Darin jedenfalls waren die Anwesenden einig, daß König Georg bis zu seinem Lebensende im Besitz des böhmischen Thrones bleiben müsse, und daß dem Ehrgeiz des Ungarkönigs Einhalt zu gebieten, oder wie man sich ausdrückte, „eine Schlinge zu streichen sei“ [1]). Hier endlich faßte man die Beziehung Kasimirs zu Georg auch in dem Sinne auf, wie sie jederzeit von dem ersteren gemeint war, und durch Polen ganz vornehmlich gedachte man Matthias von allen Seiten in die Enge zu treiben. Auch dieses Mal war wiederum eine Expedition nach Ungarn durch die Moldau ins Auge gefaßt. Aber was wohl niemals in ein Protokoll niedergeschrieben wurde, ist hier sicherlich zwischen dem Kaiser und den Polen vereinbart worden, nämlich dem Ungarkönige in das eigene Land Unruhe und Empörung zu werfen, die Unzufriedenen zu unterstützen, seine Anhänger ihm zu entwinden. Wenn es nicht zu modern klänge, könnte man von diesem Villacher Kongreß sagen, daß er gegenüber den aus der Revolution hervorgegangenen Königen von Böhmen und Ungarn das Legitimitätsprinzip wieder anerkannte und in Ungarn die Kontrerevolution zu erregen nnd zu begünstigen beschloß. Für die Pacifikation Böhmens sollten Kasimir und Georg, für die Umwälzung in Ungarn Kasimir und der Kaiser ihre Hände rühren. Die Bedenklichkeiten, welche noch aus dem Interesse des Papstes für Matthias entspringen mußten, und die durch die halben und versteckten Andeutungen des Legaten Alexander von Forli doch nur teilweise entkräftet wurden, traten fast ganz zurück, als die Schreckensnachricht Europa durchzitterte, daß die Türken sich der Insel Negroponte bemächtigt und so mitten in dem italischen Seeherrschaftsbereich

1) Gmeiner, Regensburger Chronik III, 471. Janssen, Frankfurter Reichskorrespondenz II, 412.

Fuß gefaßt hätten. Wie hätte man unter solchem Andrang zweifeln mögen, daß auch der Papst darein willigen werde, Matthias von seinem nach dem Westen gerichteten Ehrgeiz zurückzurufen. Jedenfalls empfing die polnische Regierung von dem Villacher Tage einen ganz außerordentlichen Antrieb. Noch einmal begaben sich Jakob von Dębno, der Kanzler, und Stanislaw Szydłowiecki, der Kastellan von Zarnow, nach Böhmen. Sie trafen den König im Lager bei Malenowic (11. August). Während Polen diplomatisierte und mit dem Kaiser dem Ungarkönige „Schlingen strich", hatte dieser mit Georg gekämpft. Seit dem Frühjahr rangen sie miteinander fast Mann an Mann. Zu Schlachten und entscheidungsreichen Treffen kam es nicht, aber Schritt um Schritt suchten die Gegner sich den Boden streitig zu machen. Man hat den Eindruck, als ob man Scenen aus dem Shakespeare vor sich sieht, wenn man liest, wie die beiden Fürsten, welche ihrem Herkommen, ihrer Stellung und ihrer Begabung nach mehr als irgendwelche andere in Europa zu einem engen Anschluß aneinander berufen waren, bei Brünn mit ihren Heeren sich gegenüber lagern, und König Georg in einer Aufwallung von Romantik den ehemaligen Freund und Eidam zum Zweikampfe herausfordert. Matthias nahm ihn nicht an [1]), man kämpfte fort. Wieder einmal gelang es Matthias mit seinen Heersäulen bis in das eigentliche Böhmen vorzudringen, aber da trat ihm gar ein Heer entgegen, an dessen Spitze ein Weib, die Königin Johanna von Böhmen stand, um den heimischen Boden zu verteidigen. Die ganze Familie Georgs steht wider Matthias im Felde, der Vater, die Mutter, der Sohn, Prinz Heinrich. Von allen Seiten gedrängt, in ausgesogenem und ausgebranntem Lande, „wo man

1) Der Legat Lorenzo Rovarello ist der Meinung, daß die Herausforderung nur ein Vorwand Georgs gewesen sei, um eine persönliche Zusammenkunft mit Matthias zu erlangen. Er gesteht selbst zu, deshalb die Annahme hintertrieben zu haben. Theiner, Mon. Hung. II, no. 603, p. 422, wo alle Vorgänge seit dem Wiener Kongreß kurz rekapituliert werden.

für einen Trunk Bier eine Kuh kaufen kann“.[1]), halb verraten schon von seinen eigenen Baronen, kann Matthias sich nicht halten. Als die Herbstnebel anfingen dichter zu werden, eilt er wieder in sein Ungarreich zurück, ungeschlagen und doch beinahe wie flüchtig. Dort wühlen bereits die polnischen und kaiserlichen Agenten, und auch dort wird die Rede laut von einem polnischen Prinzen mit luxemburgischem Blute in den Adern, der dem „Uffgeruckten“ entgegenzustellen wäre.

Im Lager zu Malenowic waren, wie gesagt, die polnischen Gesandten bei Georg eingetroffen. Ob sie in der That, wie von polnischer Seite berichtet wird, schon jetzt ihm eine Cession des Reiches und eine Eventualkrönung des Prinzen Wladyslaw zugemutet haben, muß dahingestellt bleiben. Da alles das, was man in Villach geplant, noch auf dem Papiere stand, so hatten die Polen wohl noch nicht das Recht zu solcher Dringlichkeit. Jedenfalls führten die Gesandten gegenüber dem Führer des Herrenbundes eine so hohe Sprache, als ob sie schon die Herren im Lande wären. Als sie Zdenek Sternberg auf seine eigenen früheren Bestrebungen, Polen und Böhmen „in Liebe und Eintracht zu vereinen“ in vorwurfsvollem Ton hinwiesen, erwiderte der stolze Magnat, daß eben die Dinge sich geändert hätten und zwar nur durch die Schuld der Polen. Die Liga wäre ihnen ehemals weit genug entgegengekommen[2]). Aber was Georg selbst den Gesandten zum Bescheide gab, wissen wir nicht. Wie immer er auch über die intrigante Politik des Villacher Kongresses denken mochte, eins mußte ihn mit großer Genugthuung erfüllen, die Überzeugung, daß die Kurie nunmehr anfange von der Starrheit der unbedingten Ablehnung zurückzuweichen. Die Zuversicht, daß er doch noch seinem Vaterlande die Kirchenfreiheit, soweit sie durch die Kompaktaten umfaßt wird, gerettet hinterlassen werde, fing an sich aus allem Leid seiner Stellung und aus dem Haufen seiner gebrachten Opfer

1) Eschenloër, ed. Markgraf, S. 232.

2) Schreiben der Polen und Antwort Zdeneks, in Eschenloër, ed. Kunisch, S. 207 ff.

emporzuringen. Das ist der Punkt, in welchem ihm die Freundschaft der Polen wertvoll und fruchtbar ist. Die Aussöhnung mit dem Papste auf dieser Grundlage hat er, wie er einem solcher Schlichtung des Kirchenstreits zugethanen Kardinal schreibt, dem Könige Kasimir vertrauensvoll in die Hände gelegt [1]). Allerdings stand die Kurie an Zweideutigkeit der weltlichen Diplomatie der Zeit in keiner Weise nach. Während die Verhandlungen bei Malenowic doch einer ausdrücklichen Anregung ihres Legaten Alexander von Forli entsprangen, der eventuell sogar selbst zu Georg sich zu begeben den Auftrag hatte, erhob der Papst, als die Denunziation derselben durch Lorenzo Rovarella und Gabriel Rangoni nach Rom gelangte, ein lautes Zorngeschrei darüber, daß ein christlicher König mit dem Gebannten und Verfehmten in Verbindung getreten sei [2]). Seit Jahren wußte man in Rom, daß Polen sich durch den Bann nicht habe abhalten lassen, mit Georg in nahem Verkehr zu bleiben, und mit einem Male gab man sich den Anschein, aufs tiefste entrüstet und verletzt darüber zu sein. Dieser papierene Zorn, den man weder in Prag noch in Krakau ernst nahm, hatte sichtlich nur den Zweck, den König Matthias, den auch der Papst ebenso wie der Kaiser zu verraten und um das Ziel seines Strebens zu täuschen gesonnen war, zu beruhigen und als treuen Schildknappen der Kirche zu erhalten.

Inzwischen war die polnische Diplomatie auf allen geeigneten Punkten von einer ungemeinen Rührigkeit. Wir begegnen polnischen Gesandten beim Kurfürsten Albrecht von Brandenburg, beim Herzog Albrecht von Sachsen; aber am erfolgreichsten waren sie beim Kaiser Friedrich, denn am 10. Oktober erlangten sie von demselben in Gratz nicht bloß einen förmlichen Bündnisvertrag, sondern sogar, was bei diesem geizigen Monarchen fast

1) Urkundl. Beiträge in Fontes rer. Austr. XX, no. 528, p. 639.

2) Theiner, Mon. Hung. II, p. 415, no. 591—593. Der Papst thut so, als hätten die polnischen Gesandten ohne Instruktion des Königs auf eigene Hand die Hoffnung auf Bestätigung der Kompaktaten ausgesprochen. Der Brief an Kasimir auch bei Dogiel, Cod. dipl. I, p. 21, und Raynaldi, s. a.

noch mehr sagen wollte, eine Obligation, nach welcher er sich bis zu Weihnachten als erste Rate auf die vom Hause Österreich noch schuldige Mitgift der Königin Elisabeth 32000 Dukaten zu zahlen anheischig machte. Der Bündnisvertrag [1]) ist in seinem Wortlaute freilich farblos und formelhaft, und wenn König Kasimir ihn darum nicht ratifizierte, weil Friedrichs Titel als „König von Ungarn, Kroatien und Dalmatien" den polnischen Erbansprüchen auf Ungarn, welche der Jagiellonide damals geltend zu machen im Begriff stand, präjudizierlich schien, so verkümmerte das doch nicht die mit dem Kaiser geknüpften Beziehungen, und für den Reichstag des November 1470 brachten die unterrichteten polnischen Staatsmänner die stolze Überzeugung mit, daß „der Papst und der Kaiser und die übrigen Könige und Fürsten des Erdkreises das Erbrecht der polnischen Prinzen bereits mit großem Eifer anerkennen" [2]).

Dieser große Reichstag, von welchem wir einige Vorgänge, wie die Ehrung des Legaten Alexander von Forli, die Preisgebung Filippo Buonaccorsis und die Huldigung des neuen Hochmeisters bereits erwähnt haben, war auch in anderer Beziehung von außerordentlichem Interesse. Zunächst war es höchst bedeutsam, daß die Großpolen sich an demselben nicht beteiligten, weil sie, wie Długosz angiebt, der beabsichtigten außerordentlichen Beschatzung ihre Zustimmung nicht geben wollten. Nichtsdestoweniger erfolgte doch in Piotrkow einer der bedeutsamsten Akte der Regierung Kasimirs. Die im Jahre 1453 nur mit dem „kleinen" Siegel ausgefertigte Bestätigung der polnischen Privilegien wurde nunmehr mit dem „großen" ausgefertigt [3]). Es

1) Dogiel, Cod. dipl. I, p. 163, no. 13, und p. 164, no. 14.

2) Cod. epist. saec. XV, p. 243, no. 216. Daß dieser höchst interessante Brief Długosz's an den Breslauer Domherrn Nikolaus Merboth gerichtet ist, schließe ich aus dem Cod. 515, DD. VIII, 10 der Krakauer Bibliothek, in welchem sich p. 333—379 findet: „Opusculum dni Pogii Florentini de miseria conditionis humane, cujus prohemium incipit, transmissum illustrissimo principi dno Wladislao smi dni regis Pol. primogenito per N. Merboth canonicum Wratislaviensem." Für die Sendung dieses Cod. dankt eben Długosz in dem citierten Briefe.

3) Voll. Legg. I, 103. Cod. epist., no. 217.

ist kein Zweifel, daß sich unter diesem Vorgange der Abschluß von innern Kämpfen birgt, die uns nur der leidige Mangel an Quellen nicht zu durchschauen vergönnt. Damit war eine Beschwerde des Adels beseitigt, die gar oft einen Schatten in das Verhältnis zwischen König und Volk geworfen hatte. Zugleich wurden die Finanzkräfte des Landes aufs äußerste gespannt, um die aus dem preußischen Kriege noch drückenden Schulden an die Söldner gänzlich [1]) zu tilgen. Man sieht aus allem dem, daß beim Reichstage das Bewußtsein vorwaltete, daß ein Wendepunkt in der Politik bevorstehe, daß man von dem Boden der bloßen Abreden und Verhandlungen auf den der That überzugehen im Begriff sei, zu welcher alle Mittel und Kräfte in Bereitschaft gesetzt werden müßten.

Während nun die Agenten Kasimirs und des Kaisers in Ungarn wühlten, und an den Südgrenzen die Zeichen des Andrangs der Türken nach Kroatien, Steiermark und Friaul immer bedrohlicher und fühlbarer wurden, während also die Unzufriedenheit im Lande und die Gefahr nach außen täglich zunahmen, während selbst die katholische Liga sich nach Frieden sehnte, und der Herrenbund trotzig zu werden anfing [2]), sah Matthias den Lohn seiner Opfer sich immer ferner aus den Augen gerückt, und am Ende mußte ihn doch auch das Mißtrauen gegen den Papst, seine einzige Stütze, erfassen, da die fort und fort dringlich begehrte Bestätigung der Olmützer Wahl unter Vorwänden und schönen Worten versagt wurde. Was sollte dem Matthias, dem Freunde der skeptischen Humanisten der geweihte Hut und Degen, den der Papst ihm damals zusandte? Die dazu mitgeschickten 18000 Dukaten nahmen sich wie ein Hohn aus, angesichts der Aufgaben, welche die Kurie ihm zumutete [3]). Eine Krone wollte er, und konnte er sie nicht vom Papste haben, dann vielleicht von dem Ketzer. So

1) „de finali solutione stipendiariorum . . . . provisurus.“ Cod. epist., p. 246, und das große Privileg daselbst no. 218.

2) Schreiben Georgs an Markgraf Albrecht, bei Bachmann, Fontes rer. Austr. XLII, no. 382.

3) Theiner, Mon. Hung. II, 417 sq., no. 594—596.

machte Matthias dem Böhmen direkte Friedensanträge. Auch er wollte sich mit der Anwartschaft der Nachfolge in Böhmen nach Georg begnügen, und zur Herrschaft gelangt, die Söhne desselben mit den Nebenländern ausstatten. Auch er machte sich anheischig, bei der Kurie die Anerkennung der Kompaktaten zu erwirken. Kurz, er acceptierte die wesentlichen Grundlagen des polnischen Angebots und bot im einzelnen nicht nur günstigere Bedingungen, sondern auch die Gewähr einer treueren und baldigeren Erfüllung [1]). Auch mit dem Kaiser hatte Matthias wieder angeknüpft, und die durch kaiserliche Sendeboten in Gran gepflogenen Verhandlungen verführten in Rom zu dem Glauben, daß zwischen dem Kaiser und dem Ungarn wieder ein vollständiges Einvernehmen und Bündnis abgeschlossen, oder wenigstens dem Abschluß nahe sei [2]). In den böhmischen Nebenländern würde bei der tiefen Erschöpfung, die dort eingetreten, und bei der Friedenssehnsucht, die sich auch bei den Heißspornen geltend machte, eine solche Lösung, welche aus den harten Gewissenskonflikten einen Ausweg zeigte, mit Jubel begrüßt worden sein. König Georg selbst wurde nachdenklich. Er sandte den Propst Paul von Zderaz zu dem in Litauen weilenden Kasimir, um ihn offen von der Sachlage in Kenntnis zu setzen [3]). Und auch der Prager Landtag vom 14. Februar

1) Das ist der Inhalt des sogen. „Tages von Polna", von dem nur bei Dlugosz XIII, 464 Nachrichten sind. Vgl. Palacky IV. 2, 656 die Anmerkung zu der Stelle.

2) Davon spricht Lorenzo Rovarella in seinem Bericht vom 3. Juni 1471 an den Papst, bei Theiner, Mon. Hung. II, 422, no. 603. Nur durch diese bisher übersehenen Verhandlungen in Gran wird das Gratulationsschreiben des Papstes vom 14. Januar 1471 über das angebliche Bündnis zwischen Friedrich und Matthias (bei Raynaldi s. a. 1471 und Theiner, Mon. Hung. II, 419, no. 597) erklärlich. — Bei der bodenlosen Flüchtigkeit der Theinerschen Editionen darf man sich nicht wundern, daß er den Namen des Kaisers, der in dem Brevenbuche Pauls II. vermutlich mit bloßem F. bezeichnet ist, ohne Zaudern überall mit Ferdinandus auflöst.

3) Die Sendung erfolgte vor dem Prager Landtage von St. Valentin, nicht nach demselben, wie Palacky IV. 2, 656 hat.

1471 schien Wohlgefallen an diesen Vorschlägen zu finden. Da war es eben hohe Zeit, daß die nach Rom beorderten polnischen Gesandten, wiederum der Kanzler Jakob von Dębno und der Abt Michael vom Kloster Mogila, auf ihrer Durchreise in Prag eintrafen [1]). Ihre Zusagen müssen diesesmal sehr definitiv gelautet haben, wenn der Landtag die ungarischen Propositionen vorläufig auf sich beruhen ließ, und König Georg die feste „Hoffnung aussprechen konnte, daß, wenn Matthias böhmisches Bier getrunken hat, er noch viel sicherer Ungarwein mit ihm trinken werde“ [2]). Alles kam darauf an, wer der Kurie das Zugeständnis der Kompaktaten abzugewinnen imstande sein wird.

Die verschiedenen Werbungen drängten sich jetzt in Rom. Im Namen des Kaisers, der mit Matthias in täuschende Verhandlungen wieder getreten war, weil er mit Hilfe seiner und der polnischen unterirdischen Arbeit in Ungarn auf seinen baldigen Sturz spekulierte, trat Thomas von Cilly auf. Was er vorbrachte, wissen wir nicht. Dem Markgrafen Albrecht von Brandenburg hatte er versprochen, für die Aussöhnung König Georgs mit dem Papste zu wirken [3]). Für den von allen Seiten hintergangenen Matthias sprach ein Gesandter Ladislaus (von Gerben) neben dem anwesenden Minoriten Gabriel Rangoni. Für Polen trafen bald die oben erwähnten Sendboten ein. Auch von Gesandten Albrechts von Sachsen, der trotz Bann und Interdikt seine Tochter Katharina mit Georgs jüngstem Sohne Hynek eben in jenen Tagen vermählt hatte, hören wir, und vermutlich waren auch solche von Baiern anwesend. So entgegengesetzt auch die Anliegen aller dieser Unterhändler und Petenten waren, darin stimmten sie alle überein, daß jede weitere Aktion in der böhmischen Sache, in welcher Richtung sie sich auch bewegen mochte, von der Nachgiebigkeit

1) Der bei Jordan, Königtum Podiebrads, S. 456, abgedruckte Brief des Jakob von Dębno an den Rat von Zwickau gehört wohl ins Jahr 1469, nicht 1471.

2) Fontes rer. Austr. XLII, no. 382, p. 512.

3) Ibid., no. 383.

des Papstes in der Kompaktatenfrage abhängig sei. Zu wessen Gunsten dieses Zugeständnis gemacht werden würde, das lag noch verborgen. Immer ist es ein Zeichen, daß die Kurie einen vollen Umschlag oder eine Wendung ihrer Politik im Sinne hat, wenn sie neue Legaten für eine Sache schickt, in der schon andere arbeiten. So wurde auch diesesmal der Kardinal Francesco Piccolomini von Siena zum Regensburger Reichstage mit dem Auftrage der Schlichtung der böhmischen Frage abgesandt. Es thut der Überzeugung, daß Franz von Siena mit milderen Instruktionen versehen war, durchaus keinen Abbruch, daß der Papst sich bei Rovarella, dem bei Matthias beglaubigten Legaten, davor verwahrt, daß diese Mission „mit einer veränderten Gesinnung in der böhmischen Sache interpretiert werde“ [1]). Rovarella wird es schwerlich geglaubt haben, aber er gab die Lüge weiter. Denn als der ungarische Gesandte Ladislaus mit Gabriel Rangoni zurückgekehrt war, ohne dem Matthias die Bestätigung der böhmischen Königswahl mitgebracht zu haben, so log der Legat, „damit alles nach Wunsch ginge und die Gemütlichkeit nicht gestört würde“, dem Könige vor, er sei „autorisiert, nach Maßgabe der Dringlichkeit und des Vorteils der Lage“ die Konfirmation der Wahl zu erteilen [2]).

So weit war die Kurie damals allerdings noch nicht gegangen, wie die sächsischen Gesandten nach ihrer Heimkehr vorgaben. Sie sollen nämlich erzählt haben, daß sie nicht bloß eine von der Hand des Papstes Paul unterzeichnete Bestätigung der Kompaktaten, sondern auch einen förmlichen Friedenstraktat mit Georg, durch welchen derselbe wiederum in seinem Königtum anerkanntwürde, und zugleich eine Absolution für Gregor von Heimburg mitgebracht hätten. „So unbeständig und so wetterwendisch sind wir nicht,“ versicherte der Papst, „wie konntet ihr nur so etwas glauben?“ König Matthias und der Legat Rovarella hatten es aber doch für glaublich gehalten und waren darüber nicht wenig erschrocken [3]).

1) Theiner, Mon. Hung. II, 420, no. 599.
2) Ibid., p. 422, no. 603.
3) Ibid., p. 424, no. 606.

Was aber, fragen wir, hatten die polnischen Gesandten ausgerichtet? Der Papst Paul ist sehr besorgt, daß auch die Polen „plaudern könnten“ [1]), und er stellte daher den ganzen Gang der polnischen Negotiation freilich nur in der Färbung, welche zur Rechtfertigung vor Matthias dienen sollte, folgendermaßen dar: „Über die böhmischen Angelegenheiten haben sie mit uns gar nicht verhandelt, obwohl sie allerdings bei ihrer ersten Audienz etwas darüber gesprochen haben. Denn die Nachricht vom Tode Jirsiks durchkreuzte die Bestrebungen, mit welchen sie beauftragt waren. Sie handelten über den preußischen Frieden, über den ermländischen Bischofstreit und einige andere Dinge, die wir erledigten, weil schon viermal durch ansehnliche Botschaften darum gebeten worden war. Aber die preußische Angelegenheit haben wir in statu quo gelassen“. Erst im Augenblick der Abreise der Gesandten, als die Dinge in Böhmen eine völlig andere Gestalt angenommen hatten, wäre auch die böhmische Frage erörtert worden [2]).

Die Nachricht war zuverlässig. Am 22. Februar war in der That König Georg gestorben, und für Polen war nun der Moment eingetreten, der seit 13 Jahren dort schon ins Auge gefaßt war.

1) „quidquid ipsi fortassis dicturi sunt.“
2) Theiner, l. c. II, 426, no. 610.

Drittes Kapitel.

Die Jagielloniden in Böhmen und in Ungarn. Die Konferenzen von Neiße und Troppau.

Wenn man dem Berichte des Propſtes Paul von Zderaz, der von König Georg in der Regel zu den Botſchaften nach Polen verwendet worden und noch im Anfang d. J. 1471 dem Könige Kaſimir bis nach Litauen nachgereiſt war, trauen darf, ſo hätte ſich in Polen, Rußland und Litauen ein allgemeines opferfreudiges Intereſſe für die im weſentlichen doch nur rein dynaſtiſchen Beſtrebungen des Königs um die Einſetzung ſeines älteſten Sohnes in die böhmiſche Herrſchaft kundgegeben. Man habe in allen Landſchaften dem Könige eine Quote von Steuern bewilligt, ſo hoch wie nie zuvor. Vornehmlich aber fiel ihm der Accent auf, welcher auf die „Einheit" von Böhmen, Polen, Ruſſen, Litauern gelegt würde. Es iſt kein Grund vorhanden, die Angaben des böhmiſchen Propſtes in Zweifel zu ziehen. Die Idee der ſlawiſchen Gemeinſchaft hatte ſchon bei Lebzeiten Georgs zu der vorläufigen Wahl des Prinzen Wladyslaw durch die ſlawiſch-utraquiſtiſche Partei Veranlaſſung gegeben, und dieſelbe Idee, oder wie Gregor von Heimburg es ausdrückte, „die Gemeinſchaft wegen des Gezunges" beherrſchte, ſoviel ſich überſehen läßt, die Entſcheidungen in Böhmen auch nach ſeinem Tode. Unſere Aufgabe iſt es nicht, die böhmiſchen Vorgänge in ihren Einzelnheiten darzuſtellen. Wir haben nur diejenigen Seiten hervorzuheben, welche Polen berührten, und in dieſer Richtung iſt an erſter Stelle zu betonen, daß der Geſichtspunkt, welcher ſeit vielen Jahren die polniſche Politik beherrſcht hatte, welcher der nächſte Antrieb ihrer Bewerbung geweſen und das überall hervorgekehrte Argument ihrer Berechtigung dargeſtellt hatte, — der Erbanſpruch — ganz und gar nicht ins Gewicht fiel und vielmehr lediglich zu einer rein ornamentalen Phraſe der Ge-

ſandteureden herabſank. Nicht weil das Blut der Luxemburger in ſeinen Adern floß, war Prinz Wladyslaw der bedeutungsvollſte Kandidat für die Böhmen, ſondern, wie es ja auch ſchon der Prager Landtag vom Bonifazius-Tage 1469 bei der Vorwahl deſſelben ausgeſprochen hatte, vor allem ſeine Teilhaftigkeit an der „Gemeinſamkeit des Gezunges“. Sein Slawentum gab ihm ein Übergewicht, das alle politiſchen und wirtſchaftlichen Vorteile, die von anderen geboten wurden, weit in den Schatten drückte. Allerdings nur bei derjenigen Partei, welche in Prag vorherrſchte. Die früheren Ligiſten, der Herrenbund, die Katholiken, die Leute deutſcher Zunge ließen ſich freilich von andern Beweggründen leiten. Auch ſie waren wohl bereit, die Olmützer Wahl von 1469 zu desavouiren, aber allerdings nur in der Hoffnung, für Matthias auch die Gegner zu gewinnen. Darin alſo kamen beide Parteien überein, die Wahlen von 1469 als ungültig, unzureichend anzuſehen, ferner das Legitimitätprinzip aus dem böhmiſchen Staatsrecht auszuſcheiden und die freie Wahl der Stände als die einzige Unterlage eines rechtmäßigen Königtums anzuſehen. Das war das Ergebnis des am 30. April und 1. Mai abgehaltenen Parteienkongreſſes von Deutſch-Brod, das zugleich die Grundlage des von beiden Seiten acceptierten Wahllandtages von Kuttenberg bildete.

Andere Kandidaturen als die polniſche und die ungariſche kamen ernſtlich gar nicht inbetracht. Der Herzog Albrecht von Sachſen, deſſen Macht man ſich gern in den erſten Wochen des Interregnums bediente, um die Ordnung im Lande und in den Wahlgeſchäften zu ſichern, mochte wohl ſehr bald die Ueberzeugung gewinnen, daß der Strom der nationalen Antipathien für jeden Deutſchen unüberwindlich ſein würde. Daß man von Ludwig dem Reichen von Baiern und ſogar von Ludwig XI. von Frankreich ſprach, mochte wohl nur ſeinen Grund in finanziellen Spekulationen oder in Erinnerungen aus den Wahlwirren von 1458 haben. Auffällig aber bleibt es, daß ſich, ſoviel aus der mangelhaften und parteiiſch gefärbten Ueberlieferung zu erkennen iſt, doch verhältnismäßig nur wenige

men für die Söhne Georgs hören ließen. In der
hung war es doch nicht von geringer Bedeutung, daß
rin in der Gefangenschaft bei Matthias sich allmälig dem
dozen Bekenntnis zugewandt und von der Merkmalen
Stellung seines Hauses entfremdet hatte, daß Heinrich in
ngsten Beziehung mit Albrecht von Brandenburg und
k ebenso zu Albrecht von Sachsen stand, daß seine
die Aussicht auf eine Lösung der drohenden Wirren
i konnte. Die kluge und vorsichtige Zurückhaltung, der
ische Bedacht auf das öffentliche Wohl und die bekümmerte
:ung des eigenen Besitzes und Vortheils, durch ihre gehäufte
ltsamkeit, die Prinz Heinrich an den Tag legte, zeigen
o die Böhmen, wenn er auf die Nachricht der Verstorbene
ungekommen wäre, ihren besten Regenten hätten finden
n. Daß aber eben diese Rücksicht den wesentlichsten Inhalt,
rgiebt sich aus der Thatsache, daß das Uebergewicht des
esses einem Knaben von sechs Jahren anheimfiel.

Die polnischen Gesandten, welche dem Kuttenberger
landtage auftreten sollten, verhielten sich mäßig, spät
ten, erst im Anfang des Mai in Prag. Der Sprecher
Dobieslaw von Kurozwęki, der Wojewode von Lublin,
daher in der Regel Lublin gekannt, sich dictirte
[1]); ein überaus großer und stattlicher Mann [2]), ferner
l Balicki aus Krakau, dem Prager Kreise, und Martin
inowski, der gleichfalls im Südosten des Reiches, im
omirschen zu Hause war [3]). Alle drei kamen also aus
russischen Gegenden, wo der kleinrussische Dialekt ge
en wurde, der dem böhmischen viel näher steht und
der Sprache, als das polnische, und konnten also sein
inschaft der Zunge" noch deutlicher vergegenwärtigen.

1) Geschrieben im Cod. epist. saec. XV, 290, no. 220. Ich bezi
Es ist sub 1456 in die Kreditive [illegible]
dem mit der in Bonfini, Rer. Hung. dec., p. 573. Müller,
S. 66 Quellen zur Beschreibung des Landtages. Hochzeit
hat Ludwig bei Reiche, Sinapius
seiner Jugend verwahrlosten Gefangenen von Buda in der Lage,
türkische Sprache anzuleiten [illegible]

Schon in den Vorverhandlungen zu Prag erklärten die Gesandten neben den vielen einzelnen Versprechungen, die später in der Wahlkapitulation Gestalt gewonnen haben, daß der König von Polen für die Wahl des Prinzen sich verpflichte, auch außerhalb seines Landes zum Vorteil und Schutz der böhmischen Sache Krieg zu führen. Diese Versicherung war um so notwendiger, als die Abneigung des polnischen Adels, außerhalb der Grenzen des Landes das Schwert zu ziehen, bekannt gewesen sein wird. In dem Landeshauptmann von Mähren, Stibor Towačowsky von Cimburg fanden die Polen ihren eifrigsten Parteigänger, und Dobieslaw Lubelczyk seinen dienstfertigen Gehilfen. Seiner Eingebung war er gefolgt, als er den Versuch machte, den Prinzen Heinrich aus seiner Neutralität zu ziehen, aber ein gleicher Versuch war auch vom Könige Matthias durch den Prinzen Viktorin unternommen worden, und Heinrich begnügte sich, die Mitteilung von beiden zur Kenntnis des Kuttenberger Wahllandtages zu bringen. Hier waren die verschiedensten Parteien zusammengekommen, alle bewaffnet. Auch König Matthias hatte durch die Sendung einer Wahlbotschaft gezeigt, daß er bereit sei, die Vorgänge von Olmütz von vor zwei Jahren zu übersehen und neues Recht zu schaffen. Am 20. Mai hatte der Landtag begonnen, am 22. wurden die Polen gehört. Die Rede des Dobieslaw von Kurazwąki, welche uns erhalten ist [1]), dürfte freilich kaum so gehalten worden sein und manche Ueberarbeitung im humanistischen Geiste erfahren haben, aber sie berührt doch mit großer Geschicklichkeit alle diejenigen Momente, welche bei der Empfehlung des polnischen Prinzen geltend zu machen waren: das Erbrecht, die alten freundschaftlichen Beziehungen beider

1) Gedruckt im Cod. epist. saec. XV, 250, no. 220. Ich besitze eine Abschrift derselben aus dem Cod. Ottobon., no. 2068, p. 112 Sie stimmt mit der in Bonfini, Rer. Hung. dec., p. 573. Müller, Reichstagstheatrum II, 440. — Papée, Rozprawy akad. VIII, 446 vermutet mit Recht, daß sie aus dem Bonfini ausgeschrieben sein könnte. — Palacky führt Dinge aus der Rede an, die in dieser wenigstens nicht stehen. Welche andere ihm vorlag, ist mir unbekannt.

Reiche, die Ähnlichkeit der Sitten, die Verwandtschaft der Sprachen, die Teilnahme Polens für Böhmen in der Zeit der hussitischen Bewegung, die hohe Abkunft des Prinzen von Königen und Kaisern, seine treffliche Erziehung und Bildung, seine vielversprechenden Anlagen, und gegen Ende erst deutet sie in feiner Weise auf die eigentlich politischen Fragen. Wenn man an der Jugend und Unselbständigkeit des Prinzen Anstoß nehmen sollte, dann wäre ja nur das eine Bürgschaft mehr, daß die Böhmen sich selbst regieren werden. Die Furcht vor einem „Tyrannen" brauchten sie also nicht zu hegen, aber auch nicht vor kriegerischen Verwickelungen mit dem Auslande, denn „sein mächtiger Vater steht ihm zur Seite". Ebenso wenig dürften sie „Sekten- und Parteikämpfe" besorgen, denn der Papst und der Kaiser werden nicht entgegentreten, und wie sollten diejenigen nicht zustimmen, die mit uns „ein Geschlecht und dieselbe Nation sind, wie die Sprachverwandtschaft es ausweist. Ueberdies sind wir alle Christen und stehen beide unter dem Gesetz des Evangeliums, die Bekenntnisse und Sekten trennt doch nur ein geringer Unterschied, und dieser wird leichter durch Argumente als durch Waffen gehoben und ausgeglichen". — Mit leiserer Hand konnte die heikele Kompaktatenfrage wohl schon nicht gestreift werden. Von dem Könige Georg aber, und von der Wahl von 1469 ist in der Rede nicht die mindeste Andeutung gegeben. Nach ihr hat man den Eindruck, als handele es sich um eine Wahl nach dem Tode des Königs Ladislaus Posthumus. An ihn knüpfte die Werbung an, als ob dazwischen kein Regent gewesen wäre.

Die Wähler aber waren ja doch mit festen Entschließungen schon nach Kuttenberg gekommen. Für den König von Ungarn sprachen am folgenden Tage der Bischof von Erlau und selbst Viktorin, den er gesandt hatte, aber als die Ligisten das Übergewicht der utraquistisch-slawischen Partei bemerkten, verließen sie den Landtag [1]). Es war doch also nur wieder eine

1) Der Bericht von der ungarisch ligistischen Seite bei Jordan, Königtum Podiebrads, S. 518.

Partei, nicht stärker als die vom J. 1469, welche am 27. Mai in Kuttenberg den Prinzen Wladyslaw zum Könige von Böhmen ausrief. Die Kapitulation, zu welcher Dobieslaw im Namen des Prinzen seine Einwilligung gab, gesteht doch selbst gewissermaßen den unregelmäßigen Charakter der Wahl ein, insofern sie gleich im ersten Artikel die Versicherung ausspricht, daß dem Vorrecht Prags, des rechtmäßigen Orts der Königswahlen, durch die in Kuttenberg erfolgte Wahl kein Eintrag geschehen sollte. Im übrigen bestätigte der Prinz vor allem anderen die Kompaktaten, deren Anerkennung durch den Papst er betreiben wolle, denen aber vorläufig bei Strafe niemand entgegentreten dürfe. Ferner verpflichtete sich der Prinz, in Prag einen Erzbischof einzusetzen, der auf dem vollen Einverständnis mit den Kompaktaten stünde und sie als integrierenden Teil des Kirchenrechts ansähe. Diesen wichtigen Artikeln schlossen sich andere auf die Landesordnung bezügliche an, die für uns an diesem Orte kein Interesse haben. Nur was die Ausstattung der Söhne Georgs betrifft, ist insofern hervorzuheben, als die finanziellen Kräfte Polens für die Bezahlung der Schulden des verstorbenen Königs einzutreten hatten. Davon aber ist natürlich in dieser Staatsakte nicht die Rede, daß ein sich aus dem Vorgang entwickelnder Krieg auch auf die Schultern Polens fallen würde. Je mehr sich die hohe Wahrscheinlichkeit eines solchen herausstellte, desto mehr eilten die Kuttenberger ihre Errungenschaften unter Dach zu bringen. Eine ebenso zahlreiche als glänzende Deputation unter Führung Stibor Towačowskys traf am Sonntag den 9. Juni in Krakau ein. Am 13. empfing der König sie in feierlicher Audienz, am 15. erklärte Prinz Wladyslaw die Annahme der Böhmischen Krone, und am 16. wurde er in einer zahlreichen Versammlung polnischer und böhmischer Würdenträger [1]) zum Könige von Böhmen ausge-

1) Man wird bemerken, daß Długoš XIII, 467 übereinstimmend mit der Wahlkapitulation (Arch. česky IV, 451) die Anwesenheit des Erzbischofs von Gnesen und des Bischofs von Włocławek erwähnt. — Diese hatten sich auch in Radom tolerant gegen die Böhmen gezeigt. Man wird ferner bemerken, daß die ganze Zeremonie zwar „infra oc-

rufen [1]). Seine erste Ansprache an die Berufungsdeputation erfolgte in polnischer Sprache, und seine erste Königsurkunde — die Bestätigung der Wahlkapitulation — in lateinischer [2]). Die Gemeinsamkeit der Zunge war also lediglich ein ideeller Faktor.

Der große Geschichtschreiber Böhmens aus der neusten Zeit, dem das Herz höher schlägt bei jeder Spur einer panslawistischen Regung in der Geschichte, ist in Zweifel darüber, ob jemals „Kapitulationspunkte von solchem Gewichte und so ausnehmender Schwierigkeit mit größerer Leichtfertigkeit gefordert oder zugestanden wurden", denn wenn selbst beide Teile sich mit einer bloßen Negoziation in der Kompaktatenfrage auch ohne Erfolg abgefunden zu haben glauben mochten, so war doch „die Regierung Władysławs durch die übernommene Verpflichtung gleich im Anfang auf ungangbare und beinahe hoffnungslose Bahnen geraten". [3]) — Von einem anderen Gesichtspunkte aus urteilt der polnisch-nationale Geschichtschreiber des fünfzehnten Jahrhunderts fast ganz ebenso: „Es war doch ein unüberlegtes Versprechen," meint er, „daß der König die Schulden des böhmischen Reiches auf sich zu nehmen zusagte, in dem Glauben, daß sie nicht zu groß wären" [4]). Die Unbesonnenheit erscheint aber um so bedenklicher, als Dobieslaw

ficia divina, quae tunc de octavis corporis Christi agebantur" — aber „in sala majori Cracoviensi", also nicht im Dom, wie man erwarten sollte, vor sich geht. — Mir scheint, Długosz verschweigt, daß das Krakauer Kapitel wie früher vor den Böhmen das Interdikt bewahrte. Der Bischof von Krakau war damals gestorben.

1) Die Gerichtsakten des Krakauer Grodgerichts merken die Thatsache an. Helcel, Pomn. II, 783. — Die eigentliche Huldigung durch die böhmische Gesandtschaft fand erst am 29. Juni statt. Dogiel, Cod. dipl. I, 22, no. 20. In den Teki Narusezwicza im Petersburger Generalstab findet sich diese Urkunde in böhmischer Sprache.

2) Cod. epist. saec. XV, 256, no. 222 lateinisch; Eschenloër II, 219 deutsch; Archiv česky IV, 451 böhmisch; die Abweichungen sind gering.

3) Palacky V. 1, 38 f.

4) Długosz XIII, 467, vgl. auch S. 469,

Lubelczyk in Kuttenberg erfahren hatte, daß die Schulden Podiebrads allein 150—160,000 Dukaten mindestens — nach andern Angaben 300,000 betragen, die in Polen nach den Opfern des preußischen Krieges und nach der Versicherung des Königs, die Vierdungsteuer nicht wieder aufzulegen, schwer zu beschaffen gewesen wären. Die beiden erwähnten Punkte charakterisieren zwar die Leichtfertigkeit der Annahme jener Kapitulation, aber erschöpfen sie nicht. Vorläufig fielen die Unkosten und Mühen und Opfer der weiteren Aktion den Polen allein zu. Wieder wie im preußischen Kriege lesen wir, daß die Gerichtstermine aufgeschoben werden, wegen der „Kriegs-Expedition, zu welcher die Eingesessenen auszuziehen sich anschicken", und der Kastellan Jan Felix Tarnowski von Wiślica versetzt sein Gut Krzeszowice um 483 Dukaten, „um seinen Sohn für den Zug nach Böhmen auszurüsten" [1]). Dergleichen Erscheinungen werden nicht vereinzelt dagestanden haben. —

Selbstverständlich hatte sich Matthias bei der in Kuttenberg erfahrenen Abweisung nicht beruhigt. Als seine Gesandten und Parteigänger unverrichteter Sache in Iglau eintrafen, drängte der König den Legaten Rovarella nunmehr, da doch „die Dringlichkeit und der Vorteil" nicht mehr bestritten werden konnten, von seiner Autorisation, ihn namens des Papstes zu krönen, unverzüglich Gebrauch zu machen. Der in die Enge getriebene Legat, der eine solche Autorisation gar nicht besaß, ging mit Bruder Gabriel Rangoni zu Rate, und beide waren der Ansicht, daß sie mit Vorbehalt der späteren Zustimmung des Papstes keine Ausflüchte mehr versuchen dürfen. So wurde denn Matthias zu Iglau in der Pfarrkirche während des Hochamts zum Könige von Böhmen feierlich geweiht und im Namen des Papstes proklamiert. In welch überholte und veraltete Begriffe von der Situation der Legat übrigens noch verstrickt war, geht daraus hervor, daß er in dem Schreiben

1) Helcel, Pomn. II, 783.

2) Über die Vorgänge in Iglau s. den Bericht des Olmützer Domherrn an Rudolf von Rüdesheim bei Jordan a. a. O., S. 518.

an die Kurie, worin er seine Handlungsweise rechtfertigt, als besonders hinzugetretenen Beweggrund angiebt, daß mittlerweile ein kaiserlicher Gesandter bei Matthias eingetroffen wäre, der ihm die Versicherung gegeben hätte, daß der Kaiser nur ihn als böhmischen König ansehen würde [1]). Der Papst sandte dem Legaten durch den Kleriker Fabian von Montepulciano eine mündliche Antwort, die sich unserer Kenntnis entzieht, aber wenn schon eine Billigung des Verfahrens — doch wohl kaum eine offizielle Bestätigung des Geschehenen selbst enthielt. Bei dieser Gelegenheit macht der Papst dem Legaten eine Mitteilung, welche ein eigenes Licht auf die Hintergedanken polnischer Staatsmänner wirft. In dem Augenblicke nämlich, als die polnischen Gesandten in Rom, der Kanzler Jakob von Dębno und der Abt Michael, schon die Pferde zur Heimreise bestiegen hatten, ließ der Papst, mit dem sie erwähntermaßen über die böhmische Frage gar nicht gesprochen hatten, sie zurückrufen, um ihnen über die Vorgänge in Kuttenberg Vorhaltungen zu machen und sein Befremden darüber auszudrücken, daß der König seinen Sohn „von einer Ketzerbande" habe wählen lassen. Jakob von Dębno hörte den Papst an, „acceptierte aber nur das für seinen König, was er für gut fand, und ließ bei der Gelegenheit, sei es absichtlich, sei es unbedachterweise das Wort fallen: „Das Beste wäre, jeder bliebe bei dem, was er zur Zeit besitzt. Es wäre gut, wenn jemand sich der Friedensvermittelung unterziehen wollte" ". — — Der Papst Paul wird das gewiß nicht erfunden haben, aber er mochte wohl wissen, warum er das dem Legaten Rovarella erzählt.

Wenn der polnische Hof so gedacht hätte, wie sein Kanzler in Rom sich aussprach, dann hätte er nur Matthias entgegenkommen dürfen, der die lebhaftesten Anstrengungen machte, zu einer Ausgleichung zu gelangen. Zunächst schloß er mit Albrecht dem Beherzten von Sachsen, der schon gegründete Ursache hatte,

1) Das schon angeführte Schreiben bei Theiner, Mon. Hung. II, 423, no. 603, vom 3. Juni (auch bei Raynaldi, Müller, Reichstagstheatrum). Die Antwort darauf: daselbst p. 426. no. 610.

sein dienstwilliges Interesse für die böhmische Wahl zu bezeugen, ein Einverständnis ab, (19. Juni) worin die Anerkennung des Matthias durch den Herzog abhängig gemacht war von der durch den Papst und den Kaiser. Auch den Prozeß schlug der Ungar eine rechtliche Entscheidung durch diese Instanzen vor. Er ging noch weiter. Er sandte den Bischof Protas von Olmütz, der in Krakau kein Fremder mehr war, an den polnischen Königshof, obgleich oder vielleicht gerade weil die Häupter seiner böhmischen Gegenpartei sich noch dort befanden, mit gar weitläufigen Anträgen. Auch hier steht an der Spitze der Vorschlag einer Entscheidung durch den Papst „über den natürlichen Rechtsanspruch". Der zweite Punkt betraf einen Waffenstillstand auf ein Jahr. In der dritten und vierten Proposition liegt aber der Kern der Anerbietung: König Matthias könne nach den Opfern, die er der böhmischen Sache gebracht, nicht einfach von ihr zurücktreten, das würden seine eigenen Unterthanen nicht gestatten. Er wolle aber den Prinzen Wladyslaw in Adoption nehmen und wie einen Sohn behandeln und reichlich ausstatten. Dafür solle der Krönung des Matthias in Böhmen kein Hindernis in den Weg gelegt werden, damit der päpstlichen Autorität kein schmählicher Abbruch geschehe; mit andern Worten: er wolle nur den Schein retten und dann selbst kurz darauf die Krone an den Prinzen abtreten. Ferner bäte er um die Hand einer Prinzessin von Polen, wofür er, wenn er ohne Nachkommen stürbe, den Söhnen Kasimirs auch Ungarn zufallen lassen werde. Im Namen des Herrenbundes aber hatte Protas noch hinzuzufügen, daß er diese Vorschläge für eine gute Friedensgrundlage betrachte und es als Ehrensache ansehe, sich „nicht mit Gewalt zur Anhänglichkeit treiben zu lassen". — Die Antwort Kasimirs, die mit den Böhmen überlegt war, fiel ziemlich schroff aus. Wie immer legte er in erster Reihe den Nachdruck auf das Erbrecht, das um so weniger einer schiedsrichterlichen Entscheidung erst unterworfen zu werden brauchte, als es von niemand bestritten worden sei. Ohne die ungarische Einmischung wäre die Nachfolge des legitimen Erben nach Georg Podiebrads

Tode ruhig vor sich gegangen, und Matthias würde dem Papste und der Christenheit besser gedient haben, wenn er das Vordringen der Türken verhütet hätte. Mit Ausnahme des Waffenstillstands, über den sich reden ließe, weise er die anderen Vorschläge mit Entschiedenheit — und den der Adoption mit Entrüstung zurück. In der langen und ausführlichen, vieles aus dem Gang der Dinge wiederholenden Antwort ist auf den Heiratsvorschlag nicht mit einer Silbe Rücksicht genommen, obgleich Protas erklärt hatte, daß er hierfür seinen Auftrag belegen könne [1]). Mit dem Eindrucke, daß die Beziehungen zwischen Polen und Ungarn dem vollen Bruch nahe seien, ging der Olmützer Bischof aus Krakau fort. Die Polen sollen ihm zuletzt zugerufen haben: „es wird eine Zeit kommen, und sie ist schon gekommen, da Matthias weder in Böhmen noch in Ungarn etwas haben wird". Diese Zuversicht auf den Zusammenbruch der Herrschaft des Matthias in Ungarn war der Faden, der alle die Vorgänge dieser Wochen durchzog. Man erzählt, daß die in Ungarn für den Umsturz Gewonnenen schon auf dem Landtage zu Kuttenberg ihre Rolle gespielt und die Böhmen vor dem „Tyrannen" gewarnt hätten, dessen auch sie sich bald entledigen würden. Dieselbe Zuversicht scheint auch den Kaiser Friedrich erfüllt zu haben, der eben damals

1) Der im Archiv česky IV. 455 abgedruckte Tenor der Antwort besteht nur aus dem Vorschlag, den die böhmischen Delegierten für eine solche dem Könige gemacht haben. Der deutsche Wortlaut bei Eschenlör, ed. Kunisch, S. 224—227, stimmt ziemlich genau mit dem lateinischen im Cod, epist. saec. XV, 252, no. 221, aus dem Egerschen Archiv. Die Bemerkung Szujskis, das. p. 356 in den Nachträgen ist mir nicht recht verständlich. Was er als den „Nonsens" des Eschenlör nennt, ist die fast wörtliche Übersetzung des Passus: „et eum proinde etc." Immerhin klagt Szujski wenigstens nur Eschenlör der „Fälschung" an, Herrn Palacky aber „scheint es, daß man die Antwort absichtlich am Hofe des Matthias gekürzt, da von der Verlobung der Tochter des Königs keine Erwähnung geschieht". — Wohin doch verbissene Parteilichkeit führen kann! — Die Vorlage der böhmischen Herren wurde offenbar vom Könige Kasimir nicht ganz gutgeheißen, und also hat er sie „gekürzt". — Eine andere Relation Eschenlörs in dem Briefe desselben an Johann Frauenburg in Görlitz bei Jordan a. a. O., S. 369.

in einem wahren Taumel siegreicher Hoffnungen schwebte. Des von Matthias wiederholt gegen ihn gebrauchten Verschwörers, des Paumkirchner, war er Herr geworden und hatte ihn köpfen lassen. Auf dem Reichstage von Regensburg (Juni 1471), wo er selbst erschien, war von der burgundischen Intrigue nicht mehr zu hören, seine bairisch-pfälzischen Gegner schienen stumm gemacht zu sein. Während seine Gesandten bei Matthias' Proklamationsfest in Iglau als Zeugen seiner Zustimmung paradierten, tauschte er mit den deutschen Ständen auf dem Reichstage die Ueberzeugung aus, daß in dem böhmischen Thronstreit ein Undeutscher überhaupt nicht zum Siege gelangen dürfe [1]). Ging alles, wie es eingefädelt war, dann gerieten sehr bald Polen und Ungarn dermaßen an einander, daß die beiderseitige Verblutung die schwach keimende Hoffnung der österreichischen Ansprüche befruchten mußte. Es war ein klug ausgedachtes Werk, diese ungarische Verschwörung.

Inzwischen aber war alles zum Auszuge Wladyslaws aus Krakau vorbereitet. Er fand am 25. Juli statt. Bis an die polnische Grenze gab ihm sein Vater das Geleit. Ein Heer von 7000 Reitern und 2000 Fußgängern sollte ihm den Weg sichern, aber das eigentliche Gefolge des jungen Königs war doch nichts weniger als „glänzend und großartig" und verrät vielmehr eine merkliche Zurückhaltung der polnischen Stände. Von den Bischöfen, die ihn begleiteten, war der eine, Vincentius Kielbassa von Culm vom Papste verworfen und stand damals unter Banndrohung; der andere, der Bischof Paul von Laodicea, war Krakauer Suffraganbischof ohne Diözese und, wie sein Vorgänger erfahren hat, ganz vom Könige abhängig; der dritte endlich, der Bischof Nikolaus Prochnicki von Kamieniec in Podolien, wurde wohl auch wieder nur des kleinrussischen Dialekts wegen aus seinem entlegenen Sitze herbeigeholt, sonst pflegte man bei den großen Staatshandlungen seinen Namen nicht zu hören. Der einzige Kleriker von Bedeutung, der den Krönungszug begleitete, war der Domherr

1) Eschenloër an Joh. Frauenburg, bei Jordan a. a. O., S. 368.

Jan Długosz, der Geschichtschreiber, der erst nach lebhaftem Widerstreben seinem geliebten Zögling das Opfer brachte, das gebannte Land zu betreten [1]). Von den weltlichen Würdenträgern werden nur die beiden großpolnischen, der antipäpstlichen Partei angehörigen Palatine Stanisław Ostrorog von Kalisz und Nikolaus de Kutno von Łęczyc neben Dobiesław Lubelczyk und einigen Heerführern und Hofbeamten genannt. Den Hauptglanz des Zuges gaben die sechs oberschlesischen Herzöge ab, die ihre Herzogtümer an den König von Polen schon verkauft hatten oder zu verkaufen im Begriff standen und für Züge solcher Art bezahlt zu werden pflegten. Der Weg wurde auf Troppau genommen, aber als Zdenek von Sternberg und die ungarischen Feldhauptleute Čupor von Siebenbürgen und Franz von Hag durch Fehdebrief aus Leipnik die Polen zum Kampfe herausforderten, wichen sie von der eingeschlagenen Straße ab und gingen über Neiße und Glatz der böhmischen Grenze zu, wo sie der allezeit ritterliche Heinrich Podiebrad empfing [2]). Der Eindruck, den der junge König auf die Böhmen machte, scheint der wohlwollenden Gutmütigkeit seines Wesens entsprechend gewesen zu sein. Endlich am 22. August wurde er feierlich in der St. Veitskirche auf dem Prager Schloßberge von jenem podolischen Bischofe Nikolaus unter großem Jubel gekrönt. Unter den Gesandten der festlichen Menge ist es interessant, auch die des Kaisers zu finden [3]).

Schon auf dem Wege nach Prag ward die wichtige Frage in Erwägung genommen, wen der König, entsprechend der Kapitulation, zum Erzbischofe von Prag einsetzen solle. Die böhmischen Herren im Gefolge Władysław's schienen aus der Nachgiebigkeit Jan Długosz's, in den Bereich des Interdikts sich zu begeben, falsche Schlüsse zu ziehen. Sie hatten offenbar

1) Vita Dlugossi.

2) Mon. Pol. III, 125. Spominki Wiślickie . . . qui ibidem susceptus est cum magno gaudio, quod a saeculo non est auditum.

3) Długosz, der die fremden Gesandten erwähnt, führt sie nicht an, wohl aber Eschenloër, und namentlich der Starost Przeclaw von der Zips. Katona XV, 493.

das Opfer nicht begriffen, das der streng papistische Domherr seinem Zögling gebracht hatte. Schon in Glatz „umdrängten sie ihn daher mit der Bitte, das Erzbistum in Prag zu übernehmen, und erboten sich, ihm für die Temporalien ein Einkommen von 20000 Gulden zu verbürgen“ [1]). Mit welchen Gründen Długosz abgelehnt hat, läßt sich aus seiner Gesinnung folgern. Wenn er den Weg nach Prag dennoch fortsetzte, so geschah es, um dafür Sorge zu tragen, daß das erste Auftreten des Königs keinen ketzerischen Charakter habe, und es ist ihm daher eine Genugthuung, mitteilen zu können, daß der neue Böhmenkönig am Krönungstage das Abendmahl nur in einer Gestalt genommen habe. — Nach einigen Wochen kehrten die polnischen Ehrenbegleiter in die Heimat zurück. Das Heer aber, das Paweł Jasieński befehligte, verließ Prag ebensowenig ohne blutige Händel mit den Böhmen, wie vor ihnen die Schaaren Albrechts von Sachsen. Die polnische Truppe zog sich nach Nordungarn, wo man ihrer bedurfte.

Die unterirdische Arbeit der Agenten Kasimirs und Friedrichs schien reif geworden zu sein. Seit Jahren gab es in Ungarn eine einflußreiche und mächtige Partei, welche dem Ehrgeize des Matthias Corvinus, mochte er sich auf die römische oder die böhmische Krone beziehen, durchaus kein Verständnis abzugewinnen vermochte. Man sah nur die harten Opfer, die das Heimatland diesen schweifenden Wünschen zu bringen hatte, und murrte unwillig über den rücksichtslosen Mann auf dem Throne, der mit wunderbarer Kunst Widersprüche und Einreden zu bewältigen wußte. Dieselben ständischen Kämpfe, welche die andern Staaten des Ostens in dieser Epoche auflockerten, und in welchen der Segen einer festen monarchischen

1) Der Brief des Sędziwoj von Czechel an Długosz, der diese Thatsache berichtet (Cod. epist., p. 267), scheint die Beweggründe Długoszs doch zu sehr in äußeren Umständen zu suchen. Nur so viel geht doch auch daraus hervor, daß Długosz ein Bistum aus einer andern Hand als der des Papstes nimmer angenommen haben würde. Der Starost Przecław von der Zips giebt an, der König habe Długosz das Erzbistum verliehen. Katona XV, 494.

Hand leidenschaftlich übersehen wurde, wühlten auch in dem ungarischen Staatskörper. Aber Matthias Corvinus war nicht bloß darum der Abgott der Humanisten, weil er ihre Phrasen lobte und belohnte und ihre Kodices kaufte, sondern vornehmlich auch deshalb, weil er ein König ganz nach ihrem Sinne war, etwas wie ein Vorbild des „Fürsten", wie ihn der florentinische Staatstheoretiker sich für Italien wünschte. Wie ein Künstler sein Instrument, so handhabt er alle Mittel der Regierungskunst; er versteht es meisterlich, die Kräfte gegen einander so spielen zu lassen, daß sein mit dem Vorteil des Gemeinwesens zusammenfallender Gewinn dabei herauskommt. Frei und unbefangen von den Vorurteilen der Zeit, bleibt er fast immer in einer Höhe, die ihm jede Richtung und jeden Stand dienstbar macht. Einem übermütigen, herrschsüchtigen Adel gegenüber, und mehr noch angesichts einer dünkelvollen und habsüchtigen Hierarchie, welche neidvoll auf die Ungebundenheit dieser Stände in den Nachbarlanden blickte, verstand Matthias Einflüsse und Mächte gegen sie wach zu rufen, welche ihnen die Wage hielten. Wie ein ironisches Spiel sieht es aus, daß er den geizigen Klerus, der ihm die Mittel für seine waghalsigen und mannigfaltigen Unternehmungen versagen will, durch den Papst, in dessen Dienst er ganz zu leben scheint, besteuern läßt. Wer vom hohen Adel dem kühnen Fluge seiner Thatkraft sich nachzuschwingen vermag, der hat es gut bei ihm, der ist sein Ratgeber; wer nicht, der mag sich grollend über seine Einflußlosigkeit mit dem hohlen Ruhm seines alten Namens daheim getrösten. So aber wächst die Zahl der Unzufriedenen. So lange das Ungarreich bestand, war der Erzbischof von Gran der erste Minister, und der Bischof von Fünfkirchen der einflußreichste Mann im Rate des Königs gewesen, aber Matthias findet bei ihnen, obgleich es hochragende Männer sind, die zu seiner Zeit in diesen Würden sitzen, nicht das Maß der Übereinstimmung und Unterwürfigkeit, dessen er bedarf. Johann Vitéz, ein Slawe von Geburt, der Erzbischof, der in dem aufklärerischen Geiste der Humanisten lebte und webte, und Johann Czezinge, der Bischof von Fünfkirchen, der unter dem Namen

Janus Pannonius einen weithin tönenden Ruf in der litterarischen Welt genoß, beide hatten einst mit Gregor von Heimburg in vielfältiger Korrespondenz gestanden und unzweifelhaft die Einmischung ihres Königs in die böhmischen Wirren in dem Sinne, in welchem sie erfolgt war, gemißbilligt. Andere Leute drängten sich an ihre Stellen. Mit Gabriel Rangoni, mit dem Schlesier Nikolas Beckenslosr pflog jetzt der König mehr Rat als mit ihnen. Und doch hatten sie die Opfer zu tragen, denn mit dem von den geistlichen Benefizien zu erhebenden Zehnten hatte der Papst ja das böhmische Unternehmen finanziell unterstützt. Aber Matthias war bei dem Gebot allgemeiner Zweck überhaupt nicht skrupelvoll in der Rücksicht auf einzelne, seien es Stände oder Personen. Wie der Klerus, so erfährt auch der Adel seine unberechenbaren Zugriffe, und bald fanden sich daher unter den Aufreizungen und Versprechungen vom kaiserlichen und vom polnischen Hofe her die Unzufriedenen in dem Gedanken zusammen, dieser Herrschaft ein Ende zu machen. Johann Vitéz steht an der Spitze, und wie eine unter der Decke glimmende Glut schleicht die Verschwörung durch das Land. Der größte Teil der Prälaten, der Magnaten, der Gespanschaften ist bereits darein verwickelt. Die großen Katastrophen nach dem Tode Georg Podiebrads, die einerseits den König Matthias im Auslande festhalten und andererseits den König von Polen zur That drängen mußten, schienen die verheißungsvolle Stunde herbeizuführen. Die Unterhandlungen der Verschwörer mit Polen nehmen einen günstigen Verlauf, und bald ist es in Krakau beschlossene Sache, daß während der ältere Sohn Wladyslaw nach Böhmen zieht, um die eine Krone des Luxemburgischen Erbes sich aufs Haupt zu setzen, der zweite und begabtere Königssohn, Kasimir ausgehen soll, um die andere, die ungarische, dem Emporkömmling vom Haupte zu reißen und für sich zu gewinnen.

Am 20. September 1471 erließ der junge Kasimir noch von Krakau aus als „Abkömmling Kaiser Sigismunds und Neffe des Königs Ladislaus“ sein Manifest gegen „den Ein-

bringling und Usurpator" Matthias Humiady [1]), und am 2. Oktober [2]) setzte er sich mit einem Heere von angeblich 12,000 Mann, worunter sich 1000 Tataren befanden, und mit welchem noch die unter Pawel Jasienski aus Böhmen zurückkehrenden Truppen sich vereinigten, in Bewegung. Dzierslaw Rytwianski, der Palatin von Sandomir, die kleinpolnischen Kastellane von Wojnic, Sandecz und Zarnow waren die politischen Repräsentanten des Zuges, dessen militärische Führung dem Sandomirschen Unterkämmerer Peter Dunin übertragen war. Auch gelehrte Mitglieder zur Bildung der Kanzlei waren nicht vergessen. Alle, deren Namen überliefert sind, gehören Kleinpolen an. Es fehlte an Stimmen im polnischen Königsrate nicht, welche den begabten Prinzen Kasimir lieber für die Thronfolge im eigenen Lande zurückgehalten wissen wollten, aber andererseits konnte freilich auch nicht in Abrede gestellt werden, daß ein Sieg des Legitimitätsprinzips in Ungarn zu gleicher Zeit die gewissermaßen bodenlose und ungenügend gegründete Stellung Władysław's in Böhmen erst zu fester Sicherheit bringen würde. Man war so überzeugt, daß Matthias ein aufgegebener Mann sei, daß man nicht einmal so viel Schwierigkeiten erwartete, wie in jenen Tagen, als der junge König Władysław III. zu seinem Unheil denselben Weg wie jetzt Prinz Kasimir über die Karpathen genommen hatte. Das ganze Unternehmen war auf die Ueberzeugung gegründet, daß, wenn nur der polnische Prinz die Fahne in Ungarn entfalten würde, ein allgemeiner Zulauf der Unzufriedenen und Mißvergnügten unter Führung des hohen Landesklerus und der Magnaten Rainold Rozgonyi und und Nikolaus Perényi stattfinden werde. Das war aber zur höchsten Enttäuschung der Polen keineswegs der Fall. Nicht einmal in den unter polnischer Herrschaft stehenden Städten der Zips wurde das auf „Konfusion" abzielende Unternehmen gebilligt, und das „Tedeum"

1) Dogiel, Cod. dipl. Pol. I, 60, no. 19.

2) Rocznik Chotelski in Mon. hist. Pol. III, 214. Vgl. Ann. Visl., daselbst p. 126.

für die Prager Krönung mußte dort erst „mit unmenschlichen Strafen“ erzwungen werden [1]). Gleichwohl setzte das polnische Heer seinen Zug fort. Am 29. Oktober stand der Prinz bei Sáros, und da Kaschau, die von Deutschen bewohnte und mit einer königlichen Besatzung geschützte Stadt ihre Thore feindlich schloß, so zogen die Polen im Hernadthale hinab nach Szikszo und durch die Borsoder Gespanschaft bei Erlau vorbei nach Hatvan, der Pforte zu der großen Ebene des Pesther Komitats, wo sie am 8. November eintrafen. Dort auf dem Rakosfelde hatte man gemeint, die Banderien der Verschworenen versammelt zu finden. Statt ihrer aber sah man dort Matthias mit einem Heere von 16,000 Mann bei Pesth, dessen Bewohner nach Ofen übergesiedelt waren, in fester Stellung den Angriff des Feindes erwartend. Auf eine Feldschlacht in Feindesland mochten es die polnischen Heerführer nicht ankommen lassen und wichen daher nach Nordwesten, wo die Burgen des Graner Erzbischofs ihnen Halt versprachen, aus, und beim St. Hippolyts Kloster von Sagh die Gran überschreitend, gelangten sie in die erzbischöfliche Stadt Neitra, die ihnen auf Befehl des Johann Vitéz die Thore geöffnet hatte. Von allen den Magnaten und Klerikern, welche durch ihre Zusage das polnische Unternehmen ermutigt hatten, war der Bischof von Fünfkirchen der einzige, der mit etwa 200 Reisigen jetzt erst bei Neitra zu dem Prinzen stieß, aber schon nach wenigen Tagen sich wieder zu seinem Genossen, dem Erzbischofe, nach Gran zurückzog, denn dort war inzwischen die Gefahr größer geworden. Während nämlich Matthias sich begnügt hatte, das Heer der Polen durch seine Manöver von der Hauptstadt abzudrängen und dort bei Neitra in eine auf die Dauer doch unhaltbare Lage zu bringen, warf er sich auf die Feste Gran, um den Erzbischof in seinem Metropolitansitz selbst zu belagern. Die Einschließung des Hauptes der Verschwörung war dem Könige im Augenblick wichtiger, als die Vertreibung der Polen, deren Heer, von Kasimir mit unbegreiflich sanguinischer Thor-

1) Katona XV, 494.

heit nur auf kurze Zeit gedungen, sich doch alsbald auflösen mußte [1]). Und in der That ging auch der größte Teil der Söldner sehr bald auf und davon.

Die Art, wie Matthias sich aus den im Herbst 1471 scheinbar über seinem Haupte zusammenschlagenden Verlegenheiten zu befreien wußte, stellt einen der bewunderungswürdigsten Momente in der kunstvollen Regierungsweise dieses Monarchen dar. Als er auf die erste Kunde von der im Ausbruch begriffenen Verschwörung von Mähren nach Ofen geeilt war, fand er die Lage schlimmer noch, als er ahnen konnte. Aber mit meisterlicher Selbstbeherrschung hielt er an sich. Er schien arglos gegen jedermann, am meisten gegen diejenigen, die er in den Versuch seines Sturzes verwickelt wußte. Niemals war der König entgegenkommender als auf jenem denkwürdigen September-Reichstage, den er bald nach seiner Ankunft in Ofen ausgeschrieben hatte. Niemand brauchte die Versammlung zu meiden, denn der König schien von niemandem Schlimmes zu wissen, und niemand durfte ihn meiden, wollte er nicht eben dadurch den Verdacht der Teilnahme an dem Komplott auf sich laden. „Wer wird nun jetzt den Prinzen Kasimir bei seiner Ankunft bewirten?" fragte Matthias mit triumphierender Ironie, als er seine Großen so vollzählig um sich sah. Aber er gab auch mit vollen Händen. Eine vollständige Konstitutions-Charte mit Steuerbewilligungsrecht, periodischem Parlament, Sicherheit der Person und des Eigentums in den Formen, wie sie in Polen zum Teil jetzt schon bestanden, erhielten damals die Stände, und dafür bekam Matthias eine Steuerbewilligung, viermal größer als in normalen Jahren [2]). Da-

1) Die Leute waren nur auf ein Quartal gedungen. Die Reiter erhielten 10, die Fußgänger 5 Dukaten. Vgl. die Kapitulation im Inv. arch. Crac., p. 179.

2) In der vom 18. September 1471 datierten Urkunde (bei Katona XV. 521—534 steht im Datum S. Matthiae statt S. Matthaei) ist namentlich Art. XXIX interessant, der da bestimmt, welche Kastelle zerstört werden sollen, insofern er zeigt, wie die Verschwörung über ganz Ungarn verbreitet war.

für war aber auch kein Mensch auf dem Rakosfelde erschienen, als dort die Polen das Wappen ihres Prinzen an die Thore von Hatvan hängten. Sobald aber der König Geld in Händen hatte, wußte er sich ein Heer zu schaffen. Obgleich es ja der Verteidigung des heimischen Bodens galt, hütete sich Matthias doch die Banderien aufzurufen. Eine Söldnertruppe und Bauernvolk waren in diesem Falle geeigneter, und wenn er auch mit einem solchen Heere keine Schlacht wagen konnte, so erreichte er doch seinen Zweck, die Polen unschädlich zu machen. Nachdem der Erzbischof Johann Vitéz allen Beziehungen zu Polen entsagt, unter demütigen Versprechungen den Eid der Treue erneuert und sich anheischig gemacht hatte, die Polen wieder zur Aufgabe von Neitra zu vermögen [1]), löste der König die Belagerung von Gran auf und eilte nunmehr gegen den polnischen Prinzen, offenbar in der Absicht, ihn ebenso wie einst den Prinzen Viktorin von Böhmen abzufangen. Vielleicht hatte eben diese Erinnerung die Polen gewitzigt. In der Nacht vom 26. Dezember 1471 eilte der junge Kasimir mit seiner ganzen Umgebung nach dem nicht fern gelegenen Schlosse Gilawa, und Pawel Jasienski, dessen Armee jetzt nur noch 4000 Mann betrug, blieb in Neitra zurück. Schon hatte Matthias die Belagerung der Stadt begonnen, da gaben die Polen ihre Sache verloren. Unter Vermittelung des Bischofs von Fünfkirchen kapitulierten sie gegen freien Abzug des Heeres [2]). Aber die Bauern des Gebirges nahmen noch ihre Rache für die ihnen angethanen Unbilden. Sie schlugen mehrere hundert aus dem polnischen Heere beim Rückzuge nieder, nahmen alle Wagen desselben weg und plünderten sie völlig aus. Es war ein kläglicher Ausgang des mit so großen Opfern und so weitläufigen Hoffnungen unternommenen Zuges. Wohl hatte

1) Urkk. vom 19. Dezember, bei Katona XV, 511 ff.

2) In Danzig aber erzählte man sich (Schreiben aus Konitz vom 29. Januar), der Prinz habe dem Könige eine Niederlage beigebracht, aus welcher derselbe kaum mit zwei Leuten entronnen wäre, und in Schlochau und Tuchel wurde dafür auch schon Tedeum gesungen. (Danziger Archiv.)

Matthias ein Recht, sich in fröhlich ausgelassenem Humor gegen Zdenek von Sternberg seines Erfolges zu rühmen und mit spottender Geringschätzung von der Kriegsfähigkeit des polnischen Heeres zu witzeln, denn in Anbetracht seiner Lage vor wenigen Monaten war in der That sein Erfolg unermeßlich. Als es geschienen hatte, daß seine Stellung in Ungarn fraglich würde, bemächtigte sich aller seiner Anhänger in Böhmen, Mähren und Schlesien eine lähmende Bedenklichkeit. Ihm zu helfen, machte sich keiner auf, vielmehr wurden überall schon die Chancen des Abfalls berechnet. Selbst Breslau, die zuverlässigste Anhängerin des Ungarkönigs, lehnte doch den Vorschlag desselben, ihm durch einen von Breslau oder Namslau ausgeführten Einfall in Polen Luft zu machen, mit zwar triftigen aber wenig tröstlichen Auseinandersetzungen ab. Noch schlimmer war die Haltung der schlesischen Fürsten und Stände. Und in Polen kannte man sehr wohl diese an der Zukunft des Matthias verzweifelnde Stimmung. Alle Hebel wurden in Bewegung gesetzt, um den Abfall zu schüren; Bitten, Drohungen, Pressionen aller Art. Nicht bloß, daß Matthias in Ungarn sich behauptete und die Polen besiegte, sondern die Art, wie es geschehen, war von weithin wirkender Bedeutung.

Das Schicksal des polnischen Prinzen war mehr als beklagenswert. Von Gilawa aus hatte er sich nach einigen Tagen nach Rosenberg begeben, wo der polnische Söldnerführer Komorowski sich erbot, ihm die hart unter dem Tatragebirge gelegenen Schlösser Liskowo, Arva und Hradek einzuräumen. Aber eine derartige Kondottierenrolle war doch für den Prinzen nicht geeignet. Er zog es vor, in sein Vaterland zurückzukehren, wo ihm König Kasimir vorläufig Dobszyce als Aufenthalt anwies. Pawel Jasienski aber, der entgegen dem Abkommen bei Neitra dennoch von dem ihm nachmarschierenden Heere des Königs angegriffen wurde, erlitt noch weitere Verluste an Mannschaften und Gerät, so daß er mit knapper Not die vier Festungen Gilawa, Turocz, Michaelsberg und Libena besetzen konnten. Die Ungarn umlagerten sie sofort, und nach wenigen Wochen mußten sie von den Polen, die vergeblich auf Entsatz

von der Heimat aus gerechnet hatten, unter Ablieferung ihres Gepäcks, ihrer Pferde und Waffen geräumt werden. Nur die Feste Sztropkó im Marmaroszer Komitat, welche Nikolaus Perényi, einer der verschworenen Magnaten [1]) den Polen übergeben hatte, blieb von einem polnischen Rottenführer besetzt. Da einige von den festen Plätzen des Erzbischofs Johann sich dem Könige nicht ergeben wollten, und selbst Neitra, wo ein polnischer Hauptmann Peter Kot, man wußte nicht recht, in wessen Auftrage, das Kommando führte, wieder abtrünnig geworden zu sein schien [2]), wurde der Prälat wiederum verhaftet, aber sehr bald machte ein Schlagfluß, der ihm anfänglich die Sprache raubte und später tötlich ausging, allen seinen Verlegenheiten, in die er durch die Verbindung mit Polen geraten war, ein Ende. Auch der Bischof von Fünfkirchen, der über die Grenze geflohen war, starb in demselben Jahre noch auf fremder Erde, wie man in Polen sagte, durch Gift. Rainold Rozgonyi versöhnte sich zwar mit Matthias, mußte aber alle seine Schlösser abtreten, und auch er fand in derselben Zeit auf eine in Polen mit Verdacht aufgenommene Art seinen Tod [3]). Nunmehr stand Matthias wieder fester da in seinem Reiche denn je, und das Rundschreiben, das er an die ihm befreundeten Höfe richtete, atmet ebensoviel stolze Genugthuung als Bitterkeit gegen den Kaiser, dessen geheime Intriguen nicht verborgen geblieben waren. Die nächste Folge aber war der bedeutende Umschlag der Stimmung in Schlesien und in der Lausitz. Dort war man über den Gang der Dinge in Ungarn im ganzen Spätherbst völlig im unklaren. Die eigenen Gesandten des Matthias, der Herzog Friedrich von Liegnitz und der Graf Georg von Poesingen, welche versuchen sollten, eine Diversion von Breslau oder Namslau aus ins Werk zu setzen,

1) Nach Długosz XIII, 478 Nikolaus Perényi, nach Eschenloër II, 252 Rainold Rozgonyi. Der Neisser Vertrag (Eschenloër II, 277) zeigt, daß Długosz recht hat.

2) S. die Urkunde in Dogiel, C. d. P. I. 635, vom 30. März.

3) Eschenloër II, 252.

hatten kein Vertrauen in die Zukunft des Königs. Unter ihren Augen sprach ein Gesandter des Königs Kasimir und ein Botschafter des Erzbischofs von Gnesen den in Breslau (23. Okt.) versammelten schlesischen Ständen von der Notwendigkeit, sich der Krone Polen zu unterwerfen, und die dilatorischen Antworten sahen keineswegs wie eine Ablehnung des Vorschlages aus. Die Breslauer hatten schon mehrere Gesandte nach Ungarn geschickt, erfuhren aber lange Zeit nichts. Nur das eine tröstete sie, daß die Polen immer schweigsamer wurden. Bald nach Neujahr aber ward der Grund dieser Zurückhaltung nur zu offenbar. Der Verlust der Polen war, wie der Breslauer Stadtschreiber bemerkt, gar nicht zu schätzen [1]). Sein letztes Geld hatte der König Kasimir an diese Expedition gesetzt. Der Kaiser Friedrich hatte beim Beginne der Expedition nochmals urkundlich erklärt, daß er die dem Könige schuldigen 32,000 Dukaten im Verlaufe dieses Jahres zahlen werde [2]), und diesesmal hat er auch Wort gehalten. Aber das war ein Tropfen auf den heißen Stein [3]). Von der Stadt Krakau hatte der König ein Darlehn von 13,000 Dukaten erhalten, das nunmehr auf die Salinenerträge angewiesen werden mußte [4]). Der königliche Schatz war dermaßen ausgeleert, daß selbst der tägliche Bedarf der königlichen Familie nicht mehr gedeckt werden konnte. Dazu kamen noch die aus Ungarn zurückkehrenden Söldner, die ungestüm ihre Löhnung forderten, und als sie ihnen nicht verabreicht werden konnte, zur Plünderung der krakauer Ortschaften schritten. Um der Not zu begegnen, berief der König den Reichstag auf den 15. März 1472 nach Piotrkow, aber nachdem er erst anderthalb Jahre zuvor die außerordentliche Steuer nur durch die nachdrückliche Bürgschaft hatte erwirken können, daß er sie nicht zur ständigen Pflicht

1) Es sind die letzten Worte des lateinischen Eschenloër.

2) Dogiel, Cod. dipl. Pol. I, 164, no. 14.

3) Chmel, Regesta, Nr. 6595. 6596. Die wiederholte Verzichtleistung Elisabeths auf die Erbfolge, so lange Erben da sind.

4) Cod. dipl. civitat. Crac. I, 256.

machen werde, ist es begreiflich, daß der Reichstag sich spröde verhielt und auf die Landtage verwies. Mit Not und Mühe wurde die Vierdung-Steuer in Groß- und Kleinpolen [1]) und auch eine entsprechende Beschatzung des Klerus in den Bistümern Gnesen, Krakau, Włocławek und Posen durchgesetzt. Von der Belastung des Lemberger Sprengels scheint abgesehen worden zu sein. Zu den Entschließungen der Landtage trug es nicht wenig bei, daß unter der Führung der ungelohnt gebliebenen Söldner das Raubwesen wieder wie in den Zeiten des preußischen Krieges eingerissen war.

Unter solchen Umständen war bei Kasimir der Wunsch nach Friedensunterhandlungen gar sehr verständlich. Schon mitten in dem Verlauf des unglücklichen ungarischen Feldzugs hatte er dem Dr. Tileman Schlecht aus Köln, dem Bevollmächtigten des Papstes, der ihm den am 27. Juli 1471 erfolgten Tod Pauls II. und die Besteigung des apostolischen Stuhls durch Sixtus IV. kund machen und zugleich die Bestätigung des neugewählten Bischofs von Krakau überbringen sollte, die Erlaubnis erteilt, Verhandlungen einzuleiten, und den Domherren Jan Wątrobka mit jenem nach Ungarn abgehen lassen. Indessen scheinen diese Anregungen bei Matthias, der damals, im letzten Monate des Jahres 1471, noch nicht Herr der Lage geworden war, kein Gehör gefunden zu haben. Und auch später noch, als der Kastellan von Sandecz, Stanisław Wątrobka als Unterhändler auftrat, gestattete er seinen Magnaten zwar der Waffenstillstandsfrage näher zu treten, und genehmigte am 29. März den Entwurf [2]) eines auf ein Jahr gültigen Vertrages, der die Waffenruhe für Böhmen und die Nebenländer einschloß, ohne jedoch des Königs Władysław irgendwie Erwähnung zu thun, hielt aber den Unterhändler noch fünf Wochen in Ofen auf, um inzwischen erst seinen Sieg nach allen Seiten

1) Die bezüglichen Beschlüsse des kleinpolnischen Landtags vom 6. Okt. 1472 bei Bandtkie, Jus Pol., p 313.

2) Dogiel l. c. I, 62, no. 21, und Eschenloër, ed. Kunisch II, 274.

hin zu vervollständigen. Dann erst durfte der Entwurf dem Könige von Polen vorgelegt werden, der jedoch schweren Bedenken begegnete. Denn wenn schon das Mißgeschick in Ungarn den Verzicht auf eine Verfolgung der dortigen Offensivpolitik auferlegte, so durfte doch nicht zu gleicher Zeit die Stellung des ältesten Sohnes in Böhmen durch eine wenn auch nur vorläufige Verleugnung untergraben werden. Ungeachtet seiner Bedrängnisse lehnte daher König Kasimir den Vorschlag ab, und so kam am 8. Mai eine nur auf den ungarischen Kriegsschauplatz beschränkte Waffenruhe zustande [1]), die nur bis zum Johannistage währen sollte. An diesem Tage sollte alsdann eine Konferenz von Vertretern Polens, Böhmens und Ungarns in Olmütz zusammentreten, um das Friedenswerk zu versuchen.

Indessen hatten diese Abmachungen nur eine sehr beschränkte Bedeutung. Die Hauptfrage, welche die Entscheidung der böhmischen Thronfolge einschloß, war inzwischen von anderer Seite angefaßt worden. So sehr Papst Sixtus IV. auch den Schwerpunkt seiner Thätigkeit in das sehr persönliche Interesse der Bildung eines erweiterten Kirchenstaats in Italien legte, so konnte er sich doch nicht der Wahrnehmung jener Angelegenheit ganz entziehen, welche die ganze Christenheit betraf, und in welcher allein noch die universalen Tendenzen des Papsttums zum Ausdruck kamen. Gemeint ist die Türkengefahr. Einerseits geschah es, daß die Osmanen bereits durch Kroatien hin bis nach Kärnten, Steiermark und Friaul Raubzüge machten und unmittelbar an die Thore Italiens pochten, andererseits erhob sich hinter dem Rücken derselben in dem Turkmenen-Chan Usunhassan in Asien ein Feind, der nach einigen großen Erfolgen, nach der Eroberung Persiens, Trapezunts und Sinopes behufs völliger Verdrängung des Sultans Mohamed II. geneigt schien, der europäischen Christenheit die Hand zu gemeinsamem Handeln zu bieten. Um die Zeit der Inthronisation Sixtus IV. begann der Konflikt zwischen Mohamed und Usunhassan in Karamanien sich zu einer großen Katastrophe zuzuspitzen, und

1) Dogiel I, 64, no. 22.

schon stand der Doge Mocenigo von Venedig mit Ujunhassan in Beziehungen, die nur der Ausdehnung bedurften, um die Türken in eine verzweiflungsvolle Lage zu versetzen. Die ganze Türkensache schien in eine große weltumspannende Konstellation geraten zu sein, welche die römische Kurie nicht ohne Anteil sich wandeln lassen wollte. Mit einer gewissen Großartigkeit begann der Papst seine Aktion. Vier der hervorragendsten Kardinäle wurden als Legaten in die christliche Welt hinausgesandt, um ein Bündnis der europäischen Staaten zum Zweck der Türkenvertreibung zustande zu bringen. Mochten auch die Aussichten auf Erfolg gering sein, so mußte doch schon der bloße Versuch dem Papste ein gewisses Relief geben. Unzweifelhaft die schwierigste Aufgabe war dem Kardinal Marco Barbo, dem Patriarchen von Aquileja zugefallen, der die Legation für Deutschland, Ungarn, Polen übernommen hatte, denn hier gab es politische, kirchliche, dynastische Gegensätze zu vereinbaren, von einem Umfang, von einer Intensivität, wie sie nirgends anderwärts in Europa zur Zeit vorhanden waren. Und doch war eben an der Ausgleichung dieser alles gelegen, denn im Bereiche der Türkenkriege gab es keine wichtigeren und unumgänglicheren Organe als Ungarn, Polen, Böhmen, die eben in einen unentwirrbaren Zwist verwickelten Staaten. Dieser mußte vorerst gelöst sein. Gleichwohl war es doch blutwenig, was der Papst angesichts seiner weitläufigen Absichten den Beteiligten zu bieten sich entschloß. Es liegt uns die Instruktion des Kardinals Barbo vor [1]), aber sie enthält weder die Anerkennung der Kompaktaten, was man in Böhmen verlangte, noch die Annahme des Legitimitätsprinzips, was Polen gewonnen haben würde, noch auch endlich ein nachdrückliches Eintreten für die Bestrebungen des Königs Matthias. Der übermäßige Aufwand von väterlichem Ton und die „kleinen Geschenke", welche dem

1) Verkürzt und verstümmelt bei Theiner, Mon. Hung. II, 436, no. 622, und Teleki, Hunyadiak Kora XI, 459. Vollständiger im Cod. epist. saec. XV, 259, no. 225. Palacky setzt sie irrig in den Mai, die Annahme Szujskis, daß sie im Januar erteilt sei, hat alles für sich.

Legaten zur Verwendung mitgegeben werden, deuten doch an, daß die Kurie die kämpfenden Parteien für unmündiger hielt, als sie es waren. Dem Kaiser wird für eine Aussöhnung mit Matthias in Aussicht gestellt, daß „die Ehre der deutschen Nation" bei der nächsten Kreirung von Kardinälen „Berücksichtigung" finden werde, aber der „italische Reichstag", den der Kaiser in der Türkenfrage für nötig gehalten hatte, wird mit der Zukunftsperspektive auf eine „universale Tagsatzung der christlichen Fürsten" abgethan. Für König Matthias werden die süßesten Worte dem Legaten auf die Lippen gelegt, jeder Zweifel an dem ausdauernden Beistande der Kurie soll ihm benommen, und für die Beilegung der Rebellion in Ungarn alle Anstrengung gemacht werden, und wenn der König den Kardinalshut für irgend jemand verlange, dann soll ihm wie dem Kaiser geantwortet werden, dafür aber müsse er in der böhmischen Sache „sich nach den Zeitverhältnissen schicken und die allmähliche Zersetzung der ketzerischen Partei abwarten, die, gestärkt durch die Hilfe Polens, ohne Gewalt ihn doch nie als König anerkennen würde". In dieser gewundenen Redensart lag eben nur das alte Programm der Kurie einer Teilung Böhmens, das ja auch der polnische Kanzler Jakob von Dębno seiner Zeit für das rätlichste gehalten hatte. Am eingehendsten aber beschäftigt sich die Instruktion mit dem gegen Kasimir einzuschlagenden Verfahren. Der Legat soll dem Könige die ganze Gefahr seines Krieges mit Ungarn vor Augen führen und ihn zunächst auf den Weg der Verhandlungen leiten. In erster Reihe sollen sich dieselben auf einen längeren Waffenstillstand beziehen, dann aber soll der Legat das Heiratsprojekt des Bischofs Protas von Olmütz wieder zum Vorschlag bringen, in welchem Mähren und Schlesien die nachher an Böhmen zurückfallende Mitgift bilden sollten. Etwa erforderliche Kompensationen dürften durch Säcularisierung ehemaliger Kirchengüter in Böhmen gewonnen werden. Im äußersten Falle, wenn der Frieden nicht anders zu erlangen ist, soll der Legat eine Bestätigung des Thorner Friedens in den auf die rein politischen Momente desselben bezüglichen Teilen anbieten, mehr aber

keinesfalls. Endlich aber soll der Legat ein Schiedsgericht anbieten, und, wenn alles zurückgewiesen würde, die Sprache dahin verschärfen, daß der päpstliche Stuhl den Krieg zweier mächtigen Königreiche an den Grenzen der Christenheit, während die Ungläubigen dieselben bedrohen, nicht dulden und mit Zensuren und anderen Mitteln dazwischen fahren werde.

Die Behutsamkeit, mit welcher die Kurie inbetreff der Bestätigung des Thorner Friedens vorging, läßt auf eine eigentümliche Überschätzung der Bedeutung derselben schließen. Denn auf den Wunsch des Kardinals Marco ließ man in Rom zwei Urkunden anfertigen, von denen die eine die Bestätigung nur der rein politischen Punkte, die andere aber „in allgemeinen Wendungen" eine Bestätigung ohne Vorbehalt darstellte. Mit peinlicher Genauigkeit wurde alsdann dem Kardinal vorgeschrieben, wie zurückhaltend er mit diesen Gnaden zu verfahren habe. Zu der vollen Bestätigung dürfe er sich nur dann herbeilassen, wenn damit der endgültige Friede in Böhmen erkauft werden könne, und auch dann nur nach mancherlei das Interesse der Kirche wahrenden Vorkehrungen [1]). Zugleich aber wurden dem Kardinal Bullen mitgegeben, die ihn eventuell in den Stand setzten, mit dem Bannstrahl gegen König Kasimir, seine Söhne und alle Anhänger derselben vorzugehen [2]), und was noch gefährlicher werden konnte, alle Unterthanen, insbesondere den deutschen Orden, ihres Eides und ihrer Pflicht gegen die Krone zu entbinden.

Die vier in die Christenheit hinausgesandten Kardinäle hatten wenig Glück mit ihrer Mission. Weder in Frankreich noch in Spanien noch in Italien fanden sie Neigung für ihr

1) Für die Methode historischer Kritik ist es interessant zu hören, daß diese Vorratsbullen sub diversis datis — also fingierten — angefertigt werden sollen.

2) Daß im März 1472 König Kasimir in den Bann gethan worden sei, erzählt Palacky V. 1, 62, unter Berufung auf die Bullen bei Theiner, Mon. Hung. II, 431sqq. Aber diese Bullen enthalten eben nur die Ermächtigung. Übrigens hat die durch alle Darstellungen gehende Erzählung vom Bann Raynaldi s. a. 1472 c. 29 auf dem Gewissen

Anliegen. Keiner aber hat so andauernd, so fleißig und so thatkräftig an seiner Aufgabe gearbeitet als Marco Barbo, aber auch ihm war kein Erfolg beschieden. Nachdem er beim Kaiser und bei König Matthias gewesen war, traf er am 4. Juli in Krakau ein. Von dem feierlichen Empfange, der ihm zuteil wurde, haben sich noch einige Reden erhalten. Der Domherr Zbigniew Oleśnicki, ein Neffe des großen Kardinals, ließ sich in der Ansprache an den Legaten die Erinnerung an seinen berühmten Oheim nicht entgehen, und der junge Prinz Kasimir wiederholte eigentlich der Sache nach sein Manifest vom vorigen Jahre, was jedenfalls für Friedensaussichten nicht günstig zu deuten war [1]). Um den großen Hintergrund der päpstlichen Vermittelung gleichsam zu illustrieren, trafen in denselben Tagen von Venedig her die Gesandten des Chans Usunhassan in Krakau ein, um König Kasimir für den Krieg gegen Mohamed zu gewinnen. Ehe aber diese Gesandten wieder bei ihrem Gebieter zurück sein konnten, hatte ihn schon das Geschick ereilt, denn die Osmanen hatten ihm am 18. August 1472 am Koralis-See und ein Jahr darauf am 26. Juli bei Terdschan Niederlagen beigebracht, die seiner gesamten meteorischen Herrschaft in rascher Folge ein Ende machten [2]). Was

1) Die beiden Reden im Cod. epist. saec. XV, 341 sq. Nach Dlugoſz sollen auch die Prinzen Jan Albrecht und Alexander Ansprachen gehalten haben. — Mit Rücksicht auf die wiederholten Einstellungen des Gottesdienstes durch den Krakauer Klerus wegen Anwesenheit gebannter Leute (der Böhmen) erteilt der Kardinal dem Rat der Stadt Krakau ein ausnehmendes Privileg. Cod. dipl. civit. Crac. I, 256. Eine kirchliche Privilegierung für Spytek von Melsztyn durch den Kardinal Marco in Akta grodzkie VI, 163.

2) Zinkeisen, Geschichte der Osmanen II, 350 f. Bekanntlich erzählt Dlugoſz XIII, 509 nach den Mitteilungen des Venetianers Caterino Zeno, der drei Jahre bei Usunhassen war, ungefähr das genaue Gegenteil. Aber Cat. Zeno war offenbar ein Schwätzer — und auch König Kasimir muß ihn dafür gehalten haben. Denn die ganzen Projekte von einer Heirat der „schönen“ Tochter Usunhassans mit einem polnischen Königssohn, und die Räumung des byzantinischen Reichs nach der Einnahme von Konstantinopel machten auf den König den Eindruck, wie auf uns: „nihil pensi habere visa sunt“.

also aus diesem Motiv der Legation des Kardinals auf die Parteien wirken konnte, das lag überholt und wesenlos in der Vergangenheit. Aber niemand hatte ja wohl auch die Türkengefahr sehr ernstlich genommen; sie war eine Phrase der Zeit, welche die Selbstsucht mit einigem Flitter allgemeinen Interesses auszierte. Indessen die Pazifikation der drei Königreiche des Ostens war ja auch an und für sich eine hinlänglich würdige Aufgabe für den Kardinal, und er widmete sich ihr mit Eifer und getreu seiner Instruktion. Um zunächst einen Waffenstillstand herbeizuführen, schlug er eine Zusammenkunft von Notabeln aus den drei Reichen vor. König Kasimir willigte darein, daß sie am Michaelistage stattfinden sollte. Matthias jedoch war weniger entgegenkommend. Ihm scheint die päpstliche Intervention, die ihm wenig bot, ungelegen gekommen zu sein. Schon die am 31. Mai zu Deutsch-Brod zwischen den Vertretern der beiden großen Fraktionen in Böhmen zustande gebrachte Einigung auf ein Jahr [1]) lag wenig in der Richtung seiner Wünsche. Er hoffte jedoch das Mittel gefunden zu haben, um die ohnehin auf schwachen Füßen stehende Regierung Wladyslaws in Böhmen ganz zu entwurzeln. Hatte doch der letztere unter der Bürgschaft und Zahlungspflicht seines Vaters sich anheischig gemacht, die Schulden des verstorbenen Georg Podiebrad zu tilgen und namentlich auch den Prinzen Viktorin zu lösen. In der wohlbegründeten Überzeugung, daß König Kasimir jeder Zumutung zur Zeit eher entgegenzukommen imstande sei, als einer an seine Kasse, schickte Matthias jetzt den Prinzen nach Böhmen mit der kategorischen Forderung, ihn mit 100 000 Dukaten zu ranzionieren. Viktorin und eine Anzahl von Herren aus der utraquistischen Partei stellten auch einen Revers auf den 10. November als Zahltag aus. Um so ungestümer forderte man nun aber in Böhmen die Erfüllung der betreffenden Kapitulation von den Jagiellonen, und da weder in Prag noch in Krakau verfügbare Geldmittel vorhanden waren, so mußten die Bürgen Viktorins anfangen ihre Güter

1) Archiv český IV, 456 sqq.

zu verkaufen, und der Prinz konnte sich nur durch Abtretung der Herrschaft Kolin, also einer Landschaft innerhalb des Kronlandes, an Matthias decken. Die polnische Dynastie gewann dadurch keine Freunde, und der Abfall des jungen Wilhelm von Pernstein, sowie insbesondere auch eine sehr auffällige Annäherung des Prinzen Heinrich von Münsterberg an die katholische Partei und an die Breslauer ließen für sie eine bedenkliche Wendung ahnen. Die Bedeutung des jungen Königs in Prag sank durch solche Untergrabung vonseiten des ungarischen Nebenbuhlers täglich mehr. Aber dieser war noch weiter gegangen. Seit dem Frühjahr unterhandelte er, auf die Gefahr hin, vom Papste getadelt zu werden [1]), mit Mohamed wegen eines Bündnisses gegen Usunhassan, wenn der Sultan ihm Bosnien und Serbien überlassen wolle, und von dem Wunsche getragen, sich doch auch an dem Kaiser, den er als den Urheber, Helfer und Berater der ungarischen Verschwörung erkannt hatte, zu rächen, leitete er den Strom der habgierigen „Zebraken" und „Brüderrotten" nach Österreich hinein, so daß Kaiser Friedrich in seiner Angst und Bedrängnis zu jedem Zugeständnis bereit war und in einem durch den Legaten Lorenzo Rovarella zustande gebrachten Vertrage sich verpflichtete, auf dem nächsten deutschen Reichstage Matthias allein als König von Böhmen und als Kurfürsten anzuerkennen.

Alle diese Verhältnisse steigerten die Zuversicht des Ungarkönigs dermaßen, daß er der Vermittelung des Kardinals nichts weniger als bereitwillig entgegenkam. Dem Waffenstillstands-Entwurf, den ihm der Kirchenfürst von Krakau aus durch Leonardo da Perugia zusandte, stellte er eine Fassung gegenüber, die wieder in Polen, durch den dalmatinischen Bischof von Tinin vorgetragen, verwerfende Mißbilligung fand. Allmählich hatte sich der politische Gegensatz zu einem stark persönlichen Haß entwickelt, so daß Matthias in seiner drastischen Ausdrucksweise vernehmen ließ, er werde dem kahlköpfigen Kasimir noch die letzten Härchen vom Scheitel auszupfen. Derselbe Groll

1) Raynaldi, Ann. eccl. s. a. 1472. Katona XV. 636.

gegen den „Emporkömmling“ und „Ursurpator“ war auch im polnischen Königshause vorherrschendes Gefühl, und man darf den Optimismus des Kardinals Marco wohl bewundern, der trotzdem die Hoffnung nicht aufgegeben hatte, mit dem in seiner Instruktion vorgezeichneten Heiratsprojekt noch Eindruck zu machen. Aber er rechnete auf die finanzielle Not und Bedrängnis Kasimirs. Unter seinen Augen gingen die mühseligen Verhandlungen des Königs mit dem kleinpolnischen Landtage wegen eines Steuerzuschlages zum Zwecke der Ablöhnung der im ungarischen Feldzuge gebrauchten Söldner vor [1]), und auch auf dem Reichstage zu Piotrkow, wo eine Gesandtschaft aus Prag mit der dringenden Bitte um Geld und Mannschaften eingetroffen war, gelang es dem Könige doch nur eine Summe von 10000 Dukaten zu erlangen, die ihm die Absendung einer Rotte von 500 Mann zum Schutze von Kuttenberg ermöglichte. Der gewünschte allgemeine Steuerzuschlag wurde doch wieder auf die Landtage verschoben. Der Kardinal konnte aus diesen Vorgängen ersehen, wie wenig die dynastische Politik des Königs in den polnischen Ständen Unterstützung fand, und die — je länger er in Polen blieb, zunehmenden Erfahrungen von Geringschätzung seiner Person und seiner vermittelnden Aktion mußten ihn belehren, daß er mit seiner Rechnung auf den guten Willen der Parteien nicht weit kommen werde. Als daher die Präliminarien sich allzu sehr in die Länge zogen, schrieb er selbst am 20. Oktober aus apostolischer Machtvollkommenheit einen Waffenstillstand bis zum 1. Mai 1473 aus, innerhalb welcher Zeit eine Konferenz von Bevollmächtigten der beiden Könige am Lichtmeßfeste oder an einem anderen beliebigen Tage in Neiße stattfinden sollte [2]). König Kasimir zögerte lange mit seiner Zustimmung, und mit vollem Recht, denn in dem Ausschreiben war von seinem gekrönten Sohne Wladyslaw lediglich als seinem „Erstgeborenen“, nicht als einem Könige, und von einer Vertretung Böhmens überhaupt nicht die Rede.

1) Bandtkie, Jus. pol., p. 313.
2) Dogiel, Cod. dipl. Pol. I, 64, no. 23.

Es hat daher seine besondere Bedeutung, daß er in seiner endlich am 9. Dezember erfolgten Einwilligung [1]) ausdrücklich das Königtum von Gottes Gnaden seines Sohnes hervorhob und der Gesandtschaft, welche ihn und seine Söhne in Neiße vertreten sollte, den Böhmen Beneš von Weitmühl zugesellte [2]). Großes Vertrauen hatte man in Polen zu der Konferenz keineswegs, denn drei der Bevollmächtigten, die Palatine Lukas von Gorka, Dzierslaw Rytwiański und der Marschall Jan Rytwiański, welche mit den Bischöfen von Gnesen, Krakau und Włocławek und den Domherren Jan Długosz und Jakob von Szadek neben Stanislaw Ostrorog, dem Palatin von Kalisz nach Neiße hätten gehen sollen, entzogen sich unter Vorwänden der ihnen aufgetragenen Pflicht. Energischer konnte schon die Unterscheidung zwischen dem dynastischen Interesse des Königs und der murrenden Zurückhaltung der Stände nicht ausgedrückt werden, und es verdient bemerkt zu werden, daß der König sich für die zähe Kargheit der polnischen Landtage Ersatz in Litauen zu schaffen bemüht war, wo man ihm eben in diesem Winter ein außerordentliches Hufengeld von 6 Groschen bewilligte.

Wann Matthias der Neißer Konferenz zugestimmt hat, ist nicht festgestellt. Die Vollmacht für seine Gesandten datiert erst vom 12. Februar 1473 [3]), also nachdem Lichtmeß längst vorüber war, und die Teilnehmer der Tagsatzung bereits in Neiße sich befanden. Auch er hatte drei Bischöfe, drei Magnaten, einige Doktoren und gleichsam, um dem Beneš von Weitmühl die Wage zu halten, den Böhmen Albrecht Kostka von Postupic, der jetzt in seinen Diensten stand, und dessen Zulassung früher die Polen beanstandet hatten, geschickt. Da

1) Dogiel l. c., p. 61, no. 20, von Thorn am 29. Dezember 1472.

2) Die Ernennung der Bevollmächtigten erfolgte nach Archiv česky IV, 460 am 1. Januar in Brześć. Beneš ist mitten unter den Polen genannt. Der dort erwähnte Jan Dobrhost ist Jan Długosz. Allerdings sagt Długosz XIII, 489, daß auch der König von Böhmen neun Bevollmächtigte hätte senden sollen, aber wegen Kürze der Zeit nur einen geschickt hätte. Davon steht aber nichts in dem Ausschreiben des Kardinals.

3) Archiv česky IV, 461.

der Kardinal die Langwierigkeit der Verhandlungen voraussah, verlängerte er zunächst die Geltung des Waffenstillstands bis auf den 27. Mai [1]) und trat alsdann mit dem in seiner Instruktion vorgesehenen Heiratsprojekte hervor. Aber die Natur derartiger Konferenzen im 15. Jahrhundert war dieselbe, wie nach dem witzigen Spott Enea Sylvios die der deutschen Reichstage: jede derselben trug eine neue unter dem Herzen. So in den Gegenstand selbst einzudringen, wie es der Kardinal wünschte, war gar nicht die Absicht der Konferenzmitglieder gewesen. Das einzige, worüber eine Vereinbarung möglich schien, bestand in der Feststellung der Zusammensetzung und der Formalitäten einer neuen Konferenz. Denn die anfangs verhandelte Frage wegen eines Schiedsgerichts, die der Kardinal seiner Instruktion gemäß aufs Tapet brachte, scheiterte an der Zwiespaltigkeit der Ansichten bezüglich der Vertrauenspersonen. Die Polen wollten den Kaiser und die Kurfürsten, oder auch den König von Frankreich nebst zwei Kurfürsten, die Ungarn den Papst und die Kardinäle mit dem Schiedsspruch betraut wissen. Man ging also davon ab und beschloß vielmehr eine neue Konferenz, bestehend aus 8 Polen, 8 Ungarn und 12 Böhmen (je 6 aus jeder Obedienz des geteilten Reiches) in Troppau vom 15. August an tagen zu lassen, jedoch so, daß die drei Könige sich in solcher Nähe hielten, daß es jeden Augenblick möglich würde, die Konferenz in einen Kongreß zu verwandeln. Wenn aber die neue Konferenz, innerhalb welcher die speziell polnisch-ungarischen Streitpunkte unter Ausschluß der Böhmen verhandelt werden sollten, binnen 40 Tagen zu keiner endgültigen Entscheidung gelangen würde, dann sollte entweder Herzog Karl der Kühne von Burgund oder Kurfürst Albrecht von Brandenburg — die Auswahl war Matthias überlassen — oder im Behinderungsfalle der beiden der König von Frankreich als Schiedsrichter angerufen werden. Die Feste Sztropko sollte bis Pfingsten wieder an Nikolaus Perényi ausgeliefert, und dieser selbst von Matthias wieder in Gnaden auf-

1) Dogiel, Cod. dipl. Pol. I, 67, no. 24.

nen werden. Inzwiſchen ſollten ſowohl Matthias als
ław ihre Anhänger in Böhmen des Eides entbinden,
f einem Landtage in Beneſchau eine vorläufige Landes-
ung geordnet werden, damit für den Ausfall des Troppauer
ſpruchs ein freier Boden geſchaffen werde [1]).
imir erhielt die Nachrichten von dem Verlauf des Neißer
in Lublin, auf ſeiner Rückkehr aus Litauen, und berief
den Reichstag nach Piotrkow auf den 1. Mai. Da
ie Kleinpolen, die ſich bei der letzten Verteilung der
ı Ämter benachteiligt glaubten, ſchmollend ausgeblieben
mußte der Reichstag auf die Pfingſttage nach Radom
werden. Die heftigſte Einrede gegen die Annahme der
Beſchlüſſe, welche der Kandidatur des Prinzen Kaſimir
arn definitiv ein Ende machten, ging begreiflicherweiſe
n Männern aus, welche die Expedition vom Winter
472 verpfuſcht hatten, von Dobieslaw Lubelczyk, Jan
oski von Wojnic und Stanisław Wątrobka von Sandecz.
die Majorität erkannte doch, daß der König „die Lage
e Machtmittel richtiger zu ermeſſen wüßte“, und nahm
ferenzbeſchlüſſe nach heftigen Auftritten gegen den Gneſner
)of, dem man den Verrat der polniſchen Intereſſen
f, völlig an, zumal mittlerweile die Nachricht eingetroffen
aß auch der gemeinſame Landtag von Beneſchau dieſelben
rt und die Landesordnung demgemäß eingerichtet hätte.
ſatzung von Sztropko wurde alſo zurückgezogen, und die
ung des Troppauer Tages ſofort angeordnet. Den
)of Jan Gruszczyński von Gneſen ließ man diesesmal
ıſe. Den Biſchöfen von Krakau und Włocławek, dem
rrn Jan Długoſz und dem Palatin Stanisław Oſtrorog,
)n in Neiße die Sache Polens vertreten hatten, geſellten
ıt der Palatin Lukas von Gorka, Dobieslaw Kmita von
und Jan Rytwiański, der Marſchall des Königs, ſowie
ɣekanzler Zbigniew Oleśnicki. Und als die Zeit gekommen
og der König ſelbſt mit einem Geleit von beinahe 6000

[1]) Eſchenloer II, 278. Archiv český IV, 460.

Mann nach Auschwitz, während seine Bevollmächtigten, umgeben von einer prächtigen Reiterschar und begleitet von einer Anzahl federkundiger Doktoren in Troppau eintrafen [1]). Ebenso hatte sich König Władysław von Prag schon nach Glatz begeben, und von dort seine Bevollmächtigten, deren Führung der Prinz Heinrich von Münsterberg übernommen hatte, nach dem Konferenzorte abgehen lassen. Die Beflissenheit der polnisch-böhmischen Partei auf der Konferenz zu erscheinen, wird leicht erklärlich durch die Erwägung, wie viel ihr daran gelegen sein mußte, trotz dem Geruch der Ketzerei vor einem Kardinallegaten ihre Sache führen zu können. In Neiße waren doch keine gebannten Leute erschienen, hier aber sollten nun 6 thatsächlich exkommunizierte Herren vor dem Vertreter des Papstes gehört werden — das war doch der Anfang dessen, was die Kompaktatenpartei allzeit gewünscht und erstrebt hatte. Die Ungarn hingegen hatten diesen Antrieb nicht und ließen sich Zeit. Matthias ging nicht, wie man in Neiße bestimmt hatte, nach Brünn, sondern nach Nordungarn, wo er einen von polnischer Hand angelegten Streich abzuwehren hatte. Der aus Sztropko abkommandierte polnische Heerführer Jan Biały nämlich hatte sich mit seinen Rotten raubend und plündernd in dem nördlichen Gebiete ausgebreitet und die Scharen unbezahlter Söldner, die im Krakauischen lagerten, über die Grenze gelockt. Es ist später darüber gestritten worden, ob der König von Polen seine Hand dabei im Spiele hatte, jedenfalls lag der Vorgang sehr in seinem Interesse und stellte eine vergeltende Nachahmung dessen dar, was Matthias wiederholt mit Erfolg gegen Österreich ins Werk gesetzt hatte. Diese „Brüderplage" war um so gefahrvoller, als die Söldner von Nikolaus Perényi, der den Zorn des Hunyaden trotz der Stipulation von Neiße fürchtete, die Feste Sztropko als Stützpunkt ihrer Raubgänge wieder erhielten. Matthias widmete sich zunächst der Beseitigung dieser Verlegenheit und mochte also umsoweniger in Brünn

1) Der Geleitsbrief des Matthias (Inventarium dipl., p. 35) lautete für 1000 Reiter.

die Ergebnisse der Troppauer Konferenz müßig abwarten, als er wohl schwerlich an eine definitive Lösung der böhmischen Frage durch dieselbe geglaubt hat. Überdies hatte ihn die Haltung des Herrenbundes in Böhmen und insbesondere die des Zdenek von Sternberg seit dem Beneschauer Landtag keineswegs sehr befriedigt. Die Gegensätze der Interessen begannen sich immer lauter hervorzudrängen, und Matthias glaubte nicht, daß die Verhandlungen vor dem Kardinal der Anhänglichkeit des Bundes förderlich sein werden. Daher kam, wenn auch etwas verspätet, nach Troppau wohl eine ungarische Delegation, die ligistische Partei der Böhmen aber hatte ihre sechs Bevollmächtigten nicht geschickt.

Die Konferenz begann infolge dieser Umstände erst am 13. September und zwar mit einem Mißton schon insofern, als der Kardinal Marco den anwesenden Czechen den Vorwurf der Ketzerei nicht vorenthielt, und die Polen wegen der Protektion derselben tadelte. Für die Polen führte Jan Rytwiański das Wort in polnischer Sprache, während Zbigniew Oleśnicki, der Vizekanzler, die Rede ins Lateinische übersetzte. Wenn man sich erinnert, mit welcher schonungslosen Härte derselbe Jan Rytwiański einst den polnischen König im offenen Reichstage behandelt hatte, dann muß man eine sehr tief gehende Umwandlung seines Urteils über den Monarchen annehmen, wenn man ihn jetzt denselben preisen hört als einen Mann von „Keuschheit, Fruchtbarkeit, Milde, Rechtlichkeit, Enthaltsamkeit, Gerechtigkeit, christlicher Gläubigkeit und Andacht, Demut und Sanftmut". Unzweifelhaft waren seine diesmaligen Aussprüche besser begründet als in jener Tadelrede. Noch mehr aber setzte sich der Redner mit seinen vormaligen Aussagen in Widerspruch, als er, um den Emporkömmling Matthias zu geißeln, in überschwänglichster Weise von dem alten Adel Kasimirs, „der aus der edelsten fürstlichen Wurzel aus Rußland entsprossen wäre", zu sprechen begann, während er im Reichstage den Vater seines Königs als einen „unbekannten, obskuren Heiden, den Fürsten eines winzigen Distriktes in Litauen, der alles, was er geworden, nur den Polen zu verdanken hätte", mit rücksichtsloser Dreistig-

keit bezeichnet hatte [1]). Von derſelben ſchäumenden Prahlerei war die Darſtellung von dem Machtumfang des Polenreiches, das eben erſt „das Land Preußen erhalten hätte wider aller Deutſchen Macht“, „das der einzige Staat wäre, fähig die Chriſtenheit von den Türken zu befreien“, „deſſen Gebiete vom Aufgang der Sonne bis zur Mitternacht reichten“, Prahlereien, die ſich um ſo kläglicher ausnahmen, als ſie im Angeſicht von Männern ausgeſprochen wurden, die den ungariſchen Feldzug vom Winter 1471 mit erlebt und in friſcher Erinnerung hatten. Übrigens gab Jan Rytwiański ſeiner Rede eine Wendung, die klärlich zeigte, daß die Polen nicht geneigt wären, an der Thatſache des Königtums Wladyslaws in Böhmen rütteln zu laſſen, was doch der Neißer Abſchied immerhin bedingungsweiſe in Ausſicht genommen hatte. Darum ſprach er auch von dieſem mit keiner Silbe. Die Widerlegungen des Kardinals, der da erklärte, daß er ſich lieber die Zunge abſchneiden ließe, als daß er von Ketzerei dort nicht ſpräche, wo ſie thatſächlich und erwieſen vorhanden wäre, und die Erwiderung der Ungarn, welche die Abweſenheit von Bevollmächtigten der ligiſtiſchen Partei doch nicht befriedigend begründen konnten, erhitzten die Gemüter auf beiden Seiten. Man begann mehr zu zanken als zu verhandeln. Formfragen und Vorfragen wurden zu ungemeſſener Bedeutung angeſchwellt, und ſehr bald ſtellten ſich wenigſtens einige Momente deutlich heraus: erſtens, daß die Polen und Böhmen den Kardinal für parteiiſch und von der ungariſchen Seite gewonnen erklärten und demgemäß von den weiteren Verhandlungen ausgeſchloſſen wiſſen wollten, zweitens: daß ſie das Abkommen von Neiße weder für die Grundlage der Troppauer Konferenz noch überhaupt für verbindlich anſahen, denn ſie erklärten geradezu, daß der Erzbiſchof von Gneſen bei ſeiner Anerkennung der Neißer Beſchlüſſe im Widerſpruch mit

1) Eſchenlör macht bei dieſer Mitteilung die Bemerkung: „Gedenk, daß alle Menſchen einen erſten anhebenden Vater gehabt haben.“ Dlugoſz XIII, 567 äußert beim Jahre 1478 in einer Rüge des Ahnenſtolzes der Königin Eliſabeth: „non advertentes omnes nedum homines sed et reges ex stercore erectos esse.“

seinen Kollegen und gegen die ihm erteilte Instruktion gehandelt habe, drittens endlich: daß die Konferenz in ihrer dermaligen Zusammensetzung und bei ihren bestrittenen Unterlagen keinerlei Ergebnis verspreche. Auch der Versuch, mittels eines Ausschusses von je zehn Mitgliedern von jeder Seite, und eines noch engeren von je vier Mitgliedern aus jeder Partei brachte ebenso wenig eine Verständigung zuwege, als eine Unterredung zwischen Gabriel Rangoni, der jetzt Bischof von Siebenbürgen war, und dem Prinzen Heinrich von Münsterberg. Von ungarischer Seite ward bis zuletzt noch immer das Heiratsprojekt als die allein geeignete Friedensunterlage dargestellt, zumal eine Entschädigung der von Matthias auf die böhmische Sache aufgewandten Kosten, die er auf nicht weniger als drei Millionen Dukaten anschlug, auf andere Weise doch nicht herbeizuschaffen sein würde. Die Polen lehnten diese Vorschläge rund ab, und am Ende schloß die Konferenz lediglich mit einem großen zusammenfassenden Protest der ungarischen Bevollmächtigten. Der Kardinal soll mit Thränen in den Augen das Fiasko seiner Sendung konstatiert, und am 28. September, nachdem die Parteien ihre Zustimmung zur Fortdauer des auf ein Jahr verkündeten Landfriedens in Böhmen gegeben hatten, die Konferenz geschlossen haben. Der Kardinal begab sich nunmehr zum Kaiser und überließ die Fortführung der Vermittelung im Osten einstweilen seinem Gehilfen, dem Dr. Bartholomäus de Massa.

Viertes Kapitel.

Diplomatische Kämpfe und unerklärter Krieg. Kasimirs Feldzug und Niederlage in Schlesien. Der Breslauer Waffenstillstand.

Die Troppauer Konferenz hatte noch einen Hintergrund, der ihre Unfruchtbarkeit hinreichend erklärt. Im wesentlichen war sie doch nur ein Spiel gewesen, das die Streitenden mit scheinbarem Ernst betrieben, um vor dem Papste nicht direkt ins Unrecht gesetzt zu werden. Matthias ebenso wohl wie die Prager Kompaktatenbekenner durften sich den Weg zum Oberhaupte der Kirche nicht versperren, und darum mußte der geräuschvollen Intervention des neuen Papstes durch den Kardinal Marco Ehre angethan werden. Inzwischen aber verfolgten alle Beteiligten ihre sachlicheren Bahnen. So weit der ganze Konflikt die böhmische Thronfrage betraf, lag ein höchst wichtiges Element in der Hand des Kaisers, der durch die Anerkennung eines der Prätendenten als Kurfürsten des deutschen Reiches ein überaus bedeutungsvolles Vorurteil für denselben zu schaffen vermochte. Bei der Unklarheit und Vieldeutigkeit der kaiserlichen Politik wird es schwer zu sagen, nach welcher Seite hin sich die Schale seiner Neigungen mehr herunterſenkte. Wenn es irgendwie möglich gewesen wäre, würde Friedrich wohl an dem nach dem Tode Georg Podiebrads im Reichstage ausgesprochenen Prinzip, überhaupt keinen Undeutschen in Prag aufkommen zu lassen, festgehalten haben, nicht aus nationalem Eifer, sondern einerseits aus Opportunitätsgründen und andererseits aus Selbstsucht, denn der Gedanke einer habsburgischen Herrschaft in Böhmen ist wohl niemals ganz außer aller Erwägung geblieben. Allein wenn es auch dem Kaiser an Zähigkeit sicher nicht fehlte, so war er doch, von einer Verlegenheit in die andere stürzend, keineswegs der Mann dazu, um einem Prinzip zum Leben verhelfen zu können. In der argen Notlage, die ihm Matthias im Herbst 1472 durch die Söldner

und Türken in den Erblanden bereitet hatte [1]), war er zu der Versicherung bereit, daß er ihn auf dem nächsten Augsburger Reichstage im Frühjahr 1473 als Kurfürsten anerkennen werde, aber nachdem er wieder Ruhe gewonnen, ist er nicht bloß dieser Zusage nicht nachgekommen, sondern fing vielmehr seine aus vielen Ursachen ihm am Herzen liegenden Beziehungen zum Herzog Karl von Burgund mit um so größerer Regsamkeit zu bearbeiten an, als er diesen machtvollen Fürsten in einem freilich nur formalen Bündnis mit dem Könige von Ungarn stehend wußte. Es ist hier nicht der Ort, den umfänglichen Sinn der Zusammenkunft des Kaisers mit dem Burgunder in Trier, die fast gleichzeitig mit der Troppauer Konferenz stattfand, auseinanderzusetzen. Für unsern Zweck genügt der allgemeine Hinweis darauf, daß die großen Zugeständnisse, die Friedrich dem Herzog zu machen bereit war, unter anderem eben von der Absicht eingegeben waren, in Karl eine Stütze zu gewinnen, die es ermöglicht hätte, sowohl dem Hunyaden als dem Jagielloniden die böhmische Kur zu versagen. Bekanntlich aber scheiterte der Trierer Kongreß noch schlimmer als die Troppauer Konferenz, und die Frage trat um so brennender hervor, wem von den Prätendenten der Kaiser jetzt das deutsche Reichsamt verleihen würde.

Jedenfalls hatte am polnischen Hofe der Vertrag zwischen Friedrich und Matthias vom Herbst 1472, der die Anerkennung des letzteren als Kurfürsten in Aussicht stellte, einen verwirrenden Schrecken verursacht, der sich erst legte, als die Aufklärungen vonseiten des Kaisers darüber eintrafen. Im Gegenteil begann das frühere Treiben von neuem, insofern der Kaiser aufs dringendste anriet, den Krieg gegen Ungarn wieder aufzunehmen, und namentlich vor jedem Zugeständnis in den Verhandlungen vor dem Kardinal warnte. Leider hat sich von der Korrespondenz des Kaisers mit Kasimir aus dieser Zeit nur ein Brief erhalten, der da zeigt, daß man in Polen die Disposition

1) Vgl. Annales Mellicenses, Contin. in Pertz, Mon. hist. Germ. XI, 522.

des Kaisers auch für die preußische Frage benutzen, und ihm eine Anerkennung des Thorner Friedens abdringen wollte. Bei der geringen Empfindlichkeit Friedrichs für die nationalen Interessen war es viel von ihm, daß er in dem Augenblick, wo ihm an dem polnischen Wohlwollen so viel gelegen war, noch den Mut hatte, dem Könige zu erklären, daß er nach eingeholter Information die Bürger von Danzig als Unterthanen seiner Gerichtsbarkeit ansehe und diese auch auszuüben wissen werde [1]). Dies scheint aber seine sonstigen Betreibungen nicht beeinträchtigt zu haben.

Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß die Eingebungen des Kaisers durch die Königin Elisabeth ihren Weg zum Ohre des Königs fanden, und daß nunmehr ihr Einfluß, insofern es sich bei allen diesen Fragen um die Disposition über ihre Kinder handelte, beherrschend in den Vordergrund trat. Für sie war die Verheiratung ihrer Tochter mit dem Hunyaden, der ihr nach ihren Vorstellungen ihr Erbland geraubt hatte und vorenthielt, durchaus indiskutabel. Damit war die ganze Vermittelung des Kardinals, der im Wesentlichen keinen andern Weg zur Lösung kannte, hinfällig. Aber dieser unbeugsame Stolz der Legitimität fand doch selbst in der unmittelbarsten Umgebung der königlichen Familie Widerspruch, und selbst Jan Długosz, der in Neiße und Troppau den Vorschlag des Kardinals perhorresziert hatte, hat doch in seinem Geschichtswerke die Hartnäckigkeit der Königin beklagt und gefunden, daß das Heiratsprojekt noch immer die für Polen vorteilhafteste Politik gewesen wäre [2]). Solche Gesinnungen verdienten Rücksicht, und darum ließ man die Negoziation des Kirchenfürsten ihren Weg gehen, inzwischen aber betrieb man das Entgegengesetzte. Von eben demselben Reichstage zu Radom (Pfingsten 1473), der die Präliminarien von

1) Schreiben des Kaisers an den König, aus Augsburg, 9. Mai 1473. Danziger Archiv.

2) Er sagt das freilich erst beim Jahre 1478, wo er den damaligen Friedensschluß — wie alle außer dem Thorner — tadelt.

Neiße annahm, ging der Posener Dechant Adam Dąbrowski [1]) an den Kaiser ab. Die Erneuerung der Feindseligkeiten, das hatte der Diplomat zu sagen, habe nur dann einen Sinn, wenn sie in großem Stile unternommen würden. Von drei Seiten zu gleicher Zeit, von Polen, von der Moldau und von Böhmen aus würde der Angriff gegen Ungarn von Kasimir selbst geleitet werden, aber dazu bedürfe er reeller Unterstützung; mit „nackten Worten" sei es nicht gethan. Das mindeste, was der Kaiser sofort thun könnte, wäre die Anerkennung Władysławs als Kurfürst; dann aber müßte die Überwältigung Ungarns als Reichssache vom Kaiser und den deutschen Kurfürsten unternommen werden, und dieser kombinierten vierfachen Offensive würde der Emporkömmling nicht zu widerstehen vermögen. — Was den Kaiser bei diesen chimärischen Plänen am meisten interessierte, war die daraus entnommene Überzeugung, daß in Troppau eine Einigung zwischen Kasimir und Matthias nicht erfolgen werde, und da er damals — der Dechant von Posen hatte ihn in Baden getroffen — noch voll Hoffnung war, daß der Herzog von Burgund ihn von beiden Bewerbern befreien werde, so hielt er den polnischen Diplomaten mit guten Vertröstungen auf den nächsten deutschen Reichstag hin, der im September 1473 zu Augsburg gehalten werden sollte. Wenn die feierliche Gesandtschaft, die von Krakau aus auf die Berichte Adam Dąbrowskis hin unter Paul Jasienski, dem Starosten von Chełm und dem Domherrn Stanisław Kurozwąki nach Deutschland abgeschickt wurde, nur des Augsburger Reichstages wegen gekommen wäre, dann hätte sie den weiten Weg umsonst gemacht, denn der ausgeschriebene Reichstag kam nicht zustande. Aber die polnischen Herren hatten noch weitere und wichtigere Aufträge. Nicht ohne guten Grund blieben sie zwanzig Wochen lang in Cadolzburg, am Hofe des Kurfürsten Albrecht von Brandenburg [2]). Mit der gespanntesten Aufmerksamkeit wurde

1) Seinen Familiennamen entnehme ich Theiner II, 175, no. 215.

2) Vgl. das Schreiben Albrechts an Herzog Wilhelm von Sachsen vom 13. November, bei Riedel, Cod. dipl. Brand. B. V. 237 und seine Alliance mit Władysław von Böhmen, vom 11. November, ebd. p. 235.

hier der Verlauf des Kongresses von Trier verfolgt, denn nach dem Ausgange desselben bemaß sich für Albrecht die politische Stellung der jagiellonischen Dynastie und der Wert einer Verbindung mit derselben. Und zuverlässig ist es nicht ohne begründenden Zusammenhang, daß unmittelbar nach dem schroffen Abbruch des Trierer Kongresses, der dem Kaiser die auf Karl von Burgund gesetzten Hoffnungen mit Entschiedenheit abschnitt, endlich der Kurfürst Albrecht das schon seit Jahren geplante und verhandelte Verlöbnis seines Sohnes Friedrich mit der zweiten Tochter des Königs von Polen, mit der Prinzessin Sophia, zum Abschluß brachte [1]). Daß aber Paul Jasienski und sein Kollege auch inbetreff der älteren Tochter des Königs, der Prinzessin Hedwig, ähnliche Aufträge hatten, läßt sich mit einiger Wahrscheinlichkeit vermuten, denn seit längerer Zeit waren bereits Unterhandlungen mit dem Herzoge Ludwig dem Reichen von Baiern wegen einer Vermählung der Prinzessin mit dem Sohne desselben, Herzog Georg, angeknüpft, und zweifelsohne sind auch diese von den polnischen Gesandten jetzt so wesentlich gefördert worden, daß einige Monate später der definitive Abschluß derselben erfolgen konnte [2]).

Beide eheliche Verbindungen sind erst später, 1475 die eine und 1479 die andere, vollzogen worden, weil die umständlichen Verhandlungen über die Morgengabe und Vermögensversicherungen noch eine Reihe von Konferenzen und Beratungen erforderten. Aber die politische Bedeutung derselben trat doch schon sofort nach dem Abschluß der betreffenden Ehegelöbnisse in Wirksamkeit. Namentlich war die Verlobung der Prinzessin Hedwig mit dem Herzoge Georg von Baiern in dieser Beziehung von augenscheinlicher Wichtigkeit, insofern damit die von Rom

1) Urk. vom 7. Dezember 1473, bei Dogiel l. c. I, 412, no. 2. Riedel l. c. C. III, 101.

2) König Kasimir läßt dem Hochmeister sagen, er habe sich mit dem Markgrafen von Brandenburg so gefreundet, daß dessen Sohn seine Tochter heirate. Auch habe er mit dem Kurfürsten von Baiern und anderen Herren wie mit dem Kaiser Hilfsverträge abgeschlossen. Königsberger Archiv.

und Ofen aus mehrfach zur Sprache gebrachte Verbindung des Hunyaden mit dem jagiellonischen Hause definitiv ausgeschlossen war. Diese Verlöbnisse waren ein Triumph der legitimistischen Politik der Königin Elisabeth von Polen über den von Rom unterstützten Versuch, den Emporkömmling in eine ältere Dynastie einzuführen. Wie Elisabeth es wünschte, sollte das polnische Königshaus in Deutschland die Stützpunkte zum Widerstand gegen Ungarn suchen. Wie Kasimir vor dreizehn Jahren während des preußischen Krieges in der Anlehnung an die antikaiserliche Partei in Deutschland, die ihn damals schon mit Ludwig dem Reichen in Berührung brachte, Schutz und Hilfe gegen die ihm vom Kaiser zugedachten Schwierigkeiten suchte, so meinte er jetzt gegen einen ausgesprocheneren Feind durch den Anschluß an die kaiserliche Fürstengruppe, zu welcher jetzt der Wittelsbacher neben dem Hohenzollern gehörte, sich Nutzen und Förderung zu schaffen. Schon im Jahre 1470 war dem jungen Herzoge Georg als künftigem Landesfürsten in Baiern gehuldigt worden, und somit hatte das polnische Königspaar die sichere Aussicht gewonnen, in den Prinzessinnen auf mächtigen deutschen Fürstenhöfen fördernde Vertreter zu haben. Zwar war Herzog Georg als fünfjähriger Knabe schon mit Ludmila, der Tochter König Georg Podiebrads, (8. Mai 1460) verlobt gewesen. Allein die Thatsache, daß eben diese Ludmila späterhin auch dem Prinzen Władysław angeboten wurde, beweist, daß die baierische Verlobung längst aufgegeben und aufgehoben war. Da auch Władysław sich geweigert hatte, sie zu heiraten, so begnügte sich Ludmila mit einem minder machtvollen Fürsten, denn sie nahm am 5. September 1474 den Herzog Friedrich I. von Liegnitz, und machte also den baierischen Herzog für die polnische Heirat frei [1]).

1) Die Verhandlungen zwischen Polen und Baiern datieren gewiß schon aus längerer Zeit, aber die ersten urkundlichen Akte dieser Matrimonialsache fallen erst in die Zeit nach der Verheiratung Ludmilas, sowie auch die formelle Freiung erst am Silvestertage 1474 stattfand. S. die Urkunden bei Dogiel I, 387, und im Inventarium dipl., p. 19. Über Ludmila vgl. Grotefend, Stammtafeln IX, 33.

Die also angebahnte Verschwägerung des polnischen Hauses aber mit zwei der mächtigsten Reichsfürsten mußte auch endlich auf den Kaiser Eindruck machen. Seitdem die Rechnung auf Karl von Burgund zerrissen war, konnte die ausweichende und zweigleisige Politik in der böhmischen Kurfürstensache nicht mehr fortgesetzt werden. Friedrich mußte sich jetzt entscheiden, als ihn die polnischen und böhmischen Gesandten zu Rothenburg an der Tauber auf seinem verzögerten Rückwege von Trier antrafen. Der Kaiser nahm sie freundlich auf, obwohl der mit anwesende Kardinal Marco den lautesten Einspruch dagegen erhob, als die böhmischen Unterhändler nicht mehr als Ketzer behandelt wurden [1]). Diese aber nebst den Polen begleiteten den Kaiser nach Nürnberg [2]) und Augsburg, wo die Verhandlungen eifrig fortgesetzt wurden. Aus den darüber erhaltenen Urkunden geht vor allem hervor, daß der Krieg gegen Matthias der Hauptzweck der polnisch-kaiserlichen Koalition sein sollte. Friedrich versprach, wie gewöhnlich, viel: er wolle, falls Kasimir um Johannis ins Feld rücken werde, spätestens einen Monat danach unter eigener oder eines Feldhauptmanns Führung ein Heer zur Unterstützung der Polen ausziehen lassen und nicht eher Frieden schließen, bis beide verbündeten Parteien es den Umständen angemessen erachten würden [3]). Die Böhmen hatten schon zwei Tage vor dem Abschluß dieses Bündnisses vom 13. März 1474 sich damit zufrieden erklärt, daß der Kaiser einen Feldhauptmann ernenne, wenn er selbst an der Beteiligung am Kriege verhindert wäre [4]). Da aber der Krieg am Johannistage noch nicht begonnen hatte, so wurde das Bündnis in etwas veränderter Form unter Ausschließung der Fristen am

1) Vgl. die Scene bei der Belehnung des Bischofs von Freisingen, Müller, Reichstagstheatrum II, 618.

2) Ambrogio Contarini, der Gesandte Venedigs an Usun-Hassan trifft die Gesandten in Nürnberg am 10. März. Der cavaliere Paolo ist Paweł Jasienski und der arcivescovo (?) Stanisław Kurozwąki, der allerdings nur Domherr war.

3) Dogiel I, 164.

4) Kurz, Österreich unter Friedrich IV., Teil II, Beil. 39, S. 247.

6. Juli erneuert [1]), aber von einer Anerkennung des Königs Władysław als Kurfürsten steht in diesen Urkunden kein Wort. Überhaupt wird Böhmens in diesem Traktat nicht erwähnt, und auch bei der Aufzählung der Punkte, durch welche sich Matthias straffällig gemacht haben soll, wird nicht etwa seine Bewerbung um die böhmische Krone angegeben [2]). Dennoch muß etwas Wahres an dem sein, was der polnische Chronist angiebt, daß der Kaiser vor den Kurfürsten und andern Reichsgrafen und Herren nunmehr Władysław als den „legitimen König von Böhmen und auch als Kurfürsten des Reiches deklariert, und nur die Belehnungs- und Huldigungszeremonie auf eine gelegenere Zeit verschoben habe [3]). Aber auch etwas dem Ähnliches muß vorgekommen sein, denn König Kasimir ließ dem Hochmeister als „seinem obersten Fürsten und Ratgeber" sagen, der Kaiser habe seinen Sohn als König von Böhmen gekrönt, und zwar mit der Krone, mit welcher er den König von Dänemark eben gekrönt hätte. Die kaiserlichen und königlichen Botschafter seien schon beim Papste, um die Genehmigung nachzusuchen [4]).

Während also der Kardinal Marco Barbo am Kaiserhofe in Augsburg einen seinen Absichten und Wünschen so ganz widersprechenden Vorgang wahrnehmen mußte, war es seinem Stellvertreter Bartholomäus de Massa, dem er in Troppau die Fortführung der Vermittelungsgeschäfte übertragen hatte, wenigstens einen teilweisen Erfolg zu erzielen, vergönnt. Zu stolz freilich durfte der geistliche Herr darüber nicht sein, denn es war doch mehr Höflichkeit als Wahrheit, wenn ihm in dem Traktate, der zwischen Ungarn und Polen vereinbart wurde, der bestimmende Einfluß zugeschrieben wurde. Der Notstand

1) Dogiel I, 166.

2) Daß Matthias den Einbruch der Türken in österreichische Lande veranlaßt habe, wird als Hauptgrund angegeben, und Matthias sagt später (1477), daß nichts ihn so sehr wie diese Insinuation gekränkt habe. Vgl. Chmel, Mon. Habsburgica II, 113.

3) Długosz XIII, 501.

4) Königsberger Archiv. — Aber unmittelbar danach, am 2. Sept., schrieb man dem Hochmeister, die Krönung sei doch noch fraglich.

der Dinge hatte mehr gethan als das prieſterliche Friedenswort. Wie ſchon früher bemerkt, beſchäftigte ſich Matthias während der Troppauer Konferenz damit, das in Ungarn eingedrungene Raubgeſindel, die berüchtigten „Brüder“, welche ſich von Sztropko aus einiger feſter Punkte, wie Homona, Nagy-Mihály und insbeſondere Modragóra nnd Bukowiec bemächtigt hatten, zu vertreiben. Jan Biały, die drei Brüder Barzy, Jan Wilk aus Pommern und Jan Suchodolski waren ihre Führer. Sie ſchienen einen Handſtreich auf das reiche Kaſchau geplant zu haben, jedenfalls hielt Matthias die Gefahr für dringlich genug, um wider die Räuber zu Felde zu ziehen. Während man in Troppau debattierte, ſchlug er von den „Brüdern“, die an 4000 Mann ſtark waren, „mehr denn die Hälfte, über 2000, tot“ [1]), und belagerte die übrigen in ihren feſten Schlupfwinkeln. Modragóra, deſſen Befehlshaber Suchodolski feige die Seinen verließ, nahm er mit ſtürmender Hand, und das mitten im Felsgebirge gelegene und gut verſehene Bukowiec, deſſen Kommandanten, die Brüder Barzy, beſtochen worden waren, kapitulierte gegen freien Abzug der Söldner mit den Waffen. Aber Matthias gab ihnen Knotenſtöcke ſtatt der Schwerter, und rief ihnen zu: „Geht nach Polen, Stockträger, ihr ſeid nicht Kriegsleute, ſondern Verräter eures Königs, die nicht wert ſind, Eiſen zu tragen“. Halb tot und mit Schanden kamen ſie in Polen an [2]). Die Führer aber, die eidlich verſichern mußten, gegen Matthias nie mehr zu dienen, gerieten auf dem Heimwege an einander, und Jan Wilk erſchlug den Suchodolski. Doch König Kaſimir rettete den offenbar auf Ehre haltenden Pommern vor den Folgen ſeiner Zornesthat und ließ die Brüder Barzy in den Kerker werfen. Damit war Matthias indes, den der Verluſt des bei Modragóra gefallenen Wojewoden Nikolaus Čupor von Siebenbürgen aufs tiefſte ergrimmte, noch keineswegs befriedigt. Denn nun begann

1) Eſchenloër II, 300.

2) Eſchenloër ſagt: „umb Hedwigen geſchehen“, das wäre anfangs Oktober. Dlugoſz, wie es ſcheint richtiger: „circa festum S. Nicolai“, d. i. anfangs Dezember.

eine Vergeltung. Während der König offiziell versicherte, r mit Polen durchaus nicht im Kriegsstand wäre, brach anuar 1474 ein ungarisches Söldnerheer von 6000 Mann Thomas Tarczy über die polnische Grenze, Mord und erung rings umher anstiftend. Das Städtchen Zmy-[1]) wurde des Nachts mit Sturmleitern erstiegen, und aus Schlosse daselbst ein befestigtes Räubernest gemacht, von aus dann mit Sengen und Brennen Auszüge ergingen die Ortschaften Jasło, Brzostek, Kołaczyce Frysztat, wiec, Dukla, die alle, nebst 200 Dörfern, in Asche gelegt n. Die reiche Stadt Pilzno hatte sich schon mit 40000 ten von den Räubern abkaufen wollen, da aber der König feige Nachgiebigkeit verbot, so ereilte sie ihr Geschick; sie dem Erdboden gleich gemacht. In Krosno wurden die er wenigstens von der innern Stadt zurückgetrieben, die ädte aber gingen samt dem Hospital und der Hospitalkirche ammen auf [2]). Auch die Feste Gorlice wurde von den verteidigt. Inzwischen zeigte sich im Popradthale eine Rotte, welcher sich das Schloß Muszyna ohne Wider- ergab. So folgte eine Hiobspost der andern, und König tir wußte sich in seiner Not keinen andern Rat, als trotz Verfassungsbestimmungen, welche die Genehmigung des stags erforderten, ein allgemeines Aufgebot auszuschreiben. mitten im Winter — wer wollte da sein Heim verlassen? die sich in Bewegung setzten, vermehrten nur die Ver- ng, denn sie fingen nach altem Mißbrauch die geistlichen zu brandschatzen an [3]). Es war eine trostlose Lage, Matthias hatte den Polen furchtbar heimgezahlt.

Bei Eschenlöer Schwingrot. Vgl. die Notiz in den Gerichts- n bei Helcel II, 801 und Mon. Pol. hist. III, 242.

Vgl. zu Eschenlöer und Długosz die Akta grodzkie ed. Liske 11 in der Anmerkung, und danach Mon. Pol. hist. III, 250 auf- mene Aufzeichnung von Krosno. Thomas Tarczy gab später dem on Krosno als Sühne für den Brand des Hospitals 2000 Dukaten. Długosz, Eschenlöer. Vgl. auch Szirmay, Not. comit en., p. 39sq., und insbesondere den Erlaß in Bandtkie, Jus p. 317.

Die Lage trug aber eine eigene Ironie an sich. Die polnischen Prälaten und Barone sprachen ihre Mißbilligung aus über das Treiben der polnischen Söldner in Ungarn, und die ungarischen Barone und Prälaten desavouierten die Mordbrennerei ihrer Söldner in Polen, und König Matthias versicherte, er stünde mit Polen gar nicht im Kriege. Gleich nach dem Weggang von Troppau forderten die ungarischen Herrn die Polen zu einer Zusammenkunft an der Grenze auf [1]). Die Polen nahmen zögernd das Erbieten an, und erst einen Monat später war festgestellt, daß die Konferenz zwischen je vier Bevollmächtigten von jeder Seite am 27. Dezember stattfinden solle [2]). Aber erst wieder einen Monat später genehmigte Matthias diese Verhandlungen [3]), bei welchen der Dr. Bartholomäus de Massa, der Stellvertreter des Kardinals Marco, vermittelnd einwirkte. Unter Führung des neuen eben erst erkorenen Erzbischofs von Gnesen, jenes Jakob von Sienno, den Kasimir einst so hartnäckig von seiner Werbung um das Bistum Krakau zurückgewiesen hatte, waren von polnischer Seite dieselben Männer gekommen, die auch in Troppau die Verhandlungen geführt hatten. Mißtrauen auf beiden Seiten erschwerte schon die Vorfragen ungemein. Endlich aber kam denn doch in Altdorf-Szramowice, dem althergebrachten Begegnungsorte zwischen dem polnischen und ungarischen Adel, am 21. Februar ein Vertrag zustande, welcher nach dem uns vorliegenden Wortlaute sich einzig und allein auf die Pazifikation der polnisch-ungarischen Grenzen bezieht. Eine Reihe von Maßregeln wurde vereinbart, um den Stegreifkrieg der „Brüder" zu unterdrücken und überhaupt den Frieden und nachbarlichen Verkehr zwischen Polen und Ungarn zu sichern, aber mit keiner Silbe wird in den darauf bezüglichen Akten-

1) Schreiben vom 14. November aus Dios-Győr im Danz. Arch.

2) Schreiben vom 14. Dezember aus dem Lager bei Hamona. Zwei Prälaten und zwei Barone würden erscheinen, die andern seien verhindert durch den Ofener Reichstag. Danziger Archiv.

3) Die Vollmacht datiert von Eperies, 12. Januar, bei Dogiel, Cod. dipl. I, 68.

nämlich in dem Altdorfer Traktat vom 21. Februar [1]), Ratifikation desselben durch den König Matthias vom bruar [2]) und endlich in der Bestätigung durch den ge- ungarischen Reichstag vom 23. April [3]), von der böhmi- Dynastenfrage oder von andern schwebenden Streit- [4]) Erwähnung gethan. Man findet deutlich, daß die itigen Magnaten den Friedensstand zwischen Polen und unabhängig von den dynastischen Streitigkeiten ihrer chen aufrichten wollten. Weder befand sich in Altdorf rtreter Böhmens, noch hätten sich die polnischen Räte weitgehende Bevormundung anmaßen können, um hier die böhmische Stimme zu führen und gar bindende Ver- für die böhmische Krone abzuschließen. Die Erzählung m Abschlusse eines dreijährigen Waffenstillstands zwischen n und Böhmen ist also hinfällig [5]).

Dogiel I, 69.

Dogiel I, 71. Von Bartfa aus.

Dogiel I, 76. Budae in conventu generali.

Feßler-Klein, Geschichte Ungarns III, 104 spricht von einer g des Lehnsverhältnisses der Moldau.

Allerdings sagt Dlugosz XIII, 507: „pax perpetua inter sc. Pol. et Hung.) reformata est .... cum Bohemiae rege et riennalis treuga inscripta.“ Und diese Angabe findet inso- nterstützung, als sich im polnischen Reichsarchiv eine angebliche ation dieses dreijährigen Waffenstillstandes befunden haben soll, vom 28. Februar aus Neustadt-Korczyn, wo Kasimir (vgl. Dlu- S. 509. 510) damals gar nicht war (Inventarium, p. 27). Auch lacky V.I, 104, Note 69 in Dresden eine gleichzeitige undatierte t desselben gefunden haben. Es ist auch richtig, daß sich der gsbeschluß im Archiv česky IV, 476 auf einen solchen dreijährigen illstand beruft. Aber das können nur Entwürfe, Gerüchte oder t gewesen sein. Als später die böhmischen ligistischen Barone ig Kasimir in Schlesien vom Kriege abhalten wollen, bitten sie t bellum coeptum triennali sufferentia suspenderet“ (Dlugosz 517), aber sie berufen sich nicht auf den rechtlichen Bestand eines wie Palacky V.1, 109 ihnen in den Mund legt. Ebenso wenig Worte Eschenlöers II, 305 („den gemachten Frieden zwischen halten, und liß erbitten, Friden ufzunemen und den Artikuln zu achzugehen“) auf die Existenz eines dreijährigen Waffenstillstandes

Es ist daher eine unbegründete Beschuldigung, wenn dem König Kasimir der Vorwurf einer zweizüngigen Politik gemacht worden ist, wenn man ihm zur Schmach nachsagte, er hätte „widersprechende Verträge“ abgeschlossen, er hätte zu derselben Zeit mit dem Kaiser sich zur Bekämpfung des Königs Matthias verbunden, in welcher er mit diesem hinterlistiger Weise einen Friedensvertrag vereinbarte. Dies ist aber eine Verkennung des Sinns der Altdorfer Abmachung. Sie sollte lediglich das Verhältnis der beiden Länder zu einander ausscheiden aus dem Konflikt der Könige um den Besitz der böhmischen Krone. Dieser Streit blieb davon unberührt, und auf böhmischem Boden war der Kriegsstand nur unterbrochen durch den auf der Troppauer Konferenz acceptierten, bis zum St. Wenzelstage (28. September 1474) laufenden Waffenstillstand.

Daß man aber in Altdorf auch die böhmische Frage erörterte, und daß dabei ein dreijähriger Waffenstillstand zur Sprache gebracht wurde, dafür liegen einige Anzeichen vor, allein zu einem Abschluß konnte es schon darum nicht kommen, weil kein Böhme an der Versammlung teilnahm. Für Matthias enthielt dieser „ewige Friede“ einen großen Vorteil, insofern er die Aspiration des polnischen Königshauses auf Ungarn nunmehr auch formell abschnitt, und den in Ungarn noch hier und da aufkommenden Sympathieen für Polen jeden Halt benahm. Erzählte man sich doch in Polen, daß Matthias sogar während der Altdorfer Besprechungen einen der ungarischen Bevollmächtigten, den Bischof Oswald von Agram, wegen solcher Neigungen hätte verhaften lassen müssen, was gewiß der Wahrheit nicht entsprach, da der Bischof in dem Traktate selbst als Vertreter der ungarischen Krone genannt wird. Aber solche Erzählungen nahmen ihren Grund sicherlich aus vorhandenen

zu deuten. Auch in seinen späteren Rekriminationen vom Jahre 1477 (Chmel, Mon. Habsburg. II, 112) spricht Matthias von der „pax perpetua“, aber durchaus nicht von einem dreijährigen Waffenstillstande, was doch für ihn ein schlagendes Argument gewesen wäre. — Die Verhandlung zu Altdorf, altem Herkommen entsprechend, war übrigens im Art. 16 der Neißer Beschlüsse in Aussicht genommen.

Stimmungen. Auch Unzufriedene aus Siebenbürgen setzten ihre Hoffnungen auf einen Krieg zwischen Polen und Ungarn. Darum war der Hunyade so eifrig dahinter, sein Land von polnischen Einflüssen zu säubern. Jener Peter Komorowski, der einige Burgen in Nordungarn dem Prinzen Kasimir vor zwei Jahren zur Verfügung gestellt hatte, wurde teils mit Gewalt, teils durch Abkauf aus dem Lande gedrängt [1]), und da auch die Lage des Hospodars Stefan von der Moldau, der einen Kampf um das Dasein mit dem von den Türken unterstützten Drakul von der Walachei zu führen hatte, keineswegs derart war, um eine Diversion gegen Ungarn denkbar zu machen, so durfte sich Matthias jetzt um so freier dem westlichen Kriegsschauplatze zuwenden. Daß dies zum Schaden der österreichischen Erblande geschah, ist gewiß ebenso wahrscheinlich, als die Erzählung, daß er dem Kaiser Friedrich sogar bis in die Vorstädte von Augsburg die Flamme getragen habe, auf Übertreibung beruht. Für den Sommer 1474 hatte sich Matthias offenbar die Aufgabe gestellt, in Mähren und Schlesien sein wankendes Regiment zu befestigen, und von dort aus die Gegner in Polen und Böhmen in Atem zu halten.

In Polen hatte inzwischen viel Bewegung stattgefunden. Mitten in dem Tumult über den Einbruch der Ungarn in Kleinpolen hatte der König, wie gesagt, ein allgemeines Aufgebot ergehen lassen [2]), das zunächst nur die Beraubung der Klerikalgüter durch die Kriegsleute in fast unerhörtem Maße zur Folge hatte, die Aufstellung eines Heeres aber durchaus nicht ermöglichte. Ob die Großpolen sich irgendwie für die Vorgänge in Kleinpolen rührten, erfahren wir nicht. Aber kaum konnten die Nachrichten von dem Frieden zu Altdorf zu

1) „Comes Lubovliensis" nannte er sich. Kasimir versprach ihm damals eine Schuld von 2000 Dukaten im Herbst zu zahlen. Inventarium dipl. I, 390.

2) „qui ad expeditionem generalem proxime praeteritam" sagt der König am 11. März 1474 in der Urkunde bei Bandtkie, Jus. pol., p. 317. — „postquam rex Pol. populum congregaverat" in den Gerichtsbüchern bei Helcel II, 801.

ihnen gelangt sein, so erlebten sie auf ihrem heimischen Boden ein völlig analoges Schauspiel. Denn um die Mitte des März [1]) brach der Herzog Hans von Sagan, ein trotziger und grausamer Herr, der schon seit langem von König Matthias für eine Rolle ausersehen war, wie sie Thomas Tarczy in Kleinpolen gespielt hatte, samt dem Rottenführer Melchior Loebel mit einem beträchtlichen Heere, das von Breslau aus mit Mannschaft und Geschütz unterstützt worden war, bei Steinau über die Oder nach Polen hinein, und soll in einem fast zwei Monate dauernden Raubzuge an 600 Ortschaften verbrannt und verheert haben. Den Versuch, die Stadt Fraustadt mit stürmender Hand zu nehmen, kauften die Bürger durch schweres Geld ab, aber ihre Vorstädte gingen wie jene in Krosno in Flammen auf. Ein Widerstand von polnischer Seite war auch hier fast gar nicht versucht, obgleich die obersten Beamten, wie erzählt wird, ein Heer von 12,000 Mann bei Kosten zusammengezogen hatten. Noch ärger wäre es, wenn es wahr sein sollte, daß die Magnaten ein geheimes Einverständnis mit Hans von Sagan unterhalten hätten, und dieser dafür ihre Besitzungen geschont hätte [2]). Erst als der Herzog selbst bei der Einäscherung eines Hauses sich lebensgefährliche Brandwunden zugezogen hatte, zog sich die wilde Schaar zurück und löste sich auf. Niemandem war es verborgen, daß Herzog Hans nur das Werkzeug des Königs Matthias gewesen war, und niemand konnte nunmehr daran zweifeln, daß er den Altdorfer Vertrag nur in der engen Beschränkung seines Wortlauts auffaßte, den böhmischen Kriegsschauplatz aber offen erachtete.

1) Am ausführlichsten Ann. Glogovienses in Script. rer. Siles. X, 30. Danach am 17. März. Eschenloër II, 301 „in der Faste vor dem Sonntag Oculi". In Lauterbach, Fraustädtisches Zion, und in Valerii Herbergers Lebenslauf wird zwar der Vorgang beim Jahre 1584 erzählt, aber als Datum des Sturmes auf Fraustadt übereinstimmend mit Ann. Glog. der 20. März angegeben. — Vgl. auch Benedikt Johnsdorfs Böhm. Chronik, ed. Wachter in Script. rer. Siles. XII, 112.

2) Dlugosz XIII, 605, der diese Dinge erzählt, ist hier von so maßloser Bitterkeit, daß der Zweifel an der Wahrheit erlaubt ist.

Diese Ueberzeugung aber mußte in Opatowiec, welches der Sammelpunkt für den einberufenen polnischen Kriegsadel gewesen war, und wo jetzt der König mit den Baronen Beratung pflog, die Gemüter beherrschen. Man traf Vorkehrungen zu einem Kriege in großem Stil. Eine Reihe gesetzgeberischer Bestimmungen, die sich auf die Zeitlage bezogen und eine bessere Organisation der Kriegsmacht bezweckten, wurden vereinbart. Zunächst wurde, um das Kirchengut gegen Eingriffe zu schützen, die fast bei jedem Kriegsaufgebot dasselbe hart betrafen, ein abgekürztes Rechtsverfahren gegen die des Raubes Angeklagten festgestellt [1]). Die Maßregel war um so gerechtfertigter, als der Klerus für seinen liegenden Besitz keine Immunität genoß und zum Heere dieselben Leistungen wie der Adel aufbringen mußte, nur daß nicht die Kommunität und der Starost, sondern die Synode und der Bischof das Maß derselben zu bestimmen hatten [2]). Ueber die Leistungen der Städte an Mannschaft, Ausrüstung und Gerät, über die Inspektion durch die Staroften und Kastellane, über die Verhinderung von Praktiken und umgehenden Schädigungen des „öffentlichen Dienstes" wurden vermutlich dieselben eingehenden scharfen Vorschriften festgestellt, welche sich für eine spätere Gelegenheit uns urkundlich erhalten haben [3]). Der Grundsatz der Kriegsdienstleistung „juxta facultatem bonorum" verknüpfte diese Pflicht dermaßen mit den Besitz- und Erbverhältnissen, so daß bei der genauen Normierung jener immer auch Fragen aus dem Erb- und Eigentumsrecht auftauchten und gesetzgeberische Feststellungen notwendig machten. Dadurch erweiterten sich die Beschlüsse in Opatowiec zu einer völligen Reform der Gesetzgebung in mehreren wichtigen Stücken, die einen Teil der weiteren Rechtsentwickelung in Polen darstellten [4]). Aber auf die momentane Lage un-

1) Voll. Legg. I, 226. Bandtkie. Jus pol., p. 317.

2) Voll. Legg. I, 227, alin. 2—4.

3) Ich nehme an, daß die in Voll. Legg. l. c. sich findende Konstitution von 1477, die damals für die Aufstellung eines Heeres gegen die Türken erlassen wurde, nur eine Wiederholung älterer Bestimmungen ist.

4) S. das Statut bei Bandtkie, Jus pol., p. 313. — Außer diesem

mittelbaren Bezug hatte die Genehmigung eines erneuten Zuschlags von vier Groschen zu der Hufensteuer von zwei Groschen, und insbesondere mußte den Verhältnissen eine durchgreifende Wendung in Aussicht gestellt werden durch den allgemeinen Entschluß des Adels, persönlich ins Feld zu rücken und nicht blos gedungenen Kriegsleuten das Schicksal der brennenden politischen Fragen anzuvertrauen. Freilich war die Versammlung in Opatowiec, wo doch nur der kleinpolnische Adel tagte, nicht der Ort, um alle diese Satzungen für das gesamte Reich gültig zu machen und sofort für eine große Unternehmung zu benutzen. Dazu bedurfte es des allgemeinen Reichstags. Aber daß nun der König zu einer solchen entschlossen war, und daß das mit dem Kaiser in eben denselben Tagen abgeschlossene Bündnis in engem Zusammenhang mit diesem Vorsatze stand, läßt sich aus diesen Vorbereitungen in Opatowiec mit Deutlichkeit entnehmen.

Die Meinung war, da die Altdorfer Pazifikation für Matthias die Möglichkeit ausschloß, die ungarischen Banderien wider Polen aufzurufen, und er also für den böhmischen Krieg nur auf geworbene Leute und die in Mähren und Schlesien Ausgehobenen angewiesen war, durch eine große Operation des allgemeinen Aufgebots in Verein mit den Władysław anhänglichen Böhmen den Ungarkönig mit Leichtigkeit zunächst aus Schlesien und dann wohl auch aus Mähren herausdrängen zu können. Die Vorbereitungen und Rüstungen in Polen bedingten an sich schon, zumal die Tataren aus Litauen herbeigezogen werden sollten, ein solches Aufsehen, daß es ungereimt erscheint, anzunehmen, Matthias sei von den Ereignissen überrascht worden [1]). Niemals aber zeigte sich der seltene Verein

und dem erwähnten in Voll. Legg, sowie dem de raptoribus et invasionibus bei Bandtkie, S. 317, muß es aber noch ein viertes gegeben haben, denn die bei Długosz als Inhalt der Gesetzgebung von Opatowiec angegebenen Artikel finden sich in keinem derselben.

1) Mit einer gewissen Heimlichkeit müssen die polnischen Rüstungen betrieben worden sein, denn Stibor von Baysen schreibt an den Rat von Danzig noch am 14. Juli, daß ein großes Heer zusammengezogen werden soll, der Zweck aber wäre unbekannt. Danziger Archiv.

von Begabung und rührigem Fleiß in Matthias glorreicher, als wenn er mit verhältnismäßig geringen Mitteln einer großen Gefahr gegenüberstand. Nachdem er Ungarn von den Eindringlingen gesäubert, eilte er nach Mähren, und seine Maßnahmen zeigen, daß er sehr wohl wußte, daß Schlesien das Kriegsfeld sein würde. Sein Bemühen ging daher vorerst darauf, sich die Straße von Ungarn nach Schlesien hin frei zu halten. Die Städte, Burgen und Festungen, aus denen Räuberei getrieben wurde, warf er nieder, und auch auf Hradisch machte er, ohne viel auf den zur Zeit noch geltenden Waffenstillstand zu achten, einen freilich nicht gelungenen Versuch. Alsdann griff er mit fester Hand in die oberschlesischen Wirren ein. Herzog Wenzel von Rybnik, der zu Polen hinneigte, mußte sich in Pleß einen ungarischen Hauptmann gefallen lassen und konnte die Burg nur um den Preis der unbedingtesten Unterwerfung behalten [1]). Schlimmer noch erging es Hans IV. von Jägerndorf, der alle seine Burgen ausliefern mußte, und nur auf die Feste Loslau beschränkt blieb [2]). Die Raubburgen Olbersdorf und Debitsch wurden den Wegelagerern Stosch abgenommen, und „der Ernst, der vor diesen Burgen mit Hängen war geschehen", bemerkt der Breslauer Stadtschreiber, wirkte auf „die andern". Am letzten Augusttage langte der König in Neiße an und war im Begriff, eben noch das Schweidnitzer Gebiet zu säubern, als ihn die Nachrichten aus Polen veranlaßten nach Breslau zu eilen. Auch bei den schlesischen Ständen wurde die Frage erwogen, ob man dem Könige durch persönlichen Dienst oder durch eine Schatzung die schuldige Hilfe leisten solle. Herr Zdenek von Sternberg und die kriegsmüde gewordene Partei der ehemaligen Ligisten scheinen nicht ohne Hintergedanken der ersteren Form zugeneigt zu haben. Denn alsdann, meinten sie, müßte in einer „Feldschlacht" dem hängenden Zustand ein Ende gemacht werden, gleichviel, ob Matthias

1) Długosz XIII, 50. Der Hauptmann ist Johann Bielik von Kornitz.

2) Biermann, Gesch. von Troppau und Jägerndorf, S. 228 f.

dabei seine Sache verlöre oder nicht. Aber dieser war gar nicht gewillt, sein Schicksal an den Ausgang eines Tages zu knüpfen. Er wußte, daß er für Geld bessere und zuverlässigere Soldaten und obendrein prompter haben kann, als durch eine langwierige und unkontrollierbare Aushebung der Stände. Er forderte nur Geld und vertraute im übrigen seinem Genie und seinem Stern.

In Polen hatte inzwischen der am 15. Juni in Piotrkow gehaltene allgemeine Reichstag die Beschlüsse von Opatowiec ratifiziert. Der Söldnerkrieg hatte unermeßliche Summen ohne Erfolg verschlungen, man war nunmehr bereit, durch ein allgemeines Aufgebot ein überwältigendes Heer zustande zu bringen [1]). Am 15. August hatte dasselbe in Mstow an der Warta sich zu versammeln, und inzwischen sollten auch aus Litauen die Bojaren, das Hofgesinde und namentlich die Tataren herbeigerufen werden. Auch der „König von Prag", wie man damals Władysław bezeichnete, hatte mittlerweile sein Heer zu einem Einfall in Mähren zu rüsten. Wenn man Długosz trauen darf, soll König Kasimir der beim Reichstage anwesenden böhmischen Gesandtschaft 24,000 Dukaten als Abschlag auf die übernommene Schuldentilgung mitgegeben haben. Bedenkt man, daß der König der Verfassung gemäß, da es sich um einen Krieg außerhalb der Landesgrenzen handelte, den Adel mit fünf Mark auf den Spieß zu löhnen hatte, und wie zerrüttet die Finanzverhältnisse der Krone ohnehin schon waren, so begreift man kaum, woher König Kasimir noch die Mittel nahm, Böhmen mit Geld zu unterstützen. Die Auspizien des Krieges waren keineswegs günstig. Denn mitten in die Geschäftigkeit der Rüstungen fiel die Nachricht, daß die Tataren in Podolien eingebrochen wären und aus den Städten Kamieniec, Halicz, Glinianý, Dunajow, wo der Erzbischof von Lem-

1) Einen interessanten Beitrag zur Geschichte dieses Aufgebots giebt der liber regestrualis militum expeditorum ex palatinatu Posnaniensi, den Bobrzyński in Starod. prawa polsk. pomniki VII. 1, 160 sqq. abgedruckt hat. — Man sieht aus diesem Fragment, wie tief ein Aufgebot in den Wirtschaftsstand der Nation eingriff.

berg mit knapper Not sich verschanzt hatte, Männer und Frauen in großer Zahl weggeschleppt hätten, um sie auf den Sklavenmärkten des Ostens zu verkaufen, und daß die Türken, durch den Wojewoden Drakul von der Walachei herbeigerufen, die Moldau bedrohen, was dem klugen Stefan einen geeigneten Vorwand gab, die auf ihn gesetzten Hoffnungen der Polen mit Anstand zunichte werden zu lassen. Aber noch schlimmer war, daß, als das polnische Aufgebot langsam und schwerfällig wie immer in Mstow sich versammelte, die kleinpolnischen Herren der kirchlich-konservativen Richtung unter Führung der Tęczyński, Melsztyński und Rabsztyński, denen das Interesse für die Prager Ketzer niemals hat einleuchten wollen, mit dem Könige über das verfassungsmäßige „Donativ", das allerdings dem Gesetze nach vor dem Ausrücken des Heeres noch in einer polnischen Stadt hätte gezahlt werden müssen, zu streiten begannen. Mit welchen Mitteln der König „die erregte Menge" beschwichtigte, bleibt uns verborgen. Endlich brachte er das Heer in Bewegung, und über Częstochau, Dęlow an der Liswarta marschierte er am 26. September, zwei Tage vor Ablauf des in Troppau vereinbarten Waffenstillstands, in die schlesischen Gebiete ein. Es scheint nicht übertrieben zu sein, wenn die Stärke des polnischen Heeres auf mehr als 60,000 Mann angegeben wird [1]). Es war mit Geschütz und Wagenburgen gut versehen und durfte schon mit einiger Zuversicht dem Erfolge entgegensehen, zumal der König Wladyslaw mit etwa 20,000 Mann, die zunächst an der mährischen Grenze aufmarschiert waren, nunmehr, da dort kein Feind gegenüberstand, sich gleichfalls nach Schlesien hinein zog.

1) So Dlugosz und Eschenlöer. Ann. Glogov.: über 70000. Die ferner stehenden Quellen geben andere Zahlen, so Benedikt Johnsdorf, 160000. — Was das Heer des Matthias betrifft, so stimmt wieder Dlugosz mit Eschenlöer und dem Berichte des Kurfürsten Ernst von Sachsen, die dasselbe auf etwas über 6000 Mann insgesamt anschlagen. Benedikt Johnsdorf hat 16000 Mann. Die Aufzeichnung in Zeitschr. für schles. Gesch. IX, 383 stimmt gleichfalls mit Dlugosz und Eschenlöer.

Kurz bevor die militärischen Bewegungen sich entwickelten, hatten noch einmal die böhmischen Herren Zdenek von Sternberg und Wenzel von Boskowic von der ungarischen, und Wilhelm Rabsky und Peter Koulinec von der böhmischen Partei einen Versuch gemacht, den Abschluß eines neuen Waffenstillstands zu bewirken. Sie trafen bei Kasimir in Czestochau ein, als derselbe eben die Grenze zu überschreiten im Begriff war. Im Auftrage des Königs Matthias schlugen sie vor, auf der Basis der Punktation von Neiße vom vorigen Jahre einen Waffenstillstand zu genehmigen, denn Matthias „wolle alles thun, was nicht wider die Ehre wäre". Schon die Antwort des Königs, daß er, da es sich um Böhmen handele, erst nach der Vereinigung mit seinem Sohne Wladyslaw in Unterhandlungen eintreten könne, bekundete eine ungestörte Zuversicht auf den Erfolg. Aber vollends prahlerisch äußerten sich die polnischen Heerführer, als sie den böhmischen Vermittlern zuriefen: „Helft nur, daß wir Matthias in Breslau finden". „Ihr werdet ihn da finden", erwiderte Zdenek von Sternberg, „geschieht es nicht, so will ich euer Gefangener sein, jedoch sehet, daß ihr nicht suchet und findet, wie die Juden Christum, die zurückfielen und ihr Unglück und Verderben fanden" [1]). —

1) Nach Palacky V. 1, 109 sollen die Vermittler das Heiratsprojekt wieder als Basis vorgeschlagen haben. Weder sagt das Eschenloër noch der Brief des Herzogs Ernst von Sachsen, noch auch Dlugosz. Zwar sagt dieser letztere beim Jahr 1478 — und darauf beruft sich Palacky — daß man durch die Heirat einen bessern Frieden hätte erlangen können, aber 1) meint er ausdrücklich in campo ante Vratislaviam, d. i. doch in den späteren Verhandlungen, und 2) spricht er es lediglich als subjektive Meinung aus, die übrigens wenig Wahrscheinlichkeit für sich hatte. Denn es ist doch kaum erlaubt, anzunehmen, daß Matthias noch in campo ante Vratislaviam die polnische Heirat proponiert hätte, nachdem am 30. Oktober seine Freiwerber um die Hand der Prinzessin Beatrix von Neapel mit zustimmender Antwort zurückgekehrt, und die polnische Prinzessin Hedwig dem bairischen Herzog schon so weit versprochen war, daß ihr am 19. November 10000 Dukaten pro sponsalicii largitate (Inventarium, p. 19) verschrieben wurden. Ich sehe keinen Grund, die Erzählung Eschenloërs, der weder Dlugosz noch der Bericht des Kurfürsten von Sachsen widerspricht, zu bezweifeln.

Der Vormarsch der polnischen Armee ging unaufhaltsam fort. Das Gebiet des Herzogs Nikolaus von Oppeln hatte den ersten Angriff zu erleiden. Die Städte Pitschen, Kreuzburg und Rosenberg wurden erobert [1]), und das Land umher „mit Feuer und Schwert" furchtbar verwüstet. Der lange angesammelte Haß wegen der in diesen Gebieten zum Schaden der Polen schwunghaft betriebenen Wegelagerung machte sich geltend. Inbezug auf den Kriegsplan entstanden im Hauptquartier des Königs Differenzen, denn die Großpolen waren der richtigen Ansicht, daß wenn das ganze polnische Heer von Süden her gegen Breslau vordringe, dem Feinde die Möglichkeit gegeben werde, nach Norden auszuweichen und in das ungesicherte Posener Land einzubrechen. Aber die kleinpolnischen Herren bestanden darauf, mit der gesamten Armee geschlossen auf die Hauptstadt Schlesiens vorzugehen, und der König schloß sich diesem Plane an. Bei Krappitz wurde die damals seichte Oder überschritten, und die von Matthias ausgeschickten Eclaireurs berichteten nach Breslau, daß das Heer an 60,000 Mann mit 5000 Wagen stark wäre und fast drei Tage zu dem Flußübergang gebraucht hätte. Darnach zog das Heer gegen Oppeln. Da die Stadt dem ersten Angriff Widerstand leistete, so glaubten die Polen sich bei der Belagerung derselben nicht aufhalten zu sollen und setzten ihren Marsch im Oderthale in der Richtung nach Brieg fort. Matthias aber, der vorausgesetzt zu haben scheint, daß die Polen auf die Einnahme von Oppeln bestehen würden, hatte eine Schar von 2000 Reitern unter den Hauptleuten Franz Hag und Georg Tunkel von der Hochstat zum eventuellen Entsatz und zur Verhinderung des Übergangs über die Neiße nach Oberschlesien abgehen lassen. Bei Schwanowitz in der Nähe von Schurgast aber traf diese Truppe am 12. Oktober auf die „Halte" der Polen und griff die vorgeschobenen Gruppen mutig an. Die Reiter scheinen nicht geahnt zu haben, daß das Gros des feindlichen Heeres so nahe dahinterstünde, und sahen sich plötzlich von einer fast zehn Mal

1) Ann. Glogov., p. 31 erwähnen nur Kreuzburg.

ſtärkeren Abteilung überrannt. Nur dem Umſtande, daß die Polen nicht aus den Wagenburgen ausbrechen durften, hatten ſie es zu verdanken, daß ſie nicht ſamt und ſonders niedergehauen wurden. An 50 Ritter, darunter Ulrich Pernſtein, Peter Haugwitz, Paul Horváti, fielen den Polen in die Hand. Die Zahl der Getöteten wird nur auf zwanzig angegeben [1]). Die Übrigen zogen ſich nach Breslau zurück, wo Mathias ſie mit dem Hinweis auf das wechſelnde Spiel des Glückes tröſtend empfing.

Froh des erfochtenen Erfolges zog das Heer weiter gegen Brieg und Ohlau. Wie vor Oppeln ſo wurden auch vor dieſen Orten und vor Grotkau Verſuche gemacht, im erſten Anſturm ſie einzunehmen. Da ſie aber gut beſetzt waren und tapfer verteidigt wurden, ſo umgingen die Polen dieſe befeſtigten Plätze, deren Belagerung eine geraume Zeit erfordert haben würde. In der Nähe von Ohlau fand am 23. Oktober die Vereinigung des von Süden her unter dem König Wladyslaw heranziehenden, faſt 20,000 Mann ſtarken böhmiſchen Heeres mit dem polniſchen ſtatt [2]), ſo daß in den letzten Oktobertagen ſich eine Armee von mehr als 80,000 Kriegern gegen die Hauptſtadt heranwälzte. In alter und neuer Zeit iſt der Marſchall Jan Rytwiański wegen der Methode des Feldzuges getadelt worden, und ſelbſt der Verdacht, von ungariſchem Golde beſtochen zu ſein, iſt ihm nicht erſpart worden [3]). Einer unbefangenen Auffaſſung gegenüber wird ſeine Kriegsführung

1) So Eſchenlöer. Nach Dlugoſz wurden 1000 vermißt, nach ihm ſoll aber auch das Streifcorps 8000 Mann ſtark geweſen ſein, nachdem er zuvor ſelbſt angegeben, daß Matthias überhaupt nur über 6000 Mann zu verfügen hatte.

2) Nach Dlugoſz XIII, 519 am Montag, 24. Oktober. — Nach B. Johnsdorf, S. 112 um den 15. Oktober. Nach einem von Palacky V.1, 117 benutzten Dresdener Bericht am 18. Oktober. Nach Ann. Glogov. in Script. rer. Sil. X, 17 am 23. Oktober. Ebenſo daſelbſt, p. 31 am 23. Oktober. Dieſe letzte Quelle giebt an, daß die Böhmen am 17. Oktober die ſchleſiſche Grenze überſchritten (darauf dürfte Palackys Mißverſtändnis beruhen) und Frankenſtein eingeäſchert hätten, was keine andere anführt.

3) Dlugoſz XIII, 518.

keineswegs so sinnlos erscheinen, als sie wohl dargestellt worden ist. Die preußischen Kriege hatten gezeigt, wie wenig das aus dem allgemeinen Aufgebote bestehende polnische Heer zur Unternehmung von Belagerungen geeignet sei. Die wiederholten trüben Erfahrungen vor Lessen mußten zur Warnung dienen. Gerade seine Größe war dem Heere nachteilig. Bei der damaligen Organisation desselben war der Mißerfolg sicher, wenn es nicht gelang durch eine rasche Feldschlacht die Entscheidung herbeizuführen. Daß aber Matthias bei der unverhältnismäßigen Minderzahl seiner Truppen es auf einen einmaligen Würfelfall nicht ankommen lassen würde, durfte sich die polnische Heeresleitung von selbst sagen. Sie wird auch wohl jedenfalls unterrichtet gewesen sein, welche Maßregeln zur Abwehr der Ungarkönig getroffen hatte, wie er all „sein reisiges Gezeug und und auch die Fußknechte“ in die Städte, Oppeln, Brieg, Ohlau, Grotkau, Schweidnitz, Striegau, Neumarkt u. a. „gestreut“, und das „Bauervolk gezwungen hatte, sein Vieh, Futter, Getreide und Habe in die Städte zu führen“. Die Besatzungen waren aber nirgends stark genug, um die Rückzugsstraße abschneiden zu können. Nach der ganzen Situation kam alles darauf an, sich so bald als möglich der Hauptstadt Schlesiens zu bemächtigen, und es schien doch nicht vermessen, zu hoffen, daß die geringe Besatzung von einer so großen Armee erdrückt werden könnte. Darum hielt der Marschall darauf, jede Zersplitterung zu vermeiden, und verbot sogar, die bei Schwanowitz Fliehenden zu verfolgen. Die größte Schwierigkeit lag aber unter solchen Umständen in der Verpflegung. Schon vor dem Anmarsch der Polen war das flache Land von den Söldnern des Matthias möglichst kahl gemacht, und die Eingedrungenen fanden nur wenig vor. Im Punkte der Verwüstung des Landes — darin stimmen die Quellen überein — gaben Freund und Feind einander nichts nach. Was aber vonseiten der Matthiasschen Söldner als Vorsichtsmaßregel gelten konnte, das war bei den Polen eine Thorheit. Namentlich das Abbrennen der Dörfer mit ihren Mühlen und Backöfen gereichte ihnen selbst zu schwerem Nachteil. Bald zeigte

sich die Notwendigkeit, immer weiter ab von der Marschlinie die fliegenden Corps wegen Proviant streifen zu lassen, und diesen Heeresabteilungen waren die aus den festen Plätzen ausfallenden Söldnerscharen gewachsen. Die abgezweigten Kolonnen kamen dann im besten Falle dezimiert und mit leeren Händen zurück. Die Türme und Verließe der Festungen überfüllten sich mit Gefangenen, die Armee aber hungerte. Wohl waren in Voraussicht solcher Verlegenheiten große Proviantzüge aus der Heimat vorbereitet. Bei Welun sollen mehrere tausend Wagen mit Lebensmitteln dagestanden haben und lediglich aus Sorglosigkeit nicht herangebracht worden sein, was doch schwer zu glauben ist. Von Częstochau und Ilkusz kamen an 600 Wagen mit Lebensmitteln, Schuhwerk, Pelzen und Gewändern, aber zwei Meilen hinter Oppeln ward der Zug trotz seiner tausend Fußknechte abgefangen und als gute Beute in die Festungen geschleppt. Von einem Proviantzuge, der aus Böhmen herbeikam, hören wir, daß der Söldnerhauptmann Franz von Hag bei Nimptsch ihn vernichtete [1]). Um so mehr mußte daher die Aktion gegen Breslau beschleunigt werden, denn wenn auch trotz der vorgerückten Jahreszeit die Witterung mild und freundlich geblieben war, so mußte man sich doch auf einen raschen Umschlag gefaßt machen. Alles dies erklärt die Unaufhaltsamkeit des Vordringens, und am 28. Oktober nahm die polnisch-böhmische Armee im Südosten von Breslau eine, wie es scheint, sehr unglückliche Aufstellung in dem Bruchland zwischen Oder und Ohle bei Schwentnig [2]) und Wasserjentsch.

So standen denn die beiden großen Heere Breslau gegenüber, gerade an der Seite, wo Matthias mit seinem Heere sich nicht befand. Anfangs hatte er zwar auch seine Truppen in dem Nikolai-Viertel an dem linken Oderufer gelagert, aber bald sah er ein, daß er alsdann zu sehr mit dem Schicksal der Stadt selbst verbunden, und daß an ein Ausweichen im

1) Ann. Glogov. in Script. rer. Sil. X, 17.

2) Beneb. Johnsdorf, ed. Wachter, S. 113. Nicht Schwundnig Kreis Trebnitz, sondern Schwentnig bei Otwitz. Die Polen sind auf das rechte Oderufer nicht gekommen.

äußersten Notfall wegen der Schwierigkeiten des Flußüberganges nicht zu denken wäre. Er legte daher auf dem rechten Oderufer in dem sogenannten Vincenz-Elbing ein verschanztes Lager an, das „nicht viel kleiner war als Breslau", und in welchem er sich „eine schöne große Stube bauete" und mitten unter seinen Kriegern blieb. Zwischen seinem Lager und der Stadt hatte er eine Brücke über die Oder gelegt. Da das Landvolk in die Stadt hatte ziehen müssen, so war diese ungemein überfüllt, aber die Festungswerke waren mit den üblichen Verteidigungsmitteln reichlich ausgerüstet. Von Anfang an fühlte Matthias wohl das Peinliche seiner Lage, und ein irgendwie ehrenvoller Vertrag wäre ihm wohl erwünscht gewesen. Eben als die Polen die Grenzen überschritten hatten, befand sich bei ihm der Kurfürst Ernst von Sachsen, der das Herzogtum Sagan durch Kauf an sich gebracht und der Meinung war, daß, wie auch immer der Wettbewerb um die böhmische Krone ausgehen möchte, die Nebenländer dem Ungarn nicht wieder entrissen werden würden. In jedem Falle war für den Augenblick die Sanktionierung des Kaufes durch Matthias wertvoller als durch den machtlosen „König von Prag". Darum war er nach Breslau gegangen und hatte von Matthias das Herzogtum zu Lehen genommen. Aber als er von Breslau wieder abzog, nahm er nicht den Eindruck mit sich, daß Matthias mit Zuversicht in die nächste Zukunft blicken dürfe, und da es der König zuließ, so schickte er seine Räte in das polnische Lager und bot seine Dienste zur Vermittelung an. Bis zum 1. November, da das polnische Heer schon unter den Mauern von Breslau stand, setzten die Sachsen ihre Bemühungen fort, aber freilich vergebens [1]). Angesichts des polnischen Heeresaufgebots,

1) Graf Wilhelm von Henneberg, Hugold von Schleinitz, Dietrich von Schömberg und Johann Scheibe treffen den König von Polen am 15. Oktober zwei Meilen von Brieg. Müller, Reichstagstheatrum und Friedrich V. II, 668 und Script. rer. Siles. X, 100. Zu welchen Fabeleien in der humanistischen und encomiastischen Geschichtslitteratur des 16. und 17. Jahrhunderts — von Melanchthon anzefangen — diese verunglückte Vermittelung verführt hat, ist von Klose, Von Breslau III. 2, 229—242, fleißig und kritisch nachgewiesen worden.

das noch keinen Grund hatte, an seinem Erfolge zu zweifeln, war es auch schwer, eine geeignete Friedensbasis vorzuschlagen, zumal das Heiratsprojekt um so mehr außer Verhandlung stand, als am 29. Oktober von den Freiwerbern des Königs Matthias die Nachricht von dem Verlöbnis der Prinzessin Beatrice von Neapel nach Breslau eingelangt war [1]). Breslau illuminierte zu Ehren seines Königs und ließ mit allen Glocken läuten, aber gerade damals hatte dieser mehr zu thun, als sich der Bräutigamsstimmung zu freuen. Allerdings hatte sich seine Lage im Verlauf des Monats gebessert. Die Herzöge Friedrich von Liegnitz und Heinrich von Glogau hatten ihm an 2000 Mann Verstärkungen zugeführt; an 1000 Mann waren noch aus Mähren hergekommen. Die Befestigung von Breslau war sorgsam vollendet, das System der Verteidigung durch Rasierung des platten Landes und Beunruhigung des Feindes von den festen Plätzen aus bewährte sich vortrefflich. Nachdem überdies die Polen durch den Oderübergang sich auf dem linken Ufer völlig verfangen hatten und bei dem steigenden Wasserstand ein Übersetzen des Heeres oberhalb der Hauptstadt unwahrscheinlich geworden war, so blieb Matthias nicht bloß nach der Nordseite hin unbehelligt, sondern ihm standen die Grenzen von Großpolen unbehindert offen. Im polnischen Hauptquartier war man darüber auch nicht wenig beunruhigt, und es soll der Gedanke vorgetragen worden sein, die Oder bei Breslau zu überschreiten und, gestützt auf Öls, das in den Händen der Herzogin Margareta, einer geborenen Masowierin (s. o., S. 252) sich befand, mittels Durchstechung der Dämme die Oder in ihr ursprüngliches Bett (die alte Oder) abzuleiten und alsdann von Norden und Süden zugleich die Stadt einzuschließen. Daß der Plan einzig an dem Widerspruche der maßgebendsten Persönlichkeit des Kriegsrates, und

1) Müller Reichstagstheatrum II, 669. Die an selbigem Tage eingebrachten zehn polnischen Knechte wurden von Matthias freigelassen und mit dem Auftrage, die Nachricht Kasimir zu verkünden, zurückgeschickt.

zwar weil dieselbe durch ungarisches Geld bestochen war, gescheitert sein soll, klingt doch so ungeheuerlich, daß man die ganze Nachricht doch nur als Hofgeschwätz ansehen möchte [1]). Sie mag erst hinterher aus der Einsicht entstanden sein, wie vorteilhaft für Matthias die Freiheit des rechten Oderufergebietes gewesen ist. Denn sie gestattete ihm, die Bedeutung seines Heeres durch Beweglichkeit zu verdoppeln. Sowie das polnische Heer nach Westen vorrückte, zog er die nach Oppeln, Grotkau und Brieg zur Verstärkung gesandten Abteilungen an sich, um sie in die nunmehr bedrohten Festungen Neumarkt, Schweidnitz u. a. zu werfen.

Aber den empfindlichsten Schlag versetzte er den Polen, als er die geschilderte Situation auch zur Offensive ausbeutete. Denn da er die Zuzüge aus Liegnitz und Glogau zunächst in der Stadt nicht brauchen konnte, schickte er sie um den 21. Oktober unter Stefan Zápolya [2]) zu einem Streifzuge nach Großpolen hinein, das fast unbewehrt offen vor ihnen lag. Der berüchtigte Melchior Löbel, der schon im Frühjahr mit Herzog Hans von Sagan in diesen Gegenden gehaust hatte, wußte die Wege. Zunächst drangen sie bis Posen vor, dessen Vororte sie anzündeten. Alsdann rannten sie auf Meseritz, die Stadt, die sie in der Nacht erstürmten. Das Schloß lieferte ihnen der Burggraf Sędziwoj Zidowski ohne Gegenwehr, man sagt infolge von Bestechung aus, und hier setzten sich die Söldner dauernd fest, um den ganzen Südwestwinkel Großpolens bis gegen Posen hin mit Mord und Brand heimzusuchen. Es beruht wohl auf merklicher Übertreibung, wenn

1) Dlugoſz XIII, 520, der das erzählt, drückt sich diplomatisch genug aus, um den Namen des bestochenen Verräters zu umgehen. Aber daß er den Marschall Jan Rytwiański meint, darüber läßt seine Bemerkung, S. 518, keinen Zweifel.

2) Nach Bened. Johnsdorf war der Herzog Friedrich von Liegnitz der Führer, nach Eſchenlöer Stefan Zápolya. Ebenso Ann. Glogov. in Script. rer. Sil. X, 30. — Nach Dlugoſz Caspar Żak, genannt Trach, und Melchior Löbel. — Ambrogio Contarini, der 1478 in Meseritz war, nennt es: „piccola e assai bella con un castelletto“.

der eine schlesische Chronist erzählt, daß mehr als tausend Dörfer und Städte in Asche gelegt wurden, und die Stadt Posen nur durch eine „beträchtliche Geldsumme" sich von einem gleichen Schicksal abkaufte, — und der andere angiebt, ein Dorf hier in Polen sei mehr wert gewesen als zehn in Schlesien. Und wenn weiter der eine erzählt, daß die Räuber von der Beute 50 Dukaten auf jeden Reiter verteilen konnten, und der andere gar mitteilt, die Bauern hätten 50000 Dukaten Abgedinge gezahlt, um sich nur vier Wochen vor dem Brand zu schützen, daß aber nachher dennoch alles niedergebrannt worden sei. Aber daß der Einfall der Feinde in das polnische Gebiet Schrecken und Zorn im polnischen Heerlager hervorrief, ist gewiß, und die schlesische Landschaft mußte dafür gar bitter büßen. Denn nachdem die Polen am 31. Oktober aus ihrer ersten Aufstellung zwischen Oder und Ohle über den letzteren Fluß gegangen und sich bei Kattern gelagert [1]) hatten (1. November), zündeten sie in der Umgegend von Breslau so viele Dörfer und Gehöfte an, daß, nach dem Ausdruck des Chronisten, die Sonne vor Rauch und Dampf nicht gesehen werden konnte, obgleich es ein heiterer Tag war. Dazwischen fanden wohl einzelne Kämpfe zwischen den vorgeschobenen Abteilungen statt, aber sie waren weitaus nicht von der Bedeutung, um eine Entscheidung herbeizuführen. Schon durch ihre Massenhaftigkeit und geringere Beweglichkeit waren die Polen und Böhmen im Nachteil, und sie verloren ganze Scharen von Kriegsleuten. Dazu wütete der Hunger, der Mangel an allen Bedürfnissen für Menschen und Vieh, und bald auch naturgemäß die Sterblichkeit in ihrem Lager. Kraut, Rüben, Möhren, Kohlstrünke wurden zwar eingebracht, aber der Genuß der rohen Wurzeln erzeugte Dysenterieen [2]). Was die in Strehlen für das Lager arbeitenden Mühlen ablieferten, reichte nur für wenige hin,

1) Zeitschr. für Geschichte Schlesiens IX, 384.

2) Eschenloër spricht auch von Frost. Dlugosz aber sagt ausdrücklich, daß das Wetter milde war. Die Aufzeichnung in Zeitschrift für Geschichte Schlesiens IX, 384: „multi fame, gladio et frigore perierunt".

und ebenso waren die Zufuhren aus Fürstenstein, Lehnhaus und anderen Orten nur um schweres Geld zu haben. Bei solchen Verhältnissen konnte das Heer seine Stellung nicht lange behaupten und suchte eine bessere Position zu gewinnen, indem es südlich von Breslau eine starke Bewegung nach Westen hin machte und die Linie an der Weistritz entlang zwischen Romberg, Hermansdorf und Goldschmieden zur Basis seiner Angriffsstellung nahm. Auf diesem Marsche näherten sich die Polen der Stadt bis auf eine halbe Meile und rückten mit ihren Wagenburgen hinter Brocke und Gabitz in 16 Linien bis nach Gräbschen und Klein-Mochbern vor, aber mehr als ein grauenhafter Dörferbrand wurde auch damit nicht erreicht. Es gab einen Augenblick, da man von den Thürmen von Breslau an 300 Stellen die Flammen aufsteigen sehen konnte. In der Stadt jedoch verlor man den Mut nicht, obwohl es auch dort an Reibungen nicht fehlte. Der Rat und die Bürgerschaft waren unmutig über die unermeßlichen Opfer, die vom Könige gefordert wurden. In einer solchen Anwandlung von Groll mag es wohl geschehen sein, daß der Rat einmal eine Schar von gefangen eingebrachten Polen, die der König, weil er sie nicht unterzubringen wußte, dem Rat übergeben hatte, grausamer und schändlicher Weise ertränken ließ. Die gedungenen Söldner fingen zu meutern an, weil Matthias ihnen die Löhnung nicht zu geben vermochte. Es ist wohl nur eine Anekdote, daß der König gewagt hätte, verkleidet als Bauer in das feindliche Lager zu reiten, aber besser verbürgt ist die Thatsache, daß sich zwischen den Belagerten und den Angreifern eine eigentümliche Korrespondenz herstellte. Von Hunger getrieben, schrieben etliche aus dem Lager an ihre „Freunde" in Breslau um Brot, und wir hören, daß Zdenek von Sternberg, Franz von der Hochstat und andere Herren aus Böhmen und Mähren, ja Matthias selbst mehrere Wagen mit Brot, Wein, Bier den Darbenden hinausschickten, und erst auf die Remonstration des Stadtrats unterblieb dieses übermütige Wohlthun.

An diese Kommunikation der Böhmen vor den Thoren der Stadt mit den in derselben befindlichen knüpfte aber doch endlich

die Entwickelung der Lage an. Im polnischen wie im böhmischen Heere wurde die Verzweifelung allgemein, und der Ruf nach Beendigung des unglückseligen Feldzugs ließ sich überall hören. Die Könige mußten nachgeben und luden daher Zdenek von Sternberg zu Verhandlungen in das Hauptquartier. Matthias schien aber nicht geneigt, sein Übergewicht leichten Kaufes aufzugeben. Mit jedem Tage der Zögerung wurde die Pein des von Hunger und Pest zerrütteten Belagerungsheeres unerträglicher. Die am 5. November begonnenen Unterhandlungen zogen sich in die Länge, denn Matthias bestand auf eine persönliche Zusammenkunft mit Kasimir und Wladyslaw. Je mehr die polnische Königsfamilie ihn die tiefe Geringschätzung als Emporkömmling hatte empfinden lassen, desto weniger mochte er diesen einzigen und unvergleichlichen Augenblick seines Lebens ohne die Genugthuung für sein gekränktes Herz vorübergehen lassen. „So bitter und schwer" es den Jagiellonen auch wurde, „die große Not bezwang sie, sie mußten zusagen".

Vor dem Dorfe Groß-Mochbern liegt eine Anhöhe, von der aus man einen weiten Blick ringsum in die Landschaft hat [1]). Dort wurden am 14. November die Zelte für die Könige aufgeschlagen. Am Morgen des 15. ritt Matthias an der Spitze einer geharnischten mit allem üblichen Zierrat geschmückten Reiterschar von 3000 Mann hinaus nach dem Hügel. König Kasimir erschien mit etwa eben so vielen Hofleuten, aber ohne seinen Sohn. Beide Könige begrüßten einander, auf ihren Pferden bleibend, durch Abnahme des Hutes. Der Ungar prangte in seinem grünen Rock mit Perlen und Edelsteinen, mit denen selbst die Stiefel besetzt waren; von seinem Hute wallte ein Busch von Reiherfedern, an seiner Seite glänzte die goldene Schwertscheide. Kasimir erschien einfach wie ein Bürger in einem schwarzen Zobelrock mit Zobelhut und einer

1) Nach Ann. Glogov., p. 31 fand die erste Zusammenkunft statt „prope Mochewitz" (Mochbern), die andere aber „in uno loco, proprie bei der Pelzbrücke", d. i. wo die Straße von Breslau nach Lissa die Lohe überbrückt. Das Breslauer Stadtbuch (Zeitschrift für schlesische Geschichte IX, 384: grosmochbor . . . und dann in eodem loco.

Kogel [2]). Matthias führte selbst das Wort, für Kasimir sprach Zbiegniew Oleśnicki, der Bischof von Włockawek. So versöhnlich die Begegnung auch stimmte, Matthias bestand darauf, auch seinen Rivalen, den König Władysław, zu sehen. Man kam überein, daß dies am folgenden Tage geschehe. Als sich die Könige zurückziehen wollten, bat Kasimir, ihm doch drei Tage lang die Aufnahme von Proviant für das unglückliche Heer zu gewähren, worauf Matthias sofort einging und nach allen Richtungen die angemessenen Befehle erteilte. Noch imposanter trat der siegreiche König am folgenden Tage auf, und noch zahlreicher war das Gefolge. Diesesmal kam Kasimir mit seinem Sohne. Die Könige „empfingen einander brüderlich", als aber Władysław seinem Gegner die Hand reichte, wandte er das Gesicht ab. Zwischen den beiden Jagiellonen schritt der Hunyade dem Zelte zu. Bis zum Abend besprachen sich die Fürsten und verständigten sich, die Verhandlungen durch eine Konferenz von je 4 Räten aus jedem Reiche in Breslau fortsetzen zu lassen. Daß sich unter den Bevollmächtigten kein Bischof befand, läßt sich noch leicht erklären, aber daß Jan Rytwiański, der bisher in der böhmischen Sache niemals gefehlt hatte, durch Jakob von Dębno, welcher seit drei Jahren etwas mehr in den Hintergrund getreten war, ersetzt wurde, zeugt von einer großen Mißstimmung gegen den in Troppau noch so heißspornigen Marschall. Es wäre ja auch sonderbar, wenn sich nach dem kläglichen Ausgang des Feldzuges nicht ein tiefer Überdruß an der böhmischen Sache, die von vielen in Polen doch nur als eine Sache der Ketzer angesehen wurde, kundgegeben hätte, und man darf wohl glauben, daß mehrere Herren, denen die Vertretung Polens in Breslau angetragen wurde, die Ehre ablehnten. Leicht war ja auch die Aufgabe keineswegs, und die Beratungen zogen sich bis gegen die ersten Tage des Dezember hin. Inzwischen fanden noch mancherlei Kämpfe und Scharmützel im Felde statt. Eine

1) Nach Ann. Glogov., p. 31 erstaunte Matthias „de simplicitate regis Pol. et filii sui."

größere Abteilung der Polen war wegen der Verpestung des Lagers durch Leichen von Menschen und Pferden stromabwärts gezogen und bis zum Kloster Leubus vorgedrungen. Sie suchte das Städtchen Parchwitz mit stürmender Hand zu nehmen, aber auch hier wurde sie abgewiesen. Von Namslau kam die Kunde, daß sich bei Boleslawice ein neues polnisches Heer ansammele. Sofort eilte eine Schar von 2000 Reitern an die Grenze und zerstreute die Feinde, und so wie die polnischen Bauern einen Streifzug der ungarischen Söldner auf Klobucko im Anfang des Krieges abgewehrt hatten, so lagerten jetzt die schlesischen Bauern an der Grenze zur Hut und Wacht. Endlich aber flog von Breslau die frohe Botschaft durch das Land, daß „Frieden und gütlicher Anstand" geschlossen sei. Die Böhmen waren schon am 19. November abgezogen. Nunmehr suchten auch die Polen das ruhmlose Kriegsfeld zu verlassen. Bei Steinau gingen sie über die Oder, wo ihnen die Fischer durch Versetzung der Furtzeichen noch schwere Verluste beibrachten. Jeder eilte auf dem nächsten besten Wege heim „mit schönen Ehren wie die Maid aus dem Sündenhause", sagt der Breslauer Stadtschreiber [1]). Der König betrat bei Punitz am 6. Dezember wieder das polnische Gebiet [2]).

Erst zwei Wochen nach der Zusammenkunft bei Groß-Mochbern war die Breslauer Friedenskonferenz zum Einvernehmen über die wesentlichsten Punkte gelangt, und erst am 8. Dezember wurden die Urkunden darüber ausgetauscht [3]). Die Waffenruhe sollte bis zum Pfingstfeste des Jahres 1477 eingehalten werden. Inzwischen sollte der Besitzstand in Böhmen zwischen den beiden Prätendenten wie vor dem Kriege bleiben, die beiderseitigen Eroberungen und Gefangenen ausgeliefert werden. Der ganze Vertrag schuf kein neues Recht. Im

1) Derselbe sagt: „Da die Polen über die Oder kamen, taten sie keinen Schaden mehr." Die näher stehenden Ann. Glogov., p. 31 erzählen aber grauenhafte Dinge von Steinau, Raudten, Köben, Guhrau.

2) Ann. Glogov. l. c.

3) Palacky V. 1, 123 bezüchtigt den Eschenloër der Unterdrückung von Details. Die Abschrift im Bresl. Arch. (Klose) zeigt das nicht.

wesentlichen ordnete er die Dinge in Böhmen für die Epoche des Zweikönigtums nach den Prinzipien, die auf dem Beneschauer Landtage vom Jahre 1473 von den Ständen beider Parteien aufgestellt worden waren. Für Polen als Reich enthält der Traktat keine bemerkenswerte Bestimmung. Der König Kasimir aber wird als der eigentliche Paciscent betrachtet, der für seinen „Erstgeborenen, Herrn Władysław" das Geschäft führt und die Verantwortung übernimmt. Als „König" wird der letztere nicht bezeichnet. Wichtiger aber als alles dies sind unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Politik die Artikel, welche den Einschluß der beiderseitigen Verbündeten in diesen Waffenstillstand behandelen. Der König Kasimir ließ den Kaiser Friedrich, der trotz der Bundesverträge von Nürnberg und Augsburg während des ganzen Krieges nichts von sich hatte vernehmen lassen [1]), in den Beifrieden mit aufnehmen, wofern derselbe binnen dreizehn Wochen seinen Beitritt erklärte. König Matthias dagegen schloß demonstrativ genug in erster Reihe den Herzog Karl von Burgund ein, der eben damals mit dem Kaiser in heftigem Kriege stand, alsdann den Herzog Heinrich von Münsterberg, den zweiten Sohn Georg Podiebrads, der allerdings auch mit Władysław auf gutem Fuße stand und, wie Eschenloër sich ausdrückt, „auf beiden Bänken wusch", ferner den Bischof von Passau und die Stadt Eger, endlich aber auch — zum Schrecken der Polen — den Bischof von Heilsberg, Nikolaus Tüngen. Wie erstaunten sie, als sich plötzlich die Solidarität zweier Feinde vor ihnen aufthat, deren Beziehung ihnen völlig unbekannt gewesen [2]), und als sich die Wahrnehmung enthüllte, daß die Hand des unversöhnlichen Hunyaden auch in den empfindlichen Verhältnissen Preußens die Karten mische. Zu allen den trüben Erfahrungen, welche der unglückliche Feldzug zurückließ, war diese noch eine bittere Beigabe. Es ist wohl entschieden übertrieben, wenn der Breslauer Stadt-

1) Eschenloër sagt: „er ließ die Polen in Hosen baden". — Über den Beitritt des Kaisers s. Teleki, Hunyadiak Kora XI, 521.

2) Długosz: „emicuit quod hactenus latuit.

schreiber angiebt, daß von den Polen und Böhmen die Hälfte die Heimat nicht wiedergesehen hat, aber selbst die wahrscheinlicher klingende Angabe eines Chronisten [1]), daß mehr als 7000 Polen durch Hunger und Schwert oder in den Kerkertürmen zugrunde gegangen sind, ist angesichts des jämmerlichen Mißerfolgs grauenhaft genug. Welch' herzzerreißende Dinge hatten die polnischen Bevollmächtigten in Breslau sehen müssen, wie man vor ihren Augen 300 in der Kellerluft des Kerkers erstickte polnische Gefangene an einem Tage herausholte und auf dem Schindanger begrub. Und welche Demütigungen hatten sie selbst ertragen müssen. Selbst um den ihrigen ein paar Wagen mit Brot und Bier hinausschicken zu dürfen, mußten sie erst an die Großmut des Königs Matthias appellieren. In der ganzen Art dieses Feldzuges mußte man eine größere Niederlage sehen, als sie je in offener Feldschlacht erlitten war. Wer würde darin noch eine Unbotmäßigkeit sehen, wenn die polnischen Patrioten sich bedenklich die Frage aufwarfen, ob denn die dynastischen Bestrebungen der Krone solcher Opfer wert wären. Am Hofe aber andererseits — denn wir dürfen annehmen, daß der Erzieher der königlichen Prinzen das Hofgespräch wiedergiebt [2]) — fand man eine gewissermaßen tröstende Erklärung der Niederlage in der Verdächtigung, daß die leitenden Personen von ungarischem Gelde bestochen gewesen wären, eine

1) Ann. Glogov., p. 32 setzen noch hinzu: „licet quam plures quod ipsi Poloni propter scandalum nolunt dicere." — Es ist ungeheuer naiv, wenn Dlugosz XIII, 523 erzählt, man habe nach Abschluß des Beifriedens Matthias ermahnt, ihn zu halten „weil er sonst regi et gentibus Poloniae imponeret necessitatem, iusta arma induendi".

2) Ein zu großes Gewicht kann man auf die Anschuldigungen Dlugosz's in dieser Beziehung nicht legen. Denn sie treffen immer die Gegner seiner politischen und religiösen Partei. Die Erzählung von dem raffinierten Verrat der bei Matthias dienenden Polen (XIII, 520) ist schon darum verdächtig, weil Dlugosz Namen von Männern nennt, die sich in dem „geistlichen Krieg" 1461 an den Vergewaltigungen des Krakauer Kirchenvermögens und an seiner eigenen Habe beteiligten, sowie ja auch Jan Rytwiański seit der Zeit seine Gunst verloren hat. Der Privathaß Dlugosz's tritt hier zu deutlich hervor.

Anklage, die, wie es scheint, auf den Kronmarschall Jan Rytwiański sich besonders konzentrierte. Die Mitteilungen hierüber gehen allerdings von einem Manne aus, der dem Einfluß persönlicher Gefühle auf die historische Darstellung nicht unzugänglich war, aber sie wiederholen sich doch zu oft und bei zu verschiedenen Gelegenheiten, um nicht die Folgerung zu gestatten, daß die Bestechlichkeit bei der Aristokratie jener Tage nicht im Charakter eines Fleckens auf der Ehre angesehen wurde. Indessen bleibt es immer thöricht, das Mißglücken des Feldzuges, dessen Ursachen klar genug in einer Verbindung von Leichtsinn, Nachlässigkeit, Übermut und Unbedachtsamkeit lagen, mit solchen Gründen untergeordneter Gattung vor sich selbst beschönigen zu wollen. Und wie es im Leben geht, daß dem Geschädigten auch der Spott nicht erspart zu bleiben pflegt, so hallten neben den triumphierenden Berichten, die König Matthias über seine Rettung in Breslau an Fürsten und Machthaber in die Welt hinaussandte, die Spottgedichte Gabriel Rangonis über den tiefen Fall der Polen in allen Humanistenkreisen wieder. Freilich replizierte der Lemberger Erzbischof Gregor von Sanok in patiotischem Zorn auf das Schmähgedicht, aber insoweit die Poëme uns vorliegen, muß man zugestehen, daß wie die Waffen so auch die Verse des Ungarn den polnischen überlegen waren.

Fünftes Kapitel.

Die preußischen Stände. Der ermländische Pfaffenkrieg.

Die Annexion der im Thorner Frieden gewonnenen Lande, Danzig, Pomerellen, Culm, Michelau und Ermland war nunmehr erfolgt. Eine Inkorporation, wie man sie nach dem

Vorgang des amtlichen Ausdrucks oft genannt hat, war sie keineswegs, und darum bedurfte es auch keiner administrativen Kunst, um die staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in denselben zu ordnen. Kraft der Privilegien, welche die Bedingung des Anschlusses an Polen waren, erhielten die Preußen ein Maß von Autonomie, wie sie es unter der Ordensherrschaft durchaus nicht haben konnten, und das gemäß der höheren Kulturentwickelung selbst die staatsrechtliche Stellung Litauens zu Polen überragte. Die preußische Ständeversammlung, feindselig niedergehalten durch den Orden, im Kriege als leitendes Organ erstarkt, gewann jetzt einen fast souveränen Einfluß, dem gegenüber die Bedeutung der königlichen Sendboten, die auf den Landtagen eigentlich nur wie die Botschafter einer befreundeten Macht angesehen wurden, nicht aufkam. Den Rückhalt, den die Krone bot, wußten die preußischen Stände gelegentlich sehr wohl sich zunutze zu machen, an den Beklemmungen und Notständen derselben beteiligten sie sich aber nur bis zu der Grenze, die ihnen durch die Verfassung und die Traktate auferlegt war. Sie bewilligten Steuern und Schoßgelder zu den Unternehmungen des Königs, sie dienten im polnischen Heere, aber ihre Sendboten kümmerten sich auf den polnischen Reichstagen um nichts mehr als um ihre eigenen Angelegenheiten. Es wäre ein lohnender Gegenstand der Spezialforschung, dieses in der Form so herzliche in der Sache durchaus reservierte Verhältnis der Preußen zur Krone Polen darzulegen, das in seiner Eigenartigkeit ebenso interessant als für das Verständnis der weiteren Entwickelung förderlich sein würde.

Wenn es auch vielleicht dem Könige ernst gewesen sein mochte, die Privilegien der Preußen zu achten, so traten doch sehr bald Anzeichen einer auf durchgreifende Assimilierung ausgehenden Richtung hervor, die zunächst, von polnischen Parteiführern gehegt, weniger aus nationalen als egoistischen Antrieben hervorging. Der Wunsch der polnischen Ritter, auf den Burgen zu hausen, wo die Deutschen gesessen hatten, lag allzu nah, und das Hindernis, das in der grundrechtlichen Zusage des Königs lag, nur Eingeborenen Ämter und Pfründen zu ver-

leihen, wurde daher in Polen vom ersten Augenblick an mit scheelen Augen betrachtet. Aus dem Schlosse von Marienburg, sowie auch aus einigen andern Schlössern gingen die Polen nicht mehr heraus. Im Kriege schien es nur aus augenblicklicher Verlegenheit zu geschehen, daß man den Mangel des Indigenats bei den Hauptleuten übersah, und als der Krieg zu Ende war, blieben sie unter dem Vorwande, daß sie sich noch für Soldforderungen schadlos zu halten hätten. Nichts aber ist wohl auf polnischer Seite anstößiger empfunden worden, als das preußische Gubernatoren-Amt, welches allerdings am augenfälligsten die Autonomie der preußischen Lande zur Erscheinung brachte. Und in dieser Beziehung wird der König sicherlich mit den unzufriedensten Kundgebungen ein lebhaftes Gefühl der Übereinstimmung gehabt haben. Schon gewisse Ähnlichkeiten mit der litauischen Statthalterschaft in den ersten Jahren der Union Polens und Litauens, die zu entmutigenden Erfahrungen Veranlassung gegeben hatte, mehr aber noch die Gehässigkeit, die auf dem „Gubernator" seit den dynastischen Umwälzungen in Böhmen und Ungarn und seit den aufrührerischen Anwandlungen in Polen selbst lag, mußten den Wunsch einer baldigen Beseitigung dieser Institution rege werden lassen. Zu den eigentlich konstituierenden Bedingungen der preußischen Unterwerfung gehörte sie nicht, sondern war lediglich eine Verwaltungsmaßregel, welche bei der ersten vorläufigen Ämtereinrichtung im Jahre 1454 getroffen worden war. Als nun aber auf dem ersten Reichstage nach dem Kriege im Jahre 1467 der vormals eingerichtete Palatinat Elbing auf Marienburg übertragen, und der ehedem „Elbingische Wojewode" jetzt „Wojewode von Marienburg" geworden war, verschwand der Titel eines „Gubernators" aus den Schriftstücken der polnischen Kanzlei, wenngleich die preußischen Behörden und Protokolle umsoweniger aufhörten von ihrem „Gubernator" zu sprechen, als ein Personenwechsel nicht stattgefunden, und der „Marienburger Wojewode" Stibor von Baysen dieselben Funktionen des Vorsitzes in den Landtagen und der Ausübung der königlichen Gerichtsbarkeit behielt, die ihm als „Gubernator" zustanden.

Dieſer Wechſel fand aber nicht bloß in den Titeln ſeinen Ausdruck. Denn der Gubernator hatte als ſolcher auch den Anſpruch auf die Hauptmannſchaft des Schloſſes von Marienburg, und wenn Stibor von Bayſen die Polen aus demſelben nicht verdrängen konnte, ſo genoß er doch die im Marienburger Werder gelegenen und zur Marienburg gehörigen Güter. Schon im Jahre 1469 wurde ihm daher von den königlichen Kommiſſarien bedeutet, daß die Stellung eines „Gubernators“ aufgehört habe. Die Dörfer im Marienburger Werder wurden ihm entzogen, und ſeinen Wohnſitz nahm Stibor in der ſeiner Wojewodſchaft als Amts-Emolument zugewieſenen Staroſtei Stuhm. Damit waren aber, wie geſagt, die an der Marienburger Wojewodſchaft haftenden Vorrechte der Leitung der Landtage und der Königsgerichte keineswegs alteriert, aber auch keineswegs durch einen auszeichnenden Titel für die Zukunft begründet. Die Stände brachten dieſen Umſtand gelegentlich der Anweſenheit des Königs in Thorn im Jahre 1472 zur Sprache und erlangten allerdings „die Beſtätigung des Marienburgiſchen Wojewoden als Landeshaupt“, nur ſoll er ſich nicht mehr „Gubernator“ in ſeinen „Briefen“ nennen, ſondern „oberſter Hauptmann der Lande Preußen“, das heißt nach der in Polen üblichen Terminologie „capitaneus generalis terrarum Prussiae“ oder Generalſtaroſt. Stibor von Bayſen bekam alſo nur die Stellung, welche Peter von Szamotól zu derſelben Zeit in Großpolen, oder Andreas Odrowąż de Sprowa in Rußland einnahmen [1]). Das Amt eines „Gubernators“ war alſo, wie oft man auch in Preußen bis zum Tode Stibors davon ſprach, ganz formell aufgehoben, und eine polniſche Würde dafür ſubſtituiert [2]).

1) Siehe z. B. Cod. epist. saec. XV, II, 247 und Akta grodzkie VI, 178.

2) Hirſch hat der Frage eine von leidenſchaftlichen Invektiven gegen Długoſz ſtrotzende Unterſuchung in Script. rer. Prus. IV, 690 „Beilage“ gewidmet. Gerade aus ſeiner Beweisführung entnimmt man das Gegenteil ſeiner Schlußfolgerung. Długoſz hat diesmal recht, und Kaſpar Schütz, fol. 33, hat in zwei Zeilen das Verhältnis richtig gezeichnet.

Schon diesem einen Vorgange entnimmt man die Überzeugung, daß in Polen der Entschluß vorwaltete, in den annektierten Ländern vorläufig in schonender Form polnische Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen. Noch eindringlicher zeigt sich dies in den ermländischen Verwickelungen, die eine große Ausdehnung gewannen und sich schließlich sogar mit den ungarisch-böhmischen Streitfragen unliebsam verwebten. Unter den neu gewonnenen Gebieten nahm Ermland eine durchaus besondere Stellung ein. Hier hören wir nichts von Wojewoden und Kastellanen, hier sollte nach dem Grundgedanken des Thorner Friedens ein geistliches Fürstentum [1]) unter dem Schutze der polnischen Krone errichtet werden, wie es in Polen noch keins gab. Einer Diözese sollte dieses Bistum nicht zugewiesen werden und also unmittelbar unter dem Papste stehen. In weltlicher Beziehung ist der Bischof der oberste Landesbeamte. Es ist nicht richtig, was häufig in neuerer und auch zuweilen in älterer Zeit behauptet worden ist, daß mit dem Thorner Frieden lediglich die Rechte des Ordens auf den Polenkönig übertragen wurden. Der Orden hatte doch mehr als ein bloßes Schirmvogteirecht über Ermland, und wenn es ihm auch nicht gelungen ist, was er so sehr gewünscht hatte, Bischöfe aus dem Regularklerus gewählt zu sehen, und daher sich immer ein gewisser verborgener, zuweilen freilich auch lärmender Gegensatz zwischen dem Hochmeister und der bischöflichen Kurie wahrnehmen ließ, so hatte der Bischof von Ermland doch wesentlich kein anderes Verhältnis zum Ordensstaat wie die von Pomezanien oder Samland. Unter dem Orden hätte es niemals geschehen können, daß ein Bischof von Ermland als selbständige, vertragschließende Partei in einem internationalen Vertrage oder als die Landeshoheit vertretender Gerichtshalter hätte auftreten können. Aber auch in Polen gab es keine Analogie für die Ermland zugedachte Stellung, denn die durch den Bischof von Krakau erkaufte und

1) „Ecclesia Varmiensis, cuius pro tempore episcopus noster et regni nostri princeps esse dignoscitur", schreibt der König Cod. epist. saec. XV, II, 258.

als Zugehörigkeit zum Bistum geübte Jurisdiktion in dem kleinen Fürstentum Siewierz war schon wegen des geringen Umfangs, wegen des ganz anderen Ursprungs und wegen der mangelnden Selbständigkeit damit gar nicht zu vergleichen. Nur vermutungsweise läßt sich die Meinung aufstellen, daß die weitgehende partikularistische Konzession ihren Grund in der Erwägung hatte, daß die durch und durch deutsche Bevölkerung von Ermland am wenigsten Hoffnung auf eine politische Assimilierung mit Polen eröffnete, und daß die Verwaltung des Landes durch einen weltlichen Palatin, der ein Eingeborener und auch wohl ein Deutscher hätte sein müssen, bei der unmittelbaren Nachbarschaft des Ordens den baldigen Verlust des Landes besorgen ließ. Mit einem Kirchenfürsten glaubte man eher ebenso viele gemeinsame Gesichtspunkte mit Polen als gegensätzliche gegen den Orden pflegen zu können.

War nun aber Ermland schon sonst eine sehr umworbene Pfründe, für welche selbst ein Aeneas Sylvius einst große Intriguen und Kosten nicht gescheut hatte, um wie viel mehr jetzt, da die Machtstellung des Bischofs so erheblich gewachsen war. Als daher Paul von Legendorf, dessen Felonie die sinkende Lage des Ordens während des Krieges vollends zum raschen Verfall getrieben hatte, am 23. Juli 1467 gestorben war, traten alle beteiligten Faktoren sofort in eine verwirrende Konkurrenz. Dem Kapitel, das schon zweimal bei den letzten beiden Bischöfen sein Wahlrecht gegenüber der ihm aufgedrungenen päpstlichen Provision zurückgeschoben sah, mußte diesesmal ganz besonders an der Ausübung seiner Prärogative gelegen sein, und obgleich es nicht vollzählig war [1]), beeilte es sich zur Wahl zu schreiten. Sie fiel auf den zur Zeit in Rom in der päpstlichen Kanzlei beschäftigten ermländischen Domherrn Nikolaus Tüngen, der in der Nähe von Wormditt heimisch also ein

1) So die Chronik vom Pfaffenkriege. Der Einwand, den Brock De controversiis etc., p. 14 aus dem „nullo discrepante“ der päpstlichen Bulle folgert, ist hinfällig, denn solche formelhafte Wendungen des Kurialstils sind nicht thatsächlich zu nehmen.

Landeskind war [1]). Der König hatte wohl keine Zeit gehabt, auf die das Kapitel damals vertretenden Domherren einen direkten Einfluß zu üben. Nahm er aber im eigenen Lande schon, wie wir sahen, das Nominationsrecht mit einer durch Niederlagen nicht entmutigten Hartnäckigkeit in Anspruch, so meinte er in diesem Falle im Hinblick auf die politische Seite, die dabei in Betracht kam, sich um so weniger desselben enthalten zu dürfen. Im königlichen Rate wurde der Vorschlag gemacht, Rudolf von Rüdesheim, den Mittler des Thorner Friedens zu berufen, weil man für den Legaten am ehesten die Bestätigung der römischen Kurie erlangen zu können hoffte. Kasimir mochte indessen erwägen, daß Rudolf einerseits noch weniger als der Elekt des Kapitels sich den polnischen Bestrebungen dienlich erweisen würde, andererseits mit seinen Zumutungen inbetreff der böhmischen Thronfrage über alle heimischen Interessen hinaus eine Politik betriebe, der Polen nachzufolgen nicht geneigt war. Der Kandidat des Königs war Vincenz Kielbassa, ein Pole aus dem alten Geschlechte der Nałęcz. Vincenz hatte zur Zeit einen beherrschenden Einfluß im Rate des Königs. In den Verhandlungen um den Thorner Frieden war er ebenso wegen seines diplomatischen Geschicks als wegen seiner Geläufigkeit in der deutschen Sprache eine Hauptperson, und daher auch auserwählt gewesen, um die Bestätigung des Thorner Traktats vom Papste zu erbitten. Dies ist ihm allerdings nicht gelungen, aber da er die Konsekration als Bischof von Culm und die Anerkennung als lebenslänglicher Administrator des Bistums Pomezanien von Rom mitgebracht hatte, also thatsächlich eine Genehmigung der wesentlichsten kirchenrechtlichen Veränderungen, welche durch den Thorner Frieden bedingt

1) Eichhorn in Zeitschrift f. d. Gesch. Ermlands I, 150, Note 2, führt eine ganze Genealogie Tüngens aus, die ihn gar von dem Urpreußen Kurtze abstammen läßt. Von ihm und anderen ist übersehen worden, daß Dlugosz XIII, 410 ihn „civilis generis", d. i. bürgerlicher Abkunft, sein läßt. — Er stand hoch in Gunsten bei Pius II., der ihm gleich nach Antritt seines Pontifikats eine Anwartschaft verlieh und im Jahre 1462 erneuerte. Theiner, Mon. Pol. II, 143, no. 182.

waren, so durfte der König sich von ihm auch am ehesten eine Lösung des ermländischen Konflikts nach seinem Sinne versprechen. Aus den Verhandlungen mit dem Hochmeister Reuß von Plauen, bei denen Vincenz den Sprecher zwischen dem Könige und dem deutschen Fürsten machte, sowie aus manchen Erwähnungen desselben im Verlauf des böhmischen Thronstreits erkennt man, daß Vincenz die politische Richtung des Königs mehr als irgend ein Bischof Polens damals teilte, vielleicht in weitgehendem Maße beeinflußte. Dlugosz, der fast jedem seiner zeitgenössischen Bischöfe etwas Übles nachzusagen weiß, tadelt seine Verschwendungssucht, die sich nicht immer bloß an das legitime Verfügungsrecht gehalten habe. So wie das Vertrauen des Königs, so muß er auch das der preußischen Stände, denen die Wichtigkeit grade des ermländischen Stuhls angesichts der neuen dornigen Verhältnisse zum Orden nicht gering schien, besessen haben. Für sie war es aber ebenso bedenklich, einfach die Wahl des Kapitels wie die einseitige Nomination des Königs zu acceptieren. Auf dem gegen Ende November 1467 in Marienburg gehaltenen Tage wurde daher unter Einwilligung von Sendboten des inzwischen umgestimmten ermländischen Kapitels beschlossen [1]), einstweilen den Bischof von Culm als „Konservator" der ermländischen Diözese anzuerkennen, so daß unter verschiedenen Titeln das ganze polnische Preußen mit Ausnahme des zum Sprengel des Bischofs von Kujawien gehörigen Teils unter der geistlichen Jurisdiktion des Vincenz Kielbassa stand.

Noch hatte Rom nicht gesprochen. Die lokalen Anstöße, die Wahl des Kapitels und die auf dem Fuße folgende Selbstberichtigung derselben kamen für die Kurie nur sehr entfernt in Betracht. Der Papst hatte lediglich die allgemeinen Verhältnisse im Auge. Wir wissen bereits [2]), daß Jan Zapienski,

1) Die ihre eigene Wahl desavouierenden Domherren waren Bartholomäus Libenwald, Arnold Klünger, Markus de Wollow, Werner Mederich, Stephan Neydenburg und Johann Dactelen. So nennt sie die Bulle bei Theiner II, 160, no. 199.

2) S. oben, S. 286.

der dem Papste außer der Bestätigung des Thorner Friedens auch die Versetzung Kielbassas nach Ermland abzugewinnen den Auftrag hatte, eine um so üblere Aufnahme fand, als eben damals der Bericht des Legaten Rudolf über die Weigerung Kasimirs gegen Podiebrad das Schwert zu ziehen, und die Denunziation der böhmischen Ligisten über strafbare Beziehungen Polens zu den Ketzern eingetroffen waren. Unverzüglich [1]) zeigte Papst Paul II. dem Legaten an, daß er den polnischen Wünschen in keiner Weise entgegenkommen werde, daß er die hierauf bezüglichen aber bedingten Vollmachten zurückzöge, denn „ganz Preußen gehöre zu Recht und Eigentum dem apostolischen Stuhl". Und als in Matthias von Ungarn der kampfbereite „Protektor der Katholiken" gefunden, und von einem Anschluß Polens an den siegreich in Böhmen vorschreitenden Ungarn kaum noch die Rede sein konnte, so zögerte der Papst nicht länger, die erste den Polen verhaßte Wahl des ermländischen Kapitels zu bestätigen, und Nikolaus Tüngen zu konfirmieren, während dem Bischofe von Culm unter Androhung von Zensuren jeder Versuch einer Anmaßung bischöflicher Rechte untersagt wurde. So war schon von vornherein der örtliche Gegensatz mit dem die ganze Christenheit beschäftigenden, und die Sache Tüngens mit der des Königs von Ungarn in eine zusammenwirkende Beziehung gebracht.

Bei der Dreistigkeit, mit der man im fünfzehnten Jahrhundert Urkunden fälschte, würde es nicht auffallend gewesen ein, wenn Jan Zapienski aus Rom auch Bestätigungsbullen für Vincenz Kielbassa mitgebracht hätte. Aber die ungeheuerliche Erzählung [2]) von solchen beruht doch nur auf Phantasie und auf dem Mißverständnis eines Schreibens Kasimirs an den Elbinger Kastellan Fabian von Legendorf [3]), worin er in

1) Denn schon am 4. Februar 1468. Script. rer. Siles. IX, 259, no. 386. Die papistische Idylle, welche Eichhorn, Ermld. Zeitschrift I, 152 bei dieser Gelegenheit vorträgt, wird durch diesen ihm unbekannt gebliebenen Brief von Grund aus zerstört.

2) Eichhorn a. a. O., S. 154.

3) Schreiben vom 16. Juni 1469 im Frauenburger Kap.-Archiv.

der Wahrnehmung, daß die von Tüngen nach Ermland und an den Hochmeister avisierten Bullen doch Eindruck zu machen anfingen, seinen Getreuen befahl, gegen jede Maßnahme des Prätendenten oder seines Bevollmächtigten sofort an den Papst zu appellieren. Diese königlichen Weisungen wurden aber von Vincenz, der mit großer Energie und Umsicht seines Konservatoramtes waltete, nachdrücklich ausgeführt. Mit Zensuren und andern ihm zu Gebote stehenden Strafen züchtigte er jede zugunsten Tüngens sich vorwagende Äußerung, in die festen Plätze legte er zur Verwahrung gegen etwaige Überraschung polnisches Kriegsvolk, und auch die im hochmeisterlichen Gebiete liegenden Enclaven des ermländischen Sprengels suchte er den Exemtionen des Regularklerus zu entziehen. Daß er über seine Befugnisse und Pflichten als Konservator hinaus die Anerkennung als Bischof jemandem zugemutet hätte, dafür liegt keinerlei Beweis vor. Seine ganze Thätigkeit war wesentlich darauf gerichtet, das Eindringen Tüngens zu verhindern, und das dürfte auch wohl der Grund gewesen sein, weshalb derselbe trotz der päpstlichen Provision fast zwei Jahre lang zögerte, sich persönlich in seine Diözese zu begeben. Die in Rom anwesenden Polen hatten sich mit ihm in Verbindung gesetzt und ihm ein Jahrgeld von 2000 Dukaten angeboten, wenn er auf das Bistum verzichtete [1]). Davon mochte er nichts hören. Andererseits aber hatte er doch als Mitglied der römischen Kanzlei Gelegenheit sich zu überzeugen [2]), daß der Gegensatz zwischen dem Papste und Kasimir noch nicht so absolut sei, wie es in den an den König von Ungarn gesandten Bullen und Briefen mit tönenden Worten gesagt wurde, und daß eine leise Wendung Kasimirs in der böhmischen Politik bewirken würde, daß die Aufopferung eines bestrittenen Bistumskandidaten dem Papste nicht zu viel Schwierigkeiten machen würde. Während er aber in Rom abwartete und seine Diözesanen durch einen Bevollmächtigten und durch Briefe und päpstliche

1) eigene Worte Tüngens, Schütz, fol. 341.

2) „Wir davon im Stuhl zu Rom viel Erfahrung haben" — schreibt Tüngen gelegentlich an den Hochmeister. Königsb. Archiv.

Sendschreiben [1]) zum Widerstande gegen den Konservator aufreizte, bildete sich in Ermland eine Partei zu seinen Gunsten, wodurch ein völliges Schisma in dem Kirchensprengel herbeigeführt wurde. Wer dem Tüngen anhing, wurde von dem Konservator gestraft, und wer Vincenz folgte, wurde von jenem zensuriert. Was der König befahl, verbot der Papst, und was der Papst anordnete, untersagte der König. Auf dem großen Reichstage im Jahre 1469, in welchem der neuerwählte Hochmeister Heinrich Reuß von Plauen zum erstenmale erschienen war, um dem Könige von Polen den Huldigungseid zu leisten und seine Pflicht als erster Rat der Krone zu erfüllen — ein Vorgang von erschütternder Tragik, der dem starken Manne das Herz und das Leben brach — forderte der König das ausdrückliche Versprechen, daß er keine päpstlichen Briefe gegen Vincenz annehmen solle, denn in Polen wie in Preußen werde er das Nominationsrecht der Krone durchzusetzen wissen. „Es würde dem Papste auch nicht gefallen", setzte der polnische Reichskanzler im Namen seines Herrn hinzu, „wenn jemand einen Bischof in Rom ohne den Willen Seiner Heiligkeit einsetzen wollte". Der Hochmeister ließ sich auf diesen sophistischen Vergleich nicht weiter ein, er erwiderte nur: „ich will es gern thun und habe es bisher getham". Auf die zudringliche Bemerkung Kiekbassas, daß „die Gelehrten" des Hochmeisters wohl ohne sein Wissen anders handelten, antwortete er nichts. Aber als man ihm zumutete, einen Brief in vorgelegter Form zugunsten des Bischofs Vincenz an den Papst zu richten, so willigte er „gern" darein, und als man weiter

1) Das lehrreichste ist das bei Theiner, Mon. Pol. II, 160, no. 199. So scharf es gefaßt ist, es zeigt doch, daß Vincenz über die Befugnisse des Konservators nicht hinausging. Die Bulle sollte in Breslau und Frankfurt ausgehängt werden. Daher ging Libenwald nach Breslau und legte dort, wie der König befohlen hatte, vor dem Dompropst Johann Diester die Appellation am 4. September ein. Hierauf finden wir Libenwald und Stephan Neydenburg beim Reichstage in Piotrkow. Nach dem Rezeß von 1469 im Königsb. Archiv. Vgl. dagegen Woelkys Anmerkung in Script. rer. Varmiensium I, 312, Note 26.

von ihm verlangte, daß er die Stadt Wartenberg, die zu den ermländiſchen Tafelgütern gehörte und jetzt noch in den Händen der Söldner war, nach der Löſung niemandem anders als dem Kaſtellan Fabian von Maul einräumen ſolle, ſo verſprach er auch dies „gern zu thun".

Aus dieſer ganzen Zwieſprache erhellt ſchon, daß Reuß von Plauen, was auch immer ſeine Gedanken über die ermländiſchen Händel geweſen ſein mochten, es für geraten hielt, die polniſchen Betreibungen nicht zu kreuzen. Bei der Verfolgung derſelben zeigten ſie ſich ſo eng mit der Beſtätigung des Thorner Friedens in Verbindung ſtehend, daß der Hochmeiſter durch jede andere Haltung dem ohnehin ihm offen vorgehaltenen Verdacht, daß er die Weigerung der Kurie veranlaßt hätte, nur Vorſchub geleiſtet haben würde. Die kernig mannhafte Art, mit der Reuß dem Könige gegenüber alle ſolche Verdächtigungen zurückwies und die Aufrichtigkeit ſeiner Politik darlegte, machte auf die Polen ſichtlich Eindruck, und die Beſorgniſſe, daß der gefürchtete Prätendent durch das Ordensgebiet in die Diözeſe eindringen werde, traten merklich zurück. — Aber ſo wie Ludwig von Erlichshauſen die Demütigung des Thorner Friedens nur wenige Monate überlebt hatte, ſo hat Reuß von Plauen den ſauern Gang nach Piotrkow und die Eidesleiſtung nur wenige Tage überdauert. Auf der Heimreiſe von Polen ward er vom Schlage getroffen. Doch auch ſein Nachfolger, Heinrich Reſle von Richtenberg bewahrte anfänglich mindeſtens die Grenzen äußerſter Zurückhaltung in dem ermländiſchen Streit, ſo ſchwer es ihm auch gemacht wurde. Denn während er die Zuſagen ſeines Vorgängers einzuhalten ſich bemühte, drängte der Papſt, auf den der Hochmeiſter doch Rückſicht zu nehmen hatte, ihn zur Parteinahme für Tüngen. Nur dieſem ſollte er, ſchrieb der Papſt, Wartenberg ausliefern, denn nur der Papſt habe die Dispoſition über die preußiſchen Stifter. Andererſeits wußte ſich aber auch Vincenz den Hochmeiſter zu verpflichten, und ſoweit es ſich überſehen läßt, kam Heinrich von Richtenberg eher dem letztern als dem fern weilenden Elekten entgegen. Endlich aber hielt es Tüngen an der Zeit, ſich nach Preußen

zu begeben. Es war in der Epoche des Villacher Kongresses, also damals, als eine Annäherung Polens an den Kaiser und indirekt auch an die römische Kurie eingetreten war, als Nikolaus Tüngen Italien verließ, und es ist Grund anzunehmen, daß der zeitliche Zusammenhang auch einen ursächlichen einschloß. Als Pilger verkleidet, erschien Tüngen am 12. September 1470 in Danzig und schiffte sich alsbald nach Braunsberg [1]) ein, um von dort aus Veranstaltungen zur Einnahme einiger fester Plätze in Ermland zu treffen. In Gutstadt nahm man sich seiner an, und die Bürger suchten Seeburg zu überraschen, wurden aber zurückgewiesen, denn Seeburg, Heilsberg und Rößel waren mit königlichem Kriegsvolk und Proviant gut versehen. Hatte das Mißlingen des Gewaltstreiches schon des Bischofs Lage verschlimmert, so kam noch der üble Umstand hinzu, daß vertrauensvolle Briefe von ihm an den ermländischen Domkantor Bartholomäus Libenwald, der schon in den Kämpfen des Aeneas Sylvius keine sehr anziehende Rolle gespielt hatte, von den königlichen Beamten aufgefangen wurden, in welchen Tüngen sich allzu vertrauensvoll „in ungewaschenen Worten" erging. Den jungen Jan Leszczyński, einen Verwandten des Długosz und des das Einverständnis Polens mit dem Kaiser vermittelnden Raphael Leszczyński, den Freund und Schützling des Kardinals von Constanz, dem der Papst die Stelle des Dechanten in Ermland zugedacht hatte, nannte er darin einen „Schulfuchs und Stubenhocker, den er schon aus dem Dekanat herauszuwerfen wissen werde" [2]). Aber schlimmer noch: den König Kasimir nannte er einen „Einfaltspinsel". Das war denn doch zu viel. Die Majestätsbeleidigung wurde durch seine Handschrift festgestellt, und ein Bericht darüber ging an den Papst ab mit der Bitte, ihn vom Amte zu entfernen und einen

1) Im Cod. epist. saec. XV, II, 244, no. 216 steht zwar das unverständliche Koufberg, aber das beruht auf falscher Lesung.

2) Derselbe suchte später sich in das durch den Tod des jüngeren Długosz vakant gewordene Krakauer Kanonikat zu drängen, wurde aber vom Papste Sixtus IV. abgewiesen. Er wurde dann in Posen untergebracht und erhielt mehrere Pfründen.

andern zu ſubſtituieren, wenn auch nicht den Vincenz Kielbaſſa, denn nachdem der Papſt bis zur Banndrohung gegen ihn vorgegangen war, glaubte man von einem ausdrücklichen Vorſchlage des in Rom unbeliebten Mannes abſehen zu müſſen. Auf dem Reichstage in Piotrkow, im Spätherbſt 1470, im Beiſein des eben huldigenden Hochmeiſters Heinrich von Richtenberg und des päpſtlichen Legaten Alexander von Forli, der ſich Hoffnungen machte, das Bistum Culm aus dem ganzen Streit zu erhaſchen [1]), wurde Nikolaus Tüngen als Reichsfeind in die Acht erklärt [2]), und Jakob von Dębno, der damals nach Rom ging, hatte den Auftrag, auch den Papſt wider ihn einzunehmen. Darnach konnte Tüngen ſich nicht halten. Er verließ wiederum die Diözeſe und ſuchte in der Rigaſchen Kirchenprovinz Schutz und Hilfe. Die Stadt Braunsberg mußte erklären, daß ſie ohne königlichen Befehl keinen Biſchof mehr landen laſſen werde [3]). Vergeblich ſuchte ein Biſchof, vermutlich der Erzbiſchof von Riga ſelbſt, für ihn beim Könige Fürſprache einzulegen. Kaſimir verbat ſich das und meinte, der Biſchof thäte beſſer, den Geächteten nicht zu beherbergen, denn er habe gegründete Hoffnung, daß auch der Papſt ihn bald fallen laſſen werde [4]).

Dieſe Hoffnung baſierte auf der damals durch den Anſchluß Kaſimirs an den Kaiſer verbeſſerten Stellung zu Rom und war nicht ungerechtfertigt. Wir wiſſen, daß Jakob von Dębno bereits einer ganz andern Stimmung bei der Kurie begegnete, als Jan Zapieński, und als nun gar die Nachricht von dem Tode Podiebrads eingetroffen war, und ein größeres Wohlwollen gegen König Kaſimir, deſſen Sohn in Prag alle Chancen

1) In der Urkunde, in welcher der Erzbiſchof von Gneſen die erfolgte Huldigung des Hochmeiſters beſcheinigt (Dogiel IV, 178), ſchreibt der Legat Alexander ſich: Alex. de Forlivia ad Culmensis dignitatis pontificalis ecclesiae ibidem electus confirmatus ac Sed. ap. legatus. Es ſcheint alſo abgemacht geweſen zu ſein, daß, wenn Vincenz Biſchof von Ermland wurde, Alexander ſein Nachfolger ſein ſollte.

2) Dekret vom 9. November 1470, im Frauenburger Archiv.

3) Voigt, Geſch. Preußens IX, 40, Anm. 2.

4) Cod. epist. saec. XV,II, 249.

für die Nachfolge hatte, geboten war, so sah sich Nikolaus Tüngen, wie er es immer besorgt haben mochte, von der Kurie aufgegeben. Unmittelbar nach der in Krakau erfolgten Annahme der böhmischen Krone durch den polnischen Prinzen schrieb der Papst Paul II. an den Bischof, er solle sich darein ergeben und mit Zensuren, Prozessen und der Verfolgung der Besitzergreifung Einhalt thun, man werde ihn schon später berücksichtigen. Die allgemeinen Verhältnisse der Christenheit forderten diese Nachsicht [1]). Eine direkte Aufforderung zum Verzicht auf das Bistum enthielt das Breve zwar nicht, aber gemeint war doch wohl nichts anderes. Und da überdies Paul II. bald darauf starb, und Tüngen von Sixtus IV., der einen Vergleich zwischen Polen und Ungarn anstrebte, noch weniger zu erwarten hatte, als von dem Papste, in dessen Kanzlei er 6 Jahre lang gearbeitet hatte, so entschloß er sich zu einem Schritte, der allerdings geeignet war, den tiefsten Zorn und Unmut in Polen zu erregen. Er leistete nämlich am 13. November 1471 dem Erzbischof von Riga den Eid der Treue als Suffraganbischof der Rigaschen Kirchenprovinz, das will sagen, daß er den Thorner Frieden mit seinen kirchenrechtlichen Bestimmungen und Veränderungen als gar nicht vorhanden betrachtete, die Immediatität des ermländischen Bistums aufhob und den Zustand unter der Herrschaft des Ordens als noch zu Recht bestehend anerkannte. Für Polen lag eine boshafte und kränkende Logik in diesem Vorgange, und man begreift den Zorn des Königs vollständig, zumal obendrein die Kunde kam, daß Tüngen Söldner sammele und mit Gewalt in Ermland einbrechen wolle. Vincenz zeigte dem Hochmeister schon im Sommer die Ansammelung von Kriegsleuten in Riga an [2]), und als der König vernahm, daß die dem Bischofe anhänglichen „rebellischen" Domherren in Allenstein ihren Mittelpunkt hatten, so befahl er dem Kapitel sofort für die Entfernung derselben Sorge zu tragen und selbst zur Belagerung

1) Theiner, Mon. Pol. II, 172.
2) Napiersky, Index Cod. Liv. etc. II, 48.

und Eroberung der Stadt vorzugehen, denn nimmermehr würde er „den undankbaren und verdächtigen Mann in das Bistum einlaſſen“ [1]).

Auch in dieſem Schreiben weiſt der König auf die Bereitwilligkeit des Papſtes hin, eine den Wünſchen Polens entſprechende Perſönlichkeit als Biſchof einzuſetzen; er erwarte eben jetzt die Botſchaft desſelben. Als ſie nun aber eintraf, fand ſich Kaſimir nicht wenig enttäuſcht, obwohl der Papſt es gewiß vortrefflich eingerichtet zu haben glaubte. In dem Preußen benachbarten maſowiſchen Bistum war nämlich in eben dieſer Zeit, 1471, gleichfalls ein Biſchofsſtreit ausgebrochen, und angeſichts der offen betriebenen Annexionsbeſtrebungen der Krone war es auch hier Kaſimir aus politiſchen Rückſichten nicht gleich, wer in dem trotzigen Płock auf dem Biſchofsſtuhle ſaß. Aus der Wahl des Kapitels waren gar drei Kandidaten hervorgegangen, und zwar der vom Könige bevorzugte nur mit einer geringen Minorität der Stimmen. Da jedoch der Bewerber, welcher die meiſten Stimmen hatte, zugunſten des königlichen Schützlings zurücktrat, ſo ſtand die Wahl nur zwiſchen zwei Aſpiranten. Der junge Herzog Kaſimir von Maſowien, der dem Könige bei der Unentſchiedenheit der maſowiſchen Erbfrage damals höchſt unbequem ſein mußte, war der eine, und der Dr. Emerich [2]) oder Andreas Oporowski, der Erzdiakon von Gneſen der andere. Natürlich intercedierte Kaſimir für den letzteren beim Papſte. Der maſowiſche Prinz wußte ſich aber eine ſehr dringliche, dreimal wiederholte Fürſprache des Kaiſers Friedrich zu verſchaffen, und da Papſt Sixtus beiden Monarchen gefällig ſein wollte — eben damals war der Kardinal Marco Barbo im Begriff die beiden Höfe für die Pläne des

1) Cod. epist. saec. XV,II, 258, no. 223, vom 26. Nov. 1471.

2) So Długoſz. Nach Pawłowski, Premislia sacra, p. 128 Heinrich. — Er war der Sohn des Peter Oporowski, des Wojewoden von Łęczyc, und darum auf der Univerſität „palatinides“ genannt. 1458 wurde er in Krakau baccalaureus, 1460 magister liber. artium. Muczkowski, Lib. prom., p. 50. 54. Wo er Dr. decr. geworden, iſt unbekannt.

Papstes zu besuchen — so glaubte er es sehr weise zu treffen, wenn er den masowischen Prinzen mit dem Bistum Płock, den Dr. Oporowski dagegen unter der Verpflichtung, ein Jahrgeld von 400 Gulden an Tüngen zu zahlen, mit dem Bistum Ermland ausstattete [1]), und den Bischof Nikolaus Tüngen in das eben frei gewordene Bistum Camin transferierte. Das war nun freilich ein arges Mißverständnis der Wünsche Kasimirs. Mußte er sich schon die Unbehaglichkeit gefallen lassen, durch den masowischen Prinz-Bischof den Partikularismus in Płock gestärkt zu sehen, so konnte er mit Oporowski, der ihm vielleicht in Płock gute Dienste geleistet hätte, in Ermland gar nicht durchdringen. Werden die preußischen Stände sich einen anderen Polen, der nicht einmal deutsch sprechen konnte [2]), also weder den geistlichen noch den weltlichen Geschäften des dortigen Fürstbistums vorstehen konnte, als Bischof gefallen lassen? In dem Verhältnis zwischen den preußischen Ständen und der Krone hatten sich ohnehin schon mittlerweile manche Wolken angelagert, der König durfte ihnen nicht zu starke Zumutungen machen. Er lehnte daher die Anerkennung der päpstlichen Provision ab, und gleichermaßen wollten auch die Stände Oporowski nicht hören, als er sich ihnen vorstellte. Es mag nicht oft in jenen Tagen der Pfründenjägerei vorgekommen sein, was Oporowski jetzt that. Er begab sich nach Rom zurück, um dem Papste sein Provisionsdekret wieder zurückzugeben.

Als Kasimir in der zweiten Hälfte des März 1472 im Andrang der aus Ungarn zurückkehrenden Söldner und in seinem verzweifelungsvollen Geldmangel einen Reichstag in Piotrkow abhielt, mußte er überhaupt die Erfahrung machen, daß die preußischen Stände ihre Gerechtsame und Verbriefungen ernster nahmen, als man in Polen wünschte, und daß sie eine durchaus abweichende Auffassung von der sogenannten „Inkorporation" hegten. Ihre Räte erklärten aufs bestimmteste,

1) Die Konsekration der beiden fand nach Dlugosz XIII, 474 durch den Papst am 16. Dezember 1471 statt.

2) „maxime Polonus, linguam almanicam ignorans" schreibt das Kapitel am 28. Juli 1473 an den Papst.

daß sie nur „Sendboten“ mit begrenzter Instruktion wären, und an der Beratung allgemeiner Angelegenheiten des polnischen Reichs sich zu beteiligen weder die Pflicht noch das Recht hätten. Die vielen Zureden der Polen, „daß Preußen jetzt ein Glied des gemeinsamen Leichnams“ wäre, wiesen sie entschlossen zurück. Das Recht der freien Versammlung der Stände ohne den Konsens der Krone, das man ihnen mit Berufung auf das polnische Staatsrecht absprechen wollte, behaupteten sie mit der Erklärung, daß sie ganz und gar nicht gesonnen wären, „alle Gewohnheiten der Krone Polen zu halten und sich darein zu ergeben“. Insbesondere aber sprach sich der Unmut über die ermländische Sache aus. Mit Vincenz, erklärten die preußischen Räte im Namen der Stände und des Kapitels, mit Vincenz als Konservator hätten sie sich gern zufrieden gegeben, aber dieser Oporowski, der kein preußischer „Einzügling“ wäre, der sich über Preußen wegwerfende Äußerungen erlaubt, der mit Tüngen eine „Vergleichung“ gesucht, welche die Diözese belastet haben würde, und der die dreifache Summe der üblichen Annaten bewilligt hätte, um sich von Rom das Bistum zu „erpraktizieren“, diesen Oporowski würden sie weder als Bischof noch in irgend einem anderen Amte in Preußen dulden. Darin stimmten sie also mit dem Könige zur Zeit überein, der namentlich das Lob des Vincenz Kielbassa mit Befriedigung vernahm.

Aber von Vincenz als Bistumskandidaten war fortan nicht mehr die Rede. Der Dienst, den er dem Könige durch die Assistenz bei der Krönung seines Sohnes in Prag geleistet hatte, mochte ihm in Krakau hoch angerechnet werden, in Rom hatte er sich wohl kaum Freunde damit erworben. Er beschränkte sich daher auf sein Konservator-Amt, er fuhr fort, den Hochmeister durch Vermittelungen in den unabläßigen Händeln mit den Söldnern zu verpflichten, aber zugleich zu überwachen, er suchte nach Kräften die Stände für die Anschauungen der polnischen Regierung zu gewinnen, und Ermland militärisch zu sichern. Indessen mit geringem Erfolg. Denn eben damals, als man in Polen über das mißlungene Attentat

auf Ungarn in die tiefste Bestürzung geraten war, und die rauschenden Triumphbriefe des Matthias in die Welt hinausgingen, in dem für Kasimir so unglücklichen Frühjahr 1472 war Nikolaus Tüngen, als Kaufmann verkleidet und nur von einem Manne begleitet, im ermländischen Gebiete erschienen. Der Handstreich war aber gut vorbereitet, denn der Bischof fand einen wohl gerüsteten Söldnerhaufen vor, und „Schneider- und Schustergesellen, loses Volk" zog ihm in Scharen zu. Trotz dem ausdrücklichen Verbote des Königs nahm Braunsberg ihn willig auf, auch Gutstadt öffnete ihm wie das erstemal die Thore. Rößel und Frauenburg leisteten zwar Gegenwehr, aber der unter dem Marienburger Hauptmann Jan Kościelecki heranziehende Heerhaufe wurde geschlagen, und mehrere Söldnerführer, darunter der eigene Bruder Kiekbassas gefangen genommen [1]). Die Städte fielen dem Bischof in die Hand. Ein heißer Kampf entwickelte sich um Seeburg, das erst nach blutigen Opfern von den Leuten Tüngens besetzt wurde. Die Stadt Heilsberg ergab sich leicht, aber das Schloß, das Fabian von Legendorf verteidigte, mußte von den Bischöflichen erst hart belagert werden. Im Anfang des Mai war Tüngen in das Land eingedrungen, und gegen Ende August lag es fast ganz überwältigt zu seinen Füßen.

Die Frage war, wie sich nunmehr zu der gewordenen Thatsache die Beteiligten stellen werden. Vor allem fällt die ungemein reservierte Haltung des Bischofs von Culm auf, der augenscheinlich nur darauf bedacht war, mit den preußischen Ständen im Einklang zu bleiben. Sobald die Nachricht von der Festsetzung Tüngens in Braunsberg eingetroffen war, benutzte er eine Versammlung des Landesrats in Elbing, wo auch einige Ordensgebietiger sich eingefunden hatten, um „den Bischof von Camin" durch einen Geleitsbrief für dreißig Personen einzuladen. Natürlich erschien Tüngen nicht, sondern setzte seinen

1) Die Namen Peter Schorz, Laurentius Schrank und Jan Slowak giebt das Schreiben Tüngens an die Danziger vom Ende Juni (Script. rer. Prus. IV, 680, Anm. 2) übereinstimmend mit Dlugosz XIII, 482. Den Bruder Kiekbassas, Albert, nennt nur der letztere.

Krieg fort. Erst im Anfang September, als von Polen Jakob von Sienno, der ähnliche Schicksale einst wie Tüngen erlebt hatte und jetzt als Bischof von Włocławek hoch in der Gunst des Königs stand, und der Łęczycer Wojewode Nikolaus von Kutno in Preußen eingetroffen waren, wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Vincenz hielt sich mit strenger Folgerichtigkeit zu den Ständen, welche, wie sehr sie auch den Krieg bedauerten, nimmermehr verkennen wollten, daß Tüngen doch mehr das Prinzip des Thorner Friedens vertrete, als sein Gegner. Aus ihrer lediglich zuwartenden Haltung traten sie erst infolge der Aufforderung der polnischen „Sendboten" heraus, und es gelang einer Deputation derselben, einen Beifrieden zu vermitteln, der Waffenruhe im Lande und die Einleitung eines Rechtsverfahrens beim päpstlichen Stuhl zum Hauptinhalt hatte. Die beiden festen Plätze Seeburg und Heilsberg sollten den Ständen einstweilen übergeben werden, mit der Bestimmung, daß sie an denjenigen auszuliefern sein würden, der kraft der päpstlichen Entscheidung als Bischof anerkannt sein würde. Aber gegen dieses Übereinkommen erhoben sich Einwände von allen Seiten, zunächst von den polnischen Kommissaren, welche durch die Beseitigung des königlichen Kriegsvolks aus den Festungen und durch die Einleitung eines Prozesses in Rom, statt der von ihnen gewünschten neuen Provision für einen der beiden Kandidaten, ihren Einfluß auf den Ausgang des Streites weit abgedrängt sahen; dann aber auch vonseiten Tüngens, der die Kurie zu genau kannte, um nicht zu wissen, daß kein Gewicht des Rechts und der Zweckmäßigkeit schwer genug sei, um den „Begiftigungen", den Bestechungen die Wage zu halten, und daß das weiche System der Indulgenzen jede Ehrlichkeit aufhöbe [1]), der daher gegen die römische Entscheidung umsomehr Mißtrauen hegte; endlich aber auch

1) „Es ist gar groser unterscheid unter euch weltlichen, denn ein jedermann mus halten einem andern, was er ihm zusaget, aber zwischen uns geistlichen nicht also, sondern der bapst kan einen entbinden nicht allein von gelöbniß sondern auch vom eyde", sagt der Bischof von Ermland. Schütz, S. 341.

vonseiten des Kommandanten von Heilsberg, Fabian von Legendorf, der gewissenhafterweise sein vom Könige empfangenes Mandat doch nicht ohne Bürgschaften den Ständen überantworten wollte, obwohl er zugestand, daß er ohne Entsatz sich kaum noch länger würde halten können. Die Deputation ließ sich jedoch nicht entmutigen. Durch die Versicherung, daß auch Vincenz Kielbassa ihre Anschauungen teile, wußten sie die Skrupel Legendorfs zu entfernen. Auf Tüngen dagegen drückte der Teil des Kapitels, der sich ihm angeschlossen hatte, zu dem Entschluß, „sich von Städten und Landen nicht zu trennen", d. h. doch lieber innerhalb der Wirkung des Thorner Friedens sein Recht zu suchen. Die Einwände der polnischen Kommissare aber wurden um so weniger in Rücksicht gezogen, als in Konsequenz derselben die Stände zu einem Kriege wider den Bischof, der ihre eigenen Privilegien verfocht, hätten schreiten müssen. Demgemäß kam es also zu dem Heilsberger Vertrage, in welchem die Bedingungen des Beifriedens weiter ausgeführt wurden. Binnen einem Monat sollte Tüngen seinen Prokurator wegen Führung des Rechtsstreits nach Rom schicken, die frei abziehenden polnischen Besatzungen aus Heilsberg und Seeburg sollten durch ständische, aus der fürstbischöflichen Kämmerei zu erhaltende ersetzt werden, und die polnischen Gefangenen entließ der Bischof gegen die Zusage, daß sie sich auf dem Michaelislandtage zu Elbing wieder einstellen würden. Die Domherren aber behielten sich im Einverständnis mit den Ständen vor, wofern der Prozeß in Rom gegen Tüngen ausfallen sollte, nur eine den Privilegien entsprechende, also in Preußen heimische Persönlichkeit zum Bistum zuzulassen. Die polnischen Kommissare sprachen sich mit Heftigkeit gegen diese Abmachungen auf dem Elbinger Landtage aus. Unter den verschiedenen bemängelten Punkten war der charakteristischste der beim Papst zu führende Prozeß. Sie hätten sich die Berufung auf den Papst nur im Sinne einer souveränen Auswahl zwischen den beiden Kandidaten gedacht, ein Rechtsverfahren habe ihnen durchaus nicht vorgeschwebt. „Und wie nun", fragten die Polen, „wenn Tüngen unterliegen sollte, werdet ihr als-

dann Oporowski als Bischof anerkennen?“ Damit war aber die Frage auf ein weiteres und heikleres Gebiet gedrängt, und die Stände machten kein Hehl daraus, daß Oporowski allerdings die Qualität nicht besäße, die ihn in Ermland möglich machte, denn er habe nicht den preußischen Indigenat.

Der Landtag aber achtete nicht auf „den Zorn“ der polnischen Sendboten und ratifizierte den Heilsberger Vertrag am 3. Oktober. An demselben Tage wandten sich die Diözesanen mit einer Denkschrift an den Papst, die ganz im Sinne Tüngens gehalten war, und die der als Prokurator bestimmte Domdechant Enoch von Kobelau mit nach Rom nahm. Den Gefangenen, die sich in Elbing nicht gestellt hatten, wurde behufs ihrer Ranzionierung ein weiterer Termin, der St. Georgstag, bewilligt, und Tüngen versprach bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit dem Könige sich unterwürfig vorzustellen. Denn ohne Bedenken darüber, wie man am polnischen Hofe die Sache ansehen würde, waren die Stände keineswegs. Der Thorner Rat ermahnte damals den von Danzig, doch in jedem Falle den auf den 31. Oktober angesetzten Reichstag in Piotrkow zu beschicken, da dort Beschlüsse gefaßt werden könnten, die nicht wieder abzuändern sein würden, man werde dort an den Kleinpolen einen stärkeren Anhalt finden, als an den Großpolen [1]). Da indessen der Reichstag die Entscheidung über die vom Könige geforderten Subsidien den Landtagen zuwies, so blieb er wohl kaum so lange zusammen, als daß auch die preußische Frage hätte zur Sprache gebracht werden können. Der König begab sich zum großpolnischen Landtage nach Koło, wo einige auf den Landfrieden bezügliche Gesetze vereinbart wurden [2]), und kam alsdann nach Thorn, wo der Rat der preußischen Stände ihn empfing.

Die königliche Proposition, welche die Vorgänge in Ermland vorwiegend aus dem einseitigen Gesichtspunkte des polnischen Staatsinteresses zusammenfaßte, gipfelte in dem Vorwurf, daß

1) Schreiben vom 17. Oktober 1472 im Danz. Arch.
2) Cod. epist. saec. XV, II, 270, no. 226.

die preußischen Stände durch ihre Neutralität wesentlich zur Entwickelung des Trotzes bei Tüngen beigetragen hätten. Der König berief sich auf den Kardinal Marco Barbo, der ihm versichert hätte, daß Tüngen nach der päpstlichen Transferierung kein Recht mehr auf Ermland hätte, und forderte schließlich die Auslieferung der beiden Festungen Heilsberg und Seeburg. Von der Oporowskischen Gegenkandidatur sprach er in einem nicht gerade bestimmten Sinne. Die Stände dagegen erklärten, daß sie sich einzig und allein von dem bei den Unterthanen lebhaft ausgedrückten Friedensbedürfnis hätten leiten lassen, denn die Leiden des großen Krieges stünden noch in zu lebhafter Erinnerung. Gegenüber der Tendenz aber, unter dem Vorwande der Pfandschaft polnische Hauptleute in die preußischen Burgen und unter dem Deckmantel päpstlicher Provisionen polnische Kleriker in die preußischen Pfründen zu bringen, bestünden sie vielmehr auf eine ausdrückliche Bestätigung der Privilegien und ihre Durchführung in allen Punkten. Trotz mehrwöchentlicher Verhandlungen fanden die Gegensätze nur in untergeordneten Punkten, wie in der Gubernatorfrage, ausgleichende Formeln, in der Hauptsache blieben sie ungelöst. Der König verschob die Privilegienbestätigung „auf einen andern Tag", die Stände hielten an dem Heilsberger Vertrage in vollem Umfang fest. Tüngen hatte seinem Versprechen gemäß gesucht, sich dem Könige zu präsentieren, aber Kasimir versagte entschieden die Annäherung. Nur ein Umstand ist noch besonders bemerkenswert. Den König interessiert insbesondere die Frage, „von wem Herr Tüngen solche Macht gehabt hätte, sich des Bistums mit Gewalt zu unterwinden". Die öffentliche Meinung in Polen wies auf den Orden hin, und wir wissen, daß eine lebhafte Korrespondenz zwischen dem Hochmeister einerseits und den polnischen Kommissaren und dem Könige andererseits über diesen Verdacht stattfand, durch welche, wie Kasimir selbst den Ständen und auch dem Hochmeister versicherte, ihm die Überzeugung von der Grundlosigkeit desselben beigebracht worden sei. Ob diese Zuversicht so wohl begründet war? Wir besitzen wenigstens einen Brief Tüngens an den

Hochmeister, der denn doch schon aus dieser Zeit ein sehr weitgehendes Einverständnis bekundet, denn er enthält den im geheimen geforderten Rat des Bischofs, wie der Hochmeister den Zumutungen des Königs wegen einer Intervention in Ermland begegnen solle. Die Wahrscheinlichkeit, daß Tüngens Eindringen in das Bistum, wenn nicht mit Unterstützung, so doch unter Konnivenz des Hochmeisters erfolgt sei, ist doch sehr groß. Freilich mußte das ebenso sehr den Ständen als den Polen verborgen bleiben. Aber der König streift flüchtig noch eine andere Kombination. Ihn frappiert der zeitliche Zusammenhang dieses Aufruhrs mit den Verlegenheiten, welche ihm die Zurückweisung seines ungarischen Feldzuges durch König Matthias im Süden bereitet hatte, und er weist auf einen solchen hin, ohne ihn jedoch sachlich zu behaupten. Vielleicht war der König hier auf einer richtigen Spur, denn Tüngen und Gabriel Rangoni waren von Rom her gute Bekannte, und man schien das in Polen zu wissen.

Den Ständen war nicht wohl bei diesen Forschungen nach dem Ursprung der Tüngenschen Macht. In den Verhandlungen, die sie einige Wochen nach der Abreise des Königs mit dem Bischofe führten, riefen sie ihm ausdrücklich ins Gewissen, daß er, „ohne ihre Rücklehnung" das Land nicht erworben haben würde. Da alle ihre Geschäfte mit der Krone wegen der Privilegien an diesem Anstoß stockten, so bemühten sie sich auf jede Weise, Tüngen zur freiwilligen Resignation zu bewegen. Sie boten ihm eine Pension von 400 Dukaten, sie baten, sie drohten, Tüngen berief sich lediglich auf den Heilsberger Vertrag, alles andere wies er mit Energie zurück. Die Städte des Bistums erklärten, daß sie, auch wenn Tüngen stürbe, doch einen Polen nicht in die Diözese einlassen würden. Das mochten auch die Stände nicht, aber sie meinten zunächst nur die dem Könige einmal verhaßte Persönlichkeit Tüngens beiseite schieben zu müssen. Inzwischen war aber der König einen Schritt weiter gegangen. Jetzt war er bereit, Andreas Oporowski zu unterstützen. Er schickte ihn nach Rom, um die päpstliche Provision erneuern und sich dort als Bischof von

Ermland konsekrieren zu lassen. Der Papst, der den guten Willen der Polen jetzt für die diplomatische Sendung des Kardinals Marco nötig hatte, wollte die Einleitung eines verzögernden Rechtsverfahrens nicht genehmigen und entschied zugunsten Oporowskis. Als derselbe nunmehr mit der Konsekration ins Land zurückgekehrt war, zeigte der König den Ständen an [1]), daß er ihn als den allein berechtigten Bischof von Ermland anerkannt habe, und daß ihm daher die Schlösser auszuliefern seien, und auf dem Reichstage zu Radom wurden die Vorbereitungen für die Durchführung der Kandidatur so bis ins einzelne getroffen, daß man dem Oporowski schon das Amnestiedekret für die Diözesanen, welches auf die Voraussetzung eines Vergleichs mit Tüngen gegründet war, mitzugeben für gut hielt [2]). Auch ein Mahnungsschreiben des Kardinals Marco brachte Oporowski nach Preußen mit, und trat so — allerdings lateinisch redend — vor den Ständerat [3]). Wiederholt suchten zwar die Preußen auszuweichen, aber endlich mußten sie ihm doch auf dem Johannis-Landtage in Elbing Gehör geben. Hier traten die beiden Nebenbuhler persönlich einander gegenüber, denn auch Tüngen war auf den Wunsch der Stände erschienen. Oporowski pochte auf seine Bullen, Tüngen führte die ihm sehr wohl bekannten formelhaften Redensarten derselben mit vernunftgemäßen Gründen ad absurdum. Oporowski drohte, Tüngen trotzte. Jener berief sich auf die Hilfe des Königs, dieser auf die alles wagende Treue seiner Diözesanen. Die Stände gaben in ihrer Separatverhandlung mit Tüngen zu verstehen, daß, wenn sie ihm den Verzicht zumuten, sie doch durchaus nicht gesonnen wären, den Polen aufzunehmen. Alles vergeblich. Die Stände baten den königlichen Gesandten Peter Dunin, nicht auf die Auslieferung der Schlösser

1) Der König an Danzig, Grodno den 8. April 1478, und Opoczno den 14. Mai 1473. Danz. Arch.

2) Nur so ist die bei Dogiel IV, 179 abgedruckte Urkunde zu verstehen.

3) Zuerst in Marienburg, 1. Mai. Chronik vom Pfaffenkrieg. Script. rer. Prus. IV, 681.

zu bestehen, weil es sonst zu einem Kriege kommen würde. Oporowski ließ ein Notariats-Instrument aufnehmen, und Tüngen appellierte an den Papst mit der Berufung, daß derselbe schlecht unterrichtet wäre, wenn er Ermland als ein Reservat des päpstlichen Stuhles betrachte, es stünde unter dem deutschen Konkordat, und folglich käme hier lediglich die Wahl des Kapitels in Betracht [1]).

Übrigens gab sich Tüngen keiner Täuschung hin. Schon vor dem Elbinger Landtage hatte er dem Hochmeister, mit dem er je länger je mehr auf vertrautem Fuße stand, mitgeteilt, daß nunmehr alle Hoffnung auf gütliche Einigung geschwunden wäre [2]). Als im Spätherbst Peter Dunin wieder ins Land kam, fanden wiederum Verhandlungen statt, aber im Ergebnis blieben sie den früheren gleich. Nur bemerkten die Stände, daß Tüngen noch weniger Entgegenkommen als früher bezeige und sich höchlichst darüber beschwerte, daß die Gefangenen sich weder am Georgitage noch später eingestellt hätten. Er machte die Stände dafür verantwortlich und sah dies für einen Bruch des Heilsberger Vertrages an, an den er sich danach nicht mehr gebunden glaubte. Ermutigt aber wurde er dem Anscheine nach wiederum durch die große Not, welche der Einbruch der irregulären ungarischen Truppen ins Krakauische den Polen bereitete. In der ganz richtigen Voraussetzung, daß in Polen jetzt kein Kriegsvolk verfügbar sei, erhob er sich und überfiel am 10. Februar 1474 die Feste Heilsberg, nahm den Befehlshaber Michael Ertmann, einen Danziger Ratsherrn, in milde Haft und besetzte das Schloß mit seinen Leuten. Ebenso riß er, halb mit Verrat, halb mit Gewalt, Seeburg an sich und ließ es sich wenig anfechten, daß man überall in Preußen und in Polen „mit großem Zorn“ von ihm sprach. Ob nicht trotz dieses offiziellen Zornes die Stände mit dem Gang der Dinge zufrieden waren, muß dahingestellt bleiben. Die Verhandlungen

1) Die Appellation datiert vom 28. Juli 1473. Eine gleichlautende ging auch an das Kardinalkollegium und an Marco Barbo ab.

2) Schreiben vom 7. Juni 1473. Königsb. Arch.

wurden permanent fortgeführt, aber man kam sich keinen Schritt näher. Bischof Vincenz riet (25. Februar), wenigstens Seeburg zu retten, es geschah nichts. Zwei Tage später (27. Februar) kam Oporowski nebst polnischen Gesandten mit dem Vorschlage einer völligen Verkehrssperre für Ermland, aber die Städte fühlten die Undurchführbarkeit der Idee nur zu gut und gingen ihr nur darum nach, weil die Landritter anfingen, für die Erhebung der Waffen sich zu erwärmen. Am 13. März unterhandelten die Stände mit Vertretern der ermländischen Städte, aber sie mußten sich überzeugen, daß diese unerschütterlich dem Bischofe ergeben waren. Am 8. Mai hatten die Stände wieder eine Beratung mit Delegierten des Ordens wegen gemeinsamen Einschreitens mit den Waffen, aber die Gebietiger waren schon übereingekommen, jede Intervention in Ermland abzulehnen. Ebenso wenig wollten sie zu der Verkehrssperre mitwirken, an die ja Städte wie Danzig, Elbing, Thorn im Ernst gar nicht denken konnten, da Ermland seine eigenen Seeausgänge besaß.

Es war eine tief verdüsterte Stimmung, der Kasimir Pfingsten 1474 bei seiner Anwesenheit in Neſſau und Thorn begegnete. „Man ist mit der Regentschaft unzufrieden", schrieb der Ordensmarschall an den Hochmeister. Die Stände forderten die Bestätigung der Privilegien, die Wojewoden beklagten sich über Verleumdungen, über falsche Anklagen, über Mißtrauen, und boten sämtlich dem Könige ihre Entlassung an. Kasimir, den die Neutralität der Stände verdroß, nahm die Entlassung der Wojewoden nicht an, aber er verschob auch die Anerkennung der Privilegien „auf einen andern Tag".

Die großen Aktionen, die sich im Sommer 1474 in Polen vorbereiteten, ließen keinen Raum für diese provinzialen Kämpfe. Die polnische Regierung war überzeugt, daß eine siegreiche Überwältigung des Matthias Corvinus auch diesen Konflikten eine andere Wendung geben würde. „Alles, was Tüngen unserem Könige zuwider thut", sagten die polnischen Sendboten im preußischen Ständerat, „geschieht dem Könige von Ungarn zugute". Sie wollten damit nur den Zusammenhang, die

Wechselwirkung ausdrücken, die sich von selbst ergebe. Daß sie aber auf einer bewußten, beabsichtigten und verabredeten Verbindung beruhe, wußten sie nicht. Weit eher läßt sich behaupten, daß ihr Mißtrauen das Verhältnis des Bischofs zum Orden richtiger durchschaute, aber in diesem Falle war es wohlweise Berechnung, zu scheinen, als ob man nichts sähe. Die unausgesetzten Zumutungen, welche die polnische Regierung dem Hochmeister machte, sich mit den Waffen in den ermländischen Handel zu mischen, die steten Ankündigungen von verdächtigenden Gerüchten und die affektierte Zufriedenheit mit den in affektierter Biederkeit gegebenen Erklärungen des Hochmeisters [1]), die allzu freundlichen Mitteilungen des Königs über den Gang seiner dynastischen Politik, welche immer die Nebenabsicht verrieten, dem Hochmeister seinen Charakter „als erster Rat der Krone" in Erinnerung zu rufen, ferner die wiederholten Mahnungen des Kaisers Friedrich, keinen Krieg anzuschüren, weil „die gesamte Christenheit darunter Schaden leiden würde", die jedesmal eintrafen, wenn Polen im Bunde mit dem Kaiser einen energischen Schritt in der böhmischen Sache thun wollte, und die jedenfalls von Polen veranlaßt waren — alles dies deutet auf ein verdecktes Spiel von beiden Seiten. Es gab in Polen merklich einflußreiche Stimmen, welche der Meinung waren, daß der Thorner Frieden zu viel von dem Orden übrig gelassen habe, und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Regierung nach einem entscheidenden Siege über Matthias Corvinus diesem Programm nähergetreten wäre. Am deutlichsten tritt diese Diplomatie in der Frage von der ermländischen Verkehrssperre hervor, die ohne Mitwirkung des Ordens gar nicht zu bewerkstelligen war. Der Hochmeister holte sich über diese Zumutung im geheimen Rat und zwar — beim Bischofe Tüngen. Dieser empfiehlt dem Orden, sich mit seiner Ab-

1) Die Korrespondenz mit Tüngen, die Äußerungen des Ordensprokurators, des Bischofs von Samland in Rom — stehen in einem seltsamen Widerspruch mit der Erklärung des Hochmeisters gegen die litauischen Magnaten, daß er „den Feind des Königs", Tüngen, verfolgen helfe. Napiersky, Index cod. Liv. II, 50.

hängigkeit vom Papste auszureden. Die Polen aber haben dem Hochmeister eine peremptorische Frist bis Michaelis zu einer entscheidenden Erklärung gesetzt. Denn angesichts der 60000 Polen und 20000 Böhmen, die man „um Michaelis“ gegen Matthias ins Feld führte, und die zuverlässig den Sturz desselben zu verbürgen schienen, kam es nur auf eine plausible Gelegenheit an, um nach dem Siege dem Orden die Alternative zu stellen, ob er sich beugen oder gebrochen sein wolle.

Der große Kriegszug nach Schlesien hatte also einen weitläufigen Hintergrund, und, mit seinen Zielen weit über den böhmischen Königsstreit hinausgehend, eröffnete er auch den nationalen Wünschen weite Hoffnungen. Aber das Kriegsglück entschied sich, wie wir sahen, gegen alle Erwartungen wider die Polen, und als es zu den notgedrungenen und demütigenden Waffenstillstands-Verhandlungen kam, mußte die polnische Diplomatie zu ihrem Staunen die Erklärung des siegreichen Ungarkönigs vernehmen, daß Nikolaus Tüngen, der Bischof von Ermland, unter seinem Schutze stünde und in den zweijährigen Beifrieden mit eingeschlossen werden müsse. Kein Punkt des widerwillig eingegangenen Vertrages mochte bei den Polen so viel Bitterkeit erregt haben als dieser, der die weitere Folge, daß auch der Orden und vielleicht auch die Masowier dieselben Wege gehen könnten, in erschreckender Möglichkeit erblicken ließ. Es half nichts, die Niederlage mußte auch in diesem wundesten Punkte hingenommen werden, aber der Entschluß, sich Vergeltung zu schaffen und die gefährliche Schutzherrschaft des Königs von Ungarn über einen preußischen Landesteil nicht für die Dauer bestehen zu lassen, stand fest bei dem Könige. Durch den Bischof von Włocławek ließ er beim Hochmeister anfragen [1]), ob denn Tüngen für alle Zeit unter ungarischer Hoheit zu bleiben gedenke, und der Hochmeister übermittelte dem Könige die trotzig diplomatisierende Antwort des Bischofs, er würde den Schutz Polens allerdings vorgezogen haben, aber so lange der König sich von Eindringlingen zur

1) Schreiben vom 23. März 1475. Königsb. Arch.

Ungnade wider ihn aufregen lasse, werde er die ihm vom Könige Matthias gewährte Sicherheit nicht aufgeben. Zu solcher Sprache ermutigten ihn die Briefe seines Freundes Gabriel Rangoni, der ihm schrieb [1]), er solle die Vorteile des Beifriedens wahrzunehmen nicht unterlassen, der König von Ungarn stünde ihm zur Seite.

Sechstes Kapitel.

Matthias Corvinus und die Donaustaaten. Der Hochmeister und der Pfaffenkrieg. Friede zu Olmütz. Friede mit Ermland und dem Hochmeister.

Der Breslauer Beifrieden vom 8. Dezember 1474 zeichnete die Grundformen vor, in denen fünf Jahre später der böhmische Thronfolgestreit seine Lösung finden sollte. Verwickelungen und Kämpfe um dieselbe sollten noch genug stattfinden, der König Kasimir und das polnische Reich nahmen aber daran einen direkten und offenkundigen Anteil nicht mehr. Der König gab das Interesse für seinen Sohn in Prag natürlich ebenso wenig auf, als König Matthias seinen Haß gegen die Jagielloniden, und beides bereitete dem polnischen Volke noch mancherlei Verlegenheiten und Schicksale, aber zu einer die nationale Kraft aufbietenden Aktion kam es im Verlauf des folgenden Lustrums nicht mehr, wohl aber gab es Reibungen und Verdrießlichkeiten, welche der Entwickelung des politischen Lebens hinderlich genug in den Weg traten. Die Augen mußten daher auf Matthias gespannt bleiben, und es war für Polen nichts weniger als gleichgültig, wohin der thätige Fürst den Schwerpunkt seiner neuen Unternehmungen richten werde. In den

1) Schreiben vom 26. Februar 1475. Frauenb. Arch.

paar Wochen, die er noch nach dem Abzuge der Polen und Böhmen in Schlesien verweilte, war er bemüht, dieses zuchtlos gewordene, durch einen fast 16jährigen Krieg heruntergekommene Land die Segnungen einer durchgreifenden Regierungsgewalt empfinden zu lassen. Bequem war Matthias seinen Völkern nirgends, und es trat auch hier in Schlesien Klage und Widerstand gegen ihn hervor. Aber die uns erhaltenen Verordnungen bekunden eine ebenso einsichtsvolle als thatkräftige Regierungskunst, die auch unzweifelhaft von Erfolg gekrönt gewesen wäre, wenn er sich dauernd den Interessen dieser Gegenden zu widmen vermocht hätte. Stefan Zápolya, den er als Landeshauptmann, und Jörg von Stein, den er als Berater desselben zurückgelassen, waren wohl durch manche Eigenschaften hervorragende Persönlichkeiten, aber sie besaßen weder die moralische, noch die materielle Macht, um der verworrenen und zerrissenen Verhältnisse des heimgesuchten Landes Herr zu werden. Ab und zu dröhnte wohl der Machtbefehl des Königs aus der Ferne dazwischen, und dann immer eindrucksvoll, aber der Mangel an Nachhaltigkeit trieb die böse Flut immer wieder zusammen. Dennoch versuchte Polen vergeblich, sich in das Verhältnis zwischen Schlesien und Matthias zu drängen. Alle Versuche des Königs und des Erzbischofs von Gnesen, die hier ihre Botschafter in kurzen Zeiträumen immer wieder erscheinen ließen, Untreue zu säen, scheiterten an der festen Haltung namentlich der Stadt Breslau [1]).

Aber auch für die gesamte böhmische Angelegenheit hatte der Ungarkönig nur noch ein abnehmendes Feuer. Die Stände beider Teile Böhmens waren am 12. Februar 1475 in Prag zusammengetreten, um die im Breslauer Beifrieden gezogenen Grundlinien für die einstweilige Ordnung der Dinge in dem zweiteiligen Königreiche auszuführen und praktisch auszugestalten. Aber als die Beschlüsse derselben im März dem Könige Mat-

1) Eine ganze Reihe solcher Schreiben im Stadtarchiv zu Breslau. Daß der Erzbischof von Gnesen solche Werbungen versucht, hängt wohl mit der polnischen Gesinnung einiger Breslauer Domherren zusammen.

thias zur Bestätigung vorgelegt wurden, verschob er die Entscheidung bis zu einem künftigen Landtage in Preßburg. Man sieht, daß Matthias im Augenblicke sich mit der gewonnenen Position begnügte, aber für die Zukunft sich nicht weiter binden mochte. Ihm lag jetzt vor allem die Verteidigung seines Heimatlandes gegen die Türken am Herzen. Sobald er diesen Gedanken seinen Ständen kundgab, jauchzte ihm der allgemeine Beifall entgegen. Für seine Spekulationen auf die böhmische Krone war er auf die magersten Subsidien, oder auf dürftige Unterstützungen der römischen Kurie angewiesen. Die Banderien durfte er zu diesem Zwecke nicht aufrufen. Als er aber dem Ofener Reichstage vom Mai 1475 die Absicht eines Türkenfeldzuges eröffnete, strömte ihm Geld in reichem Maße zu, und mit einem Heere, wie es ihm niemals in den böhmischen Kämpfen zugebote stand, konnte er im Spätherbst desselben Jahres noch nach dem Süden ziehen, wo er zunächst die von den Türken einige Jahre zuvor an der Save oberhalb Belgrads angelegte Feste Sabacz nach dreißigtägiger Belagerung einnahm und alsdann noch einen siegreichen Vorstoß gegen Semendria ausführte: ein ungestümer Winterfeldzug, von dem der König im Frühjahr 1476 unerwartet rasch wieder nach Ungarn zurückkehrte, und der keineswegs den Erwartungen entsprach, die Freunde und Feinde davon gehegt hatten. Denn die römische Kurie sah mit Freuden „den Protektor der Katholiken“ in einem so verdienstvollen Werke verstrickt, und steuerte Geld mit vollen Händen [1]), damit er nur dabei bliebe, denn in dem Kampfe wider die böhmischen Ketzer hatte er ihr doch nur Verlegenheit und Schwierigkeit am Ende bereitet. Sie warnte alle Welt bei Strafe des Bannes, den Kreuzzug des kriegerischen Königs zu stören, aber diejenigen, welche die Warnung besonders anging, der Kaiser Friedrich, Wladyslaw von Böhmen und Kasimir von Polen, waren mindestens ebenso zufrieden, Matthias weit hinten in der Türkei zu wissen, wie der Papst, wenn auch aus

1) Man spricht von 93000 Dukaten, die der Papst und Venedig Matthias geschickt haben sollen.

anderen Gründen. Der Breslauer Waffenstillstand wurde inzwischen nicht besser gehalten, als andere in jener Zeit, und namentlich konnte Kaiser Friedrich seinen Groll gegen den Ungarkönig bei keiner Gelegenheit verhehlen. Dem Matthias lag aber durchaus nicht daran, die Aufgabe der gesamten Christenheit allein auf seine Schulter zu nehmen. Mehr als eine wirsame Vertreibung der Türken, die im Frühjahr 1475 bereits über die Save bis nach Wardein [1]) vorgedrungen waren, aus dem Machower und Severiner Banat hatte er sich wohl nicht vorgesetzt. Er selbst faßt die Ereignisse dieses Feldzuges so zusammen, daß er sich rühmt, in wenigen Monaten Sabacz erobert, dem Alibeg eine bedeutende Niederlage bereitet und den Sultan Mohamed in schmähliche Flucht geschlagen zu haben [2]). Das letztere war freilich nicht sein Werk allein, aber ihm genügte das vorläufig.

Auch diese Kriegsthätigkeit des Ungarn aber berührte in ihrer Verkettung den Gegensatz zu Polen. In seiner scheinbar sprunghaften Geschäftigkeit herrschte doch Plan und Methode vor, und vergessen hatte er seine Gegner auch dort nicht, wo scheinbar nur das Anliegen der gesamten Christenheit sich befand. Während er mit den Türken sich schlug, hatte er doch Mittel und Kräfte genug, um den in Bedrängnis geratenen Wojewoden Stefan Bogdanowicz von der Moldau mit Hilfstruppen zu unterstützen. Daß ihm dabei vorschwebte, diesen gewandten und thatendurstigen Fürsten Polen zu entfremden und ganz in den Dienst Ungarns zu ziehen, daraus machte er wohl kaum ein Hehl, und dazu hatte er alle Aufforderung, wenn er sich erinnerte, daß in den von Kasimir im Bunde

1) Allerdings spricht Długosz XIII, 540 (6. Februar 1475) von der Zerstörung der civitas Varadiensis und der knappen Verteidigung der arx Var., aber daß dies Großwardein (am Körös) gewesen, ist ein Zusatz Späterer. Palacky hätte mit einem Blick auf die Karte sich sagen können, daß die Türken damals noch nicht bis Großwardein vorgedrungen waren. Gemeint ist wohl Peterwardein an der Drave, eine bis zwei Tagereisen von Sabacz.

2) Schreiben bei Teleki, Hunyadiak Kora XI, s. a. 1476.

mit dem Kaiser wider ihn betriebenen Vernichtungsplänen die Diversion von der Moldau aus eine beträchtliche Stelle einnahm. Indessen hatte er mit dem verschlagenen und treulosen Wojewoden ebenso wenig Glück als sein Nebenbuhler Kasimir. Stefan verstand es, beide auszubeuten und beide zu betrügen. Seitdem er, wie schon oben erzählt, sich des Prätendenten Peter durch eine ruchlose Hinterlist entledigt hatte (1469), schien er, da Matthias in Böhmen verwickelt war, sich mehr an Polen halten zu wollen. Er ließ noch in demselben Jahre in Siebenbürgen durch seinen Hauptmann Philipp Pop rauben und plündern, und als im Herbst ein Heer tatarischer „Kosaken“ von jenseits der Wolga unter ihrem Chan Maniak einen gewaltigen Raubzug auf die litauisch-polnischen Gebiete unternahm, schlug er mutig diejenige Abteilung, welche unter der Führung des Sohnes des Chans gegen die Moldau heranschwärmte, und nahm den tatarischen Prinzen gefangen. Als aber Maniak unter Drohungen die Auslieferung seines Sohnes forderte, ließ er den Prinzen vor den Augen der Gesandten vierteilen und die Gesandten selbst bis auf einen, den er mit abgeschnittener Nase an den Chan zurückschickte, an den Galgen knüpfen. Um so mehr wünschte Kasimir das Lehnsverhältnis mit einem so schätzenswerten Grenzwart aufs neue bekräftigt zu wissen. Im Hochsommer 1470 lud er den Wojewoden ein, in Kamieniec den Eid zu erneuern, aber der zweifelhafte Vasall ließ unter allerhand Vorwänden den König neun Wochen warten, und begnügte sich alsdann mit einer schriftlichen Huldigung [1]), die er im nächsten Jahre durch einen mündlichen Eid zu bestätigen versprach. Jedenfalls verwendete er seine Kriegsmacht nicht zugunsten der Polen, sondern begann einen eifrigen Krieg mit dem Wojewoden Drakul von der Walachei, der, in die Enge getrieben, die Türken herbeirief. Eben um die Zeit, da Stefan nach Kasimirs Rechnung in Ungarn hätte einbrechen sollen, war der Moldauer in die Walachei gezogen, hatte Drakul niedergeworfen und dessen Frau und Tochter gefangen nach

1) Dogiel. Cod. dipl. I, 603.

Suczawa abgeführt. Prahlend schickte er die erbeuteten Fahnen nach Polen. Aber wenige Tage darauf war Drakul mit den Türken zurückgekehrt und hatte nicht nur die Walachei wieder erobert, sondern war in die Moldau vorgedrungen, und die Türken forderten peremptorisch die Abtretung von Kilia und Bielgorod, der beiden Hauptstapelplätze des levantinischen Handels. Zwar vermochte Stefan noch einmal den vereinten Walachen und Türken am Berlad-Flusse am 17. Januar 1475 entgegenzutreten und einen beträchtlichen Sieg zu erringen, von welchem er Gefangene und Siegeszeichen sowohl an Kasimir als auch an Matthias und an den Papst sandte, aber mit Bangen sah er der Rache der Sarazenen entgegen, die nicht lange auf sich warten ließ. In seiner Not wandte sich Stefan sowohl an Polen wie an Ungarn. Seine Forderungen von Kasimir waren nicht unansehnlich, denn er wünschte nicht nur 2000 Mann zum Schutz von Kilia und Bielgorod, sondern auch die Aufstellung der Landesmiliz bei Kamieniec und einen Nachschub des gesamten polnischen Heeres unter der persönlichen Führung des Königs, jedenfalls aber die Öffnung von Kamieniec für einen etwaigen Rückzug der moldauischen Scharen.

Wir wissen nicht, ob nicht der König Kasimir, als er diesen Krieg „einen mehr eingebildeten als wirklichen" bezeichnete, „in den er sich nicht ziehen lassen wolle", die Dinge richtiger beurteilte als seine Magnaten, die ihn zur Teilnahme drängten, und deren großsprecherischer Wortführer wiederum Jan Rytwiański war, der Held des schlesischen Feldzugs. Diesmal blieb Kasimir fest. Er beschränkte sich darauf, eine diplomatische Intervention zugunsten des Moldauers bei Mohamed selbst zu versuchen, und schickte den Marciszek Wrocimowski, der des Türkischen mächtig war [1]), an den Sultan. Der Pole traf den Sultan erst im Frühjahr 1476 bei Warna, an das in Polen in dieser Zeit gar oft gedacht worden sein mochte. Stolz durch die eben erst erfolgte Eroberung von Kaffa [2]), lehnte

1) S. über ihn oben, S. 339.

2) Zinkeisen, Geschichte der Osmanen II, 385, rühmt den Bericht

der Großherr jeden Gedanken einer friedlichen Verhandlung ab. Noch bis in den Sommer hinein hielt sich Stefan Bogdanowicz durch die geschickte Vermeidung einer Feldschlacht, aber am 26. Juli traf ihn das Geschick. Nach einem verzweifelten Kampfe verlor er die Schlacht [1]). Die Moldau schien das Los Bosniens und der Walachei um so mehr schon jetzt teilen zu sollen, als Stefan anfing, von seinen eigenen Unterthanen aufgegeben zu werden. Die Gefahr eines Einbruchs der Türken in die polnischen Gebiete wurde dadurch so nahe gerückt, daß die Anordnung von Sicherheitsmaßregeln unabweislich geworden war.

Der König, der damals in Marienburg weilte, brach die schwierigen und peinlichen Verhandlungen, die er dort zu führen hatte, sofort ab und begab sich auf den Reichstag zu Piotrkow (14. August), der nach langen Beratungen endlich die Aufstellung der Miliz der südöstlichen Landschaften (Przemysl, Lemberg, Podolien, Belz und Chelm) genehmigte [2]). Vermutlich

des Rhodisers Laudivius Vezanensis Lunensis bei Card. Papiens. Epist., fol. 310 (Mail. Ausg. 1506), der doch genau zugesehen, bloß die üblichen Phrasen enthält, während der sehr sachliche und schöne Bericht des Matthias von Lomza, von einem Augenzeugen, den Dlugosz XIII, 533 aufgenommen hat, gar nicht bisher berücksichtigt wurde.

1) Im weißen Thale. Nach Dlugosz hätte Stefan nur 200 Mann verloren, aber 30000 Türken getötet. Nach Eschenlohr verlor Stefan 40000 Mann. Mit Zahlenangaben scheint Vorsicht geboten. Die Türken kommen fast nie mit weniger als 100000—120000 Mann, verlieren aber angeblich immer so viel, auch wenn sie siegen, daß man sich wohl wundern darf, woher es noch Türken gab.

2) Das in Voll. Legg. I, 227 mitgeteilte Statut, das dort die Überschrift hat: „Casimirus omnes ordines tam spirituales quam seculares ad juvandam armis patriam obligat" soll nach Szujski, Cod. epist. II, 280 „in regestro Cas. regis" den Titel führen: „Ordinatio bellicae expeditionis in Thurcas", und datiert sein: „Petricoviae die S. Vitalis (28. April) 1477" Danach würde sie sich auf die hier mitgeteilten Umstände beziehen und zeigen, daß man im Frühling 1477 erst die Schutzwehr aufstellte. Damals waren aber die Türken bereits abgezogen. — Das Geld dazu ist jedoch schon im Herbst 1476 eingezogen worden. Urk. im Cod. dipl. civit. Crac. I, in Mon. med. aevi V, 263.

würde diese Heeresabteilung, die wie gewöhnlich der eigenen Bevölkerung mehr als den Feinden zur Last fiel, weder die Türken aufgehalten, noch Stefan errettet haben, wenn nicht der früh einbrechende Winter, Hunger und Seuche, sowie der Untergang der türkischen Proviantflotte, Mohamed zu unerwartetem Rückzuge veranlaßt hätten. Bei der Parteilichkeit der uns überlieferten Nachrichten, die am reichhaltigsten von einem der unversöhnlichsten Feinde des Matthias Corvinus ausgehen, läßt sich nicht erkennen, inwieweit die Operationen der Ungarn auf diesen Rückzug Einfluß hatten. Wir vernehmen von der dem Matthias befreundeten Seite, daß er im Sommer unter Stefan Batory dem Moldauer ein Hilfscorps zugesandt habe, das allerdings erst zehn Tage nach der für den Wojewoden so unglücklichen Schlacht eingetroffen wäre, aber doch wesentlich dazu beigetragen hätte, den Rückzug der Türken zu beschleunigen und Stefans Herrschaft in der Moldau wieder zu befestigen. Die polnische Überlieferung fügt hinzu, daß es dem Ungarkönige nicht gelungen wäre, was er versucht hätte, den Wojewoden von der polnischen Lehnsunterthänigkeit abzulösen. Die Nachrichten aus dem entgegengesetzten Lager heben gerade hervor, daß Stefan nunmehr gänzlich Ungarn, von dem er allein reelle Hilfe empfangen hätte, ergeben geworden wäre [1]). In den kurialen Kreisen Roms hielt man Matthias allein für den Überwinder der Türken „und hob ihn dafür in den Himmel“ [2]): Der Papst selbst hatte sich in seiner Weise in jenem für Stefan so schicksalsreichen Sommer mehr für die Moldau interessiert, als jemals sonst [3]), und daß aus Italien eine Subsidie von 200000 Dukaten, wie man sagt, zur Unterstützung des ungarischen Feldzuges dem Matthias gegeben wurde, beweist, wie hoch man die bisherigen Erfolge dort anschlug, und welche Hoffnungen auf ihn gebaut wurden. Auch die weitere Thatsache, daß Matthias im Einverständnis mit Stefan den Drakul

1) Von den ungarischen Quellen abgesehen, ist besonders Eschenloër II, 337 beachtenswert.

2) Card. Papiens. epp., fol. 312 (Ed. Mil. 1506).

3) Theiner, Mon. Hung. II, 449, no. 634, und p. 452, n. 636.

aus der Walachei vertrieb und den Wlad Tzepeluſz aus der älteren walachiſchen Dynaſtie daſelbſt einſetzte, und alsdann, wie der polniſche Chroniſt ſelbſt berichtet, beide ſüdſlawiſchen Fürſten zu einem allerdings nicht ſehr glücklichen Feldzuge gegen den unter türkiſchem Schutze ſtehenden Fürſten von Beßarabien zu vereinigen wußte, bezeugt doch ein Übergewicht des ungariſchen Herrſchers in den Wirren jener unreifen Staatsgebilde, das Polen ihm in keiner Weiſe ſtreitig machen konnte, und das der Neid der haßerfüllten Chroniſten doch nicht ganz zu verdunkeln vermag. In dem Streite um die Lehnshoheit in der Moldau waren übrigens, wie Matthias ſelbſt ſpäter bekannte, beide Könige die Hintergangenen, denn Stefan verübelte es ſich nicht, bald dieſer, bald jener Krone die ausſchließliche Treue zu ſchwören, und am Ende doch nur ſeinen Vorteil zu verfolgen. Daß anfänglich 2000 Polen im moldauiſchen Heere mitgefochten haben, iſt eine gut beglaubigte Thatſache. Daß aber der König Kaſimir ſich nicht mehr in das Intereſſe dieſes zweifelhaften Vaſallen hineinziehen laſſen wollte, als unumgänglich notwendig, bekundet eine vorſichtige und angemeſſene Auffaſſung [1]). Für ihn waren dieſe Beziehungen keineswegs von derſelben unmittelbaren Wichtigkeit wie für Matthias. Beſtand hatten alle ſeine Unternehmungen gegen die Türken nicht. Es dauerte gar nicht lange, ſo waren die gegen Semendria von den Ungarn im Februar 1476 aufgeführten Bollwerke wieder niedergeworfen, und auch Sabacz geriet wieder in ihre Gewalt. Man begreift, daß die früher ſo ruhmredigen Kurialiſten jetzt etwas enttäuſcht ſich äußerten. Aber die Freunde des Kaiſers, der ſelbſt ganz unthätig blieb, als die Türken mit einem Streifzuge Kroatien, Krain und Kärnten heimſuchten, und der in der Welt die Meinung zu verbreiten ſuchte, daß Matthias der Anſtifter desſelben geweſen wäre, hatten kein Recht zu ſagen, daß die Hochzeitsluſt den König von den Türken zurückgerufen habe. Für den Kaiſer,

1) Das muß geſagt werden, denn die Darſtellung des Dlugoſz, wegen des Thatſächlichen hier beſonders wertvoll, zeigt die Abſicht, Kaſimir im ungünſtigſten Lichte erſcheinen zu laſſen.

der auch während des Waffenstillstandes alles that, um seinen fortdauernden Ingrimm gegen Matthias an den Tag zu legen, war dieser allerdings nicht gesonnen, Heereszüge zu unternehmen.

So wurde denn auch die Türkengefahr, die doch mehr als irgendeine andere eine gemeinsame Sache der Christenheit war, unter dem Gesichtspunkte der herrschenden politischen Gegensätze aufgefaßt. Weder die Zusammenkunft der drei Könige bei Mochbern, noch der Abschluß des Waffenstillstandes hatte eine Annäherung der durch die böhmische Sache zerklüfteten Mächte herbeigeführt. Ein latenter Krieg wurde auch in den zwei Friedensjahren geführt, und die gegenseitige Bestechung der Kronräte, die Beschützung von Rebellen und Überläufern und die Anzettelung von Auflehnungen gegen die Herrscher bilden die besondere Seite dieser schleichenden Feindschaft. Was im polnischen Königsrate besprochen und verhandelt wird, weiß Matthias aufs genaueste durch einen „der hervorragenderen Teilnehmer" desselben [1]), und was Matthias nur seinen Vertrautesten mitgeteilt hatte, das erzählt der undankbare Erzbischof Johann Beckensloër von Gran dem Kaiser, bei dem er als Rebell des ungarischen Königs Schutz und Unterkunft gefunden hat. Die unzufriedenen Österreicher werden von Matthias ebenso gefördert und protegiert, wie die aufrührerischen Ungarn in Polen, in Böhmen, besonders aber in Wien Gunst und Gnaden finden. Jeder der vier in die böhmischen Händel verwickelten Fürsten studiert den Boden, auf welchem er dem Gegner geschworene Feinde schaffen kann, und die Überzeugung, daß der Krieg nach Ablauf des Waffenstillstandes wiederum, wenn auch vielleicht in anderer Form, entbrennen werde, mußte allerwegen gehegt werden.

Indessen war doch für Polen mit der Entfernung des Matthias vom böhmischen Kriegsschauplatze eine Epoche verhältnismäßiger Ruhe und Sammlung gegeben. Im Jahre 1475

1) „ex consiliariis principalior". Długoſz XIII, 550. Mit Namen nennt er ihn nicht.

wurde nicht einmal ein Reichstag abgehalten. Wir hören nur von dem großen Familienfeste, das den Hof beschäftigte. Im Herbst ließ nämlich Herzog Georg der Reiche von Baiern seine Braut, die Prinzessin Hedwig einholen, und zu Landshut wurde das Hochzeitsfest mit einem Pomp begangen, der selbst im Zeitalter der Renaissance das Staunen und die Bewunderung der Zeitgenossen erregte [1]). Der Kaiser Friedrich tanzte bei diesem Feste wie ein Jüngling in dem Gewühl deutscher Fürsten und Herren und machte sich über den Böhmenkönig Wladyslaw lustig, der sich nicht einmal zur Hochzeit seiner Schwester aus Prag hervorwagte, obwohl sein Vater ihm das Geld dazu spenden wollte. Dem Legitimitätsgefühl der Königin-Mutter Elisabeth war Genugthuung gewährt, die gefeierte Prinzessin aber ging einem traurigen Schicksal entgegen, und ihr Vater, der König Kasimir mußte mit den Landtagen daheim feilschen um eine Beisteuer zur Deckung der ungeheuren Schulden, die er aus Anlaß der Aussteuer seiner Tochter gemacht hatte. Die Großpolen waren bereit, einen Schoß von 12 Groschen für die Hufe zu gewähren, wofern die Kleinpolen damit übereinstimmten. Die Kleinpolen aber, die da wußten, wozu sie gerufen werden, erschienen nicht auf dem Landtage, und es bleibt bei den zusammenhanglosen Quellen, die wir haben, unerklärlich, wie Kasimir seinen und des Staates Haushalt bei solcher Abhängigkeit von seinen Unterthanen bestellen konnte. Offenbar aber sollte es ein Seitenstück zur Landshuter Hochzeit sein, als Matthias im Spätherbst des darauffolgenden Jahres seine Vermählung mit Beatrice von Neapel mit einem Aufwand feierte, der in allem darauf berechnet war, den Glanz der Landshuter zu überbieten. Freilich den Kaiser sah er nicht zu Gaste und den König von Polen, den er eingeladen hatte, auch nicht. Es war nur das Fest des Emporkömmlings, aber unbefangene Beurteiler mußten doch wohl eingestehen, daß es

1) Eine Beschreibung derselben in Joachim Müllers Entdecktes Staats-Kabinett I, 351—384. Vgl. auch Klukhohn, Ludw. d. Reiche, S. 170, und Szajnocha, Szkice II, 115 sqq.

unter den legitimen Königen jener Zeit keinen gab, der es so verstand König zu sein, wie Matthias Corvinus.

Unter den Gästen dieses prunkreichen Festes sah man auch den Bischof Johann von Samland und den Großkomtur von Osterode, Martin Truchseß von Wetzhausen, die nicht um der Gelage und Ritterspiele willen die weite Reise gemacht hatten, sondern um ein Werk des Verrats zum Abschluß zu bringen, das in seinem ganzen Wesen dem Charakter des eben geschilderten geheimen Krieges zwischen Ungarn und Polen entsprach.

Während des ganzen Jahres 1475 wurde der Frieden mit dem Bischofe Nikolaus Tüngen von Ermland nicht wesentlich gestört. Man wußte, daß die preußischen Stände ihm eigentlich zugethan waren, daß der Hochmeister ihn nicht angreifen, daß Matthias aus einer Maßnahme wider ihn den Waffenstillstandsbruch ableiten, und daß der Papst zur Zeit nichts thun werde, was den Wünschen des Ungarkönigs nicht entspräche. Jedenfalls konnte diese unglückliche Angelegenheit nicht ohne Gewinnung der preußischen Stände geordnet werden. Das war die Hauptaufgabe des Landtags, den der König Kasimir, umgeben von den ersten Würdenträgern des Reiches, am 1. Mai 1476 in Marienburg eröffnete. Diese Versammlung hat auch sonst für die Geschichte der preußischen Lande polnischen Anteils eine besondere Bedeutung, insofern hier eine in jenen Zeiten seltene Rechtsunifikation vorgenommen wurde, nach der alle Partikularrechte, das preußische, das magdeburgische, das pommerische und das Lehnsrecht, wo sie noch galten, durch das culmische Recht ersetzt werden sollten, außerdem aber namentlich der Heimfall der Güter an die Krone beim Mangel männlicher Erben aufgegeben, dagegen die Leistung zum Reichsheer, sowie die jährliche Steuer des sogenannten culmischen Pfennigs festgestellt, und die Wahrung der fiskalischen Fischereigerechtigkeiten

deklariert wurden [1]). Damit war der Anfang zu den Reformen gemacht, welche in Preußen mit so vielem Ungestüm gefordert wurden. Je mehr aber der König den Ständen entgegenzukommen bereit war, desto mehr glaubte er auch in dem ermländischen Streit auf die Nachgiebigkeit derselben rechnen zu dürfen. Freilich konnte es auf die Stände keinen günstigen Eindruck machen, daß sich unter den Bischöfen im Gefolge des Königs auch Andreas Oporowski befand [2]). Aber Kasimir stellte in beweglichen Worten ihnen vor, daß doch unmöglich der Zustand in Ermland so bleiben könne; er könne Tüngen, „diese Natter im Busen", doch nicht im Lande unter fremder Hoheit belassen. Die Stände hätten die Anwendung der Gewalt, als es Zeit war, zu vereiteln gewußt, sie sollten nunmehr raten, was geschehen soll. Der Vorwurf traf natürlich vornehmlich die Städte, und durch den ernsten Zorn des Königs in die Enge getrieben, begannen sie einen Streit mit der Ritterschaft über die Frage, ob die kleinen Städte zu der wichtigen, vielleicht einen Krieg in den Falten haltenden Entscheidung zugezogen werden sollen, oder nicht. Jedenfalls befreite dieser staatsrechtliche Zwiespalt von dem Zwang einer sofortigen Entscheidung. Man gewann wenigstens Zeit.

Noch verhängnisvoller trat die Haltung des nach langem Zögern und Erwägen erschienenen Hochmeisters hervor. Sicher war es nicht glücklich ausgedacht, ihm den Prätendenten Oporowski zur Begrüßung entgegenzuschicken. Indessen Heinrich von Richtenberg floß ebenso wie der dem Könige nach Thorn entgegengesandte Marschall Nikolaus Gebsattel, der sich anheischig gemacht hatte, jedem Verleumder der Treue des Ordens

1) So nach der Urkunde bei Dogiel IV, 180. Das ist es, was Długosz XIII, 547 so ausdrückt: „Ubi (in Marienburg) nihil aliud tam memorabile gestum et institutum est in favorem militarium, quam quod veteri lege iuris Sredensis abolita, sexus femineus virili deficiente in parentum haereditates in morem iuris terrestris Polonici succederet."

2) Nach Długosz XIII, 542. In der Urkunde vom 26. Juli, bei Dogiel IV, 180, ist er unter den Bischöfen nicht genannt.

im Zweikampf Rede zu ſtehen, von Verſicherungen der Ergebenheit über, und der König beſtätigte zum zwanzigſtenmale, daß er trotz aller Zwiſchenträgereien gar keinen Zweifel hege; aber als Kaſimir von einem reellen Beiſtand zur Vertreibung Tüngens ſprach, zog ſich der Hochmeiſter hinter die Notwendigkeit einer Beratung mit den Gebietigern zurück. Es konnte nicht fehlen, daß den Polen doch die Zweizüngigkeit des Hochmeiſters bedenklich wurde, und ſie veranlaßten neben anderen den Wojewoden von Danzig, Otto von Machwitz, der Beratung der Gebietiger am Himmelfahrtstage beizuwohnen. Aber auch hier kam man über bloße Erörterungen der Biſchofsfrage nicht hinaus, und erſt auf dem am 21. Juni zu Elbing gehaltenen Landtage, wo Vertreter des Ordens erſchienen waren, erklärten dieſelben endgültig, daß ſie ſich von dem Unrecht Tüngens nicht überzeugen könnten, daß ſie weder zu einem Kriege, noch zu einer Verkehrsſperre die Hand zu bieten vermöchten, denn beides würde gegen Geiſt und Inhalt des Thorner Friedens verſtoßen. Und ſelbſt die Annahme einer ausländiſchen Schutzherrſchaft könnten ſie nicht durchaus mißbilligen, denn „in der Not nimmt einer wohl einen Zaunpfahl, um ſich dahinter zu ſchützen“.

Aus dieſem Hin- und Herreden ging für die Polen die Erkenntnis hervor, daß allenfalls ein Teil der preußiſchen Ritterſchaft für eine gewaltſame Vertreibung Tüngens eingenommen ſei, daß aber weder die Städte noch gar der Orden jemals in einen Krieg willigen würden. Daß aber der Orden mit Tüngen in innigem Einverſtändnis war, und daß auch der Hochmeiſter ſich bereits nach dem „ſchützenden Zaunpfahl“ umſah, das ſcheint ihnen noch immer nicht aufgegangen zu ſein. Zwar wußte der König, daß ungariſche Geſandte bereits in Königsberg geweſen wären, aber er ließ ſich mit der Verſicherung des Hochmeiſters, daß er ihre Anträge abgelehnt hätte, beruhigen. In Heinrich von Richtenberg war aber der Gedanke des Abfalls von Polen unter dieſen peinigenden Zumutungen allmählich erſtarkt. Das Beiſpiel des Biſchofs von Ermland hatte die Wege gewieſen, und die im Kriege mit Matthias

wiederholt hervorgetretene militärische Schwäche der Polen schien das Wagnis zu ermutigen. Nachdem daher der Hochmeister am 30. November 1476 mit Tüngen einen Vertrag über gegenseitige Garantie ihrer Besitzungen geschlossen hatte, schickte er gegen Ende des Jahres den Bischof Johann von Samland und den Osterodeschen Komtur Martin Truchseß von Wetzhausen nach Ungarn mit dem Auftrage, den Orden und sein Land unter den Schutz des Königs Matthias zu stellen. Dort wurden die Bevollmächtigten mit Freuden empfangen, denn nichts konnte Matthias erwünschter sein als ein Verbündeter, der Polen mehr als eine große Armee in Schach halten konnte, und dessen Abfall die Polen aufs empfindlichste verletzen mußte. Überdies ließen die Ordensgesandten hören, daß man auch mit den grollenden Herzögen von Masowien in Verbindung getreten sei. In den polnisch-preußischen Landschaften hatte der Privilegienstreit eine umfängliche Mißstimmung zurückgelassen, es waren also so viele Elemente einer Verschwörung gegeben, die, wenn sie keinen anderen Erfolg hatte, jedenfalls Polen von dem westlichen Kriegsschauplatze fernhielt. Am 13. Februar 1477 wurde daher in Gran der Vertrag zwischen Matthias und den Ordensgesandten zu Papier gebracht. Matthias wurde der Schirmherr des Ordens, der Verteidiger seiner Rechte und Freiheiten, unbeschadet der Oberherrlichkeit des Papstes, sagte im Kriegsfall demselben Hilfe und Beistand zu und setzte die Einzelnheiten in einer Weise fest, als ob er ernstlich an einen etwaigen Feldzug in Preußen dächte. Nach einer wenig glaubhaften polnischen Version soll er sogar 14000 Dukaten beim Breslauer Rat zugunsten des Ordens deponiert haben.

Im Augenblick schien diese verschwörerische Politik dadurch gekreuzt zu werden, daß Heinrich von Richtenberg am 20. Februar, also noch bevor er in den Besitz der Vertragsurkunde gelangt sein konnte, aus dem Leben schied. Da aber eben derselbe Komtur von Osterode Martin Truchseß, der die Unterhandlungen geführt hatte, zum Statthalter des Ordens bestellt und wenige Monate später als Hochmeister gewählt

wurde, so trat in der politischen Richtung nicht nur kein Umschwung ein, sondern sie entblößte sich jetzt offen vor aller Welt. Schon acht Tage nach seiner Wahl richtete der neue Hochmeister an den Rat von Danzig ein offenes Bekenntnis seines Abfalls und begründete denselben mit dem Vorwurf gegen König Kasimir, daß er weder dem Sinne noch dem Wortlaute nach den Thorner Frieden eingehalten hätte. Die Aufforderung, gemeinsame Sache mit ihm zu machen, würde in Danzig als eine Beleidigung empfunden worden sein, wenn nicht die Beziehungen der Preußen zur Krone sich in der letzten Zeit so umwölkt hätten, daß selbst Männer wie Stibor von Baysen, der Landeshauptmann, und Ludwig von Mortangen verdächtigt werden konnten. Die Herzöge von Masowien schienen ganz gewonnen zu sein, und von den Litauern versah man sich wie im großen Kriege der Neutralität. Mit der Protektion des Königs Matthias hatte der Hochmeister zugleich auch die Billigung der römischen Kurie gesichert, und mit Vergnügen las man in Königsberg die Schreiben des Legaten Balthasar von Piscia an den Klerus in Deutschland, Böhmen, Ungarn und Polen, worin dem Könige von Polen der Bann angedroht wurde, wofern er Matthias angreifen und in dem heiligen Werke des Türkenkrieges stören würde. Durfte er den Ungarn nicht angreifen, dann konnten auch seine Schützlinge sich sicher fühlen. Nichtsdestoweniger sahen beide doch der Wahrscheinlichkeit des Krieges entgegen. Der Bischof Tüngen ordnete Gebete um Kriegsglück an und trat mit dem gefürchteten Söldnerführer Musigk von Swynau in Verbindung. Der Hochmeister rüstete und suchte die Hauptleute von Althaus und Straßburg auf seine Seite zu ziehen, um im Besitz dieser Burgen Thorn bedrohen zu können. In seiner leidenschaftlichen Rührigkeit wollte Martin Truchseß von vermittelnden Tagfahrten und Verhandlungen, die der Gubernator anbot, nichts hören, und noch weniger machten die Warnungen des Kaisers auf ihn Eindruck, der, wie man hörte, von Matthias eng bedrängt wurde. Die übermäßigen Hoffnungen, die auf den damals von klerikaler Seite „in den Himmel gehobenen“ Ungarkönig gesetzt wurden,

trübten dem Hochmeister wie dem Bischof die Einsicht in die heimischen Verhältnisse. Denn wenn schon die leitenden Kreise in den Städten und ein Teil der Ritterschaft in dem ermländischen Bischofsstreite sich der polnischen Regierung entgegenstellte, so wurden sie doch bedenklich, als der Orden die Leitung des Widerstands unter so gefährlich erweitertem Gesichtspunkte in die Hand nahm. Und der Hauptbeweggrund ihres Widerstands war die Besorgnis vor der Erneuerung eines Krieges gewesen; was anders aber stellte das Unterfangen des Hochmeisters in Aussicht? Es ist charakteristisch, daß die eigenen Unterthanen des Ordens dem Hochmeister den Gehorsam unter Berufung ihres Eides auf den Thorner Frieden versagten. Aber alle diese Abgänge, meinten die Verbündeten, werde Matthias ersetzen. Bald bildete man sich ein, er werde in Polen, sei es von Süden oder von Schlesien her, einbrechen; bald gar, er werde mit 15000 Mann nach Preußen kommen; und als man gar dunkele Nachrichten von Siegen des Ungarn über den Kaiser und Wladyslaw von Böhmen erhielt, da war Nikolaus Tüngen so herzensfroh, daß er ein Tedeum in der Kathedrale von Frauenburg anstimmen ließ. Das ganze Treiben bekam aber erst einen gefährlicheren Accent, als der päpstliche Legat Balthasar von Piscia im Anfang des Jahres 1478 von Breslau aus eine Exkommunikationssentenz wider den König von Polen und seinen Sohn in Prag an alle Bischöfe des Ostens versandte, durch eigene Bullen sowohl den Hochmeister als alle Preußen von allen dem* Könige von Polen geleisteten Huldigungs- und Lehnseiden entband, und bei Strafe des Bannes alle vom Orden ehemals Abgefallenen wieder in den Gehorsam desselben zurückzukehren aufforderte. Jetzt konnte die Empörung nicht mehr ignoriert werden. Die ganze Errungenschaft des dreizehnjähriges Krieges stand in Gefahr.

Die Annahme der Schutzherrschaft über den Orden und über Ermland durch Matthias ist ein Beispiel für die Art,

wie er den böhmischen Krieg, an dessen Wiederausbruch niemand zweifelte, fortzuführen gedachte. Auf eine weitere Gebietserwerbung in Böhmen kam es ihm nicht mehr an. Er besaß genug davon, um den Titel eines „Königs von Böhmen" zu legitimieren, und wenn er als solcher vom Kaiser die Regalien empfangen und damit auch als deutscher Kurfürst anerkannt worden wäre, dann würde er sicherlich einem allgemeinen Friedensschluß nicht widerstrebt haben, und alsdann würde er auch wohl von all den Schützlingen, die er, um seinen Gegnern Verlegenheiten zu bereiten, angeworben hatte, sehr bald seine Hand abgezogen haben. Im Punkte der Regalienverleihung spitzte sich also das Ziel des Kampfes zu, und als daher Wladyslaw von Böhmen mit dem Kaiser im Dezember 1476 das Augsburger Bündnis von 1474 erneuerte, bestand der Hauptartikel des Vertrages in dem Versprechen des Kaisers, den jungen Jagielloniden bei erster Gelegenheit zu investieren. Selbst wenn Matthias von dieser Abmachung Kunde hatte, brauchte er darum seine Hoffnung noch nicht aufzugeben, denn ein Versprechen des Kaisers — niemand wußte so gut, wie er, was davon zu halten sei. So sehr war er entschlossen, Böhmen nicht wieder zum Kriegsschauplatz zu machen, daß er sich von seinen eigenen Unterthanen, wie von den Ständen in Mähren eine Art Neutralität abkaufen ließ, und bald wurde das Beispiel von den Herren und Rittern in Schweidnitz nachgeahmt. Selbst aus dem allzeit kriegslustigen Breslau und auch aus der Lausitz kamen Deputierte nach Ofen, um ähnliche Ermächtigungen zu vorläufigem Sonderfrieden wie Mähren zu erwerben. An Krieg in diesen Gegenden war Matthias nichts gelegen, wohl aber daran, daß die Sonderverträge das Hauptziel nicht unerreichbar machten. Die von ihm gewährten Unterstützungen reichten nur eben aus, um die Wunden offen zu halten. Des Herzogs von Sagan Streich, der nach dem Tode des Herzogs Heinrich von Glogau sich mit Gewalt eines großen Teils des Herzogtums bemächtigte und damit die schon projektiert gewesene Heirat des Königs Wladyslaw mit der verwittweten Barbara, einer Tochter des Markgrafen Albrecht

von Brandenburg, zerschlug, war so sehr nach dem Herzen des Ungarkönigs, daß er dem wilden Herzoge Geld und Mannschaft sandte, denn so konnte er seine Feinde treffen, entzweien, schwächen, ohne daß ihm ein Vertragsbruch nachgesagt werden durfte. Treten einzelne Mitglieder des böhmischen Herrenbundes in der Entwickelung ihrer Privatfehden mit den Rebellen des Kaisers in Österreich in nähere Verbindung, so ruft ihnen Matthias seinen Glückwunsch zu, nur sollten sie mit dem Kaiser keinen Frieden machen. Je beklommener die Lage Friedrichs wird, desto mehr frohlockt Matthias, und bald war nicht mehr zu erkennen, ob der Kaiser sich nur noch im Kampfe mit seinen eigenen aufrührerischen Unterthanen oder schon mit Ungarn in offenem Kriege befindet.

Im Anfang des Sommers 1477 schien aber der Zeitpunkt gekommen, um den österreichisch-böhmischen Vertrag vom Dezember 1476 ins Leben treten zu lassen. Mit einem mühsam zusammengebrachten Heere zog Wladyslaw im Mai nach Österreich, um seinem hohen Verbündeten aus der Not zu helfen und endlich die Regalien zu empfangen. Das letztere geschah dem Programm gemäß am 10. Juni im Stephansdome in Wien mit hohem Pomp, das erstere aber mißlang nicht nur, sondern der Böhmenkönig kehrte sehr bald in einem kläglichen Zustande kaum mit dem fünften Teile der Leute, die er hingeführt hatte, in die Heimat zurück. Das hatte Matthias schon zuwege gebracht, noch ehe er offen den Krieg erklärt hatte, aber jetzt, nachdem der Kaiser seinem Nebenbuhler die Regalien erteilt hatte, drang er mit einem kleinen aber zuverlässigen Heere in das österreichische Gebiet ein und stand bald vor Wien. Wie zu einem Feste zog er daher, seine junge Gemahlin und seine Mutter in einem goldenen Wagen im Lager mit sich führend. Man sagt, daß 72 Städte und Schlösser in seine Gewalt kamen, und die Hauptstadt wurde zu Wasser und zu Lande eingeschlossen. Zugleich erschienen jene Bannbriefe des Legaten Balthasar von Piscia, deren schon oben gedacht ward, und in einer Reihe von Breven erklärte der Papst die Regalienerteilung für ungültig. Man kann denken, wie die Diplo-

maten in Bewegung gerieten. Schon im Auguſt waren kaiſerliche Räte bei Matthias, aber er ſprach von einem Schadenerſatz von über dreiviertel Million Dukaten und legte dem Kaiſer ein Sündenregiſter vor, das allerdings kaum einen Ausgleich erwarten ließ. Dennoch aber kam nach langen Verhandlungen am 1. Dezember 1477 zu Korneuburg ein Friedensſchluß zuſtande, der nach Lage der Dinge nicht anders als äußerſt ungünſtig für den Kaiſer ausfallen konnte. Die einzelnen Beſtimmungen des Vertrages haben für uns hier kein Intereſſe, nur die eine mag der Charakteriſtik wegen hervorgehoben werden, daß der Kaiſer ſeinem „lieben Sohne Matthias die Regalienerteilung zuſagte“, und ſomit ſeine eigene That vom 10. Juni verleugnete. Mit einem ſeiner Feinde war alſo der Ungarkönig fertig.

Schon während der Verhandlungen über den Frieden mit dem Kaiſer war Matthias insbeſondere beſtrebt, die Böhmen von der Sache desſelben zu trennen. Er ſprach es unumwunden aus, daß er unter ſolcher Bedingung bereit wäre, abſchließenden Friedensverhandlungen näher zu treten. Der Herrenbund, der ihn einſtens in die böhmiſchen Wirren hineingerufen hatte, war ſchon längſt nicht mehr lebensfähig, und die Reſte desſelben hatten die perſönlichen und lokalen Intereſſen ſo weit ſchon über dasjenige geſtellt, das ſie mit Matthias verbunden hatte, daß er ſich ſelbſt von dem derzeitigen Führer derſelben Bohuslaw von Schwamberg faſt verraten fühlte. Zu gewinnen war für ihn in Böhmen kaum noch etwas, zu verlieren alles. Er willigte daher in die Beſchickung der Konferenz, welche im Monat März 1478 unter der Leitung des Landeshauptmanns Stibor von Cimburg in Brünn zuſammengetreten war. Wie froh Wladyslaw über dieſe Wendung war, zeigt der Umſtand, daß er dem Landeshauptmann eine unterzeichnete carte blanche zuſchickte. Die Konferenz hielt ſich im allgemeinen ganz eng an die Beſchlüſſe des Beneſchauer Landtags vom Jahre 1475, nur daß ſie die Souveränetät des Matthias in Böhmen noch mehr unter dem Vorwand eines Pfandſchaftsverhältniſſes zu verdunkeln beſtrebt war. Dazu aber fühlte

ſich denn doch der Ungar zu ſehr Sieger, um ſo mehr, als eben erſt einer ſeiner Rottenführer den Czechen bei Pilſen eine überaus empfindliche Niederlage beigebracht hatte. Er verwarf die Brünner Punktation und traf vielmehr Anſtalten, den Krieg mit neuer Gewalt aufzunehmen. Sofort wurden von der andern Seite die Angebote erhöht, und endlich kam es zu Ofen am 30. September zu einem Friedensſchluß, der die zeitweilige Teilung der böhmiſchen Lande und die volle Gleichberechtigung der beiden Könige in ihren betreffenden Dominien anerkannte und die Möglichkeit einer Auslöſung der Kronländer um 400 000 Dukaten nur für den Todesfall des Königs Matthias und unter gewiſſen Bedingungen ſtipulierte. Von den weiteren Artikeln des Vertrages, der erſt im November in einer neuen Konferenz zu Olmütz ſeine endgültige Redaktion [1]), und zuletzt durch einen Monarchenkongreß die feierliche Sanktion erhalten ſollte, intereſſiert uns ganz vornehmlich die Beſtimmung, daß mittlerweile verſucht werden ſollte, auch eine Verſöhnung zwiſchen dem Könige von Ungarn und dem von Polen herbeizuführen. Eine Vermittelung ſchien hier um ſo notwendiger, als die Verwickelung eben damals einen höchſt bedrohlichen Charakter angenommen hatte.

Daß alle dieſe Vorgänge für Polen eine wichtige und beſtimmende Beziehung hatten, braucht nicht erſt hervorgehoben zu werden. Mit ſeiner ſehr wohlfeilen, durch große Worte und Drohungen allein bethätigten Schutzherrſchaft über Ermland und den deutſchen Orden hatte Matthias ein vortreffliches Mittel erlangt, die weitere Einmiſchung Polens in die böhmiſchen Händel zu beſeitigen. Die Frage war, wie ſich die Lage nach Ablauf des Breslauer Beifriedens geſtalten würde. Wird der Augsburger Bund der drei Monarchen von 1474 wieder erneuert werden? Schon im Winter 1476 war am Hofe Kaſimirs jener Raphael Leszczyński wieder erſchienen, der ſchon vor Jahren die erſte Annäherung des Kaiſers an Polen vermittelt hatte. An lockenden Perſpektiven ließ er es nicht fehlen.

1) Dieſe ſteht bei Theiner, Mon. Hung. II, 460, no. 643

Er sprach von einem Anteil aller deutschen Fürsten an der kaiserlichen Politik und deutete im Namen jenes entlaufenen Erzbischofs von Gran, des Johann Beckensloër ganz im Stile seines Vorgängers an, daß sich ein polnisches Heer in Ungarn nur zu zeigen brauche, um einen allgemeinen Abfall von Matthias zu bewirken. Der König brachte den Antrag auf dem Reichstage im April 1477 zur Sprache, und die Proposition ging dahin, dem Kaiser 4000 Mann zur Verfügung zu stellen. Aber woher sie nehmen? Aus dem Reichsheere? Der Adel weigerte sich zu einer so „weiten Expedition" sich herzugeben. Um Sold Gedungene? Es „gab keinen königlichen Schatz mehr", aus dem die Kosten hätten bestritten werden können. Man lehnte daher die Anträge des Kaisers unter Entschuldigungen, zu deren Überbringung Andreas Oporowski, der Prätendent von Ermland nach Wien gesandt wurde, einfach ab. Unverzüglich darauf, nachdem man diesen Beschluß gefaßt hatte, denn schon am 1. Mai 1477, fragte Matthias bei Kasimir an, ob er auf die vom Papste wegen der Türkengefahr vorgeschlagene Verlängerung des Waffenstillstands zwischen Ungarn, Polen und dem Kaiser eingehen wolle [1]), und wir dürfen nicht zweifeln, daß das Anerbieten angenommen wurde. Die Aufkündigung des Waffenstillstands durch Matthias aber am 12. Juni, welche nur dem Kaiser galt, und die durch Bohuslaw von Schwamberg an den Böhmenkönig gerichtete aus denselben Tagen erwähnen des Königs von Polen mit keiner Andeutung, so daß also für Polen die vertragsmäßige Waffenruhe fortbestand. So erklärt sich auch, weshalb dem Treiben des neuen Hochmeisters während des ganzen Jahres 1477 so kaltblütig und zurückhaltend zugesehen wurde, und weshalb von Polen aus dem mit schweren Verlegenheiten ringenden Böhmenkönige nur gleichsam verstohlen Geldunterstützungen zugesteckt wurden. Wir hören da von einer „väterlichen Liebesgabe" von 3000 Dukaten, und ein anderes Mal, daß Kasimir dem Kaiser 10000 Dukaten anbot, die dieser aber ablehnte,

1) Schreiben des Matthias, datiert den 1. Mai 1477. Danz. Arch.

da er damals schon im Begriff stand, mit Matthias Frieden zu schließen.

Es war für Polen eine äußerst peinliche Situation, daß es unter der Wirkung des Waffenstillstands gleichsam nicht Herr im eigenen Hause sein durfte. Aber als sich im Süden fast unter den Thoren von Krakau durch die feindselige Anstiftung des Ungarkönigs ein Verhältnis auszubilden schien, das ebenso anstößig wie das im Norden werden konnte, da wurde mit rascher Thatkraft vorgebeugt, noch bevor daraus ein Bruch der Verträge entstehen konnte. Matthias hatte nämlich jenen Peter Komorowski [1]), den er einst teils mit Gewalt, teils durch gütlichen Handel aus den sieben nordungarischen Burgen gedrängt hatte, durch die Hoffnung auf die Wiedergabe derselben dermaßen für sich gewonnen, daß er nicht bloß die zwischen Königsberg und Ofen verkehrenden geheimen Sendboten durch Polen sicher zu bringen wußte, sondern auf Grund von Ansprüchen an den polnischen König sich in den Besitz der Burgen im Herzogtum Zator setzte und von dort aus einen anhaltenden Raubgängerkrieg im krakauischen Gebiet unterhielt. In Polen erwachte die Befürchtung, daß er sich der einzig zuverlässigen Finanzquelle des Landes, der Salinen bemächtigen könnte, und die Regierung trat daher mit ihm in Verhandlung. Aber selbst die schließliche Sendung zweier Wojewoden mit weitgehenden Angeboten einer Entschädigung für seine auf schiedsrichterlichem Wege festzustellenden Ansprüche hatte keinen Erfolg. Komorowski wollte auf nichts eingehen, und der König ließ daher durch den Staroſten von Krakau, Jakob von Oębno, Gewalt brauchen. Die Feste Bärwald wurde zerschossen, Żywiec in Brand gesteckt und Szeflary dem dermaligen Salinenpächter Markus Ratuldi ausgeliefert. Komorowski erschien trotzig vor dem Könige, der ihn mit Gütern im Chelmschen entschädigen wollte, aber so lange noch auf den

1) Długoſz nennt ihn hier Nikolaus, obwohl er ausdrücklich auf den früher von ihm (in Übereinstimmung mit den Urkunden) Peter genannten zurückverweist.

König von Ungarn gerechnet werden konnte, schlug der aufrührerische Magnat die milde Hand aus. Als jedoch auch Matthias sich von ihm zurückzog, da er seine Aufgabe verfehlt hatte, war er froh von Kasimir die Stadt Krasnystaw als Schmerzensgeld zu erhalten.

Eine gleiche Energie ließ sich nun freilich gegen Ermland und den Orden nicht entfalten, so lange eine Wahrscheinlichkeit vorlag, daß Matthias direkt oder indirekt für seine Schützlinge eintreten würde. Während der Operation gegen Komorowski glaubte der König mit seinem Gefolge die Grenzen besetzt halten zu müssen, um zu verhüten, daß nicht wie im Jahre 1473 die Zebraken einen Einbruch in Kleinpolen unternahmen, dessen Verantwortung Matthias wieder höhnisch hätte ablehnen können. Überdies ging die Rede, daß der König von Ungarn nur darum die Usurpation des Fürstentums Glogau durch den Herzog Johann von Sagan so bereitwillig gutgeheißen habe, weil er sich dieses rücksichtslosen Parteigängers, der nach dem Verkauf seines Stammherzogtums über Mittel verfügte, für einen bevorstehenden Krieg in Preußen bedienen wolle, eine Aussicht, die ebensoviel Ermutigung für den Hochmeister und Tüngen als Beunruhigung für Polen enthielt. Gegenüber allen diesen Schwierigkeiten mußte also die größte Vorsicht bewahrt werden, und es ist anzuerkennen, daß in diesem Falle die polnische Politik, wie selten nur, Umsicht, Zurückhaltung und im geeigneten Augenblick eine geschickte Thatkraft entfaltete, die den Zweck dann auch nicht verfehlte. Zunächst verkannte man in Polen nicht mehr, daß die preußischen Wirren nur durch die schmollende Haltung der Stände einen solchen Umfang hatten annehmen können, und daß ihre Befriedigung die unerläßliche Vorbedingung einer Lösung derselben wäre. Schon die Reformen, welche auf dem Marienburger Landtage vom Mai 1476 vereinbart waren, hatten ein besseres Einvernehmen zwischen den Ständen und der Krone hergestellt. Dann aber geschahen im folgenden Jahre noch zwei hoch bedeutsame Schritte in derselben Richtung. Erstens wurde die Kandidatur des Andreas Oporowski beseitigt, insofern der König beim Papste dafür

intercedierte, daß er das seit vier Jahren erledigte und durch Administratoren verwaltete Bistum Przemysl erhielt [1]). Zweitens aber entschloß sich der König endlich zu der so viel geforderten und so oft verweigerten Bestätigung der Privilegien. Es sind nur wenige Zeilen, welche die Urkunde vom 13. Juni 1477 enthält [2]), aber sie fassen die Bedeutung in sich, daß einstweilen der Versuch einer Polonisierung Preußens aufgegeben ist. Aber man ist versucht, die ungewöhnliche Knappheit einer so weittragenden Urkunde auf das Gefühl eines unfreien Gewissens bei dem Aussteller zurückzuführen.

Von nun an aber fühlte der König sich sicherer, gleichwohl war er sichtlich bemüht, im Einverständnis mit den Ständen zu handeln, und diese rieten, die Sache des Bischofs von der des Ordens möglichst getrennt zu halten. Noch hatte ja eigentlich der Hochmeister nichts gethan, was einspruchslos als ein Bruch des Thorner Friedens angesehen werden konnte. Freilich durfte er Bündnisse mit ausländischen Fürsten nur mit Bewilligung der Krone Polen abschließen, aber inwiefern war denn seine Beziehung zu Ungarn nachweislich? Vielleicht war alles nur Gerede. Der König ging daher ganz dem Recht entsprechend vor, als er den neuen Hochmeister im Januar 1478 zu dem in Piotrkow abgehaltenen Reichstage einlud, dort zu erscheinen und die Huldigung zu leisten, zumal die sechs Monate nach seiner Wahl bald abgelaufen sein würden. Nun wird man es wohl kaum für ein Zeichen großer Zuversicht zur eigenen Sache ansehen, wenn man vernimmt, daß Martin Truchseß das kindische Mittel ergriff, nach Ragnit zu reisen, damit ihn die polnischen Sendeboten nicht anträfen. Unmittelbar nach dem Reichstage hielt der König eine Tagsatzung mit den preußischen Ständen in Brześć in Kujavien. Zunächst gab er ihnen die bündigste Versicherung, daß nicht nur das

1) Długosz XIII, 525 beim Jahr 1474. Er wurde Administrator von Przemysl und schrieb sich bis 1479 noch ep. Varmiensis et adm. Prem. — Dann aber ep. et adm. Prem.

2) Voll. Legg. I, 231. Dogiel IV, 181.

Gerücht, er wolle, um seinem Sohne alle Länder der böhmischen Krone zu verschaffen, Preußen als Entschädigung dem Könige Matthias abtreten, unbegründet wäre, sondern daß selbst wenn es um seinen Hals und sein Leben ginge, er einen solchen Gedanken nicht aufkommen lassen würde. Aber ein anderes Mittel als den Krieg gegen Tüngen wüßte er nicht mehr. Die Stände schraken noch immer davor zurück. Verhandlungen mit den ermländischen Städten, wie der König vorschlug, hielten sie aussichtslos. Eine Gesandtschaft an den Hochmeister im Namen Litauens, Masowiens und Pommerns als der Kompaziszenten des Thorner Friedens, was die Stände proponierten, hielt der König für unmöglich, da jene „seine Leute und Unterthanen" wären. Dagegen stimmten beide darin überein, daß die Schlösser und Städte an den Grenzen des Ordensgebiets stärker mit Kriegsvolk besetzt werden sollten, und endlich entschied sich auch der König dafür, daß die Kommissare, welche demnächst das Land bereisen würden, um den noch nicht auf den Thorner Frieden Eingeschworenen den Eid abzunehmen, sich auch behufs nochmaliger Mahnung zum Hochmeister begeben sollten. Da ferner Stibor von Baisen „der Landeshauptmann" wegen Alter und Krankheit wiederholt um seine Entlassung gebeten hatte, wurde sie ihm zwar nicht gewährt, aber, da eine kräftige Leitung der Geschäfte jetzt dringlicher als je geboten war, in der Person des Bischofs Zbiegniew Oleśnicki von Włocławek ein Vertreter desselben bestellt. Daß sich die Stände den Polen an diesem Platze ohne Einspruch gefallen ließen, war keineswegs konsequent, aber die geistliche Würde des Mannes schien doch eine Bürgschaft für den lediglich provisorischen Charakter seiner Stellung zu geben. Es mochte einen üblen Eindruck machen, daß eben während der Tagesatzung in Brześć überall in den Nachbarprovinzen die Bannbulle wider König Kasimir und seinen Sohn durch den Legaten Balthasar von Piscia verbreitet wurde, und der König erließ daher sofort die kategorischste Appellation dagegen an die kirchlichen Behörden seines Reiches [1]), aber um so mehr mußte die Notwendigkeit

1) Cod. epist. saec. XV, II, p. 281, no. 235.

eines Abschlusses der Wirren in Preußen jedermann einleuchten.

Um die Zeit, als die verabredete Gesandtschaft beim Hochmeister eintraf, konnte der letztere schon davon wissen, daß König Matthias nicht nur mit dem Kaiser vollen Frieden geschlossen habe, sondern daß auch bereits mit Wladyslaw von Böhmen ein Präliminarvertrag zustande gekommen wäre. Um so unbedachtsamer nehmen sich daher die leidenschaftlichen Aussprüche aus, mit denen er den Sendeboten entgegentrat. Vor fünfzig Jahren hätte man von Frieden-Halten reden sollen, meinte er, und jetzt könne er gar keinen Bescheid geben, denn er müsse sich erst mit den Landmeistern von Livland und deutschen und welschen Landen beraten, und endgültig könne über ihn doch nur der Papst verfügen. Nicht ohne Bitterkeit erwiderten die Gesandten, daß früher doch ihres Wissens die Entschlüsse des Hochmeisters selbständig gefaßt zu werden pflegten. Aber Truchseß antwortete, wenn sie auch eine derartige Vorfrage nicht für nötig hielten, er könne ihnen einen anderen Bescheid nicht geben. Von dem fern weilenden Schutzherrn war allerdings nicht die Rede, aber die Verblendung des Hochmeisters hatte doch in den ungeschwächten Hoffnungen auf ihn ihren Grund. Da sich der Herzog Johann von Sagan, der beiläufig durch eine Expedition nach Preußen noch einen schon früher erhobenen Anspruch auf 40000 Dukaten Soldgelder aufwärmen zu können meinte, vermaß, in Verbindung mit pommerischen Herzögen nach Preußen einmarschieren zu können, wenn nur der Kurfürst Albrecht von Brandenburg kein Hindernis in den Weg legen wollte, so kam der Hochmeister, offenbar in voller Unkenntnis der politischen Lage, auf die wahnwitzige Idee, die Wiedereinlösung der Neumark in Berlin in Anregung zu bringen. Das allein würde ja schon genügt haben, den Kurfürsten zu einem Widersacher des Ordens zu machen. Wußte denn aber der Hochmeister nicht, daß Albrecht alle Zeit dem Interesse des Prager Hofes näher stand als dem entgegengesetzten? Daß ein brandenburgischer Prinz mit einer polnischen Prinzessin verlobt war, und die Hochzeit nahe bevor-

stand? Daß der Saganer der Tochter des Kurfürsten, der verwitweten Barbara, das glogauische Erbe eben erst gewaltsam entrissen hatte, und daß Brandenburg eben deshalb mit ihm in einem nur durch eine kurze Waffenruhe unterbrochenen Kriege stand? Überlegte denn der Hochmeister nicht, daß, wenn schon der Kurfürst durch den Rücktritt des Königs Władysław von der Verlobung mit Barbara von Glogau gekränkt, doch in dem Saganer allein und vornehmlich den Urheber dieses Verdrusses erkennen mußte? Kannte er denn die Hohenzollern so wenig, um zu begreifen, daß sie ein so mühsam erworbenes und geordnetes Land wie die Neumark niemals wieder fahren lassen werden? Matthias Siebenburger, der Gesandte des Hochmeisters, kam beim Kurfürsten gar übel an. Die Neumark, sagte er dem Boten, sei ein wahres Erbe, und wer das Land erwerben wolle, der müsse viel Geld haben. — Also die Hoffnung, daß der schlesische Freibeuter die viel besprochene ungarische Hilfe herbeiführen werde, war nun auch erschwert.

Nichtsdestoweniger wagte der Hochmeister den ersten verhängnisvollen Schritt. Er besetzte (Ende Juni 1478) die Burgen Straßburg, Culm, Althaus, die als Leibgedinge des verstorbenen Bernhard von Cimburg und seines Bruders dem Thorner Frieden zufolge der Krone Polen zufallen sollten. Das gab den Polen das Zeichen ihr bei Bratean und Neumarkt unter den Rottenführern Jan Biały und Jan Żeleźyński versammeltes Kriegsvolk heranzuziehen. Am 17. September erließ der stellvertretende Landeshauptmann, Bischof Zbigniew Oleśnicki, an den Bischof Tüngen von Ermland den Absagebrief, und die polnischen Söldner begannen an verschiedenen Orten, immer so viel als möglich noch das Gebiet des Ordens verschonend, die gewaltsame Unterwerfung des Bistums. Allenstein, wo das Kapitel seinen Sitz hatte, trat bald mit den Polen in Unterhandlung. Wormditt ergab sich am 8. Oktober, Mehlsack etwa eine Woche später. Nur Braunsberg leistete einen wirkungsvollen Widerstand, denn nachdem die Polen vom 24. Oktober bis zum 19. November davor gelagert hatten, und nach dem Chronisten „manch' stolzer Mann der Polen

hier erschlagen ward", mußten sie die Stadt verlassen, während Frauenburg sich nach geringem Widerstande am 3. November ihnen ergab. Nur Heilsberg war also Tüngen verblieben und bewährte bei der Verteidigung einen dem polnischen Kriegsvolk verhängnisvollen Mut [1]). Die Hilfe des Hochmeisters war kaum der langen Vorbereitungen und Rüstungen wert gewesen. Den Ordensrittern wollten die Landeingesessenen nicht nachfolgen, so daß im ganzen dem Bischof vonseiten des Hochmeisters anderthalb hundert Reiter zugeführt werden konnten. Auf dem Territorium des Ordens war es nur an einer Stelle zum Kampf gekommen, bei Marienwerder, wo der Hochmeister die eigentlich dem Bischof von Culm auf Lebenszeit überantwortete Domkirche zu einer Festung umgewandelt hatte. Die Besatzung von Marienburg war nun, als der Krieg begann, in die Stadt eingefallen, und die Bürger zogen sich auf den Dom zurück und schossen von dort ihre eigene Stadt in Brand. Das hart beschädigte polnische Kriegsvolk geriet darüber in solche Wut, daß sie den Dom belagerten und „ihn fast begruben".

Während hier also gekämpft wurde, fanden an zwei verschiedenen Orten hierauf bezügliche Verhandlungen statt. In Elbing mühte sich der Ständerat vergeblich ab, die Vertreter der ermländischen Städte zur Vertreibung des Bischofs — und die Bevollmächtigten des Ordens zur Anerkennung seines Friedensbruchs und zur Leistung des Huldigungseids zu bewegen. In Ofen aber, wo eben in jenen Tagen die Freude über den mit dem Jagielloniden endlich abgeschlossenen Frieden, in welchem auch die Versöhnung mit Polen vorgesehen war, wiederklang, fanden die peinlichsten Erörterungen über die preußische Sache statt. Denn als Kasimir seine Expedition gegen Ermland ins Werk setzen wollte, hatte er mit König Matthias eine Verständigung gesucht. Anfänglich sprach dieser sehr verheißungsvoll von der Möglichkeit einer Schlichtung auf diplomatischem Wege. Dann aber, als neue Gesandte Polens,

1) Chronik vom Pfaffenkrieg. Script. rer. Prus. IV, 686.

namentlich der Domherr und Geschichtsschreiber Jan Długosz eingetroffen waren, um diese Wege kennen zu lernen, suchte er offenbar die Herren mit Schreckbildern zu verblüffen. Vier Heere, sagte er ihnen, stünden schon bereit, in Polen einzurücken, eins davon unter Thomas Tarczy, dessen furchtbares Andenken noch von 1473 her lebendig war, und jener Jan Zelený, der in Österreich dieselben entsetzlichen Erinnerungen weckte, stünde schon in Schlesien mit 8000 Mann, um mit Johann von Sagan direkt nach Preußen zu gehen. Das einzige Wahre an diesem Phantasiebilde war, daß Jan Zelený allerdings mit einer Schar, die Matthias etwa um das vierfache übertrieben hatte, zu dem Saganer gestoßen, aber auch bald darnach von dem Markgrafen Johann von Brandenburg bei Krossen jämmerlich zerschlagen war [1]). Aber die polnischen Gesandten waren dermaßen in Furcht gesetzt, daß sie sofort den von Matthias vorgezeichneten Waffenstillstand am 21. November 1478 unterschrieben. Mit nicht geringer Eitelkeit schrieb Długosz darüber in einem Privatbriefe an einen seiner Freunde, daß „es ihm gelungen sei, sechs Feuer und sechs erbitterte Kriege auszulöschen“ [2]), aber es gab doch, wie er in seinem Geschichtswerk selbst bekennt, Leute, die den Vertrag in weniger glorioſem Lichte sahen [3]). Darnach sollten alle mit Waffengewalt genommenen Orte des Ermlands dem Könige einstweilen verbleiben; diejenigen aber, die sich ohne Widerstand ergeben hatten, sollten dem Bischof zurückgegeben werden. Wider den Orden sollten keine Feindseligkeiten unternommen werden, und die Aussöhnung aller Parteien bei dem durch den Ofener

1) Catal. abb. Saganensium in Stenzel, Script. rer. Siles I, 382.

2) Cod. epist. saec. XV, II, p. 283, no. 238.

3) Matthias empfing die Gesandtschaft im Wiszehrad, wo auch der Waffenstillstand unterzeichnet wurde. Da somit der Ort und alle andern Umstände der hübschen Erzählung, die Galeoti Marcii Narensis, Commentarius de Matthiae Corvini egregie sapienter jocose dictis et factis, Cap IV. mitteilt, übereinstimmen, so ist also unserem Długosz die kleine Zurechtweisung zuteil geworden, was seinen Haß gegen den Ungarkönig noch weiter erklären würde.

Frieden in Aussicht genommenen Monarchenkongreß zur Sprache kommen. Da dem Könige Kasimir die Geldmittel wieder ausgegangen waren, und bei der allgemeinen Lage die Besorgnis vorwaltete, daß Polen jetzt allein der Angriffsgegenstand des thatendurstigen Ungarkönigs werden könnte, so blieb ihm nichts übrig, als den Waffenstillstand zu ratifizieren.

Indessen war die Lage des Bischofs Tüngen arg verschlimmert, denn sowohl das Kapitel als auch die Städte begannen mit dem Ständerat bald nach Weihnachten über Stipulationen zu verhandeln, die seinen Abgang als Voraussetzung hatten. Da überdies der Kongreß zu Olmütz, der am Lichtmeßtage hätte stattfinden sollen, verschoben ward, und eine Erneuerung des Waffenstillstands nicht stattfand, so hatten die Polen freie Hand. Ohne Mühe unterwarfen sie jetzt das gesamte Bistum der königlichen Gewalt und umlagerten endlich auch Heilsberg dermaßen, daß der Bischof sich in der Feste nicht mehr sicher fühlte und sie verließ, um sich zu dem Hochmeister nach Königsberg zu flüchten. Aber auch der Hochmeister mußte jetzt seine Sache verloren geben, denn wenn auch sein Gebiet außer der Zerstörung von Marienwerder keinen Angriff bisher erfahren hatte, so durfte er doch befürchten, die Feindseligkeit der Polen jetzt allein auf sich zu ziehen. Und bei der ängstlichen Sorge vor Erneuerung der Kriegsgreuel drängten seine eigenen Untersassen auf Nachgiebigkeit um jeden Preis. Noch immer hofften beide, der Hochmeister wie der Bischof, auf günstige Fügungen von Ungarn her, aber sie schienen doch nicht vollauf darüber unterrichtet gewesen zu sein, was Matthias inzwischen für sie gethan hatte. Im wesentlichen war durch den am 2. April 1479 zwischen polnischen Delegierten und dem Könige von Ungarn abgeschlossenen Vertrag ihr Schicksal besiegelt [1]). Für den Hochmeister hatte Matthias zwar milde Formen ausbedungen, aber auch er war der Meinung beigetreten, daß der Huldigungseid unerläßlich sei, und inbezug auf den Bischof Nikolaus hatte er die Polen zu bestimmen gewußt, daß ihm

1) Dogiel, Cod. dipl. I, 77.

die Alternative eröffnet würde, entweder das Bistum Culm nebst der Administration in Pomezanien anzunehmen, oder sich einfach der Gnade des Königs zu unterwerfen. Über die Herstellung des früheren Besitzstandes und über Entschädigung zugunsten des Ordens waren die polnischen Gesandten entgegenkommende Verpflichtungen eingegangen. Um Pfingsten sollte nunmehr zu Sieradz eine Tagsatzung gehalten werden, in welcher Gabriel Rangoni, der Kardinal, neben weltlichen Bevollmächtigten der ungarischen Krone die Versöhnung bewirken sollte. Da den beiden preußischen Verbündeten freies Geleit ausbedungen war, so beschlossen sie, in Sieradz zu erscheinen, den Huldigungseid aber unter keinen Umständen zu leisten. So hieß es wenigstens. Aber eine andere Nachricht eröffnet doch einen andern Zusammenhang, denn sie gibt an, daß das Kapitel den Bischof, und die Ordensstädte den Hochmeister gezwungen hätten, sich dem Verhandlungstage nicht zu entziehen [1]). In der That war das ermländische Kapitel so sehr überzeugt, daß es zu einer Versöhnung zwischen dem Bischofe und dem Könige kommen werde, daß es am 22. Mai zwei Domherren mit ausreichender Vollmacht zur Unterstützung Tüngens nach Sieradz delegierte [2]).

Die Sieradzer Versammlung nahm aber einen unerwarteten Verlauf, denn die Ungarn blieben aus, und die zahlreich herbeigekommenen polnischen Würdenträger zogen sich allmählich zu dem in dem nahen Piotrkow angesagten Reichstage zurück. Dorthin, wo der König war, begaben sich endlich auch der Bischof mit seinen Domherren und der Hochmeister, der erstere in rotem, der andere nebst seinem Gefolge in schwarzem Trauergewande [3]). Es war, so viel wir wissen, das erstemal, daß Nikolaus Tüngen persönlich dem Könige ins Antlitz sah, und die Wirkung war, daß er trotz aller Verabredungen mit dem Hochmeister sich Kasimir zu Füßen warf, die Verzeihung desselben reumütig nachsuchte und den Eid der Treue in seine

1) Chronik vom Pfaffenkrieg im Script. rer. Prufs. IV, 686.
2) Cod. epist. saec. XV, II, p. 284, no. 239.
3) Chronik vom Pfaffenkrieg, a. a. O.

Hand leistete, mit der Zusage, diesen Eid in einem für alle künftigen Bischöfe von Ermland als Norm dienenden Wortlaute in Marienburg vor den Lokalbehörden zu wiederholen. Der Vertrag, der am 15. Juli abgeschlossen wurde, beschränkte die Kapitelwahl nur insofern, als in Zukunft nur „dem Könige genehme Personen“ nominiert werden dürfen. Übrigens hatten alle Prälaten beim Antritt irgend eines Benefiziums dem Könige den Treueid zu leisten, und alle zehn Jahre wurde derselbe allgemein mit Bezug auf den Thorner Frieden und dessen ergänzende Bestimmungen von allen ermländischen Behörden abgenommen. Der Bischof bleibt oberster Inhaber der gesamten Jurisdiktion unter Wahrung der Partikularrechte, des Culmischen, Magdeburger, Lübischen u. a. mit dem einzigen Appell an die Krone, jedoch unter einer frivolen Appell verhütenden Kaution [1]). Andreas Oporowski wurde für die Resignation seiner Ansprüche auf Ermland mit der Reichsvizekanzlerwürde entschädigt und wurde zwei Jahre später Bischof von Włocławek. Ob es wahr ist, daß König Matthias dem Nikolaus Tüngen wegen seiner Handlungsweise die bittersten und drohende Vorwürfe gemacht habe, muß um so mehr dahingestellt bleiben, als er am wenigsten ein Recht dazu gehabt hätte [2]). Aber daß der Hochmeister „sehr zornig“ über den Bruch der Verabredung war [3]), läßt sich eher begreifen.

Während alles dies geschah, fanden in Olmütz jene pomphaften Feste statt, die Matthias, darin ein Meister, seinem Nebenbuhler Władysław von Böhmen gab. Aus dem projetierten Monarchenkongreß zu dreien war, da der König Kasimir aus begreiflichen Gründen sich von dem Ungarkönige nicht fetieren lassen mochte, einer zu zweien geworden. Mit großem Zeremoniell und ausgesuchter Feierlichkeit wurde dort der Abschluß eines Krieges gefeiert, der 12 Jahre lang das böhmische Königreich durchwühlt und endlich, wenn auch nur

1) Der Erlaß des Königs in Cod. epist. saec. XV, II, p. 285, no. 240 (rex per se). Der Vertrag bei Dogiel IV, 182.

2) Długosz XIII, 581.

3) Chronik vom Pfaffenkrieg, a. a. O., S. 687.

für eine befristete Zeit, gespalten hat. Wie unter dem Eindruck der aus Olmütz herübertönenden Jubelrufe der Hochmeister immer noch dem Gedanken Raum geben konnte, daß Matthias auf seinen errungenen Teil des Böhmerlandes zugunsten der Wiederherstellung der Ordensherrschaft in Preußen verzichten werde, ist selbst bei der unzeitgemäßen Auffassung von dem Lebensrecht des Ordens, die Martin Truchseß hatte, schwer begreiflich. In der peinlichsten Lage war er in Piotrkow zurückgeblieben, weil er ohne seinen Unterthanen den Frieden zu bringen nicht heimkehren konnte, und weil ungarische Gesandte doch noch die Ankunft des Kardinals Rangoni für den St. Bartholomäustag in Sieradz in Aussicht gestellt hatten. Aber erst Wochen darnach, erst im Anfang Oktober erschien die ungarische Legation in Neustadt-Korczyn, und der Hochmeister begab sich mit einem sehr zahlreichen Gefolge ebenfalls dorthin. Statt des Kardinals waren Stefan Zápolya und Waclaw Boskowitz mit einem Gefolge von 300 Pferden gekommen, und jener Diplomat Fabian Hanko, der vormalige Prokurator Breslaus am römischen Hofe, war von Matthias beauftragt, dem Hochmeister ratend zur Seite zu stehen. Der König Kasimir forderte nichts als den Huldigungseid, aber darauf bestand er auch unabänderlich. Für den Hochmeister war aber die Nachgiebigkeit in diesem Punkte um so peinvoller, als er früher sich verschworen hatte, „lieber in seinem eigenen Blute zu ertrinken", oder „sich die Haut vom Leibe zu reißen", oder „sich in Stücke zerschneiden zu lassen". Auch das mußte ihm schwere Skrupel bereiten, daß er innerhalb des Ordens, wenn er nachgäbe, entschieden hartem Tadel begegnen würde, denn im Orden wurde namentlich außerhalb Preußens an der Überzeugung festgehalten, daß das Verhältnis zu Polen, wie es durch den Thorner Frieden geordnet war, dem innern Wesen der Stiftung durchaus widerspräche. — Als aber die ungarischen Gesandten und insbesondere Fabian Hanko dem Hochmeister kategorisch erklärten, daß er von dem Könige Matthias durchaus nichts mehr zu erwarten habe, so brach sein Widerstand zusammen. Am 9. Oktober 1479 leistete er

den Eid nach den Bestimmungen des Thorner Friedens und verstand sich dazu, die Burgen Culm, Straßburg und Althaus gegen eine Entschädigung von 8000 Dukaten auszuliefern [1]). Im Jahre 1482 war sowohl diese [2]) als auch eine von einer gemischten Kommission auf 3000 Dukaten festgesetzte Kriegskosten-Abfindung [3]) an den Hochmeister auch wirklich bezahlt. Die über den Bund des Ordens mit dem Könige von Ungarn gewechselten Urkunden wurden zu Händen des Bischofs Rudolf von Breslau ausgeliefert und von diesem zerschnitten [4]), damit nicht der die Polen verletzende Inhalt zu neuem Hader Anlaß gäbe.

Mit diesem nachträglichen Handel endete für Polen ein Krieg, der in der eigentümlichsten Weise dynastische Interessen mit nationalen in Verbindung gebracht hatte. Damit ging aber auch ein Krieg zu Ende, der weltgeschichtlich eine außerordentliche Beachtung verdient, denn er stellte an das Jahrhundert Fragen, die aus dem Konflikt eines schon entwickelteren Naturrechts mit dem herrschenden geschichtlichen System entsprungen waren. In Georg Podiebrad verkörperte sich ein doppelter Widerspruch gegen den Geist der früheren Jahrhunderte. Er vertrat ein kirchliches System, das, so äußerlich und geistesbar es auch in den sogenannten Kompaktaten sich darstellte, dennoch eine hohe Bedeutung in sich faßte, insofern es die Uniformität der allgemeinen Weltkirche durchsetzte, und, entsprungen in der Revolution, die Veranlassung gab, auf frühere Stadien in der Entwickelung der christlichen Kirche

1) Die Friedensurkunde des Königs datiert schon vom 6. Oktober. Königsb. Arch.

2) Prolongation und Quittung im Cod. epist. saec. XV, 287. 288, no. 242. 243.

3) Dogiel IV, 184.

4) Die im Königsberger Archiv befindliche Urkunde vom 12. März 1476 ist allerdings zerschnitten, aber nicht so, daß man ihren Inhalt nicht lesen könnte.

zurückzugehen. In keiner Weise ist dasselbe mit jenem tiefer greifenden Geistessturm zu vergleichen, der von Deutschland im folgenden Jahrhundert angefacht, die uranfänglichen Grundlagen des Christentums zum Ausgangspunkt und zum Kriegspanier erhob. Diese böhmische Bewegung hatte schließlich sich an Elemente willkürlicher Wahl geklammert, die weder organische Grundkräfte des Christentums repräsentierten, noch in ihrer Ausbildung eine Auflösung überlebter Formen der Kirche zugunsten ihrer geistigen Reinigung zu bewirken vermochten. Sie verrauschte und verklang daher ohne schöpferische und zeugende Kraft, sie ließ sich am Ende um alle ihre Ergebnisse durch einen einfaltsvollen Jüngling auf dem Throne bringen, sie verhalf vielmehr der schon in raschem Sinken begriffenen Universalgewalt der Kirche noch einmal zu einem verblendenden Triumph, und das einzige, was von ihr in den europäischen Kulturgeist übergegangen war, bestand in der gewonnenen Überzeugung, daß der feste Turmbau der katholischen Kirche durch noch so blutige Kämpfe in den Außenwerken nicht erschüttert werden könne. — Dann aber war auch in Georg Podiebrad, dem Könige aus niederem Ursprung, ein anderer Anstoß gegeben, ein Anstoß politischer Natur. Nicht der Gegensatz der Volkssouveränetät mit dem Fürstenrecht, der in späteren Zeiten die Welt aufrührte, kam hier inbetracht, sondern der erst in den napoleonischen Tagen wieder in so intensiver Stärke hervorgetretene Streit zwischen Legitimität und ihrem Gegenteil. Nicht der gewählte König Georg gab den Zeitgenossen das Ärgernis — auch Wladyslaw unterzog sich ja der Wahl — sondern „der Uffgeruckte", der in einem zum Thron nicht berechtigten Stande Geborene. — Da war es denn aber doch eine eigene Ironie der Geschichte, daß die nach beiden Richtungen hin den Böhmenkönig bekämpfende Kurie sich einerseits eines Mannes wie Matthias bedienen mußte, der, selbst ein „Uffgeruckter" und mit seinem ganzen Herzen der humanistischen Aufklärung ergeben, nichts weniger als von zelotischem Eifer für das Übergewicht der päpstlichen Alleinherrschaft erfüllt war, und der daher den Kampf für dieselbe nur so lange führte, als sein

ehrgeiziges Interesse damit zusammenfiel — — und anderseits einen Fürsten wie Kasimir sich gegenübertreten sah, der, mit ganzer Seele der Kirche zugethan, mit der Revolution sich verband, um dem historischen Legitimitätsprinzip, bei welchem eben auch sein persönlicher Vorteil lag, zur Geltung zu helfen. Bei solcher ihren eigentlichen Zielen widersprechenden Natur der kämpfenden Organe ist es daher auch leicht erklärlich, wie schließlich die idealen Grundmotive des ganzen Krieges verdunkelt wurden, und derselbe am Ende in ein Zerren und Ringen um Länderbesitz und politisches Übergewicht ausarten konnte, wie es alsdann kam, daß die Moldau und Preußen, der Süden und der Norden in die wirbelnden Gegensätze hineingerissen wurden.

Daran aber darf man nicht zweifeln, daß es unrichtig war, wenn zeitgenössische Stimmen und nach ihnen noch moderne Erzähler den König Kasimir mit den ketzerischen und halbketzerischen Ideeen der Utraquisten und böhmischen Slawen identifizierten. Wie oft ihm auch im Verlauf des Krieges eine der Kurie entgegengesetzte Stellung aufgedrungen worden war, zu einem Bedenken über seine absolute Rechtgläubigkeit und Frömmigkeit hat er keine Veranlassung gegeben. Das wußte man in Rom so gut, daß man niemand lieber als ihn auch als den Vorkämpfer gegen die Abweichungen von dem allgemeinen System in Böhmen gesehen haben würde, und daß man selbst, als er scheinbar der Verbündete der Ketzer geworden war, ihn mit der äußersten Schonung, man kann sagen mit heimlicher Liebe behandelte. Ja, diese würde noch offenkundiger hervorgetreten sein, wenn es die Rücksicht auf den leicht verletzlichen König Matthias gestattet hätte [1]). Ein stilles Einverständnis besteht zwischen der Kurie und dem polnischen Hofe, trotzdem unablässig von drohendem Bann und Interdikt die Rede ist, weil man in Rom wohl weiß, daß Kasimir von einem Ketzer nichts

1) Interessant ist in dieser Beziehung, wie Papst Sixtus IV. sich am 23. Februar 1476 aufs lebhafteste bei Matthias entschuldigt, daß er einem polnischen Kloster eine Indulgenz gewährt hätte, und sich bereit erklärt, sie zu revocieren, wenn Matthias es verlange. Martène & Durand, Coll. ampl.

an sich hat. Aber, wenn schon in der Hauptsache der Kirche unterwürfig, so meinte doch der König im Punkte der Nomination der Bischöfe den königlichen Anspruch dem des Papstes nicht aufopfern zu dürfen. Nicht gegen die Kapitelwahlen, sondern gegen die Provisionen, deren Käuflichkeit fast schon sprichwörtlich geworden war, regte der König alle Kraft seines Widerstands. Er hatte sich in jungen Jahren schon über die Grundsätze belehren lassen, die das Baseler Konzil in dieser Beziehung aufgestellt hatte, und nach diesen führte er fast bei jedem Bischofswechsel einen mehr oder weniger heißen Kampf mit den Theoretikern der uneingeschränkten päpstlichen Machtvollkommenheit. Der Sache nach war doch auch der ermländische Streit nur ein mit politischen Interessen stärker verwebter Konflikt ähnlicher Art. Und es war daher sehr konsequent, wenn der König dem Gesandten, der im Jahre 1478 nach Rom geschickt wurde, um gegen die Banndekrete Balthasars von Piscia zu appellieren, den Auftrag erteilte, beim Papste eine Einschränkung der Provisionen und Kollationen von Benefizien und Bistümern nach Maßgabe der Baseler Dekrete zu erwirken. Selbst Długosz, der Krakauer Domherr, der bis zum Marthyrium fest auf der Seite des päpstlichen Provisionsrechts hielt, findet die Forderung, wenn auch seiner Meinung nach unzeitgemäß und wenig Erfolg versprechend, dennoch an und für sich durchaus gerecht. Wenn auch zunächst allerdings nur ein erweitertes Präsentationsrecht der unteren Prälaturen erlangt wurde, so war es doch der unabläßigen Zähigkeit Kasimirs zuzuschreiben, daß allmählich die über den Köpfen des Königs und der Kapitel erkauften Provisionen immer seltener wurden, und auch schon vor der Einführung der königlichen Ernennung in Polen ein durchaus nationaler Klerus sich vorfand, der mit dem Fühlen und Denken seiner Heimat in engster Verbindung stand.

Aber auch in politischer Beziehung waren die Erfolge des langen Kampfes der Opfer wert, die dafür gebracht worden waren. Die jagiellonische Dynastie war bis an das Fichtelgebirge vorgedrungen, und vor ihr eröffneten sich Anwart-

schaften, die noch vor dem Ablauf des Jahrhunderts ihre Herrschaft bis an die adriatischen Küsten ausdehnen sollten. Im Innern war eine gefährliche Krisis, die den Thorner Frieden aufzulösen schien, glücklich überwunden, und die preußischen Unterthanen des Königs waren durch dieselbe mit der Krone nur noch enger verbunden worden. Ob alles dieses gewonnen worden wäre durch scharfe, mit unzureichenden Mitteln ausgeführte Eingriffe, wie es bei verschiedenen Gelegenheiten chauvinistische Magnaten und Kleriker verlangt hatten, mag nach den Ereignissen des schlesischen Feldzuges wohl bezweifelt werden. Der Erfolg krönte schließlich doch nur die Gelassenheit, die für Lässigkeit ausgeschrieene, zögernde Zurückhaltung, die Gutmütigkeit und Zähigkeit des Königs Kasimir — nicht den Zelotismus seines zeitgenössischen Biographen.

Analekten.

1453.

Zeitung aus Litauen.

Dem garErwirdigen Homeiſter myt aller Erwirdikeith tag vnd nacht ane alles ſewmen macht leith hir an.

Willigen vntertanigen gehorſzam myt gardemuttiger befelunge ſtetes zcu vor entphangen. Erwirdiger gnediger lyber her Homeiſter euwir Erwirdige gnode geruche zcu wiſſen daz wir ingebunge beſzes briſis ſynt vnberrichtet durch benn Jenen vs Dobryn, der ouch bey euwern gnoden vff dem Walprecht was zcu Marienburg, daz der herre koning von Polan im lande zcu littauwen ſey geweſt in eyner wirtſchaft ingaſtes weiſze. vnd do hatten dy littauwen vnder en gemacht eynen vflouſt rechtſzam ſy ſich vnder enander welden ſlaen, vnd ſulche ere zcweytracht zu legern was der herre koning myt den ſeynen zougelouffen. Do hatten dyſelbigen littauwen ſich alle gewand vff den hern koning vnd hatten en ſwerlich gewundet vnd dy ſeynen dy myt em woren, alſo doch daz her durch eynen andern littauwiſchen hern wart gerettet vnd weg gebrocht vnd hoth lange inne gelegen wol bey X wochen adder der gleich, daz nymand mochte zcu em komen wen nor alleyne der arzt vnd ſeyne kemerer. Sunder doch von der gnode gotes iſt her der wunden vnd des lagers geneſzen vnd vfgekomen vnd wyrt ſich vff Johannis neeſtkomende fugen zcur tagefard ken Parſczaw, do hen her ouch dy groſzen hern vs polan Rewſzen vnd littauwen hoth vorbotet. Dy denn myt ſulcher macht vnd warnunge do hin werden komen als eyn iczlicher getrauwet geſund widder von dannen zcu kommen, vnd eczliche polniſche hern welden ſich nicht gerne zcu ſulcher tagefard fugen, wen Schirlenſky iſt gewarnt von eynem hern vs littauwen, daz men ſich vorſzee groſzer ſlachtunge, dy do geſcheen ſulle. Jedoch wyrt dy tagefart vortgang haben. Ouch ſpricht der ſelbige kundſchafter daz der here koning gar vnſicher ſey ſeynes lebens vnd iſt zcu beſorgen daz her noch durch

ſlachtunge adder vorgift muſſe ſterben, wen her Gaſtold eyn here vs littauwen habe eynen jungen hern zcu frunde, den hette her gerne bey der hirſchaft des grosfurſtampts, vnd der ſelbige gaſtold iſt ouch eyn orſache geweſt der vorgedachten ſlachtunge, vff daz der herre koning dor inne were birſlagen. Ouch meynt derſelbige inguttem geheyme, daz euwir gnode nicht gros durffe ſeczczen vff Schirlenſky brife vnd ſchrifte, wen her euwer gnoden nicht meynet mit ſulchen treuwen als villeichte ſeyne brife inhalden, was dor an worhaftiges iſt, kunnen wyr nicht gewiſſen, ſunder daſzer kuntſchafter ſpricht, daz vnſer orden vnd dy hirſchaft deſzer lande obil vorſprechen werden im lande zcu polan in ſteten vnd uff dem lande, wyr getrauwen doch nicht, daz es vnſer orden vmb dy polan habe vorſchuldet. Gegeben zcu Thorn, am Tonrstage vor pfingeſten im LIIIten jare

Kompthur

zcu Thorn.

1455.

Zur Vermittelung des Kurfürſten Friedrich von Brandenburg.

Dem Hochwirdigen vnnſerm beſundern liben freunde hern Ludewigen von Erlichſzhauſen Homeiſter dewtſches ordens.

Unnſer freuntlich dinſt zuuor Hochwirdiger beſunder liber freund, vnnſer heiliger vater der pabſt hat vns yczund geſchriben vnd beuolhen zwiſchen den ſachen zuteidigen, vnd ſuſt noch zwu ander vorſloſſen bullen mirgeſand, eine an vnnſern hern bruder den konig von polan, vnd dy andern an uch haldende, dieſelben ſein bullen mit einer abeſchrift vnnſer bullen, vns zugeſchrieben, inn vnnſerm brif verſchloſſen haben wir im yczund vonn vnnſer eigen reittenden botſchaft zugeſchickt ſeiner liebe boby geſchriben, inmaſſen, ewer libe in diſſer eingeſloſſen copie hat zuuernehmen, vnd ſchicken uch ſulch verſloſſene bullen bey diſſem gegemvertigen, vnd wolt ſich dy ſoch noch begeben, das wir was guts in den ſachen geſchicken mochten, wir wolten vns noch willig dorinn beweiſen. Offt haben wir uch geſchriben vmb newe zeittung, vns iſt oder noch nichts von uch zugeſtanden, noch fruntlich bittend vns newe zeitung zuſchreiben, wann wir dy zum beſten gerne vernehmen, datum Coln an der Sprew an Sand Merteins tag Anno domini etc. LVto

Friedrich von gods gnaden Marggraue zu Brandenburg etc. vnd burggraue zu Nuremberg

Auch wy wir des konigs vndercanzler auch von der ſoch wegen geſchriben haben, hobt ir in der andern abſchrifft wol zuuernehmen datum ut supra.

Beilage I.

Durchluchtiger koning liber herre vnd bruder, vnnſer willig fruntlich dinſte zuuoren, lieber herre vnd bruder, als wir nehſt, von ewer libe geſcheiden ſein, vnd gerne vil guts in den ſachen zwuſſchen ewer libe vnd dem dewtſchen orden getan hetten, des ſich obir vff diſzmals nicht hat wollen finden vnd vns getrwlich leyt iſt, alſo ſiddermals vnd wir von ſollicher reyſen in vnnſer lant komen ſein, hat vns vnſer heiliger vater der Babſt ein verſloſſene bullen geſchriben, in maſzen ewer liebe in diſſer eingeſloſſen Copie wirt vornehmen vnd auch ſuſzt zwu ander verſloſſen bullen, eine an ewer liebe, die andere an den hoemeiſter mit geſant, vnd zu entboten, die furder an ewer liebe vnd an den homeiſter zubeſtellen, diſelben ewer libe zuſteend wir ewer liebe hiemit ſchicken, oder was die innehalten konnen wir nicht gewiſſen, vnd bitten ewer liebe noch, als vnnſern liben hern vnd bruder fruntlich, vnd mit flies, ab ewer liebe noch zuwillen wurde, des wir was guts in den ſachen thun vnd vornehmen ſolten, eintrag vnd richtung belangen, ewer libe welle vns des vorſtehen laſſen, wir erbitten vns noch von ſunderlicher beuelhnuſze wegen vnnſers heiligen vaters des Pabſts, vnd vmb beider teyl willen, dor inn willig, vnd vns ſoll noch muhe vnd arbeyt dorann nicht verdriſzen wollen, auch ſollichs vmb ewer liebe frundlich gerne verdinen, vnd haben dem homeiſter ſein Bullen zugeſandt vnd im desglichen auch geſchriben, Ewer liebe habe vns vnnſer offt ſchriben vnd botſchafft in dieſſen ſachen nicht vor ubil, wann wir des im beſten thun. Datum Coln am montag ſant Mertens abendt Anno etc LVto

Fridrich von gotes gnden etc.
Marggraue zu Brandenburg

Dem durchluchtigen hochgebornen Furſten vnnſerm liben hern vnd Bruder hern Kazymirum konig zu Polan, groſzfurſten zu lithowen vnd Erbneme zu rewſſen.

Beilage II.

Friderich von gots gnaden etc. Marggraue zvu Brandenburg.

Vnnſirn gunſtlichen grus zcuuorn, wirdiger lieber fründ, alſo vnnſer affſcheide nehſt in den ſachen zwiſchen vnnſern lieben hern vnd bruder dem koning von Polan etc. vnd dem dutſchen orden, an gud end vnd eintracht geweſt, das vns dann getrewlich leit iſt

vnd vil lieber dy ſach gut ſehen, alſo hat vnns vnſer heiliger vater der pabſt, ſyder des vnd wir inn vnnſer land komen ſein geſchriben, ein verſloſſen vnd ſuſt zwu ander bullen auch verſloſſen mitgeſand, haldenne an den genanten vnnſirn lieben hern vnd bruder dem koning vnd an den homeiſter etc. haben wir darvff vnnſerm hern dem koning geſchriben vnnſer bullen affſchrift, vnd ſein bullen verſloſſene mit geſandt, als ir das allenthalben wol wert vornehmen, vnd wurd vnnſerm lieben hern vnd Bruder vmb dy ſachen noch was zu willen vnd zu ſynnen, ſo habe wyr vff ein weiſe gedacht, zu der ſachen verhandlung gut were, das der gnant vnnſer herre koning, drey ſeiner heymlichen vnd trefflichen rete, vſz der krone zu Polan zu vns in vnnſer ſtatt Franckfurt mocht ſchicken, dy allen parteyen dann wol geleglich iſt, nach dem vnnſer herre der koning nicht gerne in ir Stete vnd ſy wider in ſein komen oder ſchicken, desgleichen wir vns bey dem homeiſter auch vmb drey ſeiner heymlichen rete da hin zu ſchicken be erbeyten auch vorſuchen dy dem bewtſchen meiſter den auch perſonlichen dar zvu zubrengen vnd ſuſt allenthalben guten fleiß thun wellen, ab wir noch was guts zu richtung bunenb in den ſachen volenden mochten vnd wolten darzu noch willig ſein, wann ir zu merken habt, das dy ſachen nicht dorffteiding ſein, man muß das in ſtetten verhandeln vnd mit muſſe bauon reden vnd ſtet nicht durch vil lewt, oder weitten rab zu ende, vnd bittet auch vnſern liben hern vnd bruder den koning vns ſulch vnnſer ſchrift nicht vorubel hab, wann wir das gar in gut meinen. Ander newer zeitung wiſſen wir diſzmal nicht, dann vnnſer heiliger vater der pabſt hat vns ytzund von der Turken wegen geſchriben, als ir in der eingeſloſſene abſchrift vornehmen werdet. Gegeuen zcu Colen an der Sprew an Sant Martens abent Anno domini etc. L quinto

Dem wirdigenn vnnſerm lieben frunde her Johann luteck inn beiden rechten doctor archidiacken zu Gnezen vnd des reiches zu Polan vndercanczler.

1455.

Zur Stellung Wladyslaws von Maſowien.

Werbunge des erlauchten furſten vnd hern herzog in der Maſaw in Ruſſen etc.

Noch frundlichem Gruſſe etc. lieber herre her Kynisberg, mich habt geſant meynes hern Gnode zcu Ewer libe, noch deme als der aller erlauchteſter furſte vnd gnedigſter herre margraff zcu branden-

burg vnd der here Homeiſter meyne gnedigen herren eynen bryff geſant haben, dorynne myn gnediger herre bekomert iſt, wie meyn gnediger herre mochte eynen Weg haben, durch den ſeyne gnode mochte an den hern konig zcu Polan komen, wen der herre konig zcu Polan vnd die hern Ruſſer ſeyner Crone meyne gnedigen hern vngunſtig ſint, vnd ken ſeynen gnoden veil ffortels vnd offſetcze ſuchen, wie ſie myt ſeynen gnoden mochten zcu geſchefften komen, vmb des wille das meyn gnediger herre nicht helfen wil ober den hern homeiſter vnd ſeynen orden etc. So habt meyn gnediger herre birfaren, das ewer libe allhie zcu Nawenmarkte hauptmann iſt, vnd habt mich zcu euch geſant betende, das er den allerdurchlauchtigeſten furſten vnd gnedigeſten hern hern Margkgroff zcu Brandenburg vnd den hern homeiſter woldet wiſſen loſſen, wie meynes gnedigen hern ſachen ſteen ken dem herrn konige zcu Polan, ap meyn gnediger herre dem hern konige den bryff weiſen ſulle ober nicht, wen meyn gnediger here nymande den briff beweiſet habt, denne den hern die in ſeynen roth gehoren, noch nymande den bryff wiſſen wil, ſo lange ſeyne gnode habe denne des aller erlauchtigeſten furſten vnd gnedigeſten hern markgrff zcu Brandenburg vnd des hern homeiſters roth und entwort. Und meynen gnedigen hern, nicht gerothen deuchte, das ſeyne gnode dem hern konige ſulbe den bryff weiſſen, wen ſeyne gnode ſich beſorget, ſo der herre konig den bryff leſende horen, wurde her ſich mehe yrheben wurde vnd ſeyne ſachen hoger weder den orden ſetzen, vnd dor ine begert meyn gnediger herre des aller durchlauchtigeſten furſten vnd gnedigeſten hern Markgroff zcu Brandenburg vnd des hern homeiſters rath, wie ſich ſeyne gnode hyrynne halden ſulle, wen doch meyn gnediger herre dem eyde vorſchreibunge vnd vorſegelunge genug thun will vnd halden als eyn Criſtglobiger furſte, noch deme alſo ſich ſeyne gnode mit dem hern homeiſter vnd ſeyne orden vor eydet vorſchreben vnd vorſegelt habt, vnd er das ſeyne gnode das brechen wolde, ee wolde ſeyne gnode dorober leiploſs vnd gutloſs werden, wen meynes gnedigen hern alt eldern dem orden holfe gethon em lant vnd luthe gegeben haben vnd meyn gnediger herre iſt in ſulche meynunge dem orden nymer weder zcu ſeyn mit rathe vnd mit thote, ſunder en nymer zcu loſſen mit rathe vnd thote her vnd ſeyne noch komelinge. Och habt mich meyn gnediger herre zcu euch mit diſſem credenzbryff geſant eyn ſulcher muntlich zcu werben, wen ſeyne gnode ſich beſorget, das ſeyne bryffe mechten off gehalden werden vnd ſeyne gnode begehrt von ewch, ab ich weder ane credenzbryff qweme mir ſulbet vortrawen, was ich von ſeinen gnoden an euch werben wurde. Och begert meyn gnediger herre ap des aller durchlauchtigeſten furſten vnd gnedigeſten herrn herrn markgroff ſeine gnode aber der herre

homeiſter meynes hern gnode mehe bryffe yn diſſen geſchefften wolde ſenden, das die ſeynen gnoden mit gelymp vnd heymlich ober entwort wurden, wen ſeyne gnade allezceit etczlich manſchafft auſs der crone zcu Polan an ſeyne hoffe habt, des ſeyne gnode von denſelbtigen blebe vnvormerket.

Erwirdiger gnediger herr homeiſter, vff alle diſſe artikel als der gnedige herre von Plutczk an den aller durchlauchtigeſten furſten vnd gnedigeſten herrn herrn Markgroff vnd ewern gnoden geworben habt durch ſeynen ſchreibern, habe ich ſeynen gnoden geentwort, ſo ich aller gelympft vnd beſte mochte als ich ewern wirdigen gnoden wol wil vorzcelen ſo ich zcu ewern gnoden kan kommen.

Wladislaus dei gracia dux Mazovie Russieque etc. Magnifico et venerabili domino Kyenspark directori gencium in Novemyasto, in absencia vero ipsius suas vices gerenti amico sincere dilecto. Sincere amicicie continuum incrementum. Magnifice venerabilis domine amice sincere dilecte! Nobilem Johannem notarium curie nostre fidelem nostrum dilectum presencium exhibitorem in certis nostris negociis ad amiciciam vestram mittimus petens quatenus in omnibus referendis exparte nostra sibi fidem a. v. adhibeat creditivam tanquam soli propria cum amicicia v. loqueremur in persona.

Datum Plotzk feria quarta proxima post festum
27. Aug. Sancti Bartholomei anno domini millesimo quadringentesimo quinquagesimo quinto.

1456.

Abſchied des Nürnberger Tages (Andreae).

Die verzeichniß dem comethure zum Elbing vberſchicket

Item nachdem vnſere gnedigen Heren die furſten vermeynen dem konige ins landt zv polan zv ziehen, das vnſer herre von Sagan vnd ir unſer hern den furſten ſchriebent, wie ſtark ſie von reyſigem zuge vnd fußvolk iren gnaden zuſchicken mogent in die landt gein polan vnd das die ſloß vnd ſtete in preußen dannoch nach notdorfft beſetzt plieben.

Auch iren gnaden eigentlichen ſchribent, nach dem ir vormals mit here reyſen in den land geweſt ſyt, wie ſtark man von reyſigem zuge vnd Fußvolk ſin muſſe den konig mit gewalt zu beziehen vnd eyn felt zv machen.

Auch iren gnaden ſchriebent, an welchem ort am nutzlichſten vnd dem konig am ſchedlichſten in die lande zu ziehen ſy vnd vf welche zyt der futterunge halben.

Item auch iren gnaden zv ſchreiben, diwile die littauwer ſtille ſitzen, ob der meyſter von lyfflant ine auch ein reyſigen zug vnd fußvolk zv dem krige ſchiken moge vnd wie ſtark.

Item mocht man es an den hoffleuten gehaben, das ſy ir machtboten zum tage gein frankfurt vf reminiſcere auch ſchickten, beducht vns vaſt nucz vnd gut ſin.

Ouch lieber herre comethur wollent vns die obgeſchrieben meynunge auch eygentlich ſchryben, den wir ſie in ganczem getruwen vnſern orden ſol vil guts davon entſteen.

1456.

Der Biſchof von Pomezanien an den Hochmeiſter. Zeitung.

Diſſe noch geſchribene zeitunge hoet geſaget Rulandt, Criſtof's Bruder von Bertoldesdorff, der itzunt komen iſt von Krakow.

Czum erſten ſo haben die Krakawer laeſſen toten czween thumherrn, des halben iſt die ganze faſte interdikt do ſelbeſt gehalden, vnd der thumbhern bruder genannt Gnoynsky haben dorumb alle ir gutter in polen vorkowfft vnd kowfen ein Slos gelegen an der polniſchen grenitz Swirgczy, do von ſie meynen ire bruder zcu rechen, abir vellen ir leben dobey laeſſen [1]).

Item die Vlotkynne von Barenwalde [2]) nympt vff den konig zcu polen burnet heret vnd thut em großen ſchade.

Item Swebroffzky haet ewelich mit Jorge Stoſch huffe de Krokawern vor der ſtadt genomen VIc pferde vnd haben das bregfrede (Bergfried) do man bley pfleget zcu graben gancz vorterbet.

Item der Kolda leyth ouch czu Krokaw vnd ſeyner hoffelewte legen IIIc pferdt drey meylen von Krakow vnd her manet XLm gulden ſolt von dem konige; werden em die nicht werden, ſo wirt her dem konige entſagen.

Item Reesky der leyth auch zcu Krakow mit eynem reſige czuge vnd czu Thorn horte her ſagen von eyme burger, das do brieffe gekomen weren, das her dem Konige entſaget hette ſeynes ſoldes halben vnd haet ſeyne drabanten geſandt, die noch ym nidderlande legen, das ſy zcu em komen ſullen, wirt en ir ſolt nicht, den ſulde en

1) Vgl. Dlugoſz XIII, 183 f.
2) Vgl. ebd., S. 69, über ſie ſchon im Jahre 1451.

Stybore von Baisen vnd Otto Machwitz usz Polen brengen, bye seyn komen vnd haben en nichts gebracht noch gegebn, weres sache das man sie zcu Thorn nicht welde obir laessen, so sullen sie gelevt nemen von dem orden vnd obir pomerellen durch Polen zcien, do wil her en behoffen seyn, iren solt czu irfordern, vnd wellen seen was sie mit dem konige czu schicken haben.

Item die polnischen Herrn wellen dem konige nymer reyten, es sey denne das her en iren schaden vff richtet, das her nicht thun kan, wen her nymer czu geben hant, so hant her itzunt seyn landt beswered vnd vorczeret; noch ist her allein seynen hoffelewten iren solt das meiste schuldig, dorumb sy vnczuemlich seyne vnd werden.

Item die anderen hoffelewte die im nidderlande seyn, haben orlob genommen, wirt en noch dissem tage neest czu Grudentz geloben ir solt, der en uff midfasten sulde gefallen seyn nicht werden, so wellen sie vs dem lande czien.

Item purificacione Marie beslossen sie czu Piterkaw offm tage, das sie vff Georgii in Prewßen czien welden vnd bornen alle dorffer vnd hoesse ab; auch welden sie die cleynen stete die sie inne haben vs pochen vnd bornen vnd widder vs dem lande czien do durch meynen sie des ordens hoffelewte vs dem lande czu hungern, so vornympt man itzunt nicht, das sie sich dor czu schicken abir ir keyn samelunge, die sie machen, wen die polnischen Hern seyn czweytrechtig vnd wellen nyene czien, en werde deene ir schade uffgerichtet der gros merglich ist, die anderen hoffelewte wellen dem konige nicht reyten, en werde denne ir solt, den hant her en nicht czu geben.

Item czu Krokaw ist eyn rathman, genant Mordensteyn [1]), der kowsschlaget in deutsche landt, do hant her seyne gesellen, die haben em gesagt, wie czwene mechtige graffen werden dem orden czu hulffe kommen.

Item durch die tagefarte, die sie mit des ordens geste czu Thorn vnd Grudentz gehalden haben, meynen die polen nicht anders wen das sie die czwetrechtig wellen machen vnd worczien, uff das sie nicht czu felde rucken vnde sich also vs dem lande selbest czeren.

Item Bycerke (?) sulde den czu Reden ouch gelt gebracht haben vnd kan es nicht vfrichten, vnde die bede geen czu Thorn, das man en wirt vs bornen, wen sie en nicht speisen konnen, vnde hetten des ordens hoffelewte noch VIII tage borynne gelegen, so hette her sich must geben vnde borczu Grudentz vnde den Colmen uff eynen tag gekregen.

Item czu Thorn ist uffs houbt czu schossen eyn virdung gesatzt, den wellen die gemeyne nicht geben.

1) S. das merkwürdige Handelsprivileg desselben von König Heinrich VI. von England, bei Rymer, Foedera etc. XI, 413.

Item des konigs marſchalk mit etzlichen ſeynen rittern vnde knechten troten czu Krokaw vor den konige vnde mannten iren ſolt, den en der konig vorſchrieben hat czu geben, do ſie mit ym obir die grenitz ſeyn geczogen, der konig ſprach, her hette en nicht czu geben, worden ſie czornig vnd czuriſſen den brieff vor ſeynen ougen vnde worffen em das Segil vor ſeyne fuße ſprechende: Konig, ſo du deyne brieffe nicht bas bey macht wilt behalden, ſulbeſtu eyme Hunde das ſegil vor den ars hengen.

Item die litauwen wellen dem Konige keynen beyſtandt thun vnde ſprechen, ſie haben eynen beſworenen ewigen frede, den wellen ſie nicht brechen, ouch hat der orden es vmbe ſie nicht anders verſchuldet.

Dis hat der gnante Rulandt vns in warheyt geſaget als hers geſeen vnd gehort hat.

1469.

Der Hochmeiſter Reuß von Plauen zum erſten Male als consiliarius der Krone.

Uff der Tagefart Petirkauw im LXIX ſten Jare am Dinſtage vor Andree.

Item Anno domini MCCCCLXIX, ſten iaren iſt der herre hoemeiſter am Dienstage nach mittage von
28. Nov. Andree kegen Peterkaw czu dem koninge vff die tagefart komen; was do iſt gehandelt, folget hirnachen geſchreben.

Ins irſte hat der koning dem herrn meiſter entkegen geſant vnd laſſen reiten her Oſtirrock, den alden, vnd den hern Petir, woywoden von Poſen mit andern rittern VI obir VIII mit IIc pferden, die haben en beleit vnd entphangen vnd mit ym biß vor ſeyne herberge, des erzbiſſchoffs hoff, geritten vnd do geſegenet.

29. Nov. Item am mitwoche in vigilia Andree ſante der herre koning vier polniſche herren noch dem herrn hoemeiſter, begerende das her zcu im qweme mit ſeinen gebietigern; vnd alſo czwiſchen in gehnde fugete her ſich zcu dem koninge vnd zwene biſſchoffe, mit namen der Poßna vnd der von Colmenſehe, entphingen yn vff den treppen des koniges gemach(s).

Item der koning mit den beiden biſſchoffen dem von Crakaw vnd dem von der Koy entphingen vnd entgegen gingen dem hern hoemeiſter vor das rathgemach, en vnd ſeine gebietiger vmbefahnde.

Item der herre meiſter off ein kny fallende vnd dem koninge alſo zcurettete: Allirgnedigſter koning Ich vnd meine gebietiger irbieten ewern k. g. vnſern willigen dinſt vnd bitten, ewere k. g. behalde vns in dem koniglichen ſchutz vnd beſchirm, das wil ich ſampt mit in williglich verdynen.

Antwort durch den herrn biſſchoff von Krakaw aus des konings munde.

Gunſt vnd konigliche gnade ſagen wir zcu, euch vnd dem gantczen orden, euwer wolfart vnd gedeihn vnd frommen irfaren wir allczeit gerne.

Vnd zcu der linken hant ſeiner ſeiten furte in der konig in den Rat.

Der herre Hoemeiſter.

Die koningliche maieſtadt vnd gnade hot nach mir geſchickt vnd begert, her off die tagefart zcu komen; wie wol ſich das durch merglicher geſcheffte verhinderniß hot verczogen, zo hab ich doch, hinderſtellig trefflicher geſcheffte, mich ins ſchirſte, ich gemucht habe, czu ſeiner koninglichen gnade gefuget vnd ſein beger irfullet etc.

Biſſchoff Colmenſeh interpres et expositor.

Durch anlegenden ſachen von dem koningreich zcu Behmen hath die kon. majeſtat dem erwirdigen hern biſſchoff von der Coye ewer erwirdigkeit zcu diſem tage zcukomen bepholen, ſeine veterlichkeit ein ſulchs gethon hot, ewer erlikeit mancherhande notſachen entſchuldiget vnd zcu der zceit entlediget hot etc. Nu aber anſehnde große not des koningreichs zcu Polan, vnd das euwer erlikeit zcu eynem hoemeiſter vnd zcu der wirdikeit gekoren vnd gemacht, das ſich ſeine k. g. fere frewende iſt vnd frewt, hot her ſeine ſendeboten als ſeinem furſten vnd rathgeber geſandt vnd begert, zcu ſeinen k. g. czukomen, die denn mancherley botſchaft gehabt hot, vnd den keine beſliſſliche antwort hinder euwer herlikeith wiſſen, willen vnd fulbort hat wolt geben, vnd nu euch allerhande ſachen vnd botſchafft, an ſeyne gnade gelanget, zcuuerſtehn geben, welchen botſchafften keine beſliſlich antwort iſt gegeben.

Biſſchoff von Colmenſeh

Als von wegen der botſchafft auß Behmen, die merglichſten vnd trefflichſten des konings rathe ſein bey ſeinen k. g. geweſt vnd ins irſte anbrocht:

Item begeren von ſeiner k. g., das die wolde iren eldiſten ſon in zcu eynem koninge in Behmen geben, den ſie als iren hern vnd koning offnemen, holdigen vnd getrawheit globen wolden; doch mit ſulcher vnderſcheit, das ir koning itczt lebende die regirunge der lande vnd ſeine herſchafft ſulde behalden etc. Ein ſulchs ſie wolden verbrieffen, verſigeln, vergewißern noch notdorfft, als das irkant wurde; wolde ſie denn och laſſen bey iren alden privilegien von konig Alberto, keyſer Sigismundt vnd konig Laßlaw in gegeben vnd vß gegangen.

Item czum andern haben ſie begeret, das die itzte koninge ſal bey irem gemachten leibgedinge bleiben vnd behalden werden.

Item czum dritten iſt ir begir geweſen, das des konings kinder vnd ſone zcu Behmen ſollen bey irem herzogtum in gegeben vnd vermacht vnd verbrieffet, bleiben.

Item czum vierden, das ein iczlicher im lande zcu Behmen bey ſeinem ampt, ſloſſern vnd gutern ſal bleiben vnd behalden werden, ußgenomen die izct wedir in ſein geweſen.

Czum fumfften, das der herre koning ſal ſeine macht vnd beiſtandt dorczu thun, das alle ſloſſer, ſtete vnd lande czu dem koningreich zcu Behmen gehörende wedir komen mogen.

Czum ſechſten, das der herre koning keinen bunt, frede, eintracht, aber vereynunge mit dem koninge czu Vngern ane willen, wiſſen vnd volbort des konings czu Behmen ſal machen aber ſchaffen, vnd noch dem tode des konings, ane wiſſen vnd willen der konigyn vnd des konings kinder, der hern, ritter, ſteten, vnd den es angehoret.

Czum ſiebenden, das der herre koning ſal ſich bearbeiten kegen den allerheiligſten vater dem bobiſte vmbe gnade dem koninge zcu Behmen, wenn her ſich czu irkentniß erbewt, wes her vnderricht mag werden, wil her ſich dor noch richten vnd begert, verhoret zcu werden.

Ouch ſal ſich der herre koning bearbeiten, das dem koninge von Behmen die appelacion, die her zcu dem zcukumfftigen concilio gethan hot, folgen moge.

Czum achten, das der herre koning ſich wolle verbinden, ſo ſein eldiſter ſon czum koninge wurde uffgenommen, das her im mit alle ſeinem reiche wolde rath hulffe vnd beiſtandt thun wedir jedermennigklich vnd alle lewte vnd ſich das kegen in verbynden vnd verſchreiben.

Biſſchoff von Colmenſeh.

Es ſein auch eczliche ſtuck vnd artikel in dem ewigen friden begriffen vnd beſloſſen, iſt der k. g. begir, wollet den auch nach gehn vnd gnug thun.

Antwort des hern hoemeiſter.

Ich bin dorumb herkomen, allis zcu thun, das ich pflichtig bin vnd geboret zcu thun.

Der herre koning danket im.

Item der biſchoff von Cralow ſtabet im den eyd vnd do der herre meiſter nebir knyte, ſtundt der koning an ſeiner ſeite vnd hilt in bey einem arme. Des ſich der Hoemeiſter werte vnd ſwur den eid vß vnſer cancelleyen czedil, ſchrifft vnd verdeutſchunge noch inhalt vnſers frede.

Item do der Hoemeiſter geſwur in den rat, nam en der koning in ſeine arm vnd dankte im vnd ſaczte in nebir vff die linke hant.

—

Antwort des hern Hoemeiſter

Lyber her von Colmenſeh, ſo ich der herren gutdunken gehort hette, wolde ich ouch meynen rat dor uff ſagen

Biſſchoff von Colmenſeh:

Der herrn rat vnd gutdunken iſt mir bepholen zcu ſagen vnd iſt ir allir rat:

Ins irſte, das vnſer allergnedigſter herre, der koning en ſeiner gnaden ſone einen, welchen ſein g. wolde, gebe, dem die crone zcu Behmen mit gantczer herſchafft wurde uſſgetragen; dorumb vnd anderer ſachen mehr ſeine k. g. ſeine botſchafft wil fertigen vnd des genczlich vnderrichtunge thun vnd webirumb vnderrichtet werden.

Item das ſeine g. eine mergliche botſchafft fertige zcu vnſerm heiligſten vater dem babiſt, ſulche ſachen furbringen vnd irwerben, das ein ſulchs mit ſeiner heiligkeit gnaden gunſt wiſſen vnd willen geſchee.

Item ſo das geſchee vnt der koning uſſgenommen wurde, denn eine reformacion zcu machen in den geiſtlichen guttern, als ertczbiſſchthumer, biſſchthumer vnd thumereyen vnd andere geiſtlichen gutter, vff das gots binſt wedir in ein weßlichen ſtandt kommen vnd der erthum alſo mehr vnd leichter, denn durch das ſwert getilget werden muchte etc.

Nach biſſen uſgefertigten botſchafften vnd wedir inbrengen ſal euwer erlikeith, was von antwort wurden iſt, wol durch die k. m. als ſeiner gn. furſten vnd rat czu wiſſen werden.

—

Der herre hoemeiſter

Der verczalten ſtucke ſein vil, vff iczlichen inſunderheit czu antworten, iſt nicht in meynem gedechtniß. Sunder uff das irſte Euwer k. g. czu raten, dunckt mich geraten ſein, czu unſerm heiligen vater

dem babiſt eine botſchafft zcu fertigen vnd ſeiner heiligkeit dy ſachen vorczugeben vnd czu bitten, gnade, gunſt vnd willen darczu zcuuerleyen, ſeiner k. g. ſone einen in die crone czu Behmen czu geben vnd zcu ſetczen. So denn die gnade, gunſt, wiſſen vnd wille des heiligen vaters des babſtes iſt irlanget, denn mag ſeine k. g. einen ſeiner ſone in die ganczе herſchafft der cronen czu Behmen geben, das her das regiment vnd nicht ein andrer habe; wenne ich vermute mich wol, ſulde biſſer der Behmen koning das regiment behalden zcu ſeinen lebetagen, vnd ein itczlicher bey ſeinen ſloſſern, ampt vnd gutern bleiben, wurde ſeiner gnaden ſon gar ein geringe herſchafft haben, vnd iſt nicht meyn rat, ane ſeiner heiligkeit gnade, gunſt vnd willen icht anczufachen. Ouch dunckt mich eins ſwer, das ſie begeren, das der herre koning ſulde ſich verbinden, verbrieffen vnd verſchreiben, alle ſloſſer, ſtete vnd lande webir czu der crone czu Behmen czu brengen etc. wenn itczliche landt, ſloſſere, ſtete, die ſein mit dem ſwerte gewunnen vnd vergeben; wenn ſich denn ſeine g. alſo verbunde, gebe ſich ſeine gnade in krig, das ich im mit nichte rate.

Item auch were des ein ſweres, ſulden des itczt koninges czu Behmen ſone vnd die ſeinen bey irem herczogthum vnd guttern in gemacht gegeben vnd verſchreben bleiben, wurde ſeiner gnaden ſon gar ein clein außkommen haben.

Item ouch iſt das gar ein ſweres noch-meynem gutduncken, einen bundt vnd verſchreibunge mit den Behmen czu machen, en hulffe vnd beiſtandt czu thun webir alle lewte. Iſt nicht meyn rat, wenne ſo gebe ſich aber ſeine k. g. in krigk.

Biſſchoff Colmenſeh Replicando dicta domino magistro.

Ewer erlikeith rath vnd meinunge weren doch alſo, das der herre koning ſeiner ſone einen in der cronen czu Behmen herſchafft den Behmen gebe.

Antwort des hern Meiſters.

Yo, doch mit gnade, gunſt, wiſſen vnd willen vnſers allerheiligſten vaters des babiſtes.

Colmenſeh Biſſchoff Concludendo.

Das iſt ouch der herrn der rete rath vnd gutdunken.

. . . . . .

Biſchof Colmenſeh.

Es ſein noch mehr botſchafft alhir geweſen vnd in kein endeliche antwort gegeben, die euch ouch nicht verſwegen ſollen bleiben. Ins irſte hot der Tartariſche keiſer ſeine botſchafft zcu der k. m. geſant,

vnd ſein noch alhir, die benne gewurben hot, noch deme vnd benne ſein vater vnd vorfaren mit dem konigkreich zcu Polan eine vereynunge vnd frede uffgenomen, verbriefft, verſchreben vnd verſigelt habt vnd der iczt ins czwelffte jar gehalden iſt, vnd noch in meinunge iſt, den nicht zcu brechen, nu ſo haben eczliche der ſeinen in die lande der k. m. genomen (gekomen) vnd ſchaden gethan, idoch got ſey gelobt nicht merglichs aber ſchedlichs. Das iſt der Tartariſche keiſer gewar wurde vnd uff geweſt mit fuller macht vnd ein ſulchs hot wollen weren, ſo haben des konings lewte ſie auß ſeinen landen getreben vnd geweret etc. hot in ſeine botſchafft entſchuldiget vnd geſprochen, das ein ſulchs ane ſein wiſſen vnd willen geſcheen ſey, vnd irbewt ſich vnd begeret, mit der k. m. vnd dem reich czu Polan die voreynunge vnd vorigen freden von newens zcu beſweren, czuuerbrieffen vnd noch allir notdurfft, das der gehalden werde, czu befeſtigen etc. Was hirinne ewer gute vnd erlikeit gutdunken iſt, moget ir zcuuerſtehen geben vnd darumb eine botſchafft do hyn czu fertigen, ap es von noten ſey, nach dem her es begert.

Antwort des hern Hoemeiſter.

Das ich meynem allergnedigſten hern dem koninge zcu frede vnd eintracht ſal raten, bin ich pflichtig vnd thu das billich.

Biſſchoff Colmenſeh nomine regio et in presencia.

Item der woywoda auß der Großen Walachey hot ſeine botſchafft allhir gehabt vnd an den hern koning laſſen brengen, wie der koningk von Ungern nicht lange vergangen im hot laſſen ſchaden thun; zo her das iſt gewar wurden, hot mit großer macht gewert vnd in auß ſeinen landen in des konings von Vngern land getreben, vnd fortan in den ſeben burgen gehert, gebrant vnd großen ſchaden gethan, vnd begert vnderrichtunge von dem hern koninge, ap er ſal mit im kriegen, frede aber beyfrede machen vnd iſt in meynunge, zo der herre koning mit im wil kriegen, der irſte czu ſein vnd ſie warten noch nach der antwort. Was euch gutdunckt, moget ir vns czuuerſtehn geben, wenn des konings vnd ſeiner herrn vnd rete iſt gutduncken, das her keinen frede, beifrede aber krieg ſel anfahen, eh denn wir mit dem koninge von Vngern vnd ſeinen ſendeboten eine tageſart gehalden.

Der herre Hoemeiſter
nihil respondit.

Biſchoff Colmenſeh.

nomine regio et presencia

Item der koningk von Vngern hot begert vnd im iſt von vnſern herrn dem koninge ein tag geleget, allirley gebrechen handelunge

czu haben. Nu durch verhinderung ander geſcheffte hot die k. m. ſeine ſendeboten nicht mucht ſenden vnd iſt des konings von Vngern gewerb, begert noch eine tagefart czu halden vnd iſt die k. m. in willen ire botſchafft czu ſenden.

Des hern Hoemeiſter antwort.

Es iſt mein rath, das es gut iſt, die tagfart mit im czu halden; wenn in ſune das geſtilt mucht werden, das durch andere ſachen nicht geſchege.

Biſſchoff von Colmenſeh
nomine regio et consiliariorum omnium et in presencia regis.

Die botſchafft des hern marggraffen von Brandenburgk iſt geweſt der biſſchoff von Lubbuß, vnd des herrn herczogen von Pommern Dioniſius von der Oſt vnd von der ſteten Stettin vnd Stargardt. Haben vnder en ander mancherley ſachen vnd ſchriffte muntlich vnd brieflich vorbracht, die der herre koningk mit ſeinen wirdigen reten gnuglich hot verhort vnd verſtanden, vnd beide teile in den ausſpruch k. m. gewilliget, als in einen richter, nu ſo hat ein teil ſich mehrer koniglichen vnd keiſerlichen brieffe berumet vorczubrengen, hat die k. m. den beyfreden zcu irlengern vnd darczu ſeine ſendeboten dohyn dorumb czu fertigen vorgenomen, biß ſolange das die k. m. kegen Poßnaw kommet, do her denn in kegenwertikeit beider parthey der außſproch k. m. geſcheen ſal thun wil

Der herre Hoemeiſter
nihil respondit.

30. Nov. Item in die Andree des morgens frue ſante der herre koningk czu dem herrn meiſter den biſſchoff von Colmenſeh, den alden Oſtirrock, ſeyner gnaden canczeler, vnd hern Peter Doberſlag, hern Stephanum pfarrer czum Elbinge, Bartholomeum Libenwalt, vnd laſſen an in brengen, wie im die von Elbinge geclaget hetten, das der herre meiſter in czwei Dorffer verhilde, die czu irem hoſpital gehorten vnd bethe(n) ſie dorbey czu laßen.

Antwort des hern Meiſters.

(in bewegunge ouch darnach noch der malczeit den herrn des konigs geantwort mit der weiße:)

Unſer orden iſt geſtifft, gepriuilegirt, beſtettiget vnd geordent vff das hoſpital vnſer lieben frawen, vnd wir ſein die ſpitteler, verweßir vnd beſorger, dor czu geſatzt vnd geloren, vnd ſulche dorffer gehoren czu dem hoſpital kegen Hollandt, die wir denn nicht vermeynen, czu

obirgeben. So ist die stadt auß vnserm orden entsprossen, vnd nicht vnser orden auß den vom Elbinge. Dorumb sollen sie vns die dorffer nicht nemen. Wil sie vns denn die konigliche gnade nicht alleyne das dorff, sundern das ganze landt nehmen, wie sulle wir im thun; zo wil ich in dem orden nicht bleiben. Bitte, die k. g. wolle ouch die burger nicht lossen hyn zcihn, sundern das es mit seyner k. m. gunst sey mich ir kegen dem babstlichen . . . . . [1])

Item mehr der Kantzler.

Also bi k. g. mich vmbe der confirmacion willen kegen Rome zcu dem heiligen vater dem babist geschicket vnd gesant hot, welche bethe der confirmacion der heilige vater gewegert vnd nicht hot wolt vulenden vnd gesprochen: wie sal ich den freden confirmiren, so das gegenparth vns in geheym hot lassen bitten, nicht confirmacion doruff czu thun, das denn den hern koninge fast sere befrembet noch auswisunge des ewigen fridis „ir sullet helffen bitten vnd forbern“ etc.

Antwort des hern Hoemeister am
1. Dez. freitage post Andree.

Allirgnedigster konig, Ich habe mich allweg als ein uffrichtiger herre biß her gehalden, vnd sulde ich nu vernemen, das mich an meynem letzten muchte beflecken, hette ich meyner gar sere vergessen; vnd ist es sache das sich e. k. g. ein sulchs uff mich ist vermutten aber mich dorin verdenket, so bin ich nicht wirdig, bey euwer k. g. vnd den wirdigen reten sal sitczen, wenn zo ich in ewern k. g. rath habe gesworen vnd dort dorkegen sein sulde, gehert nicht einem fromen hern an, vnd bitte die k. g. vnd die hern vmb sitzende alle, wirt vff mich was geret, nicht setczet globen doruff, sundern schreibt, entpiet mir, laß mich zcu antwort komen, wenn wer vil hot, die in hassen, der muß ouch vil vil verdruß leiden. Ich wil mich ab got wil kegen die k. m. vnd ydermenniglichen halden, als ein fromer armer furste vnd herre, vnd muchte mir der geoffenbart werden, der das von mir hot gesaget, ich wolde mich kegen im verantworten mit leibe vnd gute etc.

Respondit rex per se per ipsum Colmensem Episcopum.

Was wir haben gethon, ist geschehen auß einer claren vnd rechten meynunge; wenn was vns arges von euch wirt gesait, das wird euch keins vorsweigen, bessgleichen wir zcu thun ouch von euch begern, sunder ein sulchs, das gescheen ist, wissen wir vorwar vnd vor

1) Der Schluß ist sehr unleserlich und wie es scheint nicht zu Ende geschrieben.

czwen jaren, ehe denn ir seit herre wurden; worumb wir euch ein sulchs nicht czulegen aber gedenken, ouch nicht getrawen, euch des genczlich vnschuldig wissen.

Concludendo unanimiter:

Ein iczlicher sal dem andern offinbaren, was arges von im besaget wirt, vnd lassen das verantwerten vff beiden parthen

Antwort des hern konings
uff der Elbinger clage.

Die sachen sollen in ruge, biß das wir personlich ins landt zcu Prewssen komen, bleiben anstehen. Dann so wollen wir die sachen entscheiden.

. . . . . .

Item dominus cancellarius regni.

1. Dez. Polonie supremus feria VIta.

Item die k. m. begert, das euwer gnade keine babstliche brieffe wedir den hern bisschoff zcu Colmensch vnd Heilsberg uffnehme vnd in seinen landen vffczunehmen nicht gestatte, wenn seiner k. m. worten her wil gnug thun vnd nicht zcuruck werffen, die in dorczu gewelt hot vnd haben wil; wen alle bisschoffe in seinen landen zcu Polan mit seiner k. g. willen uffgenomen werden, also auch in Prewssen in seinen landen gescheen sal; vnd wil keynen andern haben denn den, vnd meyne(t) es wurde dem hern babist nicht wol gefallen, der einen bisschoff ane seiner heilikeith willen in Rome setczte.

Des hern Hoemeister antwort.

Ich wil es gerne thun vnd hab es biß her gethan.

Kelbas:

Ich gebe euwer wirdikeith keine schult, sundern was euwer gelarte thun, wag wol ane euwer wissen sein.

Cancellarius:

Die k. m. begert einen brieff an den heiligen vater den babist zcu schreiben vor den bisschoff Kelbas nach der forme, die euch wirt geantwert werden von vns.

Der herre Hoemeister:

Ich will es gerne thun.

Cancellarius Regis:

Der herre koning begeret von ewern gnaden, Wartenburg noch der absolsunge der soldner nymandem in czu rewmen, den alleyne hern Fabian Mulen, dem ein sulch slos die k. m. wol getrawet.

Antwort des herrn Homeisters:

So wir die soldener abgelost haben, wollen das gerne thun.

Rex per se:

Wir danken euch ewers guten willen vnd wollen das in gut vnd gnade irkennen.

1479.

Denkschrift über die Verhandlungen zu Neustadt-Korczyn.

Item die hernachgeschriben artikel sein zu mercken in dem anlaß der zwuschen dem von Bolan vnd dem Hohemeister sol begrieffen werden.

Zu erst ist zu bedennken, ob man sich wolle voranlassen vmb alle vordrung, anspruch, spenne vnd zwitracht zwuschen die dem von Bolan vnd dem Hohemeister vnd orden entstanden, oder ob man sich allein wolle voranlassen vmb die vordrung ansprach, spenne vnd zwitracht, die zwuschen ine von der land von Preussen wegen enntstanden sein.

Auf das stuck ist zu mercken, ob der Hohemeister sunst ettlich merclich vordrung zu dem von Bolan habe, die die lande zu Preussen mit beruren, dan were dem also, so ist gut, daß der Anlaß in gemain auf alle vordrung vnd ansprach etc. gesetzt vnd die lannd zu Prewssen darinne nit gemeldet werden.

Item ist es auch zu mercken, ob der Hohemeister dem von Bolan etc. insunderheit dorumb wöll zu sprechen, das er im die gelobten vnd geschworne eynung die zwuschen ine gewest ist, nit gehalten habe, vnd so er das tun wollte, so ist aber besser der anlaß werde mit gemainen worten angezogen vnd begrieffen.

Es ist auch dagegen zu mercken, ob der von Bolan herwiederumb ettlich vordrunge zu dem Hohemeister vnd orden habe, die ouch das lannd zu Preussen nit beruren, dan were dem also vnd weren dan dieselben vorderung vmb treffenlich gegrundet sach, doran dem orden vil gelegen were, vnd die der orden im rechten nit wol vorantwurtten mochte, so were nit gut, das der anlaß mit gemeinen wortten begrieffen wurde, sunder es were besser, das er allain gesetzt wurde auf die vorderung, die sie beyderseyt von der lannd wegen zu Preussen zusammen hetten.

Darnach so ist zu mercken, das der anlaß vf den König vnd den Hohemeister auch des Konigs erben vnd nachkommen Konig vnd den Hohemeister vnd sein nachkummen Hohemeister gesatzt werde, auf das ob der Konig mit tode verschiene, ee die sache in craft des anlaß geendet wurde, das dan der anlaß sein erben vnd nachkummen Konig gleichwol bunde.

Item es ist auch gut, so ferre das mag erlangt werden, das der anlaß allein vff den Hohemeister vnd sein nachkummen, vnd nit vf den orden gesatzt werde, vnd ye freyer der orden vnd ye mynner er in craft des anlaß geen dem von Bolan verbunden wurdet, ye besser das ist, vnd solich stuck wil einen sundern fug haben vf das es zu wegen pracht werde.

Zum dritten ist zu mercken, so ferre man zu zeytten des anlaß von dem von Beheym mag em wiessen erlangen etc. das man dan die sach auf ine veranlaß nit allein als auff einen wilkurtten richter, den man arbitrum nennt, sunder das auch in den anlaß gesetzt werde, das beyd parthey ir sach vf ine vnd seyn ordentlichen gerichtzwang komen setzen vnd sich in denselben ordentlichen gerichtzwang in diesen sachen geben vnd den damit erweittern, das ist darumb gut wan dadurch so wurdet er nit allein arbiter sunder auch judex prorogatus vnd gewynnet deßhalb im rechten meer gewalts vber den von Bolan dan er sunst hette, so er allein arbiter were, man mag auch sein proceß vil mynder also anfechten, dan man sunst thun mochte.

Dornach so ist zu mercken, das der anlaß nyt weytter dan vf die genante zwo parthey vnd nit vf ire vndertan oder die iren gesetzt werde, wan wie er auf ire vntertan oder die iren gesetzt wurde, so mochten dadurch die stette vnd ander zu Preussen vmb ire gesprechen geen dem Hohemeister auch zu vorderung vnd ansprach in crafft des anlaß kumen vnd wurde der Hohemeister in seinem vordern vnd anclag geen dem von Bolan geirret, das dann nit gut were.

Meer so ist zu mercken von der zeyt wegen, ob gut were das in dem anlaß ein zeyt gesatzt wurde in der der Konig seinen entschied nach lawt des anlaß tun sollte, dorauf mochte villeicht besser sein, das kein zeyt benennet wurde, wan wie ein zeyt benennet vnd die sache in derselben zeyt nach lawt des anlaß nit entschieden wurde, so hette der Konig furtter nach außgang derselben zeit kein macht ichts in crafft des anlaß zu handeln, doch ob man ein zeyt wolt benennen, so mochte man den anlaß der zeythalben also begrieffen, das die sache in derselben zeyt nach lawt des anlaß solt entschieden werden, es were dan, das sie durch des Königs rechtlich erkanntniß lennger verzogen wurde, dadurch mocht man albeg vrsach furöringen, die durch recht die lengerung auf in trugen, das dan vielleicht meer wieder den Hohemeister vnd den orden were, dann fur sie, wan ye lennger die sach verczogen wurdet, ye lennger ine das lannd zu Prewssen auffensteet, vnd ye meer irrung dorein fallen mage, vnd desshalb so mochte villeicht die beste meynung sein, das kein zeyt in dem anlaß gesatzt, das auch der zusatz vnd artikel vormietten wurde, ob sich die sache durch hat verloren, vnd darzu sein widerparthey ir vordrung vnd ansprach behabt haben, vnd gleichwol den sachen nach-

kummen werden nach lawt des anlaß vnd des konigs entſchieb, ob der vber einen oder meer artikel geſchehen were.

Item dieſelb parthey die alſo dawiedder thette, ſolte auch gehalten ſein vnd aller meniglich macht haben, ſie vnd die ſein an leib vnd gut anzugreiffen vnd mit ine zugefarn gleicherweiß vnd in allermaß, als ob ſie mit rechtem vrteyl erwunden vnd in die acht vnd aberacht getan were, Vnd dawieder ſolt dieſelb parthey nit friſten noch beſchirmen keinerley recht, freyheyt, gnade, verſchreybung, püntniß oder eynung, von wem ſie die hette nymant darinne auffgenommen noch hindangeſetzt etc. Alles in der beſten forme, die man wol ſetzet.

Druck von Friedr. Andr. Perthes in Gotha.

JAN 17 1898

JAN 17 1898